





HARVARD LAW LIBRARY

Received JUL 7 1926



# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

**Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege.**

**Herausgegeben**

im

**Bureau des Justiz-Ministeriums,**

**zum Besten der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse.**

---

**Vierundsechzigster Jahrgang.**

---

**Berlin 1902.**

**R. v. Deder's Verlag**

**G. Schend,**

**Königlicher Hofbuchhändler.**

JUL 7 '28

# Chronologische Uebersicht

der in dem Justiz-Ministerial-Blatte  
vom Jahre 1902

enthaltenen Allerhöchsten Erlasse, Ministerial-Verfügungen und Entscheidungen der obersten Gerichtshöfe.

	Seite		Seite		
1900.		1901.			
Dezember		Dezember			
28.	Urtheil des Reichsgerichts: Zulässigkeit der Geltendmachung von Stempel- forderungen im Wege der gerichtlichen Auf- rechnung seitens des Fiskus. Forderung des Schenkungsstempels zu Cessionurkunden ..	40	14.	Bekanntmachung des Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, — betreffend die Literarische und die Musikalische Sachverständigenkammer .....	3
1901.		21.	Bekanntmachung, — betreffend die Literarische und die Musikalische Sachverständigenkammer..	3	
Januar		1902.			
31.	Urtheil des Reichsgerichts: Zuständigkeit des Heroldsamts zur Bearbei- tung der Adelsachen, insbesondere zur Ent- scheidung über die Zugehörigkeit einer Person zum Adelsstande .....	122	Januar		
März		13.	Beschluß des Kammergerichts: Richtigkeit eines zur gerichtlichen oder notariellen Beurkundung eines Rechts- geschäfts aufgenommenen Protokolls, in dessen Texte die Bezeichnung der mitwirkenden Personen fehlt .....	34	
7.	Urtheil des Reichsgerichts: Frist für die Klage des Ruiters nach Ver- sagung der Verteilung .....	11	13.	Beschluß des Kammergerichts: Verpflichtung der Grundbuchämter zur Aus- funfterteilung an Behörden .....	82
November		13.	Beschluß des Kammergerichts: Veröffentlichung von Eintragungen in das Genossenschaftsregister bezüglich einer kleinen Genossenschaft .....	107	
7.	Beschluß des Kammergerichts: Versteuerung von Verträgen, durch welche im Miteigentume stehende Grundstücke in Natur getheilt werden .....	127	14.	Urtheil des Reichsgerichts: Stempelansatz für gemeinschaftliche Testa- mente .....	79
11.	Beschluß des Kammergerichts: Versteuerung der einem Armenanwalt er- theilten Vollmacht. Wann ist anzunehmen, daß die Vollmacht über den Rahmen der steuerfreien Prozeßvollmacht hinausgeht ...	50	21.	Mittheilung, die große Staatsprüfung betreffend	20
19.	Urtheil des Reichsgerichts: Der entgeltliche Verzicht auf eine Schank- wirtschaftsconzession in Verträgen über die Veräußerung von Schankwirtschaftsgrund- stücken unterliegt nicht dem Kaufwertstempel von 1 v. H., sondern nach der Tarif- stelle 71 <sup>2</sup> des Stempelsteuergesetzes nur dem allgemeinen Vertragstempel von 1,50 Mark	54	28.	Allgemeine Verfügung, — betreffend die Er- richtung von Kammern für Handelsachen in Berlin, Frankfurt a. M. und Duisburg .....	26
			31.	Allgemeine Verfügung, — betreffend die Auf- bewahrung der Verhandlungen, welche einer Verichtigung des Stempelregisters zu Grunde liegen .....	29

	Seite	
1902.		
Januar		
31.	Bekanntmachung, — betreffend die Herausgabe einer Uebersichtskarte der Verwaltungsbezirke der königlich Preussischen Eisenbahndirektion und der königlich Preussischen und Großherzoglich Hessischen Eisenbahndirektion in Mainz	29
Februar		
1.	Bekanntmachung des Justizministers und des Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, — betreffend die Zulassung zum Rechtsstudium	30
6.	Verscheid des Justizministers, — betreffend die Frage, ob für ein Protokoll, in welchem Eheleute beantragen, ein auf den Namen der Ehefrau eingetragenes Grundstück als Gesamtgut der Jahrbüchergemeinschaft einzutragen, der Auflassungstempel zu erheben ist	33
9.	Allgemeine Verfügung, enthaltend eine Abänderung der Kanzleiordnung	34
10.	Beschluß des Kammergerichts: Eine Genossenschaft des neuen Rechts bedarf zum Erwerbe von Grundstücken nicht der staatlichen Genehmigung	86
18.	Verfügung des Finanzministers, — betreffend die Versicherung von Schuldverschreibungen über sogenannte Baugelbdarlehen	65
25.	Allgemeine Verfügung, — betreffend die strafrechtliche Verfolgung von Verbrechen oder Vergehen, die von Deutschen in Großbritannien oder in den Vereinigten Staaten von Amerika oder von Staatsangehörigen Großbritanniens oder der Vereinigten Staaten von Amerika in Deutschland begangen sind	48
März		
5.	Allgemeine Verfügung, — betreffend den Stempel zu Schuldverschreibungen über Baugelder	64
6.	Allgemeine Verfügung, — betreffend die Behandlung der Reichsangehörigen in den Schutzgebieten und der Eingeborenen der Schutzgebiete im Deutschen Reich als Inländer in Ansehung der Sicherheitsleistung für die Prozeßkosten, des Ausländervorschusses und der Zulassung zum Armentuche	61
18.	Allgemeine Verfügung, — betreffend die Zustellungen an Personen, welche in der Armee der österreichisch-ungarischen Monarchie dienen	62
19.	Allgemeine Verfügung, — betreffend die Bezeichnung der Kapitel und Titel des Etats der Justizverwaltung	65
20.	Urtheil des Oberverwaltungsgerichts: Veranlagung eines Gerichtsvollziehers zur Staatseinkommensteuer	141
25.	Verfügung des Ministers für Handel und Gewerbe, — betreffend die Eintragung der öffentlich besetzten Gewerbetreibenden in die gerichtlichen Sachverständigen-Verzeichnisse	71

	Seite	
1902.		
März		
25.	Allgemeine Verfügung zur Ergänzung der Allgemeinen Verfügung vom 5. Februar 1900 über die allgemeine Vererbung von Sachverständigen für gerichtliche Angelegenheiten	71
April		
3.	Allgemeine Verfügung, — betreffend die Berichtserstattung in Gnadenfachen	76
5.	Gemeinschaftliche Verfügung des Justizministers und des Ministers des Innern, — betreffend die Bestellung des Polizeiwachmeisters, welchem innerhalb des Stadtbezirkes Schönberg die Beaufsichtigung der Märkte und die gewerblichen Revisionen übertragen sind, zum Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft	76
22.	Urtheil des Reichsgerichts: Haftung des Staates für Gegenstände, die in einem gerichtlichen Verfahren dem Gericht übergeben sind	149
23.	Allgemeine Verfügung, — betreffend die Regelung der Gehälter für die Staatsanwälte mit dem Titel Erster Staatsanwalt	98
25.	Urtheil des Reichsgerichts: Auslegung der §§ 152, 153 der Gewerbeordnung	99
29.	Allgemeine Verfügung, — betreffend die Erziehung weiterer Kammern für Handelsfachen in Pommern und Magdeburg sowie die Erhöhung der Anzahl der Handelsrichter und der stellvertretenden Handelsrichter bei der Kammer für Handelsfachen in Posen	90
30.	Allgemeine Verfügung, — betreffend die Ausführung des Gesetzes über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger vom 2. Juli 1900 (Gesetz-Samml. S. 264)	91
30.	Allgemeine Verfügung über das Verfahren bei der Festsetzung der dem Verschuldigten aus der Staatskasse zu erhaltenden notwendigen Ausgaben	92
30.	Bekanntmachung, — betreffend die Herausgabe einer Uebersichtskarte der Verwaltungsbezirke der königlich Preussischen Eisenbahndirektionen und der königlich Preussischen und Großherzoglich Hessischen Eisenbahndirektion in Mainz	92
Mai		
1.	Allgemeine Verfügung, — betreffend die Zusammenstellung der Zwangsversteigerungen von Grundstücken	117
5.	Allgemeine Verfügung über die Bildung einer Strafkammer bei dem Amtsgerichte zu M. Gladbach	93
6.	Gemeinschaftliche Verfügung des Justizministers und des Ministers des Innern, — betreffend die Bestellung der bei der Eittropolizei in Charlottenburg, Schönberg und Rixdorf beschäftigten Kriminalwachmeister zu Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft	93

1902.

Mai

7. Allgemeine Verfügung, — betreffend die Schiffs-  
aichungen, welche von anderen als preussischen  
Behörden ausgeführt sind ..... 94
7. Allgemeine Verfügung, — betreffend die von  
den Beamten der Staatsanwaltschaft an andere  
Behörden zu machenden Mittheilungen ..... 99
7. Allgemeine Verfügung, enthaltend Aenderungen  
zu den Formularen für die Geschäftsbücher  
der Amtsgerichte ..... 105
8. Bekanntmachung, — betreffend den von der  
Feuerversicherungsgesellschaft Colonia in Köln  
eingesandten Prämienantheil an den Versiche-  
rungen der Justizbeamten im Jahre 1901..... 94
9. Allgemeine Verfügung, — betreffend die Be-  
kannmachungen aus dem Genossenschaftsregister 110
17. Bekanntmachung, — betreffend die Orte, an  
denen sich mit Gerichtsberechtigung ausgestattete ober  
solche Kaiserliche Konsularbeamte befinden, welche  
zur Abführung von Zeugen und zur Abnahme  
von Eiden allgemein ermächtigt sind ..... 113
26. Allgemeine Verfügung über die Theilnahme  
der Vormundschaftsrichter an den Waisenrats-  
versammlungen ..... 114
26. Beschluß des Kammergerichts:  
Die als Zinszuschläge zu zahlenden  
Amortisationsbeiträge sind keine Neben-  
leistungen im Sinne der §§ 1115, 1178  
B. O. B. .... 216

Juni

3. Allgemeine Verfügung, — betreffend das For-  
mular zum Tagebuche des Grundbuchsführers.. 117
3. Vorschriften des Staatsministeriums über die  
Vernichtung der Rechnungen und Kassenbücher  
sowie der Beläge brichtiger Rechnungen bei  
den staatlichen Kassen ..... 134
6. Allgemeine Verfügung des Finanzministers, —  
betreffend die persönliche Stempelsteuerbefreiung  
des Orehörzogs von Hessen und des Fiskus  
des hessischen Staates ..... 295
12. Geschäftsbericht des Preussischen Beamtenvereins  
für das Jahr 1901 ..... 229
14. Allgemeine Verfügung, enthaltend eine Ab-  
änderung der Konseleordnung ..... 126
14. Allgemeine Verfügung, — betreffend die Mit-  
theilung von Strafnachrichten an die peruanische  
Regierung ..... 133
16. Allgemeine Verfügung wegen Abänderung der  
Dolmetscherordnung ..... 126
20. Allgemeine Verfügung, — betreffend die Ein-  
tragung der Versicherungsvereine auf Gegen-  
seitigkeit in das Handelsregister ..... 133

Seite

1902.

Juni

21. Allgemeine Verfügung über die Vernichtung der  
Rechnungen, Kassenbücher und Beläge sowie der  
Akten in Kassen- und Rechnungssachen ..... 134
23. Allgemeine Verfügung, — betreffend die Ueber-  
sicht über die Thätigkeit der Schiedsmänner im  
Jahre 1901..... 137
26. Allgemeine Verfügung, — betreffend den Bestand  
an Gewerbegerichten ..... 144
- Juli
1. Allgemeine Verfügung, — betreffend die Er-  
richtung von Notztestamenten vor den Orts-  
gerichtsbeamten in den Oberlandesgerichts-  
bezirken Frankfurt und Cassel ..... 141
4. Urtheil des Reichsgerichts:  
Der Erwerber eines zusammenhängenden  
Arealis von mindestens 300 Morgen erwirbt  
sofort das Recht der eigenen Ansbübung  
der Jagd trotz eines laufenden, das Areal  
mitumfassenden Jagdpachtvertrags ..... 248
9. Beschluß des Kammergerichts:  
Die Ernennung von Liquidatoren für einen der  
Eintragung bedürftigen Versicherungs-  
verein auf Gegenseitigkeit durch das Amts-  
gericht gemäß §. 47 Abs. 1 des Gesetzes über  
die privaten Versicherungsunternehmungen  
ist Handelsache; über Beschwerden ent-  
scheidet die Kammer für Handelsachen ... 238
11. Beschluß des Kammergerichts:  
Die von einem Notar zum Zweck der Er-  
öffnung an das Nachlassgericht abgelieferten  
offenen Erbverträge sind nach der Eröffnung  
nicht dem Notar zurückzugeben, sondern  
verbleiben bei dem Nachlassgerichte..... 254
14. Allgemeine Verfügung, — betreffend die Ge-  
schäftsresultate der Justizbehörden aus dem  
Jahre 1901 sowie eine Zusammenstellung der  
wichtigsten Geschäfte bei diesen Behörden für  
die Jahre 1899, 1900 und 1901 ..... 152
14. Allgemeine Verfügung wegen Abänderung der  
Allgemeinen Verfügung vom 6. September 1900  
über die Ablieferung der Akten an die Staats-  
archive (Just. Minist. -Bl. S. 577) ..... 215
18. Nachtrag zu der Instruktion des Ministers des  
Innern vom 30. Juni 1900, — betreffend die  
Stellung unter Polizeiaufsicht ..... 261
19. Vorschriften für die bereinigten Auktionatoren  
in Ostpreußen und Goringerland sowie im  
Regierungsbezirk Danabrad ..... 197
- August
11. Allgemeine Verfügung, — betreffend die Zu-  
lassung des gesetzlichen Vertreters eines An-  
geklagten in der Hauptverhandlung als Beisatz 223

Seite

1902.	Seite	1902.	Seite
<b>August</b>		<b>November</b>	
21. Allgemeine Verfügung über den Erlaß neuer Vorschriften für die Bekleidung und Lagerung der Gefangenen in den Gefängnissen der Justizverwaltung . . . . .	224	3. Verfügung der Minister des Innern und für Handel und Gewerbe, — betreffend die Feststellung des Gewichts von Kerzen und Kerzenpackungen . . . . .	301
22. Allgemeine Verfügung des Finanzministers, — betreffend die Erhebung der Erbschaftsteuer im Verhältnisse zum Großherzogthume Hessen . . . . .	295	4. Allgemeine Verfügung, — betreffend die Ausführung der in den §§ 38 und 39 des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich enthaltenen Vorschriften über die Stellung unter Polizeiaufsicht . . . . .	261
25. Allgemeine Verfügung, — betreffend die Bildung einer Prüfungskommission für die erste juristische Prüfung bei dem Oberlandesgericht in Hamm . . . . .	224	8. Allgemeine Verfügung, — betreffend Abänderung der Nr. 36 der Staatsvorschriften vom 31. März 1900 (Just.-Minist.-Bl. S. 301) . . . . .	264
26. Allgemeine Verfügung, — betreffend die Errichtung weiterer Kammern für Handelsfachen in Danzig, Halle a. S., Breslau und Eßln sowie die Erhöhung der Anzahl der Handelsrichter und der stellvertretenden Handelsrichter bei der Kammer für Handelsfachen in Gleiwitz . . . . .	225	11. Allgemeine Verfügung, — betreffend die Bahngrundbücher . . . . .	275
27. Allgemeine Verfügung, — betreffend eine Ergänzung der Geschäftsanweisung für die Gerichtsvollzieher vom 1. Dezember 1899 (Just.-Minist.-Bl. S. 629) . . . . .	226	15. Allgemeine Verfügung über die Zahlung der Postgebühren in Staatsdienstsangelegenheiten . . . . .	266
<b>September</b>		17. Allgemeine Verfügung, — betreffend die ausländischen Landesherren und juristischen Personen gewährten Befreiungen von der Erbschaftsteuer und der Stempelsteuer . . . . .	294
11. Allgemeine Verfügung, — betreffend die strafrechtliche Verfolgung von Verbrechen oder Vergehen, die von Deutschen in den Niederlanden oder von Niederländern in Deutschland begangen sind . . . . .	236	22. Allgemeine Verfügung, — betreffend die Erneuerung von Siedbriefen in dem öffentlichen Anzeiger der Regierungs-Amtsblätter . . . . .	290
12. Allgemeine Verfügung, — betreffend den Fortfall des Auerkennungsmerkmals auf Zustellungsurkunden . . . . .	236	<b>Dezember</b>	
30. Allgemeine Verfügung, — betreffend die Erwirkung von Auslieferungen auf Grund schwebend gerichtlicher Urtheile . . . . .	246	3. Allgemeine Verfügung, — betreffend die Ausfertigung der Zwangspfennigklade aus Ridel . . . . .	297
30. Allgemeine Verfügung des Finanzministers, — betreffend die Erhebung der Erbschaftsteuer im Verhältnisse zum Großherzogthume Baden . . . . .	296	4. Allgemeine Vorschriften des Justizministers und des Ministers des Innern über die Behandlung von Gefangenen und vorzugsführenden Personen auf dem Transporte . . . . .	291
<b>October</b>		5. Allgemeine Verfügung, — betreffend die Heranziehung von Nichtbeamten als Sachverständige zur Feststellung des Gewichts von Kerzen und Kerzenpackungen in Untersuchungen wegen Uebertretung des § 5 Abs. 4 des Reichsgesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes vom 27. Mai 1896 (Reichs-Gesetzbl. S. 145) . . . . .	301
1. Allgemeine Verfügung wegen Abänderung der Allgemeinen Verfügung vom 28. November 1899 über das Verfahren bei Entmündigungen wegen Geisteskrankheit oder wegen Geisteschwäche (Just.-Minist.-Bl. S. 388) . . . . .	246	8. Allgemeine Verfügung, — betreffend die Ausführung des § 98 Abs. 4 des deutschen Gerichtsverfahrgesetzes . . . . .	302
		18. Allgemeine Verfügung über die Zahlung der unbestellbaren Briefe mit Zustellungsurkunde . . . . .	306



# Register

zum

vierundsechzigsten Jahrgange des Justiz-Ministerial-Blattes.

## I. Sach-Register.

	Erthe
<b>A.</b>	
Adelsachen, Zuständigkeit des Heroldsamts zur Bearbeitung.....	122
Adelsstand, Entscheidung des Heroldsamts über die Zugehörigkeit.....	122
Aufsicht, Heranziehung als Sachverständige zur Feststellung des Gewichts von Kerzen und Kerzenpackungen in Untersuchungen wegen unlauteren Wettbewerbes...	301
Akten in Kassen- und Rechnungssachen, Vernichtung...	134
Amerika s. Vereinigte Staaten.	
Amortisationsbeiträge, als Zinszuschläge zu zahlen, sind keine Nebenleistungen.....	216
Anstellung von Unterbeamten, Benachrichtigung in Form einer Stempelfreien Verfügung.....	264
Armenanwaltschaft, Versteuerung der ihm erteilten Vollmacht	50
Armenrecht, Zulassung der Reichsangehörigen in den Schutzgebieten und der Eingeborenen der Schutzgebiete	61
Auflassungsstempel für ein Protokoll, in welchem Eheleute beantragen, ein auf den Namen der Ehefrau eingetragenes Grundstück als Gesamtgut der Nahrungsgemeinschaft einzutragen.....	33
Anrechnung, gerichtliche, von Stempelforderungen seitens des Fiskus.....	40
Auktionatoren in Ostfriesland und Hatlinger Land sowie im Regierungsbezirk Osnabrück, Vorschriften....	197
Auskunftserteuerung an Behörden, Verpflichtung der Grundbuchämter.....	82
Ausländerverordnungen, Verhandlung der Reichsangehörigen in den Schutzgebieten und der Eingeborenen der Schutzgebiete als Inländer.....	61
Ausländische juristische Personen, Befreiung von der Erbschaftsteuer und der Stempelsteuer.....	294
Auslagen, notwendige, Festsetzung der dem Rechtswidrigsten aus der Staatskasse zu erstattenden.....	92
<b>B.</b>	
Auslieferungen auf Grund schwurgerichtlicher Urtheile	246
Außerkurssetzung der Zwanzigpfennigstücke aus Nickel	297
Außerordnungsvermerk, Fortfall auf Zustellungsunterlagen.....	236
Baden, Erhebung der Erbschaftsteuer.....	296
Bahngrundbücher.....	275
Baugeldverleihen, Stempel zu den Schuldverschreibungen.....	64
Beamtenverein, Preussischer, Rechnungsabluß für das Jahr 1901.....	229
Beerdigung, allgemeine, von Sachverständigen für gerichtliche Angelegenheiten.....	71
Begnadigungssachen, Richterstattung.....	76
Beistand, Zulassung des gesetzlichen Vertreters eines Angeklagten in der Hauptverhandlung.....	223
Bekanntmachungen aus dem Genossenschaftsregister..	110
Bekleidung und Lagerung der Gefangenen in den Gefängnissen der Justizverwaltung, neue Vorschriften..	224
Belege berechtigter Rechnungen bei den staatlichen Kassen, Vernichtung.....	134
Berichterstattung in Begnadigungssachen.....	76
Berlin, Kammer für Handelsachen.....	26
Beschuldigte, Festsetzung der ihnen aus der Staatskasse zu erstattenden notwendigen Auslagen.....	92
Befallung, Wegfall bei der Anstellung von Unterbeamten.....	264
Beurkundung, Nichtigkeit eines zu gerichtlichem oder notariellem Protokoll aufgenommenen Rechtsgeschäfts, in dessen Texte die Bezeichnung der mitwirkenden Personen fehlt.....	34
Bibliotheken s. Bücher.	
Bochum, Kammer für Handelsachen.....	90

Breslau, Kammer für Handelsfachen.....	Seite 225
Briefe, unbestellbare, mit Zustellungsurkunde, Zählung	306
Bücher, ältere, rechtsgeschichtlichen Inhalts, Uebrierung an die Universitäten .....	215

**C.**

Cessionurkunden, Forderung des Schenkungstempels	40
Eöln, Kammer für Handelsfachen .....	225
Colonia, Feuerversicherungs-Gesellschaft in Eöln, Ueber- weisung eines Prämienanteils an die Justiz-Offizianten- Wittwenkasse .....	94

**D.**

Danzig, Kammer für Handelsfachen .....	225
Dolmetscherordnung, Abänderung .....	126
Duisburg, Kammer für Handelsfachen .....	26

**E.**

Eingeborene der Schutzgebiete, Behandlung als Inländer in Ansehung der Sicherheitsleistung für die Prozeßkosten, des Ausländervorschusses und der Zulassung zum Armenthe .....	61
Eintragungen in das Genossenschaftsregister, Ver- öffentlichung bei einer kleinen Genossenschaft .....	107
Eisenbahndirektionen, Uebersichtsliste der Ver- waltungsbezirke .....	29, 92
Eisenbahnen Deutschlands, Uebersichtsliste .....	146
England s. Großbritannien.	
Entmündigungen wegen Geisteskrankheit oder wegen Geisteschwäche, Abänderung der Allgemeinen Verfügung vom 28. Nooember 1899. ....	246
Erbbaurecht, Zulässigkeit der Beleihung mit Mäntelgeld	6
Erschaftsteuer, Befreiung der ausländischen Landes- herren und juristischen Personen .....	294
—, Erhebung im Verhältnisse zum Großherzogthume Baden	296
—, Erhebung im Verhältnisse zum Großherzogthume Hessen	295
Erbverträge, die von einem Notar zum Zwecke der Er- öffnung an das Nachlassgericht abgelieferten verbleiben bei dem Nachlassgerichte .....	254
Etat der Justizverwaltung, Kapitel und Titel .....	65
Etatvorschriften, Abänderung .....	264

**F.**

Formular zu dem Tagebuche des Grundbuchführers...	117
Formulare für die Geschäftsübersichten der Amtsgerichte, Aenderungen .....	105
Frankfurt a. M., Kammer für Handelsfachen .....	26
Fürsorgeziehung Minderjähriger, Ausführung des Gesetzes vom 2. Juli 1900 (Gesetz-Samml. S. 264) ..	91

**G.**

Gebühren, Nichterhebung und Rückerstattung gemäß § 98 Abs. 4 d. G. R. O. ....	302
Gefangene, Behandlung auf dem Transporte .....	291
—, Ordnung für deren Bekleidung und Lagerung in den Gefängnissen der Justizverwaltung .....	224
Gefäkter für die Staatsanwälte mit dem Titel Erster Staatsanwalt .....	98
Geisteskrankheit s. Entmündigungen.	
Geisteschwäche s. Entmündigungen.	
Gemeinschaftliche Testamente, Stempelabgab .....	79
Genossenschaften, kleine, Veröffentlichung der Ein- tragungen in das Genossenschaftsregister .....	107
Genossenschaftsregister, Bekanntmachungen .....	110
—, Veröffentlichung von Eintragungen bei kleineren Ge- nossenschaften .....	107
Gerichtskosteneseß, deutsches, Ausführung des §. 98 Abs. 4 .....	302
Gerichtsverfassung in Preußen, allgemeine Darstellung	226
Gerichtsvollzieher, Veranlagung zur Staatseinkommen- steuer .....	141
—, Ergänzung der Geschäftsamteilung .....	226
Geschäftsamteilung für die Gerichtsvollzieher, Er- gänzung .....	226
Geschäftsaberggebnisse bei den Preussischen und den Waldschischen Justizbehörden .....	152
Geschäftsübersichten der Amtsgerichte, Aenderungen zu den Formularen .....	105
Gesetzsammlung, Preussische Bürgerliche, Sammlung der noch geltenden Landesgesetze privatrechtlichen Inhalts	306
Gewerbearchiv für das Deutsche Reich, Viertel- jahreschrift .....	297
Gewerbegerichte, Bestand .....	144
Gewerbeordnung, Auslegung der §§ 152, 153 .....	99
Gewerkschaften des neuen Rechtes bedürfen zum Er- werbe von Grundstücken nicht der staatlichen Ge- nehmigung .....	86
Gleiwitz, Kammer für Handelsfachen .....	225
Großbritannien, strafrechtliche Verfolgung der von Deutschen in Großbritannien oder von Staats- angehörigen Großbritanniens in Deutschland begangenen Verbrechen oder Vergehen .....	48
Grundbuchämter, Auskunftsertheilung an Beschränkten ..	82
Grundbücher s. Bahgrundbücher.	
Grundbuchführer, Formular zu dem Tagebuche .....	117
Grundstücke, im Mitreigenthume stehende, Versteuerung der Verträge über deren Theilung in Natur .....	127

**H.**

Haftung des Staates für die in einem gerichtlichen Verfahren dem Gericht übergebenen Gegenstände .....	149
Halle a. S., Kammer für Handelsfachen .....	225

	Seite
Hamm, Prüfungskommission für die erste juristische Prüfung .....	224
Handelsregister, Eintragung der Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit .....	133
Handelsfache, Ernennung von Liquidatoren für einen der Eintragung bedürftenden Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit durch das Amtsgericht; über Beschwerden entscheidet die Kammer für Handelsfachen ..	238
Hartlinger Land, Vorschriften für die beidigten Auktionatoren .....	197
Haupthandlung, Zulassung des gesetzlichen Vertreters eines Angeklagten als Beifland .....	223
Heroldsamt, Zuständigkeit zur Bearbeitung der Adelsfachen, Entscheidung über die Zugehörigkeit einer Person zum Adelsstande .....	122
Hessen, Großherzog von Hessen und Titulär des hessischen Staates, Stempelsteuerbefreiung .....	295
Holland s. Niederlande.	
Hülfsbeamte der Staatsanwaltschaft s. Staatsanwaltschaft.	
<b>J.</b>	
Jagdpachtvertrag, der Erwerber eines zusammenhängenden Areals von mindestens 300 Morgen erwirbt sofort das Recht der eigenen Ausübung der Jagd ...	248
Justizbehörden, Geschäftsergebnisse .....	152
Justizverwaltung, Kapitel und Titel des Etats .....	65

**K.**

Kammer für Handelsfachen, Beschwerdeinstanz bei Beschwerden über die Ernennung von Liquidatoren für einen der Eintragung bedürftenden Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit durch das Amtsgericht .....	238
— in Berlin .....	26
— in Bochum .....	90
— in Breslau .....	225
— in Ebn .....	225
— in Danzig .....	225
— in Duisburg .....	26
— in Frankfurt a. M. ....	26
— in Gleiwitz .....	225
— in Halle a. S. ....	225
— in Magdeburg .....	90
— in Posen .....	90
Kantleiordnung, Abänderung .....	34
Kassensächer, Vernichtung .....	134
Kezzen und Kezzenpadungen, Heranziehung von Nichtbeamten als Sachverständigen zur Feststellung des Gewichts in Untersuchungen wegen unlauteren Wettbewerbes .....	301

	Seite
Konsularbeamte, zur Abhörung von Zeugen und zur Abnahme von Eiden ermächtigte .....	113
Kriminalwachmeister in Charlottenburg, Schöneberg und Rigdorf, Hülfsbeamte der Staatsanwaltschaft .....	93

**L.**

Liquidatoren für einen der Eintragung bedürftenden Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, Ernennung durch das Amtsgericht .....	238
Literarische und Musikalische Sachverständigenkammer .....	3

**M.**

Magdeburg, Kammer für Handelsfachen .....	90
Minderjährige, Ausführung des Gesetzes über die Fürsorgeerziehung vom 2. Juli 1900 (Gesetz-Samm. S. 264) .....	91
Miteigentum an Grundstücken, Versteuerung der Verträge über die Teilung in Natur .....	127
Mitteilungen, von den Beamten der Staatsanwaltschaft an andere Behörden zu machende .....	99
M. Glabach, Strafammer .....	93
Mängelgeld, Beleihung von Erbbaurechten .....	6
Musikalische Sachverständigenkammer .....	3
Muthung, Frist für die Klage des Mutters nach Verlegung der Verleihung .....	11

**N.**

Nebenleistungen s. Amortisationsbeiträge.	
Richtigkeit eines zur gerichtlichen oder notariellen Beurkundung eines Rechtsgeschäfts ausgenommenen Protokolls, in dessen Texte die Zeichnung der mitwirkenden Personen fehlt .....	34
Niederlande, strafrechtliche Verfolgung der von Deutschen in den Niederlanden oder von Niederländern in Deutschland begangenen Verbrechen und Vergehen ..	236
Notare s. Erboertrag.	
Notzestamente, Errichtung vor den Ortsgerichtsvorstehern in den Oberlandesgerichtsbezirken Frankfurt und Cassel .....	141

**O.**

Oesterreichisch-ungarische Monarchie, Zustellung an Personen, welche in deren Armee dienen .....	62
Ortsgerichtsvoorsteher in den Oberlandesgerichtsbezirken Frankfurt und Cassel, Errichtung von Notzestamenten .....	141
Osabrück, Vorschriften für die beidigten Auktionatoren im Regierungsbezirk .....	197
Ostpreußenland, Vorschriften für die beidigten Auktionatoren .....	197

## P.

Peruanische Regierung, Mittheilung von Straf- nachrichten .....	133
Polizeiaufsicht, Ausführung der Vorschriften in den §§ 38, 39 des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich	261
Posen, Kammer für Handelsfachen .....	90
Postsendungen in Staatsdienstanlagen, Zahlung	266
Protokoll, Richtigkeit eines zur gerichtlichen oder notariellen Beurkundung aufgenommenen, in dessen Texte die Bezeichnung der mitwirkenden Personen fehlt	34
Prozessvollmacht s. Vollmacht.	
Prüfungskommission für die erste juristische Prüfung bei dem Oberlandesgericht in Hamm .....	224

## R.

Rechnungen, Vernichtung .....	134
Rechtstudium, Zulassung .....	30
Referentare, Nachweisung der Zahl der bei den Justiz- behörden in den Jahren 1890—1902 beschäftigten	244
Reichsangehörige in den Schutzgebieten, Behandlung als Inländer in Ansehung der Sicherheitsleistung für die Prozeßkosten, des Ausländervorwurfs und der Zulassung zum Armenrechte .....	61

## S.

Sachverständige für gerichtliche Angelegenheiten, all- gemeine Verordigung .....	71
—, Heranziehung der Richteramt zur Feststellung des Gewichts von Ketzen und Ketzenpadungen in Unter- suchungen wegen unlauteren Wettbewerbes .....	301
Sachverständigenkammer, Literarische und Musik- alische .....	3
Sachverständigenverzeichnisse .....	71
Schankwirtschafts Konzession, Stempelansatz bei entgeltlichem Verzicht in Verträgen über die Veräußerung von Schankwirtschaftsgrundstücken .....	54
Schenkungsstempel zu Urkundensurkunden .....	40
Schiedsmänner, Uebersicht über ihre Thätigkeit .....	137
Schiffsabgaben, welche von anderen als preussischen Behörden ausgeführt sind .....	94
Schuldverschreibungen über Baugelderdarlehen, Stempel .....	64
Schutzgebiete, Behandlung der Reichsangehörigen und Eingeborenen als Inländer in Ansehung der Sicherheits- leistung für die Prozeßkosten, des Ausländervorwurfs und der Zulassung zum Armenrechte .....	61
Schwurgerichtliche Urtheile, Erwirkung von Aus- lieferungen .....	246
Sicherheitsleistung für die Prozeßkosten, Behandlung der Reichsangehörigen in den Schutzgebieten und der Eingeborenen der Schutzgebiete als Inländer .....	61
Staat, Haftung für die einem Gericht übergebenen Gegenstände .....	149

Staatsanwälte mit dem Titel Erster Staatsanwalt, Regelung der Gehälter .....	98
Staatsanwaltschaft, an andere Behörden zu machende Mittheilungen .....	99
—, der Polizeiwachmeister, welchem innerhalb des Stadt- bezirktes Schöneberg die Beaufsichtigung der Märkte und die gewerblichen Revisionen übertragen sind, ist Hülfs- beamter .....	76
—, die bei der Sittenpolizei in Charlottenburg, Schöneberg und Nixdorf beschäftigten Kriminal-Wachmeister sind Hülfsbeamte .....	93
Staatsarchive, Ablieferung von Akten .....	215
Staatsdienstanlagen, Zahlung der Post- sendungen .....	266
Staatseinkommensteuer, Veranlagung der Gerichts- vollzieher .....	141
Staatsprüfung, große, Generalbericht für 1901 .....	20
Standesregister, Aufbewahrung der einer Verzichtung zu Grunde liegenden Verhandlungen .....	29
Stekbriefe, Erneuerung in dem öffentlichen Anzeiger der Regierungs-Ansichtsblätter .....	290
Stempel zu Schuldverschreibungen über Baugeld- darlehen .....	64
—, s. auch Auflassungsstempel, Schenkungsstempel.	
Stempelansatz für gemeinschaftliche Theilamente .....	79
— bei entgeltlichem Verzicht auf die Schankwirtschafts- konzession in Verträgen über die Veräußerung von Schankwirtschaftsgrundstücken .....	54
— bei Verträgen, durch welche im Miteigenthume stehende Grundstücke in Natur getheilt werden .....	127
Stempelforderungen, Geltendmachung im Wege der gerichtlichen Aufrechnung .....	40
Stempelsteuer, Befreiung der ausländischen Landes- herren und juristischen Personen .....	294
Strafnachricht, Bildung in R. Glabach .....	93
Strafnachrichten, Mittheilung an die peruanische Re- gierung .....	133
Strafrechtliche Verfolgung der von Deutschen in Großbritannien oder in den Vereinigten Staaten von America oder von Staatsangehörigen Großbritanniens oder der Vereinigten Staaten von Amerila in Deutsch- land begangenen Verbrechen oder Vergehen .....	48
— der von Deutschen in den Niederlanden oder von Niederländern in Deutschland begangenen Verbrechen oder Vergehen .....	236
Studium, s. Rechtstudium.	

## T.

Tagebuch des Grundbuchführers, Formular .....	117
Theilamente, gemeinschaftliche, Stempelansatz .....	79
— s. auch Nottheilamente.	
Transport, Behandlung von Gefangenen und vor- zuführenden Perjonen .....	291

**II.**

Uebersichtskarte der Verwaltungsbezirke der Eisenbahndirektionen .....	29	92
— der Eisenbahnen Deutschlands .....	146	
Universitäten, Ablieferung der älteren Bücher rechtsgeschichtlichen Inhalts aus den Gerichtsbibliotheken ...	215	
Untere Beamte, Benachrichtigung von der Anstellung in Form einer stempelfreien Verfügung .....	264	

**B.**

Vereinigte Staaten von Amerika, strafrechtliche Verfolgung der von Deutschen in den Vereinigten Staaten von Amerika oder von Staatsangehörigen der Vereinigten Staaten von Amerika in Deutschland begangenen Verbrechen oder Vergehen .....	48	
Verfolgung, strafrechtliche s. strafrechtliche Verfolgung.		
Vernichtung der Rechnungen, Kassenbücher und Belege, sowie der Akten in Kassen- und Rechnungssachen ...	134	
Veröffentlichung von Eintragungen in das Genossenschaftsregister bei einer kleinen Genossenschaft .....	107	
Ver sicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, Eintragung in das Handelsregister .....	133	
— auf Gegenseitigkeit, Ernennung von Liquidatoren durch das Amtsgericht .....	238	
Verträge über die Veräußerung von Schankwirtschaftsgrundstücken, Stempelansatz bei entgeltlichem Verzicht auf die Schankwirtschaftskonzession .....	54	
—, durch welche im Miteigentume stehende Grundstücke in Natur getheilt werden, Besteuerung .....	127	
Vertreter, gesetzlicher, eines Angeklagten, Zulassung als Beisitz in der Hauptverhandlung .....	223	

Verwaltungsbezirke der Eisenbahndirektionen, Uebersichtskarte .....	29	92
Vollmacht, Besteuerung der einem Armenanwalt erteilten .....	50	
Vormundschaftsrichter, Theilnahme an den Waisenschatzversammlungen .....	114	
Vorschriften, neue, für die Bekleidung und Lagerung der Gefangenen in den Gefängnissen der Justizverwaltung	224	
Vorzuführende Personen, Behandlung auf dem Frachtporte .....	291	

**W.**

Waisenschatzversammlungen, Theilnahme der Vormundschaftsrichter .....	114	
Wohnplätze des Deutschen Reichs, Wert von Grundow .....	220	

**Z.**

Zählung der unbestellbaren Briefe mit Zustellungsurkunde	306	
— der Postsendungen in Staatsdienstanlagen .....	266	
Zinsenzuschläge s. Amortisationsbeiträge.		
Zulassung zum Rechtsstudium .....	30	
Zulassung an Personen, welche in der Armee der österreichisch-ungarischen Monarchie dienen .....	62	
Zustellungsurkunden, Fortfall des Avertissementsvermerks .....	236	
Zwangsvollstreckungen von Grundstücken, Zusammenstellung .....	117	
Zwanzigpfennigstücke aus Nidel, Außertauschung ..	297	

## II. Namen-Register.

	Seite		Seite		Seite		Seite
<b>A.</b>		Wismann, R. A. — Not.	82	Wastisch	304	Wendeb, Amtsg. R.	16
Abel	300	—, Aff.	116	Waud	214	Werg, Dr., R. A. Frank-	247
Aberer	247. 257. 289	Wismu	16	Wauer, Dr., Kammerg. R.	16	furt a. M. — Not.	247
Abraham	305	Werdant	304	—, Amtr. — Amtsg. R.	116	—, R. A. Ohligse — R. A.	75
Abrahamsohn	126	Wester	126. 300	—, Just. R., R. A.	9	Solingen	75
Abt	265			Waum	222	Wergau	104
Adam	20	<b>B.</b>		Wauemann	152	Wergemann	64
Adameyhl	243	Waare	222	Waubach	115. 221	Wesger, Amtr.	96
Adel	247	Wach	74	Waumeister	1	—, Just. R., R. A., Rot.	16
Aehnekt	60. 78	Wacharod	5	Wauwert	2	Wergmann, D. Vdg. R. —	121
Aehlemann, Vdg. Dir.	39. 237	Wachmann, Amtsg. R.	16	Waugarten	132	—, Amtr.	259
—, Vdg. R.	16	—, Geh. Just. R., Vdg. Dir.	16	Waur	5. 115	—, Aff. — R. A.	260
—, R. A., Rot.	125	—, i. einflw. R.	305	Wauer	147	Weringer	73
Alberti	214	Wabe	116	Wecher, Richard, Ref. —	152	Weringuer	95
Alberts	253. 254	Wabstübner	115	Aff. — R. A. 78. 122.	148	Berlin	227
Albinus	85	Wahn	242	—, Bruno, Dr., Ref. — Aff.	82	Bertigheimer	148
Albrecht	258	Währ	305	Wachtold	305	Bernard	32
Alide	242	Währing	10	Wed	2	Berndt	235
Altenan	112	Währing	10	Weder, Amtr. Orönigen	2	Berner	111
Althaus	16	Währsch	214	— nach Magdeburg	303	Bernhard	73
Amelung	48	Wær	60. 90	—, Aff. — Amtr. Frank-	213	Berninghaus	214
Amhaus	112	Wærts	235. 273	furt a. M.	213	Bernstein	121
Andrae	16	Wærwald	28. 82	—, R. A. — Just. R.	2	Bertsch	32
Andrée	28	Wærdie	236	Wederß	97	Bertog	116
Angern	243	Wæumer	139	Werr	260	Bertram	242
Ansbad	144	Waiser	39	Werrmann	20	Wesig	28
Apel	64	Walder	215. 294. 300	Wesach	2	von Wetschuy-Huc, Graf	160
von Apell	50	Walduß	116	Wesheim-Schwarzbad	53	Wewer	115
Apolant	228	Walle	16. 27	Wesr	304	Weyer, Vdg. R.	95
Appl	96	Wallauff	222	Wesrend	20	—, Dr., Aff. — Amtr.	49
Applkamp, Rechn. R.,		Walters	59	Wesrendt	64. 116	—, Rangschäfte	228
Rechn. Rev.	223	Waltheim	16	Wesrent	294	—, Gerichtsbien.	228
—, Rangl. R., C. Cetr.	74. 86	Wamberg, Handelsr.	59	Weserßdorf	32	Wiedermann	50
Applmann	152	—, Dr., Ref. — Aff.	265	Weslich	228	Wiesel	235
Arch	59	Wandlow	254	Weslich	60	Wielawski	152
Arnimond	96	Wandow	258	Wesler	74	Wielß	82
Arhart	122. 263	Wange	96. 115	Wesler	241	Wielßowß	246
Art	39	Wanning	97	Weslian	122. 260	Wiemann	214
Armbruster	74	Wartow	245	Wesling	304	Wiermann, Wiltß., Dr., Aff.	122
Aruade	264	Warre	16	Wesll	77	—, R. A.	246
Arnbt, R. A. — Just. R.	214	Wartel	242	Weslerode-Deubzal	2	—, Glibert, Ref. — Aff.	300
—, Gerichtsbien. Ottweiler	243	Wartels, Amtr.	259	Weslinger	305	—, Franz, Dr., Ref. — Aff.	2
—, Gerichtsbien. Schön-		—, Dr., Ref. — Aff.	140	Wenebiet	112. 214	Witß	60. 116
lanke	243	Wartel	247. 248	Wenß	2	Witßewald, Just. R., R. A.	16
Arndts	243	Wartel	140	Wenßch	1	—, Ref. — Aff. — R. A.	254. 304
Arndheim, R. A., Rot. —		Wartelmeß	96	Wenßer	2	Wing	48. 97
Just. R.	2	Wartholomäus	97	Wenßerß	147	Wird	81
—, Dr., Ref. — Aff.	258	Wartß	16	Wenßon	253	Wirtenseld	96
Arnold	242	Wartß	64. 82. 116	Wespler	147		
Arons	217	de Wary	3	Wendebß, Vdg. R. — Vdg.	95		
Aronsohn	224	von Wasse	16				

Seite	Seite	Seite	Seite
Birkenhagen 246	Borchard 131	Brunnemann 19. 27. 28	Chobjedner 126
Bischoff, Dr., Vdg. Präf. 228	Borchert 53	Brunner 246	Chomse 242
—, Adv. 152	Borf 243	Brunsh 237	Chorus 96
Bischofswerber 151. 152. 222	Bormann 243	Bry 147	Chrambach 60. 73
Bispind 273	Born, Dr., Amtsg. R. 253	Buchholz 10	Christianten 140
Bizza 304	—, Ref. — Adv. 250	Bucholz, R. u., Not. 75	Chrysliger 304
Bitter 104	Borrirt 260	—, Gerichtsdien. 228	Chryschanski, Amtsr. — Adv. 96
Bittermann 6. 122	Bosse 293	Bucholz 305	—, Not. — Just. R. 304
Blanchmeister 103	Bokart 111	Bucholz 263	Chudal 228
Blant 254	Bottler 28	Bucholz 17	von Chudanski 280
Blantenstein 96	Bozier 131	Bucicles 245	Citren 314
Blagheim 20. 47	Bome 28	Büchel 96	Gaafen, Handelsr. 289
Bleil, Ref. — Adv. 152	Boh 97	Büding 116	—, Dr., R. u. — Just. R. 304
—, Amtsg. R. i. einstw. R. 243	Boji 39	Büdlers 140	Gaaffen 95
Blugberg 125	Brahanh 17	Bälowski 17	Gaafen 131
Bled 50	Braher 64	Bänger 77	Glamann 227
Blome, Adv. 293	Brautigam 95	Bänning 3	Glaßen 96
—, Vdg. R. i. einstw. R. 243	Branenburg 259	Bären 132	Glaß 78
Blumner 50. 144	Branbiller 140	Bärner 85	von Clauswitz 152
Blumne 304	Branbt, Ob. O. Just. R., Vbg. Präf. 241	Bätem 90	Glauffen 116
Blume 103	—, R. u. 237. 254	Bätner, Karl, Ref. — Adv. 32	Glaß 235
Blumenthal 10	—, Ref. — Adv. 50	Bäugelh, Ref. — Adv. 290	Glaugen 222
Bochner 49	Braiche 17	Bärenstein 143	Glemens, Feint, Dr., Amtsr. — Adv. — Vdg. R. 96. 235
Boch 77	Brauer 48. 74	Bohr 264	—, Jul., Adv. — Amtsr. 143
Bochsch 273	von Braunbebens 97	Bohr 289	Gobauss 237
Bockelmann 78	Braune 247	Bujatowich 152. 237	Goh, Ludwig, Dr., Just. R., R. u., Not. Breslau — 9
Bocher 90. 215	Braunbätter 300	Bumte, Hellwert, Handelsr. — Dr., Ref. — Adv. 90	Just. R. — 214
Bochler 19	Brauna 305	Burchard 125	—, R. u. Bromberg —
Bochner 2	Bredner 263	Burchardi 235	Just. R. — 214
Bohm, R. u., Not. Briez — Just. R. 2	Bredert 223	Burchardt 235	— Prop., R. u., Not. —
—, R. u. Ratibor — Just. R. 214	Bredt 97	Burgel 2	Veuthe O. Oshl. — Just. R. 304
Boehm, R. u., Not. Sagan — Just. R. 2	Bredt 2	Burger 104	—, Georg, R. u., Not. Zittit — Just. R. 304
Bohne 132	Bredtenbach 228	Burgardt, Vdg. R. — Kammerg. R. 131	—, Feint, Dr., R. u. —
Bohnade 131	Breidthardt 305	—, Adv., Gerichtsdie. — 74	Berlin — Not. — 214
Bohner 115	Breil 242	Kanzl. R. 74	—, Hugo, Ref. — Adv. —
Boelling 47	Brementhal 148	Bargheim 2	R. u. Guttstadt 48. 90. 265
Bornheim 126. 132	Brenken 222	Barghald 112	—, James, Dr., Ref. — Adv. 152
Böning 17	Brenke 305	Bauke 305	Bohig 48
Böner 73	Breslauer, R. u., Not. — Kammtch. — Just. R. 2	Bauf 96	Boing 16
Bötcher 15	—, Dr., R. u. Breslau — Just. R. 214	Bauslow 273	Colberg 293
Bötsch, Bils., Ref. — Adv. — Raumburg — R. u. 104. 140	Breitner 17	Basar 143	Gollmann 111
—, Bils., Ref. — Adv. — Gamm 74	Brepfeld 5	Galisch 348	Colm 245
Böhlow 112. 235	Brimmann 214	Cammerer 305	Gombrind 82
Bohm 235	Brodhhus 305	Carl 305	Goning 248
Bohn, Amtsr. — Amtsg. R. 116	Brodhoff 260	Carst 143	Kanrad 97
—, Dr., Ref. — Adv. — R. u. 248. 274	Birkelmann 85	Calisch 148	Kanabt 303
von Bois 304	Brosel 213. 289	Cammerer 305	Consbruch 305
Boiler 300	Broustin 213	Carl 305	Constein 305
Boiten 125	Brudner 115	Caro, Hugo, R. u. Berlin I — R. u. Kammerg. 259. 260	Conzen 294
Boyl, Amtsr. — Amtsg. R. 116	Brüdner 75	—, Ernst, Adv. — R. u. Berlin I — R. u. 78. 140	Gospat 53
—, Ref. — Adv. 294	Brühl 253	—, Ernst, Adv. — R. u. Berlin I — R. u. 78. 140	Germann 16. 221
Bongard 2	Brühl 265	Rammerg. 78. 140	Gosad 15
Borck 2	Brühling 242	Caspar 305	Cramer 78. 214
Borck, Handelsr. Essen 121	Brunich 3	Caizer 294	Cramer von Clausbruch 96
—, Handelsr. Bochum 222	Brunne 260	Cassier 74	Just. R. 121

Ermer, Heinrich, Dr., Ref.	Seite	Dittmann	Seite	E	Seite	Endres	Seite
— Aff. — R. A.	28. 228	Dittmar	20		Engel	300	
—, Kartl, Dr., Ref. — Aff.	290	Dittrich	39		Engel, Handelsr.	151	
Erschmar	97	Dobberstein	17	Ebel, Amtsg. R.	1	Engel, R. A. — Just. R.	213
Kreuzberger	2	Dobersch	299	—, Handelsr.	15	—, R. A. — Just. R.	214
Erohn	147	Dobrosch	290	—, R. A., Not.	121. 122	Engelberg	152
de la Croix	27. 85	Dobroscht	64	Ebeling, Amtsr.	27	Engelbrecht, Mag. Dr., Ref.	
Erome	214	Doerge	242	—, Sectr., Gerichtsd. —		— Aff. — R. A.	148. 245
Erone, Dr., Amtsr.	16	Doehl	303	Kanzl. R.	290	—, Bruno, Ref. — Aff.	152
—, R. A. — Not.	16	Doehring	10. 274. 289	Eberhard, Just. R., Not.	31	Engelhard, Amtsr. — Ubr.	
Erase	214	Doemens, Aff. — Amtsr.	96	—, Dr., Ref. — Aff. —	50. 116	Kaibor	263
Eraus	214. 242	—, Not. — Just. R.	304	R. A.	50. 116	—, Aff. — Ubr. Meferich	131
Eung	19	Doering, Gerichtsbien.	17	Eberhardt	73	—, Amtsg. R. i. einstw. R.	260
Eustobis	60. 89	Doerken	214	Ebers	305	Engelhardt, Dr., Udg. R.	259
Eygan	274	Döring, Gerichtsbien.	17	Ebert	116	—, Amtsr. — Amtsg. R.	39
		Doering, Dr., Ref. — Aff.	82	Ebmeier	243	Engelke	242
		Doerling, Dr., Ref. — Aff.	82	Eckardt	104	Engelmann	237
		Doerling, Dr., Ref. — Aff.	82	Eckmann	64	Engels	60
		Doehmeyer	223	Eckert	47	Eule	77
		Dohms	74	Eckert von der Planig	64	Eppenstein	214. 241
		Dohst	73	Effenberger	215	Epping	98
		Dolejal	265	Efing	39	Erbsmann, Handelsr.	299
		Dolle	293	Eggars, Ref. — Aff.	152	—, Stellvert. Handelsr.	214
		Domann	81	—, Gerichtsbien., Kastellan	223	—, Dr., Aff.	90
		Domnik	258	Ehlering	20	—, Affistent, Gerichtsd.	
		Donalis	152	Ehlers, Dr., Ref. — Aff. —		Gehilfe — Kanzl. Sectr.	48
		Dorenhoff, Gesh. Just. R.,	247	R. A.	246. 265	—, Amtsg. R. i. einstw. R.	215
		—, Udg. Präs.	247	—, Kanzlist — Kanzl. Sectr.	140	Erichsen	274
		—, R. A. — Not.	121	Ehler	98. 294	Erkens	222
		Dornann	5	Ehrenberg, Erst. St. A. —		Erlanger	75
		Dorn, Udg. R. — D. Udg. R.	227	Udg. Präs.	9	Ernst, Franz, Dr., Aff. —	
		—, Jos., R. A. — Just. R.	304	—, Aff. — Amtsr.	19	Amtsr.	147
		Drabner	242	—, Stellvert. Handelsr.	147	—, Stellvert. Handelsr.	74
		Dräger	215	Erdardt	2	—, Friedr., Aff.	144
		Drast	152	Ehrich	75	Ergebnis, Gerichtsbien.	74
		Dräger	74	Eich	39	—, Amtsg. R. i. einstw. R.	
		Drehmann	151	Eichhoff	152	—, Gesh. Just. R.	305
		Dreiß	247	Eichholz, Just. R., R. A.		Erstpropst, Hermann, Dr.,	
		Dreßler	132	—, Kanzl. R., Erst. Gesh.		Ref. — Aff.	254
		Dreese	2	richtsd.	152	—, Wilhelm, Ref. — Aff.	258
		Dreweilo	147	Eichhorn, Kammerg. R. —		Esbach	305
		Drems	274	Sen. Präs.	221	Ecke	39
		Driesen	151	—, Udg. R.	47	Eichengrub	53. 304
		Drievert	304	—, Stellvert. Handelsr.	300	Eichhofen	152
		Drigalski	227	Eichler	97	Eichte	74
		Droste	273	Eidenbusch	235	von Eichtstruth	1
		von Drigalski	81	Eidhoff	2	Eywiler	121. 253
		Dubenhausen	147	Eiden	2	Euchl	9
		Duesberg	19	Eiler	304	Everten	214
		Dührsen	151. 241	Eienfel	152	Evers, Udg. R.	77
		Dünker	2	Eisenmann	122	—, Gesh. Just. R., R. A.	75. 103
		Dürfeld	16	Eisleben	121	Ewoldt	258
		Düring	48	Eiswaldb	3	Egner	290
		Duffus	96	Elke	228		
		Dumont	53	van Elbit	39		
		Dunker	2	Elker	103		
		Dunst	151	Eloffer	214	Jabian, R. A., Not., Gutt-	
		Dydhoff	264	Elsner	245	Radt	75
				Elsen	89	—, Friedr., Ref. — Aff. —	
				Elsen	31	R. A., Berlin I	90. 242
				Enderpols	50. 126	—, Alfred, Dr., Ref. — Aff.	152
				Ender			



Habrigi	77
Hahnbrich	263
Habr, Ref. — Aff.	75
—, Sectr. Gerichtspr. —	
—, Kanzl. R.	228
Haldenberg	2
Hall, Dr., Aff.	3
—, Gerichtsdi. n.	17
Hallenbach	125
Hallenberg	3
Hallenfeld	49
Hausmann	74
Havreau	274
Hedner	243
Hehler	237
Hege	15
Heig	304
Heibier	260
Heibhaus	242
Heilmann, Aff. — Amtsr.	247
—, R. u., Rot. — Just. R.	304
Heilner	260
Heilig	242
Heilmün	305
Henmarth	32
Herche	2
Herschland	18
Hertbad	235
Hidler	227
Hiebelkorn	151
Hiebig	74
Hiebler, St. u. R. —	
—, Amtsg. R.	96
—, Stellvert. Handelsr.	15
Hilbrg	103
Hilshne	259
Himmel	243
Hinde	31
Hipper	97
Hirnhaber	152
Hischel	1
Hischer, Geh. Rechn. R.	39. 59
—, Amtsr. Beckenberf	—
—, Amtsr. Hannover	—
—, Amtsr. nach Springe	103
—, Amtsr. Tremsen	—
—, St. u.	274
—, Stellvert. Handelsr.	74
—, Dr., Just. R., R. u.	
Berlin — Geh. Just. R.	259
—, Just. R., R. u. Edin	77
—, Just. R., R. u. Mü.	
heim a. Rh.	89
—, Karl, Aff.	40
—, Gerichtsdi. n.	223
Hisher	248
Hisher	111
Hilckenbraeger	147. 257
Hlatow	19
Hled	96

Hlegel	74
Hleischauer	304
Hleischauer	304
Hleischmann, Vbg. R. —	
—, Geh. Just. R., Vbg. R.	95
Hleran	53
Hlid	111
Hlinbt	16
Hlorchüt	53
Hlöbring	19
Hloerfer	299
Hollenius	235
Hordenbed	115
Horell	125
Hrandel	121. 122
Hrand	243
Hrande, Vbg. Dir.	17
—, R. u., Rot. Stendal	
—, Just. R.	304
—, Amtsg. R. i. einstw.	237
—, Kabin. Neuhaldensleben	
—, Amtsg. R. i. einstw. R.	305
Hrandfen	305
Hrant, Stellvert. Handelsr.	300
—, Dr., Ref. — Aff.	104
Hranke, Geh. Just. R., Vbg.	
—, Dir.	303
—, Amtsr. — Vdr.	16
Hranfen	235
Hranj	264
Hranjen	304
Hraube	214
Hrauen	48
Hrauenhaebt	97
Hremerer	299
Hrenfen	17
Hreffe	235
Hreudenthal, Dr., Amtsg. R.	15
—, Dr., Just. R., R. u.,	
—, Rot. Stabr	81
—, R. u. Berlin	—
—, Just. R.	304
Hrey	300
Hrey	74
Hreymarkt	143
Hreymuth	74
Hreyfe	74
Hreytag, Otto, Dr., Aff. —	
—, Amtsr.	263
—, Erf. St. u.	89
Hride	82
Hriedenberg	122
Hriebemann, Edbund, Dr.,	
—, Just. R., R. u.	97
—, Guffau, Dr., R. u.	254
Hriebenthal	304
Hriebertci	246
Hriedländer, Amtsg. R.	151
—, Handelsr. Bromberg	1
—, Handelsr. Berlin I	59

Hriedländer, Just. R., R. u.,	
—, Rot. Bielefeld	85
—, Paul, Ref. — Aff.	90
Hriedlaender, Dr., R. u.,	
—, Rot. Potsdam — Just. R.	214
Hriedrich, Geh. Just. R.,	
—, Kammerg. R.	131
—, Kanzl. R., D. Sectr.	246
Hriedrichs, Stellvert. Handelsr.	81
—, R. u., Rot. — Just. R.	
—, Aff.	246
Hrieg	152
Hriemel	243
Hrieste, Ref. — Aff.	50
—, Geh. Just. R., Amtsg. R.	
—, i. einstw. R.	305
Hriefche	121. 241
Hriefsmuth	115
Hriefsch	306
Hriefj	17
Hrige, Geh. Just. R., vortr.	
—, R. i. Just. Minist. —	
—, Geh. D. Just. R.	115
—, Zbrob., Aff. — Amtsr.	303
—, Stellvert. Handelsr.	227
—, Geh. Just. R., Amtsg.	
—, R. i. einstw. R.	243
Hrigen	48
Hrieglich	228
Hriedwaug	5
Hromme, Vbg. Präf.	16
—, Vbg. Dir.	228. 253
—, Just. R., R. u., Rot.	
—, Geh. Just. R. 39. 132. 143	
—, Dr., R. u., Rot. — Just. R.	304
Hrommann	260
Hruft	264. 274
Hrüngel	223
Hruß, Vbg. R. — D. Rbg. R.	63
—, Amtsr. Rälbin a. Rh.	
—, Amtsg. R.	235
—, Amtsr. Bickenlopf —	
—, Amtsr. R.	263
—, Amtsr. Böbau — nach	
—, Carlshaus	227
—, Stellvert. Handelsr.	227
—, Jul. Ray, R. u., Rot.	
—, Berlin — Just. R.	214
—, Eugen, Dr., R. u.	
—, Berlin — Just. R.	214
—, Kanzl. Gehülfe	48
Hügart	118
Hülner	76
Hülner	294
Hübnerberg, Hrbt.	140
Hühf	64
Hühf	39
Hund	265
Hunde	303
Hund	246
Huttig	235

Hut	2
Habrbusch	273
Hadow	97
Habel, Just. R., R. u.,	
—, Rot. — Geh. Just. R.	237. 257
—, R. u. — Rot.	259
Habler	89
Härmer, R. u.	294. 300
Hærner, Dr., Ref. — Aff.	254
Haffty	222
Halland	294
Hallenant, Dr., Amtsg. R.	
—, D. Vbg. R.	213
—, Amtsr. — Amtsg. R.	116
Hallus	63
Hammersbach	289. 294
Hambart	89
Hambert	223
von Hergen, Handelsr.	73
—, Stellvert. Handelsr.	60
Hebhardt	74
Hebfer	54
Herlwin	300
Herfe	73
Hermann, Amtsr.	303
—, Rechn. R., Rechn. Rev.	140
Hesiger	17
Hesler	2
Hesler	75
Hesler, Amtsr.	96
—, R. u. — Rot.	16. 214
Heshaar	116
Heshelny	74
Hernberg	116
Hersh	121
Herzogsohn	10
Hersch	49
Hershbar, Vdr. — Vbg. R.	115
—, R. u. — Just. R.	214
Herride	248
Herride	237
—, Amtshaus.	260
Herrmershausen	17
Hernot	228
Hersdorf	2
Hersläder	305
Hersenberg	274
Hersmeyer	258
Hersh	112. 222
Hersh	39
Hesh	2
Heser	303
Hesner	247
Hesppner	235
Hesh	28
Hesh	294
Heshen	227

Gille	16
Gillner	228
Girtle	303
Gisevius	253
Glabbsj	97
Glabbsj	1
Glandorff	214
Glabj	2
Glagel	125
Glein	305
Glogauer	2
Gloger	214
Gladsmann	6. 47
Gladsohn	28
Gobel, Dr., St. N. — St. N. N.	39
—, Nf. — R. N. — Rot.	116. 293
Gobelts	78
Goeck	293
Göring	265
Goeck, Gefangenaufl.	74
—, Vdg. R. i. einflw. R.	248
Goecklich	243
Goeckig	17
Götschen	17
Goege	63
Goldbeck-Elöwe	48
Goldberg	78
Goldmann, Samuel, R. N. — Just. R. — Rot.	2. 16
—, Eduard, Just. R., R. N. — Rot.	125
Goldschmidt	214
Golling	125. 152
Goring	305
Gottlieb	152
Gottsdarfer	96
Gottschall	139
Grotowitsch	73
Grotowitsch	54
Graeber	18
Graefe, D. Vdg. R.	228
—, Ref. — Nf. — R. N.	98. 222
—, Sen. Präf. i. einflw. R.	305
—, Geh. D. Just. R.	227
Graf	222. 304
vom Grafen	304
Graf	139
Graf	222
Grahamberg	96
Gramer	132. 204. 300
Grafow	95
Graf	304
Grafhof	16
Grafhof	47
Grebbe	214
Grebbe	115
Grebien	131. 241
Greffrath	228

Gregor	98
Greif	2
von Gremp, Reich.	39
Grove	214
Groven	45
Groschl	253
Grimm	230
2	122. 126
Grimmenbahl	122. 126
Gropl	28
Groover	269
Groschupf	96
Grosj, Nf. — R. N.	5
—, Nf. — Rot., Gerichtschr.	228
Groshe, R. N., Rot. — Just. R.	2
—, Kanjl. R., Gerichtschr.	242
Grossmann	97
Grotsefent	246
Grotzisch	242
Grüner	222
Grünig	73
Grünspach	54. 104
Grünwald	300
Grüttner, Amtsg. R.	27
—, Ref. — Nf.	40
Grümmacher, Nf. — Amtsg.	49
—, R. N. — Just. R.	304
Grühner	293
Grund	139
Gruson	227
Grzegorzki	17
Guberian	300
Gühne	74
Gurifer	18
Güldner	304
Gülland	131
Güntzer, Kammerg. R. — Sen. Präf.	17. 95
—, Handlstr.	241
—, Otto, Nf.	3
—, Heinrich, Ref. — Nf.	20
—, Geh. D. Just. R., Vdg. Präf. i. einflw. R.	305
Günzger	103
Guth	140. 222
Guzenheim	147
Gumpert	97
Guradze	2
Gutfeld	148. 222
Guttermann	17
Gylac	222
Gaaf	242. 245
Gaade	85
Gaarmann, Dr., Vdr. — Vdg. R.	235
—, Vdr. St. N. — Geh. Just. R.	121

Haase, Vdg. R. Breslau	17
—, Amtsg. R. Reichenbach	17
i. Schl.	131
—, Vdr. Kiel — Vdg. R.	263
—, Simon, Dr., Ref. — Nf.	254
Hagck, Ref. — Nf.	274
—, Amtsg. R. i. einflw. R.	243
Haengler	274
Haebeland	147. 235
Haebler	19
Haerland	17
Haberling	17
Habicht	147
Hadel	53. 73
Hader	203
Hadenfeldt	10
Haedermann	214
Händler, Vdg. R.	19. 73
—, Stellvert. Handlstr.	300
Haendly	254
Hänert	16
Haensch	74
Haering	32
Haertel	49. 300
Haerten	64
Härtrich	82
Hagemann, St. N. R. — Vdg. R.	85
—, St. N. R. — E. St. N.	111
—, R. N. — Just. R.	214
—, Rud., Ref. — Nf.	48
—, Paul, Ref. — Nf.	274
Hagemeister	222
Hagemeyer	96
von Hagen	293
Hagen, C. Vdg. Präf.	111
—, Bureau-Gulfarb. — Kanjl. Sekr.	82
Hahn, Amtsg.	27
—, Rot.	74
Hahne	140
Hale	290
Halsfeld	228
Halle	125
Hamadner	112
Hambloch	132
Hamburger, Stellvert. Handlstr.	300
—, R. N. Posen — Just. R.	304
—, Dr., Ref. — Nf. — R. N. Berlin II	152. 248
Hamm	17. 151
Hammers	235
Hampel	19
Hanau	245
Handschuh	2
Hanraths	40. 215
Hans	305
Hanschmann	97
Hansen, Dr., Nf. — Amtsg.	111

Hansen, St. N.	97
—, Amtsg. R. i. einflw. R.	305
Harden	131
Hardt	145
hArgues	304
Hartzhausen	17
Hartmann, Erich, Dr., Ref. — Nf.	32
—, Waltherr, Dr., Ref. — Nf.	60
Hartung	2
Hartwig	213
von Hartwig	96
Hartwig, Amtsg. — Amtsg. R.	39
—, Dr., Ref. — Nf.	104
—, Geh. Insp. — D. Insp.	305
Hafenkamp	116
Hafenknopf	305
Hafken	96
Haffs, Amtsg.	81
—, Ref. — Nf.	97
Haffelbach	125
Hafslacker	213
Hafub	96
Haid, R. N., Rot. — Just. R.	2
—, Handlstr.	273
Haidre	115
Hainke	59
Hauptmann	116
Hausmann, Nf.	152
—, Gerichtsdi.	243
Hausj	274
Hau	27
Hauberling	45
Hecht, Amtsg. — Amtsg. R. — Dr., R. N. Frankf. a. M.	116
—, Nf. — R. N. Promberg	228. 236
Hed, Amtsg. R.	273
—, Gerichtsdi.	13
Hedelsberg	222
Heder	242
Hedmann	112
Heiberg	290
von Hermsleed	126
Heer	214
Heese	237
Hefermehl	75
Heidermanns	95
Heidrich	73
Heilberg	304
Heilborn	2. 77
Heilbron	235
Heiliger	222
Heim	75
Heimann, Dr., Handlstr.	299
—, Breslau	299
—, Handlstr. Köln	299

	Seite		Seite		Seite
Hann, R. A., Not. Lauban	304	Hering	121	Hilbebrand, R. A., Not. —	214
—, Just. R.	214	Herrmann	132	—, Just. R.	74
—, R. A. Breslau — Just. R.	214	Herrmann	115	—, Gerichtsvollz.	214
Heine, Amtsr.	111	Hermes	17	Hilbebrandt	131
—, Stellvert. Handelsr.	147	Hertold	60	Hill	19
Heinemann, St. A. R. —		Herr	81	Hilgers	221
E. St. A.	111	Herrmann	147	Hillenlamp	96
—, Dr., R. A., Not. Ragde-		Herrmanns	53, 89	Hilmer	303
burg — Just. R.	214	Herling	265	Himmel	258
—, Richard, Ref. — Aff.		Hertel	223	Hinzelmann	116
—, R. A. Düsseldorf	60, 104	Hertrumpf	263	Hinge	39
—, Friedr., Dr., Ref. —		Hertz	242	Hinze	74
Aff. — R. A. Rayen	132, 264	Herrberg	16	Hirsch, Handelsr.	227
Heinide	152	Hertzog	75	—, R. A., Dr. Stargard — Not.	5
Heinig	125	Herwig	247	—, R. A., Coburg	85
Heinrich	128	Hertz	116	—, Dr., Ref. — Aff.	3
Heinrichs	116	Hertzbruch	85	—, Ranzl. R., O. Sectr.	28
Heinric	48	Herzig	39	Hirschberg, Paul, Dr., Aff.	222
Heinroth	303	Hertzog	222	—, Amtsr.	263
Heins, Rich., Aff. —		Hesse, Stellvert. Handelsr.	16	—, Eduard, Ref. — Aff.	132
Amtsr.	143	—, R. A. — Just. R.	214	—, Franz, Ref. — Aff.	304
—, Gerichtsvollz.	74	Hessel	73	Hirschberg, Amtsr. —	50
Heidmann	242	Hessenberg	75, 222	Hirschfeld, Amtsr. —	
Heiff	247	Hesterberg	63	Amtsg. R.	39
Heiff	73	Hesh	125	—, Dr., Aff. — St. A.	253
Heil	260	Heher	258	Hirschland	214
Heile	152	Heuf	304	Hirschland	2
Heiler, Amtsr. — Vdr.	293	Heude, Franz, Aff. — R. A.	10	Hirschland	18
—, Friedr., Dr., Ref. —		—, Albert, Dr., Ref. — Aff.	10	Hochgand	299
Aff.	28	Heutlaß, Jul., Ref. — Aff.	290	Hochgand	274
—, Walther, Dr., Ref. —		—, Eugen, Ref. — Aff.	254	Höber, Handelsr.	299
Aff.	140	Heuer	10	Hoerber, St. A.	132
—, Herm., Ref. — Aff.	237	Heuser, Dr., Amtsr. — Vdr.	96	Hoeden	96
Hüing	85	—, Handelsr.	47	Höfer, Just. R., R. A., Not.	223
Hümann	17	—, Dr., R. A., Not. —		Höfer, Aff. — Amtsr.	96
Hewig	97, 104, 112	—, Just. R.	2	Hölscher	300
Heuling	300	—, Karl, Ref. — Aff. —		Hoengen	82, 116
Heupell	96	R. A.	152	Hoengler	104
Heupenmacher	241	—, Adam, Ref. — Aff.	85	Höpfer	274
Heugberger	273	von Heusinger	293	Höpner	245
Heule	305	von der Heuden	227	Hoff	59
Heule	17, 235	Heuden	96	Hoffmann, Vdg. R. Oppeln	
Hemede, Aff. — Amtsr.	227, 289	Heudenreich	214	—, Amtsg. R. Breslau	96
—, Aff. — R. A.	10	Heudorn	82	—, Vdg. R. Nordhausen	221
Hemia, Egon, Aff.	10	Hever, Vdg. R. Hannover —		—, Amtsr. Friedland O. S. d. H.	
—, Max, Ref. — Aff.	60	nach Raumburg a. S.	289	—, Vdr. Heiwig	96
—, Alfred, Dr., Ref. —		—, Dr., Vdr. Elver — Vdg. R.	235	—, Amtsr. Gelsenkirchen —	
Aff.	116	Heßinger	215	Vdr. Stargard i. Pom.	125
Hemiged	96	von Heuting	259	—, Gerhard, Dr., Aff. —	
Heming	116	Heymann, Vdr. — Vdg. R.	115	Amtsr. Ratibor	147
Heming	32	—, Adolf, Ref. — Aff. —		R. A., Not. — Just. R.	214
Hemrich	274	R. A. Viegnig	90, 215	—, Walter, Dr., Aff.	104
Hemrich	151	—, Eduard, Dr., Ref. —		—, Walter, Aff.	112
Hemse	40	Aff. — R. A. Danzig	152, 304	—, Georg, Ref. — Aff.	78
Hemßen	221	Vdg. R.		—, Paul, Ref. — Aff.	45
Hemtrich	213	—, Ranzl. R., Gerichtsd. r.	112	—, Konrad, Ref. — Aff.	78
Heppe	74, 245	Hiacup	147	—, Friedrich, Ref. — Aff.	90
von der Heberg	302	Hibbing	104	—, Rich., Ref. — Aff.	294
Heig	227	Hiepe	242	—, Rechn. R., Gerichtsd. r.	
Heipolz	97	Hilt	60	Reud.	17
				Hoffmümm	258
				Hofmann	222
				Hofmeister	15
				Hohenemser	60
				Hofmann	60
				Holl	274
				Hollstamp	258
				Hollender	10
				Hollmann	214
				Hollten	241
				Holttermann	242, 289
				Holtfreter	259
				Holtkötter	75
				Holzer	228
				Homann	253
				Homborg	47, 304
				Honemann	97
				Honig	214
				Hoop	214
				Hooper, Vdg. Dir. Berlin —	
				Obz. Just. R.	293
				—, Amtsr. Heilberg —	
				Amtsg. R.	39, 103
				—, Amtsr. Marienwerter	
				Vdr. Graudenz	221
				Hortig	303
				von Horn	39
				Horn, Just. R., R. A., Not.	222
				—, Dr., Ref. — Aff.	265
				—, Kastellan	18
				Hornthal	97
				Horten	3
				Houben	143
				Howabrze	10
				Huber	2
				Hübner, D. Vdg. R. — Geh.	
				Just. R.	228
				—, Amtsr. — Amtsg. R. R.	263
				—, Handelsr.	103
				—, Assistent, Gerichtsd. r.	
				Obz. d. R.	242
				Hädige	16, 221
				Hälen	40, 97
				von Häfen	228
				Häule	115
				Häutenheim	96
				Häutenbrin	104
				Humberg, Vdg. Dir. — Geh.	
				Just. R.	293
				—, Dr., R. A., Not. — Just. R.	214
				Humber	289
				Hundertmark	132
				Hufemann	140
				Hufsch	242
				Hufse	121
				Jablonsti	116
				von Jadowski	242
				Jacob	111
				Jacobi, R. A., Not. — Just. R.	304

	Seite		Seite		Seite		Seite
Jacobi, Dr., Ref. — Aff.	242	Jüngling	125	Keller, Gerichtsbien.	223	Klein, Aff. — Vbr.	111
Jacoben	259	Jung, Heimr., Ref. — Aff.	85	Kellerhoff, R. A., Rot.,		—, Aff. — Amtsr.	1
Jacobus, Handelsr.	227	—, Josef, Ref. — Aff.	126	Just. R.	2	—, Ranjl. Sectr., Ranjl.	
—, R. A., Rot. Stolp —		—, D. Sectr. — Ranjl. R.	122	—, Ref. — Aff.	152	Insp.	290
—, Just. R.	304	Jungl	305	—, Amtsg. R. i. einstw. R.	243	Kleinau	143
—, Walter, Ref. — Aff.	132	Junter	96	Kelp	78	Kleine	97
—, Emil, Ref. — Aff.	290	Juris	116	Kesch	214	Kleiner	18
Jaeger	104	Jwers	63. 139	Kemmerich	132	Kleinloff	77
Jaensch	257			Kempner, Rag, Just. R.,		Kleinpau	223
Jaffe, Martin, Dr., Kaufm.				—, R. A., Rot. Berlin	17	Kleypshaber	139
Josen, Handelsr.	222	<b>K.</b>		—, Dr., R. A. Breslau —		Klingenhäger	112
—, Georg, Kaufm. Josen,				Just. R.	214	Klinfer	2
Stelloctr. Handelsr.	274	Kabgien	96	Knitzenich	132	von Klode	243
—, Dr., Ref. — Aff.	300	Kachne	2	Krosten	126	Klog	265. 274
Jagdhuhn	74	Kachren	304	Krosten	235	Klappelberg	81
Jahn	241	Rämpfert	16	Kreffelau	132	Kluge, Dr. phil., Aff.	98
Janowial	18	Keeffe	214	Kreffelau	214	—, Ref. — Aff.	258
Janzen, Amtsg. R.	77	Keffemaecher	242	von Krefler, Graf	300	—, D. Sectr.	223
—, Just. R., R. A.	49	Kaefner	258	Kreßer	95	Knappe	290
—, Sectr., Erst. Gerichtsbch.		Kaefenborn	5	Kreger	254	Knauer	126
—, Ranjl. R.	140	Kalau vom Hofe	293	Kette	63. 112	Knaus	146
Janke	293	Kallfeld	290	Knutner	214	Knebel	111
von Jbell	39. 245	Kallmann, Just. R., R. A.,		Kemer	214	Knefe	10.
Jendzejewski	228	Rot. Berlin	9	Ketlich	49. 115	von dem Knefebed, Jtrgr.	
Jenett	112	—, Dr., R. A., Jtant-		Kiefer	28		132. 152
Jensch	243	furt a. R. — Rot.	247	Kiel	293	Kniep, St. A.	9
Jesch	126	Kaluschke	74	Kienast	81	—, Erst. Gerichtsbien.	7
Jeschmann	274	Kamlaß	67	von Kienig, Amtsr. Neu-		Knigge	30
Jengen	28	Kammeler	13	markt — Vbr. Stargard		Knitte	125
Jhlow	254	Rompß	265	i. Pom.	289	Knitter	253
Jmberg	147	Ranbler	63	—, Amtsr. Steinbach-Hal-		Knoblauch, Garn. Kub. a. D.	
Jm Walle	293	Rann	116	senberg — nach Zeller-		— R. A.	1.2
Jodnisch	148	Ranter	305	feld	115	—, Oefangenauff.	2.3
Jodwter	77	Rauther	304	Krießel	248	Knoevenagel	.7
Joel	112	Kapfengr., Aff. — Amtsr.	222	Kriewetter	305	Knohl	18
Joel	116	—, D. Sectr.	223	Krießelbach	59	Knop	22
Jorden	95	Karnath	16. 131	von Krißell	144	Kobbe, Ref. — Aff.	50
John	74	Kasfel	20. 53	Rind	115	—, Amtsg. R. i. einstw. R.	305
Johnen	151	Kaßan	228	Rindel	16	Kobel	221
Jonas, Julius, Dr., Ref. —		Kaß	246. 265	Kirchhoff	3. 27	Koblib	222
Aff. — R. A. Altona	28. 60	Kaufmann	300	Kirchner, Vdg. Dir.		Roch, Amtsg. R. Ettin	17
—, Rids., Aff. — R. A.		Kaufmann, Amtsr.	237	—, Gerichtsbwly.	242	—, Amtsr. Berlin —	
Eberßwalbe	242	—, Ref. — Aff.	265	Kirchhof	9	—, Amtsg. R.	39
—, Ludw., Dr., Ref. — Aff.	152	Raul	115	Kirfel	132	—, Aff. — R. A.	16
von Jordan	304	Raulen	19	Kirch	305	—, Amtsg. R. i. einstw. R.	305
Jordan	241	Raufch	213. 289	Kirchße	96	Rochann	64
Joschonnef	103	Raufchmann	18	Kirßchmann	86	Roch	304
Joßki	246	Raupor	47	Kittel	15	Rochler, Handelsr.	103
Joßen	17	Raßfer, St. A. R. —		Kittler	111	Rochler, Amtsr.	89
Joßmann	39. 40.	E. St. A.	60. 97	Kiy	9	Rochter	3
Jraahn	85. 96. 125	—, Gerichtsbien.	228	Kius	74	Rochermann	140
Jaac	122. 242	Kreemann	15	Klamroth, Amtsg. R.	17	Rölpin	305
Jiert	74	Krefenstein	104	—, Ref. — Aff.	3	Rönig, Ref. — Aff.	258
Jising	103	Rehren	265	Klapp	17	Roenig, Albrecht, R. A. —	
Jisrael, Stellvert. Handelsr.		Reil	116	Klaffen	2	Just. R.	304
Berlin	147	Reiner	293	Kleber	222. 245	—, Ulrich, R. A. — Just. R.	304
—, Stellvert. Handelsr.		Keller, Vbr. — Vdg. R.	115	Kledow	2	Rönigs	82
Strallund	148	—, St. A. R. — Amtsg. R.		Kleemann, Aff. — Amtsr.	143	Rönnecke	140
Jisraelßki	64	Berlin I	96	—, Gerichtsbien.	228	Röple, Gerhard, Dr., Ref.	
Jyemßki	60	—, Amtsr. Salzwedel —		Klein, Oeb. D. Just. R.,		— Aff.	242
Jünger	116	Amtsg. R.	116	Vdg. Präß.	95	Röple, Artur, Ref. — Aff.	144

Röner	Seite 78	Strieger	Seite 17	Ruppenter	Seite 223	Rehmann, Mag, Ref. —	Seite 254
Roeffler	243	Striener	64	Rurth	246	—, Johannes, Ref. —	264
Roffta, Dr., Ramberg R.		Strimler	96	Rutß, Amtsr.	19	—, Heint., Ref. —	290
—, Vbg. Präf. 17.	103	Strißler	263	—, Gerichtsvollz.	140	—, Emald, Ref. —	304
—, Bff. — Amtsr.	49	Strochmann	273			Rehmthaler	78
Rohlsbad	18	Strochnte	81			Rehnert	86
Rohle	122	Strogmann	115			Rehning	258, 300
Rohli	126	Strohn	122			Rehnering	214
Rofott	213	Stroner	5			Rehr	274
Rolberg	304	Strofeld	304			Rehweß	16
Rollenscher	152, 236	von Strüger	289			Reibgutß	10
Rolge	27	Strüger, Ernß, Ref. —	Bff. 64			Reibold	274
van Rooywyf	304	—, Ulrich, Ref. —	Bff. 265			Reipziger	300
Ropidi	5	—, Ernß, Dr., Ref. —	Bff. 274			Reitner	258
Ropiste	116	Strueger, Hans, Ref. —	Bff. 122			Reitsch	290
Ropp	242	Strüper	242			Reitsberg	304
Roppen	257	Strüsemann, Josef, R. A.				Reimber	274
Ropperß	305	—, Juß. R.	2			Reimertß	115, 125
Roref	274	—, Mag. R. A. — Juß. R.	2			Reinertß, Oef. Juß. R.,	
Rorn	98	Strulenberg	253			—, O. Vbg. R.	73
Rornmeibel	81, 289	Struppe	2			—, Dr., R. A.	5
Rortum	253	Strutmeier	40			Reinertßfeld	20
Rotheint	31	Ruchendorff	95			Reinertß	304
Rotischke	59	Rübler	264			Reiß	5
Rogenberg	96	Rüchoven	263			Reinberg	115
Rowalle	63, 74	Rühl, Vdr. — Vbg. R.	242			Reo	48, 304
Rowalski	53	—, Ref. — Bff.	305			Reoßard	132
Rozubski	20	Rühn	85, 104			Reoßardt	121
Rraemer	17	Rühnos	15			Repa	213
Strab, O. Vbg. Präf.	74	Rühnoß	39			Repenau	96
—, Juß. R., R. A., Not.	152	Rühne, Handelsr.	3			Repp	273
—, Kanjleigehälfe	32	—, St. A. — St. A. R.	53			von Reſequae	147
Strabé	112	—, Ref. — Bff. —	64			Reße	75, 97
Strahmer	2	—, Alßred, Ref. —	20, 242			Reßer	222
Stramberg	2	Rühnenmann	2			Reßner	227
Stramer, Juß. R., R. A.	2	Rühntal	116			Reßtau	303
—, Ref. — Bff.	75	Rühmann	303			Reze, Vdr.	1
Strapp	75	Rühpfel	264			—, Dr., Bff.	152
Strab	78	Rüper	214			Reuffen	96
Strauße, Dr., Amtsr. —	39	Ruß	222			Reußi	1
—, Amtßg. R.	96	Ruß	300			Reuß, Stellvert. Handelsr.	74
—, Rosimir, Bff. — Amtß.	228	von der Rußien	15			—, Dr., Bff.	10
—, Juß. R., R. A., Not.	60	Rußow	222			Reuin	32, 74, 254, 263
—, Paul, Bff. — R. A.	104	Rußn	294			Reuinßki, Dr., Juß. R., R. A.,	228
—, Dani, Ref. — Bff.	18	Rußfe	132			Not. Poßen	237
—, Kanjleinfpektor	18	Rußjowa	125			Reuinßky, R. A. Danzig	214
—, Botenmeißer	126	Rußul	17			Reußius, Oef. Juß. R., R. A.	48
Strauße-Vanred	20	Rußad	139			Reußner	15
Strausnid	63	Rußel, Amtßg. R.	2			Reußner	97
Strauthaufen	294	—, R. A., Not. — Juß. R.	140			Reußenthal	2
Strawinfel	53	Rußp	111			Reußertß	243
Strabß	60	Rußp	258			Reußertßhün	304
Strabßel	293	Rußz, Amtsr. Marßiffa —	235			Reußing	304
Strade	121	—, Amtßg. R.	59			Reußmann	241
Stralimann	274	—, Amtsr. Ziegenhof —	85, 126			Reußfeld	82
Straipe	214	nach Carthaus	90			Pierau	235
Straußer	253	—, Edward, Ref. — Bff. —				Pierß	
Streuber, Bff. — Amtsr.	305	R. A.					
—, Amtßg. R. i. einßtr. R.		—, Riß., Ref. — Bff.					

<p>Bilie 50          Eimbach 18          Eimberger 115          Einbe 50          Einemann, Amtsr. Loft-          lund — nach Sujum 263          —, Otto, Aff. — Amtsr. 236          Kdslin 131          Einbenau 236          Einbenberg, Vdg. Präf.          — Gnefen — 228          —, Vdg. Dir. — Vdg. Präf.          Ratibor 131          —, R. A., Not. — Juft. R. 304          Einberhaus 18          Einbner, Herm., Aff. —          Amtsr. 96          —, Vdg. Präf. I. einftw. R. 305          Einfe 243          Einig 305          Eipman-Wulf 39, 53          Eippelt 5          Eippmann 305          Eittmann 290          Ee Wifeur 215          Eobe 2          Eoeb 15          Eoed, Amtög. R. 31          —, Ref. — Aff. — R. A. 116          Eönnies 152          Eoefing 140          Eoeme, Amtsr. 253          —, Kanjleigehülfe 18          Eoemensfeld 214          Eöwenstein, Arthur, Dr., Aff.          — R. A. Düffeldorf 40          —, Jul., Dr., Ref. — Aff. 78          — R. A. Wachen 32, 97          —, Otto, Ref. — Aff. 5          Eoewenstein, Stellvert.          Handelsr. 273          Eoewenthal, Carl, Dr., Aff.          — R. A. 78          —, Siegf., Dr., Ref. — Aff. 237          —, Kanjl. R., Gerichtöfchr. 260          Eöwifohn 28          Eöwifohn 112          Eoewy, R. A., Not. Eöwen          — Juft. R. 2          —, R. A., Not. Egin —          Juft. R. 214          Eöhmann, Aff. — St. A. 274          —, Geh. D. Juft. R., Sen.          Präf. I. einftw. R. 243          Eöhmeyer 213, 259          Eöhöföter, Amtsr. 63, 89          —, Amtög. R. I. einftw. R. 305          Eöhmig 258          Eöoff 32, 40, 215          Eöorenjen 39          Eöorenj 74</p>	<p><b>W.</b></p>	<p>Seite          78          103          2          254          304          131          248          16          16, 49          214          214          27, 47          274          64          28          294          53, 73          257          242          304          222          64          143          214          32, 289          304          303          9          97          9          274          54          259          228          112          112          18          2          39          74          131          18          152          39, 74          222          96          73          —          47          —          214          115          17          47          253          27, 248          19          213          290          115</p>	<p>Seite          78          103          2          254          304          131          248          16          16, 49          214          214          27, 47          274          64          28          294          53, 73          257          242          304          222          64          143          214          32, 289          304          303          9          97          9          274          54          259          228          112          112          18          2          39          74          131          18          152          39, 74          222          96          73          —          47          —          214          115          17          47          253          27, 248          19          213          290          115</p>	<p>Seite          10, 245          40          214          74, 90          64          300          104          213          243          243          305          236, 259          95          227, 241          122          300          254          5          214          228          304          228          260          —, Juft. R. —          —, Gerichtödien. 103          Rayer, Juft. R., R. A. 263          —, R. A. Erier — R. A. 97          Dären 111          Maywald 257          Meerwein 39          214, 222          2          64          2          228          —, Amtsr. 235          —, Dr., R. A. 97, 245          —, Ref. — Aff. 246          —, Sekr., Gerichtöfchr. —          Kanjl. R. 82          —, Gerichtödien. 243          2          96          5          111          115          —, Sekr., Gerichtöfchr. —          Kanjl. R. 260          17          47          253          27, 248          19          213          17, 259          96</p>	<p>Seite          289j          294          96          60          304          304          148          10          2          258          274          17          151          1          215          254          115          213          151          214          32          39          60          214          32          259          131, 241          —, St. A. R. — Vdg. R. 221          —, Ebr. Eänberg — nach          Eergau 273          —, Heinrich, Amtsr. Berlin I          —, Hanb. Berlin I 96          —, Amtsr. Ledtenburg —          Amtög. R. 39          —, Amtsr. Diepholz —          Amtög. R. 116          —, Amtsr. Schmiedeberg          I. Sachf. — Amtög. R. 116          —, Oskar, Dr., Aff. —          Amtsr. Merfch 1          —, Friedrich, Dr., Aff. —          Amtsr. Eömern 49          —, Arnold, Aff. — Amtsr.          Schildberg 213          —, Karl Bilß, Direktor,          Handelsr. Berlin 73          —, Jfidor, Kaufm., Handelsr.          Berlin 227          —, Handelsr. Hannover 222          —, Handelsr. Eöblenz 213          —, Franz, Kaufm., Stellvert.          Handelsr. Berlin 300          —, Geh. Juft. R., Erf.          St. A. 16          —, Leop., Dr., Aff. —          St. A. 228          —, Adolf, Juft. R., R. A.          Altona 259</p>
--	------------------	---	---	--	--

Neuer, R. A., Rot. Viegnig	
— Just. R.	214
— Dr., R. A. Celle	—
— Just. R.	214
— R. A., Rot. Heide	—
— Just. R.	304
— Siegm. Joel., Just. R., R. A., Rot. Berlin	121, 140
— Just. R., R. A., Rot. Schwow	228
— Hebor, R. A. Belgig	—
— R. A. Rommerg.	20
— Rich., R. A. Berlin	259, 260
— Jos., R. A. Daberborn	—
— R. A. Werl	228, 237
— Dr., R. A. Celle	148
— Paul, R. A., Rot. Zeuchern	85
— Leopold, Aßf. — R. A. Berlin II	5
— Siegfried, Aßf. — R. A. Berlin II	10
— Emil, Aßf. — R. A. Dahme	236
— Hans, Ref. — Aßf. — R. A. Berlin I	20, 242, 294
— Verab., Ref. — Aßf.	40
— Friedrich, Ref. — Aßf.	64
— Julius, Ref. — Aßf.	104
— Hermann, Ref. — Aßf.	104
— Otto, Ref. — Aßf.	264
— Wilb., Dr., Ref. — Aßf.	274
— Gerichtsbeiz.	152
— Majchinist	18
— Geh. Just. R., D. Vbg. R. i. einstw. R.	246
Neuerhoff	3
Neyrowski	90, 274
Neuhoffer	115
Nenn	50
Nichaels, Paul, R. A. Berlin — Just. R. — Rot.	2, 125
Nichaels, R. A., Rot. Sangerhausen	143
Nichalte	97
Nichels	77
Niddelorf	214
Niege	243
Nielcarzewicz	78, 237
Nierwidi	245
Nietzke	5, 28, 49
Nilens	243
Nilenski	28
Nintus	74
Nischke, D. Vbg. R.	17
— R. A., Rot. — Just. R.	2
Nitting	223
von Mittelhaedt	235
Mittelsten-Scheld	214
Mittlerloischaus	293
Mitloff	305

Nischke	39, 73
Nobler	2
Nobslau	132, 214
Nobslis	304
Nöbler, Karl, Ref. — Aßf. — R. A.	28, 75
— Jul., Ref. — Aßf.	75
Nöbler, Bruno, Ref. — Aßf.	75
— Max, Ref. — Aßf.	152
Nöcker, Vbg. Dir.	17
— Stellvert. Handelsr.	—
— Handelsr.	132, 241
Nolenaar, Dr., Amtsr.	263
— Handelsr.	227
Nolinari	132, 259
Noll, Ermbd, Dr., Ref. — Aßf.	237
— Friz, Dr., Ref. — Aßf.	300
Nommer	303
Nonje	17
Noras	60
Norkramer	221
Nosfer, Vbg. R.	95
— Stellvert. Handelsr.	147
Nofes, R. A., Rot. — Just. R.	304
— Dr., Ref. — Aßf.	304
Nosler	3
Nosdorf	214
Nroczel	151
Nude, R. A., Rot. Kreuzburg D. Schf. — Just. R.	304
— R. A. Parchowig — Rot.	236
Nügel, Max, Aßf. — Amtsr.	—
Nuarlois	96
— Leo, Aßf. — Amtsr.	—
Nunne	111
Nüßberg	18
Nüßhaus, Stellvert. Handelsr.	73
— Benno, Dr., R. A.	125
Nüller, Geh. Rechn. R., Vorst. b. Geh. Kalkulation des Just. Minist.	89
— D. Vbg. R.	17
— Vbg. R.	17
— Amtsg. R.	17
— Vbr	125
— Friedr., Aßf. — Amtsr.	—
— Veuthen a. D.	73
— Heint., Aßf. — Amtsr.	—
Nürsen	227
— Ulrich, Aßf. — Amtsr.	—
Domnau	227
— Stellvert. Handelsr.	—
Oestlau	300
— Stellvert. Handelsr.	—
Ollie, a. S.	16
— Stellvert. Handelsr.	—
Oetlin	242
— Erst. St. A.	63
— Max, Aßf. — St. A.	—
Oimburg	148

Müller, Waldemar, Aßf. — St. A. Prenjau	—	274
— Franz, Ref. — Aßf. — R. A.	—	60, 122
— Heinrich, Dr., Ref. — Aßf. — R. A.	—	140, 294
— Ernst, Aßf.	—	264
— Theodor, Ref. — Aßf.	—	20
— Heinrich, Ref. — Aßf.	—	53
— Adolf, Ref. — Aßf.	—	242
— Rob., Ref. — Aßf.	—	258
— Eugen, Ref. — Aßf.	—	265
— Albert, Ref. — Aßf.	—	265
— Otto, Dr., Ref. — Aßf.	—	274
— Rechn. R., Rechn. Rev.	—	131
— Kanjl., Gerichtschtr.	—	74
— Sekr., Gerichtschtr.	—	—
Kanjl. R.	—	223
— Kanjleigehülfe	—	242
— Erst. Gerichtsbien.	—	305
— Gefangenauff.	—	74
— Geh. Just. R., Vbg. Dir. i. einstw. R.	—	305
— Vbg. R. i. einstw. R.	—	305
Mueller, Johannes, Ref. — Aßf.	—	304
Muedner	—	143
Münd	—	305
Mündmeyer	—	147
Münster	—	221
Münzel	—	274
Muhl, Vbg. Dir.	—	17
— Ref. — Aßf.	—	300
Muhle	—	121
Mulerit	—	17
Mumme	—	222
Munbt	—	75
Munf, Dr., Amtsr. — Amtsg. R.	—	263
— Dr., Ref. — Aßf.	—	90
Muntau	—	293
Murray	—	237
Muffet	—	17
Mylus	—	17

**R.**

Rade	82
Rabolnn	125
Raborff	16
Rägler	18
Raenbrup	152
Rafatenus	215
Rarjes	222
Ratorp	104
Raumann, Erst. St. A.	—
— Franz, Aßf.	—
— Max, Dr., Ref. — Aßf.	—
— Sekr., Gerichtschtr.	—
Rebden	89

Rehmer	140
Rehring	49
Reizert	304
Reutwig	305
Reffel	39
Reu	116, 152
Reugebauer	9
Reuhaus, Dr., R. A., Rot.	—
—	75, 77, 78
— Alf., Dr., Aßf.	—
Reupoff	64
Reumann, Handelsr.	—
— Just. R., Rot.	—
— Max, Aßf. — R. A.	—
— Friz, Dr.	—
— Heint., Dr., Ref. — Aßf.	—
— Gefangenauff.	—
Reuerbt	47
Riedel	152, 257
Ricolai	5, 31, 47, 82
Nicolaus	214
Ricolaender	50
Riemeyer	237
Riertoff	147
Riffen	82
Rieten	60
Riewöhner	248, 300
Rimnidt	246
Rimp	243
Rindel	18
Rischelshy	289
Rischke	18
Ritschmann	116
Rize	1
Rixdorf	228
Road	18
Roach	10
Rolte	18
Roth	140
Rotomocohn	2
Rüdel	221
Rüße	265
Rußbaum	126, 245

**D.**

Obst	260
Ochud, R. A., Rot., Königsberg i. Pr. — Just. R.	—
— R. A. Rot. Graubenz	—
— Just. R.	—
Odenbahl	242
Oderksi	245
Odelshauer	53
Oehler, Ref. — Aßf.	—
— Wotenmeister	—
Oelze	273
Oelsterreich	300
Oelshofen	116
Offenberg	289

Obert	60	Paßlor, Arthur, Habel-	Seite	Woch	245	Rabe, Stellvert. Handelsr.	Seite	214
Obrecht	74	fabrikant — Stellvert.		von Ploeg	60	—, D. St. A.	17	222
von Oldenburg	31. 60	Handelsr. Wachen	47	Wolster	300	Raben		228
Oldenburg	305	Wagig	273	Wolte	247	Rachhorst	132	152
Oldendorf	18	Veerenboom	96	Woghat	111	Rademacher, Vbg. R.		223
Olse	214	Wegling	132	Wödel	96	—, Wff. — Amtsr.		247
Oldendorff	304	Weliens	263	Woeppel	31	Rades		48
Oloff	59	Wellinghoff	293	Woerfche	74. 97	von Radowig		82
Opet	96	Wello	140. 245	Wohderer	305	Radt		81
Oppig, Vbg. R. — Vbg. Dir.	95	Weltafohn	228	Wohl	139	Rachmehl		32
—, Amtsr.	253	Wetger, Arthur, Wff.	236	Wohle	2	Racmisch		299
—, Gerichtsdiener.	18	—, Wff. — Dr., Wff.	246	Wolenz	304	Radt		214
Oppenheimer, Dr., Wff. —		Wels	97	von Wolheim	96	Rambke		222
Amtsr.	96	Werts	40	Wollad	5	Ramelow, Stob., Dr., Wff.		
—, Dr., Wff. — R. A.	5	Wernet	73	Wolomski	27	— Et. A.		274
Oppermann	221	Wernice	115	Wommer	227	—, Johannes, Ref. — Wff.		40
Orgler, Geh. Just. R., R. A.,		Peters, Rot. Bonn. — Just. R.	304	Woppelbaum	305	Randolf		97
Rot.	89	—, R. A. Coblenz	89	Woppenbied	112	Rafsch		305
—, R. A.	294. 300	—, R. A. Dülfen	121	Worfch	17. 27	Rafse		214
—, Dr., Ref. — Wff.	152	—, Ref. — Wff.	304	Worfart	20	Raffow		151
Orlowski	96	Petersen	96	Wrad	228	von Rath		1
Ornold	17	Petrofchewiw	304	Wraget, Wff. — R. A.	60	Rath		3
Ostender	214	Petrenj	305	—, Gerichtsdiener.	243	Rau		204
Oßig, Dr., Amtsr. — Vdr.	103	Petfch	248	von Drangen	78	Rauch		246
—, Amtsanw.	230	von Pehinger	111	Dräffe	304	Rauscher		294
Oftermeyer	27	Peuder	214	Dräufte	73	Rausnig		53. 214
Ofterrieth	214	Pfanfack	300	Dredari	103	Rede		2
Ofterrodt	260	Pfeiffer	74	Dredel	139	Rede		143
Ostfirden	116	Pföhner	235	Dreifer	97	von der Rede, Volmerstein,		
Otte, Amtsr.	47	Pfughaupt	140	Dreiling	64	Oraf		104
—, Amtsg. R. I. einstw. R.		Philipp	235 237	Drengel	20	von Reben		81
— Geh. Just. R.	305	Philippi	96	Dreng	96	Reccint		116
Otterstein	53	Philippthal	60	Drengier	5	Regel		237
Otto, Geh. Just. R., Vbg. Dir.	257	Pieper, Stellvert. Handelsr.	74	Drey	96. 116	Regulifch		112
—, Ref. — Wff. — R. A.	116. 222	—, Rich., Ref. — Wff.	90	Driem	213	Rehber		243
Oversch	96	Pietfch, Karl, Wff. — Amtsr.	49	Driester	309	Rehn		214
		—, R. A., Rot. — Just. R.	304	Drind	10	Reide		2
		—, Walthert, Ref. — Wff.	104	Drindgen	304	Reichel		16
		Piffafch	5	Dröbt	148	Reichert		214
		Pilg	140	Drosfauer	32	Reichheim		289
		Pincus	214	Drophen	17	Reichmann		75
		Pinner	304	Drym	53	Reier		78. 116
		Pinoff	17	Dullen	32. 122	Reifenberg		73
		Piffel	140	Duhst	18	Reigers		300
		Piffchogobe	59	Dulvermacher	273	Reimann		6
		Piffthory	246	Dulch	15	Reimerdes		31. 73
		Piffch, Handelsr.	73			Reinach		28
		—, Geh. D. Just. R., Sen.				Reinberger, R. A. —		
		Präf. I. einstw. R.	305			Just. R.		214
		Plaefchle	121			—, Dr., Ref. — Wff.		82
		Plagemann	263			von Reined		235
		Plamiflow	75			Reinede		305
		Plaf	10			Reinefarth		253
		Plate	60			Reinhardt, Frau, Dr.,		
		Platte	96			R. A.		274. 289
		Pliewe	305			—, Wff.		20
		Piefch	121			Reinide		263
		Pleuß, Geh. D. Just. R.,				Reinfch		147
		Vbg. Präf.	241			Reinhagen		222
		—, Wff. — Vdr.	263			Reifer		253
		Plüdt	39			Retowfth		147



	Seite		Seite		Seite		Seite
Remery	214	Rohde, fr. Off. — R. A.	82	Sachs, Hans, Ref. — Off.	274	Scheunemann	243
Renner	242	von Rohden	115	Sachst	39	Schieß	97
Reusch, Just. R., R. A., Not.	132. 143	Rohwästy	116. 274	Sachsenhaus	104	Schiffer	96
—, Off.	98	Rohrland	78	Sad, R. A., Not. — Just. R.	214	Schild	15. 73
Reuß	74	Rohlf	111	—, Geh. C. Just. R., Vdg.	20	Schildhaus	214
Reyhder	248	Roloff, Emil, Ref. — Off.	152	Präf. i. einflw. R.	20	Schilling, Vdg. R.	253
Reinborn	257	—, Friedr., Ref. — Off.	254	Saenger, Bruno, Off. — R. A.	20	—, Amtsr.	17
Richard, Geh. C. Just. R., Vdg. Präf.	147	—, Romodi	152	—, Herm., Off.	64	—, Helvertr. Handelsr.	73
—, St. A. R. — Erst. St. A.	90	Ronge	97	Sauberlich	227	—, Ref. — Off.	237
Richtath	300	Rosbund	265	Saenger	85	Schimmlspeng	243
Richter, Kammerg. R.	27	Roscher	214	Salomon	125	Schimmlspennig	85. 115
—, Ref. — Off.	152	Rosellen	116	Salzmann	2	Schippang	245
—, Gerichtsvollz.	305	Rosenbaum	85. 126	Samoje	143	Schipper	264
von Richtshofen, Jrbz.	242	Rosencranz	221	Samuelsohn	2	Schlag	258
Riebel	1	—, Kurt, Ref. — Off.	260	Sander	242	Schleipen	2. 57
Richenfahn	222	Rosenfeld	294	Sanner	305	Schlesinger	227
Riebold	300	Rosenow	214	Sarrajin, Amtsr.	151	Schlicht	3. 263
Ried	16	Rosenstod	147	—, R. A. 75. 85. 148.	248	Schlimf	305
Riefenstahl	293	Rosenthal, Handelsr. Berlin	147	Saffe	222	Schlodermann	235
Riehl	95	—, Handelsr. Jtant-	273	Saß	140	Schloffing	115
Riehle	97	—, R. A., Not. — Just. R.	304	Satzmannshausen	243	Schnabl	82
Riehm	253	—, Adolf, Dr., Ref. — Off.	10	Sattig, Vdg. R.	293	Schnaie, Off. — Amtsr.	147
Riefelen	39	—, Siegm., Ref. — Off.	132	Saurandt	242	—, Vdr. Dg. R. i. einflw. R. — Geh. Just. R.	243
Riemschneider	304	Rosenzweig	74	Saurland	243	Schmeling	18
Riese	39	Rosse	223	Schaale	74	Schmerbauch	235
Rintelen	242	Rost	112. 116	Schäfer, Amtsr. — Amtsg. R.	263	Schmid, Amtsg. R.	289
Risch	228	Roszbach	116	—, Friedr., Dr., Ref. — Off.	50	—, Handelsr.	213
Riffem	75	Rotering	293	Schaefer, Vdg. Dir.	228	—, R. A. — Not.	300
Rittgen	96	Roters	214	—, Not.	242	Schmidt, Gen. Präf. — Geh. C. Just. R.	303
Ritter	147	Roth, Vdg. R. — C. Dg. R.	227	—, Jacques, Ref. — Off.	140. 242	—, Vdg. R. Berlin	17
Rittshausen	104. 152	—, R. A. Frankfurt a. M.	144	—, R. A.	248	—, Vdr. Hannn — Vdg. R.	39
Riipel	223	—, Off. — Not., R. A.	31. 78	Schäffer	17. 253	—, St. A. R. — Vdg. R.	213
Riz	148	Neumagen	31. 78	Schaffeld	40	Naumburg a. E.	213
Roder	40	Rothe	116	Schagen	73	—, Dr., Amtsr. Oigenburg	235
Rodoch	17	Rothenstein	73	Schalhorn	2. 121	—, Christian, Dr., Off. — Amtsr. Wyl a. Jsbz.	1
Rodan	304	Rothe	235	Scharfenorth	273	—, Heinr., Off. — Amtsr.	131
Rodstroß	242	Rothebild, Handelsr.	227	Schatmer	82	Orttlaw	131
Roderburg	151	—, Just. R., R. A.	63	Schab, Geh. Just. R., Vdg. Dir.	228	—, R. A. Allenstein — nach Berlin II	85
Rodewald, Off. — R. A.	126	Rudelsfel	96	—, Ref. — Off.	82	—, St. Anw. Schneidemühl — nach Greifswald	97
—, Ref. — Off.	300	Rudolf	242	Schauer	48	—, Rudolf, Just. R. A., Not. Berlin	9
Rodig	60	Rudelsbagen	90	Schaumburg, R. A. — Just. R.	27	—, R. A., Not. Gumbinnen — Just. R.	304
Rodling	147	Rüffer, Dr., R. A., Not. — Just. R.	214	—, Amtsg. R. i. einflw. R.	305	—, Paul, R. A. Stettin Just. R.	304
Roder, Amtsg. R. — Vdg. R.	151	—, Ref. — Off.	20	Schaupensteiner	75	—, R. A. Bieren — R. A.	20
—, nach Berlin I	139	Rühl	213. 241	Schebera	305	—, Vdr. — R. A., Not.	245
—, Heinr., Dr., Off. — Amtsr. Redlinghausen	96	Ruhr	64	Scheba	227	Alt-Landberg	237. 245
Rodingh	247	Ruge	221	Scheer	111	—, Niels, Ref. — Off. — R. A. Lothland	50. 242.
Römer	303	Rumpf	303	Scheffer	112	—, Friedr., Off.	215
Röper	53	Rumpf	290	Scheffer	264	—, Aug., Ref. — Off.	10
Rreich	60	Ruffal	40	Scheffler, Gerichtshofz., Ranjl. R.	74	—, Walter, Ref. — Off.	20
Rreffel	95			—, Gerichtsassenfend. — Rechn. R.	236		
Rugalsky	294			Schellbach	17		
Ruge	98			Schellenberg	74		
Ruger	60			Schellmann	121		
Rugge	132			Schemann	116. 265		
Ruhde, Dr., C. Dg. R. — Vdg. Präf.	17. 131	Saage	237	Schemm	85		
—, Ernst, Off. — Amtsr.	39	Saagen	304	Schend	222		
		Sachs, Helvertr. Handelsr.	300	Schepke	140		
		—, Hugo, R. A. — Just. R.	214	Schertling	140		
		—, Edward, Dr., Ref. — Off.	116				

Seite	Seite	Seite	Seite
Schmidt, Adolf, Ref. — Aß. 50	Schneider, Just. R., R. A., Rot. Arnberg 17	Schroeder, Jelig, Ref. — Aß. 140	Schulz, Amtsg. R. Schlen- dig — Vdg. R. Nord- hausen 131
—, Walter, Ref. — Aß. 104	—, Victor, Dr., Just. R., R. A. Berlin — Rot. 125	—, Geh. Just. R., Amtsg. R. i. einfl. R. 305	—, Amtsg. R. Greifswald — Vdg. R. bad. 139
—, Rönigsberg 104	—, R. A., Rot. Egeln — Just. R. 304	—, Amts. 253	—, Amtsg. R. Ragnit — Vdg. R. Lüßit 235
—, Sarrn, Ref. — Aß. 254	—, Otto, Ref. — Aß. 50	Schroeder, Geh. Just. R., D. Vdg. R. i. einfl. R. 305	—, Amtsg. R. Zeiß 221. 241
—, Anselm, Dr., Ref. — Aß. 260	—, Stubels, Ref. — Aß. 300	Schröder 2. 257	—, Joh. Aß. — Amtsg. 96
—, Rechn. R., Rechn. Rev. 17	—, Gerichtsbien. 18	Schrömbgens 245. 248	—, Dr., Vdg. Dir. — Abth. Verst., Ref. Et. A. 97
—, Gerichtsvoll. 242	—, Amtsg. R. i. einfl. R. 274	Schröder 215	—, R. A., Rot. Bunzlau — Just. R. 214
—, Gef. Oberauff. 18	Schneiberreit 259	Schröder 152	—, Herrn., Dr., Ref. — Aß. 246
Schmidt, Polex 2	Schneibler 27	Schröder 289	—, Jelig, Ref. — Aß. 260
von Schmidt, Wierusz, Kowalski 248	Schneiler 20	Schubert 2	—, Gerichtsbien. 48
Schminke 59	Schneiderwinb 81	Schubert 289	Schulze, Amtsg. Ostrowo 235
Schmitt 27	Schnigler 64	Schüd, Dr., Vdg. R. — Aß. 95	—, Heine, Dr. Aß. — Amtsg. Weegenborf 111
Schmig, Ludw., Vdg. Dir. — Dr., Vdr. Duisburg — Vdg. R. 115	Schnöden 19	—, R. A. 85	—, Kurt, Aß. — Amtsg. Ostrowo 263
—, Vdg. R. Düsseldorf — Amtsg. R. R. Glabbach — Amtsg. Reuß — Amtsg. R. 116	Schnöder, Gerichtsvoll. 18	—, R. A. 274	—, R. A. Elmshoru — Rot. 116
—, Amtsg. R. Glabbach — Amtsg. R. 235	Schnöler, Aß. — Amtsg. 147	Schüdigung 121	—, Max, Ref. — Aß. 300
—, Amtsg. Delbe — nach Belienkirchen 147	Schnöln, Wolf, — Ref. — Aß. R. A. 140. 248	Schüller 64	—, Gerichtsstoff. Rend. — Rechn. R. 223
—, Hubert, Dr., Aß. — Amtsg. Wittlich 96	—, Friedr., Ref. — Aß. 78	Schürmann 97	—, Votenmeister 18
—, Karl, Ref. — Aß. Hamm 28	Schönberg, Aug., Dr., Ref. — Aß. 3. 222	Schürmann 290	Schulze, Steinen 98
—, Kapfist, Ref. — Aß. 144	—, Ludw., Dr., Ref. — Aß. 304	Schürmer 60	Schumacher, Aß. — Amtsg. 143
—, Karl, Dr., Ref. — Aß. Eöln 304	Schönermarck 9	Schütt 2	—, R. A. — Just. R. 2
—, Geh. Just. R., Vdg. Dir. i. einfl. R. 305	Schönelbdt 304	Schütte, R. A., Rot. Halle a. S. 2	Schumann, Hefwvtr. 222
Schmig, gen. Schmig, Gehr 97	Schönian 97	—, Ref. — Aß. — R. A. 28. 60	—, Dr., R. A. 304
Schmig, Scholl 59	Schönlanf, R. A. Posen — Just. R. 2	Schüss 31	—, Gerichtsbien. 223
Schmölber, D. Vdg. R. Hamm — Vdg. R. Arnberg — D. Vdg. R. Hamm 95	Schönlant, Ref. — Aß. — R. A. Berlin II 60. 112. 152	Schüße, Aß. — Et. A. 97	—, Votenmeister 18
Schmoldt 28. 60	Schölz, Erich, Aß. — Amtsg. 1	—, Ref. — Aß. 274	Schulze, Steinen 98
Schmud 214	—, Friedr., Aß. — R. A. — Rot. 16. 39	—, Rechn. R., Rechn. Rev. 305	Schumacher, Aß. — Amtsg. 143
Schmurfer 2	—, Ernst, Dr., Aß. 265	Schubmann 305	—, R. A. — Just. R. 2
Schmula 305	Schommer 241	Schuburg 140	Schumann, Hefwvtr. 222
Schmutter 299	Schon 132. 242	Schulte, Vdg. R. — Vdg. Dir. 77	—, Dr., R. A. 304
Schnö 140	Schor 241	—, Handels. 59	—, Gerichtsbien. 223
Schneemann 40	Schotteln 235	—, Et. A. R. — Erst. Et. A. 74	Schund 131
Schneidemahl 9	Schottländer 143	—, Aß. — R. A. 274	Schur 75
Schneider, Vdg. Dir. Nagde- burg — Vdg. Graf. 17. 53	Schradter, Carl, Ref. — Aß. 16	Schulte, Pippert 259. 274. 300	Schwade 85. 257
—, Vdg. R. Stetin — Vdg. Dir. Beuthen D. Schl. 299	—, Christian, Dr., Ref. — Aß. 90	Schultheiß 112	Schwan 258
—, Amtsg. R. Ratibor 111. 241	Schraepfer 111	Schulz, Amtsg. R. Schlochau — nach Graudenz 59	Schwanebed 63. 115
—, Amtsg. R. Branden- burg a. H. 223	Schramm, Aß. — Amtsg. — Ref. — Aß. 294	—, Amtsg. Schwelbin 75	Schwanenberg 300
—, Amtsg. Daaben — nach Hächß 96	Schreiber 235	—, Amtsg. Wusterhausen a. D. — nach Hannover 131	Schwante 104
—, Paul, Aß. — Amtsg. Fultschin 96	Schreiber, Lobbes 31	—, Dr., R. A. Nagdeburg — Rot. 121	Schwangenbuch 116
—, Karl, Aß. — Amtsg. Weidtreifscham 213	Schreier 32	—, Walter, Ref. — Aß. 152	Schwars, Vdg. R. — D. Vdg. R. 227
—, Handelsr. Effen 213	Schroder, Dr., Amtsg. 139	—, Ludw., Ref. — Aß. 265	—, Gerhard, Aß. — Amtsg. 96
—, Hefwvtr. Handelsr. Berlin 147	—, Hefwvtr. Handelsr. Stetin 242	—, Otto, Ref. — Aß. 290	Schwartzkoppf 85
	—, R. A. Vandenberg a. W. — R. A. Soldin 49	—, Aug., Dr., Ref. — Aß. 294	Schwartz, Handelsr. 73
	—, Max, fr. Aß. — R. A. Jnowrazlaw 300		—, Eberhard, Dr., Ref. — Aß. 248
	Schroeter, Hefwvtr. Han- delstr. Cassel 273		Schwarzzer 303
	—, Heint., Ref. — Aß. 152		Schwers 139
			Schweigboefer 112. 248
			Schweidler 255
			Schweizer, Et. A. 152
			—, Dr., R. A. — Just. R. 2
			Schweiner 22
			Schwengler 16

	Seite		Seite		Seite		Seite
Schwenke	143	Simon, Dr., O. Vdg. R.	228	Stard, Ref. — Vff.	20	Strabler, O. Vdg. R. —	
Schwerin	299	—, Amts. — Amtsg. R.	116.	Staubacher	246. 289	Geb. Just. R.	121
Schmider	5	—, Handelsr.	293	Staub	214	—, Dr., Ref. — Vff.	258
Schmiderath	148	—, Ref. — Vff.	40	Stedner	299	Stratmann	215. 228
Schnietz	28	—, Gerichtsbtien.	140	Stegmann	283	Strauch, Alfred, Dr., fr. Vff.	
Schaldt	89	—, Geh. Just. R., Rammerg. R.		Steen	152	— R. A.	49
von Seebach	96	—, einflw. R.	305	Steffens	111	—, Siegfried, Dr., Ref. —	
Seehausen	18	Simonsohn	260	Stegmann	213	Vff.	132
Seehausen	17	Stelower	299	Stehling	214	—, Werner, Ref. — Vff.	221
Seel	116	Stonieski	115	Steinau	116	Streda	228
Seeler	151. 213	Stoppni, R. A. Berent —		Steinbach	246	Strebblau	18
Selig, Dr., R. A., Rot.		Rot.	47	Steinert	116	Stred	274
Rönigsberg i. Pr. —		—, R. A. Königs. Wuster-		Steinbrecher	222	Strudmann, Dr., Amtsr.	293
Just. R.	304	hausen	263	Steinbrecht	97	—, Ref. — Vff.	75
—, Dr., Vff. — R. A.		Slawski	17	Steiner	112	Struzyna	59
Berlin I	60. 254	Smola	32	Steinert	148	Stubentau	243
Seligler, Vdg. R.	228	von Sobbe	300.	Steinfeld	121. 140	Student	126
—, Vff. — Amtsr.	222	Sobesti	L. 73	Steingraber	221	Stüden	74
Seling	77	Sobhid	10	Steinig, R. A. Jabrze	112	Stühlen	300
Sengall	245	Sobite	260	—, R. A. Rosenbergl. O. S. G.	140	Stumpf	294
Sengel, Amtsg. R.	223	Somberhop	214	—, Dr., Ref. — Vff. —		Stupach	247
—, känd. Sülßgerichtsbien.	144	Sommer, Amtsr. — Amtsg. R.	116	R. A. Breslau	64. 122	Suffian	247
Senschnur	90	—, Edward, Dr., Ref. — Vff.	16	Steinloppf	78	Supper	16
Sensidmüder	258	—, Friedr., Ref. — Vff.	290	Steinmeyr	274	Susjgzhöf	294
Serfert, Amtsg. R.	263	—, Gerichtsvollg.	86	Steiner	18	Sumanoff	305
—, Gerichtsbtien.	18	Sommerfeld	305	Stelger	245	Suja	274
Seriffert	222	Sommerlatte	40	Stemler	125	Symanoffi	104
Seriz	78	Sommermerter	10	Stengel	241		
Selbach	258	Sonbheimer	235	Stern, Hebr., R. A. —			
Seliger	3. 140	Sonnenschein	260	Just. R.	2		
Seligner	20	Sorgenfrei	152	—, Vce, Dr., Ref. — Vff.			
Seligmann	214	Sorof	132	— R. A.	112. 289		
Selenin	5. 9	Spamer	264	—, Jacques, Dr., Ref. —			
Scho	77	Spangenberg	63	Vff.	152		
Schmier	115	Spaß	140	Sternberg, O. Vdg. R. —			
Schmrich	126. 257	Specht, Rammerg. R.	17	—, Geh. Just. R.	121		
Schmiler	16	—, Vff. — Amtsr.	213	—, Karl, Dr., R. A. Breslau			
Schmalbt	17	Spedien	223	— Just. R.	304		
Schnabel	85	Specovins	143	—, Alexander, R. A. Berlin			
Schne	27	Spelthahn	97	— Rot.	300		
—, Ref. — Vff.		Spener	227	—, Georg, R. A. Berlin	247		
Schnitz	274. 294	Spiet, Vdg. R.	48. 78	—, Dr., Ref. — Vff.	16		
Schnitz	273	—, Vff. — St. A.	96	Stettiner	300		
Schnitz	74. 75	Spreenberg	97	Steyer	140		
Schnitz	95	Sprengmann - Reckerind	47. 73	Stiebel	75		
Schnitz	80	Springer	39. 40	Stift	274		
Schnitz	2	Springmühl	95	Stobbe	75		
Schnitz, Dr., Just. R., R. A.	53	von Sprockhoff	304	Stod	59		
—, Ref. — Vff.	152	Sprockhoff	96	von Stodhausen	305		
Siedmann	53	Stad	260	Stoebcr	20		
Siegert, Dr., Vff. — Amtsr.	39	Stadnow	151	Stöck	82		
—, Handelsr.	59	Stadtmann	143. 257	Stöcker	215. 222		
—, Amtsg. R. I. einflw. R.	243	Stadie	131	Stoerch	6		
Siegfried	104	Stahl, Friedr., Ref. — Vff.	90	Stoerch	300		
Siefens	258	—, Fern., Ref. — Vff.	258	Stoiberg	299		
Sieffeking	260	Stahn	126	Stolte	300		
von Siegfels	3	Stamer	228	Stolze	78		
Silberberg	28	Stard, R. A., Rot. — Just. R.	214	Stolze	50		
Silberfeld	214			Storj	16. 78		
Silken	228. 237						
Silberberg	303						

I.

Lade	39
Ladny	305
Landt	77
Lappe	60
Lasche	18
Lasse	98. 215
Laured	74
Legeler	222
Leichmann	242
Lenbig	32. 78
Lepel	104
Lepfer	115
Lerzog (Lerrod)	228
Lesendorf	1
Letens	122. 140
Lettenberg	64
Leubusch	152
Leuchter	31
Lehlein	143
Lehrising	300
Lehne	241
Lehmer	299
Lehnen	236
Lehrie	74
Lehrie, Just. R., R. A., Rot.	228
—, Ref. — Vff.	144
Lehrlöbger	82
Lehrie, Dr., R. A., Rot.	
Frankfurt a. R. — Just. R.	2

Ziele, Wilhelm, Dr., Ref.	Seite
— Aff. — N. A. Berlin I	152
—, Edward, Ref. — Aff.	254
Zielemann	17
Zielmann	265
Zieme	60.
Zhier	73
Zhiffiter	16
Zhilo	60
Zhobe	254
Zhone	20
Zhoeffen	221
Zhomann	140
Zhomas	18
Zhomfen, Vbg. N. — Vbg.	243
Dir.	253
—, Dr., R. A., Rot. Kiel	2
—, Aff. — R. A. Hlensburg	47
—, Kreisger. Dir. a. D. —	
Oeb. Just. R.	40
Zhorbede	81.
Zhornann	213
Zhornest	116.
Zhornst	228
Zhranhart	78.
Zhun	132
Zhuffen	265
Zhuffen	2
Zjars	242
Zilmann	300
Zimendorfer	214
Zimm	304
Zimme, Vdr — Vbg. N.	115
—, Dr., Amtsr. — Amtsg. R.	115
Zisner	139
Zobter	246.
Zöde	274
Zönnies	143
Zoff	132
Zoffk	148.
Zoffk	214
Zoffk	247
Zoll	151.
Zoll	152
Zomastiewig	126.
Zopp	148.
Zornow	236
Zornow	305
Zraumann	82
Zraumann	265
Zraumann	237
Zravers	60
Zreffelt	241
Zriedel, R. A. Halle a. S.	
— Rot.	19
—, R. A. Königsberg i. Pr.	
— Rot.	47
Zriest	27
Zroege	304
Zschirch	60
Zämter	258
Zammes	131
Zyankiewicz	17

II.

von Uechtrip. Steinfisch	60
Uffen	115
Ubbe	228
Ulbrich	221
Ulke	235
Ullmann	304
Ulrich	74
Ulrich, R. A. Torgau —	
Just. R.	2
—, R. A., Rot. Marien-	
werder — Just. R.	304
Ulrici	228
Ulruh	273
Unterfinninghofen	96
Urban	300
Uebel	304
Utermann	96
Utzhemann	253

III.

Valentin, Handelsr.	59
—, R. A., Rot. — Just. R.	214
Vallent	227
Vafen	300
Vedder	304
Velbe	143
Velthagen	305
Velten	241
Vengki	63.
Venktion	139
Vetter	132
Vial	263
Viebig	2
Viehhaus	28
Victor	222
Vinde	103
Vißering	152
Vivoux	2
Vleugels	304
Vode	131
Vöfker	152
Vogel, Amtsr. Jüterbog —	
Amtsg. R.	116
—, Amtsr. Pr.-Holland —	
Amtsg. R.	263
—, Handelsr.	213
—, Sekr., Gerichtsfchr. —	
Kanzl. R.	242
—, Gerichtsvollg.	74
Vogler	15
Vogt	2
Voigt, Vbg. Dir.	17.
—, R. A., Rot. Halle a. S.	228

Voigt, Sand, Aff. — R. A.	
Cübben — R. A. Berlin II	
32.	97
—, Assistent, Gerichtsfchr.	
Oehälse — Kanjl. Sekr.	140
Volber	86
Vollmar, Oeb. Just. R.,	
Kammerg. R.	16
—, Just. R., R. A., Rot.	132
Vollbracht	139
Vollbrechtshausen	148
Vollmer	243
Vollmer	228
Vonhoff	95
Vorbrodt	63
Vossen	222
Voss	147.
Vossfänger	96
Vowinkel	214
Voggen	59

III.

Wachsmuth	54
Wadernagel	305
Wagenrecht, R. A.	247.
—, Dr., Ref. — Aff.	152
Wagner, Kubwig, Dr., Aff.	
—, Amtsr. Barmen	96
—, Otto, Aff. — Amtsr.	
Wischoffen	247
—, stellvert. Handelsr.	213
—, Vbg. R. i. einstw. R. —	
Oeb. Just. R.	274
Wahn, St. A. — Amtsr.	143
—, Ref. — Aff.	82
Walbrach	258
Walb	97
Walbau	104.
Walbaum	222
Waldfchmidt	228
Walger	116
Waldis	1
Walter	263
Walther	112.
Walijen	125
Wanjura	305
Warburg	214
Warba, Hugo, Just. R.,	
Rot.	245
—, Stellmstr. R. A. — Rot.	247
von Warnstedt	116
Warfch	243
Warthenberger	227
Weber, Sen. Dräf.	16
—, Mag., Aff. — Amtsr.	1
—, Handelsr.	59
—, Paul, Dr., Aff. — R. A.	5

Weber, Mag., Dr., Ref. —	Seite
Aff.	64
—, Kubw., Dr., Ref. — Aff.	152
—, Amtsbau	74
—, Gerichtsbien.	18
Weddig	97
Weerts	242
Wegeuer	152
Wegmann	273
Wehner, Oeb. Just. R.,	
R. A., Rot.	63
—, Ref. — Aff. — R. A.	
152.	274
Wehr, Oswald, Ref. —	
Aff. — R. A.	48.
254	152
—, Walter, Ref. — Aff.	
214	214
Weichsel	121
von Weichmann	104
Weibermann	20
Weibmann	274
Weigelt	97
Weigert	125
Weibe	96
Weiling	116
Weimar	53
Weinand	28
Weinberg	73
Weinrich	64
Weise	15
Weismüller	59
Weiß, Dr., Aff. — Amtsr.	
Schwebt a. O.	73
—, Aff. — Amtsr. Stein-	
bach - Hallenberg	147
—, Karl, Dr., Ref. — Aff.	
Kiel — R. A.	64.
89	20
—, Georg, Dr., Ref. — Aff.	
Carl, Ref. — Aff. Cassel	75
—, Josef, Aff.	32
—, Vbg. R. i. einstw. R.	305
Weißgerber	122
Weißleder	228
Weißweiler	96
Weitemeyer	96
Weijmann	97
Weilenberg	77
Weilenkamp, Dr., Amtsr.	
— Amtsg. R.	235
—, Ref. — Aff.	85
Weiler	215
Wendenbach	147
Wendel	48
Wendeler	115
Wenderoth	39
Wendt, Aff. — Amtsr.	111
—, Handelsr.	214
—, Ranjleischälse	74
Wentrup	290
Wenzel, Just. R., R. A.,	
Rot. Hirschberg 81.	89.
139	

Wenzel, R. A. Stettin —	Seite	Wiedmann	Seite	Wolff, George, Dr., Adv. —	Seite	Wolff	Seite
R. A. Berlin I	104. 215	Wiedner	31	Amt. Verleberg	96	Wolff	112
Werkmeister	1	Wilde	246	—, Josef, Adv. — Amt. —	96	Zachar	125
Werne	103. 303	Widen	39	Witburg	96	Zacher	116
Werner, Geh. D. Just. R.,		Wildenrath	19	—, Rich., Adv. — Amt. —	253	Zachle, Vdg. Präf. — D. St. A.	294
Vdg. Präf.	228	Wildgrube	18	Rosenberg D. Schl.	253	—, Ref. — Adv.	96
—, Paul, Adv. — Amt. —	96	Wibbelm	60	—, Selberr. Handelsr.	74	Zais	53. 260
—, Handelt. —	222	Witte, Max, Adv. —		Berlin	273	am Zaleski	50. 242
—, Dr., Adv. — R. A.	49	Amt. —	303	—, Selberr. Handelsr.	273	Zambor, Adv. — Amt. —	265
—, Gerichtsbed. —	140	—, Dr., Ref. — Adv. 104.	304	Elberfeld	143	Zebbiek	27
Werner	139	—, Hausvater	5	Orttau	143	Zerachik	1
Werkheim, Amt. Fürsten-		Wilers	213	—, Bruno, R. A. Breslau	304	Zerachik	115
berg a. D. — Amt. R.	39	—, Dr., Adv.	152	—, Just. R.	304	Zerkner	235
—, Adv. — Amt. Fulda	111	Wind	236	—, Hermann, Ref. — Adv.	5	Zebbiek	235
Wesemann	258	Windscheid	139	—, Jakob, Dr., Ref. —	40	am Zehnhoff	2
Wessel	97	Windschors	222	Adv.	40	Zeiler, Dr., R. A., Not. —	2
West	140. 300	Winder	222	—, Hermann, Ref. — Adv.	64	—, Ref. — Adv.	264
von zur Westen	305	Wintermann	214	Kammerg.	64	Zeise	253
Westhelle	74	Wintterberg	245	—, Karl, Dr., Ref. — Adv.	152	Zeising	115
Westhoff, Adv. — Vdr.	96	Wintgen	274	—, Gerichtsbed.	304	Zenthofer	103
—, Adv. — R. A.	28	von Wisingerode, Reich.	16	Wolffgram	304	Zeppenfeld, Vdg. R.	227
Westphal	53	Wippermann, Geh. Just. R.,		Wolfram, Kammerg. R.	17	Zeppenfeld, Adv. — Amt. —	111
Wegel, Sekr., Gerichtschr.		Vdg. Dir.	9	—, Rechn. R., Rechn. Rev.	221	Zerbe	305
—, Ransl. R.	290	—, Erst. St. A. — Geh.	293	—, Justizhauptkassenr.	221	Zermer	300
—, Gerichtsbed.	305	Just. R.	148	Wollenberg	63	Zick	305
Weyer	17	Wirk	104. 148	Wollenhaupt	245	Ziehe	50
Weyers	126	Wislott	139	Wollermann	235	Ziehm	290
Weyer	48	Wischel	116	Wollmer	2	Zielastowski	15. 73
Weyl	242. 260	Witte, Geh. D. Just. R.,		Wollner	247	Zielich	16
Wersand	257	Vdg. Präf.	16	Wollschiffen	19. 235	Ziele	304
Wes, Ref. — Adv.	82	—, Vdg. R.	263	Wolter	2	Zilitens	32
—, Geh. D. Just. R., Sen.		—, Max, Adv. — Amt. —	19	Wosniga	215	Zimmer, St. A.	97
Präf. I. eintr. R. —		—, St. A.	103	Wosnial	18	—, Dr., R. A.	132
Wirkf. Geh. D. Just. R.	305	—, Gerichtsbed.	18	von Wrede, Reich.	132	Zimmermann, Amt. R.	245
Widmann	28. 60	Wittelshöfer	304	Wrede, Friedr., Dr., Adv. —	96	—, Dr., R. A., Not. Hom-	214
Wiedeke	17	von Wittgenstein, Reich.	115	Amt. —	304	burg v. b. 5. — Just. R.	228
Wiedobd	20	Witting	116	—, Franz, Dr., Ref. — Adv.	304	—, Erich, Ref. — Adv. —	248
Wiesel	265	von Wittgenstein, Reich.	116	Wreidauer	17	R. A. Reichensach I. Geh.	294
Wiczorek	18	Wölfel	227	Wronka	2. 125. 126	Zippel	28
Wiedemann	5	von Wipleben	140	Wronski	304	Zippich	242
Wiegand, Just. R., R. A.,		Wöhl	116	Wünnenberg	227	Ziglaff, Erst. St. A.	242
—, Not.	228	Wöhlfahrt	289	Wüstenbörfert	140	—, Adv. — R. A.	132
—, Ref. — Adv.	204	Wöhlfleben	78	Wundermann	247	Zeidler	17
Wiegandt	304	Wojnowski	243	Wundisch	151	Zöllner	98. 144
Wiegmann	16	Wolke	2	Wurzel	254	Zöllner	243
Wiesen	97	Woldmann	82	Wurzel	47	Zulau	265
Wielert	273	von Wolf	293	Wurzel	47	Zurmühl	246
Wiener	227	Wolff, Vdg. Dir. — Vdg.		Wurzel	47	Zwidlitz	242
Wiensrud	73	Präf.	17. 221	Wurzel	1. 39		
Wieprecht	98	—, Amt. Arnswalde —					
Wiesand	27	nach Berlin I	221				
Wieser	95						

# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

## Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Herausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Besten der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Freitag, den 3. Januar 1902.

Nr. 1.

### Amtlicher Theil.

#### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Verleihungen bei den Justizbehörden.

##### Oberlandesgerichte.

Dem Senatpräsidenten vom Rath in Köln ist bei seinem Uebertritt in den Ruhestand der Rother Adler-Orden III. Klasse mit der Schleife verliehen.

Der Oberlandesgerichtsrath, Geheimer Justizrath von Eschstruth in Frankfurt a. M. scheidet in Folge seiner Ernennung zum Reichsgerichtsrath aus dem Preussischen Justizdienste.

##### Landgerichte und Amtsgerichte.

Dem Landgerichtsrath Baumeister in Köln und dem Amtsgerichtsrath Sobeski in Friedberg a. Oa. ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ertheilt, ersterem unter Verleihung des Rothten Adler-Ordens IV. Klasse.

Der Amtsgerichtsrath Ebel in Merseburg ist gestorben.

Verstelt sind:

die Vordichter

Matzke in Oesfen nach Schweidnit,  
Leue in Rudolfsstadt an das Landgericht I in Berlin,

die Amtsrichter

Mettlich in Saarlouis nach Trier,  
Stahn in Loig nach Saarbrücken,

Dr. Cronz in Schubin nach Bromberg,  
Dr. Schulin in Oberaula nach Ratiburg.

(Die Vordichterstelle in Rudolfsstadt wird von Preussen wiederbesetzt.)

Zu Amtsrichtern sind ernannt:

die Gerichtsassessoren

Dr. Levi in Frankfurt a. M.,  
Wallis in Braunsfels,  
Nissel in Düsseldorf,  
Tessendorff in Bensberg,  
Eduard Rige in Havelberg,  
Kiebel in Krotoschin,  
Dr. Christian Schmidt in Wyl a. Nech,  
Max Weber in Rosenber,  
Dr. Oskar Meyer in Rejerich,  
Erich Scholz in Pockau,  
Bruno Klein in Margonin.

Der Kaufmann Franz Wengisch,  
der Kaufmann Rudolf Zawadzki,  
der Kaufmann Georg Werdmeister und  
der Bankdirektor Martin Friedländer in Bromberg  
sind zu Handelsrichtern,

der Kaufmann Karl Ved und  
der Fabrikbesizer August Bunte in Bromberg,  
der Fabrikdirektor Dr. Paul Rehne in Amser und  
der Fabrikbesizer Fritz Jaldenberg in Ehsbühl  
zu stellvertretenden Handelsrichtern bei dem Landgericht in  
Bromberg  
ernannt.

Dem Fabrikbesizer August Thysen in Mülheim a. d. Ruhr  
ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Amte als stellver-  
tretenden Handelsrichter bei dem Landgericht in Duisburg  
ertheilt.

#### Staatsanwaltschaft.

Zu Staatsanwälten sind ernannt:

die Gerichtsassessoren

Dr. Ehrhardt bei dem Landgericht in Breslau,  
Guradze in Reisse.

#### Rechtsanwälte und Notare.

Dem bisherigen Rechtsanwalt, Justizrath Rothchild in  
Trier ist der Rotebe Adler-Orden IV. Klasse verliehen.

Der Rechtsanwalt, Justizrath Kramer in Düsseldorf, der  
Rechtsanwalt und Notar Schütte in Halle a. S. und der  
Rechtsanwalt Vongary in Bonn sind gestorben.

Der Charakter als Justizrath ist verliehen:

#### im Kammergerichtsbezirke

den Rechtsanwälten und Notaren Pöhlte, Wiebig, Pöbe,  
Dr. Seidler, Brederer, Große, Mochler und Gesse  
in Berlin, Gersdors in Guben, Schmueler in Sprem-  
berg, Rülenthal in Wittstock, Dr. Baumert in Span-  
dau, Runkel in Landsberg a. W., Dietrich in Trenzslau,  
Bogach in Wittenberge, den Rechtsanwälten Dr. Hirse-  
form, Paul Michaelis, Karl Labewig, Lieben-  
thal, Hedor Stern und Goldmann in Berlin, Heil-  
born in Finsterwalde;

#### im Oberlandesgerichtsbezirke Breslau

den Rechtsanwälten und Notaren Kledow und Creup-  
berger in Grünberg, Reche, Vellerode-Dembczat  
und Dr. Samuelsohn in Breslau, Jerche in Neurode,  
Kruppe in Nimschitz, Voedner in Görlitz, Voehm in  
Sagan, Burzejel in Glas, Dr. Wode in Frankenstein,  
Poewy in Löwen, Vogt in Loppin, Gieseler in  
Löwenberg, Haund in Habelschwerdt, Böhm in Brieg,  
Reiche in Sprottau, Keller in Jadrze;

#### im Oberlandesgerichtsbezirke Cassel

den Rechtsanwälten und Notaren Dr. Wolter in Cassel,  
Reinshausen in Schwewe, Handschuh in Marburg;

#### im Oberlandesgerichtsbezirke Celle

den Rechtsanwälten und Notaren Hartung in Goslar,  
Dr. Benfen und Dr. Heuser in Hannover, Frie-  
drichs in Verden, Dr. Klafen in Leer;

#### im Oberlandesgerichtsbezirke Eöln

den Rechtsanwalt und Notar Vitzrog in Eulzbach, den  
Rechtsanwälten Dr. Schweiger in Eberfeld, Schu-  
macher, Dr. Dünzer und Dr. am Lehnhoff in Eöln,  
Sommer in Gummerbach, Josef Krüsemann und  
Rag Krüsemann in Varmen, Schleipen in Düsseldorf,  
Dr. Ben-Israel in Coblenz, den Notaren Dr. Klinker  
in Varmen, Eiden in Trier, Rath in Berncastel,  
Daniels in Düren;

#### im Oberlandesgerichtsbezirke Frankfurt a. M.

den Rechtsanwälten und Notaren Dr. Thiele, Dr. Burg-  
heim und Dr. Dreyes in Frankfurt a. M., den Rechts-  
anwälten Dr. May und Dr. Schmidt-Poleg daselbst,  
Vogt in Wiesbaden;

#### im Oberlandesgerichtsbezirke Hamm

den Rechtsanwälten und Notaren Salzmänn in Münster,  
Kramberg in Dortmund, Schrop in Hörde, Greiff  
in Oldendorf, Kellerhoff in Höxter, Dr. Eidhoff  
in Duisburg;

#### im Oberlandesgerichtsbezirke Kiel

dem Rechtsanwalt und Notar Dr. Thomsen in Kiel;

#### im Oberlandesgerichtsbezirke Königsberg i. Pr.

den Rechtsanwälten und Notaren Wronka in Soldau,  
Silda in Lyda, Scharffenorth in Remel, Arnheim  
in Königsberg i. Pr.;

#### im Oberlandesgerichtsbezirke Marienwerder

den Rechtsanwälten und Notaren Nowoczyn in Neustadt,  
Dr. Schrod in Marienwerder, Slogauer in Graudenz;

#### im Oberlandesgerichtsbezirke Raumburg a. S.

den Rechtsanwälten und Notaren Krees in Salzwedel,  
Dr. Raehne in Halle a. S., Gahler in Nordhausen,  
den Rechtsanwälten Schröder in Erfurt, Beder und  
Ulrich in Torgau, Wolfner in Raumburg a. S.;

#### im Oberlandesgerichtsbezirke Posen

den Rechtsanwälten und Notaren Mitschke in Kosten,  
Breslauer in Rawitsch, Dr. Glas in Schneidemühl,  
Mabelung in Krotoschin, dem Rechtsanwalt Schön-  
lant in Posen;

#### im Oberlandesgerichtsbezirke Stettin

den Rechtsanwälten und Notaren Dunder in Gollnow,  
Siebenhaar in Stettin, Messerschmidt in Hagen-  
walde.

In der Liste der Rechtsanwälte sind gelöscht:

die Rechtsanwälte

Geheimer Justizrath Dr. Kirchhoff bei dem Landgericht  
in Greifswald,  
Bruggsch bei dem Landgericht I in Berlin.

Der Gerichtsassessor Schlicht ist in die Rechtsanwaltsliste bei  
dem Amtsgericht in Edgell eingetragen.

**Gerichtsassessoren.**

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt:

die Referendare

Reyerhoff, Dr. Selbiger, Klamroth im Bezirke  
des Kammergerichts,  
Dr. von Sigfeld im Bezirke des Oberlandesgerichts  
zu Breslau,  
Kockes, Horten, Falkenberg im Bezirke des Ober-  
landesgerichts zu Köln,  
Büning im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Hamm,  
Rühne im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Raum-  
burg a. S.,

Dr. Schönberg, Siegfried Lehmann im Bezirke des  
Oberlandesgerichts zu Stettin.

Der Rechtsanwalt Bruggsch in Berlin ist als Gerichtsassessor  
in den Justizdienst wieder aufgenommen.

Der Gerichtsassessor Otto Günther ist in Folge seiner Er-  
nennung zum Civilkommissar in Kiautschou unter Ver-  
leibung des Charakters als Admiralitätsrath aus dem Justiz-  
dienste geschieden.

Der Gerichtsassessor de Vary ist zum Marine-Kriegsgerichtsrath  
ernannt.

Dem Gerichtsassessor Dr. Kosler ist die nachgesuchte Ent-  
lassung aus dem Justizdienst ertheilt.

Der Gerichtsassessor Dr. Hall ist gestorben.

Mittlere Beamte.

Dem Obersekretär, Kanzleirath Hirsch in Essen ist der Rothe  
Abler-Orden IV. Klasse,

dem Gerichtsschreiber, Sekretär Eiswaldt in Braunsberg ist  
der Charakter als Kanzleirath  
verliehen.

## Allerhöchste Erlasse, Ministerial-Verfügungen und Entscheidungen der obersten Gerichtshöfe.

Num. 1.

**Bekanntmachung vom 21. Dezember 1901, — betreffend die Literarische und die Musikalische  
Sachverständigenkammer.**

Reichsgesetz vom 19. Juni 1901 (Reichs-Gesetzbl. S. 227).

Die nachstehend abgedruckte Bekanntmachung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und  
Medizinal-Angelegenheiten vom 14. Dezember d. J. wird den Justizbehörden zur Kenntnissnahme mitgetheilt.

Berlin, den 21. Dezember 1901.

Der Justizminister.  
Schönstedt.

L 8210. N. 15. Bt. 3.

### Bekanntmachung.

Der literarische und der musikalische Sachverständigenverein, welche auf Grund des Gesetzes vom  
11. Juni 1870, betreffend das Urheberrecht an Schriftwerken, Abbildungen, musikalischen Kompositionen  
und dramatischen Werken (Bundes-Gesetzbl. S. 339 ff.), gebildet sind, um auf Erfordern der Gerichte  
und der Staatsanwaltschaften Gutachten in Fragen des Urheberrechts abzugeben, bleiben in ihrer bisherigen



Zusammensetzung und Thätigkeit auch nach dem am 1. Januar 1902 erfolgenden Inkrafttreten des Reichsgesetzes vom 19. Juni 1901, betreffend das Urheberrecht an Werken der Literatur und der Tonkunst (Reichs-Gesetzbl. S. 227), bestehen, erhalten aber gemäß §. 49 dieses Gesetzes die Bezeichnung: Literarische Sachverständigenkammer und Musikalische Sachverständigenkammer.

Berlin, den 14. Dezember 1901.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

Im Auftrage:

Schwarzkopff.

## Nichtamtlicher Theil.

In Carl Heymann's Verlage zu Berlin ist erschienen:

»Erziehungsanstalten für die verlassene, gefährdete und verwahrloste Jugend in Preußen.«  
— Von Dr. jur. Krohne, Geheimem Ober-Regierungsrath und vortragendem Rath im  
Ministerium des Innern — 1901.

Der Ladenpreis des Werkes beträgt 4 Mark für das gebundene Exemplar.

# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

## Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Herausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Besten der Justiz-Offizianten-Witwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Freitag, den 10. Januar 1902.

Nr. 2.

### Amtlicher Theil.

#### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Verleihungen bei den Justizbehörden.

Landgerichte und Amtsgerichte.

Befördert sind:

die Amtsrichter

Baur in Jzehoer als Landrichter nach Jlenzburg,  
Rathj in Könnern als Landrichter nach Halle a. S.,  
Sacharach in Essen als Landrichter an das Landgericht  
baselst.

Dem Amtsrichter Pillasch in Christburg ist die nachgesuchte  
Dienstentlassung mit Pension ertheilt.

Rechtsanwälte und Notare.

Dem Notar, Justizrath Schwider in Reppen ist der Rother  
Adler-Orden IV. Klasse verliehen.

Der Notar, Justizrath Wilmö in Eöln ist gestorben.

Dem Notar Preußler in Soldbin ist der Amtssitz in Sagan,  
dem Notar Remmlinger in Neumagen der Amtssitz in Neuh  
angewiesen.

In der Liste der Rechtsanwälte sind gelistet:

die Rechtsanwälte

Sellentini bei dem Landgericht I in Berlin,  
Nicolai in Weplar bei dem Landgericht in Uimburg,  
Preußler bei dem Amtsgericht in Soldbin,  
Kahlenborn bei dem Amtsgericht in Biersen.

In der Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen:

die Rechtsanwälte

Dormann in Weplar bei dem Landgericht in Uimburg,  
Wiedemann aus Ober-Kangenbiefau (Reichenbach u. E.)  
bei dem Amtsgericht in Friedland D. Schl.,

Preußler aus Soldbin bei dem Amtsgericht in Sagan,  
Dr. Bender aus Wachen bei dem Amtsgericht in Dören,  
Girsch und Dr. Greffeld in Coburg bei dem Land-  
gericht in Meiningen,

die Richtassessoren

Dr. Heinrich Kroner und Dr. Pippelt bei dem Land-  
gericht I in Berlin,

Geopold Meyer bei dem Landgericht II in Berlin,

Pollack bei dem Landgericht in Breslau,

Dr. Paul Weber bei dem Landgericht in Eöln,

Freidewang bei dem Amtsgericht und dem Landgericht  
in Eöln,

Dr. Oppenheimer bei dem Amtsgericht und dem Land-  
gericht in Düsseldorf,

Kapidi bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in  
König,

Stroß bei dem Amtsgericht in Ober-Mogau,

Reuß bei dem Amtsgericht in Oberhausen.

Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt:

die Referendare

Dr. Rietske im Bezirke des Kammergerichts,  
Edwensstein im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Hamm,  
Hermann Wolff im Bezirke des Oberlandesgerichts zu  
Münster,  
Deesen im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Raaun-  
burg a. E.,

Sittermann, Gläcksman im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Hofen.  
Dem Gerichtsdirektor Stoehr ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Justizdienst ertheilt.

In den einstweiligen Ruhestand versetzte Beamte.  
Dem Landgerichtsdirektor, Geheimen Justizrath Reimann in Görlitz ist der Königliche Kronen-Orden II Klasse verliehen.

## Nichtamtlicher Theil.

### Ueber die Zulässigkeit der Beleihung von Erbbaurechten mit Mündelgeld.

Neuere Erörterungen über die praktische Bedeutung des Erbbaurechts (Bürgerliches Gesetzbuch §§. 1012 bis 1017) haben auch die Frage berührt, inwieweit Erbbaurechte geeignet sind, mit Mündelgeld beleihung zu werden. Die Wichtigkeit dieser Frage läßt einen Hinweis auf die für die Entscheidung wesentlichen Gesichtspunkte angezeigt erscheinen.

Für das Erbbaurecht gelten nach §. 1017 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs die sich auf Grundstücke beziehenden Vorschriften. Nicht nur für das Gebiet des Sachenrechts ist das Erbbaurecht hierdurch den Grundstücken gleichgestellt, vielmehr ist die Gleichstellung nach dem Wortlaute wie auch nach der Entstehungsgeschichte des §. 1017 Abs. 1 eine allgemeine. Diese Vorschrift ist von der Kommission für die zweite Lesung des Entwurfes eines Bürgerlichen Gesetzbuchs aufgenommen worden, um für das Erbbaurecht den in der zweiten Lesung gestrichenen §. 781 Abs. 2 des Entwurfes erster Lesung zu ersetzen. Die letztere Bestimmung ging dahin, daß auf Berechtigungen, welche ein Blatt im Grundbuch erhalten können, die auf Grundstücke sich beziehenden Vorschriften entsprechende Anwendung finden. Sie hatte im Gegensatz zur Vorlage des Redaktors, der für die fraglichen Berechtigungen nur den Vorschriften des Grundbuchrechts Geltung verschaffen wollte, eine allgemeine Fassung erhalten, weil kein Grund vorhanden sei, die sonstigen für Grundstücke gegebenen Vorschriften, soweit die Natur des Gegenstandes nicht eine selbstverständliche Schranke setze, von der Anwendung auszuschließen (Protokolle erster Lesung S. 3301 bis 3305). Dementsprechend weisen die Motive zum Entwurf erster Lesung (Bd. 3 S. 40) auf verschiedene Bestimmungen des allgemeinen Theiles und des Rechtes der Schuldverhältnisse hin, die auch dann passen, wenn nicht ein Grundstück, sondern eine buchungsfähige Berechtigung in Frage steht. Ebenso findet sich zum §. 1432 Abs. 2 des Entwurfes erster Lesung, der in Bezug auf das Sonbergut bei der Gemeinschaft des beweglichen Vermögens und der Errungenschaft bestimmte, daß zum unbeweglichen Vermögen die Grundstücke nebst deren Zubehör und die Rechte an Grundstücken mit Ausnahme der Hypotheken und Grundschulden gehören, in den Motiven (Bd. 4 S. 550) die Bemerkung: im Sinne dieser Vorschrift komme das Erbbaurecht als Recht an einem Grundstücke nicht in Betracht, weil es schon nach §. 781 Abs. 2 den Grundstücken gleichstehe.

Dieselbe Auffassung über die Tragweite des §. 1017 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs liegt auch dem Hypothekenbankgesetze vom 13. Juli 1899 (Reichs-Gesetzbl. S. 375) zu Grunde. Nach §. 11 Abs. 1 in Verbindung mit §. 10 dieses Gesetzes dürfen behufs Deckung der Hypothekenpfandbriefe nur inländische Grundstücke mittelst Hypotheken beleihung werden. Im Anschlusse hieran schließt der §. 12 Abs. 3 Hypotheken an Bergwerken unbedingt und Hypotheken an anderen Berechtigungen, für welche die sich auf Grundstücke beziehenden Vorschriften gelten, insoweit, als sie einen dauernden Ertrag nicht gewähren, von der Verwendung zur Deckung von Hypothekenpfandbriefen aus. Dabei ist ersichtlich vorausgesetzt, daß im Uebrigen Hypotheken an solchen Berechtigungen zu dem bezeichneten Zwecke verwendet werden dürfen. Die gesetzgebenden Faktoren sind mithin davon ausgegangen, daß zufolge der Vorschrift des §. 1017 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und der sie ausdehnenden Bestimmungen der Reichs- und Landesgesetze die fraglichen Berechtigungen auch im Sinne des §. 11 Abs. 1 des Hypothekenbankgesetzes an sich den Grundstücken gleichstehen.

Gelten hiernach die sich auf Grundstücke beziehenden Vorschriften allgemein für das Erbbaurecht, so sind auch die Vorschriften des §. 1807 des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die Zulässigkeit der Beleihung von Grundstücken mit Mündelgeld auf das Erbbaurecht anwendbar. Gerade hierfür bieten überdies die Gesetzesmaterialien noch einen besonderen Anhalt. In der schon erwähnten Begründung zum §. 781

Abf. 2 des Entwurfes erster Lesung wird nämlich als eine der auf buchungsfähige Berechtigungen anwendbaren Vorschriften der § 199 des Entwurfes bezeichnet, der die Sicherheitsleistung durch Hypotheken an inländischen Grundstücken gestattet und dem § 232 des Bürgerlichen Gesetzbuchs entspricht. Durch den § 232 in Verbindung mit § 1017 Abf. 1 wird also die Sicherheitsleistung mit Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden an inländischen Erbbaurechten zugelassen. Dann gilt für solche Hypotheken *x.* aber auch die Vorschrift des § 233, der zufolge eine Hypothekensforderung, eine Grundschuld oder eine Rentenschuld zur Sicherheitsleistung nur geeignet ist, wenn sie den Voraussetzungen entspricht, unter denen am Orte der Sicherheitsleistung Mündelgeld in Hypothekensforderungen, Grundschulden oder Rentenschulden angelegt werden darf. Diese Bestimmung kann auf Erbbaurechte offenbar nur dann Anwendung finden, wenn auch die Vorschriften über die Mündelsicherheit von Hypotheken *x.* an Grundstücken auf Erbbaurechte anwendbar sind.

Aus den dargelegten Gründen darf es, im Einklange mit einer gutachtlichen Aeußerung des Reichsjustizamts, als unzweifelhaft angesehen werden, daß nach §. 1017 Abf. 1 auch die Vorschriften des §. 1807 Abf. 1 Nr. 1, Abf. 2 für Erbbaurechte gelten. Mündelgeld kann somit nach §. 1807 Abf. 1 Nr. 1 in Forderungen, für die eine sichere Hypothek an einem inländischen Erbbaurechte besteht, oder in sicheren Grundschulden oder Rentenschulden an inländischen Erbbaurechten angelegt werden.

Die nach Abf. 2 des §. 1807 ten Landesgesetze vorbehaltene Befugniß, für die innerhalb ihres Geltungsbereichs belegenen Grundstücke die Grundätze zu bestimmen, nach denen die Sicherheit einer Hypothek, einer Grundschuld oder einer Rentenschuld festzustellen ist, muß aus denselben Gründen auch auf Erbbaurechte bezogen werden. Der Abf. 2 enthält aber nur eine Ermächtigung für die Landesgesetzgebung zum Erlasse von ergänzenden Vorschriften, durch welche dem Vormunde die Prüfung der Sicherheit der Hypothek *x.* erleichtert wird. Wie weit die Landesgesetzgebung von dieser Ermächtigung Gebrauch machen will, steht in ihrem Ermessen. Es fragt sich demnach weiter, ob für Preußen landesgesetzlich Grundätze für die Feststellung der Sicherheit von Hypotheken *x.* an Erbbaurechten bestimmt sind.

Die preussische Ausführungsvorschrift zum §. 1807 Abf. 2 ist der Artikel 73 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche. Seine Vorschriften betreffen dem Wortlaute nach nur die Sicherheit von Hypotheken *x.* an den in Preußen belegenen Grundstücken. Ebenso findet sich in der Begründung des Entwurfes und in den Verhandlungen des Landtags keine Andeutung, daß die Vorschriften auch für Erbbaurechte maßgebend sein sollten. Entscheidendes Gewicht wird hierauf freilich nicht zu legen sein, da es nahe liegt, dem Artikel 73 dieselbe Tragweite beizumessen wie dem §. 1807 Abf. 2, zu dessen Ausführung er dient, seine Vorschriften also ebenso wie die des §. 1807 Abf. 2 gemäß §. 1017 Abf. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs auch auf Erbbaurechte zu beziehen. Indessen ergibt sich aus dem Inhalte des Artikel 73, daß dessen Vorschriften jedenfalls nur in ganz beschränktem Umfang auf Erbbaurechte Anwendung finden können. Der Artikel 73 bestimmt die Mündelsicherheit von Hypotheken *x.* entweder nach einem Vorkaufe des staatlich ermittelten Grundsteuerreinertrags oder nach Bruchtheilen des durch Lagen festgestellten Werthes. Der erste dieser Maßstäbe versagt für Erbbaurechte deshalb, weil für bebauete Grundstücke ein Grundsteuerreinertrag nicht in Betracht kommt. Bei der Bestimmung der Beleihungsgrenze nach Bruchtheilen des Werthes läßt der Artikel 73 §. 1 Abf. 2 als Mittel der Werthfeststellung nur bestimmte Lagen zu, und zwar für die hier allein in Frage stehenden sogenannten städtischen Grundstücke entweder die Lage einer preussischen öffentlichen Kreditanstalt, welche durch Vereinigung von Grundbesitzern gebildet ist und durch staatliche Verleihung Rechtsfähigkeit erlangt hat, oder die Lage einer preussischen provincial- (kommunal-) städtischen öffentlichen Grundkreditanstalt, die gerichtliche Lage oder endlich die Lage einer öffentlichen Feuerversicherungsanstalt. Die für diese Lagen maßgebenden gesetzlichen oder regulatorischen Vorschriften sind auf die Abschätzung eines Erbbaurechts offenbar insoweit nicht anwendbar, als sie die Schätzung von Gebäudegrundstücken oder von Gebäuden betreffen. Sie bezwecken theils den Werth des Gebäudes nebst dem Grund und Boden, theils den Werth des Gebäudes allein zu ermitteln. Weber der eine noch der andere dieser Werthe deht sich mit dem Werthe eines Erbbaurechts. Für letzteren kommt einerseits nicht der Werth des Grundstücks, sondern nur der Werth des Rechtes zu seiner Benutzung in Betracht, der je nach dem Inhalte und der Dauer des Rechtes verschieden zu veranschlagen sein wird. Bei einem von einem Erbbauberechtigten errichteten Gebäude kann ferner der

Materialwerth nicht in gleicher Weise berücksichtigt werden wie bei einem Gebäude, das von dem Eigenthümer des Grundstücks errichtet ist. Denn während im letzteren Falle nur die natürliche Dauer des Bestandes des Gebäudes in Betracht zu ziehen ist, kommt es für die Feststellung des Beleihungswertes eines kraft Erbbaurechts errichteten Gebäudes daneben wiederum auf die Dauer des Rechtes an, da nach dem Erlöschen des Rechtes der Erbbauberechtigte, in Ermangelung besonderer Vereinbarungen über die Uebernahme des Gebäudes durch den Grundstückseigenthümer, das Gebäude wegzunehmen verbunden ist.

Zweifelhaft erscheint dagegen, ob auf das Erbbaurecht nicht die besonderen Vorschriften der Allgemeinen Gerichtsordnung Theil II Titel 6 §. 17 über die gerichtliche Lage »einzeln, für sich bestehender Gerechtigkeiten« anwendbar sind, und zwar die Vorschriften über die Lage solcher Gerechtigkeiten, welche »an und für sich einen gewissen Ertrag gewähren« und bei denen nach §. 17 Abs. 2 Satz 1 demgemäß der Ertrag zu ermitteln und die Lage danach zu bestimmen ist. Bejaht man die Anwendbarkeit dieser Vorschriften auf Erbbaurechte, so ergibt sich in deren Geltungsgebiet als gesetzliche Beleihungsgrenze für mündelsichere Hypotheken x. an Erbbaurechten die erste Hälfte des durch gerichtliche Lage festzustellenden Werthes. Sieht man dagegen die angeführten Bestimmungen der Allgemeinen Gerichtsordnung als auf Erbbaurechte nicht anwendbar an, so folgt daraus, daß der Artikel 73 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch auch für das Geltungsgebiet jener Bestimmungen keine auf Erbbaurechte anwendbaren landesgesetzlichen Grundsätze für die Feststellung der Mündelsicherheit von Hypotheken x. enthält und daher auch nicht auf Grund des §. 1017 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs als für Erbbaurechte maßgebend erachtet werden kann. In Ermangelung landesgesetzlicher Vorschriften des im §. 1807 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs vorbehaltenen Inhalts beruht es alsdann für die Mündelsicherheit von Hypotheken x. an Erbbaurechten bei der reichsgesetzlichen Bestimmung des §. 1807 Abs. 1 Nr. 1. Der Vormund kann danach, unbeschadet der Vorschriften über die Genehmigung des Gegenvormundes oder des Vormundschaftsgerichts (§. 1810), Mündelgeld in Hypotheken x. an einem inländischen Erbbaurecht anlegen, soweit er sie nach pflichtmäßigem Ermessen für sicher erachtet.

Für die selbständige Prüfung der Sicherheit einer Hypothek an einem Erbbaurechte wird es in erster Linie auf den Inhalt des Bestellungsvertrags, insbesondere auf die darin getroffenen Vereinbarungen über den Umfang und die Dauer des Rechtes, ankommen. Die Dauer wird so bemessen sein müssen, daß dem Erbbauberechtigten die ordnungsmäßiger Benützung und Verwaltung des Gebäudes genügende Zeit bleibt, das von ihm ausgenommene Geld vor dem Erlöschen seines Rechtes abzutragen. Werden bei der Beleihung eines Erbbaurechts die Rückzahlungsbedingungen der Dauer des Rechtes angepaßt, sei es daß eine allmähliche Tilgung des Kapitals durch Zuschläge zu den Zinsen, sei es daß die Rückzahlung in angemessenen Theilbeträgen vor dem Erlöschen des Rechtes vereinbart und durch Eintragung gesichert wird, so ist die Rechtslage des Gläubigers im Wesentlichen nicht minder günstig, wie wenn er dem Grundstückseigenthümer Kredit gäbe. Allerdings kommt eine spätere Steigerung des Bodenwerths nur dem Kreditgeber des Eigenthümers, nicht dem des Erbbauberechtigten zu Statten; im Uebrigen haftet aber Beiden gleichmäßig das Gebäude nebst den in den §§. 1120 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichneten Gegenständen, namentlich den Miethzinsforderungen und den Forderungen aus einer Versicherung des Gebäudes, und Beide haben dieselben Befugnisse zu ihrer Sicherung (§§. 1133 bis 1135) und Befriedigung (§. 1147).

Der Vormund ist hiernach auch in Ermangelung landesgesetzlicher Vorschriften über die Beleihungsgrenze rechtlich wohl in der Lage, auf Grund sorgfältiger Prüfung der Sicherheit im einzelnen Falle Mündelgeld in Hypotheken x. an Erbbaurechten anzulegen. Er ist jedoch dem Mündel für den aus der Anlegung entstehenden Schaden verantwortlich, wenn ihm ein Verschulden bei der Prüfung der Sicherheit zur Last fällt (Bürgerliches Gesetzbuch §. 1833), und diese Verantwortlichkeit wird ihm durch die Landesgesetzgebung nicht erleichtert, soweit letztere davon abgesehen hat, Vorschriften über die Feststellung der Sicherheit zu treffen.

Die rechtliche Zulässigkeit der Beleihung von Erbbaurechten mit Mündelgeld dürfte daher praktisch weniger für die Vermögensverwaltung der Vormünder als für die Verwaltungen öffentlicher Anstalten in Betracht kommen, die bei der Ausleihung von Geldern an die für die Anlegung von Mündelgeld geltenden Vorschriften gebunden sind.

# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

## Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Herausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Besten der Justiz-Offizianten-Witwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Freitag, den 17. Januar 1902.

Nr. 3.

### Amtlicher Theil.

#### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Verleihungen bei den Justizbehörden.

##### Landgerichte und Amtsgerichte.

Dem Landgerichtspräsidenten, Geheimen Oberjustizrath von Lympius in Potsdam ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ertheilt und zugleich der Königliche Kronen-Orden II. Klasse mit dem Stern verliehen.

Der Erste Staatsanwalt Ehrenberg in Münster ist zum Landgerichtspräsidenten in Potsdam ernannt.

Der Landgerichtsdirektor, Geheimen Justizrath Wippermann in Kassel ist gestorben.

Verfetzt sind:

der Amtsgerichtsrath Driessen in Schenkensiefel nach Wigenhausen,

der Amtsrichter Hübner in Militsch nach Sagan.

Dem Kommerzienrath Adolf Rirdorf in Wachen ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Amte als Stellvertreter des Handelsrichters ertheilt.

##### Staatsanwaltschaft.

Der Erste Staatsanwalt Riß in Hannover ist nach Köln versetzt.

Der Staatsanwaltschaftsrath Leggemann in Düsseldorf ist zum Ersten Staatsanwalt in Münster ernannt.

##### Rechtsanwälte und Notare.

Die Rechtsanwälte und Notare, Justizräthe Eichel, Eugen Kollmann und Rudolf Schmidt in Berlin sowie der Rechtsanwalt und Notar Raabe in Dr. Stargard sind gestorben.

Dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Dr. Ludwig Eohn in Breslau ist der Rother Adler-Orden IV. Klasse verliehen.

Der Notar Schoenermark in Verleberg hat sein Amt niedergelegt.

Der Rechtsanwalt Sellentin in Schoened ist zum Notar ernannt.

In der Liste der Rechtsanwälte sind gelöscht:

die Rechtsanwälte

Justizrath Bauer in Höchst a./M. bei dem Landgericht in Wiesbaden,

Schneidemühl in Reinickendorf bei dem Amtsgericht II in Berlin,

Schoenermark bei dem Amtsgericht in Verleberg.

In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen:

die Rechtsanwälte

Schneidemühl vom Amtsgerichte II in Berlin bei dem Landgericht I in Berlin,

Sellentin aus Berlin bei dem Amtsgericht in Schoened,

der Notar Reugebauer in Wegberg bei dem Amtsgerichte daselbst,

## die Gerichtsassessoren

Heude und Dr. Piebling bei dem Landgericht I in Berlin,  
 Dr. Wilhelm Kraemer bei dem Landgerichte II in Berlin,  
 Dr. Sobitzki bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in Butzen O. Schl.,  
 Paul Huber bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in Bielefeld,  
 Henke bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in Effen,  
 Siegfried Meyer bei dem Amtsgerichte II in Berlin mit dem Wohnsitz in Schöneberg,  
 Raabe bei dem Amtsgericht in Ranzau,  
 Dr. Döhring bei dem Amtsgericht in Nafel.

## Gerichtsassessoren.

## Zu Gerichtsassessoren sind ernannt:

## die Referendare

Dr. du Mesnil, Blumenthal, Paul Marcus,  
 Sommermeyer im Bezirke des Kammergerichts,  
 August Schmidt im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Breslau,

Prins im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Cassel,  
 Dr. Rosenthal, Leibenguth, Dr. Pangen, Dr. Sol-  
 lender im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Eöln,  
 Pfaff, Buchholz im Bezirke des Oberlandesgerichts zu  
 Hamm,  
 Dr. Fadenfeldt im Bezirke des Oberlandesgerichts  
 zu Kiel,  
 Georgsohn, Dr. Bähring im Bezirke des Ober-  
 landesgerichts zu Königsberg i. Pr.,  
 Raach im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Marien-  
 werder,  
 Oehler im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Naum-  
 burg a. S.

Der Gerichtsassessor Egon Hennig ist in Folge seiner Ueber-  
 nahme in die Verwaltung der indirekten Steuern aus dem  
 Justizdienste geschieden.

Die nachgesuchte Entlassung aus dem Justizdienste ist ertheilt:  
 den Gerichtsassessoren

Seuer behufs Uebertritts in den Dienst der Haupt-  
 Ritterchafts-Direktion in Berlin,  
 Dr. Levy.

## Allerhöchste Erlasse, Ministerial-Verfügungen und Entscheidungen der obersten Gerichtshöfe.

Num 2.

Urtheil des Reichsgerichts vom 7. März 1901.

Frist für die Klage des Muthers nach Verjagung der Verleihung.

In Sachen

1. der Schußbohrergemeinschaft der vereinigten Kaliberwerke . . . . .
2. der Mitglieder dieser Schußbohrergemeinschaft . . . . .,

Kläger und Revisionskläger

wider

den Kaufmann Hermann D. zu S., Beklagten und Revisionsbeteiligten,

hat das Reichsgericht, Fünfter Civilsenat, auf die mündliche Verhandlung vom 7. März 1901 für Recht erkannt:

das Urtheil des Ersten Civilsenats des Königlich Preussischen Oberlandesgerichts zu N. vom 23. Oktober 1900 wird aufgehoben und die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an das Berufungsgericht zurückerwiesen; die Entscheidung über die Kosten der Revisionsinstanz bleibt dem künftigen Endurtheile vorbehalten.

Von Rechts wegen.

### I n h a l t s a n d.

Parteien streiten über die Priorität der von ihnen für dasselbe Feld eingelegten Muthungen. Nachdem Klägerin zu 1 bei dem Revierbeamten für Westlich-S. zunächst am 18. August 1898 telegraphisch eine ungenügende Muthung eingelegt hatte, hat sie daselbst am 20. August 1898 schriftlich eine dem §. 14 Allgemeinen Berggesetzes entsprechende Muthung eingelegt. Während die Bergbehörden in der Muthung vom 20. August nur eine Ergänzung der Muthung vom 18. August erblickten, wollen die Kläger jede derselben als eine besondere, von der anderen unabhängige Muthung angesehen wissen. Der Beklagte hat am 23. August 1898 gemuthet. Das Oberbergamt in S. hat durch Bescheid vom 8. Oktober 1898 die Muthung der Klägerin zu 1 wegen verspäteten, nämlich erst am 30. September 1898 erfolgten, Eingangs des Situationsrißes als von Anfang an ungültig zurückgewiesen und die Vorstellung des Bevollmächtigten J. der Klägerin zu 1 vom 9. Oktober, in welcher dargelegt wurde, daß die Muthung vom 20. nicht eine Ergänzung der Muthung vom 18. August darstelle, sondern eine selbständige neue Muthung sei und daß zu dieser Muthung der Situationsriß rechtzeitig eingereicht worden, unter dem 28. Oktober 1898 für unbegründet erklärt, weil die Muthung vom 20. August keine selbständige, sondern nur eine Ergänzung derjenigen vom 18. August sei. Auf ein Schreiben des Vorsitzenden E. der Klägerin zu 1 vom 27. Oktober 1898 erwiderte das Oberbergamt am 21. November 1898 mit längeren Ausführungen, daß es die getroffene Entscheidung nicht abändern könne. Auf ein Schreiben des J. vom 1. November 1898, in welchem um Auskunft darüber gebeten wurde, bis zu welchem Tage der Rekurs gegen die Eröffnung des Oberbergamts vom 28. Oktober 1898 eingelegt werden müsse, sowie darüber, ob auf die Muthung vom 20. August ein besonderer Bescheid zu erwarten oder ob auch über diese durch den Bescheid vom 8. Oktober endgültig entschieden sei: erwiderte das Oberbergamt am 5. November, daß die Frist vom 30. Oktober laufe, und verwies im Uebrigen auf den an den Vorsitzenden E. ergesenden Bescheid. Als



J. am 2. Dezember 1898 nochmals auftrug, ob das Oberbergamt mit der Zurückweisung der Wuthung vom 18. auch die Wuthung vom 20. August als zurückgewiesen erachte, erhielt er von diesem am 6. Dezember 1898 zur Antwort, daß nach seiner Auffassung am 20. August eine Wuthung auf den fraglichen Fund nicht eingelegt sei und daß es den Interessenten überlasse, welche Folgerungen aus seinen Bescheiden zu ziehen seien. Am 19. Dezember 1898 legte dann die Klägerin zu 1 ausdrücklich gegen die Verfügungen des Oberbergamts vom 21. November und 6. Dezember 1898 Rekurs ein. Der Handelsminister wies durch Bescheid vom 25. August 1899 den Rekurs als unstatthaft mit der Begründung zurück, daß der Rekurs als gegen den eubgültigen Beschluß vom 28. Oktober 1898 gerichtet anzusehen, daß er aber hiergegen nicht innerhalb der gesetzlichen Frist eingelegt sei, daß die Wiederaufhebung des Beschlusses nicht dadurch erreicht werden könne, daß er sich gegen die Verfügungen vom 21. November und 6. Dezember 1898 richte, da diese keine selbständige sachliche Bedeutung hätten. Der Rekursbescheid ist der Klägerin am 30. September 1899 zugestellt. In den die Wuthung der Klägerin zurückweisenden Bescheiden der Bergbehörde ist auf die Wuthung des Beklagten keinerlei Rücksicht genommen.

Die Kläger haben am 21. Dezember 1899 Klage erhoben mit den Anträgen: den Beklagten zu verurtheilen, anzuerkennen: 1. daß seine Wuthung vom 23. August 1898 ungültig sei, 2. daß sie jedenfalls ihrer Wuthung vom 20. August 1898 im Range nachstehe, 3. daß ihre Wuthung vom 20. August 1898 als selbständige Wuthung zu Recht bestehe und daß sie berechtigt seien, auf Grund derselben die Verleihung daraus zu verlangen. Der Beklagte hat in erster Linie geltend gemacht, daß die Klage nicht rechtzeitig erhoben sei, und die Abweisung der Klage verlangt. Der erste Richter ist dem beigetreten und hat die Klage abgewiesen. Die Berufung der Kläger ist aus demselben Grunde zurückgewiesen. Kläger haben unter Widerspruch des Beklagten Revision eingelegt mit dem Antrage, das Berufungsurtheil aufzuheben und das erste Urtheil ihrem Berufungsantrage gemäß abzuändern, also nach dem Klageantrage zu erkennen.

### Entscheidungsgründe.

Das Berufungsgericht führt aus: Der Rekurs gegen den allein maßgebenden Beschluß des Oberbergamts vom 28. Oktober 1898 sei nicht innerhalb der vierwöchigen Rekursfrist nach der am 1. November 1898 erfolgten Zustellung des Beschlusses eingelegt. Nur die rechtzeitige Einlegung des Rekurses habe die dreimonatige Klagefrist verlängern können. Da der Rekurs der Kläger am 19. Dezember, also nach der mit dem 28. November abgelaufenen Frist eingelegt sei, habe er die Rechtskraft des oberbergamtlichen Beschlusses nicht aufgehoben. Die Eingaben der Kläger vom 9. und 27. Oktober stellen keinen Rekurs gegen den Beschluß vom 28. Oktober dar, wie sich daraus ergebe, daß der Rekurs erst nach Empfang dieses Beschlusses habe eingelegt werden können. Uebrigens hätten die Kläger auch gar nicht daran gedacht, daß jene Eingaben den Charakter des Rekurses haben sollen. Denn diese stellen sich sachlich als bloße Remonstrationen gegen die Auffassung des Oberbergamts dar und lassen den Willen der Kläger nicht erkennen, daß die Eingaben dem Minister vorgelegt werden mögen; auch haben die Kläger noch am 1. November 1898 bei dem Oberbergamt angefragt, wann die Rekursfrist gegen den Beschluß vom 28. Oktober ablaufe. Die Kläger hätten unrichtig verfahren, indem sie statt des Beschlusses vom 28. Oktober die Verfügungen vom 21. November und 6. Dezember angesprochen haben. Hieraus ergebe sich die Richtigkeit des Rekursbescheids. Da die Klage erst nach mehr als Jahresfrist seit der Zustellung des Beschlusses vom 28. Oktober 1898 erhoben sei, haben Kläger das Klagerecht verloren.

Die Revision ist begründet.

Das Berufungsgericht erachtet zwar bei der vorliegenden Kollision der Wuthungen der Parteien den Rechtsweg an sich für zulässig, ist aber der Meinung, die Kläger seien, weil sie nicht innerhalb der dreimonatigen Frist des §. 31 Abs. 2 des Allgemeinen Berggesetzes die Klage erhoben hätten, nach Abs. 3 daselbst ihres Rechtes aus der Wuthung verlustig. Hiermit setzt es sich in Widerspruch mit der bisherigen Rechtsprechung und Literatur. Sein Urtheil unterliegt der Aufhebung, weil es den §. 31 Allgemeinen Berggesetzes auf einen Fall anwendet, für den er nicht bestimmt ist.

Nachdem im §. 30 Allgemeinen Berggesetzes bestimmt ist, daß das Oberbergamt ohne Weiteres die Verleihungsurkunde auszufertigen hat, wenn weder Einsprüche und Kollisionen mit den Rechten Dritter vorliegen, noch sich sonst gegen die Ansprüche des Ruthers geschlich etwas zu erinnern findet, wird im §. 31 Abs. 1 vorgeschrieben:

Liegen Ansprüche oder Kollisionen mit den Rechten Dritter vor, oder kann aus anderen geschlichen Gründen den Anträgen des Ruthers gar nicht oder nicht in ihrem ganzen Umfang entsprochen werden, so entscheidet das Oberbergamt über die Ertheilung oder Verfagung der Verleihung durch einen Beschluß, welcher dem Ruther und den beteiligten Dritten in Ausfertigung zugestellt wird.

Hier werden also zwei Fälle aufgeführt, in welchen vorab durch Beschluß des Oberbergamts entschieden werden soll: 1. es liegen An- und Einsprüche Dritter vor, welche eine Entscheidung darüber verlangen, welcher der kollidirenden Ruthungen — nur solche stehen hier in Frage — nach ihrem Alter das bessere Recht gebühre (§. 25) und demnach die Verleihung zu ertheilen sei; 2. es liegen An- und Einsprüche Dritter nicht vor und die Entscheidung über die eingelegte Ruthung erfolgt lediglich aus »anderen geschlichen Gründen«, die Verleihung wird z. B. verfagt, weil (wie hier) die Ruthung wegen Nichtbeachtung des §. 18 Abs. 1 von Anfang an ungültig sei.

Wenn nun in den Abs. 2 und 3 des §. 31 weiter bestimmt wird:

Einsprüche und Ansprüche, welche durch den Beschluß des Oberbergamts abgewiesen werden, müssen, insofern wegen derselben der Rechtsweg zulässig ist, binnen drei Monaten vom Ablauf des Tages, an welchem der Beschluß beziehungsweise der Rekursbescheid (§. 191) zugestellt ist, durch gerichtliche Klage verfolgt werden.

Wer von dieser Frist keinen Gebrauch macht, ist seines etwaigen Rechtes verlustig,

so ergibt schon der Wortlaut, daß die Fristbestimmung und Präklusion sich ausschließlich auf die Fälle zu 1 beziehen. Die Sache stellt sich so: In den Fällen zu 2 kann der Anspruch zunächst nur im Verwaltungswege verfolgt werden, da dem Anspruch aus der Ruthung auf Verleihung des Bergwerkseigentums die Beschreitung des Rechtswegs gegen die verleihende Bergbehörde verfagt ist, es aber an einer Person fehlt, die dem Ruther die Behauptung eines besseren Rechtes entgegensetzt, gegen die der Ruther also die gerichtliche Klage richten könnte (§§. 22, 23).

Da im §. 23 dem Anspruch aus der Ruthung der Rechtsweg gegen denjenigen, welcher gegenüber dem Ruther ein besseres Recht behauptet, ohne Fristbestimmung eröffnet ist, so kann der von der Bergbehörde endgültig zurückgewiesene Ruther mit seinen Ansprüchen wieder auftreten und sie gegen denjenigen verfolgen, der später bei den Bergbehörden dasselbe Feld begehrt. Wie schon bemerkt, bezieht sich auf solche Fälle die Vorschrift des §. 31 Abs. 2 nicht. Der Rechtsweg ist daher nicht von der Beobachtung der darin bestimmten Frist abhängig, kann vielmehr innerhalb der gewöhnlichen Verjährungsfrist von dreißig Jahren beschritten werden, vorausgesetzt, daß nicht inzwischen das Feld anderweitig verlichen und der Ruther in Folge des Ablaufs der im §. 35 gesetzten Frist sein etwaiges Vorzugsrecht verloren hat.

Mit dieser Auffassung ist zuerst Klostermann (Vehrbuch des preussischen Bergrechts Seite 110) in der Literatur hervorgetreten. Er bemerkt in Bezug auf die Wirkung der im §. 31 ausgesprochenen Präklusion folgendes: »Der Ruther selbst wird von der Präklusion für den Fall der Verfagung der Verleihung nur insofern betroffen, als die Zurückweisung wegen des entgegenstehenden Rechtes eines Dritten erfolgt, da ihm die gerichtliche Klage gegen die verleihende Bergbehörde nach §. 23 ausdrücklich verfagt ist. Ist die Zurückweisung daher nicht wegen einer vorhandenen Kollision, sondern wegen eines Mangels im Rechte des Ruthers erfolgt, ohne daß von einem Dritten Einspruch erhoben wäre, so kann die zurückgewiesene Ruthung während der gewöhnlichen dreißigjährigen Verjährungszeit durch gerichtliche Klage geltend gemacht werden, sobald nachträglich ein anderer Ruther dasselbe Feld begehrt, auf welches er Ruthung eingelegt hatte.«

Hiermit hat sich das vormalige preussische Obertribunal (Entscheidungen Band 75 Seite 210 ff.) unter eingehender Begründung und namentlich auch unter Zurückweisung der dagegen erhobenen Bedenken einverstanden erklärt. Aus dessen Gründen interessieren besonders folgende Stellen: »Nach den Vorschriften der §§. 22, 23 kommt es nicht darauf an, aus welchem Grunde die Bergbehörden eine Ruthung zurückgewiesen haben, sondern nur darauf, ob eine andere Person denselben Ruthungsgegenstand in Anspruch nimmt oder nicht. Fehlt es an solchen Personen, die dem Ruther die Behauptung eines besseren Rechtes entgegensetzen, so kann der Anspruch nur im Verwaltungswege verfolgt werden. Beansprucht aber ein Anderer, gleichviel, ob gleichzeitig mit dem zurückgewiesenen Ruther oder auch erst später, dasselbe Objekt, so ist gegen ihn der Rechtsweg zulässig, und in diesen Prozessen unterliegen die Bescheide der Bergbehörden, wiewohl dieselben hoheitsrechtliche Akte sind, rüchichtlich ihrer Geseßlichkeit der richterlichen Beurtheilung.« (Seite 219). Ferner: »Auch die bergrechtlichen Schriftsteller sind darüber einig, daß der von der Bergbehörde endgültig zurückgewiesene Ruther dennoch wieder mit seinen Ansprüchen auftraten und dieselben im Rechtswege gegen denjenigen verfolgen kann, welcher später bei den Bergbehörden dasselbe Feld begehrt.« (Seite 221). Endlich wird (Seite 223) gesagt, daß sich die Vorschrift des §. 31 Abs. 2 nur auf den Fall beziehe, wenn in einem eingeleiteten Ruthungsverfahren ein Dritter mit Einsprüchen und Ansprüchen auftritt und von der Bergbehörde abgewiesen worden ist.

Diesem Urtheile des Obertribunals haben sich alle späteren Kommentatoren des Allgemeinen Berggesetzes angeschlossen (vergl. Arndt 2. Auflage Seite 81 Nr. 3 und 7 a. E.; Klostermann-Fürst 5. Auflage Seite 88 Nr. 9 a. E.; Braßert Seite 135 Nr. 3, Seite 136f. Nr. 6).

Die Bescheide der Bergbehörden, durch welche die Ruthung der Kläger zurückgewiesen ist, sind nicht mit Rücksicht auf die kollidirende Ruthung des Beklagten ergangen, dieser Ruthung geschieht darin überhaupt nicht Erwähnung, sie sind lediglich aus »anderen gesetzlichen Gründen« erfolgt. Es liegt also ein Fall der oben unter 2 bezeichneten Art vor. Dem Kläger ist nicht in Folge Ablaufs der Frist des §. 31 Abs. 2 Allgemeinen Berggesetzes der Rechtsweg verschlossen. Das Berufungsgericht mußte daher selbständig prüfen, ob die Einreichung des Situationsrisses nach §. 18 rechtzeitig erfolgt, ob also die telegraphische Ruthung vom 18. oder die schriftliche Ruthung vom 20. August 1898 für die Berechnung der Frist des §. 18 Allgemeinen Berggesetzes maßgebend ist. Da dies bisher unterblieben ist, die Beurtheilung aber nicht ohne thatsächliche Feststellung erfolgen kann, muß die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an das Berufungsgericht zurückverwiesen werden.

Justizministerium I. B. 49 Bd. 9.

# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

## Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Herausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Besten der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Freitag, den 24. Januar 1902.

Nr. 4.

### Amtlicher Theil.

#### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Verleihungen bei den Justizbehörden.

##### Landgerichte und Amtsgerichte.

Der Landgerichtsdirektor Koeb vom Landgericht I in Berlin ist gestorben.

Den Landgerichtsräthen Zielaskowski in Allenstein und Schild in Bonn sowie dem Amtsgerichtsrath Dr. Freudenthal in Stolp ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ertheilt.

##### Befestigt sind:

der Amtsgerichtsrath Dr. Pusch in Ologau als Landgerichtsrath nach Gdrlich,  
der Amtsrichter Mittel in Zielenzig als Landrichter nach Frankfurt a. O.

(Die in Zielenzig erledigte Richterstelle wird nicht wieder besetzt.)

Der ordentliche Professor der Rechte an der rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn Dr. Cosack ist unter Befassung in diesem Amte zum Landgerichtsrath daselbst ernannt.

##### Zu Handelsrichtern sind

###### ernannt:

der Maschinenfabrikant Ernst Weise in Halle a. S.  
bei dem Landgerichte daselbst;

Just.-Minist.-Bl. 1902.

##### wiederernannt:

der Kommerzienrath Jakob Dannenbaum und  
der Kaufmann Paul Kühne in Berlin  
bei dem Landgericht I Berlin,  
der Kaufmann Richard Nehre in Remel  
bei dem Landgerichte daselbst,  
der Kommerzienrath Theodor Keetman in Duisburg  
bei dem Landgerichte daselbst,  
der Fabrikbesitzer Karl Ebel und  
der Kommerzienrath Ernst Georg Wolfgang Vogler in  
Halberstadt  
bei dem Landgerichte daselbst,  
der Kaufmann Paul Hofmeister,  
der Generaldirektor Julius Kuhlöw und  
der Kaufmann Friedrich Liebau in Halle a. S.  
bei dem Landgerichte daselbst.

##### Zu stellvertretenden Handelsrichtern sind ernannt:

der Bankier Hermann Diekmann in Halberstadt  
bei dem Landgerichte daselbst,  
der Bankier Gustav Wötcher in Halle a. S.  
bei dem Landgerichte daselbst;

##### wiederernannt:

der Direktor Max Fiedler in Berlin  
bei dem Landgericht I in Berlin,

der Kaufmann Eugen Rämpfert in Halberstadt  
bei dem Landgerichte daselbst,  
der Direktor Josef Hesse in Olpe  
bei der Kammer für Handelsfachen in Siegen,  
der Kaufmann Otto Gille,  
der Kaufmann Karl Häner und  
der Sägewerksbesitzer Guido Müller in Halle a. S.  
bei dem Landgerichte daselbst.

#### Rechtsanwälte und Notare.

Dem Notar Dr. Balke in Wilhelmshaven ist die nachgesuchte  
Entlassung aus dem Amte ertheilt.

Zu Notaren sind ernannt:

die Rechtsanwälte

Justizrath Samuel Goldmann in Berlin mit Anweisung  
seines Amtes innerhalb der Stadtbezirke 168, 168  
169, 172, 174 bis 176, 179, 189 in Berlin,  
Geißler in Breslau,  
Lhier in Bochum,  
Radorff in Erwitte,  
Erone in Plettenberg.

Der Rechtsanwalt Kühnemann in Dornap ist in der Liste der  
Rechtsanwälte bei dem Amtsgericht in Wietmann gelöscht.

In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen:

der Notar Dr. Sandler in Ralmeby bei dem Amtsgerichte  
daselbst,

die Gerichtsassessoren

Dabst bei dem Oberlandesgericht in Cassel,  
Gustav Koch bei dem Amtsgericht und dem Landgericht  
in Düsseldorf,  
Dr. Herzberg bei dem Amtsgericht in Spanbau,  
Friedrich Scholz bei dem Amtsgericht in Viebau i. Schl.

#### Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt:

die Referendare

Zielisch im Bezirke des Kammergerichts,  
Stord, Graf von Vetschus-Huc im Bezirke des Ober-  
landesgerichts zu Breslau,  
Schradter, Wiegmann im Bezirke des Oberlandes-  
gerichts zu Celle,  
Dr. Pagenstecher, Ludey, Dr. Valkheim im Bezirke  
des Oberlandesgerichts zu Köln,  
Hindt im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Frankfurt a. M.,  
Dr. Sommer im Bezirke des Oberlandesgerichts zu  
Raumburg a. S.,  
Dr. Sternberg im Bezirke des Oberlandesgerichts zu  
Stettin.

Dem Gerichtsassessor Dr. Schwengler ist die nachgesuchte  
Entlassung aus dem Justizdienst ertheilt.

Seine Majestät der Kaiser und König haben am dies-  
jährigen Krönungs- und Ordensfeste nachstehende Orden an  
Justizbeamte zu verleihen geruht:

den Stern zum Rothen Adler-Orden II. Klasse mit  
Eichenlaub:

dem Direktor im Justizministerium, Wirklichen Geheimen  
Oberjustizrath Dr. Lucas;

den Rothen Adler-Orden II. Klasse mit Eichenlaub:

dem Senatspräsidenten, Geheimen Oberjustizrath Althaus  
in Hamm,  
dem Landgerichtspräsidenten, Geheimen Oberjustizrath Cer-  
mann in Saarbrücken,  
dem Landgerichtspräsidenten, Geheimen Oberjustizrath Hüding  
in Coblenz,  
dem vortragenden Rath im Justizministerium, Geheimen Ober-  
justizrath Supper,  
dem Landgerichtspräsidenten, Geheimen Oberjustizrath Witte  
in Düsseldorf;

den Rothen Adler-Orden III. Klasse mit der  
Schleife:

dem Landgerichtspräsidenten Barre in Zorgan,  
dem Ersten Staatsanwalt, Geheimen Justizrath Bartisch in  
Bromberg,  
dem Senatspräsidenten Loing in Celle,  
dem Kammergerichtsrath, Geheimen Justizrath Dürfeld,  
dem Landgerichtsdirektor, Geheimen Justizrath Franke in  
Posen,  
dem Landgerichtspräsidenten Fromme in Erfurt,  
dem Ersten Staatsanwalt, Geheimen Justizrath Grafhoff  
in Reife,  
dem Landgerichtspräsidenten Karanay in Ratibor,  
dem Senatspräsidenten Kinkel bei dem Kammergerichte,  
dem Senatspräsidenten Krehow bei dem Kammergerichte,  
dem Ersten Staatsanwalt, Geheimen Justizrath Meyer in  
Wiesbaden,  
dem Landgerichtspräsidenten Reichel in Stargard i. Pom.,  
dem Landgerichtspräsidenten Riek in Bromberg,  
dem Kammergerichtsrath, Geheimen Justizrath Volkmar,  
dem Senatspräsidenten Weber bei dem Kammergerichte,  
dem Senatspräsidenten Freiherrn von Winkingerode in  
Ebn;

den Rothen Adler-Orden IV. Klasse:

dem Landgerichtsrath Ahlemann in Nieselsfeld,  
dem Landgerichtspräsidenten Dr. Andrae in Landsberg a. W.,  
dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Ahlmy in Potsdam,  
dem Amtsgerichtsrath Bachmann in Habersleben,  
dem Landgerichtsrath von Basse in Hagen,  
dem Kammergerichtsrath Dr. Bauer,  
dem Amtsgerichtsrath Berendes in Hörden,  
dem Rechtsanwalte und Notar, Justizrath Berger in  
Breslau,  
dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Bindewald in  
Magdeburg,

dem Landgerichtsrath Brettner in Cottbus,  
dem Ersten Staatsanwalt Dr. Walowius in Hirschberg,  
dem Amtsgerichtsrath Dittich in Wolfenbain,  
dem Landgerichtsbirektor Franke in Berlin,  
dem vortragenden Rath im Justizministerium, Geheimen Justiz-  
rath Dr. Breiten,  
dem Landgerichtsbirektor Friß in Berlin,  
dem Amtsgerichtsrath Seiger in Cöstin,  
dem Landgerichtsbirektor Hermershausen in Berlin,  
dem Oberlandesgerichtsrath Goretz in Raumburg a. S.,  
dem Oberlandesgerichtsrath Dr. Göttschen in Frankfurt a. M.,  
dem Kammergerichtsrath Günther,  
dem Amtsgerichtsrath Guttermann in Uelzen,  
dem Landgerichtsrath Haase in Breslau,  
dem Amtsgerichtsrath Haase in Reichenbach i. Schl.,  
dem Amtsgerichtsrath Haberling in Breslau,  
dem Landgerichtsrath Harriekhausen in Osnabrück,  
dem Landgerichtsrath Hellmann in Kaden,  
dem Landgerichtsbirektor Henle in Trier,  
dem Berichtsstellenrendanten, Rechnungsath Hoffmann in  
Berlin,  
dem Amtsgerichtsrath Jossen in Kempen a. Rh.,  
dem Amtsgerichtsrath Kamlah in Uslar,  
dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Max Kempner  
in Berlin,  
dem Landgerichtsbirektor Kirchner in Frankfurt a. M.,  
dem Amtsgerichtsrath Klamroth in Berlin,  
dem Amtsgerichtsrath Klapp in Niederwillungen,  
dem Landgerichtsrath Kroevevogel in Berlin,  
dem Kammergerichtsrath Dr. Koffka,  
dem Obersekretär, Kanzleirath Krieger in Posen,  
dem Amtsgerichtsrath Kuchendorff in Breslau,  
dem Landgerichtsrath Kunab in Bromberg,  
dem Oberlandesgerichtsrath Dr. Wendrella in Raumburg  
a. S.,  
dem Oberlandesgerichtsrath Wensing in Hamm,  
dem Landgerichtsbirektor Wetzer in Bielefeld,  
dem Oberlandesgerichtsrath Witschke in Raumburg a. S.,  
dem Landgerichtsbirektor Woester in Stettin,  
dem Oberlandesgerichtsrath Woujé in Raumburg a. S.,  
dem Oberlandesgerichtsrath Wüller in Eöln,  
dem Landgerichtsrath Joo Wüller in Berlin,  
dem Amtsgerichtsrath Wüller in Arnöberg,  
dem Landgerichtsbirektor Wußl in Hlensburg,  
dem Oberlandesgerichtsrath Wulertz in Raumburg a. S.,  
dem Landgerichtsrath Wuffet in Vimburg,  
dem Landgerichtsrath Wylus in Nordhausen,  
dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Ordoß in Berlin,  
dem Ersten Staatsanwalt Pinoff in Stettin,  
dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Dr. Porsch in  
Breslau,  
dem Amtsgerichtsrath Proyen in Ratibor,  
dem Amtsgerichtsrath Rocholl in Berlin,  
dem Oberlandesgerichtsrath Dr. Rohde in Posen,  
dem Oberlandesgerichtsrath Schaffel in Frankfurt a. M.,  
dem Oberlandesgerichtsrath Dr. Schellbach in Jena,  
dem Amtsgerichtsrath Schilling in Heiligenstadt,  
dem Landgerichtsrath Schmidt in Berlin,  
dem Rechnungsrevisor, Rechnungsath Schmidt bei dem  
Oberlandesgericht in Eöln,  
dem Landgerichtsbirektor Ludwig Schmiß in Düsseldorf,

dem Oberlandesgerichtsrath Schmölder in Hamm,  
dem Landgerichtsbirektor Schneider in Raueburg,  
dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Schneider in  
Arnöberg,  
dem Rechnungsrevisor, Rechnungsath Schüße in Halle a. S.,  
dem Landgerichtsrath Serhanßen in Raumburg a. S.,  
dem Kammergerichtsrath Slawski in Posen,  
dem Kammergerichtsrath Specht,  
dem Oberlandesgerichtsrath Thielemann in Hamm,  
dem Amtsgerichtsrath Tysaniewicz in Schwro,  
dem Landgerichtsbirektor Voigt in Frankfurt a. O.,  
dem Kammergerichtsrath Weyer,  
dem Landgerichtsrath Wiebede in Schweibniz,  
dem Landgerichtsbirektor Wolff in Düsseldorf,  
dem Kammergerichtsrath Wolfram,  
dem Amtsgerichtsrath Wriedt in Friedrichstadt;

den Stern zum Königlichem Kronen-Orden II. Klasse  
mit Schwertern am Ringe:

dem Oberlandesgerichtspräsidenten, Wirklichen Geheimen  
Oberjustizrath Dr. Hamm in Eöln;

den Königlichem Kronen-Orden II. Klasse mit dem  
Stern:

dem Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Gryczewski in  
Posen,  
dem Oberlandesgerichtspräsidenten Kraß in Celle;

den Königlichem Kronen-Orden II. Klasse:  
dem Oberstaatsanwalt Kabe in Eöln;

den Königlichem Kronen-Orden III. Klasse:  
dem Amtsgerichtsrath Eduard Koch in Stettin;

den Königlichem Kronen-Orden IV. Klasse:  
dem Gesängnisoberinspektor Vraßche in Gleiwitz,  
dem Geheimen Kanzleisekretär Senewalbt im Justiz-  
ministerium,  
dem Amtsanwalt Zoellner in Brandenburg;

das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens:  
dem Geheimen Kanzleibdiener Waband beim Justiz-  
ministerium,  
dem Gesängnisoberaufseher Haberland in Pödnensee,  
dem Botenmeister Herms bei dem Landgericht in Eöln,  
dem Botenmeister Döhler bei dem Kammergerichte;

das Allgemeine Ehrenzeichen:  
dem Gerichtsbdiener Böning bei der Oberstaatsanwaltschaft  
in Hamm,  
dem Gesängnisaufseher Wuf in Gollnow,  
dem Gerichtsbdiener Döring in Eöln,  
dem Gerichtsbdiener Eineskel in Stargard i. Pom.,  
dem Gerichtsbdiener Falk in Treptow a. R.,

dem Kanzlisten Herdland bei dem Landgericht in Magdeburg,  
 dem Gerichtsdienner Graeber in Müllisch,  
 dem Votennmeister Gueiser bei dem Landgericht in Bries,  
 dem Gerichtsdienner Ged in Frankfurt a. M.,  
 dem Votennmeister Hirsfeld bei dem Landgerichte II in Berlin,  
 dem Kastellan Horn bei dem Oberlandesgericht in Frankfurt a. M.,  
 dem Gerichtsdienner und Gefangenaussseher Jankowial in Wronke,  
 dem Gerichtsdienner Kaufmann in Altona,  
 dem Gerichtsdienner Klemm in Jürstenberg a. O.,  
 dem Gerichtsdienner Knoll in Kiegnitz,  
 dem Gerichtsvollzieher Kohlbach in Potsdam,  
 dem Gerichtsdienner und Gefangenaussseher Lampe in Papenburg,  
 dem Kanzleinspektor Krause bei der Staatsanwaltschaft in Elberfeld,  
 dem Votennmeister Krause bei dem Oberlandesgericht in Köln,  
 dem Gerichtsdienner Limbach in Petershagen,  
 dem Votennmeister Linderhaus bei dem Landgericht in Bochum,  
 dem Kanzleigehülfen Loewe in Mühlhausen i. Th.,  
 dem Gerichtsdienner Madelski (Madajski) in Pöfend,  
 dem Gerichtsdienner und Gefangenaussseher Malewicz in Schwerin a. M.,  
 dem Gerichtsdienner May bei dem Oberlandesgericht in Raumburg a. S.,  
 dem Maschinisten Meyer bei dem Gerichtsgefängniß in Hannover,

dem Gefängnißoberaussseher Mühlberg bei dem Stadtvoigtei-gefängniß in Berlin,  
 dem Geheimen Kanzleidiener Nägler beim Justizministerium,  
 dem Ersten Gerichtsdienner Nindel in Raumburg a. S.,  
 dem Ersten Gerichtsdienner Nitsche in Frankfurt a. O.,  
 dem Kanzlisten Noack bei der Staatsanwaltschaft in Limburg,  
 dem Gerichtsdienner Nolte in Wesel,  
 dem Gerichtsvollzieher Oldendorf in Pritzwalk,  
 dem Gerichtsdienner Opitz in Döfen,  
 dem Gerichtsvollzieher Pape in Celle,  
 dem Kanzleinspektor Puhß bei dem Landgericht in Altona,  
 dem Gefangenaussseher Schmeling in Seitzin,  
 dem Gefängnißoberaussseher Schmidt in Cottbus,  
 dem Gerichtsdienner Schneider in Kiegnitz,  
 dem Gerichtsvollzieher Schöler in Odnabrad,  
 dem Votennmeister Schulze bei dem Landgericht in Torgau,  
 dem Gefängnißoberaussseher Seehausen in Lüneburg,  
 dem Gerichtsdienner Seifert in Jauer,  
 dem Gerichtsdienner Stelter bei dem Kammergerichte,  
 dem Kanzleinspektor Strehlau bei dem Landgericht in Kiel,  
 dem Gerichtsdienner Tasche in Minden,  
 dem Gerichtsdienner und Gefangenaussseher Thomann in Pforten,  
 dem Gerichtsdienner Weber in Köln,  
 dem Gerichtsdienner Wiczjorek in Wleschen,  
 dem Gefängnißoberaussseher Wildgrube in Potsdam,  
 dem Hausvater Wille bei dem Strafgefängniß in Zegel,  
 dem Gerichtsdienner Wille in Baumholder,  
 dem Gefangenaussseher Wojniak in Stogau.

Die Niederlassung eines zweiten Rechtsanwalts in Soldau (Ostpr.) ist als erwünscht bezeichnet.

# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

## Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Herausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Besten der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Freitag, den 31. Januar 1902.

Nr. 5.

### Amtlicher Theil.

#### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Verleihungen bei den Justizbehörden.

##### Oberlandesgerichte.

Dem Kammergerichtsrath Schulz-Evler ist bei seinem Uebertritt in den Ruhestand der Rothe Adler-Orden IV. Klasse verliehen.

##### Landgerichte und Amtsgerichte.

Dem Amtsgerichtsrath Bödiker in Altona ist bei seinem Uebertritt in den Ruhestand der Rothe Adler-Orden IV. Klasse verliehen.

Dem Landgerichtsrath Händler in Coblenz ist die nach-gesuchte Dienstentlassung mit Pension ertheilt.

##### Verstet sind:

###### die Amtsrichter

Wollseifen in Köln als Landrichter an das Landgericht  
Düsseldorf,  
Dr. Rutzsch in Eulmsen nach Liegenhof.

##### Zu Amtsrichtern sind ernannt:

###### die Berichtsassessoren

Heint. Daniel in Dürren,  
Wilsdenrath in Geldern,  
Ehrenberg in Artern,  
Kaulen in Esens,  
Max Witte in Rattowitz,  
Eduard Hampel in Königshütte.

Jap.-Miniz.-Bl. 1902.

##### Staatsanwaltschaft.

##### Verstet sind:

###### die Staatsanwaltschaftsräthe

Gunn vom Landgericht II in Berlin nach Hagen,  
Dresberg in Hagen an das Landgericht II in Berlin.

Der Berichtsassessor Renede ist zum Staatsanwalt in Bries  
ernannt.

##### Rechtsanwälte und Notare.

Dem Rechtsanwalt und Notar, Geheimen Justizrath Hilz in  
Eimburg ist der Rothe Adler-Orden II. Klasse verliehen.

Der Notar Gustav Flatow in Berlin hat sein Amt nieder-  
gelegt.

##### Zu Notaren sind ernannt:

###### die Rechtsanwälte

Schoden in Landsberg a. W.,  
Haber in Driesen,  
Höhring und Friebe in Halle a. S.

In der Liste der Rechtsanwälte sind gelistet:

###### die Rechtsanwälte

Gustav Flatow bei dem Landgericht I in Berlin,  
Dr. Brunne mann bei dem Amtsgericht in Jastrow.



In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen:

die Rechtsanwälte

Hedor Meyer aus Belgig bei dem Kammergerichte,  
Kühnemann aus Dornap bei dem Landgericht in  
Tuisburg,  
Schmidt aus Wierfen bei dem Amtsgericht und dem Land-  
gericht in Essen,

die Gerichtsassessoren

Wiebold bei dem Oberlandesgericht in Celle,  
Dr. Felix Behrend und Saenger bei dem Landgericht I  
in Berlin.

**Gerichtsassessoren.**

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt:

die Referendare

Hans Meyer, Walter Schmidt im Bezirke des Kammer-  
gerichts,  
Kassel, Dr. Adam, Käffer, Dr. Wiesner im Be-  
zirke des Oberlandesgerichts zu Breslau,  
Theodor Müller im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Celle,  
Dr. Schlagheim im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Eßln,  
Dr. Reutner, Dr. Weiß im Bezirke des Oberlandes-  
gerichts zu Frankfurt a. M.,  
Günther, Kracht, Prenzel, Ehlerding im Bezirke  
des Oberlandesgerichts zu Hamm,  
Lagoin im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Kiel,  
Seligier im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Marien-  
werder,  
Lengsfeld im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Naum-  
burg a. S.,  
Stark im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Stettin.

Aus dem Justizdienste sind geschieden:

die Gerichtsassessoren

Dr. Poffart und Dr. Beermann in Folge ihrer Ueber-  
nahme in die allgemeine Staatsverwaltung,  
Fritz Reumann in Folge seiner Uebernahme in die  
kirchliche Verwaltung,  
Reinhardt in Folge seiner Uebernahme in die Ver-  
waltung der indirekten Steuern.

Die nachgesuchte Entlassung aus dem Justizdienst ist ertheilt:  
den Gerichtsassessoren

Dr. Lydeke behufs Uebertritts zur Gemeindeverwaltung,  
Dr. Weidemann behufs Uebertritts in den Dienst der  
freien Hansestadt Bremen.

Der Gerichtsassessor Dr. Schnellert ist gestorben.

**Mittlere Beamte.**

Dem Gerichtsvollzieher Wolff in Düsseldorf ist bei seinem  
Uebertritt in den Ruhestand das Allgemeine Ehrenzeichen  
verliehen.

**Kanzleibeamte.**

Weim Uebertritt in den Ruhestand ist  
dem Kanzleigehülfen Krausnick in Meseritz das Allgemeine  
Ehrenzeichen verliehen,  
dem Kanzlisten Dittmann in Berlin der Titel als Kanzlei-  
sekretär beigelegt.

**Unterbeamte.**

Dem Gerichtsdiener Stoeber in Köslin ist bei seinem Uebertritt  
in den Ruhestand das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

In den einstweiligen Ruhestand versetzte Beamte.  
Der Landgerichtspräsident, Geheimde Oberjustizrath Sad in  
Frankfurt a. O. ist gestorben.

## **Allerhöchste Erlasse, Ministerial-Befugungen und Entscheidungen der obersten Gerichtshöfe.**

Num. 3.

**Mittheilung, die große Staatsprüfung betreffend, vom 21. Januar 1902.**

Der nachstehend auszugsweise abgedruckte Bericht des Präsidenten der Justiz-Prüfungskommission  
vom 13. Januar d. J. nebst Anlage wird hierdurch zur Kenntniß der Justizbehörden gebracht.

Berlin, den 21. Januar 1902.

Der Justizminister.

Schönfkeft.

l. 304. O. 24 Bb. 10.

**Der Präsident der Justiz-Prüfungskommission.**

Berlin, den 13. Januar 1902.

## **Generalbericht für 1901.**

Umfang der Geschäfte.

Die Prüfungsaufträge sind auf 870 gestiegen; sie haben sich damit gegen die Prüfungsaufträge  
des Vorjahrs, deren Zahl 791 betrug, um 79 vermehrt und die Höchstzahl, die sie im Jahre 1885 mit  
818 erreichten, nicht unerheblich übertroffen.

Die Justiz-Prüfungskommission hatte sich im Gauzen mit 1288 Referendaren zu beschäftigen; im Vorjahre betrug diese Zahl nur 1160.

Von den Prüfungsaufträgen für die 1288 Kandidaten entfielen 53 auf solche, welche lediglich schriftliche Arbeiten zu wiederholen hatten. Es blieben sonach 1235 Kandidaten, von denen die mündliche Prüfung abzulegen war. Unter denjenigen, welche neben der mündlichen Prüfung schriftliche Arbeiten zu wiederholen hatten, förderten ..... 781 ihre schriftlichen Arbeiten soweit, daß sie in die Liste der für die Ansetzung eines Prüfungstermins vorgemerkten Kandidaten übergehen konnten. In diese Liste gingen ferner ..... 13 über, welche nur die mündliche Prüfung zu wiederholen hatten. Die Gesamtzahl der im abgelaufenen Jahre zur mündlichen Prüfung notirten Kandidaten belief sich auf ..... 794 (gegen 734 im Vorjahre).

#### Vertheilung der Kandidaten auf die Bezirke.

Die Vertheilung der 1288 Kandidaten auf die verschiedenen Oberlandesgerichtsbezirke ergibt sich aus der anliegenden Uebersicht.

Die höchsten Zahlen haben, wie in früheren Jahren, aufzuweisen:

der Kammergerichtsbezirk mit .....	232,
„ Bezirk Eöln „ .....	200,
„ „ Hamm „ .....	138,
„ „ Breslau .....	121,
„ „ Raumburg „ .....	117;

die geringsten Zahlen

der Bezirk Marienwerder mit .....	33,
„ „ Stettin „ .....	40,
„ „ Kiel „ .....	48.

Vom Herzoglich Anhaltischen Staatsministerium in Dessau waren 14 Referendare zur Prüfung überwiesen. Aus dem Fürstenthum Schwarzburg-Sondershausen gelangte ein im Vorjahre überwiesener Referendar zur Prüfung.

#### Erledigung der Geschäfte.

Von den 53 Kandidaten, denen allein die Wiederholung schriftlicher Arbeiten oblag, lieferten 43 ihre Arbeiten ab; die Prüfung von 41 dieser Kandidaten ist noch vor dem Ende des Jahres 1901 abgeschlossen worden.

Durch Abhaltung der mündlichen Prüfung haben 771 Aufträge (im Vorjahre 668) ihre Erledigung gefunden.

Diese Zahl würde sich um 15 erhöht haben, wenn nicht 15 Kandidaten (im Vorjahre 16) im Prüfungstermin ausgeblieben wären oder ihren Rücktritt vom Termine verspätet angezeigt hätten.

In 58 Fällen suchten Kandidaten eine Verlegung des bereits für sie anberaumten Prüfungstermins rechtzeitig nach, sodaß ein Ersatz für den frei gewordenen Platz herangezogen werden konnte.

Die Frist zwischen der Ablieferung der zweiten Arbeit und der mündlichen Prüfung stellte sich, wie bisher, auf  $2\frac{1}{2}$  bis 3 Monate.

Im Laufe des Jahres wurden von 146 Kandidaten ärztliche Zeugnisse eingereicht, um damit die Sinauschiebung des Prüfungstermins oder die Fristversäumung für die Einlieferung der schriftlichen Arbeit zu entschuldigen, oder um die spätere Juangriffnahme einer schriftlichen Arbeit zu begründen. Im Vorjahre gingen 134 solcher Zeugnisse ein. Von jenen 146 Zeugnissen bescheinigten 73 Neuraufbenie (im Vorjahre 78). Zahlreiche Referendare suchten wiederum alsbald bei der Abgabe der zweiten Arbeit eine Frist von 3 Monaten für die mündliche Prüfung nach; mehrere erbaten unter Auführung besonderer Gründe, aus denen sich der Abschluß ihrer Vorbereitung hinausgeschoben hatte, eine noch längere Frist.

Von der auf .....	1 288
berechneten Gesamtzahl der Kandidaten sind zurückgewiesen:	
a) wegen Krankheit .....	5
b) wegen versäumter Ablieferung der schriftlichen Arbeiten .....	2
gestorben .....	2
entlassen ist auf seinen Antrag .....	1
	<u>          10</u>

sind .... 1 278.

Davon sind geprüft:

schriftlich und mündlich .....	755
nur mündlich .....	16
nur schriftlich .....	42

sind .... 813.

Von den 42 Kandidaten mußte einer wegen ungünstigen Ergebnisses der schriftlichen Arbeiten von der mündlichen Prüfung ausgeschlossen werden.

Demnach beträgt der Bestand der am Schluß des Jahres noch nicht mit ihrer Prüfung zum Abschlusse gelangten Kandidaten .....

465.

Die meisten derselben waren in ihren schriftlichen Arbeiten noch nicht soweit vorgerückt, daß ihre Ladung zum Prüfungstermin im abgelaufenen Jahre sich hätte ermöglichen lassen.

Am Schluß des Vorjahrs betrug die Zahl der noch in der Prüfung verbliebenen Referendare 418.

Von den 465 Kandidaten gehört nur einer dem Jahre 1900 an, die übrigen Kandidaten sind erst im abgelaufenen Jahre und zwar eine größere Zahl als sonst gegen den Schluß des Jahres zur Prüfung überwiesen worden.

Die Geschäfte der Justiz-Prüfungskommission für das Jahr 1901 dürften demnach keinerlei Rückstand aufweisen.

Von den 813 geprüften Kandidaten bestanden 663 die Prüfung (in 1900 — 566) und zwar:

mit der Censur »gut« 87 (im Vorjahre 74),
mit der Censur »ausreichend« 576 (im Vorjahre 492).

Die übrigen 150 haben nicht bestanden. Im Vorjahre betrug die Zahl der nicht bestandenen Prüflinge ebenfalls 150. Von den 41 Kandidaten, die nur schriftliche Arbeiten zu wiederholen hatten, bestanden 37 die wiederholte Prüfung; bei 4 Kandidaten waren die Arbeiten wiederum ungenügend.

Außer diesen 4 wiederholten noch 18, also zusammen 22 Kandidaten, die zweimalige Prüfung ohne Erfolg (im Vorjahre 11).

Von den Referendaren, welche zum ersten Male die Prüfung nicht bestanden, wurden

ohne Erlaß der schriftlichen Arbeiten oder der mündlichen Prüfung... 42 (in 1900: 40),  
unter Erlaß

beider Probearbeiten .....	11	( » » 17),
der wissenschaftlichen Arbeit .....	21	( » » 25),
der Relation .....	12	( » » 5),
der mündlichen Prüfung .....	27	( » » 34),
der mündlichen Prüfung und der wissenschaftlichen Arbeit .....	14	( » » 17),
der mündlichen Prüfung und der Relation .....	1	( » » 1)

an die Oberlandesgerichte zurückgewiesen.

Im abgelaufenen Jahre haben

81,5 Prozent (gegen 79,1 Prozent im Vorjahre) die Prüfung bestanden,  
18,5 Prozent (gegen 20,9 Prozent im Vorjahre) solche nicht bestanden.

Für die einzelnen Oberlandesgerichtsbezirke ergibt sich Folgendes:

Es haben	bestanden:	nicht bestanden:
aus dem Bezirke Dofen .....	88,9 Prozent,	11,1 Prozent,
» » Kammergerichtsbezirke .....	84,6 »	15,4 »
» » Bezirke Königsberg .....	84,5 »	15,5 »
» » » Marienwerder .....	84,2 »	15,8 »
» » » Breslau .....	84,0 »	16,0 »
» » » Eöln .....	83,6 »	16,5 »
» » » Stettin .....	83,3 »	16,7 »
» » » Kiel .....	82,8 »	17,2 »
» » » Hamm .....	80,2 »	19,8 »
» » » Raumburg a. S. ....	78,6 »	21,4 »
» » » Frankfurt a. M. ....	78,4 »	21,6 »
» » » Celle .....	76,8 »	23,2 »
» » » Caffel .....	60,0 »	40,0 »

Im Vorjahre gestalteten sich diese Verhältniszahlen für die einzelnen Bezirke dahin:

aus dem Kammergerichtsbezirke .....	bestanden:	nicht bestanden:
» » Bezirke Kiel .....	85,1 Prozent,	14,9 Prozent,
» » » Marienwerder .....	85,0 »	15,0 »
» » » Hamm .....	83,3 »	16,7 »
» » » Eöln .....	82,6 »	17,5 »
» » » Stettin .....	81,0 »	19,0 »
» » » Celle .....	78,0 »	22,0 »
» » » Königsberg .....	77,8 »	22,2 »
» » » Caffel .....	76,9 »	23,1 »
» » » Frankfurt a. M. ....	76,6 »	23,4 »
» » » Raumburg a. S. ....	73,9 »	26,1 »
» » » Breslau .....	72,9 »	27,1 »
» » » Stettin .....	70,4 »	29,6 »
» » » Dofen .....	69,7 »	30,3 »

#### Prüfungstermine.

Die Zahl der Prüfungstermine betrug 131, also 17 mehr als im Vorjahre.

#### Mitglieder der Kommission.

Im Bestande der Mitglieder der Justiz-Prüfungskommission ist eine Aenderung nicht eingetreten.

geg. Eölnzel.

An den Herrn Justizminister.

der Referendare, welche im Jahre 1901

Oberlandesgerichts- bezirke.	Bestand aus dem Jahre 1900.	Im Jahre 1901 hinzu- gelom- men.	Summa.	Von den ge- prüften Kandi- daten hatten die Prü- fung zu wieder- holen.	Bestanden haben die Prüfung			Vornweg sind										
					gut.	aus- rei- chend.	in Summa.	jurid. ge- wiesen	ent- lassen	wegen unterschiedener Ablieferung der Arbeiten von der Prüfung aus- gelisteten. (§. 33 Abs. 3 des Regulativs.)								
										wegen Kaufbel. in unbereiter Ver- brennung.	auf eigenen Wartung. wäre Rückzahlung von Zulagebetr. gefordert.							
Berlin .....	74	158	232	23	24	108	132	1	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Breslau .....	36	85	121	14	8	55	63	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2
Cassel .....	18	31	49	7	1	17	18	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Celle .....	31	58	89	11	2	41	43	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Cöln .....	73	127	200	16	9	102	111	1	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Frankfurt a. M. ....	16	46	62	9	7	22	29	1	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Hamm .....	52	86	138	12	8	57	65	.	1	.	.	.	1	.	.	.	.	.
Kiel .....	15	33	48	3	4	20	24	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Königsberg .....	29	56	85	5	5	44	49	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Marienwerder .....	6	27	33	2	2	14	16	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Raumburg .....	32	85	117	11	10	45	55	2	.	.	.	.	.	1	.	.	.	.
Posen .....	20	39	59	5	4	28	32	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Stettin .....	11	29	40	3	2	18	20	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Vom Herzoglich Anhalt- schen Staatsministe- rium in Dessau über- wiesen .....	4	10	14	1	1	4	5	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Vom Fürstlich Schwarz- burgschen Ministerium in Sondershausen überwiesen .....	1	.	1	.	.	1	1	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Summa....	418	870	1 288	122	87	576	663	5	1	.	.	.	2	.	.	.	2	.
	1 288				663				10									

## weisung

der Justiz-Prüfungskommission überwiesen sind.

Nicht be- standen haben.	Von den zum ersten Male Nichtbestanden sind zurückgewiesen							Sum zweiten Male haben nicht bestanden.	Es bleiben zu prüfen aus		Summa.
	ohne Erlaß der schriftlichen Arbeiten und der mündlichen Prüfung.	unter Erlaß							1900.	1901.	
		beider schrift- lichen Ar- beiten.	der wissen- schaft- lichen Arbeit.	der Re- lation.	der münd- lichen Prü- fung.	der münd- lichen Prü- fung und der wissen- schaftlichen Arbeit.	der münd- lichen Prüfung und der Relation.				
24	6	2	5	1	4	2	.	4	.	75	75
12	4	1	.	2	3	.	.	2	.	44	44
12	4	1	4	.	2	.	.	1	.	19	19
13	2	.	2	2	2	1	.	4	.	33	33
22	7	4	1	.	5	2	1	2	.	66	66
8	1	1	3	.	.	2	.	1	.	24	24
16	5	.	2	3	1	3	.	2	.	55	55
5	2	.	.	.	1	2	.	.	.	19	19
9	3	2	.	1	2	.	.	1	.	27	27
3	1	.	1	1	.	.	.	.	.	14	14
15	5	.	1	2	3	1	.	4	.	44	44
4	1	.	1	.	1	1	.	.	1	22	23
4	1	.	2	.	1	.	.	.	.	16	16
3	.	.	.	.	2	.	.	1	.	6	6
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
150	42	11	21	12	27	14	1	22	1	464	465
				150						465	

Num 4.

## Allgemeine Verfügung vom 28. Januar 1902, — betreffend die Errichtung von Kammern für Handelsfachen in Berlin, Frankfurt a. M. und Duisburg.

Allgemeine Verfügung vom 26. Juli 1879 (Just.-Minist.-Bl. S. 210).  
 Bekanntmachung vom 30. Dezember 1891 (Just.-Minist.-Bl. 1892 S. 3).  
 Allgemeine Verfügung vom 31. März 1894 (Just.-Minist.-Bl. S. 93).  
 Allgemeine Verfügung vom 12. Oktober 1898 (Just.-Minist.-Bl. S. 255).  
 Allgemeine Verfügung vom 8. Juni 1900 (Just.-Minist.-Bl. S. 434).

Auf Grund des §. 100 des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes bestimmt der Justizminister Folgendes:

### §. 1.

Vom 1. April 1902 ab werden errichtet:

1. in der Stadt Berlin bei dem Landgerichte II daselbst für dessen Bezirk zwei Kammern für Handelsfachen;
2. in der Stadt Berlin bei dem Landgericht I daselbst für dessen Bezirk eine siebenzehnte und eine achtzehnte Kammer für Handelsfachen;
3. in der Stadt Frankfurt a. M. bei dem Landgerichte daselbst für dessen Bezirk eine dritte Kammer für Handelsfachen;
4. in der Stadt Duisburg bei dem Landgerichte daselbst für dessen Bezirk eine zweite Kammer für Handelsfachen.

### §. 2.

Die Anzahl der zu ernennenden Handelsrichter und stellvertretenden Handelsrichter wird vom 1. April 1902 ab für die Kammern für Handelsfachen bei dem Landgerichte II in Berlin auf je acht bestimmt und für die Kammern bei dem Landgericht I in Berlin auf je zwei und siebenzig, in Frankfurt a. M. auf je zwölf und in Duisburg auf je acht erhöht.

### §. 3.

Die Ernennung der Vorsitzenden der Kammern für Handelsfachen und die Einberufung der stellvertretenden Handelsrichter erfolgt nach Maßgabe der Bestimmungen in den §§. 4, 5 der Allgemeinen Verfügung vom 26. Juli 1879 (Just.-Minist.-Bl. S. 210).

Berlin, den 28. Januar 1902.

Der Justizminister.  
 Schönstedt.

I. 475. H. 18 Bd. 4.

# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

## Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Herausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Besten der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Freitag, den 7. Februar 1902.

Nr. 6.

### Amtlicher Theil.

#### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Vergewöhnungen bei den Justizbehörden.

##### Oberlandesgerichte.

Der Kammergerichtsrath Richter scheidet in Folge seiner Ernennung zum Reichsgerichtsrath aus dem Preussischen Justizdienste.

##### Landgerichte und Amtsgerichte.

Der Landgerichtsrath Trief in Breslau ist gestorben.

##### Verstetigt sind:

der Amtsgerichtsrath Grätner in Soyнау nach Ologau,  
die Amtsrichter  
Ebeling in Neuthen a. O. nach Friedberg a. Du.,  
Wiesand in Pinne als Landrichter nach Gnesen,  
Seitz in Wollstein nach Schneidemühl.

Der Kaufmann Mag Ostermeyer in Emmerich ist zum Handelsrichter bei dem Landgericht in Duisburg ernannt.

##### Zu stellvertretenden Handelsrichtern sind ernannt:

der Kaufmann Eugen Ephraim Reinhold Zander in  
Stettin bei dem Landgerichte daselbst,

##### wiedervernannt:

der Kaufmann Clemens August Schmitt in Cassel bei  
dem Landgerichte daselbst.

##### Staatsanwaltschaft.

Dem Ersten Staatsanwalt, Geheimen Justizrath de la Croix in Nordhausen ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ertheilt.

Just.-Minist.-Bl. 1902.

##### Rechtsanwälte und Notare.

Die nachgesuchte Entlassung aus dem Amte ist ertheilt:

dem Notar, Geheimen Justizrath Dr. Kirchhoff in Kreiswald unter Verleihung des Rothen Adler-Ordens IV. Klasse verliehen

und  
dem Notar, Justizrath Eneble in Königsberg i. Pr.

Dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Polomski in Rogosen ist der Rothe Adler-Orden IV. Klasse verliehen.

Dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Dr. Porzsch in Breslau ist die Genehmigung zur Annahme und Anlegung des von Seiner Heiligkeit dem Papst ihm verliehenen Komthurkreuzes des Pius-Ordens ertheilt.

Dem Rechtsanwalt Schamburg in Bugtehude ist der Charakter als Justizrath verliehen.

Der Notar Dr. Valle in Wilhelmshaven hat sein Amt niedergelegt.

Dem Notar Wengelloch in Rhauen ist der Amtstitel in Erkelenz, dem Notar Dr. Brunemann in Jastrow der Amtstitel in Wilhelmshaven angewiesen.

Der Rechtsanwalt Dr. Kolke in Göttingen ist zum Notar ernannt.

Der Rechtsanwalt Dr. Valle ist in der Liste der Rechtsanwälte bei dem Amtsgericht in Wilhelmshaven geloscht.



In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen:  
 der Rechtsanwalt Dr. Brunne mann aus Jastrów bei dem  
 Amtsgericht in Wilhelmshaven,

die **Gerichtsassessoren**

Reinach bei dem Oberlandesgericht in Frankfurt a. M.,  
 Edwiso hn bei dem Landgericht in Breslau,  
 Dr. Weinand bei dem Landgericht in Köln,  
 Zippel bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in  
 Frankfurt a. O.,  
 Westhoff bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in  
 Düsseldorf,  
 Silberberg bei dem Amtsgericht in Rauen.

**Gerichtsassessoren.**

Zu **Gerichtsassessoren** sind ernannt:

die Referendare

Glückssohn, Dr. Andréé, Dr. Keller, Dr. Jgen  
 im Bezirke des Kammergerichts,  
 Gierth im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Breslau,  
 Läßorff im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Cassel,  
 Bove, Schütte, Schmolbt im Bezirke des Ober-  
 landesgerichts zu Celle,  
 Dr. Biefhaus, Riefer, von Papen, Dr. Cremer  
 im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Köln,  
 Baerwald, Dr. Firsch im Bezirke des Oberlandesgerichts  
 zu Frankfurt a. M.,

Karl Schmid, Wichmann im Bezirke des Oberlandes-  
 gerichts zu Hamm,  
 Müller, Dr. Jonas im Bezirke des Oberlandesgerichts  
 zu Kiel.

Aus dem Justizdienste sind geschieden:

die **Gerichtsassessoren**  
 Wesig in Folge seiner Uebernahme in die kirchliche Ver-  
 waltung,  
 Böttler in Folge seiner Wahl zum besoldeten Bei-  
 geordneten der Stadt Bonn.

Dem Gerichtsassessor Dr. Niehke ist die nachgesuchte Ent-  
 lassung aus dem Justizdienst erteilt.

**Mittlere Beamte.**

Dem Gerichtsschreiber, Gerichtskassenkontrolleur Gropf in  
 Elbing ist bei seinem Uebertritt in den Ruhestand der Ka-  
 rakter als Rechnungsrath verliehen.

**Unterbeamte.**

Dem Gefangenaufscher Milewski in Schneidemühl ist bei  
 seinem Uebertritt in den Ruhestand das Allgemeine Ehren-  
 zeichen verliehen.

In den einstufigen Ruhestand versetzte Beamte.  
 Der Senatspräsident, Geheimrath Dr. Schwiete in  
 Hamm ist gestorben.

**Allerhöchste Erlasse, Ministerial-Verfügungen und Entscheidungen  
der obersten Gerichtshöfe.**

Num. 5.

**Allgemeine Verfügung vom 31. Januar 1902, — betreffend die Aufbewahrung der Verhandlungen, welche einer Verichtigung des Landesregisters zu Grunde liegen.**

Im Einverständnisse mit dem Herrn Minister des Innern bestimme ich unter Aufhebung der Rundverfügung vom 27. November 1900 (L. 6690), daß die einer Verichtigung des Landesregisters zu Grunde liegenden Verhandlungen (§. 66 Abs. 2 des Reichsgesetzes über die Beurkundung des Personenstandes vom 6. Februar 1875, Reichs.-Gesetzbl. S. 23 ff.) nach Rechtskraft des Verichtigungsbeschlusses an die Landesamtlichen Aufsichtsbehörden, nöthigenfalls unter Zurückbehaltung von Auszügen oder beglaubigten Abschriften wichtiger Urkunden, zurückzusenden sind. Wird die Verichtigung abgelehnt, so hat die Rücksendung der eingereichten Urkunden an den Antragsteller zugleich mit Zustellung der ablehnenden Verfügung zu erfolgen. Die Anträge auf Verichtigung des Landesregisters verbleiben stets bei der gerichtlichen Blattsammlung (§. 58 Abs. 1 der Geschäftsordnung für die Gerichtsschreibereien der Amtsgerichte vom 26. November 1899, Just.-Minist.-Bl. S. 395 ff.).

Berlin, den 31. Januar 1902.

Der Justizminister.  
Schönstedt.

I. 250a. P. 82. Bb. 13.

Num. 6.

**Bekanntmachung vom 31. Januar 1902, — betreffend die Herausgabe einer Uebersichtskarte der Verwaltungsbezirke der königlich Preussischen Eisenbahndirektionen und der königlich Preussischen und Großherzoglich Hessischen Eisenbahndirektion in Mainz.**

Die im Ministerium der öffentlichen Arbeiten in neuer Auflage bearbeitete Uebersichtskarte der Verwaltungsbezirke der königlich Preussischen Eisenbahndirektionen und der königlich Preussischen und Großherzoglich Hessischen Eisenbahndirektion in Mainz ist im Kommissionsverlage der Simon-Schropp'schen Landkarten-Handlung in Berlin, W. 8 Jägerstraße 61, erschienen.

Berlin, den 31. Januar 1902.

Der Justizminister.  
Schönstedt.

I. 512. E. 92.

Num. 7.

**Bekanntmachung des Justizministers und des Ministers der geistlichen, Unterrichts- und  
Medizinal-Angelegenheiten vom 1. Februar 1902, — betreffend die Zulassung zum  
Rechtsstudium.**

Die unterzeichneten Minister der Justiz und des Unterrichts haben mit Allerhöchster Ermächtigung beschlossen, die Zulassung zum juristischen Studium nach folgenden Grundsätzen zu ordnen:

1. Die geeignetste Anstalt zur Vorbildung für den juristischen Beruf ist das humanistische Gymnasium.
2. Zu dem Rechtsstudium werden außer den Studierenden, welche das Zeugniß der Reife von einem deutschen humanistischen Gymnasium besitzen, auch solche Studierende zugelassen, welche das Zeugniß der Reife von einem deutschen Realgymnasium oder von einer preussischen Ober-Realschule erworben haben.
3. Den Studierenden der beiden letzteren Kategorien sowie denjenigen Gymnasialabiturienten, deren Reifezeugniß im Lateinischen nicht mindestens das Prädikat »genügend« aufweist, bleibt es bei eigener Verantwortung überlassen, sich die für ein gründliches Verständniß der Quellen des römischen Rechtes erforderlichen sprachlichen und sachlichen Vorkenntnisse anderweit anzueignen.
4. Bei der Einrichtung des juristischen Studiums und der ersten juristischen Prüfung wird Vorsehrung getroffen werden, daß die zu 3 bezeichneten Studierenden sich über die dort gebachten Vorkenntnisse auszuweisen haben.

Berlin, den 1. Februar 1902.

Der Justizminister.

Schönstedt.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts-  
und Medizinal-Angelegenheiten.

Studt.

I. 723. O. 177. Bd. 4.

# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

## Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Herausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Besten der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Freitag, den 14. Februar 1902.

Nr. 7.

### Amtlicher Theil.

#### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Berleihungen bei den Justizbehörden.

##### Oberlandesgerichte.

Dem Oberlandesgerichtsrath, Geheimen Justizrath Reimer des in Cassel ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ertheilt.

##### Landgerichte und Amtsgerichte.

Der Amtsgerichtsrath Schüb in Schwedt ist gestorben.

Dem Amtsgerichtsrath Voelck in Graudenz ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ertheilt.

Berufen sind:

die Amtsrichter

Paasch in Carthaus nach Merseburg,  
Hinde in Gelsenkirchen nach Essen.

##### Rechtsanwälte und Notare.

Dem Notar, Justizrath Eberhard in Hanau ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Amte ertheilt und zugleich der Rothe Adler-Orden III. Klasse mit der Schleife verliehen.

Der Notar Dr. Endepols in Trier ist gestorben.

Der Notar Teuscher in Treuenbriegen hat sein Amt niedergelegt.

Zu Notaren sind ernannt:

die Rechtsanwälte

Justizrath Dr. Voepfel in Bromberg,  
Wiesmann in Reddinghausen,  
Dr. Schreiber-Lobbes in Ruhrtort,  
der Gerichtsassessor Roth in Neumagen.

In der Liste der Rechtsanwälte sind gelistet:

die Rechtsanwälte

von Oldenburg bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in Altona,  
Teuscher bei dem Amtsgericht in Treuenbriegen,  
Ricolai bei dem Amtsgericht in Weglar.

In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen:

die Rechtsanwälte

Teuscher aus Treuenbriegen bei dem Amtsgericht in Belgig,  
von Oldenburg aus Altona bei dem Amtsgericht in Ved,  
der frühere Rechtsanwalt, Bürgermeister a. D. Kotitschke bei dem Amtsgericht in Tarnowitz mit dem Wohnsitz in Neubred,

## die Gerichtsassessoren

Dr. Schreier bei dem Landgericht in Eöln,  
 Beiersdorf bei dem Amtsgericht und dem Landgericht  
 in Hirschberg,  
 Dr. Hennings bei dem Amtsgericht und dem Landgericht  
 in Kiel,  
 Hans Voigt bei dem Amtsgericht in Lübben.

## Gerichtsassessoren.

## Zu Gerichtsassessoren sind ernannt:

## die Referendare

Dr. Langlau, Dr. Raehmel im Bezirke des Kammer-  
 gerichts,  
 Smolla, Prossauer, Dr. Hartmann, Berthold  
 im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Breslau,  
 Dr. Krähé, Jillicens, Pälten, Dr. Lenbig,  
 Dr. Julius Edwensstein im Bezirke des Oberlandes-  
 gerichts zu Eöln,

Jenwarth im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Königs-  
 berg i. Pr.,  
 Lewin im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Marien-  
 werder,  
 Bernard im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Raum-  
 burg a. S.,  
 Newes, Lule, Vooff im Bezirke des Oberlandes-  
 gerichts zu Posen,  
 Böttner im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Stettin.

Der Gerichtsassessor Haering ist in Folge seiner Uebernahme  
 in den Dienst des Auswärtigen Amtes aus dem Justizdienste  
 geschieden.

Die nachgesuchte Entlassung aus dem Justizdienste ist erteilt:  
 den Gerichtsassessoren

Rehner bezugs Uebertritts in die Gemeindeverwaltung  
 und  
 Weiß.

Die Niederlassung eines Rechtsanwalts in Labischin ist als erwünscht bezeichnet.

Nach dem Entwurfe des Staatshaushalts-Etats für 1902 sollen folgende neue Stellen zur Be-  
 setzung gelangen:

- 3 Oberlandesgerichtsrathsstellen, und zwar 2 bei dem Oberlandesgericht in Hamm und  
 1 bei dem Kammergericht;
- 9 Landgerichtsdirektorstellen, und zwar 2 bei dem Landgericht I in Berlin sowie je 1 bei  
 den Landgerichten in Eöln, Düsseldorf, Saarbrücken, Frankfurt (Main), Dortmund,  
 Duisburg und Essen;
- 25 Landrichterstellen, und zwar 7 bei dem Landgericht I in Berlin, je 2 bei den Landgerichten  
 in Olschwitz, Eöln, Düsseldorf, Elberfeld und Dortmund sowie je 1 bei den Landgerichten  
 in Prenzlau, Hannover, Bonn, Saarbrücken, Bochum, Duisburg, Essen und Hagen;
- 40 Amtsrichterstellen, und zwar 3 bei dem Amtsgericht in Eöln, je 2 bei den Amtsgerichten  
 in Dortmund und Essen sowie je 1 bei den Amtsgerichten in Verleberg, Beuthen O. S.,  
 Breslau, Cassel, Hannover, Akenau, Barmen, Bitburg, Bonn, Düsseldorf, Elberfeld,  
 Gerresheim, Hagen, Ottweiler, Saarbrücken, Saarlouis, Velbert, Wittlich, Zell (Mosel),  
 Frankfurt (Main), Höchst, Wiesbaden, Bochum, Castrop, Duisburg, Mülheim (Ruhr),  
 Kettlinghausen, Ruhrort, Altona, Neumünster, Lissa, Danzig und Halle (Saale);
- 12 Staatsanwaltschaftsstellen mit dem Gehalte der Ersten Staatsanwälte, und zwar je 1 bei dem  
 Kammergericht, den Oberlandesgerichten in Breslau, Celle, Eöln, Hamm, Naumburg  
 (Saale) und Posen sowie 5 bei dem Landgericht I in Berlin;
- 22 Staatsanwaltschaftsstellen mit dem seitherigen Gehalt und zwar 2 bei dem Landgericht I in  
 Berlin sowie je 1 bei den Landgerichten in Berlin II, Beuthen O. S., Breslau, Olschwitz,  
 Schweidnitz, Hannover, Eöln, Saarbrücken, Frankfurt (Main), Bochum, Dortmund,  
 Duisburg, Essen, Hagen, Kiel, Königs, Erfurt, Gnesen, Posen und Greifswald.

**Allerhöchste Erlasse, Ministerial-Verfügungen und Entscheidungen  
der obersten Gerichtshöfe.**

Num. 8.

Beschied des Justizministers vom 6. Februar 1902, — betreffend die Frage, ob für ein Protokoll, in welchem Eheleute beantragen, ein auf den Namen der Ehefrau eingetragenes Grundstück als Gesamtgut der Jahrsnissgemeinschaft einzutragen, der Auflassungstempel zu erheben ist.

Den Antrag eines Auflassungstempels von 400 Mark erachte ich nicht für gerechtfertigt, weil keine Auflassung, sondern eine Berichtigung des Grundbuchs vorliegt. Das Protokoll vom 20. August 1900 (Grundakten von R. . . . . Nr. . . . M. I ff.) enthält nicht die Erklärung der Beteiligten, daß sie über einen Eigenthumswechsel einig seien, sondern nur die Bewilligung und den Antrag der Eheleute S., daß als Eigenthümer der bisher auf den Namen der Ehefrau eingetragenen Grundstücke die Eheleute »in Jahrsnissgemeinschaft« einzutragen seien. Demgemäß ist auch in Abtheilung I des Grundbuchs als Grund des Erwerbes nicht eine Auflassung, sondern ein »Antrag« bezeichnet. Die Eintragung auf Grund bloßer Bewilligung und bloßen Antrags ist im Falle der Berichtigung zulässig (§§. 19, 22 der Grundbuchordnung). Hiernach ist eine Berichtigung des Grundbuchs, nicht eine Auflassung als beurkundet anzusehen. Diese Auffassung erscheint um so mehr geboten, als die Eintragung der Zugehörigkeit zum Gesamtgute der Jahrsnissgemeinschaft nur im Wege der Berichtigung, nicht auf Grund einer Auflassung erfolgen durfte. Gehört das Grundstück in Wahrheit zum Gesamtgute, so war die Eintragung dieses Rechtsverhältnisses lediglich Berichtigung eines unrichtigen Grundbuchinhalts. War es aber in Wahrheit eingebrachtes Gut der Ehefrau, so konnte die Umwandlung in Gesamtgut nicht durch eine abstrakte Auflassung, sei es an beide Eheleute, sei es des halben Antheils an den Ehemann, erfolgen, sondern entweder durch einen Ehevertrag oder durch eine entgeltliche Veräußerung des ganzen Grundstücks an den Ehemann, welche die Zugehörigkeit des Grundstücks zum Gesamtgute zur gesetzlichen Folge gehabt haben würde. Eine Auflassung an den Ehemann auf Grund einer Schenkung würde nach §. 1551 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zur Folge gehabt haben, daß das Grundstück eingebrachtes Gut des Ehemanns geworden wäre. Ob das im Wege der Berichtigung ins Grundbuch eingetragene Rechtsverhältniß dem wahren Rechtszustand entspricht, ob etwa in dem Protokolle vom 20. August 1901 der stillschweigende Abschluß eines Ehevertrags, durch welchen das eingebrachte Gut in Gesamtgut umgewandelt wurde, zu finden ist, kann dahingestellt bleiben, da auch im Falle der Verneinung dieser Frage der Antrag eines Auflassungstempels unzulässig sein würde. Denn eine Auflassung ist, wie dargelegt, nicht beurkundet.

Hiernach ist der Auflassungstempel von 400 Mark niederzuschlagen. Zugleich sind auch die durch den Beschluß des Landgerichts in E. . . . . vom . . . . ., durch welchen die nach den vorstehenden Ausführungen begründete Beschwerde des S. als unbegründet zurückgewiesen wurde, dem Beschwerdeführer auferlegten Kosten niederzuschlagen, beziehungsweise zu erstatten.

Berlin, den 6. Februar 1902.

Der Justizminister.  
Schönf. b. t.

An den Herren Oberlandesgerichtspräsidenten in . . . . .

I. 625. Steuerfachen 105.

## Num. 9.

**Allgemeine Verfügung vom 9. Februar 1902, enthaltend eine Abänderung der  
Kanzleiordnung.**

Allgemeine Verfügung vom 18. Januar 1897 (Just.-Minist.-Bl. S. 21).

In dem §. 15 Abs. 2 der Kanzleiordnung in der Fassung der Allgemeinen Verfügung vom 18. Januar 1897 werden die Worte »Den Kanzleigehülfen« durch die Worte »Im Uebrigen« mit Wirkung vom 1. März 1902 ab ersetzt.

Berlin, den 9. Februar 1902.

Der Justizminister.  
Schönstedt.

I. 815b. O. Bd. 14.

## Num. 10.

**Beschluß des Kammergerichts vom 13. Januar 1902.**

Nichtigkeit eines zur gerichtlichen oder notariellen Beurkundung eines Rechtsgeschäfts aufgenommenen Protokolls, in dessen Letzte die Bezeichnung der mitwirkenden Personen fehlt.

In der Grundbuchsache des königlichen Amtsgerichts zu K. von K. Nr. 17

hat der Erste Civilsenat des königlichen Kammergerichts in der Sitzung vom 13. Januar 1902 beschlossen:

Die von dem Rechtsanwält v. S. zu N. für den Kutscher D. N. zu K. gegen den Beschluß der 2. Civilkammer des königlichen Landgerichts zu G. vom 10. Juli 1901 eingelegte weitere Beschwerde wird zurückgewiesen, die Kosten fallen dem Beschwerdeführer zur Last.

**G r ü n d e :**

Auf dem Grundstücke des D. N. Nr. 17 des Grundbuchs von K. stehen in Abtheilung II Nr. 6 aus dem Gutsüberlassungsvertrage vom 8. April 1858 Naturalprästationen eingetragen für J. E. N., jetzt verwittwete S., und für M. M. N., jetzt verwittwete G., beide in G. Der Grundstücks-eigentümer stellte unterm 28. März 1901 vor dem Grundbuchamte den Antrag, die Belastung Abtheilung II Nr. 6 im Grundbuche zu löschen. Um die hierzu notwendige Lösungs-bewilligung der beiden genannten Berechtigten zu erlangen, ersuchte der Grundbuchrichter das Amtsgericht zu G., von diesen die Einwilligung in die Löschung aufzunehmen. Das Amtsgericht zu G. lud die beiden Berechtigten und diese bewilligten die Löschung. Ueber ihre Erklärung wurde folgende Verhandlung aufgenommen:

G., den 23. April 1901.

Es erschienen, persönlich bekannt und durch Vorladung sich ausweisend:

1. die Wittve E. S., geb. N.,
  2. die Wittve M. M. G., geb. N.,
- beide von hier,

und erklärten:

Wir bewilligen die Löschung der für uns auf Blatt Nr. 17 R. Abteilung II Nr. 6 eingetragenen Berechtigungen.

Vorgelesen, genehmigt, eigenhändig unterschrieben.

E. S. R. R. G.

Geschlossen

Dr. P., Amtsgerichtsrath.

Das Amtsgericht zu R. wies diese Beurkundung als Unterlage für die beantragte Löschung durch Beschluß vom 4. Juni 1901 zurück, weil entgegen der Vorschrift des §. 176 Abs. 1 Nr. 2 R. G. B. G. im Protokolle die Bezeichnung des beurkundenden Beamten nicht enthalten sei. Die vom Grundstückseigentümer P. R. gegen diese Entscheidung eingelegte Beschwerde wurde durch Beschluß des Landgerichts zu G. vom 10. Juli 1901 abgewiesen; das Landgericht schloß sich der Rechtsansicht des Amtsgerichts an und führte noch aus: wegen des Formmangels sei die Urkunde nicht als öffentliche Urkunde anzusprechen, und dieser Mangel könne auch nicht etwa jetzt durch eine nachträgliche Bescheinigung des Richters, daß er bei der Beurkundung mitgewirkt habe, gehoben werden.

Vom Grundstückseigentümer R. ist die weitere Beschwerde erhoben, welche Verletzung der §§. 176, 177 R. G. B. G. rügt. Das Rechtsmittel konnte nicht als begründet anerkannt werden.

Es steht zur Entscheidung, ob das beim Amtsgerichte zu G. am 23. April 1901 aufgenommene Protokoll, welches die Löschungsbeurkundung der im Grundbuch eingetragenen Berechtigten enthält (§. 19 G. B. D.), als eine öffentliche Urkunde im Sinne des §. 29 G. B. D. anzuerkennen ist. Die Vorinstanzen haben dies mit Recht verneint.

Die Verhandlung vom 23. April 1901 hatte die gerichtliche Beurkundung eines Rechtsgeschäfts (der Löschungsbeurkundung) zum Gegenstande; deshalb mußten die Vorschriften im 10. Abschnitte des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit Beachtung finden und insbesondere die Bestimmungen der §§. 176 Abs. 1, 177 Abs. 1 und 3, welche notwendige Erfordernisse des Beurkundungsprotokolls festsetzen, beobachtet werden. Ein Verstoß gegen diese essentiellen Formvorschriften hat die Nichtigkeit der Beurkundung als einer öffentlichen zur Folge. Solcher Verstoß liegt hier vor.

§. 176 Abs. 1 setzt für das Beurkundungsprotokoll drei notwendige Erfordernisse fest; es muß enthalten: 1. Ort und Zeit der Verhandlung; 2. die Bezeichnung der Beteiligten und der bei der Verhandlung mitwirkenden Personen; 3. die Erklärung der Beteiligten. Hieran schließt §. 177 die weitere notwendige Formvorschrift:

Das Protokoll muß vorgelesen, von den Beteiligten genehmigt und von ihnen eigenhändig unterschrieben werden .... Das Protokoll muß von den mitwirkenden Personen unterschrieben werden.

Schon aus dieser Theilung und Aufzählung der Erfordernisse in zwei auf einander folgenden Gesetzparagrafen ergibt sich, daß die Bezeichnung der Beteiligten und der mitwirkenden Personen im Protokoll, und die Unterschrift der Beteiligten und mitwirkenden Personen unter dem Protokoll als zwei verschiedene Erfordernisse des Beurkundungsakts gedacht sind. Aus dem Anschlusse der Anfangsworte des Abs. 1 und Abs. 3 des §. 177 an den §. 176 folgt, daß der dort gewählte Ausdruck „das Protokoll“ im eingeschränkten Sinne zu verstehen ist; es soll damit bezeichnet werden: das die Bestandtheile des §. 176 enthaltende Protokoll (im Gegensatz zu dem durch die Unterschriften abgeschlossenen Protokoll im weiteren Sinne). Dieses Protokoll im eingeschränkten Sinne, welches also die Bezeichnung der Beteiligten und der mitwirkenden Personen bereits enthält, muß noch den Beteiligten vorgelesen und von ihnen genehmigt und von den Beteiligten und den mitwirkenden Personen unterschrieben werden. Diese haben also den im Protokoll enthaltenen Vermerk über die Bezeichnung ihrer Person mitzuunterschreiben.



Daraus folgt, daß die Unterschrift allein die im Protokolle gänzlich fehlende Bezeichnung weder in Hinsicht der Beteiligten noch der mitwirkenden Personen zu ersetzen vermag. Enthält also das Protokoll überhaupt keine Bezeichnung der mitwirkenden Personen, so verstößt es gegen eine vom Gesetze für wesentlich erklärte Formvorschrift und ist deshalb nichtig, selbst wenn sich aus der Unterschrift des Protokolls feststellen läßt, welche Urkundspersonen bei der Verhandlung mitgewirkt haben. Zu den mitwirkenden Personen gehört, wie aus §§. 170, 174 desselben Gesetzes klar hervorgeht, insbesondere der instrumentirende Richter oder Notar.

Mit diesem aus dem Wortlaute des Gesetzes gewonnenen Ergebnis ist es vereinbar, daß eine im Protokoll enthaltene Bezeichnung des instrumentirenden Beamten durch Bezugnahme auf die nachfolgende Unterschrift präzisirt wird, wie beispielsweise die Fassung des Protokolls: »Vor dem unterzeichneten Richter erschienen u. s. w.«, durch die in Bezug genommene Namensunterschrift unter dem Protokolle dem Gesetze entsprechend vervollständigt werden kann. Der Text des Protokolls muß aber immer eine »Bezeichnung der mitwirkenden Personen«, mag sie auch unvollständig und aus dem Zusammenhange des Textes mit den Unterschriften ergänzungsbedürftig sein, enthalten. Fehlt aber im Texte die Bezeichnung ganz, so kann die Unterschrift den Rang nicht ersetzen.

Aus dieser Erörterung ergibt sich auch, daß — wie der Beschluß des Landgerichts zutreffend hervorhebt — auch kein späterhin vom instrumentirenden Beamten ausgestellt Attest über seine Mitwirkung bei der Verhandlung jenen Formfehler heben und die Urkunde zu einer öffentlich wirksamen machen kann. Das durch die Unterschriften abgeschlossene Protokoll kann nicht verändert werden; leidet es an dem angegebenen Formfehler, so hat es nicht die Kraft einer öffentlichen Urkunde. Das nachträgliche einseitige Attest des instrumentirenden Beamten kann kein Bestandtheil des Protokolls werden, es ist den Beteiligten nicht vorzulesen, von ihnen nicht genehmigt und nicht vollzogen.

Zu dem Ergebnisse, daß das gänzliche Fehlen der Bezeichnung der mitwirkenden Person im Texte des Protokolls nicht durch die Unterschrift ersetzt werden kann, führt auch die Entstehungsgeschichte der §§. 176, 177 R. O. F. O. Dieses Gesetz hat sich, wie die Denkschrift bezeugt, hinsichtlich des Verfahrens bei der gerichtlichen oder notariellen Beurkundung von Rechtsgeschäften den Bestimmungen des R. O. B. über die Aufnahme von Testamenten und Erbverträgen angeschlossen, insbesondere stimmen die §§. 175 bis 177 R. O. F. O. wörtlich mit den §§. 2240 bis 2242 überein (s. Habn-Rugdan, Materialien Bd. 7 S. 83). Die §§. 2241 Abs. 1 und 2242 Abs. 1 und 3 haben ihren Ursprung im §. 1919 des ersten Entwurfes; dieser schrieb vor, das Protokoll müsse enthalten: 1. Ort und Tag der Verhandlung; 2. den Namen einer jeden bei der Errichtung mitwirkenden Person; 3. die Angabe der Eigenschaft, in welcher eine mitwirkende Person mitgewirkt hat; dann heißt es im Abs. 4 desselben §. 1919: das Protokoll muß zum Schlusse von allen mitwirkenden Personen unterschrieben werden. Bei der zweiten Lesung des Entwurfes wurde die Fassung dieses §. 1919 in der Weise verändert, wie sie jetzt in den §§. 2241, 2242 enthalten ist. Bei der Beratung wurde anlässlich der Erzeugung des Ausdrucks »Namen« im §. 1919 des ersten Entwurfes durch den weiteren Ausdruck »Bezeichnung« erwogen: »daß die Persönlichkeit des Erblassers und der mitwirkenden Personen (im Protokolle) festgestellt werden müsse, hielt man für selbstverständlich«; ferner: »Die Bestimmung der Nr. 3 (des §. 1919 des ersten Entwurfes), daß auch die Angabe der Eigenschaft, in welcher eine mitwirkende Person mitgewirkt habe, im Protokolle nicht fehlen dürfe, glaubte man als besondere Vorschrift entbehren zu können, da diese Eigenschaft wohl stets bei der Bezeichnung der einzelnen Person angegeben sein und sich äußersten Falles aus dem Zusammenhange des Protokolls oder aus den Unterschriften werde entnehmen lassen.« (Protokolle der 2. Lesung Bd. 5 S. 337.) Aus diesen Erwägungen folgt, daß ein Unterschied zwischen dem Protokoll im engeren Sinne und den Unterschriften gemacht worden ist und daß die zweite Kommission den ersten Entwurf dahin verstanden und dem zweiten Entwurfe die Bedeutung beigelegt hat, daß außer der Unterschrift die Bezeichnung des instrumentirenden Beamten im Texte gefordert wird und daß diese Bezeichnung an jener Stelle ausdrücklich als zwingende Formvorschrift anerkannt ist.

Der gesetzgeberische Grund für diese Vorschriften läßt sich unschwer erkennen: durch die Bezeichnung der mitwirkenden Personen im Texte des Protokolls löst die Beschaffenheit der Beurkundung als einer

richterlichen oder notariellen über jede Anweisung erhoben und die Identität derjenigen Personen, welche bei der Aufnahme mitgewirkt haben, mit denjenigen, welche das Protokoll unterschrieben haben, mit Sicherheit festgestellt werden.

Die Vorschrift, daß bei öffentlichen Beurkundungen neben der Unterschrift des instrumentirenden Beamten als notwendiger Bestandteil des zu verlesenden und zu unterschreibenden Protokolls noch die Bezeichnung des Beamten verlangt wird, ist denn auch, wenigstens was notarielle Urkunden anlangt, keineswegs neu durch das Reichsgesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit eingeführt: sie findet sich als positive Vorschrift im Artikel 25 der Rheinischen Notariats-Ordnung vom 25. April 1822 (Gesetz-Samml. S. 109), §. 33 der Hannoverschen Notariats-Ordnung vom 18. September 1853 (Hannoversche Gesetz-Samml. S. 345), §. 10 des Preussischen Notariats-Gesetzes vom 11. Juli 1845 (Gesetz-Samml. S. 487). Diese drei Notariatsordnungen haben bei den Bestimmungen der Reichsgesetze über die Form öffentlicher Beurkundungen vielfach Berücksichtigung erfahren. In ihnen allen ist ausdrücklich ausgesprochen, daß neben der Unterschrift des Notars bei Strafe der Nichtigkeit im vorzulesenden Protokolle der Stand und Name des Notars angegeben werden müsse.

Wird das Ergebnis der vorstehenden Ausführungen auf das hier vorliegende beim Amtsgerichte zu G. am 23. April 1901 aufgenommene Protokoll angewendet, so kann nicht zweifelhaft sein, daß dieses den zwingenden Vorschriften der §§. 176, 177 R. O. F. G. nicht gerecht wird. Der Text desselben enthält keine Bezeichnung des mitwirkenden Beamten und verstößt deshalb gegen §. 176 Abs. 1 Nr. 2; die bloße Namensunterschrift des Richters mit Beifügung des Amtscharakters konnte diesen Formfehler nicht heilen.

Demzufolge kann das Protokoll vom 23. April 1901 gemäß §. 29 G. V. O. die vom Beschwerdeführer mit der weiteren Beschwerde begehrte Löschung nicht rechtfertigen.

Bei Abweisung der Beschwerde fallen die Kosten des Rechtsmittels dem Beschwerdeführer nach §. 109 G. R. G. zur Last.

# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

## Brenzische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Herausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Nutzen der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Freitag, den 21. Februar 1902.

Nr. 8.

### Amtlicher Theil.

#### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Verleihungen bei den Justizbehörden.

##### Justizministerium.

Dem Geheimen Rechnungsrath Fischer ist der Königliche Kronen-Orden III. Klasse verliehen.

##### Landgerichte und Amtsgerichte.

Der Landgerichtsdirektor Ahlemann in Paderborn ist nach Cassel versetzt.

Der Amtsgerichtsrath Gerike in Wennigsen und der Landgerichtsrath Lade in Erfurt sind gestorben.

Dem Amtsgerichtsrath Rißke in Zeig und dem Amtsrichter Hoppe in Heilsberg ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ertheilt.

(Die in Heilsberg erledigte Richterstelle wird nicht wieder besetzt.)

Die Landrichter Wilben in Elberfeld, Schmidt in Hanau, Bozi in Bielefeld, Wuthe in Osneseu, Esche in Berlin, Finke in Stettin, Sacke in Hirschberg, Wittmar in Potsdam und Kabe in Stendal sind zu Landgerichtsräthen ernannt.

Die Amtsrichter Meerwein in Sommerda, Engelhardt in Wesel, Freiherr von Orem in Frankfurt a. M., von Horn in Püßig, Gieseler in Zarzbach, Mannherz und Kornwiesel in Eöln, von Sumetti in Lüneburg, Waier in Greifenberg i. Schl., Wertheim in Fürstenberg a. O., Dr. Krause in Erfurt, van Eldik in Singli, Hirschfeld in Komersfeld, Koch und Hartwig in Berlin, Riekelen in Siegburg, Dr. ter Meulen in Leer, Essling in Dorsten und Meyer in Tedenburg sind zu Amtsgerichtsräthen ernannt.

Der Gerichtsassessor Artz ist zum Landrichter in Osneseu ernannt.

##### Zu Amtsrichtern sind ernannt:

die Gerichtsassessoren  
Berzig in Saarlouis,  
Vorengen in Jpeho,  
Pitt in Battenberg,  
Ernst Rohde in Loth,  
Wenderoth in Oberaula,  
Dr. Siegert in Ehrfsburg.

##### Staatsanwaltschaft.

Dem Ersten Staatsanwalt, Geheimen Justizrath Mallmann in Trier ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ertheilt. Der Erste Staatsanwalt Kessel in Lüneburg ist nach Hannover versetzt.

Die Staatsanwälte Kühne in Duisburg, Dr. Goebel in Eöln und von Jbell in Hanau sind zu Staatsanwaltschaftsräthen ernannt.

##### Rechtsanwälte und Notare.

Dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Fromme in Seehausen i. N. ist der Charakter als Geheimen Justizrath verliehen. Dem Notar, Justizrath Eich in Euskirchen ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Amte ertheilt.

##### Zu Notaren sind ernannt:

die Rechtsanwälte  
Scholz in Utebau und  
Magnus in Königsberg i. Pr.

##### Zu der Liste der Rechtsanwälte sind gelöst:

die Rechtsanwälte  
Dr. Franz Lipman-Wulf, Joßmann und Dr. Riese  
bei dem Landgerichte I in Berlin,  
Bruno Springer bei dem Landgerichte II in Berlin.

In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen:

die Rechtsanwälte

Bruno Springer vom Landgerichte II in Berlin bei dem Landgericht I in Berlin,

Josmann vom Landgericht I in Berlin bei dem Amtsgerichte II in Berlin mit dem Wohnsitz in Großlichterfelde,

die Gerichtsassessoren

Margolinaki bei dem Landgerichte II in Berlin,  
Dr. Löwenstein bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in Düsseldorf.

#### Gerichtsassessoren.

In Gerichtsassessoren sind ernannt:

die Reizenbare

Dr. Hanrath, Ramelow im Bezirke des Kammergerichts,

Perls, Brättnner im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Breslau,

Bernhard Meyer im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Gelle,

Dr. Schagen, Dr. Jakob Wolff im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Edin,

Dr. Henze, Hüllen, Kruttmeyer, Dr. Schneemann im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Hamm,

Robert im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Kiel, Simon im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Königsberg i. Pr.,

Voss, Sommerlatte im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Raumburg a. S.,

Ruffat im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Posen.

Dem Gerichtsassessor Carl Fischer ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Justizdienst ertheilt.

Dem Kreisgerichtsdirektor a. D. Thomsen in Kiel ist der Charakter als Geheimen Justizrath verliehen.

Bei dem Gerichtsschlinguis in Königsberg i. Pr. ist eine Inspektorstelle zu besetzen.

#### Num. 11.

### Urtheil des Reichsgerichts vom 28. Dezember 1900.

Zulässigkeit der Geltendmachung von Stempelforderungen im Wege der gerichtlichen Aufrechnung seitens des Fiskus. Forderung des Schenkungsstempels zu Cessionsurkunden.

In Sachen des königlich Preussischen Fiskus, vertreten durch den Provinzial-Steuerdirektor in Magdeburg, Beklagten und Revisionsklägers,

wider

die Frau Auguste B. geb. S. und deren Ehemann in A., Klägerin und Revisionsbeklagte, hat das Reichsgericht VII. Civilsenat, auf die mündliche Verhandlung vom 8. November 1900 für Recht erkannt:

das Urtheil des Zweiten Civilsenats des königlich Preussischen Oberlandesgerichts in R. vom 11. Mai 1900 wird aufgehoben und auf die Berufung des Beklagten das Urtheil der Vierten Civilkammer des königlich Preussischen Landgerichts in R. vom 20. Januar 1900 dahin abgeändert, daß die Klage gänzlich abgewiesen wird.

Die Kosten der ersten und zweiten Instanz werden den Revisionsbeklagten, die der Revisionsinstanz dem Revisionskläger auferlegt.

Von Rechts Wegen.

#### Z h a t b e s t a n d.

Der Gerichtsdiener R. und seine Ehefrau setzten sich durch gemeinsames Testament vom Jahre 1894 gegenseitig zu Erben ein und zwar mit der Bestimmung, daß der längstlebende keinen Beschränkungen in Bezug auf die Verfügung über den Nachlaß unterliegen und daß nach dessen Tode die dann noch vorhandene Erbschaft an eine Anzahl von Nichten und Nessen der Ehefrau R. fallen solle. Nachdem zunächst die Ehefrau R. verstorben und gemäß jenem Testamente von ihrem Ehemanne beerbt worden war, cedirte dieser mehrere zum Nachlasse seiner Frau gehörige Hypotheken im Gesamtbetrage von 7500 M. unter Vorbehalt des Nießbrauchs für sich auf die Zeit seines Lebens an verschiedene Personen, nämlich:

1. durch Urkunde vom 9. Juni 1894 3600 M. an eine Schwester,
2. durch Urkunde vom 7. März 1895 300 M.,

3. durch Urkunde vom 9. Mai 1895 2700 *M.* und

4. durch Urkunde vom 28. August 1896 900 *M.*

an andere Personen; die mit ihm weder verwandt noch verschwägert waren.

Nach dem Tode des Ehemanns R. erforderte der Fiskus von der im Testament eingesetzten Klägerin, einer Nichte der Ehefrau R., als Erbschaftsteuer von dem Nachlasse der Verstorbenen den Betrag von 150 *M.*, und zwar auf Grund der Annahme, daß die vorbezeichneten Hypotheken zum Belaufe von 7500 *M.* noch zu jenem Nachlasse gehörten, weil die von dem Ehemanne R. vorgenommenen Cessionen schenkweise und deshalb unberechtigter Weise erfolgt seien, mithin ungültig seien.

Mit der gegenwärtigen Klage verlangt die Klägerin nebst Ehemann diesen von ihr gezahlten Betrag zurück und ist auch mit diesem Anspruch in beiden Vorinstanzen durchgedrungen, indem von beiden Instanzrichtern die Berechtigung des Ehemanns R. zur Vornahme der vorbezeichneten Cessionen anerkannt worden ist. Dieser Punkt ist für die Revisionsinstanz erledigt, da gegen jenen Theil der Berufungsentscheidung von dem Beklagten Revision nicht eingelegt worden ist.

Streitig für die gegenwärtige Instanz ist allein die Gegenforderung geblieben, welche der beklagte Fiskus bereits in erster Instanz im Wege der Aufrechnung mit dem der Klageforderung entsprechenden Theile gegen diese geltend gemacht hat. Er gründet diese Gegenforderung darauf, daß die in Frage stehenden Cessionen jedenfalls dem Schenkungsstempel unterlägen, da sie — wie die Kläger ausdrücklich zugeben haben — schenkungshalber erfolgt seien. Den hiernach zu erlegenden Stempel besitzert der Beklagte nach einer vorgelegten eingehenden Berechnung, deren thatsächliche Einzelheiten von den Klägern nicht bestritten sind, auf einen höheren Betrag als die Klageforderung, nämlich auf 264 *M.*, und erfordert ihn in Höhe der Klageforderung kompensationsweise von der klagenden Ehefrau auf Grund der einschlägigen erbrechtlichen Bestimmungen.

Der erste Richter hat diese Gegenforderung nur in Bezug auf die unter der Herrschaft des Stempelgesetzes vom 31. Juli 1895 bewirkte Cession vom 28. August 1896 als begründet anerkannt, dagegen nicht bezüglich der übrigen drei noch während der Geltungsdauer des Gesetzes vom 19. Mai 1891 vorgenommenen Cessionen und hat dem entsprechend unter Abzug jenes Theiles der Gegenforderung den Beklagten nur zur Rückzahlung von 128 *M.* verurtheilt und die Kläger mit der Mehrforderung abgewiesen.

Der Berufungsrichter hat auf die beiderseitige Berufung der Parteien abändernd die Gegenforderung des Beklagten auch bezüglich der unter die Herrschaft des Stempelgesetzes vom 31. Juli 1896 fallenden Cession als unbegründet zurückgewiesen und daher dem Klageantrag in dessen ganzen Umfange entsprochen.

Gegen diese Entscheidung ist von dem Beklagten die Revision eingelegt worden mit dem Antrage, das Berufungsurtheil aufzuheben und nach den von ihm in der Revisionsinstanz gestellten Anträgen zu erkennen.

Von der Gegenseite ist um Zurückweisung der Revision gebeten.

### Entscheidungsgründe.

Die Revision erscheint begründet.

1. In erster Linie bedarf der Erörterung der Einwand, welcher von den Revisionsbeklagten gegen die von dem Revisionskläger zur Aufrechnung gestellte Gegenforderung dahin erhoben ist, daß der Fiskus Stempelforderungen überhaupt nicht im Wege der Kompensation vor Gericht geltend machen könne.

Diese Ansicht kann nicht getheilt werden.

Freilich kann hier der Gesichtspunkt nicht verwertet werden, daß bei Klagen auf Rückzahlung erhobener Stempelabgaben in der Rechtsprechung und zwar insbesondere auch in der des Reichsgerichts dasjenige Vorbringen des beklagten Fiskus stets für zulässig erachtet ist, mit welchem er geltend machte, wenn die Stempelrechtliche Bestimmung, auf Grund deren die Erhebung des Stempels erfolgt sei, nicht zutreffen sollte, so sei die Einforderung des bezahlten Stempelbetrags doch ganz oder theilweise aus einer anderen Stempelvorschrift gerechtfertigt. In solchen Fällen handelte es sich immer lediglich darum, ob ein und derselbe Thatbestand unter diese oder jene rechtliche Bestimmung zu stellen sei. Im gegenwärtigen Falle steht dagegen eine wirkliche Gegenforderung in Frage. Dem Klageanspruch auf Rückzahlung einer

eingezogenen Erbschaftsteuer wird von dem Fiskus eine nicht auf derselben tatsächlichen Unterlage ruhende Stempelforderung entgegengestellt.

Allein begründete Bedenken walten auch bezüglich der Zulässigkeit dieses Vorbringens nicht ob.

Die Stempelspflicht entsteht in jedem einzelnen Falle ohne Weiteres kraft Gesetzes mit dem Vorhandensein der dort vorgesehenen Voraussetzungen und die zur Entrichtung der Stempelsteuer verbundenen Personen haben selbstthätig die ihnen gesetzlich obliegende Stempelspflicht zu erfüllen. Die Stempelsteuerbehörde bringt demnach nicht etwa erst in einem besonderen Verfahren durch Veranlagung die Stempelsteuerverpflichtung zur Entstehung, sondern sie macht, wenn sie eine Stempelsteuer erfordert, lediglich einen bereits ohne ihr Zutun vorhandenen Verbindlichkeit geltend. Ein durchschlagender Grund, weshalb es dem Fiskus ver sagt sein sollte, diese ihm gegenüber bestehende Verpflichtung im Wege der Kompensation zur Anerkennung und Geltung zu bringen, ist nicht ersichtlich. Daraus, daß im Stempelgesetz (§. 14) bezüglich der Art der dem Stempelpflichtigen obliegenden selbstthätigen Erfüllung seiner Verbindlichkeit nur gesagt ist, sie erfolge durch Verwendung von Stempelpapier und Stempelmarken oder durch Zahlung des erforderlichen Geldbetrags, kann ein Schluß darauf nicht gezogen werden, daß der Gesetzgeber dem Fiskus hinsichtlich der Art, wie er seine Stempelforderung realisiren will, den Weg der Kompensation habe verschließen wollen. Ebensovienig läßt sich daraus, daß dem Fiskus zur Herbeiführung der zwangsweisen Zahlung der Stempelsteuer das Verwaltungsverfahren zur Gebote steht, etwas gegen die Zulässigkeit der Kompensation entnehmen. Im ersten Satze des §. 26 des Stempelgesetzes vom 31. Juli 1895 ist der Rechtsweg in Beziehung auf die Verpflichtung zur Entrichtung einer Stempelabgabe ganz allgemein für zulässig erklärt. Nun mag allerdings in Anlehnung an die Erwägungen, welche in dem in den Entscheidungen des Reichsgerichtes Band 43 Seite 293 veröffentlichten Urtheile ange stellt sind, angenommen werden können, daß es der Stempelsteuerbehörde deswegen, weil ihr das Verwaltungsverfahren zur Seite steht, nicht gestattet sei, eine dem Fiskus verschuldete Stempelsteuer im Wege der gerichtlichen Klage bezutreiben, wie denn §. 26 des Stempelgesetzes in Satz 2 und 3 bei der hier behandelten Klage nur die von dem Stempelpflichtigen erhobene im Auge hat. Allein jene Erwägungen können auf die Kompensation keine entsprechende Anwendung finden. In diesem Falle will der Fiskus nicht erst einen ihm geschuldeten Betrag erlangen, wozu ihm das Verwaltungsverfahren gegeben ist, das ihm nach der Richtung auch alle erforderlichen Dienste leistet, sondern er will behalten, was er bereits in Händen hat und was er auf den Spruch des Richters herausgeben müßte, wenn er nicht in der Kompensation das Mittel besäße, diesen Spruch abzuwenden. Da das Gesetz in Erbschafts- und Stempelsteuerfällen das gerichtliche Verfahren mit dem gerichtlichen Zwange gegen den Fiskus so zuläßt, wie es sonst gegen Privatpersonen stattfindet, so muß es ihm auch freistehen, sich zu seiner Vertheidigung derselben Mittel zu bedienen, welche sonst den Privatpersonen gewährt sind. Dies muß um so mehr gelten, als einerseits in diesem gerichtlichen Verfahren und diesem gerichtlichen Zwange gegenüber der Fiskus das ihm zustehende Verwaltungsverfahren nicht zur Anwendung bringen kann, um sein Ziel, nämlich das Behalten dessen, was er bereits hat, zu erreichen, und als andererseits, wie schon oben betont, der §. 26 des Stempelgesetzes ganz allgemein die Frage der Stempelpflicht der Entscheidung der Gerichte zu unterbreiten gestattet. Wenn auch, wie nicht verkannt werden soll, der Gesetzgeber bei dieser Bestimmung zunächst und in erster Linie daran gedacht haben mag, dem Stempelpflichtigen die Möglichkeit zu eröffnen, im Rechtswege den Stempelansforderungen des Fiskus entgegenzutreten, so läßt die allgemeine Fassung der Bestimmung doch weiter auch der Annahme Raum, daß auf Grund ihrer auch der Fiskus seinerseits einen Spruch des Richters über die Stempelpflicht herbeiführen könne, soweit nicht allgemeine Gesichtspunkte, wie solche oben bezüglich der Klage angedeutet sind, dem entgegenstehen. Allerdings wäre ein Umweg denkbar, auf welchem der Fiskus auch außerhalb des gerichtlichen Verfahrens den mit der Kompensation verfolgten Zweck tatsächlich erreichen könnte. Wenn er die Gegenforderung nicht geltend macht, so könnte er, wenn Kläger mit seinem Klagenanspruche gegen ihn durchbringt, die gegen ihn gerichtete Jubilatsforderung des Klägers auf das, was er von diesem in Händen hat, wegen seiner Stempelforderung im Wege des Verwaltungsverfahrens bei sich selbst pfänden und sich zu seiner Befriedigung wegen jener Forderung überweisen lassen. Allein dies wäre nur ein Nothbehelf für das, was der Fiskus durch die Kompensation viel einfacher und bequemer unmittelbar

erwirken kann. Es läge auch sicherlich nicht im Interesse des Stempelpflichtigen, daß der Fiskus diesen Umweg beschreite, da er dadurch nur zur Anstrengung eines neuen Prozesses gegen den Fiskus genöthigt werden würde und ebensowenig ist ein öffentlich-rechtliches Interesse oder ein sonst im öffentlichen Rechte nutzlicher Grund erkennbar, aus dem dieses Verfahren für den Fiskus als unbedingte und allein gebotene erscheinen könnte.

Die Kompensation des Fiskus mit seiner Stempelforderung war hiernach für zulässig zu erachten. Auch in der Litteratur (vergleiche die Commentare zum Stempelgesetze vom 31. Juli 1895 von Heintz 2. Auflage Seite 203 Note 6 und von Hummel und Specht Seite 356 Note 16 a. E.) wird dem Fiskus die Befugniß, im Wege der Aufrechnung seine Stempelforderung geltend zu machen, vorausgesetzt, daß die prozessualen Vorschriften dies gestatten, zugestanden. Wenn dabei aber auf die in Gruchots Beiträgen Band 40 Seite 1095 und 1096 veröffentlichte Entscheidung des Reichsgerichts in dem Sinne Bezug genommen wird, als sei schon hier die Zulässigkeit eines solchen Kompensationsanspruchs des Fiskus vom Reichsgericht anerkannt worden, so beruht dies auf einem Irrthume. Wie nämlich aus dem Urtheile sich ergibt, hat das Reichsgericht damals jene Frage unerörtert gelassen und seine Entscheidung lediglich auf formelle Gründe gestützt. Auch in einem späteren Revisionsurtheile, das in derselben Sache ergangen ist, ist jene Frage nicht zur Entscheidung gelangt.

II. Was die Hauptsache angeht, so betrifft der in gegenwärtiger Instanz noch geführte Streit der Parteien allein die Frage, ob, wenn in einer Cessionurkunde — wie das hier bezüglich aller vier in Betracht kommenden Cessionurkunden der Fall ist — der Grund der Cession nicht angegeben ist, aber festgestellt wird, daß die Cession schenkungshalber erfolgt sei, der Schenkungsstempel zu verwenden ist.

Für diese Frage sind hinsichtlich der drei unter dem 9. Juni 1894, dem 7. März und dem 9. Mai 1895 ausgestellten Urkunden die Bestimmung in Artikel I Nr. 2 der Novelle zum Erbschaftssteuerergesetze vom 19. Mai 1891 in Verbindung mit §. 4 des Erbschaftssteuerergesetzes vom 30. Mai 1873 sowie die allgemeinen Grundzüge des Stempelergesetzes vom 7. März 1822, dagegen hinsichtlich der vierten unter dem 28. August 1896 ausgestellten Urkunde die Vorschriften des Stempelergesetzes vom 31. Juli 1895, insbesondere die Tariffstelle 56 (Schenkungen) Abs. 2 maßgeblich.

Die Bestimmung im Gesetze vom 19. Mai 1891, mit welcher die Tariffstelle 56 Abs. 2 des Stempelergesetzes vom 31. Juli 1895 bis auf die Worte »im Sinne dieser Bestimmung« wörtlich übereinstimmt, lautet folgendermaßen:

»Als Beurkundung von Schenkungen (im Sinne dieser Bestimmung) sind alle Schriftstücke über solche Geschäfte anzusehen, bei welchen die Absicht auf Bereicherung des einen Theiles gerichtet war, auch wenn das Geschäft in der Form eines lästigen Vertrags abgeschlossen ist. Bei Beurtheilung der Frage, ob die Absicht der Bereicherung des einen Theiles anzunehmen ist, sind auch solche Umstände in Betracht zu ziehen, welche aus der Urkunde nicht ersichtlich sind.«

Der bezüglich der ersten drei Urkunden auch zu berücksichtigende letzte Absatz des §. 4 des Erbschaftssteuerergesetzes vom 30. Mai 1873 besagt, daß im Uebrigen, nämlich abgesehen von den Vorschriften des Erbschaftssteuerergesetzes, auf die Wertstempelabgabe von Schenkungen die Bestimmungen des Urkundenstempels Anwendung zu finden haben.

Der Berufsrichter legt die beiden Vorschriften des Gesetzes vom 19. Mai 1891 und des Stempelergesetzes vom 31. Juli 1895 übereinstimmend dahin aus, daß sie nur dann amendbar seien, wenn in der Cessionurkunde nicht nur der abstrakte Rechtsvorgang der Uebertragung der Forderung, sondern auch das materielle Rechtsgeschäft, welches dieser Uebertragung zu Grunde liege, erwähnt sei; das erfordere — so führt er aus — das Prinzip der Urkundenbesteuerung, das allerdings in jenen Vorschriften insofern durchbrochen sei, als jedenfalls nicht festgestellt werden könne, daß der lästige Vertrag, in welchen sich die Schenkung fleide, eine Beurkundung der Schenkungsabsicht, welche die Schuld des höheren Schenkungsstempels begründe, enthalte; diese Ausnahme aber müsse strikt ausgelegt werden und es könne daher, da in den fraglichen Cessionurkunden weder das Geschäft, durch welches sich der Cedent zur Abtretung der Forderung verpflichtet habe, noch unabhängig von einer solchen Verpflichtung der Grund, der die Cession veranlaßt habe, die causa cessionis, bezeichnet sei, der Schenkungsstempel für jene Urkunden nicht erhoben werden, wenn auch unstrittig sei, daß die bedirten Forderungen den Cessionaren geschenkt seien.

Dieser Auffassung kann nicht beigetreten werden.

Was den Grundsatz der Urkundensteuerung anlangt, so muß zunächst geklärt werden, was darunter hier zu begreifen ist und inwiefern davon in vorliegenden Falle eine Abweichung anzunehmen ist. Wird jener Grundsatz in seinem allgemeineren Sinne verstanden, nämlich dahin, daß nur Urkunden der Versteigerung zu unterwerfen sind, so bleibt er insoweit auch in dem Falle unangetastet, wenn man mit dem Beklagten die oben angegebenen Bestimmungen dahin auslegt, daß sie auf Cessionen auch dann Anwendung leiden, falls der Grund der Cession in der Urkunde nicht angegeben ist, aber anderweitig feststeht, daß die Cession in Vollziehung einer Schenkung erfolgt ist; denn auch alldam soll nur die Cessionsurkunde versteuert werden. Dagegen wird durch jene Vorschriften allerdings der weitere allgemeine, gleichermaßen nach dem Stempelgesetze vom 7. März 1822 wie nach demjenigen vom 31. Juli 1895 geltende Grundsatz durchbrochen, nach welchem lediglich der Inhalt der Urkunden sowohl für ihre Stempelspflichtigkeit überhaupt als auch für das Maß ihrer Besteuerung maßgebend ist. Dieser Grundsatz ist indessen weder unter dem früheren noch unter dem jetzigen Stempelgesetze rein durchgeführt worden; wegen der verschiedenen Ausnahmen und Einschränkungen, die nach dem geltenden Rechte diesem Grundsatze gegenüber Platz greifen; mag es genügen, auf die Ausführungen bei Feintz (S. 16) und Hummel und Evedt (S. 42) zu verweisen. Für die gegenwärtig zu fällende Entscheidung ist hiernach die Frage dahin zu stellen: wie weit ist jener Grundsatz durch die bezeichneten beiden Bestimmungen befestigt.

Ueber den Rechtszustand vor dem Gesetze vom 19. Mai 1891 besteht kein Zweifel. Eine Urkunde unterlag damals nur dann und insoweit dem Schenkungsstempel, als darin die Schenkung als solche beurkundet war d. h. ihre wesentlichen Merkmale aus der Urkunde selbst zu entnehmen waren. Dementsprechend wurde auch die unentgeltliche Entfugung eines bereits erworbenen Rechtes, die nach §. 393 Theil I Titel 16 des Allgemeinen Landrechts einer Schenkung gleich zu achten ist, bei Beurkundung der Entfugung vom Reichsgerichte nur dann dem Schenkungsstempel für unterworfen erachtet, wenn auch die Unentgeltlichkeit der Entfugung in der Urkunde Erwähnung gefunden hatte, und dasselbe galt in Bezug auf die unentgeltliche Abtretung eines Rechtes, die nach §. 378 Theil I Titel 11 des Allgemeinen Landrechts als Schenkung anzusehen ist.

Gruchot Band 27, Seite 1044, Juristische Wochenschrift 1888, Seite 399 Nr. 18.

Hierin sollte — darüber kann ebenfalls kein Zweifel bestehen — durch die Bestimmung in Artikel I Nr. 2 des Gesetzes vom 19. Mai 1891 ein Wandel geschaffen werden; der Schenkungsstempel sollte auch dann erhoben werden, wenn die Schenkungsabsicht in der Urkunde nicht in dieser Weise besonders Ausdruck gefunden hatte. Darüber, was im Uebrigen nach dem Gesetze erforderlich sein sollte, um eine Urkunde mit dem Schenkungsstempel zu belegen, giebt Wortlaut und Sinn der neuen Gesetzesbestimmung klare Auskunft.

Im ersten Satze lautet der erste Theil:

»Als Beurkundung von Schenkungen im Sinne dieser Bestimmung sind alle Schriftstücke über solche Geschäfte anzusehen, bei welchen die Absicht auf Bereicherung des einen Theiles gerichtet war — ganz allgemein. Es liegt kein Grund vor, den Begriff der Geschäfte (Rechtsgeschäfte) hier einzuschränken, insbesondere ihn hier nur im Sinne von materiellem Rechtsgeschäfte zu verstehen. Die Cession als die Uebertragungsform der Forderungen ist auch in ihrer abstrakten Natur ein Rechtsgeschäft und wenn sie in ihrer vollen Gestalt, d. h. mit Einschluß der Annahme des Cessionars den Charakter des zweiseitigen Rechtsgeschäftes, also des dinglichen Vertrags trägt, so ist doch auch die allein beurkundete einseitige Uebertragungserklärung des Cedenten ein (Rechts-) Geschäft, das unter jene allgemeine Bestimmung fällt. Die Worte »bei welchen die Absicht auf Bereicherung des einen Theiles gerichtet ist« sind kraft ihrer allgemeinen Fassung auch anwendbar auf den Fall, daß das abstrakte Rechtsgeschäft der Cession in der Absicht der Bereicherung des Cessionars vollzogen ist. Was aber die Frage betrifft, ob und inwiefern die Absicht der Bereicherung in der Urkunde zum Ausdruck gelangt sein muß, so besagt in dieser Beziehung der zweite Satz wiederum ganz allgemein, daß diese Absicht auch aus Umständen entnommen werden könne, welche aus der Urkunde nicht ersichtlich seien.

Insoweit sätzt sich alles ungezwungen zu der Auslegung zusammen, die von dem Fiskus vertreten wird.



Zweifel allein könnten die Worte werden, welche in dem ersten Satz auf den ersten Theil folgen, und welche lauten: »auch wenn das Geschäft in der Form eines lästigen Geschäftes abgeschlossen ist.« Diese Worte könnten möglicherweise so gedeutet werden, als wenn sie mit den ersten Worten zusammen ein einheitliches Ganze bildeten in dem Sinne, daß der ganze Satz überhaupt nur die lästigen Geschäfte zum Gegenstande hätte, als wenn also der ganze Satz seinem Inhalte nach weiter nichts besagen solle, als daß die Urkunde über ein lästiges Geschäft dann und insoweit mit dem Schenkungsstempel zu versteuern sei, wenn und insoweit aus Umständen, die nicht aus der Urkunde selbst ersichtlich zu sein brauchen, sich ergebe, daß eine Schenkung in die Form dieses Geschäftes geteilt worden sei. Es soll dabei nicht unerwähnt bleiben, daß auf den ersten Aufschein sowohl die Motive zu jener Bestimmung des Entwurfs des Gesetzes vom 19. Mai 1891, als auch die Worte, mit denen der Regierungskommissar bei der ersten Berathung des Gesetzentwurfs im Abgeordnetenhaus diese Bestimmung begründete, einer solchen Auffassung eine gewisse Stütze gewähren. Inbessen kann bei näherer Erwägung dieses Verhältniß der in Frage stehenden Bestimmung nicht für gerechtfertigt erachtet werden.

Es steht ihm zunächst bei unbefangener Würdigung der Wortlaut und grammatische Sinn des ganzen ersten Satzes entgegen. Danach enthält dieser in seinem ersten Theile (»Als Beurkundung — gerichtet ist«) eine allgemeine Regel, in seinem zweiten, mit den Worten »auch wenn« beginnenden Theile aber einen der Hervorhebung besonders für nöthig erachteten und deshalb besonders hervorgehobenen Anwendungsfall dieser allgemeinen Regel. Dem tritt hinzu, daß Anlaß und Zweck der neuen Bestimmung zu demselben Ergebnisse führen. Durch diese sollten in stärkerem Maße, als bisher möglich gewesen war, die Schenkungen dem Schenkungsstempel unterworfen werden und zwar auf dem Wege, daß der Grundfaß, wonach allein der Inhalt der Urkunden für deren Besteuerung entscheidend ist, und der bisher vielfach benutzte war, um mit seiner Hülfe Schenkungen dem Schenkungsstempel zu entziehen, bei Seite geschoben werden sollte. Wie weit der Gesetzgeber hierbei gehen wollte, stand bei ihm. Es ist nun völlig unerfindlich, weshalb der Gesetzgeber bei der Neuordnung dieser praktischen, wesentlich die Staatskasse angehenden Frage, bei der gerade formelle Schranken beseitigt werden sollten, sich dennoch wieder durch stempelrechtlich-theoretische Erwägungen hätte dazu bewegen lassen sollen, einen Unterschied zwischen den beiden Fällen zu machen, daß die Schenkung sich in das Gewand eines beurkundeten lästigen Geschäfts kleidet und daß sie sich in einem beurkundeten anderen vermögensrechtlichen Vorgange vollzieht. Es ist nicht wohl denkbar, daß es wirklich sein Wille gewesen sein könnte, es solle die schenkweise Cession einer Forderung im Werthe von 100 000 Mark oder die schenkweise Entfugung eines erworbenen Rechtes von diesem Werthe nach wie vor dann, wenn in der darüber errichteten Urkunde die Unentgeltlichkeit der Cession oder Entfugung nicht ausdrücklich erwähnt ist, nur einem Cessions- (u. f. w.) Stempel von 1 Mark 50 Pf. gemäß dem damals geltenden Stempelgesetze vom 7. März 1822 unterliegen und vom Schenkungsstempel befreit sein, dagegen die Urkunde über ein Kaufgeschäft, durch welches schenkungshalber ein Vermögensgegenstand im wahren Werthe von 400 Mark für 200 Mark veräußert worden ist, mit jener Steuer belegt werden. Das Vorhandensein einer solcher Art Absicht bei dem Gesetzgeber kann um so weniger angenommen werden, als zwischen jenen beiden Geschäften hinsichtlich des Punktes, auf den es hier allein ankommt, nämlich hinsichtlich der Beurkundung der Schenkung, nicht einmal eine graduelle, geschweige denn qualitative Verschiedenheit besteht. Bei dem Kaufgeschäft — und ähnlich bei jedem anderen lästigen Geschäfte — kann erst durch Vergleich des aus der Urkunde nicht ersichtlichen wirklichen, objektiven Verkaufswertes mit dem angegebenen Kaufpreis auf eine Schenkung geschlossen werden und selbst diese Ermittlung genügt keineswegs immer ohne Weiteres zur Feststellung der Schenkungsabsicht; im einzelnen Falle kann in Frage kommen, ob nicht aus anderen Gründen, Notlage, Verschwendung u. f. w. der Preis so niedrig unter dem wahren Werthe, wie geschehen, gestellt worden ist. Das Kaufgeschäft als solches kommt hiernach in Bezug auf die Beurkundung des Schenkungswillens gar nicht in Betracht; seine Bedeutung liegt allein darin, daß es den vermögensrechtlichen Vorgang bildet, in welchem sich die Schenkung vollzieht. Genau dasselbe gilt hinsichtlich der Cession und Entfugung. Auch sie stellen den äußeren Vorgang dar, in dem sich die Schenkung verkörpert und vollzieht, der Schenkungswille sich bekundet. Die Ermittlung des inneren Momentes der Schenkungsabsicht bietet aber bei ihnen keine größeren Schwierigkeiten als bei dem lästigen Geschäfte. Diesen Erwägungen, insbesondere aber dem

völlig klaren Wortlaut und Sinn des Gesetzes gegenüber müßten die ihren Inhalte nach oben angedeuteten Motive des Gesetzentwurfes und die Äußerungen des Vertreters der Staatsregierung selbst dann zurücktreten, wenn sie schlechterdings kein anderes Verständniß zuließen, als ein der Ansicht des Berufungsrichters günstiges; allein letzteres trifft nicht einmal zu. Es ist möglich, — was einer näheren Ausführung nicht bedürftig erscheint — ihren Inhalt auch mit der im Vorstehenden vertretenen Auffassung des Gesetzes in Einklang zu bringen.

Das Ergebnis der angefertigten Untersuchung geht hiernach dahin, daß nach dem Gesetze vom 19. Mai 1891 Cessionen, die schenkungshalber erfolgt sind, auch dann dem Schenkungsstempel unterliegen, wenn die Unentgeltlichkeit beziehungsweise der Schenkungswille in den darüber ausgestellten Urkunden nicht zum Ausdruck gelangt ist, die Urkunden mithin nichts anderes enthalten, als die Cessionserklärung.

Daß für das Stempelgesetz vom 31. Juli 1895, welches sich in diesem Punkte auf dem vorbezeichneten Gesetz aufbaut, dasselbe gilt und gelten muß, ergibt sich aus dieser Beziehung und den vorstehenden Ausführungen schon ohne Weiteres von selbst. Jeder Zweifel hieran wird aber überdies dadurch ausgeschloffen, daß in den Motiven zum Entwurfe des Gesetzes vom 31. Juli 1895 und zwar in denjenigen zur Tariffstelle, Abtretungen von Rechten (Anlage B zu Nr. 35 der Druck. des Abgeordnetenhauses 1895 Bd. II S. 27) jenes Verständniß der Tariffstelle 56 (Schenkungen) Abs. 2 in den folgenden Worten besonders zum Ausdruck gebracht ist:

»Auf Cessionsurkunden, aus denen die Gewährung einer Gegenleistung nicht erkennbar ist, findet die Vorschrift des zweiten Absatzes der Tariffstelle »Schenkungen unter Lebenden« Anwendung, sofern aus den äußeren Umständen das Vorhandensein der Unentgeltlichkeit festgestellt werden kann.«

Wenn es im Allgemeinen auch misslich ist, aus den Begründungen späterer Gesetze auf die Absicht des Gesetzgebers bei früheren Gesetzen zurückzuschließen, so läßt es sich im vorliegenden Falle in Anbetracht des nahen sachlichen und zeitlichen (1891 — 1895) Zusammenhanges der beiden in Frage stehenden gesetzlichen Bestimmungen wohl rechtfertigen, in dieser Äußerung der Motive zu dem späteren Gesetze vom 31. Juli 1895 ein der Beachtung nicht unwertes, bestätigendes Moment für das im Vorstehenden dargelegte Verständniß des Gesetzes vom 19. Mai 1891 zu erblicken.

Zum Schlusse mag nicht unbemerkt bleiben, daß das Reichsgericht die nicht fernliegenden Beziehungen der Cession zur Auflassung sowie die Regierungsvorlage zur Tariffstelle 8 (Auflassungen) des Stempelgesetzes vom 31. Juli 1895 und die zum Theil den Inhalt früherer ministerieller Erlasse wiederholende Begründung dieser Vorlage mit in den Kreis seiner Erwägungen gezogen hat. Es war indes in diesem Stoffe nichts enthalten, was geeignet gewesen wäre, einen durchschlagenden Grund für eine andere Auslegung der streitigen beiden Gesetzesbestimmungen abzugeben.

Die Entscheidung des Vierten Civilsenats des Reichsgerichts vom 5. November 1896 in Sachen *Hiskus contra Berede* IV 132. 96, welche eine andere Auffassung über die streitige Bestimmung des Gesetzes vom 19. Mai 1891 zu Tage treten läßt, bietet dem erkennenden Senate keinen Anlaß, einen Beschluß der vereinigten Civilsenate gemäß §. 137 des Gerichtsverfassungsgesetzes über die Auslegung des Gesetzes vom 19. Mai 1891 herbeizuführen, da das damalige Sach- und Rechtsverhältniß von dem gegenwärtigen wesentlich verschieden war und die damals gefällte Entscheidung auch von dem Standpunkt aus hätte ergehen können, den der jetzt erkennende Senat einnimmt.

In der Sache selbst war, da die thatsächlichen Unterlagen für den Kompensationsanspruch des *Hiskus* von den Klägern nicht bestritten sind, sie demnach spruchreif war, wie gesehen, zu erkennen.

Für die Entscheidung des Kostenpunktes waren §. 91 und §. 97 Abs. 3 der Civilprozessordnung maßgebend.

Das Urtheil ist in der öffentlichen Sitzung am 28. Dezember 1900 verkündet . . . . .

Justizministerium I. 1114./01. G. 83 Adh.

# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

## Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Herausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Besten der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Freitag, den 28. Februar 1902.

Nr. 9.

### Amtlicher Theil.

#### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Verleihungen bei den Justizbehörden.

##### Landgerichte und Amtsgerichte.

Dem Amtsgerichtsrath Sprickmann-Kerkerind in Emmerich ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ertheilt.

Der Landgerichtsrath Eichhorn in Elberfeld ist nach Coblenz versetzt.

Der Amtsrichter Otte in Ujest ist in Folge der Befähigung seiner Wahl zum Bürgermeister der Stadt Tarnowiz aus dem Justizdienste geschieden.

Der k. k. Hofrath Schwarzburgische Amtsrichter Panse in Ebelothen ist zum Amtsrichter in Halle a. S., der Gerichtsassessor Weitemeyer zum Landrichter bei dem gemeinschaftlichen Landgericht in Rudolfsstadt ernannt.

Die bei dem Amtsgericht in Ramlau erledigte Richterstelle (Just.-Minist.-Bl. 1901 S. 257) ist auf das Amtsgericht in Gehlitz übertragen und kommt dort am 1. April 1902 zur Besetzung.

Zu Handelsrichtern sind ernannt:  
der Tuchfabrikant Alfred Heuser und  
der Spinnereibesitzer Emil Pastor in Wachen  
bei dem Landgerichte daselbst.

Zu stellvertretenden Handelsrichtern sind ernannt:  
der Handelsfabrikant Arthur Pastor in Wachen bei dem Landgerichte daselbst,  
der Kaufmann Friedrich Wilhelm Voelling und  
der Kaufmann Hugo Mann in Varmen  
bei der Kammer für Handelsfachen daselbst,  
der Direktor des Brickett-Verkaufsvereins Alfred Neunerdt  
in Dortmund bei dem Landgerichte daselbst.

Just.-Minist.-Bl. 1902.

##### Rechtsanwälte und Notare.

Dem Notar, Justizrath Luebbe in Königsberg i. Pr. ist bei seinem Ausscheiden aus dem Amte der Rote Adler-Orden IV. Klasse verliehen.

Der Rechtsanwalt Kauhor in Reubed, Amtsgerichtsbezirk Tarnowiz, ist gestorben.

Die Rechtsanwälte Triefel in Königsberg i. Pr. und Skopnik in Berent sind zu Notaren ernannt.

In der Liste der Rechtsanwälte sind gelöst:  
die Rechtsanwälte

Somborg bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in Bielefeld,  
Dr. Max Graßhoff bei dem Amtsgericht in Belgig.

In der Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen:  
der Rechtsanwalt

Nicolai aus Weylar bei dem Amtsgericht in Treuenbriegen,  
die Gerichtsassessoren

Stäckmann und Dr. Wuffow bei dem Landgericht I in Berlin,  
Dr. Blagheim bei dem Landgericht in Eöln,  
Thomson bei dem Landgericht in Stensburg,  
Deesen bei dem Landgericht in Halberstadt,  
Dr. Meng bei dem gemeinschaftlichen Landgericht in Weiningen,  
Ebinger bei dem Amtsgericht in Strausberg.

10

### Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt:

#### die Referendare

Dr. Cohnig im Bezirke des Kammergerichts,  
 Dr. Brauer, Schauer, Düring im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Breslau,  
 Amelung im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Cassel,  
 Sagemann im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Celle,  
 Fröhen, Meyer, Dr. Creven, Dr. Ding im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Köln,  
 Dr. Vejius, Dr. Spier im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Frankfurt a. M.,  
 Dr. Heinrici, Frauen im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Kiel,  
 Wehr, Hugo Cohn im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Königsberg i. Pr.,  
 Georg Hoffmann im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Posen.

Dem Gerichtsassessor Dr. phil. Viktor Leo ist die Genehmigung zur Annahme und Anlegung des von dem Präsidenten der französischen Republik ihm verliehenen Ritterkreuzes des Ordens der Ehrenlegion ertheilt.

Der Gerichtsassessor Wendel ist gestorben.

### Mittlere Beamte.

Beim Uebertritt in den Ruhestand ist dem Gerichtsvollzieher Cuint in Nachen das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen und dem Gerichtsschreibergehülfen, Assistenten Erdmann in Greifenhagen der Titel als Kanzleisekretär beigelegt.

#### Kanzleibeamte.

Dem Kanzleigehülfen Juch vom Amtsgericht I in Berlin ist bei seinem Uebertritt in den Ruhestand das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

#### Unterbeamte.

Den Gerichtsdienern Rades vom Landgericht I in Berlin und Schulz in Halberstadt ist bei ihrem Uebertritt in den Ruhestand das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

In den einstweiligen Ruhestand versetzte Beamte. Dem Amtsgerichtsrath Goldbeck in Kiel ist der Charakter als Geheimrath verliehen.

Nach dem Entwurfe des Staatshaushalts-Etats für 1902 sollen bei dem Stadtvogelgefängniß in Berlin und bei dem Centralgefängniß in Wronke je eine Inspektorstelle zur Besetzung gelangen.

## Num. 12.

**Allgemeine Verfügung vom 25. Februar 1902, — betreffend die strafrechtliche Verfolgung von Verbrechen oder Vergehen, die von Deutschen in Großbritannien oder in den Vereinigten Staaten von Amerika oder von Staatsangehörigen Großbritanniens oder der Vereinigten Staaten von Amerika in Deutschland begangen sind.**

Allgemeine Verfügung vom 2. November 1897 (Just.-Minist.-Bl. S. 278).

Die Bestimmungen der Allgemeinen Verfügung vom 2. November 1897, betreffend die strafrechtliche Verfolgung von Deutschen wegen der von ihnen in der Schweiz begangenen Verbrechen oder Vergehen und von Schweizern wegen der von ihnen in Deutschland begangenen Verbrechen oder Vergehen (Just.-Minist.-Bl. S. 278), finden in den Fällen, in denen Verbrechen oder Vergehen von Deutschen in Großbritannien oder in den Vereinigten Staaten von Amerika oder von Staatsangehörigen Großbritanniens oder der Vereinigten Staaten von Amerika in Deutschland begangen sind, entsprechende Anwendung.

Berlin, den 25. Februar 1902.

Der Justizminister.  
 Schönstedt.

I. 1225. Konventionen 25 Bd. 6.

# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

## Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Herausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Besten der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Freitag, den 7. März 1902.

Nr. 10.

### Amtlicher Theil.

#### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Berleihungen bei den Justizbehörden.

##### Landgerichte und Amtsgerichte.

Dem Amtsgerichtsrath Keylich in Volkswig ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ertheilt.

Zu Amtsrichtern sind ernannt:

die Gerichtsassessoren

Otto Koffka in Ostrowo,  
Dr. Fritz Meyer in Gönnern,  
Karl Vietzsch in Militzsch,  
Dr. Carl Weyer in Schenkensgöfel,  
Gräzmaier in Schubin.

Zu Stellvertretenden Handelsrichtern sind ernannt:

der Fabrikbesitzer Gerdes in Rattowig bei dem Landgericht  
in Butthen O. Schl.,  
der Kaufmann Max Butschkow in Breslau bei dem Land-  
gerichte daselbst.

##### Rechtsanwälte und Notare.

Dem Rechtsanwalt, Justizrath Jansen in Edm ist der königliche Kronen-Orden III. Klasse verliehen.

In der Liste der Rechtsanwälte sind gelistet:

die Rechtsanwälte

Pabst bei dem Oberlandesgericht in Cassel,  
Schöder bei dem Landgericht in Landsberg a. W.,  
Halkensfeld bei dem Amtsgericht in Fürstenwalde.

Just.-Minist.-Bl. 1902.

In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen:

die Rechtsanwälte

Halkensfeld aus Fürstenwalde bei dem Landgericht in  
Frankfurt a. O.,

Pabst vom Oberlandesgericht in Cassel bei dem Land-  
gerichte daselbst,  
Schöder aus Landsberg a. W. bei dem Amtsgericht in  
Solbin,

der frühere Rechtsanwalt Rehring bei dem Amtsgericht  
und dem Landgericht in Halle a. S.,

die Gerichtsassessoren

Dr. Dietzke bei dem Landgerichte II in Berlin,  
Dr. Werner bei dem Landgericht in Breslau,  
Siegfried Lehmann bei dem Amtsgericht und dem Land-  
gerichte in Potsdam,  
Ludew bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in  
Düsseldorf,  
Wohner bei dem Amtsgericht in Fürstenwalde,  
Dr. Saertel bei dem Oberlandesgericht in Jena,

der frühere Gerichtsassessor Dr. Alfred Strauß bei dem  
Kammergerichte.

## Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt:

## die Referendare

Dr. Linde, Friese im Bezirke des Kammergerichts,  
 Klämmer, Dr. Hirschberger im Bezirke des Oberlandes-  
 gerichts zu Breslau,  
 von Apell im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Cassel,  
 Stolze, Adolf Schmidt im Bezirke des Oberlandes-  
 gerichts zu Gelnhausen,  
 Otto Schneider im Bezirke des Oberlandesgerichts zu  
 Frankfurt a. M.,  
 Dr. Enders, Robbe, Dr. Schäfer im Bezirke des  
 Oberlandesgerichts zu Hamm,

Niels Schmidt, Mehn im Bezirke des Oberlandes-  
 gerichts zu Kiel,  
 Ziede, von Zaleski im Bezirke des Oberlandesgerichts  
 zu Königsberg i. Pr.,  
 Biederemann im Bezirke des Oberlandesgerichts zu  
 Marienwerder,  
 Dr. Eberhard, Brandt, Dr. Lillie im Bezirke des  
 Oberlandesgerichts zu Raumburg a. S.,  
 Rielaender im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Posen.  
 Dem Gerichtsassessor Bloed ist die nachgesuchte Entlassung aus  
 dem Justizdienst erteilt.

Bei dem Strafgefängnis in Preungesheim ist die Stelle eines  
 evangelischen Geistlichen zu besetzen.

### Allerhöchste Erlasse, Ministerial-Verfügungen und Entscheidungen der obersten Gerichtshöfe.

Num. 13.

Beschluß des Kammergerichts vom 11. November 1901.

Versteuerung der einem Armenanwalt erteilten Vollmacht. Wann ist anzunehmen, daß die  
 Vollmacht über den Rahmen der steuerfreien Prozeßvollmacht hinausgehe?

In der Civilprozeßsache des minderjährigen P. zu B., vertreten durch seinen Vormund, Kläger,  
 wider

den Schreiber S. zu A., Beklagten,

hat der Erste Civilsenat des königlichen Kammergerichts in der Sitzung vom 11. No-  
 vember 1901

beschlossen:

Die von dem Oberstaatsanwälte beim königlichen Kammergerichte Namens der Staatskasse  
 gegen den Beschluß der 2. Civilkammer des königlichen Landgerichts II zu Berlin vom  
 17. September 1901 eingelegte weitere Beschwerde wird zurückgewiesen; Gebühren und Aus-  
 lagen bleiben außer Ansatz.

#### G r ü n d e:

In der Eingangß gedachten Prozeßsache hat der Prozeßbevollmächtigte des zum Armenrechte ver-  
 statteten Klägers Rechtsanwalt Dr. S. dem Prozeßgericht eine vom 21. Juni 1901 datirte Prozeßvollmacht  
 des Vormundes der klagenden Partei überreicht, in welcher der Gegenstand der Vollmacht durch Bezug-  
 nahme auf den angelegten Prozeß und durch die Worte »wegen Alimentation« bezeichnet ist, und im  
 Anschluß an die Vollmacht zur Prozeßführung nachstehende besondere Ermächtigungen erteilt werden:

1. .... den Kläger .... beim Widerspruch Dritter gegen die Zwangsvollstreckung im Inter-  
 ventionsprozeß, im Verfahren behufs Eröffnung des Konkurses über das Vermögen des  
 Gegners, im Konkurse selbst und in den in Folge desselben entstehenden Prozeßen zu ver-  
 treten,
2. dem zahlungspflichtigen Gegner Stundung zu gewähren,
3. aus dem eingehenden Gelde einen Vorschuß zu entnehmen,
4. 6 Monate nach Beendigung des Verfahrens die nicht abgehobenen Handakten zu vernichten.  
 Auf eine spätere Abhebung wird (so heißt es in der Vollmacht) verzichtet.

Für diese Vollmacht ist bei der Gerichtskostenberechnung unter Zugrundelegung eines Werthgegenstandes von mehr als 1 000 *M.*, beziehungsweise eines unschätzbaren Werthgegenstandes, ein Stempel von 1,50 *M.* zum Aufschlag gekommen und von dem Rechtsanwalte Dr. E. erfordert, weil die Vollmacht über den Rahmen einer bloßen Prozeßvollmacht hinausgehe, die Stempelberechnung mithin durch die erfolgte Bewilligung des Armenrechts nicht ausgeschlossen sei und solche gemäß §. 13 Buchst. d. St. St. G. zu Lasten des Produzenten, Rechtsanwalts Dr. E. erfolgen könne. Letzterer erhob Erinnerung gegen den Stempelansatz, welche vom Amtsgericht unterm 10. August 1901 zurückgewiesen worden ist, nachdem der Stempelschuldner sie auf den Betrag von 1 *M.* beschränkt hatte.

In dieser Höhe griff der Stempelschuldner sodann den ausgerichtlichen Beschluß mit der Beschwerde an. Er bemängelte dabei seine Pflicht zur Stempelentrichtung dem Grunde nach nicht, behauptete aber, der Stempel sei nur von 180 *M.* zu berechnen, weil mit der Vorzeigung der Vollmacht das Klagebegehren auf 180 *M.* beschränkt worden sei. Das Landgericht hob im Beschlusse vom 17. September 1901 auf die Beschwerde aber nicht nur den bemängelten Betrag des Stempelkostenansatzes, sondern diesen gesamten Ansatz auf, indem es davon ausging, daß die Vollmacht vom 21. Juni 1901 nur prozeßuale Ermächtigungen umfasse, als bloße Prozeßvollmacht aber durch die Armenrechtsbewilligung der Stempelpflicht entträcht sei. Hiergegen richtet sich die weitere Beschwerde mit dem Antrag auf Wiederherstellung des ursprünglichen Stempelkostenansatzes. Dieselbe erweist sich nach dem Wortlaute der in Betracht kommenden Vollmacht aber nicht als begründet.

Zunächst kann bei Berücksichtigung des §. 26 Pr. O. R. O., nach welchem die Entscheidungen über Erinnerungen der Kostenschuldner in der höheren Instanz auch von Amts wegen abgeändert werden können, ein begründetes Bedenken gegen die völlige Beseitigung des ursprünglichen Stempelansatzes für den Fall nicht bestehen, daß diesem Ansätze die gesetzliche Grundlage überhaupt ermanget. In letzterer Richtung aber wird nach der feststehenden Rechtsprechung des Kammergerichts (zu vergl. der Beschluß vom 3. Juli 1899 I. Y. 316. 99, Johow, Jahrbuch Bd. 19 S. 207 ff.; desgl. auch der Beschluß vom 26. Oktober 1896, Johow, Jahrbuch Bd. 16 S. 264 ff.) die Entscheidung davon abhängen, ob die Vollmacht vom 21. Juni 1901 über den Rahmen einer Prozeßvollmacht (Beschluß vom 13. April 1898 I. Y. 189. 98, Johow, Jahrbuch Bd. 18 S. 198 ff.) hinausgeht oder nicht. Denn im letztgedachten Falle schließt §. 115 Ziffer 1 E. V. O. den Stempelansatz auch von dem Gesichtspunkte des §. 13 Buchst. d. ans (zu vergl. die cit. Beschlüsse), während im erstgedachten Falle der Stempelansatz insoweit, als die Vollmacht nicht auf das Prozeßverfahren beschränkt ist, von der Prozeßführung und der für dieselbe bewilligten Kostenbefreiung (§. 115 E. V. O.) überhaupt nicht berührt wird.

Dem Landgericht ist nun zunächst darin beizutreten, daß die auf die Vertretung des Klägers in einem etwaigen Konkursverfahren des Gegners und daraus entstehenden Prozessen über den Kreis der den bereits eingetragenen Rechtsstreit betreffenden Prozeßhandlungen (§. 81 E. V. O.) insofern nicht hinausgeht, als eine solche Vertretung entweder auf Grund des §. 146 Abs. 3 der Konf. O. nötig wird oder sich als eine zur Durchführung der Zwangsvollstreckung bestimmte Prozeßhandlung (Prozeßführung) kennzeichnet. Eine oder die andere dieser Voraussetzungen wird aber stets gegeben sein, wenn der Vollmachtnehmer zum Zwecke der Durchführung des eingeklagten Anspruchs den Konkurs des Gegners beantragt oder in diesem Konkurs und den bezüglichen Prozessen die Rechte seines Mandanten gegen die Masse oder gegen andere Beteiligte vertritt. Daraus ergibt sich, daß die unter Nr. 1 der Vollmacht vom 21. Juni 1901 erteilte besondere Ermächtigung nicht über den Kreis der im §. 81 E. V. O. geregelten Obliegenheiten und Befugnisse hinausgreift, der für die Stempelpflicht nach §. 10 Abs. 3 St. St. G. zu beurteilenden Urkunde vom 21. Juni 1901 mithin nicht den rechtlichen Charakter einer bloßen Prozeßvollmacht entzieht. Das Gleiche gilt von der unter Nr. 2 dem Prozeßvertreter beigelegten Stundungsermächtigung, weil diese nach dem Wortlaute der Urkunde nicht auf die rechtliche Begründung des eingeklagten Alimentenanspruchs, sondern auf die Vortreibung des vollstreckbar gewordenen Alimentenanspruchs, also auf die Zwangsvollstreckung zu beziehen ist. Zahlungspflichtig wird der die Zahlung verweigerrnde Prozeßgegner im Sinne der Vollmacht erst durch die vollstreckbare Beurteilung, die Urkunde selbst läßt daher erkennen, daß die Stundungsermächtigung in dem vorstehend entwickelten Sinne zu verstehen ist. Wäre sie dies

aber nicht, so müßte man sie der gesetzlichen Ermächtigung des Bevollmächtigten subsumieren, den Rechtsstreit durch Vergleich zu erledigen (§. 81 C. P. O.). Sie würde mithin auch bei anderer Auslegung des Urkundenwortlauts den Charakter der erteilten Vollmacht als einer bloßen Prozeßvollmacht nicht ändern.

Die weiter unter Nr. 3 und 4 der Urkunde vom 21. Juni 1901 erteilten Befugnisse können aus Tariffstelle 73 St. St. G. überhaupt nicht zur Stempelsteuer herangezogen werden, weil diese Tariffstelle nur die Vornahme von Geschäften rechtlicher Natur für den Vollmachtgeber betrifft, es sich bei den vorgedachten Punkten aber um derartige Geschäfte gar nicht handelt. Der Bevollmächtigte soll für sich einen Vorschuß erheben, sich selbst durch Verzichtung der Handakten von der Pflicht zur weiteren Verwahrung befreien können, nicht aber ein Geschäft des Machtgebers für diesen erledigen. Denn Letzterer hat weder an der Hingabe eines Vorschusses noch an der Verzichtung der Handakten hier ein eigenes Interesse, welches ihn bewegen könnte, sich für diese Akte einen Vertreter zu bestellen. Nicht eine Vollmacht, eine Ermächtigung oder ein Auftrag, für den Vollmachtgeber rechtlich zu handeln, ist hier beurkundet, sondern eine tatsächliche Erlaubnis ist erteilt, einem künftigen Handeln des Vollmachtnehmers in dessen eigenem Interesse ist zugestimmt. Die weitere Beschwerde sucht dem zu Punkt 3 allerdings mit der Ausführung zu begegnen, daß hier implicite auch die Ermächtigung erteilt sei, Gelder für den Vollmachtgeber in Empfang zu nehmen. Dem ist aber nach dem maßgebenden Wortlaute der Urkunde (§. 3 Abs. 1 St. St. G.) keineswegs beizupflichten, um so weniger, als die Erlaubnis zu Nr. 3 gerade dann für den Vollmachtsempfänger einen Sinn hat, wenn er zum Geldeempfang nicht ermächtigt und daher verpflichtet ist, ihm für den Machtgeber zugesendete Gelder zurückzuweisen oder unverzüglich an denselben zu übermitteln. Ob eine oder die andere dieser besonderen Beurkundungen gemäß §. 10 Abs. 2 St. St. G. etwa nach auerweitem Tarifbestimmungen zur Versteigerung herangezogen werden kann, bleibt allerdings noch zu erörtern. Doch fehlt es hier, da lediglich einseitige Erklärungen vorliegen und Tariffst. 71 Ziffer 2 St. St. G. daher unanwendbar ist, an einer ersichtlich einschlagenden Stempelsteuervorschrift.

Erweist sich hiernach der Aufsaß eines Stempels zur Urkunde vom 21. Juni 1901 überhaupt als unzulässig, so bedarf es keiner Erörterung darüber, welchen stempelrechtlichen Werthsgegenstand die gedachte Urkunde umfaßt. Vielmehr erübrigt nur die ausgesprochene Zurückweisung der weiteren Beschwerde.

Gebühren und Auslagen kommen für die Entscheidung gemäß §. 109 Ziffer 3 und beziehungsweise §. 8 Pr. G. R. G. nicht zum Aufsaß.

Justizministerium I. 1513. Steuerfachen 54 Bd. 5.



# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

## Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Herausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Besen der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Freitag, den 14. März 1902.

Nr. 11.

### Amtlicher Theil.

#### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Verleihungen bei den Justizbehörden.

##### Landgerichte und Amtsgerichte.

Dem Landgericht, Advokaten Hadel in Neu-Ruppin und dem Amtsgerichtsrath Kühne in Breslau ist die nachgesuchte Dienstentlastung mit Pension ertheilt.

Der Landgerichtsdirektor Schneider in Magdeburg ist zum Landgerichtspräsidenten in Neu-Ruppin ernannt.

Der Landgerichtsdirektor Alexan in Bonn ist gestorben.

Der Amtsrichter Horschütz in Kiel ist in Folge seiner Uebernahme in die allgemeine Staatsverwaltung aus dem Justizdienste geschieden.

##### Rechtsanwälte und Notare.

Die Rechtsanwälte, Justizräthe Eichholz in Eöln, Schleipen in Düsseldorf und Dr. Siebert in Frankfurt a. M. sowie der Rechtsanwalt Rozubösti in Schroda sind gestorben.

Dem Notar Dr. Krebs in Rheinbahlen ist der Amtssitz in Eöln angewiesen.

Zu Notaren sind ernannt:

der Rechtsanwalt Ransnich in Berlin mit Anweisung seines Amtssitzes innerhalb der Stadtbezirke Nr. 71 bis 78, der Gerichtsassessor Otto Dumont in Rhöane.

In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen: der Rechtsanwalt Dr. Franz Lipman-Wulf vom Landgericht I in Berlin bei dem Landgerichte II in Berlin,

##### die Gerichtsassessoren

Oschelhaeuser bei dem Landgericht I in Berlin, Dr. Veheim-Schwarzbach bei dem Landgerichte II in Berlin, Siegfried Kassel bei dem Landgericht in Breslau, Kühne bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in Wiesbaden, Lagoni bei dem Amtsgericht in Uetersen, Renmann bei dem gemeinschaftlichen Landgericht in Rudolfslab, der frühere Gerichtsassessor Prym bei dem Landgericht in Düsseldorf.

##### Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt:

die Referendare

Dr. Deutsch, Otterlein, Dr. Westphal im Bezirke des Kammergerichts, Borbert im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Breslau, Seiche im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Cassel, Weimar, Dr. Heinrich Müller, Dr. Hermanns im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Eöln, Dr. Jais im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Frankfurt a. M., Dr. Siekmann, Röper, Copenrath im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Hamm, Dr. Eschenburg im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Kiel,

Laube im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Königsberg i. Pr.,

Danziger im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Marienwerder,

Wachsmuth im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Raumburg a. S.,

Grünspach im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Posen,

Dr. Raas im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Stettin.

Der Gerichtsassessor Gieseler ist in Folge seiner Uebernahme in die kirchliche Verwaltung aus dem Justizdienste geschieden.

Dem Gerichtsassessor Dr. Grabenwitz ist behufs Uebertritts zur Kommunalverwaltung die nachgesuchte Entlassung aus dem Justizdienste erteilt.

In den einseitigen Ruhestand versetzte Beamte.

Dem Amtsgerichtsrath von Dassel in Löhrow ist der Rothe Adler-Orden III. Klasse mit der Schleife verliehen.

Der Amtsgerichtsrath Döring in Stenbal ist gestorben.

Die Niederlassung eines Rechtsanwalts in Olpe ist als erwünscht bezeichnet.

### Allehöchste Erlasse, Ministerial-Verfügungen und Entscheidungen der obersten Gerichtshöfe.

Rum. 14.

Erkenntniß des Reichsgerichts vom 19. November 1901.

Der entgeltliche Verzicht auf eine Schankwirthschaftskonzession in Verträgen über die Veräußerung von Schankwirthschaftsgrundstücken unterliegt nicht dem Kaufwerthstempel von 1 v. H., sondern nach der Tarifstelle 71<sup>2</sup> des Stempelsteuergesetzes nur dem allgemeinen Vertragstempel von 1,50 Mark.

In Sachen des Wirths B. H. zu W., Klägers und Revisionsklägers,  
wider

den Königlich Preussischen Steuerfiskus, vertreten durch den königlichen Provinzial-Steuerdirektor zu W., Beklagten und Revisionsbeklagten,

hat das Reichsgericht, VII. Civilsenat, auf die mündliche Verhandlung vom 19. November 1901 für Recht erkannt:

das Urtheil des Ersten Civilsenats des Königlich Preussischen Oberlandesgerichts zu S. vom 6. Juli 1901 wird aufgehoben; in der Sache selbst wird die Berufung des Beklagten gegen das Urtheil der Zweiten Civilkammer des Königlich Preussischen Landgerichts zu W. vom 14. Februar 1901 zurückgewiesen; der Beklagte hat die Kosten der Berufungs- und der Revisionsinstanz zu tragen.

Von Rechts Wegen.

Z h a t b e s t a n d.

Der Kläger kaufte durch notariellen Vertrag vom 26. Mai 1898 von dem Wirths H. K. zu W. dessen Grundstücke Nr.  $\frac{113}{30}$ ,  $\frac{114}{30}$  und 38 der Steuergemeinde W. nebst den darauf stehenden Gebäuden und dem zugehörigen Schankwirthschaftsinventar. Dabei wurde der Kaufpreis für die Grund-

stücke auf 50 000 Mark und für das mitverkaufte Inventar auf 3 000 Mark festgesetzt. Der §. 6 des Vertrags bestimmte ferner:

„Der Verkäufer hat bislang in dem auf den angekauften Parzellen sich befindenden Hause die Schankwirtschaft betrieben. Als Entschädigung für die Abstandnahme der Konzession zählt der Erschienene zu 2. (der Kläger) dem Erschienenen zu 1. eine einmalige Entschädigung von 15 000 Mark. ....“

und im §. 7 wurde die Gültigkeit des Vertrags davon abhängig gemacht, daß dem Kläger die Erlaubniß zum Betriebe der Schankwirtschaft in dem gekauften Hause erteilt werde. Auch hat sich der Verkäufer im §. 5 des Vertrags unter dem Versprechen einer Vertragsstrafe von 5 000 Mark für den Zuwiderhandlungsfall verpflichtet, innerhalb der nächsten 5 Jahre in der Südfeldmark, gelegen in der Gemeinde W., weder eine Schankwirtschaft noch ein Spezereiwarenengeschäft zu errichten.

Zu dem im §. 6 enthaltenen Verzicht hat der beurkundende Notar einen Stempel von 1,50 Mark verwendet. Der Beklagte hat dies beanstandet und auch von der als Entgelt für den Verzicht vereinbarten Summe den Kaufstempel von 1 Prozent gefordert. Er hat den hiernach zu wenig entwerteten Stempel auf 147 Mark berechnet und unter Anrechnung der von dem Notar entwerteten 1,50 Mark weitere 145,50 Mark vom Kläger zwangsweise beigetrieben.

Dieser hat den Betrag nebst den in Höhe von 2 Mark entstandenen Vollstreckungskosten am 6. August 1900 unter Vorbehalt an den Gerichtsvollzieher gezahlt, fordert aber das Bezahlte mit der gegenwärtigen am 29. November 1900 zugestellten Klage, als zu Unrecht erhoben, zurück, indem er beantragt, durch ein für vorläufig vollstreckbar zu erklärendes Urtheil den Beklagten zu verurtheilen, an Kläger 147,50 Mark nebst 4 Prozent Zinsen seit dem 6. August 1900 zu zahlen und die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.

Der Beklagte hat gebeten,

die Klage durch vorläufig vollstreckbares Urtheil kostenpflichtig abzuweisen, eventuell ihm nachzulassen, die Vollstreckung durch Hinterlegung abzuwenden.

Während Kläger behauptet, daß der Verzicht auf den Wirtschaftsbetrieb dem Immobiliarkauf nicht unterliege, vertritt Beklagter die Ansicht, daß der Verzicht auf eine Wirtschaftskonzession nicht Gegenstand eines selbständigen Vertrags sein könne, sondern in der dafür festgesetzten Entschädigung lediglich ein dem Kaufstempel unterliegendes Entgelt für den erhöhten Werth des verkauften Grundstücks sei.

Das Landgericht M. verurtheilte durch Urtheil vom 14. Februar 1901 den Beklagten nach dem Klageantrage. Auf Berufung des letzteren wies aber das Oberlandesgericht S. durch Urtheil vom 6. Juli 1901 die Klage ab.

Der Kläger hat Revision eingelegt mit dem Antrag, unter Aufhebung des angefochtenen Urtheils nach seinem Berufungsantrage zu erkennen, wogegen der Beklagte Zurückweisung der Revision begehrt.

### Entscheidungsgründe.

Die Revision ist begründet.

Das Berufungsgericht gründet die Erhebung des in Tariffstelle 32a bestimmten Immobiliarkaufstempels von der für den Verzicht auf die Wirtschaftskonzession im §. 6 des Vertrags vom 26. Mai 1898 festgesetzten Vergütung auf die Annahme, daß die Vertragsschließenden diese Vergütung als weiteres, den Kaufpreis des Grundstücks erhöhendes Entgelt für dessen Veräußerung gedacht und gemollt haben. Diese Annahme, so wird ausgeführt, werde durch den Gesamtinhalt des Vertrags gerechtfertigt; Kläger habe ein zur Schankwirtschaft eingerichtetes und bestimmtes Grundstück kaufen, der Verkäufer ihm ein solches verlaufen wollen, wie namentlich aus der weiteren Vereinbarung hervorgehe, daß der Kaufvertrag ungültig sein solle, wenn Kläger seinerseits die Erlaubniß zum Wirtschaftsbetriebe nicht erlangen sollte. Da die Aufgabe der Konzession durch den Verkäufer für die Vertragschließenden nur im Hinblick auf den Verkauf

des Grundstücks von Interesse sei, so führe eine ungewollene Auslegung zu der Annahme, daß die 15 000 Mark gedacht seien als Gegenwerth für die dem Kläger gewährte Möglichkeit, ein zum Betriebe der Schankwirtschaft geeignetes Grundstück zu erwerben, also für die Uebertragung des Grundstücks selbst, dessen Werth sich dadurch erhöhe, daß in demselben bisher Wirtschaft betrieben wurde, daß dasselbe eine gewisse Kunstschafft hatte, und daß die Vortheile hieraus unter der Voraussetzung der Konzessionsverlangung dem Käufer zu Gute kommen. Es komme keineswegs auf den gemeinen Werth an, sondern auf den von den Parteien den Verhältnissen angepassten Kaufpreis.

So weit in diesen Erwägungen die Feststellung enthalten ist, daß es den Vertragsschließenden darauf ankam, dem Kläger gegen die gesammte im Verträge vereinbarte Vergütung ein zum Wirtschaftsbetriebe geeignetes Grundstück zu verschaffen und ihm die Fortsetzung der Wirtschaft zu ermöglichen, stehen ihnen Bedenken nicht entgegen. Nicht anerkannt werden aber kann die Rechtsanschauung, daß unter jener Voraussetzung die im §. 6 vereinbarte Vergütung die Eigenschaft des Kaufpreises habe. Diese Eigenschaft würde ihr nur dann zukommen, wenn sie als Gegenleistung für die Uebertragung einer Sache, dieses Wort im weitesten zulässigen Sinne genommen, festgesetzt wäre. Eine nähere Betrachtung ergibt aber, daß in §. 6 der Verkäufer überhaupt nichts auf den Käufer überträgt, daß er vielmehr hier sich gegen Vergütung zu einer Handlung verpflichtet, nämlich zum Aufgeben der ihm ertheilten Wirtschaftserlaubnis gegenüber der Verwaltungsbehörde. Von keiner Seite wird behauptet und kann behauptet werden, daß es sich etwa um Uebertragung der Konzession handle, denn die nach §. 33 der Gewerbeordnung zum Betriebe der Schankwirtschaft erforderliche Erlaubniß ist an die Person gebunden und einer Veräußerung nicht fähig. Nun kann freilich ein der Uebertragung der Konzession wirtschaftlich gleich kommender Zustand dadurch erreicht werden, daß der Inhaber der Erlaubniß dieselbe aufgibt und zugleich einen Andern in die Pacht versetzt, die Erlaubniß seinerseits zu erlangen; rechtlich kommt aber hierdurch nicht eine Uebertragung des dem Verzichtenden zustehenden Rechtes auf den Andern zu Stande, vielmehr werden nur im Vertragswege die thatsächlichen Unterlagen dafür geschaffen, daß der Andere nunmehr für seine Person die Befugniß zum Wirtschaftsbetriebe neu erlange. Es bleibt aber noch zu erwägen, ob nicht, wie das Berufungsgericht annimmt, in einem solchen Falle mit dem Grundstücke selbst der durch den Wirtschaftsbetrieb begründete höhere Werth desselben von dem auf die Konzession verzichtenden Verkäufer als Gegenstand des Kaufs übertragen werde. Auch diese Frage muß verneint werden. Richtig ist allerdings, daß ein Grundstück, in welchem Schankwirtschaft mit Erlaubniß betrieben wird, dadurch an Werth gewinnen kann; es ist das der sogenannte außerordentliche Werth, der im §. 114 des Preussischen Allgemeinen Landrechts Theil I Titel 2 wie folgt definiert wird: »der außerordentliche Werth einer Sache erwächst aus der Berechnung des Nutzens, welchen dieselbe nur unter gewissen Bestimmungen oder Verhältnissen leisten kann.« Dieser außerordentliche Werth, dessen Berücksichtigung bei der Preisbestimmung im Falle eines Verkaufs an sich im Belieben der Vertragsschließenden steht, ist jedoch, wie aus seinem Begriffe folgt, nicht unter allen Umständen übertragbar, weil das Verhältniß, von dem er abhängig ist, nicht immer übertragen werden kann; er ist nur für denjenigen vorhanden, der in dem Verhältnisse steht, durch welches er begründet wird, und nur, wenn dieses durch Uebertragung der Sache bei dem Erwerber ebenfalls entsteht, geht der außerordentliche Werth von dem Veräußerer auf den Erwerber über. Muß letzterer das Verhältniß erst neu begründen, durch das jener Werth geschaffen wird, so ist auch nicht mit Uebertragung der Sache eine Uebertragung des außerordentlichen Werthes verbunden. So liegt die Sache im vorliegenden Falle. Der Verkäufer war außer Stande, den für seine Person durch die persönliche Konzession erhöhten Werth des Grundstücks durch einfachen Verkauf desselben zu übertragen; er konnte nur durch Uebernahme der Verpflichtung zum Verzicht auf die Konzession dem Erwerber des Grundstücks die Möglichkeit verschaffen, jenen Werth auch für seine Person neu zu begründen. Wirtschaftlich kommt, wie bemerkt, dieser Vorgang dem einer Uebertragung nahe, rechtlich liegt demselben eine neben dem Kaufvertrag über das Grundstück einhergehende Vereinbarung besonderer Natur zu Grunde. Der Umstand, daß die Vertragsschließenden für den Fall der Nichterlangung der Konzession durch den Kläger die Aufhebung des Kaufvertrags vereinbart haben, stellt gerade klar, daß mit dem Grundstücke selbst der durch den Wirtschaftsbetrieb erhöhte Werth nicht übertragen werden konnte; nur wenn es dem Erwerber möglich sein

wird, auch seinerseits dem Grundstücke diesen Werth zu verschaffen, soll der Veräußerungsvertrag bestehen.

Das Verfassungsgericht beruft sich für seine Ansicht auf sieben Entscheidungen des Reichsgerichts, welche sämmtlich Rechtsfälle zum Gegenstande haben, in denen es sich um den Verkauf eines zur Apotheke eingerichteten Grundstücks handelte, ohne daß ein Realprivilegium in Frage kam. Die in diesen Entscheidungen behandelten Stipulationen betreffen demnach ebenfalls persönliche, nicht übertragbare KonzeSSIONen, wenn auch eine Zeit lang zufolge Allerhöchster Bestimmung dem vom Veräußerer vorgeschlagenen qualifizirten Erwerber des Grundstücks die KonzeSSION nicht verlangt werden durfte (vergl. Distor, das Apothekenwesen in Preußen Seite 31). Die in jenen Entscheidungen entwickelten Grundsätze sind demnach allerdings für den vorliegenden Rechtsfall verwertbar. Dem letzteren gleich liegen nur die Fälle:

Urtheil des IV. Senats vom 8. Mai 1885, abgedruckt Entscheidungen Band 13 Seite 265,

Urtheil des II. Senats vom 23. November 1886, abgedruckt Preussisches Justiz-Ministerial-Blatt 1887 Seite 282,

Urtheil des IV. Senats vom 8. Juni 1893, abgedruckt in der Juristischen Wochenschrift Seite 371.

In allen diesen Fällen war neben dem Preise für das Grundstück eine besondere Vergütung für den Verzicht des Verkäufers auf die ApothekenkonzeSSION vereinbart, und die Verfassungsgerichte hatten das Verlangen der Steuerbehörde, von dieser Vergütung den Immobiliarkaufstempel zu entrichten, auf Grund der Erwägung abgelehnt, daß eine solche Nebenabrede nicht unter den Begriff des Kaufgeschäfts falle. In dem erstgenannten Falle war im §. 3 des Vertrags das Kaufgeld auf 51 000 Mark festgesetzt und weiter bestimmt, es sollten gerechnet werden: 12 000 Mark auf das Kaufgeld für die Immobilien, 6 000 Mark auf die Mobilien und Waaren und 33 000 Mark auf die KonzeSSIONsaluta; das Verfassungsgericht hatte aber festgestellt und das Revisionsgericht erachtete sich daran für gebunden, daß die Kontrahenten neben der Preisbestimmung für die Mobilien und die Immobilien mit dem Ausdrucke »auf die KonzeSSIONsaluta« eine besondere Vergütung für die KonzeSSIONsaluta haben feststellen wollen, zu welcher Feststellung durch die Zusammenrechnung der Kaufpreise und dieser Valuta im §. 3 besondere Veranlassung gegeben war. Alle diese Entscheidungen stimmen übrigens mit dem ausführlich begründeten Erkenntnisse des vormaligen Preussischen Obertribunals vom 25. Mai 1867 (Entscheidungen Band 58 Seite 396 bef. Seite 408) überein.

Die vier anderen Entscheidungen, nämlich Urtheile des IV. Civilsenats vom 1) 8. October 1891, 2) 4. April 1895, 3) 1. April 1896, 4) 31. März 1898, abgedruckt im Preussischen Ministerialblatt 1892 Seite 291, Juristische Wochenschrift 1896 Seite 43 und 275, 1898 Seite 313, betreffen Fälle, in denen entweder für den Verzicht auf die KonzeSSION gar nichts Besonderes, sondern nur ein gemeinsamer Preis für Geschäft und Kundschaft (Nr. 1 und 2), oder ein gemeinsamer Preis für den Verzicht auf die KonzeSSION und die Kundschaft (Nr. 3 und 4) vereinbart war. Die Erwägungen, welche der Entscheidung dieser Fälle zu Grunde liegen, sind sonach für den vorliegenden Fall, in welchem für den Verzicht auf die KonzeSSION, und lediglich für diesen, eine besondere Vergütung vereinbart ist, nicht unmittelbar zu verwerten; es muß aber zweierlei bemerkt werden: einmal nämlich, daß sowohl das Urtheil zu 3) als das zu 2), indem sie den Immobiliarkaufstempel auch von dem für Kundschaft und Geschäft vereinbarten Preise bewilligen, ausdrücklich hervorheben, der Fall würde anders liegen, wenn, wie im Falle Entscheidungen Band 13 Seite 265, für den Verzicht auf die KonzeSSION eine besondere Summe ausgeworfen wäre, wobei noch auf ein weiteres Urtheil des IV. Senats vom 28. Januar 1886, abgedruckt in Grundriss Beiträge Band 30 Seite 998, verwiesen wird. Ferner erachtet sich das Revisionsgericht in den genannten Fällen an die Feststellung des Verfassungsgerichts, daß Kundschaft und Geschäft von den Kontrahenten als werthverhöhende Elemente des Preises für das Grundstück gedacht seien, oder daß umgekehrt (Nr. 4) die hierauf bezügliche Verabredung »nicht von dem veräußerten Grundstück umfasse«, für gebunden, und es könnte den Anschein haben, als citire das Verfassungsgericht die 7 Urtheile nicht sowohl für seine Ansicht in der Sache selbst, als vielmehr dafür, daß die Entscheidung des Rechtsfalls

lebiglich davon abhängt, wie die Vertragsparteien die Sache auffassen und das Berufungsgericht diese Auffassung feststelle. Dem gegenüber ist nochmals darauf hinzuweisen, daß der vorliegende Fall von denjenigen Fällen, in denen zu entscheiden war, ob Kundschaft und Geschäft als Eigenschaft des Grundstücks in Betracht kamen, sich wesentlich unterscheidet und daß, wie Eingang bemerkt, die vom Berufungsgerichte bezüglich der wirtschaftlichen Absicht der Parteien getroffene Feststellung das Revisionsgericht nicht hindern kann, zu prüfen, ob die daraus gezogenen rechtlichen Folgerungen zutreffend sind oder nicht.

Demzufolge war das Berufungsurtheil aufzuheben und das Urtheil des Landgerichts, welches den Beklagten dem Antrage des Klägers gemäß zur Rückzahlung des von den 15 000 Mark erhobenen Immobiliarkaufstempels, abzüglich des allgemeinen Vertragstempels, verurtheilt, wieder herzustellen, sowie der Kostenpunkt nach §. 91 der Civilprozeßordnung zu regeln.

I. 875. Steuerfachen 58 Bb. 13.

# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

## Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Herausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Besten der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Freitag, den 21. März 1902.

Nr. 12.

### Amtlicher Theil.

#### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Verleihungen bei den Justizbehörden.

##### Justizministerium.

Dem Geheimen Rechnungsrath Fischer ist die Genehmigung zur Annahme und Anlegung des von Seiner Hoheit dem Herzog von Sachsen-Meinungen ihm verliehenen Ritterkreuzes 1. Klasse des Herzoglich Sachsen-Ernestinischen Hausordens ertheilt.

##### Landgerichte und Amtsgerichte.

Befehlt sind:

der Landgerichtsrath Wischgobe in Olag nach Breslau, die Amtsgerichtsräthe Struzyna in Sulstschin nach Breslau, Schulz in Schlochau nach Graubenz, der Landrichter Oloff in Meserich als Amtsrichter nach Gohnau, der Amtsrichter Kunze in Ziegenhof nach Carthaus.

Zu Handelsrichtern sind ernannt:

der Fabrikbesitzer Hermann Schminke und der Bergassessor a. D. Edward Schulte in Düsseldorf bei dem Landgerichte daselbst, der Kaufmann Karl Georg Edward Rosenbergs und der Kaufmann Karl Edward Adolf Hoff in Frankfurt a. M. bei dem Landgerichte daselbst,

der Kommerzienrath Julius Weber, der Fabrikbesitzer Emil Bygen in Duisburg, der Generaldirektor Karl Stock in Oberhausen, der Kaufmann Karl Schmitz-Scholl in Mülheim a. d. Ruhr bei dem Landgericht in Duisburg;

wiedervernannt:

der Bankier Robert Landberg, der Kommerzienrath Julius Martin Friedländer, der Kaufmann Julius Valentin, der Kaufmann Heinrich Hautohl und der Kaufmann Hermann Samberg in Berlin bei dem Landgericht I in Berlin, der Rentner Emil Baltes in Bonn bei dem Landgerichte daselbst, der Kaufmann Adolf Siegert in Düsseldorf bei dem Landgerichte daselbst, der Fabrikant Emerich Weismüller in Frankfurt a. M. bei dem Landgerichte daselbst.

Zu stellvertretenden Handelsrichtern sind

ernannt:

der Kaufmann Wilhelm Krey in Düsseldorf und der Fabrikbesitzer Clemens Kieselbach in Rath bei Düsseldorf bei dem Landgerichte in Düsseldorf,

der Bankier Eduard Veit,  
der Bankdirektor Carl Heinrich Adolph Roger,  
der Kaufmann Dr. Robert Heinrich Hohenemser und  
der Kaufmann Jacob Georg Wolff Wilhelm in Frankfurt a. M.

bei dem Landgerichte daselbst,  
der Kaufmann Carl Nieten und  
der Kaufmann Julius Plate in Duisburg,  
der Kaufmann Eduard Moras in Ruhrort,  
der Kaufmann Carl Jhenplich und  
der Kaufmann Carl Rosch in Mülheim a. d. Ruhr  
bei dem Landgerichte in Duisburg;

wiederernannt:

der Fabrikbesitzer Carl Thieme,  
der Bankdirektor Carl Ehrmbach und  
der Fabrikbesitzer Ferdinand von Gargen in Berlin  
bei dem Landgerichte I in Berlin,  
der Kaufmann und Kaiserlich russische Vikontul Albert  
Joseph Friedrich Herold in Stralsund  
bei der Kammer für Handelsfachen daselbst.

Dem Kaufmann Adolph Philipsthal in Berlin ist die nach-  
gesuchte Entlassung aus dem Amte als Handelsrichter ertheilt.

#### Staatsanwaltschaft.

Der Staatsanwaltschaftsrath Dr. Tschirk vom Oberlandes-  
gerichte in Marienwerder ist zum Ersten Staatsanwalt in  
Katibor ernannt.

Der Staatsanwaltschaftsrath Dr. Kayser vom Oberlandes-  
gerichte in Breslau ist an das Oberlandesgerichte in Hamm  
versetzt.

Der Gerichtsassessor Hohmann ist zum Staatsanwalt in  
Düsseldorf ernannt.

Der Gefängnisdirektor Thibdtter in Hannover ist gestorben.

#### Rechtsanwälte und Notare.

Der Rechtsanwalt von Oldenburg in Ved ist zum Notar  
ernannt.

In der Liste der Rechtsanwälte sind gelischt:  
die Rechtsanwälte

Rehnelt bei dem Landgerichte II in Berlin,  
Dr. Willeb bei dem Amtsgerichte in Dannenberg.

In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen:

der frühere Rechtsanwalt Kretzel bei dem Kammergerichte,  
die Gerichtsassessoren

Prager bei dem Landgerichte I in Berlin,  
Schütte bei dem Landgerichte in Hannover,  
Schmoldt bei dem Landgerichte in Stade,  
Dr. Julius Jonas bei dem Landgerichte in Altona,  
Krause bei dem Amtsgerichte und dem Landgerichte in  
Neisse,  
Wichmann bei dem Amtsgerichte und dem Landgerichte  
in Essen.

#### Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt:

die Referendare

Dr. Lappe, Hennig im Bezirke des Kammergerichts,  
Dr. Baer, Steinemann, Eufodis, Dr. Hart-  
mann, Franz Müller im Bezirke des Oberlandes-  
gerichts zu Eöln,  
Travers im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Frank-  
furt a. M.,  
Engels im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Hamm,  
Schoenlant, Bild im Bezirke des Oberlandesgerichts  
zu Posen.

Die Gerichtsassessoren von Ploech, Dört und Arnold Schütt  
sind in Folge ihrer Uebernahme in die allgemeine Staats-  
verwaltung aus dem Zustande geschieden.

Die nachgesuchte Entlassung aus dem Justizdienste ist ertheilt:  
den Gerichtsassessoren

Kodig behufs Uebertritts zur Gemeindeverwaltung,  
Dr. Seelig, Dr. Ernst Neumann und Dr. Merzen.

In den einwilligen Ruhestand versetzte Beamte.

Der Kammergerichtsrath, Geheimen Justizrath von Uechtrich-  
Stetlnrich ist gestorben.

Bei dem Strafgefängnis in Langel ist eine Inspektorstelle zu  
besetzen.



## Allerhöchste Erlasse, Ministerial-Verfügungen und Entscheidungen der obersten Gerichtshöfe.

Num. 15.

**Allgemeine Verfügung vom 6. März 1902, — betreffend die Behandlung der Reichsangehörigen in den Schutzgebieten und der Eingeborenen der Schutzgebiete im Deutschen Reiche als Inländer in Ansehung der Sicherheitsleistung für die Prozeßkosten, des Ausländervorschusses und der Zulassung zum Armenrechte.**

Nach §. 110 der Eivilprozeßordnung und §. 85 des Deutschen Gerichtskostengesetzes haben Ausländer, welche als Kläger auftreten, dem Beklagten auf dessen Verlangen wegen der Prozeßkosten Sicherheit zu leisten und einen erhöhten Vorchuß zur Gerichtskaße zu zahlen; diese Verpflichtungen treten indessen nicht ein, wenn nach den Gesetzen des Staates, welchem der Kläger angehört, ein Deutscher im gleichen Falle zur Sicherheitsleistung oder zu einer besonderen Vorauszahlung oder Sicherstellung der Gerichtskosten nicht verpflichtet ist. Auf die Verwilligung des Armenrechts haben Ausländer nach §. 114 Abs. 2 der Eivilprozeßordnung nur insoweit Anspruch, als die Gegenseitigkeit verbürgt ist. Bei der eigenartigen Stellung der Schutzgebiete, welche völkerrechtlich, aber nicht staatsrechtlich zum Deutschen Reiche gehören, läßt sich nicht allgemein feststellen, ob die Schutzgebiete im Verhältnisse zum Deutschen Reiche als Inland oder als Ausland, beziehungsweise die Eingeborenen als Inländer oder als Ausländer zu gelten haben, vielmehr kann diese Frage nur für jede einzelne gesetzliche Vorschrift mit Rücksicht auf ihren Zweck und den Grund der verschiedenartigen Behandlung des Inlandes und des Auslandes entschieden werden. Eine von diesem Gesichtspunkt aus vorgenommene Prüfung führt dahin, in Ansehung der Sicherheitsleistung und der Vorchußpflicht die Eingeborenen der Schutzgebiete, wiewohl sie — abgesehen von den gemäß §. 9 des Schutzgebietgesetzes (Reichs-Gesetzbl. 1900 S. 813) Naturalisirten — Reichsangehörige nicht sind, doch den Inländern gleichzustellen. Denn der Grund der ungünstigeren Behandlung der Ausländer ist hier die Schwierigkeit, die Parteikosten oder die Gerichtskosten im Ausland einzuziehen. Diese Schwierigkeit fällt gegenüber den Schutzgebieten, wenn auch nicht immer thatsächlich, so doch jedenfalls rechtlich weg, da die Partei einen Kostenfestsetzungsbeschluß im Schutzgebiet im Wege der Rechtshülfe zur Vollstreckung bringen kann (§. 18 des Gesetzes vom 7. April 1900 über die Konsulargerichtsbarkeit, §. 2 des Schutzgebietgesetzes) und da für die Einziehung von Gerichtskosten in den Schutzgebieten die gleichen Vorschriften wie für die Einziehung von Gerichtskosten in anderen Bundesstaaten gelten (§. 75 des Konsulargerichtsbarkeitsgesetzes, §. 3 des Schutzgebietgesetzes). Allerdings sind die nicht naturalisirten Eingeborenen der Gerichtsbarkeit der deutschen Gerichte und den bezeichneten Vorschriften nur insoweit unterworfen, als dies durch Kaiserliche Verordnung bestimmt wird (§. 4 des Schutzgebietgesetzes). Hierdurch wird indessen Recht und Pflicht der Behörden der Schutzgebiete, im Wege der Rechtshülfe auch Eingeborenen gegenüber Entscheidungen deutscher Gerichte zur Vollstreckung zu bringen oder Gerichtskosten im Verwaltungszwangsverfahren von Eingeborenen einzuziehen, nicht berührt. Um etwaigen Zweifeln darüber vorzubeugen, ob die Reichsangehörigen in den Schutzgebieten und die Eingeborenen der Schutzgebiete im Deutschen Reiche als Inländer oder als Ausländer im Sinne der im Eingange bezeichneten Vorschriften anzusehen sind, sind durch das Auswärtige Amt, Kolonial-Abteilung und den Herrn Staatssekretär des Reichs-Marine-Amtes die Gouverneure (Landeshauptleute) der Schutzgebiete dahin verfähigt worden, daß die Reichsangehörigen von den Gerichten in den Schutzgebieten sowohl hinsichtlich der Sicherheitsleistung für die Prozeßkosten und des Ausländervorschusses als auch hinsichtlich der Zulassung

zum Armenrecht als Inländer zu behandeln sind. Hiernach ist die Gegenseitigkeit als verbürgt anzusehen und es sind demnach auch die Eingeborenen der Schutzgebiete, wenn sie vor preussischen Gerichten auftreten, in Ansehung der Sicherheitsleistung, des Ausländervorschusses und des Armenrechts als Inländer zu behandeln, insbesondere haben die Gerichtsschreiber von der Erhebung des Ausländervorschusses abzusehen.

Berlin, den 6. März 1902.

Der Justizminister.

Schönstedt.

I. 1489. P. 102.

Num. 16.

**Allgemeine Verfügung vom 18. März 1902, — betreffend die Zustellungen an Personen, welche in der Armee der österreichisch-ungarischen Monarchie dienen.**

Allgemeine Verfügung vom 20. Mai 1887 (Just.-Minist.-Bl. S. 139 ff.).

Die Vorschrift in Nr. 33 Abs. 3 der Allgemeinen Verfügung vom 20. Mai 1887, betreffend die im Auslande zu erledigenden Ersuchungsschreiben der Justizbehörden, wird aufgehoben. Demgemäß sind Ersuchen um Zustellungen an Personen, welche in der Armee der österreichisch-ungarischen Monarchie dienen, in Zukunft stets an die ordentlichen Civilgerichte Oesterreich-Ungarns zu richten.

Berlin, den 18. März 1902.

Der Justizminister.

Schönstedt.

I. 1935. Requisitionen 4 Bd. 3.

# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

## Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Herausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Besten der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Sonntag, den 29. März 1902.

Nr. 13.

### Amtlicher Theil.

#### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Berleihungen bei den Justizbehörden.

##### Oberlandesgerichte.

Der Landgerichtsrath Dr. Vorbrodt vom Landgericht I in Berlin ist zum Kammergerichtsrath, der Landgerichtsrath Fuchs in Cassel zum Oberlandesgerichtsrath daselbst ernannt.

##### Landgerichte und Amtsgerichte.

Dem Amtsgerichtsrath Kunkel in Danzig und dem Amtsrichter Dr. Jwers in Pauenburg i. Pom. ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ertheilt.

Verfehrt sind:

##### die Amtsgerichtsräthe

Dr. Krauthausen in Papenburg nach Ebn, Kabel in Steinau a. O. nach Odrli,

der Landrichter Schwanebeck in Stargard i. Pom. an das Landgericht I in Berlin,

##### die Amtsrichter

Kammler in Flatow nach Danzig, Kochländer in Neubaus a. O. nach Wennigen, Randler in Pinne nach Wollstein.

Der Amtsrichter Hesterberg in Harburg ist in Folge seiner Uebernahme in die allgemeine Staatsverwaltung aus dem Justizdienste geschieden.

Der Amtsrichter Spangenberg in Hoya ist gestorben.

Jup. - Minst. - Bl. 1902

Die bei dem Amtsgericht in Neleszig erledigte Richterstelle (S. 15) ist auf das Amtsgericht in Kallberge-Rüdersdorf, die bei dem Amtsgericht in Heilsberg erledigte Richterstelle (S. 39) auf das Landgericht in Königsberg i. Pr. übertragen.

##### Staatsanwaltschaft.

Der Erste Staatsanwalt Müller in Ratibor ist nach Nordhausen versetzt.

(Die erledigte Stelle in Ratibor ist nach S. 60 bereits besetzt.) Dem Staatsanwaltschaftsrath Benzki in Stolp und dem Gefängnisdirektor Kowalski in Gollnow ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ertheilt.

Die Staatsanwälte Gallus in Lissa und Wollenberg vom Landgericht in Königsberg i. Pr. sind in Folge ihrer Ernennung zu Regierungsräthen aus dem Justizdienste geschieden.

Der evangelische Gefängnisgeistliche, Pfarrer Goetze bei dem Centralgefängnis in Wronke ist an das Strafgefängnis in Preungesheim versetzt.

##### Rechtsanwälte und Notare.

Den Rechtsanwältin und Notarin, Geheimen Justizrath Wegner und Justizrath Kette in Berlin ist der Rothe Adler-Orden III. Klasse mit der Schleife verliehen.

15

Der Rechtsanwalt, Justizrath Kochmann in Landek und der Rechtsanwalt und Notar Dr. Zettenborn in Berlin sind gestorben.

Der Rechtsanwalt Dr. Brader in Bünde ist zum Notar ernannt.

In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen:

der frühere Rechtsanwalt Schumann bei dem Landgericht in Hannover,

der Gerichtsassessor Israelki bei dem Landgericht I in Berlin.

#### Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt:

die Referendare

Dr. Kriener, Hermann Wolff im Bezirke des Kammergerichts,

Dr. Steinhilber, Dobroszka im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Breslau,

Apel im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Cassel, Friedrich Meyer, Ernst Krüger im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Celle,

Dr. Veiden im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Eöln, Kühne im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Frankfurt a. M.,

Lütke-Dedenbrod, Dr. Max Weber im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Hamm,

Dr. Weiß im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Kiel, Behrendt im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Königsberg i. Pr.,

Schnitzler im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Marienwerder,

Jußt im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Raumburg a. S.,

Baruch im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Posen, Dr. Markgraf im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Stettin.

Aus dem Justizdienste sind geschieden:

die Richterschaften

Dr. Albert Neuhaus in Folge seiner Uebernahme in die allgemeine Staatsverwaltung,

Dr. Bergemann, Max Lädike, Dr. Meindke, Ruge und Saenger in Folge ihrer Uebernahme in die Staatsbahnverwaltung.

Den Gerichtsassessoren Edler von der Planitz, Haerten und Weirich ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Justizdienst ertheilt.

#### Mittlere Beamte.

Dem Gerichtsschreiber, Rechnungsrath Preising in Cassel ist der königliche Kronen-Orden III. Klasse,

dem Amtsanwalt, Ortsvorsteher Eckmann in Bordesholms anlässlich seines Scheidens aus dem Amte als Amtsanwalt der königliche Kronen-Orden IV. Klasse

verliehen.

Bei dem Gerichtsgefängnis in Korbach ist eine Inspektorstelle zu besetzen.

## Allerhöchste Erlasse, Ministerial-Verfügungen und Entscheidungen der obersten Gerichtshöfe.

Num. 17.

### Allgemeine Verfügung vom 5. März 1902, — betreffend den Stempel zu Schuldverschreibungen über Baugelderdarlehen.

Allgemeine Verfügung vom 4. Dezember 1896 (Just.-Minist.-Bl. 1897 S. 3).

Durch die nachstehende von dem Herrn Finanzminister im Einverständnisse mit mir erlassene Verfügung vom 18. Februar d. J. ist die Verfügung vom 14. November 1896, betreffend die Versteuerung von Schuldverschreibungen über sogenannte Baugelderdarlehen, auf Grund deren demnächst reichsstempelpflichtige Hypothekenspandbriefe ertheilt werden, aufgehoben worden. Den Gerichten und Notaren wird die Verfügung vom 18. Februar d. J. zur Kenntnissnahme und Beachtung mitgetheilt.

Berlin, den 5. März 1902.

Der Justizminister.

Schönstedt.

Der Finanzminister.

J. Nr. III. 2053.

Berlin, den 18. Februar 1902.

In der Verfügung vom 14. November 1896 (Centralblatt 1896 S. 634, Just. Minist. Bl. 1897 S. 4) ist angenommen worden, daß die Stempelbefreiungsvorschrift d der Tarifstelle 58 des Stempelsteuergesetzes auf Schuldverschreibungen über Baugelderdarlehen nicht zur Anwendung zu bringen sei, weil auf Grund solcher Verschreibungen nicht sofort, sondern erst nach Fertigstellung des Gebäudes Hypothekenbriefe ausgegeben werden dürfen.

Nachdem das Reichsgericht in den Erkenntnissen vom 19. März 1900 und 30. Dezember 1901 entschieden hat, daß die angezogene Stempelbefreiungsvorschrift auch auf Schuldverschreibungen über Baugelderdarlehen Anwendung finde und es der Steuerbehörde überlassen bleiben müsse, ob sie Ueberwachungsmaßregeln anordnen wolle, um die nachträgliche Versteuerung der Schuldverschreibungen für den Fall zu sichern, daß es zur Ausgabe von Hypothekenbriefen auf Grund der Verschreibungen nicht kommen sollte, bestimme ich im Einverständnisse mit dem Herrn Justizminister, daß auch von den Verwaltungsbehörden nach dem in den reichsgerichtlichen Erkenntnissen ausgesprochenen Grundsatz verfahren werde.

Bei Gelegenheit der bei den Hypothekenbanken u. s. w. vorzunehmenden Stempelprüfung ist durch probeweise Prüfung festzustellen, ob die Banken als Inhaber der Schuldverschreibungen über Baugelderdarlehen ihrer Verpflichtung zur nachträglichen Versteuerung derjenigen Schuldverschreibungen, auf Grund deren keine Hypothekenbriefe ausgegeben werden, nachgekommen sind. In soweit die Hypothekenbanken u. s. w. sich außerhalb Preussens befinden, muß von einer regelmäßigen Ueberwachung abgesehen werden, da diese zu Weitläufigkeiten führen würde, die zu der Bedeutung der Sache in keinem Verhältnisse stehen.

Im Auftrage.

Dr. Zehre.

An die Herren Provinzialsteuerdirektoren mit Ausnahme von Berlin.

Num. 18.

Allgemeine Verfügung vom 19. März 1902, — betreffend die Bezeichnung der Kapitel und Titel des Etats der Justizverwaltung.

(Allgemeine Verfügung vom 28. März 1901 (Just. Minist. Bl. S. 74).

Das Verzeichniß der Kapitel und Titel des Etats der Justizverwaltung, soweit dieselben für die Gerichte und die Staatsanwaltschaften von Interesse sind, wird in der für das Etatsjahr 1902 bestimmten Gestalt nachstehend zur Kenntniß der Justizbehörden gebracht.

Berlin, den 19. März 1902.

Der Justizminister.

Schönstedt.

I. 1658. Justizfonds 97. Bb. 6.

## Verzeichniß

der

## Kapitel und Titel des Etats der Justizverwaltung für das Etatsjahr 1902.\*)

Kap.	Tit.	
30.		<b>Einnahme.</b>
	1.	Kosten (einschließlich der Strafvollstreckungskosten und der Gebühren für Katasterauszüge und Fortschreibungen) sowie Geldstrafen.
	2.	Einnahmen, welche als Emolumente der Beamten zur Verwendung kommen.
	3.	Jurisdiktionsbeiträge.
	4.	Einnahmen aus der Beschäftigung der Gefangenen.
	5.	Einnahmen aus besonderen Fonds.
	6.	Sonstige Einnahmen.**)
	7.	Einnahmen für die Justizoffizianten-Wittwenkasse.
		<b>Ausgabe.</b>
		<b>A. Dauernde Ausgaben.</b>
		<b>Oberlandesgerichte.</b>
		<b>Besoldungen.</b>
	1.	Präsidenten und Senatspräsidenten.
	2.	Oberlandesgerichtsräthe.
	3.	Oberstaatsanwälte.
	4.	Staatsanwälte mit dem Gehalte der Ersten Staatsanwälte.
4a.	5.	Staatsanwälte (überträgt sich mit Kap. 74 Tit. 2 und Tit. 5).
	6.	Rechnungsrevisoren und Justizhauptkassen-Rendanten.
	7.	Gerichtsschreiber und Sekretäre (darunter Kassenbeamte).
	8.	Kanzlisten.
	9.	Gerichtsdienner und Kastellane (darunter Kassenbediener).
	10.	Wohnungsgeldzuschüsse für die Beamten.
		<b>Andere persönliche Ausgaben.</b>
	10.	Prüfungsgebühren.
10a.	11.	Funktionszulagen für Staatsanwälte bei den Oberlandesgerichten.
	11.	Ettellenzulagen der Kanzlisten für die Wahrnehmung der Kanzleiinspektorgeschäfte, für Erste Gerichtsdienner sowie für Gerichtsdienner und Kastellane.
	12.	Fällt aus.
	13.	Für ständige Hilfsarbeiter im Kanzleibienste (Kanzleidiätäre) und für dauernd beschäftigte Kanzleigeheulfen.

\*) Die zur Zeit noch zahlbaren, künftig wegfallenden Besoldungstheile sind nicht mit aufgenommen.

\*\*) Nach den Kassenetats zerfällt Tit. 6 in folgende Abtheilungen: 1. Bestimmte Einnahmen: a) Mieten und Pacht, b) Entschädigung für Feuerungsmaterial, c) Beiträge zu den Kosten der Krankenfürsorge, d) sonstige bestimmte Einnahmen; 2. Unbestimmte Einnahmen und 3. Kassen- und Rechnungsbefehle.

- |            |       |   |
|------------|-------|---|
| Kap. (73.) | Lit.  |   |
|            | 14.   | Für Hilfsarbeiter und Stellvertreter in allen Dienstzweigen, mit Ausschluß des Kanzleidienstes. |
|            | 15.   | Zu außerordentlichen Remunerationen und Unterstügungen für Kanzlei- und Unterbeamte.            |
|            | 15 a. | Zu außerordentlichen Remunerationen für mittlere Beamte.  |
|            | 15 b. | Zu außerordentlichen Unterstügungen für mittlere Beamte.  |

#### Sächliche Ausgaben.

16. 1. Bureaubedürfnisse (a. Schreib- und Packmaterialien sowie Drucksachen, b. Zenerung und Beleuchtung, c. Bibliothek, d. Utensilien, e. Mietzen, f. sonstige Bureaukosten); 2. normalmäßige Mietzentschädigungen und 3. sonstige vermischte Ausgaben (Arbeits- und Schreiblohn, Aktentransport, Reinigung, Heizung u. dergl.).

74.

#### Landgerichte und Amtsgerichte.

##### Befoldungen.

1. Landgerichtspräsidenten, Amtsgerichtspräsident bei dem Amtsgericht I in Berlin und Landgerichtsdirektoren.
2. Landrichter und Amtsrichter (überträgt sich mit Kap. 73 Lit. 4 a und Kap. 74 Lit. 5).
3. Persönliche, pensionsfähige Zulagen für richterliche Beamte Deutscher Abkunft, welche der Polnischen Sprache mündlich und schriftlich mächtig sind, auf die Dauer ihrer Anstellung im Oberlandesgerichtsbezirke Posen.
4. Erste Staatsanwälte und als Abtheilungsvorsteher bei dem Landgericht I in Berlin beschäftigte Staatsanwälte.
5. Staatsanwälte (überträgt sich mit Kap. 73 Lit. 4 a und Kap. 74 Lit. 2).
6. Rendanten bei dem Amtsgericht I in Berlin und bei dem Amtsgericht in Breslau, Vorsteher bei dem Einziehungsamt und Oberbuchhalter bei dem Amtsgericht I in Berlin, Staatsanwälte, Rechnungsrevisoren und sonstige Rendanten; Zwangsverwaltungsinspektor in Berlin; Gerichtsschreiber und Sekretäre (darunter Kassenbeamte); Gerichtsschreibergehülfen und Assistenten (darunter Kassenbeamte und Dolmetscher).  
Pensionsfähige Gehaltszulagen für Rechnungsrevisoren, Rendanten und den Zwangsverwaltungsinspektor; pensionsfähige Vorkalzulagen für die vor dem 1. April 1897 in Berlin angestellten Beamten und zwar für Rechnungsrevisoren bei den Landgerichten I und II und dem Amtsgericht I, den Gerichtsklassenrendanten bei dem Amtsgericht II, für Staatsanwälte, Gerichtsschreiber und Sekretäre, Gerichtsschreibergehülfen und Assistenten; besondere Gehaltszulagen für die in einzelnen Bezirken als Dolmetscher fungirenden Bureaubeamten (überträgt sich mit dem Dolmetscherfonds Kap. 74 Lit. 15).

Außerdem etatsmäßige Kalkulatoren, welche Gebühren aus Kap. 80 Lit. 2 beziehen.

7. Kanzlisten.
8. Gerichtsvollzieher.
9. Gefängnisinspektoren, Inspektionsassistenten und Lehrer.
10. Oberanfseher, Hausväter, Werkmeister und Küchenmeister; Bediensteter, Kastellane und Gefangenenaufseher; Pförtner, Maschinisten und Seizer; Lehrerin, Oberauffseherinnen und Aufseherinnen.
11. Wohnungsgeldzuschüsse für die Beamten.

##### Andere persönliche Ausgaben.

12. Prüfungsgebühren.
13. Für ständige Hilfsarbeiter bei der Staatsanwaltschaft.

- | Kap.  | Zit.  |  |
|-------|-------|--|
| (74.) | 14.   | Remunerationen und Unterstüzungen der Beamten der Amtsanwaltschaft, mit Einschluß der Entschädigungen für sächliche Bedürfnisse, sowie Zulage für 1 mit den Geschäften des Ersten Amtsanwalts betrauten Staatsanwalt.  |
|       | 15.   | Stellenzulagen für Gerichtsschreiber, welche als Rendanten beschäftigt sind, für die Einnehmer und Verwalter ständiger Zahlstellen oder eiserner Vorschüsse bei den Gerichtskassen in Berlin I, in Berlin II und in Breslau, für die Verwalter der Stellen für vorläufige Verwahrungen in Civil- und Strafsachen bei dem Amtsgericht I in Berlin; für 1 Gerichtsschreiber, welcher auf der Insel Helgoland die Gerichtsvollziehergeschäfte wahrnimmt; für 1 Kanzlisten für die Wahrnehmung der Kanzleiausfertorgeschäfte bei dem Landgericht I in Berlin; für Erste Gerichtsdienner bei den sämtlichen Landgerichten und dem Amtsgericht I in Berlin sowie für sonstige Unterbeamte (überträgt sich mit dem entsprechenden Fonds zu Stellenzulagen Kap. 75 Zit. 8); zur Remunerirung der Dolmetscher (überträgt sich mit dem Fonds für Dolmetscher Kap. 74 Zit. 6) |
|       | 16.   | Gebührenanteile der Gerichtsvollzieher, Entschädigungen der Gerichtsvollzieher und Hülfsgewaltsvollzieher für Einziehung von Kosten und Geldstrafen x. sowie zu Auslagen in Parteisachen und für amtliche Aufträge.  |
|       | 17.   | Fällt aus.   |
|       | 18.   | Für ständige Hülfсарbeiter im Kanzleibienste (Kanzleiblatäre) und für bauernb beschäftigte Kanzleigehülfen.  |
|       | 19.   | Remunerationen der an der Leitung oder Beaufsichtigung des Arbeitsbetriebs unmittelbar beteiligten mittleren und unteren Gefängnißbeamten aus dem Arbeitsverdienste der Gefangenen (überträgt sich mit Kap. 75 Zit. 10).   |
|       | 20.   | Für Hülfсарbeiter und Stellvertreter in allen Dienstzweigen, mit Ausschluß des Kanzleibienstes.  |
|       | 21.   | Zu außerordentlichen Remunerationen und Unterstüzungen für Kanzlei- und Unterbeamte.   |
|       | 21 a. | Zu außerordentlichen Remunerationen für mittlere Beamte.   |
|       | 21 b. | Zu außerordentlichen Unterstüzungen für mittlere Beamte.   |

#### Sächliche Ausgaben.

- |  |     |  |
|--|-----|--|
|  | 22. | Bureaubedürfnisse (1. Schreib- und Packmaterialien sowie Druckfachen, 2. Feuerung und Beleuchtung, 3. Bibliothek, 4. Utensilien, 5. Mietzen, 6. sonstige Bureaukosten).  |
|  | 23. | Fällt aus.   |
|  | 24. | Normalmäßige Mietzentschädigungen.   |
|  | 25. | Gefängnißverwaltungskosten (1. für Beköstigung, Beschäftigung, Pflege und ärztliche Behandlung der Gefangenen, 2. für Utensilien, Lagerung und Verkleidung, 3. für Seelsorge und Unterricht, einschließlich der Kosten für Veranstaltungen zum Unterrichte der Kinder von Beamten bei dem Strafgefängniß in Eberbach). |
|  | 26. | Sonstige vermischte Ausgaben (1. ausschließlich für die Gefängnisse, 2. ander: Ausgaben).  |

75.

#### Besondere Gefängnisse.

Strafgefängnisse in Plähensee und Regel, Untersuchungsgefängniß in Berlin-Moabit, Stadtvoigtgefängniß in Berlin nebst Filiale, Gerichtsgefängnisse in Beutben D. E. und Hannover, Strafgefängniß in Preungersheim, Gerichtsgefängniß in Frankfurt a. M., Centralgefängniß in Bochum, Strafgefängniß in Gladstadt, Gerichtsgefängniß in Danzig-Oldva, Centralgefängnisse in Bronte und Gollnow.

#### Besoldungen.

- |    |   |
|----|---|
| 1. | Direktoren, Geistliche, Inspektoren, Rendanten, Inspektionsassistenten, Lehrer, Lehrerinnen, Ingenieur. |
|----|---|



- |               |             |   |
|---------------|-------------|---|
| Kap.<br>(75.) | Tit.<br>2.  | Hausväter, Maschinenmeister, Maschinenisten, Gasmeister, Oberaufseher, Werkmeister, Küchenmeister, Wasch- und Bademeister; Aufseher, Oberaufseherinnen, Hausmütter, Werkmeisterin, Aufseherinnen.   |
|               | 3 bis<br>6. | Fallen aus.   |
|               | 7.          | Wohnungsgeldzuschüsse für die Beamten.<br><br>Andere persönliche Ausgaben.  |
|               | 8.          | Zur Remuneration der Vorsitzenden der Aufsichtskommissionen bei den Strafgefängnissen in Plöbensee und Tegel sowie bei dem Untersuchungsgefängnis in Berlin-Weaabit und dem Stadtweigefängnis in Berlin.<br>Stellenzulagen für Unterbeamte (überträgt sich mit dem entsprechenden Fonds zu Stellenzulagen Kap. 74 Tit. 15). |
|               | 9.          | Fällt aus.  |
|               | 10.         | Remunerationen der an der Leitung oder Beaufsichtigung des Arbeitsbetriebs unmittelbar beteiligten mittleren und unteren Gefängnisbeamten aus dem Arbeitsverdienste der Gefangenen (überträgt sich mit Kap. 74 Tit. 19).  |
|               | 11.         | Für Hilfsarbeiter und Stellvertreter.   |
|               | 12.         | Zu außerordentlichen Remunerationen und Unterstützungen für Kanzlei- und Unterbeamte.   |
|               | 12a.        | Zu außerordentlichen Remunerationen für mittlere Beamte.  |
|               | 12b.        | Zu außerordentlichen Unterstützungen für mittlere Beamte.   |
|               |             | Sächliche Ausgaben.   |
|               | 13.         | Bureaubedürfnisse (1. Schreib- und Packmaterialien sowie Drucksachen, 2. Heizung und Beleuchtung, 3. Bibliothek, 4. Utensilien, 5. Mieten, 6. sonstige Bureaukosten).   |
|               | 14.         | Normalmäßige Mietentschädigungen.   |
|               | 15.         | Gefängnisverwaltungskosten (1. für Beföstigung, Beschäftigung, Pflege und ärztliche Behandlung der Gefangenen, 2. für Utensilien, Lagerung und Bekleidung, 3. für Selbstsorge und Unterricht).  |
|               | 16.         | Sonstige vermischte Ausgaben.   |
| 76.           |             | <b>Wartegelder, Dispositionsgelälter zc.</b>  |
|               | 1.          | Wartegelder der in den einstweiligen Ruhestand versetzten richterlichen Beamten.  |
|               | 2.          | Dispositionsgelälter der Hypothekenbewahrer.  |
|               | 3.          | Wartegelder der Subaltern- und Unterbeamten, mit Einschluß der Hilfsbeamten.  |
|               | 4.          | Unterstützungen für zur Disposition stehende Hypothekenbewahrer sowie für Subaltern- und Unterbeamte, mit Einschluß der Hilfsbeamten.   |
| 77.           |             | Baare Auslagen in Civil- und Strafsachen.   |
| 78.           |             | Transportkosten.  |
| 79.           |             | Nicht averfionirte Postporto- und Gebührenbeträge, Telegrammgebühren.   |

Kap. Tit.

80.

## Sonstige Ausgaben.

1. Umzugs- und Reisekosten verfehrter Beamten; Reisekosten und Tagegelber der Beamten in Staatsdienstangelegenheiten; Reisekosten der Geschworenen, Schöffen und Vertrauensmänner sowie Sebrungskosten der Gerichtsdiener.
  2. Rechnungsgebühren (vergl. Kap. 74 Tit. 6).
  - 2a. Kosten, welche der Justiziskus als Prozeßpartei zu zahlen oder zu erstatten hat; aus der Staatskasse zu zahlende Gebühren der Verteidiger; den Beschuldigten gemäß §§. 499, 505 der Strafprozeßordnung aus der Staatskasse zu erstattende nothwendige Auslagen, Entschädigungen bei im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochenen Personen und sonstige, Beschuldigten gewährte Vergütungen für die ihnen ohne ihr Verschulden aus dem Strafverfahren erwachsenen Nachtheile.
  3. Unterstützungen für höhere Beamte.
  - 3a. Unterstützungen aus besonderen Fonds für Beamte und Hinterbliebene von Beamten sowie für arme Mündel; Ausgaben bei Verwaltung dieser Fonds.
  4. Unterstützungen für ausgeschiedene Beamte, einschließlich der vor dem 1. Oktober 1879 im Bezirke des ehemaligen Appellationsgerichtshofs zu Köln ausgeschiedenen Gerichtsvollzieher, sowie Pensionen und Unterstützungen für Wittwen und Waisen der Beamten.
  - 4a. Ausgaben auf Grund der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherungsgesetze sowie des Unfallfürsorgegesetzes.
  - 4b. Zu einmaligen Unterstützungen für Personen, welche, ohne die Eigenschaft von Beamten zu haben, in der Justizverwaltung beschäftigt werden oder beschäftigt gewesen sind, sowie für Hinterbliebene solcher Personen.
  - 4c. Zu Bewilligungen an die Gefangenen aus dem Arbeitsverdienste.
  - 4d. Zu Entschädigungen auf Grund des Gesetzes, betreffend die Unfallfürsorge für Gefangene.
  5. Kostenbeitrag für die gemeinschaftlichen Gerichte in Jena, Meiningen und Rudolstadt.
  6. Außerordentliche Ausgaben für die Justizverwaltung.
  7. Rechnungsvergütungen.
81. Unterhaltung der Justizgebäude, mit Ausschluß der größeren Neubauten und Hauptreparaturen.
82. Ausgabe an die Justizoffizianten-Wittwenkasse.

## B. Einmalige und außerordentliche Ausgaben.

Nr. 19.

**Allgemeine Verfügung vom 25. März 1902 zur Ergänzung der Allgemeinen Verfügung vom 5. Februar 1900 über die allgemeine Beidigung von Sachverständigen für gerichtliche Angelegenheiten.**

I. Der Allgemeinen Verfügung vom 5. Februar 1900 (Just.-Minist.-Bl. S. 48) wird folgender §. 14 hinzugefügt:

**§. 14.**

Wenn eine zur öffentlichen Anstellung von Gewerbetreibenden befugte Staats- oder Kommunalbehörde oder Korporation (§. 36 der Gewerbeordnung), insbesondere eine Handelskammer im Falle des §. 42 Abs. 1 des Gesetzes über die Handelskammern, von der Bestellung und Beidigung eines solchen Gewerbetreibenden Mittheilung macht, so ist dessen Name in das nach §. 7 zu führende Verzeichniß der Sachverständigen einzutragen. Um die Anwendung der Vorschriften des §. 404 Abs. 2 der Civilprozeßordnung und des §. 73 Abs. 2 der Strafprozeßordnung zu erleichtern, ist der Name roth zu unterstreichen.

Die Mittheilungen erfolgen an den Landgerichtspräsidenten. Dieser hat die Eintragung bei dem Landgerichte zu veranlassen und von der Mittheilung den Gerichten Kenntniß zu geben, welche in dem Bezirke des bestellenden Organs oder, falls der Gewerbetreibende nur für einen engeren Bezirk öffentlich bestellt ist, in diesem Bezirk ihren Sitz haben; bei diesen Gerichten ist die Eintragung auf Grund der Benachrichtigung des Landgerichtspräsidenten zu bewirken.

II. Die im Anschluß an diese Aenderung von dem Herrn Minister für Handel und Gewerbe an die Handelsvertretungen erlassene Verfügung wird in der Anlage zur Kenntniß der Justizbehörden gebracht.  
Berlin, 25. März 1902.

Der Justizminister.

Schönstedt.

I. 1855. S. 74 Sp. 3.

**Anlage.**

Verfügung des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe vom 25. März 1902, — betreffend die Eintragung der öffentlich bestellten Gewerbetreibenden in die gerichtlichen Sachverständigen-Verzeichnisse.

Um die Beobachtung der Vorschriften des §. 404 Abs. 2 der Civilprozeßordnung und des §. 73 Abs. 2 der Strafprozeßordnung sicher zu stellen, hat der Herr Justizminister angeordnet, daß die Namen der von den zuständigen Behörden und Korporationen öffentlich angestellten und beideten Gewerbetreibenden in das nach §. 7 der Allgemeinen Verfügung vom 5. Februar 1900 (Just.-Minist.-Bl. S. 48), bei den Gerichten zu führende Verzeichniß eingetragen werden.

Zu diesem Zwecke erlaube ich Sie, den Gerichten von den bereits erfolgten und den ferneren öffentlichen Anstellungen und Beidigungen von Gewerbetreibenden auf Grund der §§. 42, 44 Abs. 1 des Handelskammergesetzes unter Mittheilung der Eidesformel Nachricht zu geben. Ist die Anstellung nur für einen Theil des Kammer- oder Korporationsbezirktes erfolgt, so ist auch der Anstellungsbezirk mitzutheilen.

Die Mittheilung ist an die Landgerichtspräsidenten des Bezirktes, für den die Anstellung erfolgt ist, zu richten. In gleicher Weise sind Veränderungen, die in den Anstellungen eintreten (z. B. Widerruf der Anstellung), anzuzeigen.

Berlin, den 25. März 1902.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Röllert.

An die Handelsvertretungen.

# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

## Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Herausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Besten der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Freitag, den 4. April 1902.

Nr. 14.

### Amtlicher Theil.

#### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Verleihungen bei den Justizbehörden.

##### Oberlandesgerichte.

Dem Oberlandesgerichtsrath, Geheimen Justizrath Reimer des in Cassel ist bei seinem Uebertritt in den Ruhestand der Rothe Adler-Orden III. Klasse mit der Schleife verliehen.  
Der Oberlandesgerichtsrath, Geheimer Justizrath Lenbers in Ebn ist gestorben.

##### Landgerichte und Amtsgerichte.

Beim Uebertritt in den Ruhestand ist verliehen:

dem Landgerichtspräsidenten Sadel in Neu-Ruppin der Rothe Adler-Orden II. Klasse mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe,  
dem Amtsgerichtsrath Kähe in Breslau der Charakter als Geheimer Justizrath,  
den Landgerichtsräthen Grünig in Odrich und Zielaskowski in Allenstein, dem Amtsgerichtsrath Sprickmann-Kerlerink in Emmerich der Rothe Adler-Orden III. Klasse mit der Schleife,  
den Landgerichtsräthen Schild in Bonn und Haendler in Coblenz, den Amtsgerichtsräthen Sobeski in Freieberg a. O. und Mijschke in Jeli der Rothe Adler-Orden IV. Klasse.

Der Landgerichtsdirektor Heidrich in Graubenz ist an das Landgericht I in Berlin versetzt.

Der Gerichtskassessor Gese ist zum Landrichter in Allenstein ernannt.

Zu Amtsrichtern sind ernannt:

die Gerichtskassessoren

Dr. Weiß in Schwedt a. O. und  
Friedrich Müller in Beuthen a. O.

Zu Handelsrichtern sind ernannt:

der Fabrikbesitzer Ferdinand von Garzen,  
der Fabrikbesitzer Karl Thieme,  
der Bankdirektor Karl Grambach,  
der Kaufmann Julius Gramowsky,  
der Fabrikbesitzer Adolf Piffch,  
der Kaufmann Siegfried Biffel,  
der Kaufmann Hugo Schalhorn,  
der Fabrikbesitzer Jakob Weinberg, sämmtlich in Berlin,  
bei dem Landgericht I in Berlin,  
der Fabrikbesitzer Louis Mann,  
der Rentier Gustav Boerner,  
der Kommerzienrath Emil Beringer,  
der Ingenieur und Direktor Karl Fernet und  
der Direktor Karl Wilhelm Meyer in Charlottenburg,  
der Rentier Oswald Prause in Groß-Lichterfelde,  
der Fabrikbesitzer Leopold Bernhardt in Wilmersdorf,  
der Fabrikbesitzer Bruno Schwarz in Pichelsdorf bei Spandau

bei dem Landgerichte II in Berlin.

Zu stellvertretenden Handelsrichtern sind ernannt:

der Kaufmann Heinrich Rothenstein,  
der Kaufmann Adalbert Schilling,  
der Fabrikbesitzer H. Eberhardt,  
der Kaufmann Ernst Reisenberg,  
der Kaufmann Gustav Wienkrud,  
der Kaufmann Hermann Dohst,  
der Kaufmann Jacques Mühsam,  
der Bankier Moritz Helfft,  
der Kaufmann Sally Lehmann, sämmtlich in Berlin,  
bei dem Landgericht I in Berlin,

der Fabrikdirektor Felix Haensch,  
 der Fabrikbesitzer Hermann Städlen,  
 der Stadtrat Mag Cassiter,  
 der Fabrikdirektor Hermann Ernst,  
 der Bankier Kaspar Levy und  
 der Fabrikbesitzer Dr. Ernst Pieper in Charlottenburg.  
 der Kaufmann und frühere Stadtrat Adolf Fischer in  
 Rixdorf,  
 der Direktor der Aktiengesellschaft »Berliner Bleiche Ober-  
 spre« Georg Wolff in Niebelschönowide  
 bei dem Landgerichte II in Berlin,  
 der Tuchfabrikant Robert Dellus in Kuchem  
 bei dem Landgerichte daselbst.

#### Staatsanwaltschaft.

Beim Uebertritt in den Ruhestand ist verließen:

dem Ersten Staatsanwalt, Geheimen Justizrath Mallmann  
 in Trier  
 der Rothe Adler-Orden III. Klasse mit der Schleife,  
 dem Gefängnisdirektor Komowski in Gollnow  
 der Rothe Adler-Orden IV. Klasse.

Zu Ersten Staatsanwälten sind ernannt:

die Staatsanwaltschaftsräthe  
 Schulte vom Landgerichte in Frankfurt a. M. bei dem  
 Landgerichte in Trier,  
 Olbricht vom Landgerichte in Eln bei dem Landgerichte  
 in Elnenburg.

Ueber die erledigten Stellen in Frankfurt a. M. und Eln ist  
 bereits verfügt.

Dem Gefängnisgefänglichen von dem Strafgefängnis in Preunges-  
 heim, Pfarrer Keuß ist bei seinem Scheiden aus dem  
 preussischen Gefängnisdienste der königliche Kronen-Orden  
 IV. Klasse verliehen.

#### Rechtsanwälte und Notare.

Dem Rechtsanwält und Notar, Justizrath Lauerz in Prenzlau  
 ist der Charakter als Geheimen Justizrath verliehen.

Dem Notar, Justizrath Schartz in Uelsen ist die nach-  
 gesuchte Entlassung aus dem Amte ertheilt und zugleich der  
 Rothe Adler-Orden III. Klasse mit der Schleife verliehen.

Der Rechtsanwält, Justizrath Dr. Riis in Hannover und der  
 Rechtsanwält und Notar, Justizrath Kraß in Segeberg  
 sind gestorben.

Dem Notar Hahn in Treis ist der Amtshof in Trier an-  
 gewiesen.

Der Rechtsanwält und Notar Poerschke in Steinau a. D.  
 hat sein Amt als Notar niedergelegt und ist in der Liste  
 der Rechtsanwälte bei dem Amtsgerichte in Steinau a. D.  
 gelöscht.

In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen:  
 die Gerichtsassessoren

Dr. Brauer bei dem Landgerichte in Ratibor,  
 Lewin bei dem Amtsgerichte in Gollub.

#### Gerihtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt:

die Referendare  
 Armsrufer im Bezirke des Oberlandesgerichts zu  
 Breslau,  
 Freyse, Leibl, Bach im Bezirke des Oberlandesgerichts  
 zu Eln,  
 Böttריך, Dr. Sepp im Bezirke des Oberlandesgerichts  
 zu Hamm,  
 Karstfeldt, Gelinsky im Bezirke des Oberlandes-  
 gerichts zu Marienwerder,  
 Becker im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Posen.

#### Mittlere Beamte.

Beim Uebertritt in den Ruhestand ist verließen:

den Obersekretären, Kanzleiräthen Lhiede in Berlin und  
 Minus in Larnowig, dem Gerichtsschreiber, Kanzleirath  
 Schaffer in Weierlingen

der königliche Kronen-Orden III. Klasse,  
 dem Obersekretär, Kanzleirath Appellamp in Hanau, dem  
 Ersten Gerichtsschreiber, Kanzleirath Jagdhuhn in  
 Remsburg, den Gerichtsschreibern, Kanzleiräthen West-  
 helle in Bochum und Müller in Neresburg, dem  
 Amtsanwalt Weber in Eln  
 der Rothe Adler-Orden IV. Klasse,  
 dem Obersekretär Freymark in Onstern, dem Ersten Ge-  
 richtsschreiber, Sekretär Burghardt in Akerleben,  
 den Gerichtsschreibern, Sekretären Schellenberg in  
 Frankfurt a. M., Dohms in Vorgau und Kaluschke  
 in Frankfort

der Charakter als Kanzleirath,  
 den Gerichtsvollziehern John in Kiel und Faustmann in  
 Calbe a. S.

das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens,  
 den Gerichtsvollziehern Dreyer in Berlin, Hildebrand  
 in Jüterbog, Pfeiffer in Cassel, Vogel in Duisburg  
 und Hingz in Kiel  
 das Allgemeine Ehrenzeichen.

#### Kanzleibeamte.

Dem Kanzleigehülfen Wendt in Wittenberg ist aus Anlaß  
 seines Aufstiegs aus dem Kanzleienfste das Allgemeine  
 Ehrenzeichen verliehen.

#### Unterbeamte.

Beim Uebertritt in den Ruhestand ist verließen:

dem Gefangenoberaufseher Jfert in Zegel, den Gerichts-  
 dienern Hiegel bei dem Oberlandesgerichte in Breslau,  
 Esche in Berlin, Gehbardt in Elnenburg, Erg-  
 leben in Stendal, dem Gerichtsdienner und Gefangen-  
 aufseher Müller in Königslein

das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens,  
 dem Ersten Gerichtsdienner Kniew in Halle a. S., den Ge-  
 richtsdiennern Hingz in Wriezen, Rosenzweig in  
 Breslau, Schaake in Wiesel, Potenz in Arnstede,  
 Ahne in Halberstadt, Hiebig in Wöngrowig, den  
 Gefangenoberaufsehern Ulrich in Ratibor, Rajewski in  
 Danzig, Gerich in Heiligenstadt  
 das Allgemeine Ehrenzeichen.

# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

## Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Herausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Verkauf der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Freitag, den 11. April 1902.

Nr. 15.

### Amtlicher Theil.

#### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Berleihungen bei den Justizbehörden.

##### Landgerichte und Amtsgerichte.

Der Landgerichtsrath Krapp in Braunsberg, der Amtsgerichtsrath Rissom in Haberleben und der Amtsrichter Schulz in Schivelbein sind gestorben.

Der Gerichtsassessor Heim ist zum Amtsrichter in Stolp ernannt.

##### Rechtsanwälte und Notare.

Der bei dem Oberlandesgericht in Raumburg zugelassene Rechtsanwalt, Geheimrath Justizrath Pexius in Cöthen sowie die Rechtsanwälte und Notare Fabian in Oultshat, Kadner in Insterburg und Stobbe in Reidenburg sind gestorben.

Der Rechtsanwalt Buchholz in Neumark Westpr. ist zum Notar ernannt.

In der Liste der Rechtsanwälte sind gefolgt:

##### die Rechtsanwältin

Geheimer Justizrath Dr. Vesse bei dem Kammergerichte, Geheimer Justizrath Evers bei dem Oberlandesgericht in Celle, Justizrath Seyfarth bei dem Amtsgericht in Welzen, Dr. Sarrazin bei dem Landgericht in Stendal, Berg bei dem Amtsgericht in Ohligz, Dr. Neuhäus bei dem Amtsgericht in Nälheim a. d. Ruhr.

In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen:

der Rechtsanwalt Berg aus Ohligz bei dem Amtsgericht in Solingen, der Gerichtsassessor Karl Möller bei dem Landgericht in Kiel.

##### Gerichtsassessoren

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt:

##### die Referendare

Rundt, Geiseler im Bezirke des Kammergerichts, Julius Möller, Dr. Schur im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Breslau, Weich im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Cassel, Strudmann im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Celle, Neuhoff, Reichmann, Dr. Holtkötter im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Köln, Sessenberg, Herzog, Stiebel, Erlanger, Hefermehl im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Frankfurt a. M., Jahn im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Hamm, Kramer im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Kiel, Bruno Moeller im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Königsberg i. Pr., Paul Hoffmann im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Marienwerder, Lampe, Ehrlich, Thorwest im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Raumburg a. S., Dr. Plantiko im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Stettin.

Aus dem Justizdienste sind geschieden:

##### die Gerichtsassessoren

Brädner in Folge Uebernahme in die Staatseisenbahnverwaltung, Schuppenreiner in Folge Uebernahme in die Militärverwaltung.

Num. 20.

**Allgemeine Verfügung vom 3. April 1902, — betreffend die Berichterstattung in Begnadigungssachen.**

Allgemeine Verfügung vom 14. August 1879, Ziffer III (Just.-Minist.-Bl. S. 237).

In denjenigen Begnadigungssachen, für welche die Befügung eines Aktenauszugs zu dem an den Justizminister zu erhaltenden Berichte vorgeschrieben ist, kann bei Erstattung eines zweiten oder ferneren Berichtes auf einen bereits eingereichten Aktenauszug Bezug genommen werden. Von der wiederholten Einreichung eines Aktenauszugs ist stets abzusehen, wenn der Sachverhalt in der Zwischenzeit eine wesentliche Aenderung nicht erfahren hat. Die Verlegung des Verurtheilten in eine andere Strafanstalt, die Zurückweisung von ihm gestellter Anträge, eine Besserung oder Verschlechterung seiner Führung in der Strafhaft und Ähnliches werden im Allgemeinen als eine wesentliche Aenderung des Sachverhalts nicht anzusehen sein. Derartige Umstände können zweckentsprechend in dem Bericht erwähnt werden. In geeigneten Fällen ist ein Aktenauszug in Form eines Nachtrags zu dem in dem Bericht in Bezug genommenen früheren Aktenauszug einzureichen.

Berlin, den 3. April 1902.

Der Justizminister.

Schönstedt.

1. 2272. Crim. 99 Bd. 13.

Num. 21.

**Gemeinschaftliche Verfügung des Justizministers und des Ministers des Innern vom 5. April 1902, — betreffend die Bestellung des Polizeiwachtmeisters, welchem innerhalb des Stadtbezirkes Schöneberg die Beaufsichtigung der Märkte und die gewerblichen Revisionen übertragen sind, zum Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft.**

Im Anschluß an den gemeinschaftlichen Erlass vom 15. September 1879 (Just.-Minist.-Bl. S. 349) wird der Polizeiwachtmeister, welchem innerhalb des Stadtbezirkes Schöneberg die Beaufsichtigung der Märkte und die gewerblichen Revisionen, insbesondere die Kontrolle der Maße, Waagen und Gewichte, der Schantgefäße, Bierdruckleitungen u. dergl., die Kontrolle des Markt- und des Nahrungsmittelverkehrs, die Kontrolle von Gewerbetreibenden (Margarine-, Milch- und Droguenhändlern, Trödlern, Pfanbleihern, Waffen- und Munitionshändlern u. dergl.) übertragen sind, zum Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft bestellt, jedoch nur insoweit, als er sich in der Ausübung der bezeichneten Beaufsichtigungs- und Revisionsthätigkeit befindet.

Berlin, den 5. April 1902.

Der Justizminister.

Schönstedt.

Der Minister des Innern.

Im Auftrage:

Peters.

1. 2272. S. 98 Bd. 5.

# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

## Brennische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Herausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Besen der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Freitag, den 18. April 1902.

Nr. 16.

### Amtlicher Theil.

#### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Verleihungen bei den Justizbehörden.

##### Oberlandesgerichte.

Der Landgerichtsrath Quinde in Bielefeld ist zum Oberlandesgerichtsrath in Frankfurt a. M. ernannt.

##### Landgerichte und Amtsgerichte.

Der Landgerichtsrath Schulte in Münster ist zum Landgerichtsdirektor in Paderborn ernannt.

Der Landgerichtsrath Evers vom Landgericht I in Berlin ist gestorben.

Der Landrichter Enke in Weuhen O. Schl. ist in Folge seiner Ernennung zum Regierungsrath in der Verwaltung der direkten Steuern aus dem Justizdienste geschieden.

##### Verfetzt sind:

der Amtsgerichtsrath Jansen in Grottkau nach Emmerich, die Amtsrichter

Habriki vom Amtsgericht I in Berlin an das Landgericht I in Berlin, Lande in Sollub nach Ziegenhof.

Der Gerichtsoffizier Dr. Michels ist zum Landrichter in Elberfeld ernannt.

##### Zu Amtsrichtern sind ernannt:

die Gerichtsoffiziere

Kleinloß in Zeitz,  
Wilhelm Bod in Eiterfeld,  
Wellenberg in Ujez,

##### Well in Gelsenkirchen,

Seeling und Sello in Pinne.

Dem Kaufmann und Konsul Hay in Königsberg i. Pr. ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Amte als Stellvertreter der Landrichter ertheilt und zugleich der Rothe Adler-Orden IV. Klasse verliehen.

##### Staatsanwaltschaft.

Zu Staatsanwälten sind ernannt:

die Gerichtsoffiziere

Dr. Jodwer bei dem Landgericht in Eöln,  
Wänger bei dem Landgericht in Frankfurt a. M.

##### Rechtsanwälte und Notare.

Dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Mannkopff in Kööln ist der Charakter als Geheim Justizrath, dem Rechtsanwalt, Justizrath Fischer in Eöln der Rothe Adler-Orden III. Klasse mit der Schleife verliehen.

Dem Notar Dr. Neuhaus in Wäölmheim a. d. Ruhr ist der Amtssiß in Langendreer, Amtsgerichtsbezirk Wochum, angewiesen.

Zu Notaren sind ernannt:

die Rechtsanwälte

Justizrath Heilborn in Finsterwalde,  
Dender in Uelzen,



der Hypothekenbewahrer J. D. Cramer aus Trier in Eus-  
sichen,  
der Gerichtsassessor Goldberg in Rheinbahlen.

In der Liste der Rechtsanwälte sind gel6st:  
die Rechtsanwälte

Dr. Lehmkühler bei dem Amtsgericht in Charlottenburg,  
Hagart bei dem Amtsgericht in Kyritz,  
Dekowski bei dem Amtsgericht in Carthaus.

In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen:  
die Rechtsanwälte

Rehneil vom Landgerichte II in Berlin und Dr. Lehmkühler aus Charlottenburg bei dem Landgerichte I in Berlin,  
Hagart aus Kyritz bei dem Landgerichte in Neu-Stuppin,  
Dekowski aus Carthaus bei dem Amtsgericht in K6nigsbutte,  
Dr. Ruh aus aus Maltheim a. d. Ruhr bei dem Amtsgericht in Bochum mit dem Wohnsitz in Langendreer,  
der Notar Roth in Neumagen bei dem Amtsgerichte daselbst,

die Gerichtsassessoren

Dr. Poewenthal und Ernst Caro bei dem Landgerichte I in Berlin,  
Storz bei dem Landgerichte II in Berlin,  
Dr. Spier bei dem Landgerichte in Frankfurt a. M.,  
Danziger bei dem Amtsgericht und dem Landgerichte in Onsen,  
Folz bei dem Amtsgericht in Lübben,  
Zhranhart bei dem Amtsgericht in Bleichrode,  
Dr. Zembieg bei dem Amtsgericht in Wesel.

Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt:

die Referendare

Sch6n, Dr. Reier im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Breslau,  
K6rner im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Frankfurt a. M.,  
Dr. Steintoppf, Seebels, Kraß im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Hamm,  
Seiß im Bezirke des Oberlandesgerichts zu K6nigsberg i. Pr.,  
Dr. V6delmann, Rohrad, Konrad Hoffmann im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Raumburg a. S.,  
Becher, Wielcarzewicz im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Posen,  
Elaus im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Stettin.

Die nachgesuchte Entlassung aus dem Justizdienst ist ertheilt:

den Gerichtsassessoren

Kelp behufs Uebertritts zur Gemeindeverwaltung und  
Otto von Prangen.

In den einseitigen Ruhestand versetzte Beamte:

Dem Amtsgerichtsrath, Geheimen Justizrath Wohlleben in Erfurt ist der Rothe Adler-Orden III. Klasse mit der Schleife verliehen.

Der Amtsgerichtsrath Degen in Bonn und der Amtsgerichtsrath Stolze aus Liebenburg sind gestorben.

Durch die Befegung der im Staatshaushalts-Etat für 1902 angefahren neuen Stellen werden voraussichtlich zur Erledigung kommen:

1 Kammergerichtsrathsstelle;

1 Landgerichtsdirektorstelle in Oppeln;

je 1 Landrichterstelle in Oppeln, Ratibor, Elberfeld, Frankfurt a. M., Arnberg, Vissa und Stettin;  
Amtsrichterstellen bei den Amtsgerichten I und II in Berlin und den Amtsgerichten in Cottbus,  
Kirchhain, Ludau, Frickefeld, Springe, Zellerfeld, Varmen, Cochen, M. Gladbach, Kreuznach, Neunkirchen, Rheydt, Solingen, Isoley, Waldbroel, Daaden, Diez, Ehringshausen, Bedunn, Bünde, Hagen i. W., Wattenscheid, K6dding, Landsberg O. Pr.,  
Marienburg, Peggendorf und Inowrazlaw;

die Stellen des Ersten Staatsanwalts in Vartenstein, Graudenz und Ostrowo;

je 1 Staatsanwaltstelle in Essen und Schneidemühl.

## Allerhöchste Erlasse, Ministerial-Verfügungen und Entscheidungen der obersten Gerichtshöfe.

Num. 22.

**Erkenntniß des Reichsgerichts vom 14. Januar 1902.**

Stempelanzug für gemeinschaftliche Testamente.

In Sachen des Justizraths H. in W., Klägers und Revisionsklägers,  
wider

den Preussischen Justizfiskus, vertreten durch die königliche Oberstaatsanwaltschaft in K., Beklagten und Revisionsbeklagten,

hat das Reichsgericht, VII. Eivilsenat, auf die mündliche Verhandlung vom 14. Januar 1902 für Recht erkannt:

Die Revision gegen das Urtheil des Zweiten Civilsenats des königlich Preussischen Oberlandesgerichts zu K. vom 8. Oktober 1901 wird zurückgewiesen; die Kosten der Revisionsinstanz werden dem Revisionskläger auferlegt.

Von Rechts Wegen.

I h a t b e s t a n d.

Der Kläger hat für ein von ihm mit seiner Gattin errichtetes korrespondirendes Testament einen Stempel von 1 Mark 50 Pf. verwendet. Den von dem Vertreter des Justizfiskus erfordernden und beigetriebenen weiteren Stempel von 1 Mark 50 Pf. fordert der Kläger nebst Kosten als zu Unrecht erhoben von dem Justizfiskus zurück. Er ist mit diesem Anspruch in erster Instanz durchgedrungen, in zweiter abgewiesen. Mit der Revision begehrt er unter Widerspruch des Beklagten Aufhebung der Berufungsentscheidung und Wiederherstellung des erstinstanzlichen Urtheils.

E n t s c h e i d u n g s g r ü n d e.

Die Revision konnte keinen Erfolg haben.

Es handelt sich um die Frage, ob ein korrespondirendes Testament (§. 2270 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) in den beiden letztwilligen Verfügungen der Ehegatten zwei verschiedene steuerpflichtige Geschäfte enthält, in welchem Falle nach der Vorschrift des §. 10 Abs. 2 des Stempelsteuergesetzes vom 31. Juli 1895 der Betrag für jedes Geschäft besonders, nämlich mit 1 Mark 50 Pf. nach der Tarifstelle 65 (66), zu berechnen und die Testamentsurkunde mit der Summe der beiden Stempelbeträge (3 Mark) zu belegen ist, oder ob die beiden darin enthaltenen letztwilligen Verfügungen der Ehegatten sich als Bestandtheile eines einheitlichen, nach dem Tarife des Stempelsteuergesetzes steuerpflichtigen Rechtsgeschäfts darstellen (§. 10 Abs. 3 des Stempelsteuergesetzes), in welchem Falle nach der Vorschrift dieser Bestimmung nur der für das eine einheitliche Rechtsgeschäft vorgesehene Stempelbetrag zu entrichten ist, das wäre hier der Stempel für ein Testament, für eine letztwillige Verfügung mit 1 Mark 50 Pf.

In Uebereinstimmung mit dem Berufungsgericht und dem Kammergerichte (Beschluß vom 25. März 1901, Johow-Ring, Jahrbuch der Entscheidungen Bd. 22 S. 21) bejahet das Reichsgericht diese Frage im Sinne der ersten Alternative.

Die Thatfache, daß die beiden letztwilligen Verfügungen sich äußerlich in einer und derselben Urkunde befinden, entscheidet die Streitfrage ebenso wenig wie die Gemeinsamkeit des Errichtungsfakts (Endemann, Lehrbuch des Bürgerlichen Gesetzbuchs Bd. III §. 45) und selbst die durch §. 2267 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zugelassene Gemeinsamkeit in der Form der Abgabe der beiden Willenserklärungen; denn alles dieses findet sich auch bei dem nicht korrespondirenden gemeinschaftlichen Testamente vor, und

daß die in einem solchen Testament enthaltenen beiden letztwilligen Verfügungen der Ehegatten verschiedene, selbständig versteuerbare Rechtsgeschäfte darstellen, läßt sich mit Grund nicht bezweifeln. Auch der Umstand, daß das Bürgerliche Gesetzbuch im § 2270 von einem gemeinschaftlichen Testamente spricht, ist ohne Bedeutung; denn bei der Bezeichnung des gemeinschaftlichen Testaments (§. 2265 ff.) bedient sich das Bürgerliche Gesetzbuch überhaupt der Einzahl. Das erklärt und rechtfertigt sich daraus, daß der Ausdruck »Testament« nicht nur den Akt der letztwilligen Verfügung, sondern auch die Testamenturkunde bezeichnet, und daß das Wesen des gemeinschaftlichen Testaments eben darin besteht, daß zwei »Testamente«, den Ausdruck im Sinne von letztwilliger Verfügung genommen, in einem »Testamente«, nämlich in einer Testamenturkunde, errichtet werden. Der Kernpunkt der Frage ist der, ob die Abhängigkeit der beiden in dem korrespondierenden Testament enthaltenen letztwilligen Verfügungen von einander eine derartige ist, daß sie diese zu Bestandtheilen eines einheitlichen Rechtsgeschäfts gleichsam zusammenschweißt. Das muß verneint werden. Rag die Abhängigkeit in dem »Zusammenhange der Motive« zu suchen sein, wie die zweite Kommission zur Berathung des Bürgerlichen Gesetzbuchs einhellig annahm (Protokolle Bd. V S. 450, 451), oder mag als die hier anwendbare juristische Kategorie die der Voraussetzung anzusehen sein (Windscheid) oder die der Bedingung, oder mag wenigstens das Gesetz die beiden Verfügungen als gegenseitig bedingte behandeln (Strobal, Erbrecht 2. Auflage S. 182 Note 8), zergliedert man diese oder die sonst (Endemann a. a. O. S. 192 Nr. 2b und Note 10, Frommhold, Erbrecht S. 242) gegebenen juristischen Konstruktionen bis auf den letzten Rest, so bleibt stets die Thatsache unberührt stehen, daß bei dem korrespondierenden Testament in den beiden letztwilligen Verfügungen zwei einseitige, selbständige rechtsgeschäftliche Willensakte der zwei Erblasser vorliegen, die durch nichts Anderes als lediglich durch den eigenen, von dem Gesetzgeber als wirksam anerkannten Willen der beiden Erblasser in ihrer Wirksamkeit hergestellt von einander abhängig gemacht worden sind, daß die eine Verfügung mit der anderen steht und fällt. Diese zwei Rechtsgeschäfte werden weder durch diese gewillkürte Abhängigkeit, noch durch die Gemeinschaft des Errichtungsakts, noch auch durch »die Gemeinschaft des Testirwecks« zu einem nach dem Stempelsteuergesetz steuerpflichtigen Rechtsgeschäfte, zu einer letztwilligen Verfügung.

In Ansehung der Besteuerung, die danach jede Verfügung für sich zu treffen hat, kann ein anderes Ergebnis auch nicht durch die Annahme herbeigeführt werden, daß es der Absicht des Gesetzgebers nicht entsprechen könne, das korrespondierende Testament höher als den Erbvertrag zu besteuern (Heinitz, Stempelsteuergesetz vom 31. Juli 1895 2. Auflage S. 597 Nr. 6). Es kann dahin gestellt bleiben, ob eine solche Annahme als begründet anzusehen sein möchte, was keineswegs zweifelhaft ist; denn selbst wenn dies der Fall wäre, würde jene Absicht, die nirgends im Gesetz Ausdruck gefunden hat, den Mangel einer entsprechenden positiven Bestimmung nicht ersetzen können.

Die Revision war hiernach zurückzuweisen.

Das Urtheil ist in der öffentlichen Sitzung vom 14. Januar 1902 verkündet.

Justizministerium I. 2006. Steuerfachen 62 Bd. 4.

## Nichtamtlicher Theil.

In Karl Heymanns Verlage zu Berlin ist erschienen:

»Dienstlaufbahn der Preussischen Richter und Staatsanwälte«. Bearbeitet im Bureau des Justizministeriums. — 1902. —

Der Preis beträgt 2 Mark für das kartonirte Exemplar des Werkes.

# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

## Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Herausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Nutzen der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Freitag, den 25. April 1902.

Nr. 17.

### Amtlicher Theil.

#### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Verleihungen bei den Justizbehörden.

##### Vandgerichte und Amtsgerichte.

Versetzt sind:

der Landgerichtsdirektor **Bird** in **Wagen** nach **Bonn**,  
 die **Amtsrichter**

**Serr** in **Halbau** an das **Amtsgericht I** in **Berlin**,  
**Küppelberg** in **Nicola** als **Landrichter** nach **Glab**,  
**Gasse** in **Julba** als **Landrichter** nach **Cassel**.

Dem **Amtsgerichtsrath** **Domann** in **Belgard** ist der **Rothe**  
**Adler-Orden IV. Klasse** verliehen.

Die **Amtsgerichtsräthe** **Dr. Radt** in **Frankfurt a. M.** und  
**Kienast** in **Köslin** sind **gestorben**.

Dem **Landrichter** **Sattig** in **Beuthen O. Schl.** ist behufs **Ueber-**  
**tritts** zur **Bergverwaltung** die **nachgesuchte Entlassung** aus  
 dem **Justizdienst** ertheilt.

Der **Kaufmann** **Julius Schniewind** in **Elberfeld** ist zum  
**Handelsrichter** bei dem **Landgerichte** **dieselbst** **wiederernannt**.

Zu **stellvertretenden Handelsrichtern** sind  
 ernannt:

der **Kaufmann** **Richard Friedrich** in **Elberfeld**  
 bei dem **Landgerichte** **dieselbst**,

wiederernannt:

der **Fabrikant** **Lhorbede** in **Cassel**  
 bei dem **Landgerichte** **dieselbst**.

Jahrb. Minist. - Bl. 1902

##### Staatsanwaltschaft.

Dem **Ersten Staatsanwalt** von **Reben** in **Frankfurt a. M.**  
 ist die **Genehmigung** zur **Annahme** und **Anlegung** des von  
**Seiner Durchlaucht** dem **Fürsten** zu **Schaumburg-Pippe** ihm  
 verliehenen **Ehrenkreuzes** **zweiter Klasse** des **fürstlich Schaum-**  
**burg-Pippischen Hausordens** ertheilt.

Dem **Staatsanwaltschaftsrath** **Schulke** vom **Landgerichte II** in  
**Berlin** ist die **nachgesuchte Dienstentlassung** mit **Pension**  
 ertheilt und **zugleich** der **Rothe Adler-Orden IV. Klasse**  
 verliehen.

Versetzt sind:

der **Staatsanwaltschaftsrath** **Kroehnke** in **Danzig** an das  
**Oberlandesgericht** in **Marienwerder**,  
 der **Staatsanwalt** von **Drygalski** in **Tilsit** an das **Land-**  
**gericht** in **Königsberg i. Pr.**

##### Rechtsanwälte und Notare.

Dem **Rechtsanwalt** und **Notar**, **Justizrath** **Kortum** in **Raum-**  
**burg a. S.** ist der **Karakter** als **Geheimer Justizrath**,  
 dem **Rechtsanwalt** und **Notar**, **Justizrath** **Dr. Freudentheil**  
 in **Stade** der **Rothe Adler-Orden IV. Klasse**  
 verliehen.

Dem **Notar**, **Justizrath** **Wengel** in **Hirschberg** ist die **nach-**  
**gesuchte Entlassung** aus dem **Amte** ertheilt.

20

Zu Notaten sind ernannt:

die Rechtsanwälte

Kühmann in Rathenow,  
Nicolai in Trenndriegen,  
Dr. Seydorn in Neumünster.

In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen:

die Richtkassenoffiziere

Paerwald bei dem Landgericht in Frankfurt a. M.,  
Dr. Härtich bei dem Landgericht in Reiningen,  
Rade bei dem Amtsgericht in Selsenkirchen mit dem  
Wohnsitz in Wanne,

der frühere Richtkassenoffizier Dr. Kohde bei dem Landgericht I  
in Berlin.

Richtkassenoffiziere.

Zu Richtkassenoffizieren sind ernannt:

die Reiterbare

Zhieslbürger im Bezirke des Kammergerichts,  
Dr. Reindberger im Bezirke des Oberlandesgerichts zu  
Breslau,  
Nissen, Dr. Schmaßl, Stöck, Dr. Rödig,  
Dr. Hoengen im Bezirke des Oberlandesgerichts zu  
Eöln,  
von Radowiz, Combrind, Weg im Bezirke des  
Oberlandesgerichts zu Hamm,  
Pietau im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Marien-  
werder,

Dr. Becker, Wahn im Bezirke des Oberlandesgerichts  
zu Raumburg a. S.,  
Dr. Doering, Schatz im Bezirke des Oberlandesgerichts  
zu Posen.

Der Richtkassenoffizier Woldmann ist in Folge seiner Wahl  
zum beabsichtigten Beigeordneten der Stadt Oshersleben aus  
dem Justizdienste geschieden.

Den Richtkassenoffizieren Lornow und Baruch ist die nach-  
gesuchte Entlassung aus dem Justizdienst ertheilt.

Mittlere Beamte.

Dem Gerichtsschreiber, Sekretär Weisner in Liegnitz ist  
der Charakter als Kanzleirath verliehen,  
dem händigen Bureauhülfsarbeiter Hagen in Berlin der  
Titel als Kanzleifretör beigelegt.

In den einstweiligen Ruhestand versetzte Beamte:

Der Oberlandesgerichtsrath, Geheimen Justizrath Friede in  
Stettin ist gestorben.

Den Amtsgerichtsräthen D'Avio in Oberwesel und Bielig  
in Erfurt ist der Rothe Adler-Orden III. Klasse mit der  
Schleife verliehen.

Bei dem Gerichtgefängnis in Remel ist eine Inspektorstelle  
zu besetzen.

## Allerhöchste Erlasse, Ministerial-Befugnisse und Entscheidungen der obersten Gerichtshöfe.

Num. 23.

Beschluß des Kammergerichts vom 13. Januar 1902.

Verpflichtung der Grundbuchämter zur Auskunftsertheilung an Behörden.

In der Grundbuchsache von P. Nr. 168 und Nr. 36 hat der Erste Civilsenat des königlichen  
Kammergerichts in der Sitzung vom 13. Januar 1902 beschlossen:

Die von der königlichen Direktion der Rentenanstalt für die Provinz S. zu W. gegen  
den Beschluß der 4. Civilkammer des königlichen Landgerichts zu G. vom 7. Dezember 1901  
eingelegte weitere Beschwerde wird mit der Maßgabe zurückgewiesen, daß Kosten für die Be-  
schwerdeinstanz nicht zum Ansage kommen.

Auch für die weitere Beschwerdeinstanz sind Gebühren und Auslagen nicht zu erheben.

Gründe.

Durch Schreiben vom 15. Oktober 1901 ersuchte die königliche Direktion der Rentenanstalt für S.  
das königliche Amtsgericht zu G. um Auskunft darüber:  
wann, in welcher Größe und von welchem Grundstücke das Trennstück Grundbuchnummer 168  
P. abgezweigt sei,

sowie um Ramhaftmachung des derzeitigen Eigenthümers — (nicht nur des eingetragenen Eigenthümers) — von P. Nr. 36.

Dieses Erfuchen ist vom Amtsgerichte für unbegründet erachtet und nicht erledigt worden, weil für die Amtsgerichte als Grundbuchämter auch Behörden gegenüber eine Pflicht zur Auskunftsertheilung nicht besteht. Die Rentenbankdirektion machte hiergegen zunächst im Aufschlagswege bei dem zuständigen Landgerichtspräsidenten geltend, daß ihr als einer staatlichen Behörde die erforderliche Auskunft nicht verweigert werden könne, erzielte aber hiermit keinen Erfolg, da der Landgerichtspräsident zu einem Einschreiten im Aufsichtswege keine Veranlassung gefunden hat. Demnach beschritt die Rentenbankdirektion mit dem Antrag auf Herbeiführung der sachlichen Erledigung des Erfuchens vom 15. Oktober 1901 den Beschwerdeweg aus den §§. 71 ff. der Grundbuchordnung. Dabei ist geltend gemacht, daß §. 11 der Grundbuchordnung die öffentlich-rechtliche Befugniß der Behörden auf Ertheilung von Auskünften aus dem Grundbuche nicht berühre, daß vielmehr in dieser Beziehung die im §. 38 der Verordnung vom 2. Januar 1849 (Gesetz-Samm. S. 1) enthaltenen Vorschriften maßgebend geblieben seien. Daneben wird ausgeführt, daß durch Einsicht des Grundbuchs, Abschriften aus dem Grundbuch und gegebenenfalls durch Einforderung der Grundakten die Auskunftsertheilung durch das Grundbuchamt der entstehenden Schwierigkeiten und Kosten wegen nicht genugsam ersetzt werden könne. Die 4. Civilkammer des Königlichen Landgerichts zu G. hat diese Beschwerde untern 7. Dezember 1901 kostenpflichtig zurückgewiesen. Dieser Beschluß geht davon aus, daß die Amtsgerichte in Grundbuchsachen lediglich als Grundbuchämter thätig zu sein hätten und daher nur den für die Grundbuchämter erlassenen gesetzlichen Bestimmungen unterworfen seien. Diese (reichsgesetzlichen und landesgesetzlichen) Bestimmungen begründeten aber die Verpflichtung zur Auskunftsertheilung für die Grundbuchämter auch Behörden gegenüber nicht, zumal §. 38 der Verordnung vom 2. Januar 1849, der überdies nur instruktionelle Vorschriften enthalte, für die Amtsgerichte als Grundbuchämter nicht maßgebend sei. Thatsächlich sei es endlich auch sachgemäß, daß den Grundbuchämtern die Ertheilung von Auskünften nicht zugemuthet werden solle, da solche Auskünfte in zahlreichen Fällen eine rechtliche Beurtheilung der im Grundbuche beurkundeten Verhältnisse würden enthalten müssen.

Die weitere Beschwerde der Rentenbankdirektion, welche zur Durchführung des ursprünglichen Begehrens auf Ertheilung von Auskunft im Wesentlichen nur die früheren Ausführungen wiederholt, ist zwar zulässig, aber sachlich nicht begründet.

Die Frage, ob die preussischen Amtsgerichte als Grundbuchämter (Art. 1 Pr. A. G. zur G. B. D.) Behörden gegenüber zur Ertheilung von Auskünften über den Inhalt des Grundbuchs verpflichtet seien, ist für die Entscheidung des vorliegenden Falles nicht nothwendig in voller Allgemeinheit zu beantworten. Vielmehr genügt es, da das in den §§. 71 ff. der Grundbuchordnung geordnete Rechtsmittelverfahren begrifflich auf die nach Maßgabe der Grundbuchgesetze ergehenden Entscheidungen zu beschränken ist, an sich zur Zurückweisung der weiteren Beschwerde, wenn festgestellt werden kann, daß eine Verpflichtung zur Auskunftsertheilung an Behörden für die preussischen Grundbuchämter nach den vorgedachten Gesetzen nicht besteht. In dieser Beziehung hat es bei den bisherigen Entscheidungen des Kammergerichts (Beschlüsse vom 26. November 1900, 1. Y. 750. 00, Johow-King, Jahrbuch Bd. 21 A. S. 273 ff., vom 6. Mai 1901, 1. Y. 290. 01 und für das ältere Recht vom 29. Oktober 1883, Johow, Jahrbuch Bd. 4 S. 112 ff.) zu bewenden, nach denen eine Pflicht zur Auskunftsertheilung der gedachten Art aus der Grundbuchgesetzgebung nicht hergeleitet werden kann. Die §§. 11, 93, 94 der Grundbuchordnung sowie die entsprechenden landesgesetzlichen Vorschriften der §§. 32 und 36 der Allg. Verf. vom 20. November 1899 (Just.-Minist.-Bl. S. 349) verbieten zwar die Auskunftsertheilung aus dem Grundbuch oder den Grundakten nicht, sie lassen aber keinen Raum für die Annahme einer entsprechenden Pflicht zur Auskunftsertheilung seitens des Grundbuchrichters. Denn es ist in den sämtlichen vorgedachten Bestimmungen nur von der Einsicht des Grundbuchs und der Grundakten und von Abschriften aus denselben die Rede, keineswegs aber von einer dem Grundbuchamt obliegenden Pflicht zu entsprechenden Auskünften. Daraus ergibt sich, daß Beschwerden über Verweigerung einer Auskunft seitens des Grundbuchrichters nicht auf die Bestimmungen des §. 11 der Grundbuchordnung und der zu dessen Ergänzung bestimmten reichs- und landesgesetzlichen Vorschriften gegründet werden können. Bedinglich dies ist in dem bereits gedachten

Beschlüsse des Kammergerichts vom 6. Mai 1901 ausgesprochen. Dagegen hat sich jener Beschluß nicht mit der Frage befaßt, ob und wie weit — (abgesehen von der aus §. 19 Abs. 2 Zwgs.-Verf. G. vom 20. März 1897 ersichtlichen Auskunftspflicht der Grundbuchämter) — die preussischen Amtsgerichte als Grundbuchämter etwa aus den Vorschriften des preussischen öffentlichen Rechtes zur Auskunftsertheilung an Behörden verpflichtet sind und zur Erfüllung dieser Pflicht im Wege der Beschwerde angehalten werden können. Nach dieser Richtung ist darauf hinzuweisen, daß die Grundbuchordnung und ihre Ergänzungsgesetze für das Privatrechtsgebiet bestimmt sind und eine Aenderung des in den deutschen Einzelstaaten bestehenden öffentlichen Rechtes aus hinsichtlich der Befugnisse des Inhalts des Grundbuchs und der Grundakten weder beabsichtigt, noch herbeigeführt haben. Dies erhellt schon aus der Begründung des ersten Entwurfs, welche (Amtl. Ausg. des Entw. einer Grundbuchordnung, Berlin 1889 S. 46) die Berücksichtigung öffentlicher Interessen an der Kenntniß des Grundbuchinhalts, als nicht dem Gebiete des Privatrechts angehörig, der landesgesetzlichen Regelung zuweist, sowie aus der Denkschrift zur Grundbuchordnung zu §. 11 (10 des 2. Entwurfs). Dort wird (zu vergl. Sahn-Rugdan, Mater. Bd. 5 S. 155) hervorgehoben, daß durch den §. 10 des Entwurfs (11 des Gesetzes) die Vorschriften des öffentlichen Rechtes nicht berührt werden, welche in den einzelnen Bundesstaaten die Befugnisse von Behörden und Beamten zur Einsicht des Grundbuchs regeln. Im Uebrigen fehlt es an jedem inneren Grunde für die Annahme, daß Vorschriften des öffentlichen Rechtes der Einzelstaaten, welche die Ertheilung von Auskünften der Grundbuchämter an Behörden betreffen, eine anderweitige Regelung hätten erfahren sollen. Artikel 1 Pr. A. G. zur Grundbuchordnung, auf welchen das Landgericht Bezug nimmt, ist hier überhaupt nicht zu verwerthen, da er nur festsetzt, daß die Amtsgerichte die Verpflichtungen der Grundbuchämter zu übernehmen haben, das Maß dieser Verpflichtungen aber für das öffentliche Recht nicht ändert.

Vom Standpunkte des in Preußen geltenden öffentlichen Rechtes wird die Verpflichtung des Grundbuchamts zur Auskunftsertheilung an Behörden auch hinsichtlich des Inhalts der Grundbücher und Grundakten grundsätzlich nicht verneint werden können. Es kommen in dieser Beziehung schon die allgemeinen staatsrechtlichen Grundätze über das Verhältnis koordinirter Staatsbehörden zu einander in Betracht, welche im §. 38 der Verordnung vom 2. Januar 1849 (Gesetz-Samml. S. 1) dahin Ausdruck gefunden haben, daß sich die Gerichte und die Verwaltungsbehörden bei Erledigung der ihnen obliegenden Geschäfte innerhalb ihres Ressorts Unterstützung zu leisten haben. Daneben ist darauf hinzuweisen, daß in der Allg. Verf. des Justizministers vom 15. November 1894 (Just.-Minist.-Bl. S. 314) Beamten der Grundbuchämter Mittheilungen an die Steuerbehörden zur Pflicht gemacht sind, welche Auskünfte aus dem Grundbuche darstellen, obwohl im §. 35 Abs. 6 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891, §. 25 Abs. 5 des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 und §. 25 Abs. 5 des Ergänzungsteuergesetzes vom 14. Juli 1893 nur von Einsicht der Bücher x. und der Ertheilung von Abschriften die Rede ist. Es muß indessen daran festgehalten werden, daß die Entscheidung darüber, ob und inwieweit die Grundbuchrichter im öffentlichen Interesse nach bestehende landesgesetzlichen Vorschriften zur Auskunftsertheilung verbunden sind, nur den Aufsichtsbehörden zusteht und eine Beschwerde an die geordneten gerichtlichen Instanzen im Sinne des §. 71 der Grundbuchordnung nicht zugelassen ist. Insbesondere muß der Entscheidung der Aufsichtsbehörden überlassen werden, ob der Grundbuchrichter im öffentlichen Interesse verbunden ist, Behörden nicht bloß Auskunft über Thatfachen zu geben, sondern ihnen gegenüber auch auf eine mit Verantwortlichkeit verknüpfte Beurtheilung grundbuchrechtlicher Verhältnisse sich einzulassen. Die im untergebenen Falle erhobene grundbuchrechtliche Beschwerde ist jedenfalls zurückzuweisen.

Nur im Kostenpunkte bedarf die Entscheidung des Landgerichts einer Verichtigung. Die der Rentenbankdirektion als einer Staatsbehörde aus §. 8 Ziffer 1 Pr. G. R. G. zustehende Gebührenfreiheit bedingt — trotz der anscheinend widersprechenden Vorschrift im §. 9 Abs. 1 Pr. G. R. G. — auch die Nichterforderung der entfallenden Auslagen (Schulz, Pr. G. R. G. §. 9 Anm. 2). Ebenso sind für die Entscheidung über die weitere Beschwerde Gebühren und Auslagen nicht zu erheben.

Justizministerium I. 1557. G. 114.

# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

## Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Herausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Besen der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Freitag, den 2. Mai 1902.

Nr. 18.

### Amtlicher Theil.

#### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Vergleihungen bei den Justizbehörden.

##### Landgerichte und Amtsgerichte

Dem zur Uebernahme der Stelle eines deutschen Mitglieds des gemischten Gerichtshofs erster Instanz in Kairo beurlaubten Landgerichtsrath Dr. Herzbrach vom Landgericht I in Berlin ist der Charakter als Geheimen Justizrath verliehen.

Der Amtsgerichtsrath Albinus in Hirschberg ist gestorben.

Der Staatsanwaltschaftsrath Hagemann in Magdeburg ist zum Landgerichtsrath in Erfurt ernannt.

Der Landrichter Schimmelpfennig in Vyd ist nach Königsberg i. Pr. versetzt.

(Die Landrichterstelle in Vyd wird nicht wieder besetzt.)

##### Staatsanwaltschaft.

Dem Oberstaatsanwalt, Geheimen Oberjustizrath Jergahn in Hamm ist der Charakter als Wirklicher Geheimen Oberjustizrath mit dem Range eines Rathes erster Klasse verliehen.

Dem Ersten Staatsanwalt, Geheimen Justizrath de la Croix in Northausen ist bei seinem Uebertritt in den Ruhestand der Rother Adler-Orden III. Klasse mit der Schleife verliehen.

Versetzt sind:

der Staatsanwalt Schmidt in Allenstein an das Landgericht II in Berlin,

der Gefängnisdirektor Helling bei dem Centralgefängnis in Bochum an das Gefängnisgefängnis in Hannover.

##### Rechtsanwälte und Notare.

Den Rechtsanwältinnen und Notaren, Justizräthen Bärkner in Rixdorf, Haacke in Pöthenburg und Friedländer in Bielefeld ist der Rother Adler-Orden IV. Klasse verliehen.

Der Rechtsanwalt und Notar Dr. Ludwig Salinger in Berlin ist gestorben.

Dem Notar Paul Meyer in Teuchern ist der Amtssitz in Lützen angewiesen.

Der Rechtsanwalt Hirsch in Pr. Stargard ist zum Notar ernannt.

In der Liste der Rechtsanwälte sind gelöscht:

die Rechtsanwälte

Schüd bei dem Landgericht in Viegny,  
Paul Meyer bei dem Amtsgericht in Teuchern.

In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen:

die Rechtsanwälte

Dr. Sarrazin aus Stendal bei dem Landgericht I in Berlin,

Paul Meyer aus Teuchern bei dem Amtsgericht in Lützen.

##### Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt:

die Referendare

Major a. D. Schwarzkopff, Kühnast im Bezirke des Kammergerichts,

Bröckelmann, Schenk im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Cassel,

Senff im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Celle,

Heuser, Schwade im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Eßln,

Jung im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Frankfurt a. M.,

Wellenkamp, Kunze im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Kiel,

Dr. med. Rosenbaum im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Marienwerder,



Dem Gerichtsdirektor Volber ist die Rettungsmedaille am Bande verliehen.

#### Mittlere Beamte.

Beim Uebertritt in den Ruhestand ist verliehen:  
dem Obersekretär, Kanzleirat Appeltamp in Hanau  
der Rotze Adler-Orden IV. Klasse,

den Gerichtsschreibern, Sekretären Lehner in Syd und  
Ritschmann in Bromberg  
der Charakter als Kanzleirat.

Dem Gerichtsvollzieher Sommer in R. Labbach ist der  
Königliche Kronen-Orden IV. Klasse verliehen.

## Allerhöchste Erlasse, Ministerial-Verfügungen und Entscheidungen der obersten Gerichtshöfe.

### Num. 24.

#### Beschluß des Kammergerichts vom 10. Februar 1902.

Eine Gewerkschaft des neuen Rechtes bedarf zum Erwerbe von Grundstücken nicht der staatlichen Genehmigung.

In der Grundbuchsache von B. Band I Blatt Nr. 26 des königlichen Amtsgerichts zu K. hat der erste Civilsenat des königlichen Kammergerichts in der Sitzung vom 10. Februar 1902

auf die von der Gewerkschaft D. zu S., vertreten durch den Grundenvorstand, eingelegte weitere Beschwerde beschlossen:

Unter Aufhebung des Beschlusses der 1. Civilkammer des königlichen Landgerichts zu B. vom 11. Dezember 1901 und des Beschlusses des königlichen Amtsgerichts zu K. vom 1. Dezember 1901 wird die Sache zur anderweiten Erörterung und Entscheidung nach Maßgabe der folgenden Gründe an das vorgenannte Amtsgericht zurückverwiesen.

Eine Gebühr für die weitere Beschwerde kommt nicht in Ansatz, die baaren Auslagen hingegen fallen der Beschwerdeführerin zur Last.

#### Gründe.

Der Beschwerdeführerin, einer Gewerkschaft neuen Rechtes, ist unter dem 30. November 1901 das Grundstück Band I Blatt Nr. 26 des Grundbuchs von B., welches mehr als 5 000 Mark werth ist, von dessen Eigentümer E. v. M. zu K. aufgelassen. Die Vorinstanzen haben die Eintragung des Eigentumsüberganges gemäß Art. 7 §. 1 des preussischen Ausführungsgesetzes zum B. O. V. von der Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde abhängig gemacht. Der Regierungspräsident zu D. und das Oberbergamt zu B. stehen auf dem Standpunkte, daß es der Genehmigung einer Aufsichtsbehörde zu dem Erwerbe nicht bedürfe. Die weitere Beschwerde steht auf dem gleichen Standpunkt und ist ersieint auch begründet. Nach §. 96 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 kann eine dem Bereiche dieses Gesetzes angehörige Gewerkschaft unter ihrem Namen Rechte erwerben und Verbindlichkeiten eingehen, Eigentum und andere dingliche Rechte an Bergwerken und Grundstücken erwerben, vor Gericht klagen und verklagt werden. Das Landgericht nimmt an, daß mit dieser Vorschrift nur die Rechtsfähigkeit der Gewerkschaft des neuen Rechtes als einer juristischen Person habe anerkannt, nicht aber die Frage entschieden werden sollen, ob die an sich mit selbständiger Rechtspersönlichkeit ausgestattete Gewerkschaft auch Grundeigentum ohne staatliche Genehmigung erwerben dürfe. Dieser Ansicht kann nicht beigetreten werden. Es ist vielmehr davon auszugehen, daß durch den §. 96 B. O. auch die unbeschränkte, nicht an die Zustimmung des Staates gebundene Erwerbsfähigkeit der Gewerkschaft in Beziehung auf Bergwerke und Grundstücke zum Ausdruck gebracht werden sollte. Die Gewerkschaft entsteht nach §. 94 B. O. kraft Gesetzes dadurch, daß zwei oder mehrere Personen ein Bergwerk zu Eigentum erwerben und die gewerkschaftliche Verfassung nicht durch besondere Vereinbarungen ausschließen (vergl. §. 133 B. O.). Der Erwerb des

Bergwerkes durch Mehrere ist aber ein von jeder staatlichen Mitwirkung unabhängiger Akt. Es kann also nicht wohl unterstellt werden, daß der Gesetzgeber den die Entstehung der Gewerkschaft bedingenden Erwerb eines vielleicht sehr werthvollen Bergwerkes ohne Genehmigung einer Aufsichtsbehörde hätte zulassen und demnachst den Ankauf eines im Verhältnisse zum Bergwerke geringwerthigen Grundstücks durch die so entstandene Gewerkschaft unter die für Korporationen und Gemeinden geltende Regel des §. 83 II 6 A. v. R. hätte bringen wollen. Diese Regel bindet auch die Veräußerung von Grundstücken an die Zustimmung des Staates. Darin sind aber die Gewerkschaften unbeschränkt, sofern nur die erforderliche Mehrheit von Stützen sich für die Veräußerung ausdrückt (§. 114 B. G.). Zudem unterstehen die Gewerkschaften im privaten Rechtsverlehte keiner staatlichen Aufsicht. Die Befugnisse des Oberbergamts als staatlicher Aufsichtsbehörde sind bestimmt abgegrenzt; nirgends sind sie auf die Genehmigung von Grundstücks-erwerb ausgebehnt (vergl. §§. 190, 94, 235 a ff. B. G., Klostermann-Jürst Ann. 7 zu §. 94). Endlich darf nicht unbeachtet bleiben, daß der §. 96 B. G., indem er die selbständige Rechts- und Erwerbsfähigkeit der Gewerkschaft anerkennt, eine Nachbildung des Art. 213 des Handelsgesetzbuchs in der Fassung des Gesetzes vom 24. Juni 1861 ist (Motive zum B. G. in der Zeitschrift für Bergrecht Bd. 6 S. 151). Daß aber der die selbständige Rechtspersönlichkeit der Aktiengesellschaft noch schärfer betonende Art. 213 gerade auch die Befreiung der letzteren von staatlicher Aufsicht in Hinsicht auf den Grundstücks-erwerb hat festsetzen wollen, ist im Hinblick auf die Art. 214, 242, 247, 248 unbedenklich, wo das Gesetz die staatliche Genehmigung fordert, ist es ausdrücklich ausgesprochen. Die unbeschränkte Erwerbsfähigkeit mindehens der preussischen Aktiengesellschaften war denn auch unbetritten (Staub, Komm. z. H. G. B. I. Aufl. §. 3 zu Art. 213 H. G. B.). Ebenso unbetritten war auch, daß auf Grund des §. 96 B. G. die Gewerkschaft zum Erwerbe von Grundeigenthum der staatlichen Genehmigung nicht bedurfte, daß vielmehr in der Anerkennung ihrer rechtlichen Selbständigkeit auch die Anerkennung ihrer von staatlicher Aufsicht befreiten Erwerbsfähigkeit lag. Zweifelshaft war nur die hier nicht zu entscheidende Frage, ob die Rechts- und damit die Erwerbsfähigkeit der Gewerkschaft sich auf den Betrieb des Bergwerkes und der damit in Verbindung stehenden Unternehmungen beschränke oder ob die einmal rechtsgültig entstandene Gewerkschaft befugt sei, die ihr gesetzlich verliehene Rechts- und Handlungsfähigkeit auch auf anderen Gebieten und zu anderen Zwecken, als für das ihr verliehene Bergwerkeigenthum, zu bethätigen. Das Reichsgericht hat die Frage neuerdings in letzterem Sinne entschieden (Urtheil vom 28. September 1901 in der Zeitschrift für Bergrecht Bd. 43 S. 87 ff., wo auch weitere Literaturangaben).

Was nach Vorstehendem der Rechtszustand bis zum Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezüglich des Erwerbes von Grundeigenthum durch eine Gewerkschaft des neuen Rechtes, wie angegeben, enthielt also der §. 96 B. G. eine Sonderbestimmung des Gewerkschaftsrechts, so ist zu untersuchen, ob dieser Rechtszustand durch die neuere Gesetzgebung geändert, mithin der §. 96 B. G. in dem Punkte des Grundstücks-erwerbes beseitigt worden ist. Der Art. 86 E. G. z. B. G. B. hat die landesgesetzlichen Vorschriften unberührt gelassen, welche den Erwerb von Rechten durch juristische Personen beschränken oder von staatlicher Genehmigung abhängig machen, soweit diese Vorschriften Gegenstände im Werthe von mehr als 5000 Mark betreffen. Andererseits sollen nach Art. 67 Abs. 1 E. G. die landesgesetzlichen Vorschriften unberührt bleiben, welche dem Bergrecht angehören. Beide Vorbehalte haben in dem preussischen Ausführungsgesetze zum B. G. B. ihre Erledigung gefunden, der erstere in Art. 7, der letztere in Art. 37. Der Art. 7 §. 1 lautet in den hier in Betracht kommenden Absätzen 1 und 2:

Juristische Personen, die in Preußen ihren Sitz haben, bedürfen zum Erwerbe von Grundstücken im Werthe von mehr als 5000 Mark der Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde.

Dies gilt nicht für Familienstiftungen, für juristische Personen, deren Rechtsfähigkeit auf einem neben dem B. G. B. bestehenden Reichsgesetze beruht, sowie für solche juristische Personen des öffentlichen Rechtes, welche nach den für sie geltenden Gesetzen ohne die im Abs. 1 bezeichnete Genehmigung Grundeigenthum erwerben können.

Nach der Begründung (S. 67 der Seymannschen Ausgabe) und nach dem Kommissionsberichte (S. 329 daselbst) hat die Frage, inwiefern juristische Personen zum Erwerbe von Grundstücken staatlicher Genehmigung bedürfen, formell neu und für die ganze Monarchie einheitlich unter Anpassung an das

Reichsrecht geregelt werden sollen. Neues Recht hat nicht geschaffen werden sollen. Der Art. 7 §. 1 setzt an die Stelle des oben bereits angeführten §. 83 116 A. v. R. und ähnlicher in Preußen bisher in Geltung gebliebener Sonderbestimmungen eine für alle preussischen juristischen Personen passende allgemeine Regel. Von dieser Regel sind, dem geltenden Rechte entsprechend, die Familiensiftungen sowie diejenigen juristischen Personen ausgenommen, deren Rechtsfähigkeit auf einem neben dem B. G. bestehenden Reichsgefesse beruht. Für Vereine und Stiftungen, die nach Maßgabe des B. G. V. Rechtsfähigkeit erlangen, ist dagegen das Erforderniß der Genehmigung der Aufsichtsbehörde, wiederum in Uebereinstimmung mit dem bestehenden Rechtszustande, beizubehalten. Daß die Gewerkschaften der allgemeinen Vorschrift des §. 83 116 A. v. R. nicht unterlegen hatten, ist bereits ausgeführt. Nach den Gesetzesmaterialien deutet also nichts darauf hin, daß durch den Art. 7 §. 1 eine derart einschneidende Aenderung hat eingeführt werden sollen, wie sie die Bindung der Gewerkschaft an die Staatskontrolle beim Erwerbe von Grundstücken in sich schließen würde. Wie der Art. 86 E. G. das Vergrecht nicht berührt, so handelt auch der den Vorbehalt des Artikels ausführende Art. 7 §. 1 nicht vom Vergrecht und der ihm angehörenden juristischen Person der Gewerkschaft. Das Vergrecht betrifft — in Ausführung des Art. 67 E. G. — der Art. 37 A. G. Es ist, wie die Begründung (S. 116) hervorhebt, auch in seinen privatrechtlichen Beziehungen aufrecht erhalten. Nur in einigen bestimmten Punkten wird das Verggesetz von 1865 mit Rücksicht auf das neue Reichsrecht abgeändert (es wird, wie es im Eingange des Art. 37 heißt, dahin geändert u. s. w.). Mit diesen Abänderungen bleibt es in Kraft. Zu den von der Aenderung berührten Bestimmungen gehört der §. 96 B. G. nicht. Er gilt also auch nach dem Intrafttreten des B. G. V. in dem bereits festgestellten Sinne weiter, daß die Gewerkschaft zum Erwerbe von Grundstücken staatlicher Genehmigung nicht bedarf. Sätze der Art. 7 §. 1 auch die Gewerkschaft dem allgemeinen Rechte der juristischen Personen in dem Punkte des Grunderwerbes unterstellen wollen, so hätte dies eines unzweideutigen Ausdrucks im Gesetze bedurft. Nach den Materialien und Angesichts des Art. 37 kann man den Art. 7 §. 1 Abs. 1 nur mit der sich aus dem Sonderrechte der Gewerkschaften ergebenden Einschränkung verstehen. Die gegenwärtige Ansicht der Vorinstanzen führt zu dem befremdenden Ergebnisse, daß eine Gewerkschaft ohne staatliche Mitwirkung durch den Erwerb des werthvollsten Bergwerkes entstehen, auch, einmal entstanden, unbefchränkt Bergwerke erwerben kann (vergl. Art. 37 §. 1 A. G., wo nur die auf die Grundstücke sich beziehenden Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs auf das Bergwerkseigenthum für anwendbar erklärt sind, Crusen-Müller, Vorbemerkungen zu Art. 7 S. 138 f), dagegen zu dem Erwerbe verhältnißmäßig unbedeutender Zubehörgrundstücke staatlicher Genehmigung bedürfen würde. Zudem fehlt es den Gewerkschaften an einer allgemeinen staatlichen Aufsichtsbehörde im Sinne des Art. 7 §. 1 A. G., da die Befugnisse der Oberbergämter durch das Ausführungsgefetz nicht erweitert sind und der Regierungspräsident nur die Aufsichtsinflanz ist für die nicht bloß einen gewerblichen Zweck verfolgenden Korporationen und sonstige juristische Personen (§. 2 Nr. 5 der Regierungsinstruktion vom 23. Oktober 1817, §. 18 des Landesverwaltungsgefetzes vom 30. Juli 1883). An dem gewonnenen Ergebnisse kann auch nichts ändern, daß ausländische Gewerkschaften nach Art. 7 §. 2 A. G. in Verbindung mit Art. 6 der königlichen Verordnung vom 16. November 1899 (Gesetz-Samml. S. 562) zum Erwerbe von Grundstücken der Genehmigung des zuständigen Ministers bedürfen. Für die inländischen Gewerkschaften folgt daraus nichts, wie sich auch der Vorbehalt in Art. 7 §. 1 Abs. 2 nur auf die preussischen Aktiengesellschaften bezieht und damit die Nothwendigkeit der Genehmigung für außerpreussische Gesellschaften nach Maßgabe des Art. 7 §. 2 in keiner Weise verneint. Die hier vertretene Meinung stimmt mit der Auffassung der Verwaltungsbehörden überein und ist bereits in der Juridatur und Literatur ausgesprochen (vergl. den Beschluß des V. G. Halle in der Zeitschrift für Vergrecht Bd. 41 S. 481 und Weßhoff, das preussische Gewerkschaftsrecht S. 71). Sie führt zur Aufhebung der Vorentscheidungen und Zurückverweisung der Sache an das Amtsgericht, damit dieses anberweit über die Eigenthumsenträgung befunde. Nicht entschieden ist selbstverständlich die Frage, wie es sich mit der Genehmigung von Eideukungen oder Anwendungen von Todeswegen an Gewerkschaften, sofern sie in Grundstücken bestehen, verhält (Art. 6 A. G.).

Den Kostenpunkt regeln die §§. 7, 9 Tr. G. R. G.

Justizministerium I. 2827. R. 36 Ob. 12.

# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

## Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Herausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Besten der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Freitag, den 9. Mai 1902.

Nr. 19.

### Amtlicher Theil.

#### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Verleihungen bei den Justizbehörden.

##### Justizministerium.

Dem Vorksteher der Geheimen Kalkulatur, Geheimen Rechnungsrath Müller ist die Genehmigung zur Annahme und Anlegung des von Seiner Majestät dem Kaiser von Japan ihm verliehenen Offizierkreuzes des Ordens des Heiligen Schazes ertheilt.

##### Landgerichte und Amtsgerichte.

Der Amtsgerichtsrath Camradt in Stettin ist gestorben.

Der Amtsrichter Koehler in Rosenberg Westpr. ist nach Hadow versetzt.

Der Amtsrichter Saebler in Witowo ist aus dem Justizdienste geschieden.

Die Versetzung des Amtsrichters Pohndör in Neuhans a. D. nach Wennigsen (S. 63) ist zurückgenommen.

##### Staatsanwaltschaft.

Dem Ersten Staatsanwalt Freytag bei dem gemeinschaftlichen Landgericht in Meiningen ist die Genehmigung zur Annahme und Anlegung des von Seiner Hoheit dem Herzog von Sachsen-Meiningen ihm verliehenen Ritterkreuzes erster Klasse des Sachsen-Ernestinischen Hausordens ertheilt.

##### Rechtsanwälte und Notare.

Der Rechtsanwalt und Notar, Geheimer Justizrath Orgler in Posen sowie die Rechtsanwälte, Geheimer Justizrath Ecken in Köln und Justizrath Franz Wilhelm Fischer in Rülheim a. Rh. sind gestorben.

Der Rechtsanwalt Dahms in Vöhen ist zum Notar ernannt.

In der Liste der Rechtsanwälte sind gelöscht:

die Rechtsanwälte

- Justizrath Wenzel bei dem Landgericht in Hirschberg,
- Redden bei dem Amtsgericht in Biedenkopf,
- Dr. Seba (dt) bei dem gemeinschaftlichen Landgericht in Meiningen.

In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen:

der frühere Kriegsgerichtsrath Dammann bei dem Amtsgericht in Rülheim a. d. Ruhr,

der frühere Rechtsanwalt Peters bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in Coblenz,

die Gerichtsassessoren

- Eustodis bei dem Landgericht in Köln,
- Dr. Karl Weiß bei dem Landgericht in Hrensburg,
- Dr. Ferrmanns bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in Bonn,

Dr. Baer bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in Düsseldorf,  
Hugo Cohn bei dem Amtsgericht in Ostfildt,  
Marxfeldt bei dem Amtsgericht in Liegenhof.

Dem Gerichtsassessor Dr. Erdmann ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Justizdienst ertheilt.

#### Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt:  
die Referendare

Dr. Munk, Kunze, Fabian, Dr. Seidenschnur,  
Paul Friedländer, Dr. Schrader im Bezirke des  
Kammergerichts,  
Abolf Heymann, Friedrich Hoffmann im Bezirke des  
Oberlandesgerichts zu Breslau,  
Dr. Siebel im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Köln,  
Richard Pieper, Böcker im Bezirke des Oberlandes-  
gerichts zu Hamm,  
Stahl, Meyerowich im Bezirke des Oberlandesgerichts  
zu Königsberg i. Pr.,  
Dr. Bunte, Dr. Bätow im Bezirke des Oberlandes-  
gerichts zu Stettin,

#### Mittlere Beamte.

Dem Gerichtsschreiber, Sekretär Rübenhagen in Erfurt ist bei seinem Uebertritt in den Ruhestand der Charakter als Kanzleirath verliehen.

#### Unterbeamte.

Dem Gefangenaußseher Carl Ludwig Gustav Neumann beim Unterwuchungsgefängniß in Berlin-Moabit ist bei seinem Uebertritt in den Ruhestand das Allgemeine Ehezeichen verliehen.

In den einseitigen Ruhestand versetzte Beamte.  
Der Amtsgerichtsrath D'Arvis in Niederlahnstein ist gestorben.

### Allerhöchste Erlasse, Ministerial-Verfügungen und Entscheidungen der obersten Gerichtshöfe.

#### Num. 25.

Allgemeine Verfügung vom 29. April 1902, — betreffend die Errichtung weiterer Kammern für Handelsfachen in Bochum und Magdeburg sowie die Erhöhung der Anzahl der Handelsrichter und der stellvertretenden Handelsrichter bei der Kammer für Handelsfachen in Posen.

Allgemeine Verfügung vom 26. Juli 1879 (Just.-Minist.-Bl. S. 210).  
Befanntmachung vom 30. Dezember 1891 (Just.-Minist.-Bl. 1892 S. 3).  
Allgemeine Verfügung vom 10. Juni 1892 (Just.-Minist.-Bl. S. 195).  
Allgemeine Verfügung vom 13. Juni 1892 (Just.-Minist.-Bl. S. 195).  
Allgemeine Verfügung vom 12. Oktober 1898 (Just.-Minist.-Bl. S. 255).  
Allgemeine Verfügung vom 25. November 1899 (Just.-Minist.-Bl. S. 386).

Auf Grund des §. 100 des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes bestimmt der Justizminister Folgendes:

#### §. 1.

Vom 1. Oktober 1902 ab werden errichtet:

1. in der Stadt Bochum bei dem Landgerichte daselbst für dessen Bezirk eine zweite Kammer für Handelsfachen;
2. in der Stadt Magdeburg bei dem Landgerichte daselbst für dessen Bezirk eine dritte Kammer für Handelsfachen.

#### §. 2.

Die Anzahl der zu ernennenden Handelsrichter und stellvertretenden Handelsrichter wird vom 1. Oktober 1902 ab für die Kammern für Handelsfachen bei dem Landgerichte zu Bochum auf je acht und bei dem Landgerichte zu Magdeburg auf je zwölf erhöht.

## §. 3.

Die Ernennung der Vorsitzenden der Kammern für Handelsachen und die Einberufung der stellvertretenden Handelsrichter erfolgt nach Maßgabe der Bestimmungen in den §§. 4, 5 der Allgemeinen Verfügung vom 26. Juli 1879 (Just.-Minist.-Bl. S. 210).

## §. 4.

Vom 1. Oktober 1902 ab wird bei der Kammer für Handelsachen in Posen die Zahl der Handelsrichter und der stellvertretenden Handelsrichter auf je vier erhöht.

Berlin, den 29. April 1902.

Der Justizminister.  
Schönstedt.

I. 3283. H. 18. Bd. 4.

## Num. 26.

Allgemeine Verfügung vom 30. April 1902, — betreffend die Ausführung des Gesetzes über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger vom 2. Juli 1900 (Gesetz-Samml. S. 264).

Nach den bei der Ausführung des Gesetzes über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger vom 2. Juli 1900 gemachten Erfahrungen ist es angezeigt, den zuständigen Kommunalverbänden (§. 9) eine schnelle und sachgemäße Unterbringung der Fürsorgezöglinge und einen dauernden Ueberblick über deren gesammte persönliche Verhältnisse mehr als bisher zu erleichtern. Im Einverständnisse mit dem Herrn Minister des Innern bestimme ich zu diesem Zwecke sowie im Interesse einer gleichmäßigen Handhabung der bestehenden Vorschriften — unbeschadet der Zuständigkeit der Gerichte, darüber zu befinden, welche der auf Grund des Gesetzes vom 2. Juli 1900 ergehenden Beschlüsse nach dem Gesetze der Zustimmung bedürfen, — Folgendes:

1. In den nach §. 4 a. a. O. ergehenden Beschlüssen, desgleichen in den auf Grund des §. 5 getroffenen Anordnungen ist das religiöse Bekenntniß des Minderjährigen anzugeben (§. 9 Abs. 1 letzter Satz).
2. Das Amtsgericht hat dem zuständigen Kommunalverbände
  - a) den nach §. 4 ergehenden Beschlüsse, auch wenn er die Unterbringung zur Fürsorgeerziehung ablehnt, anzustellen (vergl. §. 4 Abs. 3 und 4),
  - b) die auf Grund des §. 5 getroffene Anordnung abschriftlich oder nach ihrem wesentlichen Inhalte mitzutheilen,
  - c) in dem Falle des §. 13 Abs. 3 den Beschlüsse des Landgerichts oder des Kammergerichts, durch welchen die Beschwerde der Eltern oder des gesetzlichen Vertreters des Minderjährigen zurückgewiesen worden ist, mit den Akten zur Kenntnisaufnahme vorzulegen.
3. Das Amtsgericht hat dem Landrath (Oberamtman, Gemeindevorstande, Vorsteher der königlichen Polizeibehörde) von dem Eintritte der Rechtskraft des nach §. 4 ergangenen Beschlusses alsbald Mitteilung zu machen.

Im Anschlusse hieran weise ich darauf hin, daß eine genaue Kenntniß der Thatfachen und Erwägungen, auf welche das Gericht in den Fällen des §. 4 seine Entscheidung gestützt hat, dem mit dem Akteninhalte bis dahin nicht bekannten Kommunalverbände sowohl für die Frage, ob der Beschlüsse anzufechten, als auch für die zu seiner Ausführung zu ergreifenden Maßnahmen von Bedeutung sein muß. Bei der Begründung des Beschlusses wird diesen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen und zum Ausdruck zu bringen sein, auf welche der unter Ziffer 1 bis 3 des §. 1 des Gesetzes aufgestellten Voraussetzungen die Entscheidung sich gründet.

Berlin, den 30. April 1902.

Der Justizminister.  
Schönstedt.

I. 3085b. F. 80.

Num. 27.

Allgemeine Verfügung vom 30. April 1902 über das Verfahren bei der Festsetzung der dem Beschuldigten aus der Staatskasse zu erstattenden notwendigen Auslagen.

§. 499 Abs. 2, §. 505 Abs. 1 Satz 2 der Strafprozeßordnung.

Allgemeine Verfügung vom 15. März 1892 (Just.-Minist.-Bl. S. 109).

Der Nummer III der Allgemeinen Verfügung vom 15. März 1892 (Just.-Minist.-Bl. S. 109) wird folgender zweite Absatz hinzugefügt:

Ist der Beschluß von dem Amtsrichter erlassen, so hat der Staatsanwalt die ihm gemäß der Bestimmung in Nr. I. 3 mit der Urschrift des Beschlusses zugehenden Akten ohne Verzug dem Ersten Staatsanwalt mit einer Äußerung darüber einzureichen, ob ein Anlaß zur Einlegung der Beschwerde vorliegt. Die Einlegung der Beschwerde oder die Uebergabe der Akten an den aufsichtführenden Amtsrichter mit der in dem ersten Absätze vorgeschriebenen Erklärung ist innerhalb der einwöchigen Frist durch den Ersten Staatsanwalt unmittelbar zu bewirken.

Berlin, den 30. April 1902.

Der Justizminister.  
Schönstedt.

I. 2648. Criminalkosten 20 Bb. 8.

Num. 28.

Bekanntmachung vom 30. April 1902, — betreffend die Herausgabe einer Uebersichtskarte der Verwaltungsbezirke der Königlich Preussischen Eisenbahndirectionen und der Königlich Preussischen und Großherzoglich Hessischen Eisenbahndirection in Mainz.

Die im Ministerium der öffentlichen Arbeiten in neuer Ausgabe bearbeitete Uebersichtskarte der Verwaltungsbezirke der Königlich Preussischen Eisenbahndirectionen und der Königlich Preussischen und Großherzoglich Hessischen Eisenbahndirection in Mainz ist im Kommissionsverlage der Simon-Schroppschen Landkartenhandlung in Berlin, W. 8 Jägerstraße 61, erschienen. Im Interesse möglichster Verbreitung der Karte bleibt der mäßige Preis von sechs Mark für das Stück bestehen.

Berlin, den 30. April 1902.

Der Justizminister.  
Schönstedt.

I. 3063. E. 92.

## Num. 29.

**Allgemeine Verfügung vom 5. Mai 1902 über die Bildung einer Strafkammer bei dem Amtsgerichte zu M.-Glabbach.**

Auf Grund des §. 78 des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes bestimmt der Justizminister Folgendes:

Bei dem Amtsgerichte zu M.-Glabbach wird für die Bezirke der Amtsgerichte zu M.-Glabbach, Rheyt und Odenkirchen vom 1. Juni 1902 ab eine Strafkammer gebildet. Ihr werden zugewiesen:

1. in erster Instanz die Thätigkeit der Strafkammer des Landgerichts hinsichtlich der Verhandlungen und Entscheidungen nach Eröffnung des Hauptverfahrens (§. 201 der Strafprozeßordnung), jedoch mit Anschluß der Entscheidungen in den bei dem Schwurgericht anhängigen Sachen (§. 82 des Gerichtsverfassungsgesetzes);
2. in der Berufungsinstanz die gesammte Thätigkeit der Strafkammer des Landgerichts, soweit in der Besetzung mit drei Richtern zu verhandeln und zu entscheiden ist.

Berlin, den 5. Mai 1902.

Der Justizminister.

Schönstedt.

I. 3477. S. 99.

## Num. 30.

**Gemeinschaftliche Verfügung des Justizministers und des Ministers des Innern vom 6. Mai 1902, — betreffend die Bestellung der bei der Sittenpolizei in Charlottenburg, Schöneberg und Rixdorf beschäftigten Kriminalwachmeister zu Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft.**

Im Anschluß an den gemeinschaftlichen Erlaß vom 15. September 1879 (Just.-Minist.-Bl. S. 349) werden die bei der Sittenpolizei in Charlottenburg, Schöneberg und Rixdorf beschäftigten Kriminalwachmeister zu Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft bestellt.

Berlin, den 6. Mai 1902.

Der Justizminister.

In Vertretung:

Künzel.

Der Minister des Innern.

In Vertretung:

von Bischoffshausen.

I. 3066. S. 98. Bd. 5.



## Num. 31.

**Allgemeine Verfügung vom 7. Mai 1902, — betreffend die Schiffsaidungen, welche von anderen als preussischen Behörden ausgeführt sind.**

Nachdem die zwischen dem Deutschen Reiche und Oesterreich vereinbarte, durch Bekanntmachung des Herrn Reichskanzlers vom 30. Juni 1899 (Centralblatt für das Deutsche Reich S. 202) veröffentlichte Schiffsaidordnung für die Elbe ohne sachliche Aenderung auf sämtlichen Wasserstraßen Preussens, abgesehen vom Rheine mit seinen Nebenflüssen und dem Dortmund-Emskanal, sowie auf den Binnenschiffahrtswegen in Braunschweig, Bremen, Lippe, Lüneburg, Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz eingeführt worden ist und nachdem die beteiligten Staaten um die Freizügigkeit der Binnenschiffe zu fördern, die Aidergebnisse unter einander anerkannt haben, ist von den Herren Ministern der öffentlichen Arbeiten, der Finanzen und für Handel und Gewerbe angeordnet worden, daß Nichtschiffe, die für Binnenschiffe von Nichtbehörden jener deutschen Bundesstaaten ausgestellt sind, von den preussischen Stellen den in Preußen ausgefertigten gleichgeachtet werden, und daß ebenso die im Geltungsbereich der Elbaidordnung von hamburgischen, anhaltischen, sächsischen oder österreichischen Nichtbehörden ausgeführten Aidungen auf allen preussischen Binnengewasserstraßen anzuerkennen sind.

Dies wird zur Kenntniß der Justizbehörden gebracht.

Berlin, den 7. Mai 1902.

Der Justizminister.  
Schönstedt.

I. 2335. S. 94 Bd. 9.

## Num. 32.

**Bekanntmachung vom 8. Mai 1902, — betreffend den von der Feuerversicherungsgesellschaft Colonia zu Köln eingefandten Prämienanteil an den Versicherungen der Justizbeamten im Jahre 1901.**

Die Feuerversicherungsgesellschaft Colonia in Köln hat von dem Betrage der Versicherungsprämien, welche im Jahre 1901 von den bei ihr versicherten Justizbeamten eingegangen sind, wiederum die Summe von Eintausend achthundert Mark der Justiz-Offizianten-Witwen-Kasse überwiesen.

Der Justizminister nimmt Veranlassung, die Justizbeamten hiervon mit dem Bemerken in Kenntniß zu setzen, daß er der Gesellschaft seinen Dank für die erneute Zuwendung ausgesprochen hat.

Berlin, den 8. Mai 1902.

Der Justizminister.  
Schönstedt.

I. 3199. J. O. W. Kaffe 72.

# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

## Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Herausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Besten der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Freitag, den 16. Mai 1902.

Nr. 20.

### Amtlicher Theil.

#### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Verleihungen bei den Justizbehörden.

##### Justizministerium.

Der Kammergerichtsrath Kübler ist zum Geheimen Justizrath und vortragenden Rath im Justizministerium ernannt.  
 Die Gerichtsschreiber bei dem Kammergerichte, Sekretäre Joerben und Grassow sind zu Geheimen Registratoren ernannt.

##### Oberlandesgerichte.

Der Oberlandesgerichtsrath Claassen in Marienwerder ist in Folge seiner Ernennung zum Geheimen Regierungsrath und vortragenden Rath bei der Ober-Rechnungskammer aus dem Justizdienste geschieden.

Ernannt sind:

der Kammergerichtsrath Gänther zum Ernatspräsidenten in Hamm,  
 die Landgerichtsräthe Riehl in Duisburg und Schmölber in Arnberg zu Oberlandesgerichtsräthen in Hamm,  
 der Landgerichtsrath Dr. Schüd vom Landgericht I in Berlin zum Kammergerichtsrath.

Der Rechnungstreisior bei dem Oberlandesgerichte, Rechnungsrath Kefler in Breslau ist gestorben.

##### Landgerichte und Amtsgerichte

Dem Landgerichtspräsidenten, Geheimen Oberjustizrath Roessel in Ostrowo und

Just.-Minist.-Bl. 1902.

dem Landgerichtsrath, Geheimen Justizrath Fleischmann vom Landgericht I in Berlin

ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ertheilt.

Dem Landgerichtspräsidenten, Geheimen Oberjustizrath Klein in Bonn ist der Königlich-Kronen-Orden II. Klasse verliehen.

Zu Landgerichtsdirektoren sind ernannt:

die Landgerichtsräthe

Wieser aus Nordhausen in Magdeburg,  
 Dr. Springmühl in Düsseldorf daselbst,  
 Pflü vom Landgericht I in Berlin daselbst,  
 Berends aus Dortmund in Essen,  
 Bräutigam in Duisburg daselbst,  
 Fleischmann in Frankfurt a. M. daselbst,  
 Seuffarth aus Erfurt in Dortmund,  
 Martins aus Halle a. S. in Eßln,

die Amtsgerichtsräthe

Vonhoff vom Amtsgericht I in Berlin bei dem Landgericht I in Berlin,  
 Friedemanns aus Düsseldorf in Saarbrücken.

Verstet sind:

die Landgerichtsräthe Meyer in Pissa und Moser in Kattibor,  
 der Amtsgerichtsrath Dr. Göringuer vom Amtsgericht I

in Berlin als Landgerichtsrath, die Amtsrichter Heinrich Meyer und Dr. Daberow vom Amtsgericht I in Berlin, Birkenfeld und Appel in Cottbus, Seigler vom Amtsgericht II in Berlin und Ritzen in Eudau als Landrichter an das Landgericht I in Berlin, der Amtsrichter Dr. Philipp in Kirchhain als Landrichter nach Prenzlau, der Amtsgerichtsrath Werten in Lapiou an das Amtsgericht I in Berlin, der Amtsrichter Hoffmann in Friedland O. Schl. als Landrichter nach Gleiwitz, der Landgerichtsrath Hoffmann in Oppeln als Amtsgerichtsrath nach Breslau, der Amtsgerichtsrath Dr. Weihe in Wände nach Cassel, der Amtsrichter von Hartwig in Hannover als Landrichter an das Landgericht daselbst, die Amtsgerichtsräthe Groschupf in Jellerfeld und Cramer von Clausbruch in Springe nach Hannover, der Amtsrichter Dr. Heuser in Cochem als Landrichter nach Bonn, der Landgerichtsrath Weisweiler in Düsseldorf und der Amtsrichter Dr. Heinrich Elemen in Ebn als Landrichter an das Landgericht in Ebn, der Amtsgerichtsrath Diez in Kreuznach als Landgerichtsrath, die Amtsrichter Chrzedinski in Düsseldorf, Busch in Ehringhausen und Nengel in Reunfkirchen als Landrichter an das Landgericht in Düsseldorf, der Amtsrichter Kadjan in Landsberg Ohpr. als Landrichter nach Elberfeld, der Amtsrichter Arimond in Solingen nach Bonn, die Amtsrichter Dr. Kauten in N. Glaback, Heuden in Ottweiler und Sprossmann in Toley nach Ebn, der Amtsgerichtsrath Dr. Hied in Rheindt nach Düsseldorf, der Landgerichtsrath Schmitz in Düsseldorf als Amtsgerichtsrath nach N. Glaback, der Amtsrichter Gottsacker in Barmen nach Mägen, der Amtsrichter Hüscher in Beegendorf nach Frankfurt a. M., der Amtsrichter Schneider in Daaden nach Köschl, der Amtsrichter Haub in Diez nach Wiesbaden, der Amtsrichter Vogelfänger in Bochum als Landrichter an das Landgericht daselbst, der Amtsgerichtsrath von Wanger in Duisburg als Landgerichtsrath an das Landgericht daselbst, der Amtsrichter Dr. Junfer in Essen als Landrichter an das Landgericht daselbst, der Amtsrichter Hassen in Hagen als Landrichter an das Landgericht daselbst, der Amtsrichter Wange in Wattenscheid nach Bochum, der Amtsrichter Berger in Bochum nach Dortmund, der Amtsrichter Frey in Bochum nach Essen, der Amtsrichter Soeden in Bedum nach Castrop, der Amtsrichter Peterfen in Nöbbing nach Neumünster, der Amtsrichter Blankenstein in Lissa als Landrichter nach Braunsberg, der Amtsgerichtsrath Kowalle in Inowrazlaw nach Danzig, der Landrichter von Seebach in Stettin nach Erfurt, der Landgerichtsrath Spieß in Elberfeld nach Halle a. S., der Amtsrichter Gramberg in Marienburg nach Halle a. S., der Amtsrichter Schiffer in Wengowitz nach Inowrazlaw.

Die Staatsanwaltschaftsräthe Dr. Hiedler und Keller von der Staatsanwaltschaft des Landgericht I in Berlin sind zu Amtsgerichtsräthen bei dem Amtsgericht I in Berlin ernannt.

Zu Landrichtern sind ernannt:

die Richtersaffessoren  
Dr. Kirchte in Gleiwitz,  
Dr. Hagemeyer in Elberfeld,  
Chorus in Saarbrücken,  
Dr. Güttenbein, Westhoff und Henniges in Dortmund,  
Dr. Barthelmes und Dr. Wellmann in Duisburg.

Zu Amtsrichtern sind ernannt:

die Richtersaffessoren  
von Polheim in Kollberge-Rädersdorf,  
Dr. George Wolff in Pörlberg,  
Franz Vanger in Beuthen O. Schl.,  
Paul Schneider in Hultschin,  
Paul Werner in Poltzsch,  
Kasimir Krause in Steina a. D.,  
Dr. Lepenau in Harburg,  
Doemens in Adenau,  
Dr. Ludwig Wagner in Barmen,  
Josef Wolff in Birburg,  
Dr. Friedrich Wrede und Elajen in Düsseldorf,  
Kuddehnel in Elberfeld,  
Veuffen in Werresheim,  
Peeckenboom und Platte in Ottweiler,  
Lauer in Saarbrücken,  
Max Wägel in Saarlouis,  
Dr. Pödel in Velbert,  
Dr. Hubert Schmitz in Wittlich,  
Wüchel in Jell,  
Duffsch, Dannhausen und Unterhinninghofen in Bochum,  
Krimler in Dortmund,  
Dr. Oerersch und Max Hillentamp in Duisburg,  
Gempell und Johann Schulz in Essen,  
Gerhard Schwarz in Mülheim a. d. Ruhr,  
Dr. Heinrich Noeder in Kettinghausen,  
Uetmann in Ruhrort,  
Dr. Oppenheimer in Altona,  
Dr. Opel in Kiel,  
Orlewski in Lissa,  
Soeller in Elmsee und  
Hermann Lindner in Schlochau.

#### Staatsanwaltschaft.

Dem Oberstaatsanwalt, Wirklichen Geheimen Oberjustizrath Irqan in Hamm ist die nachgesuchte Dienstentlohnung mit Pension ertheilt.

Der Landgerichtspräsident Zaehle in Oppeln ist zum Oberstaatsanwalt in Hamm ernannt.

Zu Vertretern des Oberstaatsanwalts mit dem Titel -Erster Staatsanwalt- sind bestellt:

die Ersten Staatsanwälte  
Weizmann aus Graudenz in Breslau und  
Preuß aus Bartenstein bei dem Kammergerichte,

## die Staatsanwaltschaftsräthe

Richard in Köln,  
 Riehe in Celle,  
 Dr. Wrecht in Naumburg,  
 Dr. Rayer in Hamm und  
 Conrad in Posen  
 bei den dortigen Oberlandesgerichten.

Zu Abtheilungsvorstehern bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts I in Berlin mit dem Titel »Erster Staatsanwalt« sind ernannt:

der Landgerichtsdirektor Dr. Schulz in Oppeln,  
 der Erste Staatsanwalt Schönian in Ostrowo,

## die Staatsanwaltschaftsräthe

Velz vom Landgericht in Breslau,  
 Dr. Greßmar und Steindrecht vom Landgericht I in Berlin.

## Verstet sind:

der Staatsanwaltschaftsrath Dr. Kleine vom Kammergericht an die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht I in Berlin,

## die Staatsanwälte

Haasen in Saarbrücken an die Staatsanwaltschaft bei dem Landgerichte II in Berlin,  
 Zimmer in Oppeln nach Schweidnitz,  
 Dr. Speltzahn in Saarbrücken an die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht in Köln,  
 Dr. Preiser in Wiesbaden an die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht in Frankfurt a. M.,  
 Feders in Essen nach Wiesbaden,  
 Kniep in Oslag an die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht in Kiel,  
 Banning in Gnesen nach Erfurt,  
 Schmidt in Schneidemühl nach Greifswald.

Zu Staatsanwälten sind ernannt:

## die Gerichtsassessoren

Ripper in Weiden C. Schl.  
 Randolf und Hansmann bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts in Weiden,  
 Frauenkaedt in Oslag,  
 Dr. Ronge in Gleiwitz,  
 Schöke in Oppeln,  
 Dr. Schick in Hannover,  
 Rickalke und Dr. Großmann in Saarbrücken,  
 Bartholomäus in Bochum,  
 Dr. Wichen in Dortmund,  
 Schürmann in Duisburg,  
 Dr. von Braundehrens und Wilhelm Vov in Essen,  
 Regler in Hagen,  
 Eiede in Königs,  
 Wessel und Spieß in Gnesen,  
 Dr. Henemann in Vissa,  
 Dr. Eichler bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts in Posen,  
 Dr. Schmiß genannt Schmiß-Bohr in Stolp.

## Rechtsanwälte und Notare.

Dem bisherigen Rechtsanwalt und Notar, Geheimen Justizrath Dr. Fesse in Berlin ist aus Anlaß seines Ausscheidens aus dem Amte als Notar sowie als Vorkühender des Vorstandes der Anwaltskammer und aus der Thätigkeit als Rechtsanwalt der Rother Adler-Orden II. Klasse mit Eichenlaub verliehen.

Zu Notaren sind ernannt:

der Rechtsanwalt Herholz in Calbe a. S.,  
 der Gerichtsassessor Wald in Treis.

Der Rechtsanwalt Gladysz in Samter ist gestorben.

In der Liste der Rechtsanwälte sind gelöscht:

## die Rechtsanwälte

Justizrath Dr. Edmund Friedemann bei dem Landgericht I in Berlin,  
 Dr. Meißner bei dem Oberlandesgericht in Frankfurt a. M.,  
 Rayer bei dem Landgericht in Trier,  
 Dr. Helwig bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in Allenstein,  
 Dr. Lautendach bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in Halberstadt,  
 Voigt bei dem Amtsgericht in Lützen,  
 Weddige bei dem Amtsgericht in Sinsig,  
 Dahms bei dem Amtsgericht in Elben.

In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen:

## die Rechtsanwälte

Justizrath Dr. Edmund Friedemann vom Landgericht I in Berlin und Voigt aus Lützen bei dem Landgerichte II in Berlin,  
 Dahms aus Elben bei dem Landgericht in Insterburg,  
 Pörsche aus Steinau a. O. bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in Liegnitz,  
 Rayer aus Trier bei dem Amtsgericht in Düren,

## die Gerichtsassessoren

Dr. Bing bei dem Landgericht in Köln,  
 Dr. Julius Löwenstein bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in Mauthen,  
 Sallen bei dem Amtsgericht in Rheine.

## Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt:

## die Referendare

Sadow, Dr. Willy Abrahamsohn, Dr. Gumpert, Maas im Bezirke des Kammergerichts,  
 Hoffe, Dr. Weigel im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Breslau,  
 Horntal im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Cassel,  
 Schneidler im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Celle,

Graefe im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Frankfurt a. M.,

Dr. Epping im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Hamm, Lasse im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Raumburg a. S.,

Jüllhauer im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Posen.

Die Richterschaften Dr. Wieprecht und Roge sind in Folge ihrer Ernennung zu Kaiserlichen Regierungsräthen und Mitgliedern des Patentamts aus dem Justizdienste geschieden.

Den Richterschaften Reusch, Schulze und Dr. phil. Kluge ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Justizdienste erteilt.

In den einseitigen Ruhestand versetzte Beamte.

Dem Landgerichtspräsidenten, Geheimen Oberjustizrath Korn in Berlin, früher in Essen, ist der Rothe Adler-Orden II. Klasse mit Eichenlaub,

dem Landgerichtsrath Ehler in Berlin der Charakter als Geheimer Justizrath verliehen.

Der Amtsgerichtsrath, Geheimer Justizrath Gregor in Posen ist gestorben.

## Allerhöchste Erlasse, Ministerial-Verfügungen und Entscheidungen der obersten Gerichtshöfe.

Num. 33.

**Allgemeine Verfügung vom 23. April 1902, — betreffend die Regelung der Gehälter für die Staatsanwälte mit dem Titel Erster Staatsanwalt.**

Allgemeine Verfügung vom 4. Juni 1897 (Just.-Minist.-Bl. S. 124).

Die Gehälter der bei den Oberlandesgerichten zu Vertretern der Oberstaatsanwälte Allerhöchst bestellten und der bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts I in Berlin zu Abtheilungsvorstehern ernannten Staatsanwälte mit dem Titel Erster Staatsanwalt werden nach dem System der Dienstaltersstufen geregelt.

Diese Beamten beziehen in der

- |    |                      |       |       |
|----|----------------------|-------|-------|
| 1. | Stufe ein Gehalt von | 5 400 | Mark, |
| 2. | » » » »              | 6 000 | » ,   |
| 3. | » » » »              | 6 600 | » ,   |
| 4. | » » » »              | 7 200 | » ,   |

rücken von 3 zu 3 Jahren in die höhere Gehaltsstufe auf und erreichen mithin in 9 Jahren das Höchstgehalt.

Für die Festsetzung des Besoldungsdienstalters, für die Bemessung der Gehälter, insbesondere das Aufrücken in die höheren Gehaltsstufen und für die Anzeigen von den am 1. Oktober jedes Jahres zahlbaren Gehältern finden diejenigen Bestimmungen Anwendung, welche durch die Allgemeine Verfügung vom 4. Juni 1897 (Just.-Minist.-Bl. S. 124) in Ansehung der Ersten Staatsanwälte bei den Landgerichten, mit Ausnahme desjenigen bei dem Landgericht I in Berlin, getroffen sind.

Berlin, den 23. April 1902.

Der Justizminister.  
Schönstedt.

Num. 34.

**Allgemeine Verfügung vom 7. Mai 1902, — betreffend die von den Beamten der Staatsanwaltschaft an andere Behörden zu machenden Mittheilungen.**

Ziffer 9 Abs. 1 der Allgemeinen Verfügung vom 25. August 1879 (Just.-Minist.-Bl. S. 251).  
Allgemeine Verfügung vom 14. Oktober 1901 (Just.-Minist.-Bl. S. 246).

An Stelle der durch die Allgemeine Verfügung vom 14. Oktober 1901 der Ziffer 9 Abs. 1 der Allgemeinen Verfügung vom 25. August 1879 gegebenen Fassung tritt folgende Fassung:

Wenn gegen einen Offizier des Beurlaubtenstandes auf Zuchthausstrafe, auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte oder auf Unfähigkeit zur Velleidung öffentlicher Aemter rechtskräftig erkannt worden ist, so ist das Urtheil in beglaubigter Abschrift unmittelbar dem Präsidenten des Reichs-Militärgerichts zu übersenden.

Berlin, den 7. Mai 1902.

Der Justizminister.  
Schubert.

L. 3478. S. 20 Bd. 3.

Num. 35.

**Erkenntniß des Reichsgerichts vom 25. April 1902.**

Auslegung der §§. 152, 153 der Gewerbeordnung.

In der Strafsache gegen den Zimmermann Arthur G. zu S.

hat das Reichsgericht, Zweiter Straffenat, in der Sitzung vom 25. April 1902

auf die Revisionen der Staatsanwaltschaft und des Angeklagten nach mündlicher Verhandlung für Recht erkannt:

Die Revision des Angeklagten gegen das Urtheil der Ersten Strafkammer des Königlich Preussischen Landgerichts I zu B. vom 13. Januar 1902 wird verworfen; dem Angeklagten werden die Kosten seines Rechtsmittels auferlegt.

Auf die Revision der Staatsanwaltschaft wird das gedachte Urtheil nebst den zu Grunde liegenden Feststellungen aufgehoben; die Sache wird zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurückverwiesen.

Von Rechts Wegen.

Gründe.

1. Die Revision des Angeklagten, welche Verletzung materiellen Rechts behauptet, ist nicht begründet. Der Instanzrichter erblickt eine dem Zimmermann K. gegenüber ausgesprochene Drohung einmal in der »wie eine Drohung klingenden« Aeußerung des Angeklagten: »Na, Du wirst ja sehen«, in welcher er eine, wenn auch verdeckte, doch dem K. wohl verständliche Drohung findet, daß, wenn er nicht schleunigst einer Organisation beitrete, er Unannehmlichkeiten und Schwierigkeiten seitens des Angeklagten und der übrigen organisirten Zimmerleute zu gewärtigen habe; und zum Andern in der am folgenden Tage dem Polier W. gegenüber gethanen Aeußerung des Angeklagten, der dabei mit der Hand auf den mitanwesenden K. zeigte: »Wenn Sie den behalten, dann hören wir alle auf«, einer Aeußerung, in welcher der Instanzrichter den Ausdruck des Willens sieht, noch einen letzten entscheidenden Druck zum Beitritte

zu einer Organisation auf K. auszuüben. Der Angeklagte habe nämlich wohl gewußt, daß K. sich sagen würde, W. werde es vorziehen, ihn, K., zu entlassen, und habe daher darauf gerechnet, daß K. um der ihm sonst sicheren Entlassung zu entgehen, den Eintritt in eine Organisation als das kleinere Uebel wählen werde. Die Bedeutung der Äußerungen des Angeklagten durch Ansetzung zu ermitteln und festzustellen, ist die Aufgabe des Instanzrichters, vor welchem die Beweisaufnahme vor sich geht. Das Revisionsgericht hat diese Feststellungen seiner Beurtheilung der Sache zu Grunde zu legen; das Rechtsmittel der Revision kann nur auf die Behauptung gestützt werden, daß eine Rechtsnorm verletzt worden sei. Wenn daher die Revision behauptet, die von dem Angeklagten ausgesprochene Drohung richte sich doch in erster Linie gegen den Arbeitgeber, so stellt sie damit eine Thatsache auf, welche als von dem Instanzrichter nicht festgestellt nicht berücksichtigt werden kann. Damit fehlt denn der Ausführung der Revision, die Drohung müsse sich gegen denjenigen richten, von dem der Vermögensvorteil erzwingen werden solle, der Boden. Es ist übrigens durchaus nicht ausgeschlossen, daß eine und dieselbe Äußerung Drohungen gegen verschiedene Personen enthält; sollte die hier in Rede stehende daher zugleich, und selbst in erster Linie, gegen W. gerichtet gewesen sein, so widerspricht das der Annahme nicht, daß sie gegen K. gerichtet war.

Soweit die Revision rügt, daß es an der Angabe der Beweismittel oder der Indizien für festgestellte Thatsachen fehle, ist hervorzuheben, daß, soweit der §. 266 der Strafprozeßordnung solches vorschreibt, die Vorschrift nur instruptioneller Natur ist.

Im Uebrigen genügt es, zur Widerlegung der Ausführungen der Revision auf das Urtheil des erkennenden Senats vom 20. Oktober 1899 gegen S. (abgedruckt in den Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen Bd. 32 S. 335\*) zu verweisen.

2. Dagegen ist die Revision der Staatsanwaltschaft begründet.

In der Hauptverhandlung hatte die Staatsanwaltschaft Verurtheilung des Angeklagten wegen verführter Erpressung in idealer Konkurrenz mit dem Vergehen gegen §. 153 der Gewerbeordnung beantragt, auch war der Angeklagte bereits zu Eingang der Verhandlung auf die Möglichkeit der Anwendung dieser letztern Gesetzesbestimmung von Amtswegen aufmerksam gemacht worden. Die Vorinstanz spricht die Verurtheilung nur wegen verführter Erpressung aus; indem sie, auch unter Berufung auf ein Urtheil des Königlich Preussischen Kammergerichts vom 28. November 1898 (abgedruckt in Goldammer's Archiv Bd. 46 S. 371, 372), von der Ansicht ausgeht, daß der in dem citirten §. 153 gebrauchte Ausdruck »solche Verabredungen (§. 152)« nicht auch die in §. 152 der Gewerbeordnung neben den Verabredungen genannten Vereinigungen umfasse, die Organisation aber, zu deren einer der Zimmermann K. beigetreten habe genöthigt werden sollen, als Vereinigungen im Sinne des §. 152 aufzufassen seien. Die Revision beantragt, das Urtheil, insoweit als nicht der Angeklagte auch wegen Vergehens gegen §. 153 der Gewerbeordnung in idealer Konkurrenz mit Erpressungsversuch verurtheilt worden sei, aufzuheben und die Sache insoweit in die Vorinstanz zurückzuverweisen.

Die sich auf den Wortlaut der §§. 152 und 153 stützende engere Auffassung des in dem §. 153 gebrauchten Wortes »Verabredungen (§. 152)« kann bei Erwägung der aus dem Zusammenhange der gesetzlichen Bestimmungen selbst sich ergebenden Absichten des Gesetzgebers sowie der Entstehungsgeschichte jener gesetzlichen Bestimmungen nicht für richtig gehalten werden.

\*) In der angezogenen Vorentscheidung des Reichsgerichts ist ausgeführt: »Ein Vermögensvorteil im Sinne des §. 253 St. O. B.'s konnte in der Erlangung der Beiträge, welche der Maurer P. zur Verbandskasse der Maurer in Berlin und Vororte zahlen sollte und zum Theil gezahlt hat, ohne Rechtsirrtum gefunden werden, da die Kasse durch die Zahlung eine Erhöhung des Barbestandes erlube, welcher ihr alsbald und unmittelbar zur Verfügung stand, während die Verpflichtung zu künftigen Gegenleistungen an P. eine völlig ungewisse und unbestimmte war. Ob P. selbst einen Vermögensvorteil als erstrebend angesehen hat oder nicht, ist ohne rechtliche Bedeutung; ... rechtswidrig aber war der erstrebte Vermögensvorteil, wenn ein begründeter Rechtsanspruch auf die Erlangung desselben fehlte. ... Als »Dritte«, denen der rechtswidrige Vermögensvorteil erschaffen werden sollte, bezeichnet der Vorbericht ausdrücklich diejenigen Personen, welchen der (in der Verbandskasse angefallene) Streitfonds zu gute kam. ... Die zunächst vorhandene Unbestimmtheit und Unbestimmbarkeit jener Empfänger aber selbst der Anfassung derselben als Dritter im Sinne des Gesetzes ebensowenig entgegen wie die Möglichkeit, daß sowohl der Angeklagte wie P. zu den künftigen Empfängern gehören konnten.«

Durch den §. 152 der Gewerbeordnung sollte der sogenannten Koalitionsfreiheit bundesgesetzliche (reichsgesetzliche) Geltung verschafft werden. Auf der anderen Seite hat der Gesetzgeber die Freiheit der Betheiligung und Nichtbetheiligung an Koalitionen nicht nur dadurch anerkannt, daß er die Freiheit des Rücktritts von Koalitionen ausdru- und Klagen und Einreden aus denselben versagte, sondern es auch für geboten gehalten, ihr noch einen besonderen Schutz durch Strafbestimmungen gegen den sogenannten Terrorismus der auf derselben Seite des Lohnkampfes Stehenden gegen ihre Genossen zu gewähren. Daß nach dem Willen desjenigen Faktors der Gesetzgebung, welcher den Gesetzentwurf ausgearbeitet und vorgelegt hat, dieser Schutz der Betheiligungsfreiheit soweit reichen sollte wie die Koalitionsfreiheit, ergibt sich deutlich bei Ansicht der — den §§. 152 und 153 des Gesetzes entsprechenden — §§. 168 und 169 des dem Reichstage vorgelegten Entwurfs der Gewerbeordnung, von welchen auch der erstere nur das Wort »Verabredungen« enthält, so daß der in dem letztern vorkommende Ausdruck »solche Verabredungen (§. 168)« ein erschöpfendes strafrechtliches Korrelat zu den Bestimmungen des ersteren bildet. Auch die Motive des Entwurfs lassen von einer gegentheiligen Absicht nichts erkennen. Durch einen Abänderungsantrag zweier Abgeordneter wurde in dem §. 168 der Vorlage, abgesehen von anderen erheblichen Aenderungen, das Wort: »Verabredungen« durch die Worte »Verabredungen und Vereinigungen« (im ersten Absatz) und »Vereinigungen und Verabredungen« (im zweiten Absatz) ersetzt. Eine Erläuterung, aus welcher der Grund dieser Aenderung oder der Sinn, welchen die Antragsteller mit dem von ihnen zugesetzten Ausdruck »Vereinigungen« im Gegensatz zu dem vorgefundenen Ausdruck »Verabredungen« verbinden haben, entnommen werden könnte, ist nicht gegeben, auch fehlt es an jeder Erläuterung in den Verhandlungen des Reichstags in der Sitzung vom 3. Mai 1869, in welcher der §. 168 in der Fassung des Abänderungsantrags angenommen wurde. Eine entsprechende Aenderung der Fassung des §. 169 des Entwurfs war von den beiden Antragstellern nicht beantragt; es ist bei den Verhandlungen auch keine Rede davon gewesen, ob die Aenderung des §. 168 nicht eine Aenderung des §. 169 nach sich ziehen müsse. Der §. 169 wurde in den Verhandlungen von Seiten einiger Parteien bekämpft, welche die Aufstellung besonderer Strafbestimmungen überhaupt ablehnten; dem trat der eine der beiden Urheber des zu §. 168 gestellten Abänderungsantrags mit Ausführungen entgegen, in welchen er den Schutz der Freiheit der Betheiligung durch Strafbestimmungen als ein notwendiges Korrelat der Koalitionsfreiheit, welche man in §. 168 geben wollte, bezeichnete; ohne solchen würde die Freiheit der Vereinigung in Vereinigungszwang umgewandelt werden. Davon, daß der Schutz der Betheiligungsfreiheit sich mit der Koalitionsfreiheit, wie sie sich auch gerade auch dem von diesem Redner gestellten Abänderungsantrage gestalten sollte, nicht vollständig decken sollte, findet sich weder in seinen Aeußerungen, in denen er sich häufig des Ausdrucks Vereinigungen bedient, noch in denjenigen anderer Redner eine Anbeutung. Der §. 169 ist demnach ohne Veränderung angenommen, so daß der §. 153 des Gesetzes den genauen Wortlaut der Vorlage aufweise.

Vergl. Drucksachen des Reichstags 1869 Nr. 13 S. 35, 85, Nr. 148 S. 59, Nr. 151 S. 2 und 3, unter 9. Sitzungsprotokoll S. 775 bis 778, 1115.

Die Hinzufügung des Wortes Vereinigungen im §. 168 der Vorlage mag den Antragstellern rathsam erschienen sein, um außer Zweifel zu setzen, daß nicht nur Verabredungen für einzelne Fälle von Lohnkampf, Verabredungen vorübergehender und lokaler Natur, sondern auch Vereine, Vereinigungen, welche die gleichartigen Zwecke auch in künftig auftauchenden Fällen des Lohnkampfes zu fördern bezweckten und überhaupt eine auf möglichst günstige Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gerichtete Thätigkeit allgemeiner Art entfalten wollten, frei sein sollten. Ob der Zusatz gerade notwendig war, ob nicht wegen des jeder Vereinigung innewohnenden Moments der Verabredung der Ausdruck Verabredung im Sinne der Antragsteller weit genug gereicht hätte, mag unentschieden bleiben; Vereinigungen entstehen durch Verabredung, mit dem Worte wird die Gesamtheit der durch eine Verabredung zu einer loseren oder festeren Organisation zusammengeschlossenen Personen bezeichnet, während von dem Bestehen einer Verabredung in der Sprache des gewöhnlichen Lebens mehr gesprochen zu werden pflegt, mein von dem Inhalte des Vereinsbarten die Rede ist. Die durch Verabredung entstandenen Vereinigungen treffen ihrerseits fortbauend in gegebenen Fällen Verabredungen. Der Ausdruck trifft auch dann zu, wenn Beschlüsse von den Organen der Vereinigung gefaßt werden, insofern sich die Angehörigen der letzteren denselben mit



freiem Willen fügen. Andererseits erscheinen diejenigen, welche in einem einzelnen Falle eine Verabredung darüber, wie jeder Einzelne sich verhalten soll, getroffen haben, hierdurch untereinander vereinigt. Die mit den beiden Ausdrücken zu verbindenden Begriffe sind mithin nichts weniger als bestimmt von einander zu scheiden; um so mehr fehlte es auch an jedem inneren Grunde, die Freiheit der Nichtbetheiligung nicht auch in Beziehung auf Vereinigungen zu schützen; der Zwang zur Betheiligung an Vereinigungen würde wesentlich auf einen Zwang zur Betheiligung auch an Verabredungen hinauslaufen. Ist hiernach der übereinstimmende Wille der beiden Faktoren der Gesetzgebung, den Schutz gegen Terrorismus der Koalitionsfreiheit homogen zu gestalten, nicht zu bezweifeln, so kann es nur als eine nicht ganz sorgfältige Redaktion des vom Gesetzgeber Gewollten angesehen werden, daß man der Aenderung des einen Paragraphen nicht auch eine Aenderung des anderen, der auf ihn Bezug nimmt, hat folgen lassen.

Hiernach war die Aufhebung der angefochtenen Entscheidung und sämmtlicher dem Urtheile zu Grunde liegenden Feststellungen geboten.

I. 3744. K. 60 Bd. 4.

# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

## Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Herausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Besten der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Freitag, den 23. Mai 1902.

Nr. 21.

### Amtlicher Theil.

#### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Verleihungen bei den Justizbehörden.

##### Oberlandesgerichte.

Der Kammergerichtsrath Prebani scheidet in Folge seiner Ernennung zum Reichsgerichtsrath aus dem Preussischen Justiz-dienst.

##### Landgerichte und Amtsgerichte.

Der Kammergerichtsrath Dr. Koffka ist zum Landgerichtspräsidenten in Oppeln,  
der Landgerichtsrath Wladmeißter in Stargard i. Pom.  
zum Landgerichtsdirektor in Graubenz  
ernannt.

##### Verstelt sind:

der Landgerichtsrath Latour in Dortmund nach Arnberg,  
der Amtsgerichtsrath Ising in Gelsenkirchen als Land-  
gerichtsrath nach Münster,

##### die Amtsrichter

Werne in Dortmund nach Rosenburg Westpr.,  
Pottes in Castellan nach Barmen,  
Binde in Petershagen nach Bedum,  
Fischer in Hannover nach Springe,  
Hilbr in Elberfeld als Landrichter an das Landgericht  
dieselbst,  
Zenthofer in Neuweßel nach Kirchhain N. L.,  
Dr. Knefe und Dr. Ossig in Bruchm. D. Schl. als Land-  
richter an das Landgericht dieselbst.

Dem Amtsgerichtsrath Grosse in Bätow ist die Dienst-  
entlassung mit Pension ertheilt.

Der Amtsgerichtsrath Joschonnek in Wandenburg ist ge-  
storben.

Dem Amtsrichter Hoppe in Heilsberg ist bei seinem Ueber-  
tritt in den Ruhestand der Charakter als Amtsgerichtsrath  
verliehen.

Dem Direktor der Schiff- und Maschinenbau-Aktiengesellschaft  
„Germania“ Karl Hübner in Berlin, dem Großhändler  
Fritz Adhler in Kassel und dem Kaufmann Elfeld in  
Posen ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Amte als  
Handelrichter ertheilt.

##### Staatsanwaltschaft.

Der Staatsanwalt Witte in Königs ist nach Danzig versetzt.

##### Rechtsanwälte und Notare.

Dem bisherigen Rechtsanwalte, Geheimen Justizrath Evers  
in Celle ist anlässlich der Niederlegung seiner Berufstätigkeit  
der Rother Adler-Orden II. Klasse mit Eichenlaub verliehen.

Der Rechtsanwalt und Notar Blume in Berlin und der  
Rechtsanwalt Günther in Trier sind gestorben.

##### Zu Notaren sind ernannt:

##### die Rechtsanwälte

Dr. Kaabe in Warmstedt, Amtsgerichtsbezirk Ranzau,  
von Mayer in Unna.

In der Liste der Rechtsanwälte sind gel6scht:

die Rechtsanwälte

Friedrich Hoeniger bei dem Landgericht I in Berlin,

Adolf Wenzel bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in Stettin.

In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen:

die Rechtsanwälte

Friedrich Hoeniger vom Landgericht I in Berlin bei dem Landgericht II in Berlin,

Dr. Helwig aus Allenstein bei dem Amtsgericht in Guttstadt,

die Richtassessoren

Grünspach bei dem Landgericht I in Berlin,

Rohnast bei dem Landgericht II in Berlin,

Heinemann bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in Düsseldorf,

Dr. Szymanski und Dr. Sachsenhaus bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in Danzig,

der frühere Richtassessor Zepel bei dem Landgericht in Bielefeld.

Richtassessoren.

Zu Richtassessoren sind ernannt:

die Referendare

Dr. Gude, Julius Meyer, Dr. Witte, Jaeger im Bezirke des Kammergerichts,

Graf von der Rede-Wolmerstein, Dietrich im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Breslau, Referstein, Bitter im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Celle,

Dr. Katalenus, Dr. Frank, Dr. Witz im Bezirke des Oberlandesgerichts zu C6ln,

Ratorp, Hibbing, Burger, Dr. Eckardt, Hüttenheim im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Hamm,

Paul Krause, Siegfried, Bergau, Walter Schmidt im Bezirke des Oberlandesgerichts zu K6nigsberg i. Pr.,

Hermann Meyer, Dr. Ritthausen, B6ttrich im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Raumburg a. S.,

Dr. Hartwig im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Posen.

Dr. von Weichmann im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Stettin.

Der Richtassessor Dr. Walter Hoffmann ist in Folge seiner Uebernahme in die Staatsbahnenverwaltung aus dem Justizdienste geschieden.

Dem Richtassessor von Marschall ist die Entlassung aus dem Justizdienste ertheilt.

Der Richtassessor Schwante ist gestorben.

Mittlere Beamte.

Dem Ersten Richtschreiber, Sekretär Waldau in J6bbenauren ist der Charakter als Kanzleirat verliehen.

## Allerhöchste Erlasse, Ministerial-Verfügungen und Entscheidungen der obersten Gerichtshöfe.

Num. 36.

### Allgemeine Verfügung vom 7. Mai 1902, enthaltend Aenderungen zu den Formularen für die Geschäftsübersichten der Amtsgerichte.

Allgemeine Verfügung vom 19. Oktober 1900 (Just.-Minist.-Bl. S. 611).

Allgemeine Verfügung vom 16. Juli 1901 (Just.-Minist.-Bl. S. 168).

**I.** In Folge der Aenderungen, welche das Tagebuch des Grundbuchführers durch die Allgemeine Verfügung vom 9. Dezember 1901 (Just.-Minist.-Bl. S. 278) erfahren hat, erhält der Vorbruck für die Darstellung der Geschäfte in Grundbuchsachen in dem Formular zur Hauptübersicht der Geschäfte bei den Amtsgerichten unter A III, Aa I und B (S. 6) — Tabelle VI Spalten 1, 16 bis 24 — die anliegend abgedruckte Fassung.

Die Tabelle VI des Formulars zur Zusammenstellung der Ergebnisse aus den Hauptübersichten der Geschäfte bei den Amtsgerichten ist entsprechend zu berichtigen.

**II.** Bei den Amtsgerichten im bisherigen Geltungsbereiche des Rheinischen Rechtes tritt an Stelle der Fassung zu B 2 a I der Anlage (Tabelle VI Spalte 18 des Formulars zur Zusammenstellung) folgende Fassung:

2. Eintragungen von Eigentumsveränderungen, und zwar:

a) Eintragungen

I. auf Grund einer Auflassung

a) vor dem Grundbuchamte

β) vor einem anderen Amtsgericht oder vor einem Notar

Zur Aufnahme dieser Ergebnisse ist die Spalte 18 der Tabelle VI der Zusammenstellung in zwei Unter-spalten (18a und 18b) zu zerlegen.

**III.** Die Nr. 31 der gemäß der Allgemeinen Verfügung vom 19. Oktober 1900 (Just.-Minist.-Bl. S. 611) den Justizbehörden zugesfertigten Bemerkungen für die Aufstellung der Hauptübersichten der Geschäfte bei den Amtsgerichten verliert in Folge der Aenderung zu I ihre Bedeutung und kommt daher in Wegfall. Die Geschäftsergebnisse in Grundbuchsachen ergeben sich nunmehr für die Tabelle VI Spalten 16 bis 27 aus den entsprechenden Spalten 1 a b, 2a bis 7 des Tagebuchs des Grundbuchführers. Mit der Auszählung ist schon im Laufe des Geschäftsjahrs zu beginnen.

**IV.** Entsprechend dem abgeänderten Formular zum Register für Verfügungen von Todeswegen (Allgemeine Verfügung vom 24. Oktober 1900 — Just.-Minist.-Bl. S. 617) erhält der Vorbruck für die Darstellung der Geschäfte, betreffend Verfügungen von Todeswegen in dem Formular für die Hauptübersicht der Geschäfte bei den Amtsgerichten unter A III A b (S. 6) — Tabelle VI Spalten 12 bis 15 — die aus der Anlage ersichtliche Fassung.

**V.** Den Oberlandesgerichten werden

a) an Stelle der Seiten 5 und 6 der Hauptübersicht der Geschäfte bei den Amtsgerichten neue Formularseiten,

b) an Stelle der Spalten 12 bis 24 der Zusammenstellung, Tabelle VI, besondere Deckblätter übersandt werden.

Berlin, den 7. Mai 1902.

Der Justizminister.

Schönstedt.

## Abschnitt II. Darstellung der Geschäfte.

### III. Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

#### A. Gerichtliche Urkunden.

##### a) Rechtsgeschäfte unter Lebenden.

1. Verträge und einseitige Willenserklärungen (mit Ausschluss der Verhandlungen vor dem Grundbuchamt, in welchen ausschließlich Auflassungen beurkundet sind).....  
[2. bis 6.: wie bisher.]

##### b) Verfügungen von Todeswegen (Testamente und Erbverträge), und zwar:

1. vor dem Gericht errichtete.....  
2. dem Gerichte zur amtlichen Verwahrung übergebene.....  
3. an das Nachlassgericht abgelieferte.....  
4. dem Nachlassgerichte nach der Eröffnung zur weiteren Aufbewahrung übersandte.....

#### B. Grundbuchsachen\*).

##### 1. Eintragungsverfügungen, und zwar:

a) solche, welche nicht ausschliesslich die Bezeichnung der Grundstücke im Grundbuche nach dem Inhalte der Steuerbücher betreffen.....  
b) alle übrigen Eintragungsverfügungen.....

##### 2. Eintragungen von Eigentumsveränderungen, und zwar:

###### a) Eintragungen:

I. auf Grund einer Auflassung.....  
II. auf Grund eines anderen Erwerbgrundes oder eines Verzichts.....

b) Blätter, auf denen die Eintragung erfolgt ist.....

##### 3. Uebertragung gewon Grundstücken auf andere Blätter, und zwar:

a) übertragene Grundstücke.....  
b) mitübertragene Posten.....

##### 4. Eintragungen in den Abtheilungen II, III, mit Ausschluss der Uebertragungs- und Lösungsvermerke, und zwar:

a) einmalige.....  
b) gleichzeitig auf mehreren Blättern bewirkte.....

##### 5. Lösungen in den Abtheilungen II, III.....

6. Blätter, auf denen Eintragungen bewirkt sind, welche die Bezeichnung der Grundstücke im Grundbuche nach dem Inhalte der Steuerbücher betreffen.....

7. Verhandlungen vor dem Grundbuchamt, in welchen ausschliesslich Auflassungen beurkundet sind.....

Zahl

 Tabellen  
der  
Amtsgerichte

 Nummer  
der  
Zeile.

 Nummer  
der  
Spalte.

 Darunter von  
dem Gerichts-  
schreiber oder  
dem Gerichts-  
vollzieher vor-  
genommen.

VI.

—

1

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

\*) Als Grundstücke im Sinne der vorliegenden Uebersicht sind auch Rechte anzusehen, für welche ein Blatt angelegt ist.

Num. 37.

## Beschluss des Kammergerichts vom 13. Januar 1902.

Veröffentlichung von Eintragungen in das Genossenschaftsregister bezüglich einer kleinen Genossenschaft.

In der Genossenschaftsregisterfache des königlichen Amtsgerichts in D., betreffend die »D. Molkerei, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht«, in D.,

hat der erste Civilsenat des königlichen Kammergerichts in der Sitzung vom 13. Januar 1902 beschlossen:

Die von der vorgenannten Genossenschaft durch ihren Vorstand gegen den Beschluss der ersten Civilkammer des königlichen Landgerichts in E. vom 2. November 1901 eingelegte weitere Beschwerde wird zurückgewiesen, die Kosten fallen der Beschwerdeführerin zur Last.

## Gründe:

Im Genossenschaftsregister des königlichen Amtsgerichts in D. ist die »D. Molkerei, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht«, verzeichnet. Am 11. April 1901 wurden Änderungen betreffs des Vorstandes in das Genossenschaftsregister eingetragen. Die Bekanntmachung der Eintragung erfolgte im Deutschen Reichs-Anzeiger und in noch vier Blättern. Hierdurch entstanden insgesammt 18,50 Mark Einrückungskosten. Die Genossenschaft erhob gegen deren Ansatz Erinnerung. Sie machte geltend, daß sie eine »kleinere« Genossenschaft im Sinne des §. 156 des Genossenschaftsgesetzes vom 1. Mai 1889/20. Mai 1898 und des §. 5 der Bekanntmachung des Reichskanzlers, betreffend die Führung des Genossenschaftsregisters x., vom 1. Juli 1899 sei, daß banach die Bekanntmachung außer im Reichs-Anzeiger nur noch in einem Blatte hätte stattfinden dürfen, und daß der zufolge der überflüssigen Bekanntmachung erwachsene Betrag von 9,40 Mark zu beseitigen sei. Das Amtsgericht wies durch Beschluss vom 5. Oktober 1901 die Erinnerung mit der Ausführung zurück, daß es sich nicht um eine »kleinere« Genossenschaft handle. Das königliche Landgericht, Civilkammer I, in E. verurteilte durch Entscheidung vom 2. November 1901 der hiergegen von der Genossenschaft eingelegte Beschwerde den Erfolg, indem es erwoog: nach dem preussischen Gerichtskostenetze könne eine Niederschlagung baarer Auslagen, abgesehen von Schreib- und Postgebühren, überhaupt nicht eintreten; banach bedürfe es keiner Beurtheilung der Frage, ob die Beschwerdeführerin zu den »kleineren« Genossenschaften gehöre oder nicht; eine Haftbarmachung des Richters erscheine ausgeschlossen, weil nicht anzunehmen sei, daß der Richter von seinem Ermessen einen unrichtigen Gebrauch gemacht habe, übrigens der Beschwerdeführerin ein überwiegendes Verschulden insofern zur Last falle, als sie ihre Eigenschaft als »kleinere« Genossenschaft vor der betreffenden Bekanntmachung nicht zur Erörterung gebracht habe.

Auch der weiteren Beschwerde der Genossenschaft konnte nicht stattgegeben werden:

Das Kammergericht hat allerdings in mehreren Entscheidungen (vergl. die Beschlüsse vom 9. Mai 1892, Just.-Minist.-Bl. S. 328, und vom 1. April 1895, Jahrbuch Vb. 15 S. 46) zur Zeit der Geltung der älteren preussischen Kostengesetze angenommen, daß eine eingetragene Genossenschaft die Kosten einer auf sie bezüglichen Veröffentlichung des Registergerichts nur in demjenigen Umfange zu tragen habe, in welchem die Veröffentlichung durch das Gesetz gerechtfertigt werde, und daß insbesondere eine »kleinere« Genossenschaft lediglich die Kosten für die Bekanntmachung der sie betreffenden Eintragungen im Deutschen Reichs-Anzeiger und in noch einem anderen Blatte zu bezahlen brauche. Diese Grundsätze haben indessen mit Rücksicht auf die positiven Bestimmungen der §§. 7, 9 des seit dem 1. Oktober 1895 in Kraft getretenen preuß. G. R. G. vom 25. Juni 1895, das jetzt in der Fassung vom 6. Oktober 1899 gilt, nicht aufrecht erhalten werden können.

Das neue preuß. G. R. G. regelt in seinem ersten Theile, wie dessen Ueberschrift klarstellt, die Kosten in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Unbedenklich ergreift dieses Gesetz die Geschäfte, welche dem Bereiche der freiwilligen Gerichtsbarkeit angehören, im Allgemeinen auch dann, wenn der Kostenbetrag durch Vorschriften des deutschen G. R. G. bestimmt wird, sei es, daß das preuß. G. R. G. selbst den Ansat nach Bestimmungen des deutschen G. R. G. vorsieht (vergl. §§. 87, 94, 96, 98, 101 bis 106, 109, 112 preuß. G. R. G.), sei es, daß andere Gesetze den Kostenaufsat nach Maßgabe des deutschen G. R. G. begründen. Das deutsche G. R. G. kann dagegen auf Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit nur insoweit Anwendung finden, als besondere gesetzliche Bestimmungen die Anwendung rechtfertigen; denn an sich ist dieses Gesetz nach seinem §. 1 auf die Kosten der vor die ordentlichen Gerichte gehörigen, von der Civilprozeß-, der Strafprozeß- und der Konkursordnung betroffenen Rechts-sachen beschränkt.

Auwoeifselhaft handelt es sich nun bei den durch die Führung des Genossenschaftsregisters (beziehungsweise der Genossensliste) veranlaßten Geschäften um Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (§. 147 R. F. G. G.). Auch betreffs der Kosten dieser Geschäfte ist danach in Preußen grundsätzlich das G. R. G. vom 25. Juni 1895/6. Oktober 1899 anzuwenden. Der §. 159 Genossenschaftsgesetzes greift hier nur insoweit ein, als er für gewisse Vorhaben im Gebiete des Genossenschaftsregisterwesens Gebührenfreiheit zubilligt und sofern bestimm, daß in Genossenschaftsregister-sachen die Erhebung von Auslagen nach den §. 79, 80 und 80 b des deutschen G. R. G. stattfinden (vergl. §. 11 der angef. Bekanntmachung des Reichskanzl. vom 1. Juli 1899). Auch diese Bezugnahme im §. 159 Genossenschaftsgesetzes auf das deutsche G. R. G. ergibt nicht etwa, daß alle auf die Auslagenerhebung bezüglichen Vorschriften des letzteren Gesetzes für das Genossenschaftsregisterwesen gelten sollen. Vielmehr ist hierin die Anwendbarkeit des deutschen G. R. G. auf die ausdrücklich angeführten §§. 79, 80, 80 b einzuschränken. Von diesem trifft der §. 79 darüber Bestimmung, was überhaupt als baare Auslage erhoben werden darf; hierbei sind unter Nr. 3 »die durch Einrückung einer Bekanntmachung in öffentliche Blätter entstehenden Kosten« aufgeführt. Der §. 80 verbodnet, für welche Schriftstücke Schreibgebühren zu erheben sind und wieviel diese betragen. Der §. 80 b endlich sieht für die Zustellungen von Amtswegen mit einer gewissen Maßgabe Auslagenfreiheit vor. Aus diesen Vorschriften kann offenbar für die Beantwortung der Frage, unter welchen allgemeinen Voraussetzungen die baaren Auslagen niederzuschlagen sind, nichts entnommen werden. Hierüber entscheiden vielmehr die für die Kostenerhebung überhaupt und für die Erhebung von Auslagen insbesondere gegebenen allgemeinen Vorschriften der Kostengesetze, und zwar, wie schon erörtert, in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit innerhalb Preußens diejenigen des G. R. G. vom 25. Juni 1895/6. Oktober 1899. Auch das Genossenschaftsgesetz selbst ist für die Entscheidung der gedachten Frage in dem vorliegenden Falle nicht zu verwerten. Eine Vorschrift dahin, daß in Genossenschaftsregister-sachen nur die bei Beobachtung der sachlichen Normen des Genossenschaftsgesetzes verursachten Auslagen eingezogen werden dürfen, ist im Genossenschaftsgesetze nicht enthalten. Der allein in Betracht kommende §. 159 dieses Gesetzes legt nur fest, daß im ganzen Deutschen Reiche für Genossenschaftsregister-sachen nicht andere Auslagen zu erheben sind, als solche, deren Ansat durch die §§. 79, 80, 80 b deutschen G. R. G. gerechtfertigt wird. Insoweit ist der Landesgesetzgebung eine Schranke gezogen (vergl. Begründung zum Gen. Ges., Heymann'sche Ausgabe 1888 S. 143). Daß dagegen in die allgemeinen Vorschriften der Landeskostengesetze über die Erhebung beziehungsweise die Befreiigung von Kosten, insbesondere von Auslagen, für Genossenschaftsregister-sachen durch eine reichsrechtliche Bestimmung eingegriffen werden sollte, ist weder aus dem §. 159, noch aus einer sonstigen Norm des Genossenschaftsgesetzes herzuliefern.

Muß aber danach im gegebenen Falle die Zulässigkeit der Auslagennieder-schlagung nach dem preuß. G. R. G. entschieden werden, so stellt die weitere Beschwerde sich als unbegründet dar.

Wie bereits erwähnt, sind die durch Einrückung einer Bekanntmachung in öffentliche Blätter entstehenden Kosten auch gemäß §. 79 deutschen G. R. G. (§. 159 Gen. Ges.) an sich als Auslagen ansatzfähig. Daß die beschwerdebefähigte Genossenschaft hier grundsätzlich für diese Auslagen haftet, da sie durch die Anmeldung der Veränderungen in ihrem Vorstande beziehungsweise durch die zufolge der antragsgemäß bewirkten Eintragung veranlaßte Bekanntmachung verursacht sind, ergibt der §. 1 preuß. G. R. G.

In wiederholten Entscheidungen des Kammergerichts, namentlich in den Beschlüssen vom 17. Januar 1898, 1 Y. 10. 98 und vom 8. Juli 1901, 1 Y. 501. 1901, ist nun bereits ausgeführt, daß nach dem Wortlaut und der gesetzgeberischen Absicht des preuß. G. R. G. die Erstattungspflicht des Kostenschuldners nicht auf solche Baarauslagen der Staatskasse zu beschränken sei, welche durch eine den Gesetzen völlig entsprechende Erlebigung des beantragten oder von Amtswegen betriebenen Geschäfts bedingt sind, daß vielmehr diese Ertragverbindlichkeit auf alle der Staatskasse innerhalb eines beantragten oder von Amtswegen betriebenen Verfahrens thatsächlich erwachsenen Auslagen erstreckt werden müsse. Dies geht schon daraus hervor, daß im §. 1 preuß. G. R. G. dem Zahlungspflichtigen die Kosten, d. h. die Gebühren und Auslagen, für die von ihm veranlaßt oder in seinem Interesse entwickelte Thätigkeit des Gerichts schlechthin, ohne jede Einschränkung auf den durch eine sachgemäße Behandlung der Angelegenheit gerechtfertigten Betrag auferlegt sind, und daß durch eine dem Gerichte zur Last fallende unrichtige Behandlung der Sache sogar die Gebührenpflicht des Kostenschuldners nicht unmittelbar, sondern nur unter der Voraussetzung einer der Billigkeit Rechnung tragenden ausdrücklichen Anordnung des Gerichts berührt wird (§. 7 Abf. 2 preuß. G. R. G.). Hinsichtlich der baaren Auslagen, die nicht durch eine von Amtswegen erfolgte Terminverletzung oder durch eine für begründet befundene Beschwerde entstanden sind, ist selbst eine derartige Berücksichtigung der Billigkeit nur für Schreib- und Postgebühren gestattet (§. 9 Abf. 2 ebenda selbst). Das preuß. G. R. G. hat mit dieser klaren Vorschrift den Kreis der Auslagen, deren Niedererschlagung wegen unrichtiger Behandlung der Sache überhaupt statthaft ist, genau umschrieben. Im Uebrigen ist eine Befreiung von Auslagen aus diesem Grunde unzulässig (vergl. Begründung des Entw. z. preuß. G. R. G. in Drucksachen des Abgeordnetenhauses 1895 Bd. 2 Nr. 7 S. 69 f., Mügel, preuß. Kostenges., 3. Aufl., Anm. 2 zu §. 9 G. R. G.). Abgesehen von den im §. 9 Abf. 2 preuß. G. R. G. vorgesehenen Fällen kann danach der Kostenschuldner seine Erstattungspflicht auf dem durch die §§. 25, 27 dieses Gesetzes vorgezeichneten Wege nur insoweit beanspruchen, als solche entweder verfahrenslich zu hoch angegeben oder nicht durch das die Kostenpflicht begründende Verfahren verursacht sind, während eine unsachgemäße oder selbst eine dem Gesetze zuwiderlaufende Erlebigung der Angelegenheit dem Kostenschuldner nicht das Recht giebt, seine Erstattungspflicht für die entsprechenden Auslagen zu verneinen. Nur soviel ist noch zuzugeden, daß Ausgaben der Gerichtskasse, die in den maßgebenden Kostenbestimmungen als Auslagen überhaupt nicht erwähnt sind oder die jeden ursächlichen Zusammenhang mit dem die Zahlungspflicht rechtfertigenden Geschäft entbehren, den Kosten im Sinne des §. 1 preuß. G. R. G. überhaupt nicht beigezählt werden können (vergl. auch für das deutsche G. R. G. Jahrbuch Bd. 13 S. 204).

Im vorliegenden Falle ist zweifellos, daß die in den fünf Blättern erfolgten Einräudungen und die dadurch erwachsenen Auslagen durch den von dem Vertretungsorgane der beschwerdeführenden Genossenschaft gestellten Eintragungsantrag veranlaßt sind. Daraus folgt nach den vorstehenden Ausführungen die Zahlungspflicht der Genossenschaft, ohne daß zu erörtern ist, ob die Genossenschaft als eine „feinere“ im gesetzlichen Sinne sich darstellt und ob danach die sie betreffenden Eintragungen außer im Reichsanzeiger nur noch in einem anderen Blatte bekannt zu machen waren, oder nicht. Denn selbst bei Bejahung dieser Fragen bleibt die Zahlungspflicht der Kostenschuldnerin für die wirklich entstandenen Kosten der Bekanntmachung in noch mehr Blättern unberührt.

Auch auf die fernere Frage, ob etwa, wenn überflüssige Bekanntmachungen veranlaßt sein sollten, der Registerrichter auf Ertrag der hierdurch verursachten Nebrauslagen erfolgreich in Anspruch genommen werden kann oder nicht, war hier nicht einzugehen, da die Entscheidung über diesen Punkt dem Gerichte der weiteren Beschwerde als solchem nicht zusteht.

Vielmehr war die weitere Beschwerde als unbegründet zurückzuweisen, wodurch zugleich die Belastung der Beschwerdeführerin mit den Kosten des Rechtsmittels begründet wird.



Num. 38.

## Allgemeine Verfügung vom 9. Mai 1902, — betreffend die Bekanntmachungen aus dem Genossenschaftsregister.

Allgemeine Verfügung vom 8. November 1899 (Just.-Minist.-Bl. S. 334).

Der Erste Civilsenat des Kammergerichts hat im Gegensatz zu seinen früheren Beschlüssen vom 9. Mai 1892 (Just.-Minist.-Bl. S. 328) und vom 1. April 1895 (Just.-Minist.-Bl. 1896 S. 346) in einem auf S. 107 des Justiz-Ministerial-Blatts abgedruckten Beschlusse vom 13. Januar 1902 auf Grund des inzwischen erlassenen preussischen Gerichtskostengesetzes dahin entschieden, daß einmal entfallende Einrückungsgebühren für Bekanntmachungen aus dem Genossenschaftsregister von der beteiligten Genossenschaft ohne Rücksicht darauf zu erstatten seien, ob die Einrückung nach dem Genossenschaftsgefesze erforderlich war oder nicht. Hiernach können sich insbesondere für kleinere Genossenschaften, für welche die Pflicht zur Erstattung der Einrückungsgebühren obnehin eine erhebliche Belastung bildet, bedeutende Nachtheile ergeben, wenn seitens der Gerichte nicht sorgfältig darauf geachtet wird, daß im Genossenschaftsgefesze nicht vorgeschriebene Bekanntmachungen unterbleiben und daß die erforderlichen Bekanntmachungen entsprechend den Vorschriften im Artikel 5 der Allgemeinen Verfügung vom 8. November 1899 über die Führung des Genossenschaftsregisters (Just.-Minist.-Bl. S. 334) und im §. 12 der Allgemeinen Verfügung vom 7. November 1899 über die Führung des Handelsregisters (Just.-Minist.-Bl. S. 313) unter Weglassung aller überflüssigen Worte so knapp, als es ohne Beeinträchtigung der Verständlichkeit möglich ist, gefaßt werden. Klagen darüber, daß von den Gerichten bei dem Erlasse der Bekanntmachungen nicht immer mit der erforderlichen Sorgfalt verfahren wird, werden aus dem Kreise der Genossenschaften dauernd erhoben. Den Gerichtsschreibern, welche die Bekanntmachungen herbeizuführen, und den Richtern, welche ihren Wortlaut zu genehmigen haben, wird daher die Beachtung der hierherhalb erlassenen Vorschriften und die Berücksichtigung der betreffenden im nichtamtlichen Theile des Justiz-Ministerial-Blatts vom 1893 S. 111 und von 1898 S. 118 enthaltenen Mittheilungen wiederholt zur Pflicht gemacht. Auch wird darauf hingewiesen, daß vor jeder Bekanntmachung aus dem Genossenschaftsregister zu prüfen ist, ob die Eintragung etwa eine kleinere Genossenschaft betrifft und demgemäß außer durch den Deutschen Reichs-Anzeiger nur durch ein anderes Blatt bekannt gemacht werden darf. — Bei größeren Genossenschaften können zwar die Bekanntmachungen durch mehrere Blätter erfolgen; vorgeschrieben ist dies aber nicht; auch hier werden daher die Gerichte bei der im Dezember jeden Jahres zu bewirkenden Bezeichnung der für die Bekanntmachungen während des nächsten Jahres bestimmten Blätter zu berücksichtigen haben, daß eine übermäßige Ausdehnung der Bekanntmachungen wegen der dadurch erwachsenden Kosten dem Interesse der Genossenschaften häufig nicht entspricht.

Berlin, den 9. Mai 1902.

Der Justizminister.

Schönstedt.

I. 1923. G. 58 Bb. 12.

# Justiz-Ministerial-Blatt

für die  
Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Her ausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Besten der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Freitag, den 30. Mai 1902.

Nr. 22.

## Amtlicher Theil.

### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Berleihungen bei den Justizbehörden.

#### Oberlandesgerichte.

Dem Oberlandesgerichtspräsidenten Hagen in Raumburg ist die Genehmigung zur Annahme und Anlegung der von Seiner Hoheit dem Herzog von Anhalt ihm verliehenen Kommandeurinsignien erster Klasse des Herzoglich Anhaltischen Hausordens Albrecht des Bären erteilt.

Der Landgerichtsrath Dr. Hülser in Landsberg a. W. ist zum Kammergerichtsrath ernannt.

#### Landgerichte und Amtsgerichte.

Dem Amtsgerichtsrath Schneider in Ratibor ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension erteilt.

Versetzt sind:

der Amtsgerichtsrath Hild in Waldbroel nach Kreuznach,

die Amtsrichter

Kolff in Bielefeld als Landrichter an das Landgericht  
dasselbst,

Heine in Endenwalde an das Amtsgericht I in Berlin.

Der Staatsanwaltschaftsrath Schraepfer in Hannover ist zum Amtsgerichtsrath bei dem Amtsgerichte II in Berlin,

der Gerichtsassessor Wilhelm Klein zum Landrichter in Stargard i. Pom.  
ernannt.

Just.-Minist.-Bl. 1902.

Zu Amtsrichtern sind ernannt:

die Gerichtsassessoren

Kollmann und Maywald in Cottbus,

Wettheim in Fulda,

Dr. Steffens in Solingen,

Pöschel in Schwelben,

Bohart in Ludau,

Dr. Otto Werner in Papenburg,

Runke in Habersleben,

Jeppensfeldt in Hona,

Leo Mägel in Neunkirchen,

Dr. Heinrich Schulze in Bredenbors,

Schefer in Isoley,

Paul Jacob in Lauenburg i. Pom.,

Renard in Marienburg,

Rittler in Nicolai,

Dr. Hugo Hansen in Röbbing,

Wendt in Gollub.

#### Staatsanwaltschaft.

Zu Ersten Staatsanwälten sind ernannt:

die Staatsanwaltschaftsräthe

Hagemann aus Limburg in Graubenz,

Heinemann vom Landgerichte II in Berlin in Ostrowo,

von Pegginger vom Landgericht I in Berlin in Bartenstein.

Versetzt sind:

die Staatsanwälte

Dr. Joel in Hannover an die Staatsanwaltschaft des Landgerichts I in Berlin,  
Walther in Ödrlig an die Staatsanwaltschaft des Landgerichts II in Berlin,  
Böhlow in Essen nach Magdeburg.

Zu Staatsanwälten sind ernannt:

die Gerichtsassessoren

Wilhelm Scheffer in Saarbrücken,  
Poppendieck in Schneidemühl,  
Mackertanz in Tilsit.

Rechtsanwälte und Notare.

Dem früheren Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Jabel in Seelow ist der Charakter als Geheimen Justizrath verliehen.

Der Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Kette in Berlin ist gestorben.

Zu Notaren sind ernannt:

die Rechtsanwälte

Samacher in Jßlein,  
Dr. Helmig in Guttstadt,  
Jennett in Insterburg.

In der Liste der Rechtsanwälte sind gelöscht:

die Rechtsanwälte

Benedict bei dem Kammergerichte,  
Altenau bei dem Landgericht in Neu-Stuppin,  
Steinig bei dem Amtsgericht in Jatzke,  
Roß bei dem Amtsgericht in Lulmssee.

In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen:

die Rechtsanwälte

Benedict vom Kammergerichte bei dem Landgerichte II in Berlin,  
Altenau aus Neu-Stuppin bei dem Amtsgerichte II in Berlin mit dem Wohnsitz in Friedrichsfelde,

die Gerichtsassessoren

Wemischohn bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in Breslau,  
Lauze bei dem Amtsgericht in Böden.

**Gerichtsassessoren.**

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt:

die Referendare

Dr. Stern im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Breslau,  
Schweigboeser im Bezirke des Oberlandesgerichts zu  
Königsberg i. Pr.,  
Mad im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Marienwerder,  
Berth, Burkhard im Bezirke des Oberlandesgerichts  
zu Hamburg a. S.

Aus dem Justizdienste sind geschieden:

die Gerichtsassessoren

Dr. Lehmann in Folge seiner Ernennung zum Kaiserlichen Regierungsrath und sänftigen Mitgliede des Reichsversicherungsamts,  
Hoffmann in Folge seiner Uebernahme in die Verwaltung der indirekten Steuern.

Den Gerichtsassessoren Schürbant und Dr. Kraemer ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Justizdienste ertheilt.

**Mittlere Beamte.**

Beim Uebertritt in den Ruhestand ist verliehen:

dem Obersekretär, Kanzleirath Amhaus in Berlin der  
Königliche Kronen-Orden III. Klasse,  
dem Gerichtschreiber, Kanzleirath Heyne in Berlin der  
Roths Adler-Orden IV. Klasse.

Dem Ersten Gerichtschreiber, Sekretär Waldau in Jßbenbüren ist der Charakter als Kanzleirath verliehen.

**Kanzleibeamte.**

Den Kanzleiassistenten Heckmann in Herzfeld und Regulski in Posen ist aus Anlaß ihres Uebertritts in den Ruhestand das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

**Unterbeamte.**

Dem Gerichtsdienner Klingenhäger in Trier ist bei seinem Uebertritt in den Ruhestand das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

In den einstufigen Ruhestand versetzte Beamte

Der Landgerichtspräsident, Geheimen Oberjustizrath Dr. Schultheis in Würzburg ist gestorben.

Dem Landgerichtsrath Steiner in Königsberg i. Pr. ist der Roths Adler-Orden III. Klasse mit der Schleife verliehen.

**Allerhöchste Erlasse, Ministerial-Verfügungen und Entscheidungen  
der obersten Gerichtshöfe.**

Num. 39.

**Bekanntmachung vom 17. Mai 1902, — betreffend die Orte, an denen sich mit Gerichtsbarkeit ausgestattete oder solche Kaiserliche Konsularbeamte befinden, welche zur Ab-  
hörung von Zeugen und zur Abnahme von Eiden allgemein ermächtigt sind.**

Allgemeine Verfügung vom 20. Mai 1887 (Just.-Minist.-Bl. S. 139 Ziffer 13 und 16).

Uebersicht im Just.-Minist.-Bl. für 1889 S. 8 ff. Ziffer 2 bis 6.

Bekanntmachung vom 25. August 1900 (Just.-Minist.-Bl. S. 542).

Die nachstehenden Uebersichten der Orte, an denen sich gemäß §. 5 des Gesetzes vom 7. April 1900 über die Konsulargerichtsbarkeit (Reichs-Gesetzbl. S. 213) zur Ausübung der Gerichtsbarkeit befugte oder solche Kaiserliche Konsularbeamte befinden, welchen in Gemäßheit des §. 20 des Gesetzes vom 8. November 1867, betreffend die Organisation der Bundeskonsulate sowie die Amtsrechte und Pflichten der Bundeskonsuln (Bundes-Gesetzbl. S. 137) die Befugniß zur Abhörung von Zeugen und zur Abnahme von Eiden erteilt ist, werden zur Kenntniß der Justizbehörden gebracht. Die Uebersichten sind dem neuesten Verzeichnisse der Kaiserlich deutschen Konsulate entnommen, aus welchem auch Name und Amtscharakter der betreffenden Beamten ersichtlich sind.

• Berlin, den 17. Mai 1902.

Der Justizminister.

Schönstedt.

I. 3658. C. 32 Bb. 2.

**A. Uebersicht der Orte, an denen sich Kaiserliche zur Ausübung der Gerichtsbarkeit befugte  
Konsularbeamte befinden.**

1. In China: Amoy, Canton, Hankau, Schanghai, Swatan, Tientsin und Tschifu;
2. in Korea: Seoul;
3. in Marocco: Casablanca und Tanger;
4. in Persien: Buschär und Teheran;
5. in Rumänien:<sup>1)</sup> Bukarest, Galatz und Jassy;
6. auf den Inseln der Südsee, soweit sie nicht zu einem deutschen Schutzgebiete gehören und sofern sie nicht einer vom Reiche anerkannten anderweiten Jurisdiktion unterworfen sind: Apia (Insel Upolu der Schiffer-[Samoa-]Inseln);
7. in Serbien:<sup>2)</sup> Belgrad;
8. in Siam: Bangkok;
9. auf der Balkanhalbinsel und in der Levante: Alexandrien,<sup>3)</sup> Beirut, Cairo,<sup>3)</sup> Candia, Jassa, Jerusalem, Konstantinopel, Kustschul, Salonik, Smyrna, Sofia und Varna;
10. in Zanzibar: Zanzibar.

**B. Uebersicht der Orte, an denen sich Kaiserliche Konsularbeamte befinden, welchen die  
Befugniß zur Abhörung von Zeugen und zur Abnahme von Eiden erteilt ist.**

1. In der Argentinischen Republik: Buenos Aires;
2. in Belgien: Antwerpen und Brüssel;

<sup>1)</sup> Thatsächlich wird von den Kaiserlichen Konsulatsbehörden in Rumänien die Gerichtsbarkeit nicht mehr in vollem Umfang ausgeübt.

<sup>2)</sup> Vergl. Artikel XXV des Konsularvertrags mit Serbien vom 6. Januar 1883 (Reichs-Gesetzbl. S. 62).

<sup>3)</sup> Vergl. die Gesetze vom 30. März 1874 (Reichs-Gesetzbl. S. 23) und vom 5. Juni 1880 (Reichs-Gesetzbl. S. 145) sowie die Verordnungen vom 23. Dezember 1875 (Reichs-Gesetzbl. S. 381), vom 23. Dezember 1880 (Reichs-Gesetzbl. S. 192), vom 15. Februar 1897 (Reichs-Gesetzbl. S. 17) und vom 6. Januar 1901 (Reichs-Gesetzbl. S. 3).

3. in Brasilien: Bahia (São Salvador), Curitiba, Desterro, Porto Alegre, Rio de Janeiro und São Paulo;
4. in Chile: Valparaiso;
5. in China: Amoy, Canton, Antschau, Hankau, Schanghai, Swatan, Tientsin und Tschifu;
6. in Columbien: Bogotä;
7. in Frankreich und den französischen Besitzungen: Algier und Paris;
8. in Großbritannien und dessen Kolonien: Bombay, Capstadt, Hongkong, London, Melbourne, Singapore und Sydney;
9. in Italien: Genua und Messina;
10. in Japan: Siogo-Osaka, Nagasaki, Fankui-Iwatutia und Yokohama;
11. in Korea: Seoul;
12. in Marocco: Casablanca und Tanger;
13. in den Niederlanden und den niederländischen Besitzungen: Amsterdam, Batavia und Rotterdam;
14. in Paraguay: Asuncion;
15. in Persien: Buschär und Teheran;
16. in Rumänien: Bukarest, Galatz und Jassy;
17. in Rußland: St. Petersburg und Riga;
18. auf den Inseln der Südsee: Apia (Insel Upolu der Schiffer- [Samoa-] Inseln);
19. in Serbien: Belgrad;
20. in Siam: Bangkok;
21. in Spanien: Barcelona und Madrid;
22. in der Südafrikanischen Republik: Johannesburg und Pretoria;
23. auf der Balkanhalbinsel und in der Levante: Alexandrien, Beirut, Cairo, Jaffa, Jerusalem, Konstantinopel, Port Said, Ruffschuk, Salonik, Sarajevo, Smyrna, Sofia und Warna;
24. in Tunis: Tunis;
25. in Uruguay: Montevideo;
26. in den Vereinigten Staaten von Amerika und deren Besitzungen: Chicago, Cincinnati, Savanna, Manila, New-York, Philadelphia, San Francisco und St. Louis;
27. in Sansibar: Sansibar.

---

 Num. 40.

**Allgemeine Verfügung vom 26. Mai 1902 über die Teilnahme der Vormundschaftsrichter an den Waisengeratsversammlungen.**

Den Waisengeratsversammlungen außerhalb des Gerichtssitzes haben die Vormundschaftsrichter fortan regelmäßig beizuwohnen.

Die Bestimmung über Ort und Zeit der Versammlungen erfolgt durch die Oberlandesgerichtspräsidenten nach Benehmen mit den Regierungspräsidenten.

Berlin, den 26. Mai 1902.

Der Justizminister.  
Schönstedt.

I. 4054. V. 48 Ab. 2.

# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

## Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Herausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Besten der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Freitag, den 6. Juni 1902.

Nr. 23.

### Amtlicher Theil.

#### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Verleihungen bei den Justizbehörden.

##### Justizministerium.

Der vortragende Rath im Justizministerium, Geheime Justizrath Frietze ist zum Geheimen Oberjustizrath ernannt.

##### Oberlandesgerichte.

Der Landgerichtsrath Dr. Bewer in Greifswald ist zum Oberlandesgerichtsrath in Eöln ernannt.

##### Landgerichte und Amtsgerichte.

Der Landgerichtsdirektor Voigt vom Landgericht I in Berlin und die Amtsgerichtsräthe Hermenau in Alsenstein und von Rohden in Eddelaf sind gestorben.

Dem Amtsgerichtsrath Ketzlich in Polkwitz ist bei seinem Uebertritt in den Ruhestand der Rothe Adler-Orden IV. Klasse verliehen.

Verfetzt sind:

##### die Amtsgerichtsräthe

Rehig in Reichenbach i. Schl. nach Frankfurt a. M., von Fordenbed in Frankfurt a. M. als Landgerichtsrath an das Landgericht daselbst,

Jur.-Minist.-Bl. 1902.

##### die Amtsdichter:

von Kienig in Steinbach-Hallenberg nach Zellerfeld, Kroghmann in Jeven nach Wennigsen, Brudner in Jutroschin als Landrichter nach Vissa.

Dem Amtsgerichtsrath Baumbach vom Amtsgericht I in Berlin ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ertheilt.

Zu Landgerichtsräthen sind ernannt:

die Landrichter Lehmann, Stoniechki, Lepfer, Timme, Schwanebed, Zeising, Dr. Schöffingel und Gerhard in Berlin, Wendeler in Landsberg a. W., Mende und Dr. Hünke in Guben, Haube in Liegnitz, Dr. Schmitz in Duisburg, Lempertz und Rind in Eöln, Keller in Münster, Heymann in Dortmund, Dr. Pernice in Greifswald, Penzberg in Düsseldorf, Zechlin in Neu-Ruppin, Raquet in Stendal, Freiherr von Wittgenstein in Hannover, Schimmel-pfennig in Königsberg i. Pr., Dr. Kaul in Stargard i. Pom., Baur in Hlenzburg, Böchner in Bochum, Grebel in Vissa, Wiffeln in Hagen, Limberger in Cassel, Mannesmann in Cleve und Meyhoefer in Tilsit.

Zu Amtsgerichtsräthen sind ernannt:

die Amtsdichter Sabstübner, Dr. Timme und Semler in Berlin, Lehmann in Belgig, Bange in Bochum,

Dempwolff in Auzich, Heinrichs in Grumbach, Dirlacher in Halle i. W., Daasch in Merseburg, Dr. Keller in Salzwedel, Bading in Hess. Eichtenau, Dr. Herz in Neunkirchen, Simon in Brehl, Vogel in Jüterbog, Dr. Schumann in Neutrichen, Kopiske in Dr. Stargard, Detelshofen und Rosellen in Eöln, Hieselmann in Eschwege, Gelhaar in Stallupönen, Meyer in Schmiedeberg i. Sachsl., Holz in Raguit, Schmitz in Neuß, Welling in Kantzen, Wohl in Rydowitz, Rälpmann in Nachen, Walbus in Altentrichen, Bauer in Sagan, Fritsch in Düsselbort, Reerint in Witten, Ritschmann in Ebersfeld, Claussen in Wandersbort, Henning in Torgau, Bode in Soldin, Kogbach in Herßfeld, Keil in Jauer, Frey in Essen, Dr. Ebert in Lunden, Gallenkamp in Iphenhagen, Juris in Odenkirchen, Hecht in Euhl, Hauptmann in Mülheim a. Rh., Sommer in Cleve, von Warrnsfeld in Höfster, Bohm in Weisensfeld, Meyer in Diepholz und Dr. Wischel in Morbis. 4

#### Staatsanwaltschaft.

Zu Staatsanwaltschaftsräthen sind ernannt:

die Staatsanwälte Merseburger in Berlin, Walther in Böhlig und Seel in Düsseldorf.

#### Rechtsanwälte und Rotare.

Dem Notar Rost in Culmsee ist der Amtssitz in Dr. Stargard angewiesen.

Zu Rotaren sind ernannt:

die Rechtsanwälte

Knebel in Lehndorf bei Berlin,  
Schulze in Elmshorn.

Der Rechtsanwalt Dr. Ludwig Hecht ist in der Liste der Rechtsanwälte bei dem Landgericht in Frankfurt a. M. gelist.

In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen:

die Rechtsanwälte

Dr. Ludwig Hecht vom Landgericht in Frankfurt a. M. bei dem Oberlandesgerichte daselbst,  
Rost aus Culmsee bei dem Amtsgericht in Dr. Stargard,  
Dr. Willeb aus Dannenberg bei dem Amtsgericht in Otterndorf,

die Gerichtsassessoren

Jablonski bei dem Landgerichte II in Berlin,  
Dr. Reier bei dem Landgericht in Hirschberg,  
Dr. Hoengen bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in Nachen,  
Behrendt und Dr. Eberhard bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in Wagdeburg,  
Soebel bei dem Amtsgericht in Culmsee,  
der frühere Gerichtsassessor Baruch bei dem Amtsgericht in Jün.

#### Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt:

die Referendare

Dr. Landsberger, Witting, Dr. Joel, Dr. Sachs im Bezirke des Kammergerichts,  
Dr. Hennig, Dr. Kobowsky, Dr. Rothe im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Breslau,  
Dr. Palcmeyer, Dr. Hällner, Dr. Kann im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Celle,  
Dr. Gasenkamp, Dr. Ren, Dr. Schwanzenbach im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Frankfurt a. M.,  
Otto, Steinau im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Hamm,  
Voelk im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Kiel,  
Semberg, Vertog im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Raumburg a. S.,  
Dr. Steinberg im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Stettin.

Die nachgesuchte Entlassung aus dem Justizdienst ist erteilt: den Gerichtsassessoren

Walger behufs Uebertritts zur Gemeindeverwaltung und Ahmann.

Der Gerichtsassessor Laug ist gestorben.

#### Mittlere Beamte.

Dem Gerichtssollzieher Jacher in Raumburg a. S. ist bei seinem Uebertritt in den Ruhestand das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

#### Unterbeamte.

Dem Gerichtsdienner Jänger in Altenkirchen ist das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens verliehen.

Die Errichtung von 4 neuen Rotarstellen in Frankfurt a. M. ist in Aussicht genommen.

**Allerhöchste Erlasse, Ministerial-Verfügungen und Entscheidungen  
der obersten Gerichtshöfe.**

Num. 41.

**Allgemeine Verfügung vom 3. Juni 1902, — betreffend das Formular zu dem Tagebuche  
des Grundbuchführers.**

Allgemeine Verfügung vom 9. Dezember 1901 (Just.-Minist.-Bl. S. 278).

Die Musterausfüllung des der Allgemeinen Verfügung vom 9. Dezember 1901 (Just.-Minist.-Bl. S. 278) beigegebenen Formulars zum Tagebuche des Grundbuchführers ist dahin zu ergänzen, daß bei Nr. 4 in Spalte 2c eine Zahl (etwa „2c“) eingestellt wird, da diese Spalte stets zur Ausfüllung gelangen muß, wenn eine der Spalten 2a oder 2b ausgefüllt ist. Dies gilt auch für den Fall einer Eigentumsveränderung, bei der das Grundstück gemäß dem §. 90 Abs. 2 der Grundbuchordnung aus dem Grundbuch ausgeschieden wird.

Berlin, den 3. Juni 1902.

Der Justizminister.  
Schönstedt.

I. 3514. G. 87 Bb. 9.

Num. 42.

**Allgemeine Verfügung vom 1. Mai 1902, — betreffend die Zusammenstellung der  
Zwangsversteigerungen von Grundstücken.**

Allgemeine Verfügung vom 28. November 1881 (Just.-Minist.-Bl. S. 281).

Allgemeine Verfügung vom 24. Dezember 1883 (Just.-Minist.-Bl. S. 368).

Allgemeine Verfügung vom 26. Februar 1900 (Just.-Minist.-Bl. S. 67).

In den Anlagen I und II werden die Ergebnisse der vorgeschriebenen Zusammenstellungen von Zwangsversteigerungen für das Geschäftsjahr 1901 zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 1. Mai 1902.

Der Justizminister.  
Schönstedt.



## Anlage I.

## Zusammen

der im Geltungsbereiche des Reichsgesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung die Verteilung des Versteigerungserlöses

Oberlandes- gerichtsbefug.	Gesamt- zahl der Fälle		Gegenstand des Verfahrens:				Antragsteller waren ausschließlich:				Antragsteller waren Gläu- biger mit einem nicht erst im Wege der Zwangsvoll- streckung er- langten Real- recht, allein oder mit Anderen.	Orbit sind ab- gegeben von Personen, die nicht zu den Be- theiligten gehören.	
	darunter Wieder- verkäufungen.	Flächen- inhalt.	Gebäude- steuer- Nutzungswert.	Grund- steuer- Rein- ertrag.		Gläubiger, welche ein Realrecht überhaupt nicht hatten oder im Wege der Zwangs- vollstreckung eingetragen waren.	der Kon- kurs- ver- wal- ter.	der Erde oder sonstige Berechtigte im Falle des §. 175 des Reichs- gesetzes.	der Theil- haber einer Ge- meinschaft zum Zwecke ihrer Aufhebung (§. 180 des Reichs- gesetzes).				
				ha	a					qm			Mark.
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.			
<b>I. Zwangsversteigerungen land- und</b>													
Berlin .....	335	2	5 369 65	25	52 662	—	57 393 37	31	8	4	28	264	215
Breslau .....	841	10	11 494 33	47	100 632	14	190 627 85	52	13	5	112	659	580
Cassel .....	159	1	662 28	73	7 476 82	—	9 369 98	28	5	1	32	93	115
Celle .....	196	1	2 119 87	39	19 899 80	—	30 862 20	27	4	2	16	147	138
Cöln .....	342	2	811 41	17	24 627 75	—	18 001 38	95	10	2	16	219	275
Frankfurt a. M.	124	2	139 23	06	2 851	—	3 837 75	31	6	—	28	59	84
Hamm .....	157	2	939 98	53	21 604	—	13 979 23	13	1	1	22	120	119
Kiel .....	125	2	3 094 33	36	23 809	—	60 007 32	8	5	—	1	111	84
Königsberg i. Pr.	335	1	8 406 05	67	58 733	—	62 963 52	26	3	1	8	297	242
Marienwerder	160	1	3 988 18	77	26 687	—	22 440 92	13	3	2	17	125	110
Raumburg a. S.	306	3	3 983 88	15	51 369	—	99 481 37	24	6	4	55	217	237
Posen .....	160	2	3 559 21	13	21 702	—	27 425 16	34	—	1	14	111	124
Stettin .....	152	—	3 479 99	71	32 409 95	—	33 122 98	16	3	2	8	123	93
Jena .....	26	—	95 77	40	720	—	1 550 99	5	—	—	6	15	20
Summe I. . .	3 418	29	48 146 21	79	445 183 46	631 064 02	403	67	25	363	2 560	2 436	
<b>II. Zwangsversteigerungen</b>													
Berlin .....	723	8	5 09 79	38	2 966 587	37	5 804 02	34	20	5	40	624	402
Breslau .....	844	7	474 83	41	946 811	—	7 399 91	47	21	1	91	684	559
Cassel .....	136	3	23 10	20	139 968	50	538 38	8	3	—	31	94	68
Celle .....	603	3	192 87	38	779 438	13	3 165 34	29	20	4	37	513	324
Cöln .....	894	6	130 56	84	1 258 299	—	2 027 48	45	13	3	18	815	504
Frankfurt a. M.	97	2	29 42	85	200 598	—	494 06	12	2	—	20	63	67
Hamm .....	719	4	183 93	83	791 680	50	3 891 04	26	35	3	40	615	393
Kiel .....	460	3	179 79	61	517 158	—	2 847 90	15	23	1	8	413	314
Königsberg i. Pr.	234	2	414 37	78	326 187	—	4 005 44	12	4	—	8	210	139
Marienwerder	246	—	243 27	05	362 448	—	1 807 43	8	12	5	15	206	141
Raumburg a. S.	761	13	368 64	66	833 802	75	8 140 98	22	13	5	111	601	503
Posen .....	226	1	167 68	32	330 352	—	1 205 58	22	7	2	13	182	136
Stettin .....	196	—	139 54	84	236 803	—	1 789 65	8	15	2	14	157	121
Jena .....	40	—	28 19	06	3 704	—	283 93	3	—	—	13	24	25
Summe II. . .	6 179	52	3 086 05	21	9 693 837	25	43 401 14	291	188	31	459	5 210	3 696
Dieszu: Summe I. . .	3 418	29	48 146 21	79	445 183 46	631 064 02	403	67	25	363	2 560	2 436	
Insgesamt . . .	9 597	81	51 232 27	100	10 139 020	71	674 465 16	694	255	56	822	7 770	6 132

\*) Der Flächeninhalt städtischer Grundstücke hat wegen mangelnder Ermessung zum Theil nicht angegeben werden können.

# Stellung

waltung vom 24. März 1897 erfolgten Zwangsversteigerungen von Grundstücken, in welchen im Jahre 1901 stattgefunden hat.

Ersther waren:		Ein zulässiges Gebot ist erst bei wieder- holter Ver- steigerung abzugeben.	Verichtigung des Vaargebots:				Eine Ver- teilung des Versteiger- ungserlöses durch das Gericht hat nicht statt- gefunden (§§. 143, 144 des Reichs- gesetzes).	Anzahl der Fälle, in welchen das Verfahren wegen Mangels eines zulässigen Gebots auf- gehoben worden ist.	Bemerkungen
der be- berechtigten Antrag- steller.	Personen, die nicht zu den Ver- theiligten gehören.		Zahlung des ganzen Betrages (einschließlich etwaiger Auf- rechnung mit eigenen Vorbe- rungen des Er- stheres).	Vestehenbleiben von Rechten auf Grund von Ver- einbarungen zwischen den Vertheiligten und dem Ersther (§. 91 Abs. 2, 3 des Reichs- gesetzes).	Übertragung der Forderung gegen den Ersther auf die Ver- theiligten (§. 118 des Reichsgesetzes)	In Folge Zerlegung von Zahlungs- schriften.			
12.	13.	14.	15.	16.	17a.	17b.	18.	19.	20.

## forstwirtschaftlicher Grundstücke.

112	162	1	254	62	—	17	3	1	
215	409	11	572	189	5	80	3	2	
45	89	2	137	17	—	5	—	1	
56	98	4	138	48	1	7	4	1	
115	218	1	273	18	35	19	1	2	
44	74	2	109	9	1	4	1	—	
36	87	3	120	31	—	6	1	—	
24	64	1	80	39	—	4	2	—	
79	167	13	197	116	1	26	—	1	
43	84	7	105	40	—	19	2	3	
94	154	3	216	68	1	20	2	3	
38	82	5	118	27	1	15	—	—	
66	61	—	115	34	1	2	1	1	
8	16	—	21	2	—	3	—	—	
975	1 765	53	2 455	700	46	227	20	15	

## anderer Grundstücke.

211	277	7	388	299	2	32	5	3	
173	390	13	480	292	5	71	4	4	
38	57	3	84	43	—	9	1	—	
162	229	4	321	245	—	25	15	2	
251	343	2	537	304	6	51	3	—	
22	56	—	53	32	2	9	2	—	
155	263	7	377	299	1	40	5	5	
104	168	3	237	204	—	17	3	4	
52	96	4	117	112	—	6	—	—	
64	94	1	135	97	2	16	1	1	
200	335	8	480	239	—	41	4	2	
37	107	3	126	81	1	20	—	1	
53	74	2	103	85	—	8	—	1	
12	23	1	35	2	—	6	—	1	
1 534	2 512	58	3 473	2 334	19	351	43	24	
975	1 765	53	2 455	700	46	227	20	15	
2 509	4 277	111	5 928	3 034	65	578	63	39	

## Anlage II.

## Zusammenstellung

der

außerhalb des Geltungsbereichs des Reichsgesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung vom 24. März 1897 erfolgten Zwangsversteigerungen von Grundstücken, in welchen die Ertheilung des Zuschlags im Jahre 1901 stattgefunden hat.

Ober- landesgerichts- bezirk.	Ge- samt- zahl der Fälle.	Gegenstand des Verfahrens:				Antragsteller waren ausschließlich:			Antragsteller waren Gläubiger mit einem nicht erst im Wege der Zwangs- vollstreckung erlangten Realtrecht, allein oder mit Anderen.	Be- merkungen			
		Häufeneinhalt.			Grund- steuer- Neinertrag.	Gläubiger, welche ein Realt- recht überhaupt nicht hatten oder im Wege der Zwangs- vollstreckung eingetragen waren.	der Konkurs- ver- walter.	der Theilhaber einer Gemeinschaft zum Zwecke ihrer Aufhebung.					
		ha	a	qm							Mar.	Pr.	Mar.
1.	2.	3.			4.		5.		6.	7.	8.	9.	10.

## I. Zwangsversteigerungen land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke.

Cassel .....	3	2	60	86	72	18	13	2	—	—	1
Elbe .....	1	13	20	34	—	238	35	—	—	—	1
Elbn .....	6	6	62	02	144	122	82	1	—	—	5
Frankfurt a. M. ...	131	100	36	14	2 613	2 057	17	72	6	—	53
Riel .....	1	5	50	26	—	180	81	—	—	—	1
Summe I .....	142	128	38	62	2 829	2 617	28	75	6	—	61

## II. Zwangsversteigerungen anderer Grundstücke.

Cassel .....	4	1	10	45	225	3	30	2	—	1	1
Elbe .....	2	2	41	10	4 122	33	09	—	1	—	1
Elbn .....	6	—	45	48	615	7	56	1	—	—	5
Frankfurt a. M. ...	120	22	47	52	112 964	33	294	82	36	8	76
Riel .....	4	—	86	41	845	16	50	1	—	2	1
Summe II .....	136	27	30	96	118 771	33	355	27	40	11	84
Hierzu: Summe I .....	142	128	38	62	2 829	2 617	28	75	6	—	61
Insgesamt .....	278	155	69	58*)	121 600	33	2 972	55	115	7	145

\*) Der Häufeneinhalt städtischer Grundstücke hat wegen mangelnder Vermessung zum Theil nicht angegeben werden können.

# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

## Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Herausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Besen der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Freitag, den 13. Juni 1902.

Nr. 24.

### Amtlicher Theil.

#### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Verleihungen bei den Justizbehörden.

##### Oberlandesgerichte.

Dem Oberlandesgerichtsräthen Bergmann in Celle, Dr. Schellmann in Cassel, Strahler in Breslau, Sternberg in Königsberg i. Pr. und Weichsel in Frankfurt a. M. sowie dem Kammergerichtsrath Kreich ist der Charakter als Geheim Justizrath verliehen.

Dem Justizhauptassistenten, Rechnungsrath Hering in Stettin ist der Rothe Adler-Orden III. Klasse mit der Schleife verliehen.

##### Landgerichte und Amtsgerichte.

Den Landgerichtsdirektoren Leonhardt in Berlin, Ehwiler in Köln, Oeng in Stettin und Ermer in Hagen ist der Charakter als Geheim Justizrath verliehen.

Dem Landgerichtsrath, Geheimen Justizrath Frieside vom Amtsgericht II in Berlin und dem Landgerichtsrath Eiselen in Raumburg a. S. ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ertheilt.

Verfetzt sind:

##### die Amtsgerichtsräthe

Dr. Wenz vom Amtsgericht I in Berlin als Landgerichtsrath an das Landgericht I in Berlin, Pfäferschke in Pleß nach Hirschberg, der Amtsrichter Huhle in Oepeln als Landrichter an das Landgericht daselbst.

Die bei dem Landgericht in Lud erledigte Richterstelle (S. 85) ist auf das Amtsgericht in Königsberg i. Pr. übertragen.

Dem Fabrikbesitzer Adolf Vorbet in Schalte bei Essen ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Amte als Handelsrichter ertheilt.

##### Staatsanwaltschaft.

Den Ersten Staatsanwälten Haarmann in Dortmund, Mühle in Altona und Pademann in Berlin ist der Charakter als Geheim Justizrath verliehen.

##### Rechtsanwälte und Notare.

Der Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Scharffnordh in Memel und der Notar, Justizrath Schüller in Köln sind gestorben.

Der Notar Ebel in Golbap hat sein Amt niedergelegt. Die Rechtsanwälte Dr. Schulz und Dorenborn in Magdeburg sind zu Notaren ernannt.

In der Liste der Rechtsanwälte sind gelöscht:

##### die Rechtsanwälte

Justizrath Siegmund Meyer bei dem Landgericht I in Berlin,  
Fränkel bei dem Amtsgericht in Königshütte,  
Steinfeld bei dem Amtsgericht in Lublinik,  
Peters bei dem Amtsgericht in Dülken,  
Dr. Bernstein bei dem Amtsgericht in Sennel,  
Ebel bei dem Amtsgericht in Golbap.

In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen:

##### die Rechtsanwälte

Dr. Bernstein aus Sennel bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in Elberfeld sowie bei der Kammer für Handelsachen in Barmen,

Ebel aus Golbap bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in Insterburg,  
Fränkel aus Königshütte bei dem Amtsgericht in Myslowitz,

die **Rechtsassessoren**

Dr. Biermann bei dem Oberlandesgericht in Hamm,  
Böcher und Bittermann bei dem Landgericht I in Berlin,  
Dr. Steinig bei dem Landgericht in Breslau,  
Füllen bei dem Amtsgericht in Wierfen,  
Franz Müller bei dem Amtsgericht in Ehrenbreitstein,  
Arklart bei dem Amtsgericht in Golbap.

**Rechtsassessoren.**

Zu **Rechtsassessoren** sind ernannt:

die **Referendare**

Dr. Kohler, Dr. Freiherr von Massenbach, Dr.  
Jaac, Dr. Krohn im Bezirke des Kammergerichts,

Grimmendaßl im Bezirke des Oberlandesgerichts zu  
Eßln,  
Weißgerber im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Frankfurt a. M.,  
Dr. Zelené im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Kiel,  
Dr. Veltan im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Königberg i. Pr.,  
Dr. Friedberg im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Raumburg a. S.,  
Hans Krueger im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Posen.

Der **Rechtsassessor** Dr. Eisenmann ist in Folge seiner Uebernahme in die Verwaltung der indirekten Steuern aus dem Justizdienste geschieden.

**Mittlere Beamte.**

Dem Obersekretär Jung in Stolp ist der Charakter als Kanzleirath verliehen.

## Allerhöchste Erlasse, Ministerial-Verfügungen und Entscheidungen der obersten Gerichtshöfe.

Num. 43.

**Urtheil des Reichsgerichts vom 31. Januar 1901.**

Zuständigkeit des Heroldsamts zur Bearbeitung der Adelsachen, insbesondere zur Entscheidung über die Zugehörigkeit einer Person zum Adelsstande.

Vergl. Just.-Minist.-Bl. 1900 S. 652.

In Sachen des Malermeisters Johann Karl Ludwig E. in B., Klägers und Revisionsklägers,  
wider

das königlich Preussische Heroldsamt zu Berlin, Beklagten und Revisionsbeklagten,  
hat das Reichsgericht, IV. Civilsenat, auf die mündliche Verhandlung vom 31. Januar 1901 für Recht erkannt:

die Revision gegen das Urtheil des Dritten Civilsenats des königlich Preussischen Kammergerichts vom 28. September 1900 wird zurückgewiesen; die Kosten der Revisionsinstanz werden dem Revisionskläger auferlegt.

Von Rechts Wegen.

T h a t b e s t a n d.

Nachdem durch das Urtheil des Reichsgerichts vom 8. März 1900 auf die Revision des Klägers die Berufungsentscheidung des Kammergerichts vom 20. Juni 1899 aufgehoben und die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung über den Einwand der Unzulässigkeit des Rechtswegs in die Instanz zurückverwiesen war, hat das Kammergericht durch Urtheil vom 28. September 1900 wiederum auf Zurückweisung der Berufung des Klägers gegen das den Rechtsweg für unzulässig erklärende Urtheil des Landgerichts I zu Berlin vom 28. Oktober 1898 erkannt. Mit der von ihm auch gegen dieses Berufungsurtheil eingelegten Revision hat der Kläger beantragt, das angefochtene Urtheil aufzuheben und seinem Berufungsantrage gemäß unter Abänderung des erstinstanzlichen Urtheils den Rechtsweg für zulässig zu erklären und die Sache zur Verhandlung und Entscheidung in die erste Instanz zurückzuverweisen. Der Beklagte hat die Zurückweisung der Revision verlangt. Der Sachverhalt ist in Uebereinstimmung mit den schon ergangenen Urtheilen vorgetragen worden.

## Entscheidungsgründe.

Der Revisionsbeschwerde konnte ein Erfolg nicht gegeben werden.

Der Berufungsrichter ist unter Zugrundelegung der rechtlichen Auffassung des Reichsgerichts, die zur Aufhebung des früheren Berufungsurtheils geführt hat, davon ausgegangen, daß für die Entscheidung über die Zulässigkeit des Rechtswegs die Feststellung maßgebend sei, ob der Kläger die Anerkennung seiner Zugehörigkeit zum Adel und deshalb die Zuerkennung des Adelsprädicats »von« zu seinem Namen »S.« verlange und ob durch die ergangenen Verfügungen des Heroldsamts dem Kläger nur das Adelsrecht, nicht aber das Recht auf den Familiennamen »von S.« abgeprochen sei.

Der Kläger hat, wie in den früheren Instanzen, auch in der erneuten Berufsungsverhandlung geltend gemacht, daß er mit der Klage, wie sich aus deren Inhalt und dem Klageantrag ergebe, nur das letztere Recht beanspruche. Solches ist beklagterseits mit der Behauptung bestritten worden, daß die wirkliche Absicht des Klägers, wenngleich er jetzt nur vom Namensrecht spreche, stets auf Erlangung der Anerkennung seiner Zugehörigkeit zum Adelsstande gegangen, indem von einer Zugehörigkeit zu einer bürgerlichen Familie Namens »von S.« niemals die Rede gewesen sei.

Der Berufsungsrichter hat, nachdem die betreffenden Akten des Heroldsamts, auf die sich beide Theile bezogen haben, zum Gegenstande der Verhandlungen gemacht waren, die Ueberzeugung gewonnen, daß die Aufstellung des Beklagten der Sachlage entspreche und die entgegenstehenden Angaben des Klägers keinen Glauben verdienen.

Diese Annahme ist vornehmlich auf folgende Thatsachen gegründet.

Der Kläger habe mittels Eingaben vom 22. Mai 1880 und 25. März 1885 das Heroldsamt um »Einsicht in den Stammbaum der von S.'schen Pommerschen Familie« und »Bestätigung des Wappens« seines Urgroßvaters Adolf Siegmund von S. gebeten; dieses Verlangen spreche dafür, daß Kläger seine Zugehörigkeit zu einer abligen Familie »von S.« präbendire, weil, was ihm vorausichtlich bekannt gewesen, das Heroldsamt seine Auskunft über Stammbäume und Wappen zu erteilen, sondern nur Adels- (und Standes-) Sachen zu bearbeiten habe. — Sodann sei dem Kläger auf Grund der von dem Heroldsamt angestellten Ermittlungen durch den Polizeipräsidenten zu Berlin am 29. März 1889 eröffnet worden, daß seine Berechtigung, den Namen »von S.« zu führen, nicht anerkannt werden könne und er bei fernerer Führung dieses Namens strafrechtliche Verfolgung zu gewärtigen habe, und in Folge dieser Verfügung habe der Kläger sich an den Minister des Innern gewendet und, wie sich aus dem näher begründeten Bescheide des Ministers vom 24. Oktober 1889 ergebe, das Recht zur Führung des Adelsprädicats in Anspruch genommen. — Nachdem darauf wiederholt Bestrafungen des Klägers wegen unbefugter Annahme des Adelsprädicats ergangen seien, habe Kläger in den Jahren 1891 bis 1896 eine Reihe von Gnadengesuchen und Immediatvorstellungen an Seine Majestät den König gerichtet, in denen fortgesetzt ausdrücklich sein Anspruch auf den Adelsstitel beziehungsweise das Adelsprädicat, das ihm unrechtmäßig entzogen werde, betont sei; er habe darin verlangt, in den von seinen Voreltern ererbten Namen und Stand wieder eingesetzt zu werden, und geltend gemacht, daß ihm sein Adel angeboren sei, so daß in der Weglassung des Adelsstitels »von« und der Abreißung von Zuschriften an ihn mit dem einfachen Namen »S.« eine beabsichtigte Kränkung erblickt werden müsse. In den kraft Allerhöchster Ermächtigung dem Kläger demnächst erteilten Bescheiden des Heroldsamts sei demselben wiederholt, theilweise nach erneuerten Ermittlungen, eröffnet, daß sein Antrag auf Einsetzung in den ihm vermeintlich gebührenden Adelsstand abgelehnt werden müsse.

Nach der Ausführung des Berufsungsrichters hat sich darnach das Heroldsamt innerhalb seiner die Standes- und Adelsfachen umfassenden Zuständigkeit bewegt und nicht das Recht des Klägers an einen etwaigen bürgerlichen Namen »von S.« zum Gegenstande seiner Entscheidung gemacht. Die Vorgeschichte des Prozesses ergebe aber auch — so ist weiter erwoogen —, daß der Kläger selbst mit größter Hartnäckigkeit die Zugehörigkeit zum Adelsstande für sich in Anspruch nehme und deshalb zu dem Namen »S.« das Adelsprädicat »von« als ihm gebührend präbendire. Wenn Kläger ferner durch den von ihm beauftragten Rechtsanwalt K. in einer Eingabe an das Heroldsamt vom 18. Juli 1898 ausführe, er habe sich stets »von S.« genannt, sei aber in zahlreichen Fällen wegen unbefugter

Annahme des Adelsprädikats strafgerichtlich verurtheilt worden und wolle die Streitfrage im Wege des Prozesses zur Entscheidung bringen, so spreche auch dieser Schritt unzweideutig für die Annahme, daß im Grunde der Prozeßrichter zur Herbeiführung einer Feststellung des vom Kläger prätenbirten Adels angegangen werden solle; denn anderes sei dem Kläger von dem Heroldsamte nicht streitig gemacht worden. Auch habe der Kläger ausweislich der erwähnten Eingaben noch sonst wiederholt zu erkennen gegeben, daß er die Familie von S., der er als ehelicher Abkömmling des Jährichs Friedrich Siegmund Ferdinand von S. angehören wolle, als eine adlige Familie ansehe, und auch im gegenwärtigen Rechtsstreite habe sein Prozeßbevollmächtigter auf Befragen eine Erklärung darüber abgelehnt, daß diese Familie eine bürgerliche sei und der Familienname von S. als ein bürgerlicher in Anspruch werbe.

Bei dieser Sachlage hat der Berufungsrichter der Begründung der Klage, dem Wortlaute des Klageantrags sowie der ausdrücklichen Erklärung des Klägers, daß mit der Klage nur das Recht auf den Familiennamen von S. beansprucht werde, kein Gewicht beigelegt, sondern angenommen, daß die eigentliche Absicht des Klägers in seinen Äußerungen nicht zum Ausdruck gelangt, vielmehr die Formulirung derselben der Erkenntniß entsprungen sei, daß auf Anerkennung des Adels nicht geklagt werden könne und daß, wenn der Kläger die Verurtheilung des Heroldsamts, der für Adels- und Standesachen zuständigen Behörde, zur Anerkennung seiner Zugehörigkeit zu einer Familie von S. erstrebe, er damit seine Zugehörigkeit zum Adel festgestellt wissen wolle.

Diese Erwägungen rechtfertigen die getroffene Entscheidung.

Es ist einwandfrei festgestellt, daß das beklagte Heroldsamt nur über die Adelseigenschaft des Klägers und das Recht desselben, sich des Adelsprädikats »von« zu bedienen, entschieden, dem Kläger also nur die Adelseigenschaft, nicht aber die Berechtigung, den Namen »von S.« als bürgerlichen Familiennamen zu führen, abgeprochen hat, und anderseits ist gleichzeitig festgestellt, daß die Anträge des Klägers, die er bei Behörden gestellt hat, und die Immediatgesuche, auf die die Bescheide des Heroldsamts ergangen, nur darauf gerichtet gewesen sind, die Anerkennung seiner Zugehörigkeit zum Adelsstande zu erzielen und der Kläger die Erreichung desselben Zweckes — trotz seiner entgegenstehenden Erklärungen — nicht weniger mit der gegenwärtigen Klage verfolgt.

Aus diesen Feststellungen ergibt sich, worauf schon in dem Revisionsurtheile vom 8. März 1900 hingewiesen ist, die Unzulässigkeit des Rechtswegs. Die Entscheidung des Heroldsamts, die ausschließlich das von dem Kläger prätenbirte Adelsrecht zum Gegenstande hat, betrifft eine Frage des öffentlichen Rechtes, bewegt sich auch innerhalb der Grenzen der Zuständigkeit des Heroldsamts und entzieht sich daher der Anfechtung im ordentlichen Rechtswege.

Von der Revision ist, wie schon klägerischerseits in der Vorinstanz geschehen ist, geltend gemacht worden, daß es unzulässig sei, das Klagebegehren in einem den ausdrücklichen Erklärungen des Klägers entgegenstehenden Sinne anzulegen. Diesem Angriffe muß jedoch der Erfolg versagt werden. Dem Prozeßrichter steht die freie Auslegung der Behauptungen und Anträge der Parteien und die Feststellung zu, welchen Sinn diese mit ihren Erklärungen verbunden haben, und dabei haben sie sich nicht lediglich an den Wortlaut der Erklärungen zu halten, vielmehr unter Berücksichtigung der obwaltenden Sachlage und aller diese begleitenden Umstände die wahre Willensmeinung der Parteien zu ermitteln. Dementsprechend ist der Berufungsrichter vorgegangen. Er hat aus der Entstehungsgeschichte des gegenwärtigen Rechtsstreits, indem er insbesondere auf die von dem Kläger selbst in Bezug genommene Eingabe desselben an das Heroldsamt vom 18. Juli 1898 Gewicht gelegt hat, hergeleitet, daß der Kläger mit dem Klagebegehren nur bezweckt, die Verurtheilung des Heroldsamts zur Anerkennung seiner Zugehörigkeit zum Adelsstande herbeizuführen und daß die gewählte Wortfassung seiner Erklärungen nur der Erkenntniß entsprungen ist, daß auf Anerkennung des Adels nicht im ordentlichen Rechtswege Klage erhoben werden könne. Diese Feststellungen, die sich auf thätssächlichem Gebiete bewegen, geben zu rechtlichen Bedenken keinen Anlaß.

Aus diesen Gründen war die Revision zurückzuweisen.

# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

## Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Herausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Besten der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Freitag, den 20. Juni 1902.

Nr. 25.

### Amtlicher Theil.

#### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Verleihungen bei den Justizbehörden.

##### Landgerichte und Amtsgerichte

Verstelt sind:

der Landgerichtsdirektor Dr. Jüngling in Osn nach Oypeln,  
 der Landgerichtsrath Forell in Stettin als Amtsgerichtsrath  
 an das Amtsgericht baselbst,  
 der Landgerichtsrath Halle in Allenstein und der Landrichter  
 Müller in Remel nach Stettin,  
 der Amtsgerichtsrath Zacharias in Labiau nach Tapiau,  
 die Amtsrichter

Waltjen in Gollnow als Landrichter nach Landberg a. W.,  
 Heß in Sobrau O. Schl. als Landrichter nach Ratibor,  
 Hoffmann in Gelsenkirchen als Landrichter nach Star-  
 gard i. Pomm.,  
 Stemler in Preiskretscham nach Gelsenkirchen.

Der Landgerichtsrath Lempery in Eßau ist gestorben.

Zu Handelsrichtern sind wiederernannt:

der Kaufmann Max Weigert in Breslau bei dem Land-  
 gerichte baselbst,  
 der Kaufmann Klaus Volten in Altoua bei dem Land-  
 gerichte baselbst,  
 der Kaufmann Ernst Friedrich Gottlob Hasselbach in  
 Stettin bei dem Landgerichte baselbst.

##### Staatsanwaltschaft.

Dem Oberstaatsanwalt a. D., Wirklichen Geheimen Oberjustizrath  
 Jrgahn in Hamm ist die Genehmigung zur Annahme und  
 J. R. Minist. - Bl. 1902.

Anlegung des von dem Regenten des Fürstentums Lippe  
 ihm verliehenen Ehrenkreuzes erster Klasse des Fürstlich  
 Lippschen Hausordens ertheilt.

##### Rechtsanwälte und Notare.

Dem Notar, Justizrath Falkenbach in Merzig ist der Rothe  
 Adler-Orden IV. Klasse verliehen.

Dem Rechtsanwalt Dr. Venno Wähfsm in Berlin ist die  
 Genehmigung zur Annahme und Anlegung des von Seiner  
 Majestät dem türkischen Sultan ihm verliehenen türkischen  
 Medjidie-Ordens zweiter Klasse ertheilt.

Dem Notar, Justizrath Wronka in Soldau ist der Amtshof  
 in Osterode Ostpr. angewiesen.

Zu Notaren sind ernannt:

die Rechtsanwälte

Justizrath Dr. Victor Schneider, Justizrath Paul  
 Michaelis, Justizrath Eduard Goldmann, Emil  
 Salomon, Franz Heinrich, Weyberg, Ahlemann  
 und Stigel in Berlin,  
 Kutud in Blankenese,  
 Ernst Rabolny in Reidenburg,  
 der Gerichtsassessor Dr. Golling in Stromberg.

Der Rechtsanwalt Burghard in Königsberg i. P. ist gestorben.  
 In der Liste der Rechtsanwälte sind gelöscht:

die Rechtsanwälte

Justizrath von Paszkowski in Zondern bei dem Land-  
 gerichte in Glensburg,



Justizrath Bronfa bei dem Amtsgericht in Solbau,  
Boenheim bei dem Amtsgericht in Osterode Ostpr.

In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen:

die Rechtsanwälte

Justizrath Bronfa aus Solbau bei dem Amtsgericht in  
Osterode Ostpr.,

Boenheim aus Osterode Ostpr. bei dem Amtsgericht in  
Solbau,

der Oberbürgermeister a. D. Dr. Kofli bei dem Land-  
gericht in Coblenz,

die Gerichtsassessoren

Dr. Abrahamsohn bei dem Landgericht I in Berlin,

Kobewald bei dem Landgericht in Dortmund,

Dr. med. Rosenbaum bei dem Amtsgericht und dem  
Landgericht in Danzig,

Dr. Enderß bei dem Amtsgericht in Warendorf,

Kunze bei dem Amtsgericht in Eddelaf.

**Gerichtsassessoren.**

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt:

die Referendare

Ehobjiesner, Dr. Ruffbaum, Axtter, Krause-

Laurens, Langer im Bezirke des Kammergerichts,

Jung, Knittel, Dr. Heinrich im Bezirke des Ober-

landesgerichts zu Breslau,

Jes, Stahn im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Celle,

Wrimmen Dahl im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Eln,

von Hemkerß, Knauer im Bezirke des Oberlandes-

gerichts zu Frankfurt a. M.,

Drilmann, Kerßlen im Bezirke des Oberlandesgerichts

zu Hamm,

Semprich im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Marien-

werder,

Student, Tomaszewicz im Bezirke des Oberlandes-

gerichts zu Posen.

Der Gerichtsassessor Dr. Weverß ist in Folge seiner Wahl

zum bejolobten Stadtrath und Beigeordneten der Stadt

Lybsee aus dem Justizdienste geschieden.

## Allerhöchste Erlasse, Ministerial-Verfügungen und Entscheidungen der obersten Gerichtshöfe.

Num. 44.

### Allgemeine Verfügung vom 14. Juni 1902, enthaltend eine Abänderung der Kanzleiordnung.

Allgemeine Verfügung vom 19. August 1901 (Just.-Minist.-Bl. S. 215).

In dem §. 8 Nr. 3 der Kanzleiordnung fällt der zweite Satz des ersten Absatzes mit Wirkung  
vom 1. Juli 1902 ab fort.

Berlin, den 14. Juni 1902.

Der Justizminister.

Schönstedt.

I. 4615. O. 149 Sd. 14.

Num. 45.

### Allgemeine Verfügung vom 16. Juni 1902, wegen Abänderung der Dolmetscherordnung.

Der §. 22 Abs. 3 der Dolmetscherordnung vom 18. Dezember 1899 (Just.-Minist.-Bl. S. 856)  
erhält folgende Fassung:

Ist bei einem Gerichte, bei welchem ein Dolmetscher ernannt oder ein Hilfsdolmetscher  
bestellt zu werden pflegt (§§. 14 bis 18), ein der fremden Sprache mächtiger Justizbeamter  
beschäftigt, so gehört es zu den Pflichten des von ihm versehenen Amtes, in einzelnen Fällen  
als Dolmetscher thätig zu sein. Auf Beamte des höheren Justizdienstes findet diese Vorschrift  
keine Anwendung.

Berlin, den 16. Juni 1902.

Der Justizminister.

Schönstedt.

I. 4587. D. 33 Sd. 5.

Num. 46.

**Beschluß des Kammergerichts vom 7. November 1901.**

Versteuerung von Verträgen, durch welche im Miteigenthume stehende Grundstücke in Natur getheilt werden.

Zu der Grundbuchsache des königlichen Amtsgerichts zu H. von L. Band 1 Blatt Nr. 1 hat der Erste Civilsenat des königlichen Kammergerichts in der Sitzung vom 7. November 1901 beschlossen:

Die von

1. dem Besitzer E. S.,
2. dem Besitzer J. K., aus L.

gegen den Beschluß der 2. Civilkammer des königlichen Landgerichts zu M. vom 22. Juni 1901 eingelegte weitere Beschwerde wird zurückgewiesen, die Gebühren für das Rechtsmittel bleiben außer Ansaß, die baaren Auslagen fallen den Beschwerdeführern zur Last.

**Gründe:**

Die in Gütergemeinschaft lebenden Eheleute K. und die ebenfalls in Gütergemeinschaft lebenden Eheleute S. sind als Miteigenthümer zu ideellen, ziffermäßig nicht angegebenen Bruchtheilen der im Grundbuche von L. Band 1 Blatt Nr. 1 verzeichneten Grundstücke im Grundbuche eingetragen. Sie haben diese Grundstücke in Natur unter sich getheilt, so daß jedes Ehepaar ein dem Werthe nach gleiches Stück erhalten hat, und haben zum Zwecke der Eintragung ihres Alleineigenthums an dem bei der Theilung auf jeden entfallenden Stücke am 2. November 1900 vor dem Amtsgerichte zu H. gegenseitig die Auflassung erklärt. Nach Inhalt der Auflassungsverhandlung haben die Eheleute K. bestimmt bezeichnete, durch Flurbuchsansatz und Karte nachgewiesene Trennstücke von zusammen 11 ha 25 a 98 qm Größe und 49,81 Thaler Reinertrag, und die Eheleute S. ebensolche Trennstücke von 11 ha 27 a 58 qm Größe und 45,92 Thaler Reinertrag erworben; sie wurden als Alleineigenthümer dieser Trennstücke im Grundbuche eingetragen.

Den Werth der an jeden Theil überreichten Grundstücke gaben die Beteiligte auf 6 000 Mark an. Bei der Auflassung wurde eine das Veräußerungsgeschäft enthaltende Urkunde nicht überreicht, jedoch angegeben, daß »der Erwerb durch reelle Theilung des bisherigen Miteigenthums erfolgt« sei. Der Grundbuchrichter erteilte den Beteiligte die im §. 16 der Allgem. Verfug. vom 29. Februar 1896 (Just.-Minist.-Bl. S. 63) vorgeschriebene Belehrung, und die Beteiligte behielten sich die Ueberreichung der Urkunde vor. Die Gerichtsschreiberei stellte hierauf für jeden Theil die Gerichtskostenrechnung aus und brachte darin für jeden 60 Mark Auflassungsstempel als Gerichtsgebühr in Ansaß.

Innerhalb der zweiwöchigen Frist seit der Zustellung der Kostenrechnungen haben die beteiligten Eheleute K. und S. gleichlautende privatschriftliche und von allen unterzeichnete Urkunden an das Grundbuchamt zum Zwecke der Abwendung des Auflassungsstempels eingereicht. Diese Urkunden sind vom 11. und 12. Dezember 1900 datirt, in ihnen ist folgendes beurkundet: zwischen den Eheleuten S. und K. habe hinsichtlich ihrer Grundstücke eine Veränderung im Grundbuche stattgefunden; die Grundstücke beider Besitzer wären bis dahin auf einem Grundbuchblatt eingetragen gewesen, es sei aber von beiden Beteiligte zum Zwecke der Veräußerung von Ländereien eine Vermessung der einzelnen Parzellen und die Anlegung von besonderen Grundbuchblättern beantragt worden; nachdem die Eheleute sich gegenseitig die Auflassung über ihre bis dahin gemeinsam besessenen und benutzten Grundstücke gegeben hätten, seien für S. die (einzeln aufgeführten) Parzellen auf Blatt Nr. 300 des Grundbuchs und für K. die (ebenfalls einzeln aufgeführten) Parzellen auf Blatt Nr. 66 des Grundbuchs übertragen; der Auflassungsstempel sei deshalb ungerechtfertigt, weil nur eine Regelung im Grundbuche vorgenommen sei und sonst kein anderes Geschäft zu Grunde liege.

Zugleich legten die Kostenschuldner Erinnerung gegen den als Gerichtsgebühr in Ansatz gebrachten Auflassungsstempel von je 60 Mark ein. Das Grundbuchamt erachtete im Einverständnis mit dem Provinzialsteuerdirektor jene beiden Urkunden als solche, welche das der Auflassung zu Grunde liegende Rechtsgeschäft enthalten und damit den Auflassungsstempel für ausgeschlossen; vielmehr komme nur der Urkundenstempel in Betracht; es liege ein Vertrag über die reelle Theilung von Miteigenthum vor, dieser sei als lästiger Vertrag im Sinne der Tarifstelle 32 des preuß. St. St. G. aufzufassen; da aber jeder der Beteiligten schon zur Hälfte Eigentümer der erworbenen Grundstücke gewesen sei, so komme nur der Werth zur Hälfte für die an jeden Theil übereigneten Grundstücke (also mit 3 000 Mark) in Betracht und sei deshalb unter Wegfall des liquidirten Auflassungsstempels von je 60 Mark ein Urkundenstempel von je 30 Mark in Ansatz zu bringen.

Die Kostenschuldner S. und K. erhoben gegen diese Entscheidung Beschwerde, das Landgericht zu M. hat aber die Beschwerde abgewiesen, indem es sich den Entscheidungsgründen des ersten Richters anschloß.

Die Kostenschuldner haben die weitere Beschwerde eingelegt; sie führen aus, es handle sich nicht um ein lästiges Geschäft, sondern um die bloße Aufhebung einer Gemeinschaft; eine Veränderung insbesondere sei nicht beurkundet; es könne nur der Vertragstempel der Tarifstelle 71 oder der Vergleichsstempel der Tarifstelle 67 mit 1 Mark 50 Pf. in Ansatz kommen.

Auch der weiteren Beschwerde mußte der Erfolg ver sagt werden.

Die Eheleute K. und S. waren Miteigenthümer zu ideellen Antheilen (Bruchtheilen) an den hier in Frage kommenden Grundstücken; nach Art. 173 Einf. G. z. B. G. B. war dieses Miteigenthum seit dem Inkrafttreten des B. G. B. dessen Vorschriften unterworfen und es bestand zwischen den Theilhabern eine Gemeinschaft nach den Regeln des §. 741 ff. B. G. B., welche gemäß §. 757 durch Theilung in Natur aufgehoben werden konnte. Die Größe der Bruchtheile geht zwar aus der Bucheintragung nicht hervor, jedoch ergeben die mit dem Inhalte der Grundakten übereinstimmenden Ausführungen der Beteiligten, daß die Quoten einander gleich waren, wofür auch die Vermuthung aus §. 2, I. 17 A. v. R. und §. 742 B. G. B. spricht. Bei der Naturaltheilung des unbelasteten Grundstücks sind dementsprechend auf jeden Theil gleichwerthige Stücke entfallen. Die Ausführung der Naturaltheilung konnte nur durch gegenseitige Auflassung und die Eintragung der Erwerber erfolgen. Denn Gegenstand des Rechtes des Miteigenthümers ist immer das wirkliche Eigentum an der gemeinschaftlichen Sache und an jedem einzelnen Stücke derselben (§. 1008 B. G. B.); der Uebergang des Miteigenthums des Einen an einzelnen Stücken auf den Anderen kann also nach §. 925 B. G. B. nur durch die Auflassung und Eintragung vermittelt werden. Dementsprechend ist auch im vorliegenden Falle das Theilungsabkommen durch die gegenseitige Auflassung vom 2. November 1900 erfüllt worden und es müßte, wenn nicht dieses Abkommen in stempelschlüssiger Form vorgelegt ist, jedenfalls der Auflassungsstempel von den Beschwerdeführern erhoben werden.

Mit den Vorinstanzen muß jedoch angenommen werden, daß im vorliegenden Falle der Auflassungsstempel dadurch ausgeschlossen wird, daß die Beteiligten innerhalb der in Tarifstelle 8 Absatz 3 vorgesehenen zweiwöchigen Frist seit der Zustellung der Gerichtskostenrechnung eine das Theilungsabkommen enthaltende Urkunde in stempelschlüssiger Form vorgelegt haben. Demzufolge kann nur der Urkundenstempel als Gerichtsgebühr erfordert werden.

Der Theilungsvertrag ist in den von sämmtlichen Beteiligten unterzeichneten Schriftstücken vom 11. und 12. Dezember 1900 beurkundet, durch welche die von den Beteiligten vereinbarte Aufhebung ihrer Gemeinschaft durch Naturaltheilung und das Ergebnis dieser Theilung, wie es in der Auflassungsverhandlung erklärt ist, von den Kontrahenten bestätigt und die vorgenommene Rechtsveränderung als ihrem Willen entsprechend anerkannt wird. Die Urkunden müssen mit dem Inhalte des Auflassungsprotokolls vom 2. November 1900 in Verbindung gebracht werden, wo die Beteiligten das zu Grunde liegende Abkommen bereits dahin rechtlich präzisirt haben, daß der Erwerb durch reelle Theilung des bisherigen ideellen Miteigenthums erfolgt sei. Dieses Abkommen ist in den Urkunden des näheren dargelegt, und in ausreichend erkennbarer Weise kundgegeben, daß das bisher gemeinsam besessene Eigentum dergestalt in Natur getheilt ist, daß jeder der beiden Miteigenthümer bestimmte gleichwerthige Einzelstücke zum alleinigen Eigentum erhalten habe; ein anderes als dieses Theilungsgeschäft sei nicht vorgenommen.

In Uebereinstimmung mit dieser Auffassung hat auch die Steuerbehörde anerkannt, daß diese Urkunden das zu Grunde liegende Abkommen enthalten und dadurch der Auflassungsstempel ausgeschlossen ist.

Somit ist also zu prüfen, ob diese Urkunden mit dem von den Vorinstanzen festgesetzten Stempel der Tarifstelle 32 St. St. G. zu versteuern sind. Auch in dieser bisher unstrittenen Frage mußte die Entscheidung der Vorinstanzen gebilligt werden.

Was die Besteuerung von Theilungsverträgen der hier vorliegenden Art betrifft, so war im Preussischen Stempelgesetz vom 7. März 1822 nur für Kaufverträge über inländische Grundstücke die Stempelsteuer von einem Prozent des Kaufwerths vorgesehen und die Tauschverträge und Lieferungsverträge den Kaufverträgen gleichgestellt; die Cabinets-Ordre vom 13. November 1828 (Gesetz-Samm. 1829 S. 21) fügte letzteren noch die Verträge über Angabe an Zahlungsstatt hinzu. In Folge dieser besonderen Vorschriften konnte für die Theilungsverträge unter der Herrschaft jenes Gesetzes der einprozentige Stempel nicht in Ansaß gebracht werden, sondern nur der allgemeine Stempel für »Verträge« mit 15 Silbergroschen. Dieser Rechtszustand wurde bestätigt durch ein Reskript des Finanzministers vom 25. November 1852 (Soyer-Gaupp, 5. Aufl. S. 144):

»Verträge über Theilung gemeinschaftlich besessener Grundstücke, durch welche kein Theilnehmer an ihm zum speziellen Eigenthume zugewiesenen Immobilien mehr erhält, als er vorher an der Gemeinschaft pro indiviso besessen hat, sind allerdings nur als Innominatverträge zu behandeln und unterliegen als solche nur dem allgemeinen Vertragstempel von 15 Silbergroschen. Soweit aber ein Theilhaber über diesen Antheil Grundeigenthum übernimmt, hat er den dafür zu entrichtenden Preis als Kaufpreis für den Erwerb von Immobilien zu versteuern.«

In gleichem Sinne sprach sich das Reskript des Finanzministers vom 13. Oktober 1854 (daselbst S. 145) aus, und auch die Entscheidung des Kammergerichts vom 30. Oktober 1893 (Jahrb. der Entsch. Vb. 13 S. 232) schloß sich dem an.

Das Stempelsteuergesetz vom 31. Juli 1895 erweiterte jedoch in Tarifstelle 32 die Kategorien derjenigen auf Grundstücksbustausch abzielenden Verträge, für welche der einprozentige Stempel festgesetzt wurde. Es unterwarf dieser Steuer:

»Kauf- und Tauschverträge und andere, lästige Veräußerungsgeschäfte enthaltende Verträge, einschließlich der gerichtlichen Zwangsversteigerungen, soweit nicht besondere Tarifstellen zur Anwendung kommen.«

Die Erweiterung des Kreises dieser steuerpflichtigen Geschäfte auf alle lästigen Veräußerungsverträge ist wohlbedacht geschehen, es sollten dadurch alle entgeltlichen Grundstücksbustauschgeschäfte betroffen werden. Die Motive des Gesetzes zur Tarifstelle 32 (34 des Entwurfs) sprechen sich dahin aus:

»Nach den früheren stempelrechtlichen Bestimmungen sind nur Kauf-, Tausch- und Lieferungsverträge sowie Verträge über Hingabe an Zahlungsstatt dem Werthstempel von 1 Prozent bzw.  $\frac{1}{2}$  Prozent unterworfen. Da es in steuerlicher Hinsicht keinen Unterschied machen kann, ob das Entgelt für die Veräußerung einer Sache in einer bestimmten Summe Geldes oder in irgend einer anderen Leistung besteht, so liegt es in der Absicht des Entwurfs, gleichmäßig alle Geschäfte, durch welche unbewegliche oder bewegliche Sachen gegen eine Leistung irgend welcher Art veräußert werden, dem Werthstempel zu unterwerfen.«

Der Grund, der nach dem früheren Gesetze für die Befreiung der Theilungsverträge von dem Prozentstempel maßgebend war, kann sie von der in Tarifstelle 32 des Stempelsteuergesetzes vom 31. Juli 1895 bestimmten Steuer nicht mehr befreien, sofern Theilungsverträge von der hier vorliegenden Art unter den allgemeinen Gattungsbegriff der Verträge, die ein lästiges Veräußerungsgeschäft enthalten, zu stellen sind.

Lästige Verträge sind solche, welche für den Abschließenden eine Aufopferung enthalten, gleichviel ob derselben ein Vortheil gegenübersteht oder nicht, — im Gegensatz zu wohlthätigen Verträgen, welche lediglich einen Vortheil bringen. Ein Vertrag, der ein lästiges Veräußerungsgeschäft enthält, ist also ein solcher, bei welchem für die Entäußerung der Erwerber eine Aufopferung an den Veräußerer zu leisten hat. Zu solchen Verträgen gehören aber auch diejenigen Verträge, durch welche ein Grundstück, dessen

Eigenthum bisher Mehreren gemeinschaftlich Zustand, unter die Theilnehmer in Natur getheilt wird. Denn vermöge eines solchen Theilungsvertrags verpflichtet sich der eine Miteigentümer, seinen Bruchtheil bezüglich bestimmter Theilstücke der gemeinschaftlichen Sache an den anderen Miteigentümer zu übergeben, damit letzterer ihm seinen Bruchtheil bezüglich der übrigen Theilstücke übererbt; jeder der Kontrahenten übernimmt also, um zu erwerben, eine Auspöfierung. Somit hat der Vertrag die Natur des lästigen Vertrags. Er ist aber auch auf Veräußerung gerichtet, weil jeder Kontrahent seinen Bruchtheil an einem Stücke der gemeinsamen Sache seinem Miteigentümer überträgt und dessen Bruchtheil an einem anderen Stücke derselben Sache für sich zu dem Bruchtheile, den er bereits besitzt, hinzu erwirbt. Das Entgelt der Veräußerung besteht hier, um mit den oben angeführten Motiven zu Tariffstelle 32 zu reden, in einer Leistung: nämlich der Uebertragung des Miteigentumsanteils bezüglich einzelner Theilstücke an den anderen Miteigentümer. Da diese Gattung von Veräußerungsgeschäften in steuerlicher Hinsicht den Kauf- und Tauschverträgen gleichgestellt sind, müssen sie nach Tariffstelle 32 besteuert werden.

Auch in wirtschaftlicher Beziehung hat die vertragsmäßige Aufhebung einer Gemeinschaft durch Theilung des Grundstücks in Natur den Charakter eines Austauschgeschäfts, vermöge dessen jeder Theilende das alleinige freie Eigentumsrecht an einzelnen Stücken an Stelle des Miteigentumsrechts an Gesamtgrundstück erlangt. Wegen des konkurrierenden Gemeinschaftsrechts des anderen Theilhabers ist die Benutzung, Verwaltung und Verfügung über den gemeinschaftlichen Gegenstand mannigfachen Einschränkungen unterworfen (§§. 743 bis 748 B. G. B.); um von diesen Schranken befreit zu werden, wird die Theilung vorgenommen, die jedem uneingeschränktes Eigentum zuweist. Im vorliegenden Falle haben die Beschwerdeführer selbst angegeben, daß sie die Theilung herbeigeführt haben, um bei dem Abverkauf von Trennstücken unbehindert zu sein. Sie haben also zu ihrem größeren wirtschaftlichen Nutzen ein Stück des bisher gemeinsamen Grundstücks als Alleineigenthum erworben.

Ein Neuerwerb liegt aber nur hinsichtlich desjenigen Bruchtheils vor, welchen der Theilhaber bei der Theilung zu dem ihm schon zustehenden Bruchtheile noch hinzu erwarb, so daß nur wegen dieses Bruchtheils der Werthstempel erfordert werden kann.

Diese Erwägungen mußten dazu führen, in Abweichung von der bisher vom Kammergericht in den Beschlüssen vom 11. Juli 1898, 12. Dezember 1898 und 4. Dezember 1899 (1 Y. 358/98, 592/98 und 614/99) vertretenen Ansicht die Tariffstelle 32 auch auf Grundstücksheilungsverträge der hier vorliegenden Art für anwendbar zu erklären. Die gleiche Meinung wird in der Literatur vertreten von Heintz (2. Aufl. S. 434 Anm. 4) und von Hummel-Specht (S. 487 Anm. II f. u. S. 488).

Im vorliegenden Falle müssen also für die Theilungsverträge vom 11. und 12. Dezember 1900 die Vertragstempel aus Tariffstelle 32 in Ansatz kommen; hierdurch ist die Anwendung der Tariffstelle 71 Nr. 2 ausgeschlossen. Das Objekt, von dem die Stempelsteuer zu berechnen ist, ist bei jedem Beteiligten der zum eigenen Bruchtheile noch hinzuerworbene Bruchtheil des Gegenkontrahenten; da der Werth des jedem zugefallenen Stückes 6 000 Mark beträgt, so kann als Werth des durch den Theilungsvertrag erworbenen Eigentumsanteils des Gegenkontrahenten nur der Betrag von 3 000 Mark in Ansatz kommen. Demnach ist aber auf die Erinnerung der Beschwerdeführer die Stempelsteuer zutreffend zu Lasten eines Jeden mit 30 Mark als Gerichtsgebühr berechnet worden. Deshalb kann der weiteren Beschwerde gegen die Entscheidung der Vorinstanz, welche die ausgeführten Rechtsgrundsätze richtig erkannt und angewendet hat, keine Folge gegeben werden.

Bei der Entscheidung wegen der Kosten erschien es angezeigt, gemäß §. 7 Abs. 2 G. R. G. die Gebühren für das Rechtsmittel wegen nicht anzurechnender Unwissenheit außer Ansatz zu lassen; die baaren Auslagen sind den Beschwerdeführern nach §§. 109, 9 G. R. G. zur Last zu legen.

Jußizministerium I. 3948. Steuerfachen 58 Bd. 14.

# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

## Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Herausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Besten der Justiz-Offizianten-Witwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Freitag, den 27. Juni 1902.

Nr. 26.

### Amtlicher Theil.

#### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Verleihungen bei den Justizbehörden.

##### Oberlandesgerichte.

Der Senatspräsident bei dem Kammergerichte Bouvier ist gestorben.

Dem Kammergerichtsrath, Geheimen Justizrath Friedrich ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ertheilt.

Der Landgerichtsdirektor Boehnde in Königs ist zum Oberlandesgerichtsrath in Marienwerder ernannt.

Zu Kammergerichtsräthen sind ernannt:

die Landgerichtsräthe  
Cued und Burghardt vom Landgericht I in Berlin,  
Stadte in Königsberg i. Pr.

Dem Rechnungsdirektor bei dem Oberlandesgerichte, Rechnungsrath Müller in Kiel ist der königliche Kronen-Orden III. Klasse verliehen.

Der Gerichtsschreiber bei dem Oberlandesgerichte, Rechnungsrath Nowak in Breslau ist zum Rechnungsdirektor bei dem Oberlandesgerichte daselbst ernannt.

##### Landgerichte und Amtsgerichte.

Dem Landgerichtspräsidenten, Geheimen Oberjustizrath Harber in Königsberg i. Pr., dem Landgerichtsrath Meyer in Oels, den Amtsgerichtsräthen Oredin vom Amtsgericht I in Berlin und Haase in Reichenbach i. Schl. ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension,

dem Amtsrichter Elaeßen in Nettmann die nachgesuchte Dienstentlassung ertheilt.

Jah. Romk. - Bl. 1902.

##### Verstelt sind:

der Landgerichtspräsident Karnay in Ratibor nach Königsberg i. Pr.,

die Amtsgerichtsräthe

Schulz in Schleusiß als Landgerichtsrath nach Nordhaußen, Raß in Zalkenberg O. Schl. nach Reichenbach i. Schl.,

die Amtsrichter

Schulz in Musterhausen a. D. nach Hannover, Borchard in Schilberg nach Ludenwalde, Silberbrandt in Schmigel nach Gollnow.

Zu Landgerichtspräsidenten sind ernannt:

der Landgerichtsdirektor Lindenberg vom Landgericht I in Berlin in Ratibor,

der Oberlandesgerichtsrath Dr. Rohde aus Posen in Ostrowo.

Der Amtsgerichtsrath Schunk in Jörbe ist gestorben.

Der Gerichtsassessor Engelhard ist zum Landrichter in Weferich ernannt

Zu Amtsrichtern sind ernannt:

die Gerichtsassessoren

Bode in Bände,  
Heinrich Schmidt in Grottkau,  
Otto Lindemann in Kößlin,  
Lummes in Wattenscheid,  
Dr. Gälland in Halbau.

Der Haberbesitzer Emil Röhlau in Lüffelberg ist zum Handelsrichter bei dem Landgerichte daselbst wiederernannt.

Zu stellvertretenden Handelsrichtern sind ernannt:

der Tuchfabrikant Gustav Kesselkaul in Nachen bei dem Landgerichte daselbst,

wiederernannt:

der Kaufmann Jacob Molinari und  
der Kaufmann Alfred Noerer in Breslau bei dem Landgerichte daselbst.

#### Staatsanwaltschaft.

Vertret sind:

die Staatsanwälte  
Hoerber in Ostrowo nach Görlitz,  
Schweizer in Katibor und Böhme in Stendal nach Hannover.

Der Gerichtsassessor Hunderimard ist zum Staatsanwalt in Altenstein ernannt.

#### Rechtsanwälte und Notare.

Der Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Vollmar in Berlin und der Rechtsanwalt Sorof in Breslau sind gestorben.

Dem Notar, Justizrath Reusch in Magdeburg ist die nach-gesuchte Entlassung aus dem Amte erteilt und zugleich der Rother Adler-Orden IV. Klasse verliehen.

Die Rechtsanwälte Voenheim in Soltau und Ehrhardt in Bleicherode sind zu Notaren ernannt.

In der Liste der Rechtsanwälte sind gelistet:

die Rechtsanwälte  
Geheimer Justizrath Fromme in Seehausen i. A. bei dem Landgerichte in Stendal,  
Walter Hermann bei dem Amtsgerichte in Zergau.

In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen:

der frühere Rechtsanwalt Dr. Zimmer bei dem Landgerichte I in Berlin,  
der Garnison-Auditeur a. D. Knoblauch bei dem Amtsgerichte in Wittin,

der Gerichtsassessor Ziglaff bei dem Amtsgerichte in Margarten mit dem Wohnsitz in Bramsche,  
der frühere Gerichtsassessor Stanier bei dem Amtsgerichte I in Berlin.

#### Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt:

##### die Referendare

Freiherr von dem Knefeler, Siegmund Rosenthal,  
Dr. Strauß, Rogge im Bezirke des Kammergerichts,  
Kujawa im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Breslau,  
Dr. Friedrich Heinemann im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Cassel,  
Kachorff, Parrée im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Celle,  
Freiherr von Wrede, Schön, Dr. Kemmerich, Kirfel,  
Dr. Rentenschick im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Köln,  
Dresler im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Frankfurt a. M.,  
Hamloch im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Hamm,  
Pehling, Walter Jacoby im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Königsberg i. Pr.,  
Hirschberg im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Marienwerder,  
Baumgarten im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Rauenburg a. S.,  
Dr. Loff im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Posen,  
Dr. Vetter im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Stettin.

Der Gerichtsassessor Dr. Karl Büren ist in Folge seiner Wahl zum befol deten Polizeipräsidenten der Stadt Ferze aus dem Justizdienste geschieden.

#### Kanzleibeamte.

Der Kanzlist Leonhard bei der Oberstaatsanwaltschaft in Posen ist zum Geheimen Kanzleisekretär im Justizministerium ernannt.

**Allerhöchste Erlasse, Ministerial-Verfügungen und Entscheidungen  
der obersten Gerichtshöfe.**

Num. 47.

**Allgemeine Verfügung vom 14. Juni 1902, — betreffend die Mittheilung von Straf-  
nachrichten an die peruanische Regierung.**

Allgemeine Verfügung vom 30. Juni 1888 (Just.-Minist.-Bl. S. 167).

Allgemeine Verfügung vom 9. November 1889 (Just.-Minist.-Bl. S. 268).

Ausführungsverfügung vom 7. September 1896 zu der Verordnung des Bundesraths vom 16. Juni 1882 (Just.-Minist.-Bl. S. 294).  
9. Juli 1886

Auf Grund einer mit der peruanischen Regierung getroffenen Vereinbarung wird Folgendes bestimmt:

Die in den Allgemeinen Verfügungen vom 30. Juni 1888 und 9. November 1889, betreffend die Mittheilung von Strafnachrichten an ausländische Regierungen, vorgeschriebene Uebersendung von Strafnachrichten hat unter Berücksichtigung der Bestimmung in Ziffer 29 der Ausführungsverfügung vom 7. September 1896 in Zukunft in gleicher Weise auch bezüglich der gegen einen peruanischen Staatsangehörigen ergangenen Verurtheilungen zu erfolgen.

Berlin, den 14. Juni 1902.

Der Justizminister.  
Schönstedt.

I. 4607. Crim. 21 Bd. 4.

Num. 48.

**Allgemeine Verfügung vom 20. Juni 1902, — betreffend die Eintragung der Versicherungs-  
vereine auf Gegenseitigkeit in das Handelsregister.**

Allgemeine Verfügung vom 7. November 1899 (Just.-Minist.-Bl. S. 313).

I. In Ergänzung der Allgemeinen Verfügung vom 7. November 1899 über die Führung des Handelsregisters — Just.-Minist.-Bl. S. 313 — wird hierdurch bestimmt, daß Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit (§§. 15 ff. des Reichsgesetzes über die Privatversicherungsunternehmen vom 12. Mai 1901 — Reichs.-Gesetzbl. S. 139 —) unter entsprechender Anwendung der Vorschriften des §. 32 der genannten Verfügung in die Abtheilung B des Handelsregisters einzutragen sind.

II. Die Gebühren für die Eintragung sind mit Rücksicht auf die Vorschriften der §§. 15, 16 des Reichsgesetzes über die Privatversicherungsunternehmen nach den in §. 72 Nr. 1 des preussischen Gerichtskostengesetzes für Einzelkaufleute gegebenen Bestimmungen zu berechnen.

Berlin, den 20. Juni 1902.

Der Justizminister.  
Schönstedt.

I. 4330. H. 38 Bd. 2.



Num. 49.

## Allgemeine Verfügung vom 21. Juni 1902 über die Vernichtung der Rechnungen, Kassenbücher und Beläge sowie der Akten in Kassen- und Rechnungsfachen.

Allgemeine Verfügung vom 20. Dezember 1896 (Just.-Minist.-Bl. S. 366).

Allgemeine Verfügungen vom 6. September 1900 (Just.-Minist.-Bl. S. 569, 575, 577).

Ueber die Vernichtung der Rechnungen und Kassenbücher sowie der Beläge berechtigter Rechnungen bei den staatlichen Kassen hat das Staatsministerium die nachstehend abgedruckten Vorschriften erlassen, welche den Justizbehörden mit folgenden Bemerkungen zur Beachtung mitgeteilt werden:

Die Vorschriften finden Anwendung auf die Rechnungen, Kassenbücher und Beläge aller Kassen der Justizverwaltung. Die Akten dieser Kassen, mit Ausnahme derjenigen, welche die allgemeinen Dienst- und Geschäftsverhältnisse betreffen, sind nach 10 Jahren zur Vernichtung geeignet. Im Uebrigen finden auf die Akten der Kassen die Vorschriften in Abschnitt C und D der Allgemeinen Verfügung vom 6. September 1900 (Just.-Minist.-Bl. S. 569) Anwendung.

Die nach §. 8 der Vorschriften zu veranlassende Prüfung ist von dem Rechnungsbrevifor, und zwar bei den außerhalb seines Amtssitzes befindlichen Kassen gelegentlich der Revision an Ort und Stelle, vorzunehmen.

Sofern für bestimmte Arten von Belägen eine längere Aufbewahrungszeit notwendig erscheint (§. 11), ist an den Justizminister zu berichten. Auch die länger als 5 Jahre aufzubewahrenden Beläge (§. 14 Abs. 2) verbleiben bei der Kasse, welche die Rechnung gelegt hat.

Die Allgemeinen Verfügungen vom 6. September 1900 über die Aussonderung und den Verkauf zc. (Just.-Minist.-Bl. S. 575) sowie über die Ablieferung an die Staatsarchive (Just.-Minist.-Bl. S. 577) finden entsprechende Anwendung. Das Aussonderungsgeschäft ist durch die Kassenbeamten vorzunehmen. Der Abschnitt D der Allgemeinen Verfügung vom 20. Dezember 1896 (Just.-Minist.-Bl. S. 366) wird aufgehoben.

Diese Verfügung tritt sofort in Kraft und findet auch auf die vorhandenen Rechnungen, Kassenbücher, Beläge und Akten Anwendung.

Berlin, den 21. Juni 1902.

Der Justizminister.

Schubert.

I. 4658. A. 2 Bb. 10.

### Vorschriften über die Vernichtung der Rechnungen und Kassenbücher sowie der Beläge berechtigter Rechnungen bei den staatlichen Kassen.

#### I. Vernichtung der Rechnungen und Kassenbücher.

##### §. 1.

Urschriften der Rechnungen sowie Manuale, welche deren Stelle vertreten, können nach Ablauf von zehn Jahren seit Entlastung des Rechnungsführers vernichtet werden, falls anher der an die königliche Ober-Rechnungskammer eingesandten Reinschrift der Rechnung eine zweite Ausfertigung an die der Kasse vorgesetzte Behörde eingereicht und bei dieser noch vorhanden ist. Trifft diese Voraussetzung nicht zu, so darf die Vernichtung erst nach 30 Jahren seit dem Ablaufe des Jahres, für welches die Rechnungen und Manuale aufgestellt sind, erfolgen. Nach Ablauf der letzteren Frist sind auch die bei der vorgesetzten Behörde aufbewahrten zweiten Rechnungsausfertigungen zur Vernichtung geeignet.

##### §. 2.

Die Urschriften und Reinschriften derjenigen Rechnungen, bezüglich deren die Prüfung und Entlastung den Verwaltungsbehörden auf Grund des §. 11 des Gesetzes, betreffend die Einrichtung und die

Befugnisse der Ober-Rechnungskammer, vom 27. März 1872 (Gesetz-Samml. S. 278) überlassen ist, sowie Manuale, welche die Stelle solcher Rechnungen vertreten, sind nach 30 Jahren seit dem Ablauf des Jahres, für welches sie aufgestellt sind, zur Vernichtung geeignet.

### §. 3.

Die Vorschriften unter §. 1 und §. 2 finden auch auf diejenigen nicht mit der Rechnung verbundenen Rechnungsunterlagen (Verzeichnisse und Zusammenstellungen) Anwendung, welche die einzelnen Rechnungsposten enthalten und die Grundlage für die in die Rechnung selbst aufgenommene Gesamtsumme bilden, mithin ein wesentlicher Bestandtheil der Rechnung selbst sind.

### §. 4.

Die Vernichtung der Kassenbücher und zugehörigen Listen kann, insoweit nicht die Bestimmungen der §§. 1, 2, 5, 6, 7 Platz greifen, nach Ablauf von zehn Jahren erfolgen. Die Frist rechnet von dem Zeitpunkte der dem Rechnungsführer über die betreffende Jahresrechnung erteilten Entlastung an.

### §. 5.

1. Zur Vernichtung nach 30 Jahren sind geeignet:

- a) Asservatenbücher und Vorfußkonten sowie die Hauptjournale der Provinzial-, Haupt- und der Centralkassen;
- b) die Depositalmanuale und Nebenmanuale der Justizhauptkassen, die Ergänzungslisten der Gerichtskassen über die sichergestellten Kosten und die Asservatenlisten dieser Kassen;
- c) die Pfandgeldbücher, Depositalbücher und Verwahrungsgüterverzeichnisse der Eisenbahnhauptkassen.

2. Die Frist beginnt in Ansehung der zu a und c genannten Kassenbücher und Verzeichnisse mit dem Ablaufe des Jahres, für welches die Bücher und Verzeichnisse geführt sind, in Ansehung der zu b bezeichneten Kassenbücher und Listen mit dem Tage, an welchem die sämmtlichen eingetragenen Posten durch Zahlung, Niederschlagung, Uebertragung oder sonst erledigt sind.

### §. 6.

1. Wegen Vernichtung der Depositalbücher und Beläge der früheren gerichtlichen Depositalkassenverwaltung behält es bei den Bestimmungen des Erlasses des Justizministers vom 18. November 1852 (Just.-Minist.-Bl. S. 390) das Bewenden.

2. Wegen der Beläge und Bücher der Kassen der Hinterlegungsstellen (§. 1 Abs. 2 der Hinterlegungsordnung vom 14. März 1879, Gesetz-Samml. S. 249) ergeht besondere Bestimmung.

### §. 7.

Kassen besondere Gründe eine längere Aufbewahrung von Rechnungen oder Büchern angemessen erscheinen, so kann die Ausschließung von der Vernichtung durch die der Kasse vorgesetzte Provinzialbehörde, bei Centralkassen durch den Verwaltungschef angeordnet werden. Der Regel nach sind von der Vernichtung auszuschließen:

- a) die Hauptrechnungen der Central- und Provinzial-Hauptkassen;
- b) alle diejenigen Rechnungen, welche sich auf dauernde Verhältnisse, insbesondere auf die Verwaltung von Grundstücken, auf umfangreiche Bauten und Meliorationen sowie auf die Vermögensangelegenheiten von Instituten, Kirchen, Pfarren, Schulen und Stiftungen beziehen;
- c) diejenigen Rechnungen und Kassenbücher, welche erheblichen geschichtlichen oder statistischen Werth haben.

### §. 8.

Die Vernichtung von Rechnungen und Kassenbüchern bedarf der Genehmigung derjenigen Stelle, welche nach §. 7 Rechnungen und Kassenbücher von der Vernichtung ausschließen kann. Die Genehmigung

ist nur zu erteilen, nachdem eine sorgfältige Prüfung seitens eines damit beauftragten Beamten veranlaßt worden ist. Ueber das hierbei zu beobachtende Verfahren bleibt die nähere Bestimmung den einzelnen Verwaltungschefs vorbehalten.

## II. Vernichtung der Beläge.

### §. 9.

Die zu den Rechnungen gehörigen Beläge (vergl. jedoch §. 3) können nach Ablauf von 5 Jahren seit Entlastung des Rechnungsführers vernichtet werden.

### §. 10.

Für die Vernichtung der Unterlagen zur regelmäßigen Veranlagung der direkten Staatssteuern kann der Finanzminister im Einverständnisse mit der königlichen Ober-Rechnungskammer eine kürzere als fünfjährige Frist festsetzen.

### §. 11.

Die Verwaltungschefs sind ermächtigt, für bestimmte Arten von Belägen eine längere als fünfjährige Aufbewahrungsfrist allgemein vorzuschreiben und dieses Recht im Bedarfsfall auch den Provinzialbehörden beizulegen. Die Anordnungen der letzteren bedürfen der Genehmigung der Verwaltungschefs.

### §. 12.

Dauernd sind folgende Rechnungsbeläge aufzubewahren:

- a) Bauanschläge und Revisionskostenzusammenstellungen über mehr als 30 000 Mark, deren Aufbewahrung nach dem Ermessen der Behörde besonderen Werth hat, sowie zugehörige Zeichnungen;
- b) Schlußabrechnungen über größere von Unternehmern ausgeführte Bauten, sofern sich darin Angaben befinden, die auf die Konstruktion und Dauer des Bauwerks von wesentlichem Einflusse sind;
- c) Verträge über Erwerb und Verlust des Eigenthums an Grundstücken nebst etwaigen Vermessungsregistern und Lageplänen sowie Anweisungen und Quittungen über den gezahlten Kaufpreis;
- d) Verträge über den Erwerb und die Aufhebung von Rechten an Grundstücken und von sonstigen dauernden Rechten sowie Verträge über dauernde Lasten und Verbindlichkeiten mit den dazu gehörigen Anweisungen und Quittungen;
- e) Schuldverschreibungen und andere Urkunden und Schriften, deren Vernichtung möglicherweise von Nachtheil für die Staatskasse sein könnte;
- f) Urkunden über Privilegien und Observanzen sowie über Familien- und Erbrechte;
- g) Schriftstücke, die erheblichen geschichtlichen Werth haben,

soweit vorstehende Arten von Belägen der Rechnung in Urschrift beigelegt sind.

### §. 13.

1. Die dauernd aufzubewahrenden Beläge (§. 12) sind in der Zufertigungsverfügung an die Kasse mit dem Buchstaben A zu bezeichnen und seitens der Kasse in einem besonderen Hefte mit der Aufschrift  
»Nicht zu vernichtende Beläge«

der Rechnung beizufügen.

2. Die nicht dauernd, aber länger als 5 Jahre aufzubewahrenden Beläge (§. 11) sind in der Zufertigungsverfügung an die Kasse mit dem Buchstaben B zu bezeichnen und seitens der Kasse ebenfalls in einem besonderen Hefte mit der Aufschrift

»Länger als 5 Jahre aufzubewahrende Beläge«

der Rechnung beizufügen.

3. Der mit der Vorprüfung (Abnahme) der Rechnungen (§. 51 des Gesetzes, betreffend den Staatshaushalt, vom 11. Mai 1898 — Ges.-Samml. S. 77 —) beauftragte Beamte hat bei der ihm obliegenden Durchsicht der Beläge sein Augenmerk zugleich darauf zu richten, daß die dauernd oder länger als 5 Jahre aufzubewahrenden Beläge als solche bezeichnet sind. Ist dies bei der Zufertigung an die Kasse übersehen, so sind die Nummern der betreffenden Beläge am Schlusse der Abnahmeverhandlung oder in einer besonderen Beilage anzugeben. Jedenfalls ist in der Abnahmeverhandlung zu vermerken, daß die Beläge von dem die Rechnung abnehmenden Beamten auch in Bezug auf deren Aufbewahrungszeit geprüft sind.

#### §. 14.

1. Die nach fünf Jahren (§. 9) oder nach kürzerer Frist (§. 10) zu vernichtenden Beläge sind nach Entlastung des Rechnungsführers der Kasse zuzufertigen.

2. Von welcher Dienststelle die nicht dauernd, aber länger als fünf Jahre aufzubewahrenden Beläge (§. 11), sowie die dauernd aufzubewahrenden Beläge (§. 12) nach Entlastung des Rechnungsführers aufzubewahren sind, bestimmt der Verwaltungschef. Die nicht dauernd, aber länger als fünf Jahre aufzubewahrenden Beläge sind, insoweit sich nicht, wie bei Verträgen, Personalpapieren u. s. w. die Einverleibung in die Dienstaften empfiehlt, nach und nach zu vernichten.

3. Bezüglich der Art der Aufbewahrung von Bauanschlüssen nebst den dazu gehörigen Zeichnungen, von Revisionsnachweisungen u. dergl. bleibt die Bestimmung ebenfalls den Verwaltungschefs vorbehalten.

### III. Allgemeine Bestimmungen.

#### §. 15.

In welchen Zwischenräumen die Vernichtung stattzufinden hat, bestimmt der Verwaltungschef.

#### §. 16.

Die Veräußerung der zur Vernichtung bestimmten Rechnungen, Bücher und Beläge darf nur zum Einstampfen in Papiermühlen oder zu ähnlichen Zwecken an zuverlässige Personen stattfinden.

#### §. 17.

Die Bestimmungen des Reglements über die Vernichtung der Beläge bereits berichteter Rechnungen vom 7. Mai 1844 (Ministerialblatt für die innere Verwaltung S. 194) sowie desjenigen über die Vernichtung unbrauchbarer Rechnungen und Kassensbücher vom 5. Juli 1861 (Ministerialblatt für die innere Verwaltung S. 224) treten außer Kraft.

Berlin, den 3. Juni 1902.

Königliches Staatsministerium.

#### Num. 50.

Allgemeine Verfügung vom 23. Juni 1902, — betreffend die Uebersicht über die Thätigkeit der Schiedsmänner im Jahre 1901.

Allgemeine Verfügung vom 18. Oktober 1882 (Zust.-Minist.-Bl. S. 313).

Nachstehende Uebersicht über die Thätigkeit der Schiedsmänner im Jahre 1901 wird hierdurch zur Kenntniß der Justizbehörden gebracht.

Berlin, den 23. Juni 1902.

Der Justizminister.

Schönste dt.

## Uebersicht über die Thätigkeit der Schiedsmänner im Jahre 1901.

Nr.	Bezirk des Oberlandes- gerichts.	Zahl der Schieds- männer am Jahres- schlusse.	Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten.			Beleidigungen und Körper- verletzungen.		
			Zahl der Sachen überhaupt.	Zahl der Sachen, in welchen beide Theile zur Sühne- verhandlung erschiene sind.	Von den in Spalte 5 bezeichneten Sachen sind durch Vergleich erledigt.	Zahl der Sachen überhaupt.	Zahl der Sachen, in welchen beide Theile zur Sühne- verhandlung erschiene sind.	Von den in Spalte 8 bezeichneten Sachen sind durch Sühneverfug mit Erfolg erledigt.
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.
1.	Berlin .....	1 645	827	492	391	31 443	14 890	9 315
2.	Breslau .....	3 428	1 416	976	741	33 450	17 878	11 995
3.	Cassel .....	1 136	722	414	309	5 771	3 258	1 986
4.	Celle .....	2 518	1 158	811	658	11 931	6 258	3 698
5.	Edln .....	2 254	2 252	1 359	884	21 177	8 917	5 156
6.	Frankfurt a. M. .	907	599	357	239	7 207	3 644	2 036
7.	Hamm .....	1 589	266	152	112	16 630	7 221	4 641
8.	Kiel .....	961	728	407	247	5 432	2 825	1 567
9.	Königsberg .....	807	385	329	260	13 612	8 090	4 233
10.	Marienwerder ...	552	238	167	131	7 952	4 350	2 261
11.	Raumburg .....	1 136	1 274	827	611	20 397	11 285	7 698
12.	Posen .....	670	208	175	145	12 047	6 591	3 727
13.	Stettin .....	668	282	210	171	8 810	4 779	2 969
	Zusammen ..	18 271	10 355	6 676	4 899	195 859	99 986	61 282
	mithin gegen 1900	18 213	10 715	7 055	5 254	187 476	96 717	59 270
	mehr ...	58	—	—	—	8 383	3 269	2 012
	weniger ...	—	360	379	355	—	—	—
	Dagegen in den Jahren							
	1899 ..	18 223	12 518	8 420	6 452	188 594	97 427	59 681
	1898 ..	18 191	14 574	9 898	7 250	194 873	101 015	61 562
	1897 ..	18 176	15 818	10 707	8 063	194 162	101 021	61 266

# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

## Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Herausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Besen der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Freitag, den 4. Juli 1902.

Nr. 27.

### Amtlicher Theil.

#### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Berleihungen bei den Justizbehörden.

##### Oberlandesgerichte.

Der Justizhauptkassen-Rendant, Rechnungsrath Werner in  
Eöln ist gestorben.

##### Vandgerichte und Amtsgerichte.

Der Vandgerichtsrath Vollbracht in Naumburg a. S. ist  
zum Vandgerichtsdirektor in Magdeburg ernannt.

Sein Uebertritt in den Ruhestand ist verliehen:

- dem Amtsgerichtsrath Runkel in Danzig der Rothe Adler-  
Orden III. Klasse mit der Schleife,
- dem Amtsrichter Dr. Jovers in Varenburg i. Pom. der  
Karakter als Amtsgerichtsrath.

Dem Vandgerichtsrath Bocumer in Dortmund ist der  
königliche Kronen-Orden III. Klasse verliehen.

Verstelt sind:

##### die Amtsgerichtsräthe

- Trebeel in Minden nach Nielefeld,
- Gottschall in Herbedrug nach Allenstein,
- Schwärz in Soltau nach Herbedrug,
- Schulz in Greifswald als Vandgerichtsrath an das Vand-  
gericht baselbst,

##### die Amtsrichter

- Dr. Schröder in Guben, Dr. Roeder in Bätow und  
Lisner in Schwerin a. W. an das Amtsgericht I in  
Berlin,
- Pohl in Putzow nach Soltau.

(Die erledigte Amtsrichterstelle in Guben wird nicht wieder be-  
setzt.)

Der Amtsrichter Graff in Darkehmen ist in Folge seiner Er-  
nennung zum Regierungsrath in der allgemeinen Staats-  
verwaltung aus dem Justizdienste geschieden.

Dem Hypothekensbewahrer, Justizrath Windscheid in Eöln ist  
anlässlich seines Uebertritts in den Ruhestand der Karakter  
als Geheim Justizrath verliehen.

Dem Fabrikdirektor, Baurath a. D. Grund und dem Kauf-  
mann Wislott in Breslau ist die nachgesuchte Entlassung  
aus dem Amte als Handelsrichter ertheilt und zugleich der  
Rothe Adler-Orden IV. Klasse verliehen.

Der Konsul Robert Kleynhäuser in Königsberg i. Pr. ist  
zum stellvertretenden Handelsrichter bei dem Vandgerichte da-  
selbst ernannt.

##### Staatsanwaltschaft.

Dem Staatsanwaltschaftsrath Benzli in Stetly ist bei seinem  
Uebertritt in den Ruhestand der Rothe Adler-Orden IV. Klasse  
verliehen.

##### Rechtsanwälte und Notare.

Dem Notar, Justizrath Wenzel in Hirschberg ist bei seinem  
Ausscheiden und dem Amte der Rothe Adler-Orden IV. Klasse  
verliehen.

Dem Notar, Justizrath Siegmund Joel Wener in Berlin ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Amte ertheilt.

Dem Notar, Justizrath Lhoennessen in Randerath ist die Genehmigung zur Annahme und Anlegung des von Seiner Heiligkeit dem Papste ihm verliehenen Romthurkrenzes des St. Gregorius-Ordens ertheilt.

In der Liste der Rechtsanwälte sind gelöset:

die Rechtsanwälte

Ernst Caro bei dem Landgericht I in Berlin,  
Dr. Bäckler & bei dem Amtsgericht in Orenenbroich.

In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen:

die Rechtsanwälte

Ernst Caro vom Landgericht I in Berlin bei dem Kammer-  
gerichte,  
Steinfeld aus Lubliny bei dem Amtsgericht in  
Kattowiz,  
der frühere Rechtsanwalt Steinig bei dem Amtsgericht  
in Rosenberg D. Schl.,

die Gerichtsassessoren

Dr. Selbiger bei dem Landgericht I in Berlin,  
Böttlich bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in  
Raumburg a. S.,  
Kunig bei dem Amtsgericht in Birnbaum.

#### Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt:

die Referendare

Knaus, Dr. von Wicleben, Dr. Rehmer im Be-  
zirke des Kammergerichts,  
Schaefer, Dr. Fischel im Bezirke des Oberlandesgerichts  
zu Breslau,  
Dr. Bartels, Voefing im Bezirke des Oberlandes-  
gerichts zu Celle,  
Dr. Heinrich Müller, Dellio, Schnaj im Bezirke des  
Oberlandesgerichts zu Köln,  
Gäth im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Frankfurt a. M.,  
Köllermann, Sahne, Dr. Schulenburg im Bezirke  
des Oberlandesgerichts zu Hamm,  
Dr. Wästenbörfers im Bezirke des Oberlandesgerichts zu  
Kiel,  
Jelig Schroeder im Bezirke des Oberlandesgerichts zu  
Königsberg i. Pr.,  
Dr. Pils, Spas, Dr. Scherling im Bezirke des Ober-  
landesgerichts zu Raumburg a. S.,  
Schön im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Posen,  
Dr. Keller, Fuhrmann, Sahj im Bezirke des Ober-  
landesgerichts zu Stettin.

Der Rechtsanwalt Dr. Bäcklers in Orenenbroich ist als  
Gerichtsassessor in den Justizdienst wieder aufgenommen.

Dem Gerichtsassessor Dr. Leten & ist die nachgesuchte Entlassung  
aus dem Justizdienst ertheilt.

#### Mittlere Beamte.

Beim Uebertritt in den Ruhestand ist

dem Rechnungskrevisor, Rechnungsrath Gehrmann in Posen  
der Königliche Kronen-Orden III. Klasse,  
dem Gerichtsschreiber bei dem Oberlandesgerichte, Kanzleirath  
Kufemann in Hamm  
der Rother Adler-Orden IV. Klasse,  
dem Gerichtsklassen-Referenten Steyer in Juowotzlaw und  
dem Gerichtsschreiber, Gerichtskassenkontrolleur Könnede  
in Magdeburg  
der Charakter als Rechnungsrath,  
den Ersten Gerichtsschreibern, Sekretären Christensen in  
Sabersleben und Jansen in Hufum  
der Charakter als Kanzleirath,  
dem Gerichtsschreibergehülfen, Kanzleisekretär Brandstätter  
in Königsberg i. Pr. und dem Gerichtsvollzieher Kutsch  
in Rachen  
der Königliche Kronen-Orden IV. Klasse,  
dem Gerichtsvollzieher Werner in Weppers  
das Allgemeine Ehrenzeichen  
verliehen,

ferner

dem Gerichtsschreibergehülfen, Assistenten August Voigt bei  
dem Amtsgericht I in Berlin  
der Titel als Kanzleisekretär beigelegt.

#### Kanzleibeamte.

Den Kanzlisten Ehlers in Bielefeld und Barth in Lhorn  
ist bei ihrem Uebertritt in den Ruhestand der Titel als  
Kanzleisekretär beigelegt.

#### Unterbeamte.

Dem Gerichtsdienere Pflughaupt in Lüneburg ist das Kreuz  
des Allgemeinen Ehrenzeichens,  
dem Gerichtsdienere August Simon in Berlin bei seinem  
Uebertritt in den Ruhestand das Allgemeine Ehrenzeichen  
verliehen.

In den einseitigen Ruhestand versetzte Beamte.

Dem Oberlandesgerichtsrath, Geheimen Justizrath West in  
Raumburg a. S. ist der Rother Adler-Orden III. Klasse mit  
der Schleife verliehen.

Der Amtsgerichtsrath Roth in Halle a. S. ist gestorben.

**Allerhöchste Erlasse, Ministerial-Verfügungen und Entscheidungen  
der obersten Gerichtshöfe.**

Num. 51.

**Allgemeine Verfügung vom 1. Juli 1902, — betreffend die Errichtung von Nottestamenten vor den Ortsgerichtsvorstehern in den Oberlandesgerichtsbezirken Frankfurt und Cassel.**

Auf Grund des Artikel 80 Abs. 2 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche vom 20. September 1899 (Gesetz-Samml. S. 177) bestimme ich Folgendes:

Im Geltungsbereiche der Verordnung über die Ortsgerichte in den Oberlandesgerichtsbezirken Frankfurt und Cassel vom 20. Dezember 1899 (Gesetz-Samml. S. 640) können im Falle des §. 2249 des Bürgerlichen Gesetzbuchs Nottestamente außer vor den Gemeindevorstehern auch vor den Ortsgerichtsvorstehern, die nicht Gemeindevorsteher sind, errichtet werden.

In Betreff der Gebühren und der Auslagen gelten für die Ortsgerichtsvorsteher die gleichen Bestimmungen wie für die Gemeindevorsteher.

Berlin, den 1. Juli 1902.

Der Justizminister.  
Schönstedt.

L. 4818. T. 30 Bb. 2.

Num. 52.

**Urtheil des Oberverwaltungsgerichts vom 20. März 1902.**

Veranlagung eines Gerichtsvollziehers zur Staatseinkommensteuer.

In Sachen, betreffend die Veranlagung des Gerichtsvollziehers Franz B. zu M. zur Staatseinkommensteuer für das Steuerjahr 1901,

hat das königliche Oberverwaltungsgericht, Sechster Senat, in seiner Sitzung vom 20. März 1902,

für Recht erkannt,

daß die gegen die Entscheidung der Berufungskommission zu D. vom 23. Juli 1901 seitens des Steuerpflichtigen angebrachte Beschwerde für begründet zu erachten, die Angelegenheit zur anderweiten Entscheidung an die Berufungskommission zurückzugeben und die Kosten des Beschwerdebewerfahrens außer Ansatz zu lassen.

Von Rechts Wegen.

Gründe.

Der Beschwerdeführer, ein Gerichtsvollzieher, hat den Abzug von Geschäftskosten für Miete, Heizung und Beleuchtung seines Geschäftslokals, für Schreibmaterialien und sonstige Auslagen, in Höhe von ca. 700 Mark von seinem Dienstlohn beansprucht. Die Berufungskommission hat mit folgender Begründung den Abzug verweigert:

»Sie beziehen neben festem Gehalt und Wohnungszuschuß 24 Prozent Antheile der Gebühreneinnahme aus Parteaufträgen, wovon  $\frac{1}{12}$  als reine Einnahmen,  $\frac{1}{12}$  als Dienstleistungsaufwandsentschädigung anzusehen sind.



In dem von der Justizbehörde bis 1905 garantierten Jahreseinkommen von 4088,54 Mark sind aber nur die als reine Einnahme anzusehenden  $\frac{5}{12}$  Theile berücksichtigt. Ob und welcher Betrag über die bewilligten  $\frac{7}{12}$  hinaus als Dienstaufwand verausgabt wird, kommt nach Art. 22 Ziffer 1 der Anweisung vom 6. Juli 1900 für die Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens nicht in Betracht.\*

Die hiergegen gerichtete Beschwerde ist begründet.

Durch die neue »Gerichtsvollzieher-Ordnung« vom 31. März 1900 (Just.-Minist.-Bl. von 1900 S. 347 ff.) und die hierzu erlassene »Allgemeine Verfügung des Justizministers über die Festsetzung und Anweisung der den Gerichtsvollziehern zu gewährenden Gebührenanteile und Entschädigungen sowie über die Berechnung dieser Bezüge und der Vergütung für baare Auslagen aus Parteaufträgen« von demselben Tage (S. 385 ff. a. a. O.) hat die Regelung der Dienstbezüge der Gerichtsvollzieher seit dem 1. Oktober 1900 eine völlige Umgestaltung erfahren.

Abgesehen von den hier nicht in Frage kommenden tarifmäßigen Entschädigungen für baare Auslagen bei Parteaufträgen (§. 23 Nr. 2 der Gerichtsvollzieher-Ordnung) und dem Ersatz ihrer baaren Auslagen bei Erledigung amtlicher Aufträge ist in keiner der maßgebenden Bestimmungen ein bestimmter Betrag oder Theil der Bezüge als Dienstaufwand bewilligt, der gemäß §. 15 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891 und Art. 22 Nr. 1 der Ausführungsanweisung vom 6. Juli 1900 steuerfrei zu lassen und den Abzug der Geschäftskosten vom Dienst Einkommen auszuschließen geeignet wäre.

Insbesondere ist eine solche Bestimmung auch nicht aus den Nr. 11, 12 unter II der oben bezeichneten Allgemeinen Verfügung zu entnehmen. Hier werden vielmehr lediglich die Zuschußleistungen des Staates zur Erreichung des zugesicherten Mindesteinkommens geregelt. Die Berufungskommission geht also fehl, wenn sie den nach Nr. 12 bei Berechnung des Mindesteinkommens außer Acht zu lassenden Theil der Gebühren — das sind  $\frac{7}{12}$  obiger 24 Prozent — für Dienstaufwand erachtet.

Ihre Entscheidung unterliegt deshalb wegen Verletzung des bestehenden Rechtes der Aufhebung, und die Sache geht zur anderweiten Entscheidung an die Berufungskommission zurück.

Da durch die erst mit dem 1. Oktober 1900 (§. 82 der Gerichtsvollzieher-Ordnung, Nr. 21 unter IV der Allgemeinen Verfügung) in Kraft getretene neue Regelung der Dienstbezüge zweifellos eine wesentliche Veränderung der Einkommensquelle stattgefunden hat, und deshalb bei dem schwankenden Charakter der Gebühreneinnahmen (vergl. Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts in Staatssteuerfällen Bd. VI S. 288) das mutmaßliche Einkommen für das Steuerjahr festzustellen gewesen wäre (§. 10 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891), so ist jetzt nach seinem Ablaufe das wirkliche Einkommen des Steuerjahrs zu ermitteln.

Zunächst sind die Bruttoeinnahmen durch Zusammenrechnung sämtlicher festen und schwankenden Bezüge, also auch der vollen 24 Prozent aus Parteegebühren, festzustellen. Wird dadurch das zugesicherte Mindesteinkommen von 4088,54 Mark nicht erreicht, so gilt dieses als Bruttoertrag. Von dem Bruttoertrage sind sodann alle nachgewiesenen Betriebskosten zu kürzen (vergl. Art. 21 Nr. 4a der Ausführungsanweisung und die §§. 26 bis 29 der neuen Gerichtsvollzieher-Ordnung).

Justizministerium I. 3421. Steuerfällen 78 Bb. 3.

# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

## Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Herausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Besten der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Freitag, den 11. Juli 1902.

Nr. 28.

### Amtlicher Theil.

#### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Verleihungen bei den Justizbehörden.

##### Landgerichte und Amtsgerichte.

Der Landgerichtspräsident, Geheime Oberjustizrath Vöheler in Köln, der Landgerichtsrath Samojc in Graubenz und der Amtsgerichtsrath Specovius in Vangensfalja sind gestorben.

##### Verfetzt sind:

der Amtsgerichtsrath Schwente in Jünsterwalde an das Amtsgericht II in Berlin, der Amtsrichter Dr. Wägenstein in Müncheberg nach Wusterhausen a. D.

Dem Landgerichtsrath Stadmann in Göttingen und dem Amtsrichter Münch in Sögel ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ertheilt.

##### Zu Amtsrichtern sind ernannt:

der Staatsanwalt Wahn aus Essen in Diez, die Gerichtsassessoren

Julius Element in Köln,  
Theobald Schumacher in Elberfeld,  
Houben in Rheidt,  
Theisen in Castellau,  
Kede in Landsberg Ostpr.,  
Kreemann in Wöngrowitz,  
Freywuth in Vandsöberg,  
Richard Heinze in Tiffst,  
Kleinan in Friedland D. S.,  
Schramm in Wittkow.

##### Staatsanwaltschaft.

Der Staatsanwaltschaftsrath Caesar vom Oberlandesgericht in Raumburg ist gestorben.

##### Rechtsanwälte und Notare.

Den Rechtsanwälten und Notaren, Justizräthen Wolff in Grottau und Welde in Diez ist der Röske Adler-Orden IV. Klasse verliehen.

Dem Notar, Gehelmen Justizrath Fromme in Seehausen i. A. ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Amte ertheilt.

Der Notar Michaelis in Sangerhausen hat sein Amt niedergelegt.

##### Zu Notaren sind ernannt:

die Rechtsanwälte  
Justizrath Schottländer in Posen und  
Edniesz in Husum.

##### In der Liste der Rechtsanwälte sind gelistet:

die Rechtsanwälte  
Justizrath Neusch bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in Magdeburg,  
Michaelis bei dem Amtsgericht in Sangerhausen.

In die Liste der Rechtsanwältinnen sind eingetragen:  
 der frühere Rechtsanwalt Roth bei dem Oberlandesgericht  
 in Frankfurt a. M.,  
 der Gerichtsassessor Söllhauer bei dem Landgericht II in  
 Berlin.

**Gerichtsassessoren.**

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt:  
 die Referendare

Dr. Heinrich Neumann im Bezirke des Kammergerichts,  
 von Rieffel im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Cassel,  
 Baptist Schmidt, Buhr im Bezirke des Oberlandes-  
 gerichts zu Köln,

Ziel im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Königs-  
 berg i. Pr.,  
 Koeple, Anspach im Bezirke des Oberlandesgerichts  
 zu Marienwerder.

Der Gerichtsassessor Ernst ist zum Marine-Kriegsgerichtsrath  
 ernannt.

Der Gerichtsassessor Klümper ist gestorben.

**Unterbeamte.**

Dem ständigen Hülfsgeschäftsbüchler Seidel in Binzig ist bei  
 seinem Abschiede in den Ruhestand das Allgemeine Ehren-  
 zeichen verliehen.

**Allerhöchste Erlasse, Ministerial-Verfügungen und Entscheidungen  
 der obersten Gerichtshöfe.**

Num. 53.

**Allgemeine Verfügung vom 26. Juni 1902, — betreffend den Bestand an Gewerbegerichten.**

Gewerbegerichtsgesetz in der Fassung vom 29. September 1901 (Reichs.-Gesetzbl. S. 353).

Allgemeine Verfügung vom 11. April 1892 (Just.-Minist.-Bl. S. 146).

Im Anschluß an die den Gerichten durch die Allgemeinen Verfügungen vom 8. September 1893, 4. Juni 1894, 5. September 1895, 10. August 1896, 22. Oktober 1897, 29. Juli 1898, 22. September 1899, 23. Juni 1900 und 25. Juni 1901 (Just.-Minist.-Bl. 1893 S. 271, 1894 S. 152, 1895 S. 299, 1896 S. 256, 1897 S. 270, 1898 S. 204, 1899 S. 278, 1900 S. 503, 1901 S. 150) mitgetheilten Verzeichnisse der bis Ende 1900 errichteten Gewerbegerichte wird nachstehend ein Verzeichniß der im Jahre 1901 in Thätigkeit getretenen, aufgehobenen oder veränderten kommunalen Gewerbegerichte zur Kenntniß gebracht.

Berlin, den 26. Juni 1902.

Der Justizminister.  
 Schönlank.

L. 4319. G. 34 Bb. 7.

## Verzeichniß

der

im Jahre 1901 in Thätigkeit getretenen, aufgehobenen oder veränderten kommunalen  
Gewerbegerichte.

Lau- fende Nr.	Ei g	Sachliche	
		Zuständigkeit	
der Gewerbegerichte.			
1.	2.	3.	4.
I. In Thätigkeit getreten:			
1.	Quedlinburg.	Stadtbezirk Quedlinburg.	Die sachliche Zuständigkeit der Gewerbe-gerichte erstreckt sich auf alle Arten von Gewerbe- oder Fabrikbetrieben (§. 7 des Gewerbegerichtsgesetzes in der Fassung vom 29. September 1901 — Reichs-Gesetzbl. S. 353) sowie auf alle in den §§. 4, 5 a. a. D. bezeichneten Streitigkeiten.
2.	Ilversgehofen.	Gemeindebezirk Ilversgehofen.	
3.	Igboe.	Stadtbezirk Igboe.	
4.	Hamm.	Stadtbezirk Hamm.	
II. Aufgehoben:			
Keine.			
III. Hinsichtlich der örtlichen Zuständigkeit verändert:			
1.	Hagen i. W.	Umfaßt auch die eingemeindete Ortschaft Edeley.	
2.	Opladen.	Umfaßt auch die Gemeinde Rheindorf.	
IV. Klarstellung hinsichtlich der sachlichen Zuständigkeit:			
1.	Dirschau.	Kreis Dirschau.	Die sachliche Zuständigkeit erstreckt sich nicht nur auf alle Arten von Gewerbe- oder Fabrikbetrieben (§. 7 des Gewerbegerichtsgesetzes in der Fassung vom 29. September 1901 — Reichs-Gesetzbl. S. 353 —), sondern auch auf alle in den §§. 4, 5 a. a. D. bezeichneten Streitigkeiten.

## Nichtamtlicher Theil.

Die im Reichs-Eisenbahnamt in neuer Auflage bearbeitete Uebersichtskarte der Eisenbahnen Deutschlands in sechs Blättern nebst zugehörigem Verzeichnisse der deutschen Eisenbahnstationen und ihrer Verwaltungen sowie die ebenfalls neubearbeitete Sammlung von Uebersichtsplänen wichtiger Abzweigungsstationen der Eisenbahnen Deutschlands ist durch den Buchhandel (Verlag von Max Pasch, königlicher Hofbuchdrucker, Berlin S. W. 68 Ritterstraße 50) zu beziehen. Der Preis der Karte nebst Verzeichniß beträgt 9 Mark, der Preis der Sammlung von Uebersichtsplänen 1 Mark.

# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

## Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Herausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Nutzen der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Freitag, den 18. Juli 1902.

Nr. 29.

### Amtlicher Theil.

#### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Verleihungen bei den Justizbehörden.

##### Justizministerium.

Der Oberlandesgerichtsrath Dr. Sadicht in Frankfurt a. M. ist zum Geheimen Justizrath und vortragenden Rath im Justizministerium ernannt.

##### Oberlandesgerichte.

Dem Rechnungsrevisor bei dem Oberlandesgericht in Celle, Rechnungsrath Haeftenbraeger ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ertheilt.

##### Landgerichte und Amtsgerichte.

Der Landgerichtspräsident, Geheimrath Oberjustizrath Richard in Osnabrück ist gestorben.

Berufen sind:

der Landgerichtsrath Latour in Arnberg an das Landgericht in Düsseldorf,  
der Landrichter Habeband in Remel als Amtsrichter nach Königsberg i. Pr.,  
die Amtsrichter

Schmiz in Ordebe nach Gelsenkirchen,  
Erohn in Johannsburg als Landrichter nach Allenstein,  
Räuschmeyer in Demnan als Landrichter nach Remel,  
Drewwello in Bischofsstein nach Labiau.

Der Landgerichtsrath von Lescaque in Bonn ist gestorben.  
Dem Amtsgerichtsrath Vohj in Bergen a. R. ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ertheilt.

Just. Min. - Bl. 1902.

Der Gerichtsassessor Dubenhäusen ist zum Landrichter in Dortmund ernannt.

Zu Amtsrichtern sind ernannt:

die Gerichtsassessoren

Beyler in Waldbroel,  
Schoeler in Ehingshausen,  
Koebling in Hagen i. W.,  
Schmale in Dortmund,  
Dr. Ernst in Petershagen,  
Wendenbach in Tauben,  
Weiß in Steinbach-Hallenberg,  
Riechhoff in Bätow,  
Dr. Bayard in Neuwedel,  
Dr. Gerhard Hoffmann in Natibor,  
Reinisch und von Kefowolsky in Beuthen O. Schl.

Der Fabrikant Hugo Rosenthal in Berlin ist zum Handelsrichter bei dem Landgericht I in Berlin ernannt.

Zu stellvertretenden Handelsrichtern sind ernannt:

die Fabrikbesitzer Feig Eugenheim, Philemon Ritter und Paul Hjarup, die Kaufleute Richard Herrmann, Julius Heine, Paul Ehrenberg, Hermann Nathan Israel, David Bru, Wilhelm Schneider und Georg Imberg, die Bankiers Adolf Moser und Theodor Rosenfeld

(sämmlich in Berlin bei dem Landgericht I in Berlin;

wiebereannt:

der Kommerzienrat Rudolf Hardt in Vennep  
bei der Kammer für Handelsfachen in Barmen,  
der Kaufmann und Königl. belgische Konsul Otto Israel  
in Stralsund  
bei der Kammer für Handelsfachen in Stralsund.

#### Staatsanwaltschaft.

Zu Staatsanwälten sind ernannt:

die Gerichtsassessoren  
Dr. Schwickerath in Essen,  
Max Müller in Limburg,  
Calinich in König.

#### Rechtsanwälte und Notare.

Der Notar Brementhal in Eöln-Ehrenfeld ist von der Ver-  
pflichtung, in dem Vorort Ehrenfeld zu wohnen und seine  
Geschäftsräume zu halten, entbunden.

Dem Notar, Justizrath von Paschlowsky in Londen ist  
die nachgesuchte Entlassung aus dem Amte ertheilt.

Der Rechtsanwalt Mery in Gelsenkirchen ist zum Notar  
ernannt.

Dem Rechtsanwalt bei dem Oberlandesgericht in Celle Dr. Meyer  
ist die Genehmigung zur Annahme und Anlegung des von  
Seiner Durchlaucht dem Fürsten zu Schaumburg-Lippe ihm  
verliehenen Ehrenkreuzes dritter Klasse des Fürstlich Schaum-  
burg-Lippischen Hausordens ertheilt.

In der Liste der Rechtsanwälte sind gelöscht:

die Rechtsanwälte  
Justizrath Volkli in Reidenburg bei dem Landgericht in  
Münster,  
Beyer,  
Dr. Sarrazin  
bei dem Landgericht I in Berlin.

In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen:

der Garnison-Kubiteur a. D., Justizrath Rig bei dem Lan-  
gericht I in Berlin,  
der Rechtsanwalt Beyer vom Landgericht I bei dem Lan-  
gericht II in Berlin,  
der Gerichtsassessor Dr. Witz bei dem Landgericht in Eöln.

#### Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt:

die Referendare  
Deeg, Dr. Steinert, Dr. Gutfeld im Bezirke des  
Kammergerichts,  
Dr. Engelbrecht im Bezirke des Oberlandesgerichts zu  
Breslau,  
Berlitzheimer im Bezirke des Oberlandesgerichts zu  
Cassel,  
Dr. Probst im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Eöln,  
Risch im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Frankfurt a. M.,  
Jodusch im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Hamm,  
Langenstraßen im Bezirke des Oberlandesgerichts zu  
Königsberg i. Pr.,  
Volckbrechtshausen im Bezirke des Oberlandesgerichts  
zu Marienwerder.

Dem Gerichtsassessor Tomaszewicz ist die nachgesuchte Ent-  
lassung aus dem Justizdienst ertheilt.

**Allerhöchste Erlasse, Ministerial-Befugungen und Entscheidungen  
der obersten Gerichtshöfe.**

Num. 54.

**Urtheil des Reichsgerichts vom 22. April 1902.**

Haftung des Staates für Gegenstände, die in einem gerichtlichen Verfahren dem Gericht übergeben sind.

In Sachen des Preussischen Justizfiskus, vertreten durch den Oberstaatsanwalt in M., Beklagten und Revisionsklägers,

wider

den Gutsbesitzer Louis D. in Gr. D., Kläger und Revisionsbeklagten,

hat das Reichsgericht, Siebenter Civilsenat, auf die mündliche Verhandlung vom 22. April 1902 für Recht erkannt:

die Revision gegen das Urtheil des Ersten Civilsenats des königlich Preussischen Oberlandesgerichts zu M. vom 12. Dezember 1901 wird zurückgewiesen; die Kosten der Revisionsinstanz werden dem Revisionskläger aufzulegt.

Von Rechts Wegen.

I hatbestand.

In einem von ihm vor dem Landgerichte Thorn geführten Prozesse hat der Kläger in einem Beweisaufnahmetermin (8. Juli 1893) auf Anordnung des mit der Beweisaufnahme beauftragten Richters die ihm gebührige Gutskarte seines Gutes Gr. D. dem im Termine thätigen Gerichtsschreiber übergeben; dieser hat sie dem Gerichtsschreiber des Prozessgerichts ausgehändigt. Die Karte ist nicht mehr aufzufinden; wo sie geblieben ist, ist trotz eingehender Nachforschungen nicht festzustellen; alle Mittel zur Ermittlung ihres Verbleibs sind, wie der Beklagte angiebt, erschöpft. Kläger hat sie jedenfalls nicht zurückgehalten. Er ist der Ansicht, daß der Fiskus (Justizfiskus) ihm für die Herausgabe der Karte verantwortlich sei, und hat deshalb gegen diesen geklagt mit dem Antrage:

den Beklagten zu verurtheilen, die vorbezeichnete Karte an den Kläger herauszugeben oder eine andere Gutskarte zu beschaffen oder diejenigen Kosten ihm zu erstatten, die ihm durch Beschaffung einer neuen Gutskarte entstehen werden.

Der Beklagte hat um Abweisung der Klage gebeten.

Von dem erstinstanzlichen Richter ist diesem Antrag entsprochen; der Berufungsrichter hat dagegen im ganzen Umfange dem Klageantrage stattgegeben.

Von dem Beklagten ist gegen die Berufungsentscheidung Revision eingelegt, mit dem Antrage, diese Entscheidung aufzuheben und das erstinstanzliche Urtheil durch Zurückweisung der klägerischen Berufung wiederherzustellen.

Der Kläger hat Zurückweisung der Revision beantragt.

Entscheidungsgründe.

Da nach preussischem Rechte der Staat für die Versehen seiner Beamten bei der Vornahme von Handlungen der Staatsgewalt nicht haftet (Entscheidungen des Reichsgerichts Band 28 S. 340), so ist die Klage nur haltbar, wenn durch die Hingabe und Empfangnahme der Gutskarte unmittelbar zwischen



dem Kläger und dem Staate ein derartiges Rechtsverhältniß entstanden ist, daß auf Grund dessen der Staat nach privatrechtlichen Grundsätzen dem Kläger für die Zurückgabe und eintretenden Falles für den Verlust der Karte haftbar ist. Der erkennende Senat nimmt an, daß ein solches Rechtsverhältniß zwischen den Parteien entstanden ist. Die auf Grund des §. 142 der Civilprozeßordnung erlassene Anordnung des mit der Beweisaufnahme beauftragten Richters, daß der Kläger seine Quittkarte dem Gerichtsschreiber (zur Aufbewahrung) übergeben solle, trägt, wie der Berufungsrichter zutreffend dargelegt hat, den Charakter einer Handlung der Staatsgewalt, für die der Staat dem Kläger nicht verantwortlich ist. Was dagegen die Ausführung dieser Maßnahme anlangt, so bewegt sich diese allerdings insofern auf öffentlich-rechtlichem Gebiet, als die Hingabe der Karte durch den Kläger und deren Empfangnahme durch den Staat in dieser Beziehung vertretenden Gerichtsschreiber im Interesse der Rechtspflege erfolgt ist und der Zeitpunkt der Rückgabe sich daher auch nach den Rücksichten der Rechtspflege bestimmen muß. Allein daneben zeigt die Ausführung jener Anordnung auch eine privatrechtliche Seite. Indem der Kläger sich zu jenem Zwecke dem Staate gegenüber des Besizes und der Aufsicht über die Karte entäußerte, erwuchs hieraus für den Staat die nach den Grundsätzen des Privatrechts zu beurtheilende Verpflichtung, über die Karte, die er in sein Gewahrsam genommen hatte, auch die erforderliche Obhut zu führen und sie, nachdem der öffentlich-rechtliche Zweck, zu welchem sie ihm übergeben war, seine Erledigung gefunden hatte, dem Kläger zurückzuliefern. Man mag dies Verhältniß als ein stillschweigend geschlossenes, vertragsartiges, dem Verwahrungsvertrag ähnlich oder gleich zu erachtendes Rechtsverhältniß bezeichnen; jedenfalls haftet der Staat aus ihm dem Kläger unmittelbar für die Rückgabe bzw. den Verlust der Karte, wenn er nicht nachweist (was nicht geschehen ist), daß sie durch ein von ihm nicht zu vertretendes Ereigniß ihm abhanden gekommen ist.

In ähnlichem Sinne hat sich der Zweite Civilsenat in einer Entscheidung aus neuerer Zeit (8. Februar 1901) ausgesprochen, als es sich um die Haftung des Staates für den Verlust eines Buches handelte, das eine Partei in einem Prozesse dem Gericht übergeben hatte. Auch hier ist anerkannt worden — wobei das französische Recht eine entscheidende Rolle nicht gespielt hat —, daß auch bei Gelegenheit der Ausübung eines Staatshoheitsrechts und zur Unterstützung der Ausübung desselben privatrechtliche Verhältnisse zu Stande kommen können« (II. 325/1900 Juristische Wochenschrift 1901 S. 191 Nr. 13).

Es sei ferner darauf hingewiesen, daß früher wiederholt oberste Gerichtshöfe den Staat für den Verlust von Sachen, die beschlagnahmt waren, aus einem vertragsartigen Verhältnisse für haftbar erklärt haben (vergl. Senfferts Archiv Band III Nr. 327, Band V Nr. 135, Band XXVI Nr. 74 Cassel, Dresden, Berlin) und daß auch schon der Erste Civilsenat des Reichsgerichts in solchem Falle gleicher Weise erkannt hat (Bolze, Praxis Band III Nr. 311), indem er annahm, daß der Staat durch das in Verwahrnehmung begründete »quasikontraktliche« Verhältniß unmittelbar verpflichtet werde. In derselben Richtung bewegt sich auch das in den Entscheidungen des Reichsgerichts Band 48 S. 256 ff. veröffentlichte Urtheil des Sechsten Civilsenats des Reichsgerichts.

Aus diesen Gründen war in Uebereinstimmung mit dem Berufungsrichter der Anspruch des Klägers für gerechtfertigt zu erachten.

# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

## Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Herausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Besen der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Freitag, den 1. August 1902.

Nr. 30.

### Amtlicher Theil.

#### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Verleihungen bei den Justizbehörden.

##### Oberlandesgerichte.

Dem Oberlandesgerichtspräsidenten, Wirklichen Geheimen Oberjustizrath Dr. Hamm in Ebn ist die Genehmigung zur Annahme und Anlegung des von Seiner Majestät dem Kaiser von Oesterreich, Könige von Ungarn ihm verliehenen Komthurkreuzes des Franz Joseph-Ordens mit dem Stern ertheilt.

Der Oberlandesgerichtsrath Wundsch in Marienwerder scheidet in Folge seiner Ernennung zum Reichsgerichtsrath am 1. October d. J. aus dem preussischen Justizdienst aus.

##### Landgerichte und Amtsgerichte.

Die Landgerichtsräthe Stachow und Fiedelkorn vom Landgericht I in Berlin sind zu Landgerichtsdirektoren bei diesem Landgericht ernannt.

Verstet sind:

die Amtsgerichtsräthe Proczel und Koeder vom Amtsgericht I als Landgerichtsräthe an das Landgericht I in Berlin,

die Landrichter

Dr. Rassow in Raunfurt a. M. an das Landgericht in Raunburg a. S.,  
Reichner in Ratibor an das Landgericht in Orls,

die Amtsrichter

Dr. Jöhnen in Dierfen als Landrichter nach Ebn,  
Sarrazin in Herne nach Minden,  
Dunst in Carthaus nach Greifswald,  
Drehmann in Pretlin nach Schleusig.

Jah.-Anz. • 24 1902.

Dem Amtsgerichtsrath Dührsen in Möln ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ertheilt.

Die Amtsgerichtsräthe Friedländer in Brnthen L. Schl. und Koderburg in Stolberg sind gestorben.

Dem Amtsgerichtsrath Vogt in Bergen a. N. ist beim Uebertritt in den Ruhestand der Rothe Adler-Orden IV. Klasse verliehen.

Dem Amtsrichter Henry vom Amtsgericht II in Berlin ist die Genehmigung zur Annahme und Anlegung des von Seiner Majestät dem Kaiser von Oesterreich, Könige von Ungarn ihm verliehenen Ordens der Eisernen Krone III Klasse ertheilt.

##### Staatsanwaltschaft.

Der Staatsanwalt Regler in Hagen ist gestorben.

##### Rechtsanwälte und Notare.

Der Notar, Justizrath Zoll in Eberswalde ist gestorben.

Der Notar Dr. Bischofswerder in Birnbaum hat sein Amt niederzulegen.

Zu Notaren sind ernannt:

die Rechtsanwälte

Seeler in Berlin mit Anweisung seines Amtssitzes innerhalb der Stadtbezirke 35 und 36,  
Enger in Hermsdorf u. K.

In der Liste der Rechtsanwälte sind gelistet:  
die Rechtsanwälte

Justizrat Bielawski bei dem Landgericht II in Berlin,  
Justizrat Toll bei dem Landgericht in Orenslau und  
dem Amtsgericht in Eberswalde,  
Dr. Böller bei dem Landgericht in Eßln,  
Ralkwig bei dem Landgericht in Königsberg i. Pr.,  
Donatius bei dem Amtsgericht in Reib,  
Danziger bei dem Amtsgericht in Onesen,  
Dr. Bischofsverder bei dem Amtsgericht in Birnbaum.

In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen:  
die Rechtsanwälte

Justizrat Bielawski vom Landgericht II in Berlin bei  
dem Amtsgericht in Camter,  
Dr. Böller vom Landgericht in Eßln bei dem Oberlandes-  
gerichte daselbst,  
der Notar Dr. Golling aus Stromberg bei dem Amts-  
gerichte daselbst,  
die Gerichtsassessoren  
Dr. Ritthausen und Schönant bei dem Amtsgericht II  
in Berlin mit dem Wohnsitz, ersterer in Pankow, letzterer  
in Tegel,  
Dr. Neu bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in  
Coblenz,  
Kachorff bei dem Landgericht in Osonabrück.

Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt:

die Referendare

Richter, von Clausenwig, Dr. Cohn, Dr. Gotthelf,  
Dr. Hamburger, Dr. Stern, Dr. Thiele, Zin-  
haber im Bezirke des Kammergerichts,  
Dr. Jonas, Dr. Orgler, Dr. Sujakowsky im Be-  
zirke des Oberlandesgerichts zu Breslau,  
Eilert, Ridel, Bayer im Bezirke des Oberlandes-  
gerichts zu Cassel,  
Dr. Weber, Heinicke, Drake, von Komodi,  
Bissering, Eggers im Bezirke des Oberlandes-  
gerichts zu Celle,  
Baumann, Geuser im Bezirke des Oberlandesgerichts  
zu Eßln,  
Stabelmann, Eichhoff im Bezirke des Oberlandes-  
gerichts zu Frankfurt a. M.,

Schroeder, Kellerhoff, Dr. Wagenknecht,  
Dr. Frieß im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Hamm,  
Steen im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Kiel,  
Engelbrecht, Schulz im Bezirke des Oberlandesgerichts  
zu Königsberg i. Pr.,  
Dr. Fabian, Schroetter, Dr. Heymann, Wehr,  
Kroeller im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Marien-  
werder,  
Kosloff, Siebert, Biele, Sorgenfrey im Bezirke  
des Oberlandesgerichts zu Raumburg a. S.,  
Dr. Kollenscher im Bezirke des Oberlandesgerichts zu  
Posen,  
Dr. Könnies, Appelmann, Wegner, Dr. Wolff  
im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Stettin.  
Den Gerichtsassessoren Dr. Vene, Hausmann, Dr. Wilms,  
Freiherrn von dem Ruesebek und Bischoff ist die nach-  
gesuchte Entlassung aus dem Justizdienste erteilt.  
Der Gerichtsassessor Dr. Kaendrup ist in Folge seiner Er-  
nennung zum außerordentlichen Professor an der Universität  
Münster aus dem Justizdienste geschieden.  
Der Gerichtsassessor Wegener ist gestorben.

Mittlere Beamte.

Dem Gerichtsschreiber, Sekretär Adolf Friedrich Schulz bei  
dem Amtsgericht I in Berlin ist der Charakter als Kanzleirath  
verliehen.

Beim Uebertritt in den Ruhestand ist  
dem Gerichtsschreiber, Kanzleirath Eichholz in Wolmitzleb  
der Rote Adler-Orden IV. Klasse,  
den Gerichtsvollziehern Eschhofen in Wiesbaden und Fried-  
rich Meyer in Benshin das Allgemeine Ehrenzeichen  
verliehen.

Kanzleibeamte.

Beim Uebertritt in den Ruhestand ist  
dem Kanzlisten, Kanzleinspektor Helle in Saarbrücken der  
Titel als Kanzleirektor beilegt,  
dem Kanzleischüffen Kraß in Kirchen das Allgemeine  
Ehrenzeichen verliehen.

Unterbeamte.

Beim Uebertritt in den Ruhestand ist den Gerichtsdienern  
Teubusch in Dören das Kreuz des Allgemeinen Ehren-  
zeichens, Engelberg in Eilenburg das Allgemeine Ehren-  
zeichen verliehen.

## Allerhöchste Erlasse, Ministerial-Verfügungen und Entscheidungen der obersten Gerichtshöfe.

Num. 55.

Allgemeine Verfügung vom 14. Juli 1902, — betreffend die Geschäftsergebnisse der Justiz-  
behörden aus dem Jahre 1901, sowie eine Zusammenstellung der wichtigsten Geschäfte bei  
diesen Behörden für die Jahre 1899, 1900 und 1901.

In den Anlagen werden die Uebersichten der Geschäftsergebnisse bei den Preussischen und den  
Waldeckischen Justizbehörden aus dem Jahre 1901 und eine Zusammenstellung der wichtigsten Geschäfte  
bei diesen Behörden für die Jahre 1899, 1900 und 1901 zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 14. Juli 1902.

Der Justizminister.  
Schönstedt.

# Hauptübersicht

ber

## Geschäfte bei den Preussischen und Waldeckischen Amtsgerichten

für

**das Jahr 1901.**

---

### Bemerkungen.

1. Von den Sachen der streitigen Gerichtsbarkeit sind die zur ordentlichen Gerichtsbarkeit gehörenden Geschäfte, d. h. Geschäfte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten (einschl. der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen), in Strafsachen (einschl. der Zuwiderhandlungen gegen das Forstdiebstahls-gesetz) und in Konkursfachen aufgenommen.
2. Als »anhängig« gelten die Sachen, sobald sie in die Aktenregister eingetragen sind. Es sind als unbeeidigt gezählt: Sachen erster Instanz, bis die Akten weggelegt; Sachen höherer Instanz, bis die Akten an das Untergericht abgegeben worden sind.

## Abschnitt I. Justizorganisation.

	Zahl.	Tabellen der Amtsgerichte.	
		Nummer der Tabelle.	Nummer der Spalte.
A. Zahl der Gerichtseingesessenen nach der Volkszählung von 1900	34 531 328	I.	1
B. Zahl der Beamten*):			
Präsident bei dem Amtsgericht I in Berlin .....	1		2
Richter .....	2 982		2
Amtsanwälte .....	29		3
Rechnungsrevisoren bei dem Amtsgericht I in Berlin.....	4		4
Gerichtskassenrentanten; Oberbuchhalter und Vorsteher des Einziehungsamts in Berlin .....	109		5
Gerichtsschreiber und etatsmäßige Gerichtsschreibergehülfen.....	5 296		6
diätarische Gerichtsschreibergehülfen .....	790		7
Kalkulatoren.....	17		8
Gerichtsvollzieher .....	2 083		9
Kanzlisten und Kanzleidiätare .....	126		10
etatsmäßige Unterbeamte .....	1 970		11
ständige Hülfögerichtsdienner .....	123		12
C. Zahl der Notare .....	1 937		13
D. Von den Unterbeamten werden ausschließlich als Abholungs- Hülfögerichtsvollzieher beschäftigt .....	91		14

\*) Die ausschließlich im Gefängnisdienste beschäftigten Beamten werden nicht mit aufgeführt.

## Abschnitt II. Darstellung der Geschäfte.

		Zahl.	Tabellen der Amtsgerichte.					
			Nummer der Tabelle.	Nummer der Spalte.				
<b>A. Civilsachen.</b>								
<b>I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten.</b>								
<b>a. Zahl der Sachen.</b>								
Es sind in dem laufenden Jahre anhängig geworden:								
1. Eühnesachen . . . . .		18 244		1				
darunter Ehesachen . . . . .		15 773		2				
2. Mahnsachen . . . . .	1	363 024		3				
3. Gewöhnliche Prozesse . . . . .	1	142 830		4				
4. Urkundenprozesse . . . . .		163 657		5				
darunter Wechselprozesse . . . . .		162 912		6				
5. Entmündigungssachen . . . . .		5 861		7				
6. Aufgebotsverfahren . . . . .		11 205		8				
7. Arreste und einstweilige Verfügungen . . . . .		28 409		9				
8. Anträge außerhalb eines bei dem Gericht anhängigen Rechtsstreits . . . . .		21 570		10				
9. Vertheilungsverfahren . . . . .		2 074		11				
10. Zwangsversteigerungen von Gegenständen des unbeweglichen Vermögens . . . . .		20 121		12				
11. Zwangsverwaltungen . . . . .		4 761		13				
12. Andere Anträge, betreffend Zwangsvollstreckung . . . . .		293 748		14				
<b>b. Mündliche Verhandlungen.</b>								
1. Zahl der mündlichen Verhandlungen . . . . .		1 555 101		15				
darunter kontradiktorische Verhandlungen . . . . .		696 328		16				
2. Ergebnisse für nachstehende Rechtsangelegenheiten:								
	Substanz auf Verständn., Verzicht, Un- erkenntnis und zur Befolgung eines bedingten Endurtheils.	Andere End- urtheile.	Zwischen- urtheile.	Ver- gleich.	Beweis- beschlüsse.	Ander- weitige Er- gebnisse.	Summe.	
a) Gewöhnliche Prozesse . . . . .	600 092	148 118	1 036	79 279	289 500	316 120	1 434 145	17—23
b) Urkunden- und Wechselprozesse . . . . .	129 990	3 278	12	646	2 248	7 158	143 332	II b. 1—7
c) Arreste und einstweilige Ver- fügungen . . . . .	238	818	2	189	221	519	1 987	8—14
d) Andere An- gelegenheiten . . . . .	146	291	1	23	42	3 704	4 207	15—21
a bis d zusammen	730 466	152 505	1 051	80 137	292 011	327 501	1 583 671	22—28

## Abschnitt II. Darstellung der Geschäfte.

	Zahl.	Tabellen der Amtsgerichte.	
		Nummer der Tabell.	Nummer der Spalte.
<b>c. Einzelheiten.</b>			
1. Süßesachen mit Ausschluß der Süßnetermine in Ehefachen . . . . .	2 471	III.	1
Vergleiche sind aufgenommen . . . . .	609		2
2. Mahnsachen.			
Nach dem Mahnregister des Jahres 1900 (Vorjahr) betrug die Zahl:			
der zurückgewiesenen Gesuche . . . . .	37 288		3
der Zahlungsbefehle . . . . .	1 200 951		4
der Widersprüche . . . . .	283 896		5
der Vollstreckungsbefehle . . . . .	473 519		6
der Einsprüche . . . . .	1 733		7
Nach dem Mahnregister des Jahres 1901 (laufenden Jahres) betrug die Zahl:			
der zurückgewiesenen Gesuche . . . . .	35 740		8
der Zahlungsbefehle . . . . .	1 325 094		9
3. Unter der Gesamtzahl der im laufenden Jahre abhängig gewordenen Prozessesachen — siehe oben I. a. — befinden sich solche, für welche das Gericht als Rheinschiffahrtsgericht — Elbzollgericht — zuständig war . . . . .	69		10
4. An Entmündigungssachen waren abhängig: überjährige 1827, diesjährige 5 861, zusammen 7 688, es sind beendet 5 907, abhängig geblieben 1 781 . . . . .	—		11—15
Unter den beendeten Sachen befinden sich solche, in denen beschlossen ist:			
a) Entmündigung:			
wegen Geisteskrankheit oder Geisteschwäche . . . . .	3 537		16
wegen Verschwendung . . . . .	113		17
wegen Trunksucht . . . . .	528		18
b) Wiederaufhebung der Entmündigung:			
wegen Geisteskrankheit oder Geisteschwäche . . . . .	116		19
wegen Verschwendung . . . . .	29		20
wegen Trunksucht . . . . .	18		21

## Abschnitt II. Darstellung der Geschäfte.

	Zahl.	Tabellen der Amtsgerichte					
		Nummer der Zeile.	Nummer der Spalte.				
5. Dauer der Prozesse.							
a) Zahl der in dem Geschäftsjahr anhängig gewordenen:							
<div style="border: 1px solid black; padding: 5px; margin: 5px auto; width: fit-content;">                     in welchen der Zeitraum zwischen der Einreichung der Klageschrift oder der Ladung*) zur Terminbestimmung und dem ersten Verhandlungstermine betrug:                 </div>							
	weniger als eine Woche.	eine Woche bis (auschl.) einen Monat.	einen Monat bis (auschl.) zwei Monate.	zwei bis (auschl.) drei Monate.	drei Monate und mehr.		
Wechselprozesse . . .	27 661	134 743	203	27	6	IV.	1--5
sonstigen Prozesse.	19 372	904 404	153 000	62 480	1 476		6—10
b) Von allen durch kontradiktorisches, die Sache erlegendes Endurtheil für die Instanz beendeten Prozessen hatten seit der Einreichung der Klageschrift oder der Ladung*) zur Terminbestimmung, in den Fällen des §. 500 Abs. 2, §. 510 Abs. 2 C. P. O. seit der Erhebung der Klage, bis zur Verkündung jenes Urtheils gedauert:							
	weniger als drei Monate . . . . .	drei bis (auschl.) sechs Monate . . . . .	sechs Monate bis (auschl.) ein Jahr . . . . .	ein Jahr bis (auschl.) zwei Jahre . . . . .	zwei Jahre und mehr . . . . .		
	85 350	36 576	21 711	5 984	870		11 12 13 14 15
<b>II. Konkursverfahren.</b>						V.	
1. Es waren anhängig:							
	überjährige . . . . .	diesjährige . . . . .	zusammen . . . . .				
	4 531	6 666	11 197				1 2 3
Davon sind beendet . . . . .				5 486			4
Es bleiben unbenudet:							
	überjährige . . . . .	diesjährige . . . . .	zusammen . . . . .				
	1 947	3 764	5 711				5 6 7
2. Konkursverfahren sind im laufenden Jahre eröffnet worden . . . . .				4 853			8

\*) In dem Falle des §. 696 Abs. 2 der Civilprozeßordnung.



## Abschnitt II. Darstellung der Geschäfte.

### III. Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

#### A. Gerichtliche Urkunden.

##### a) Rechtsgeschäfte unter Lebenden.

- |  |         |       |       |
|--|---------|-------|-------|
| 1. Verträge und einseitige Willenserklärungen (mit Ausschluß der vor dem Grundbuchamte beurkundeten Auflassungserklärungen).....   | 296 059 | —     | 1     |
| 2. Beglaubigung von Unterschriften oder Handzeichen (sofern sie nicht nur die Vorbereitung für eine weitere richterliche Thätigkeit bilden) und Sicherstellungen der Zeit bei Privat-urkunden..... | 44 866  | 172   | 2—3   |
| 3. Freiwillige Versteigerungen oder öffentliche Verpachtungen von Grundstücken u. s. w.*)  | 372     | 12    | 4—5   |
| 4. Sonstige gerichtliche Beurkundungen und Entscheidungen  | 12 675  | 2 483 | 6—7   |
| 5. Bloße Eintragungs- und Löschungsanträge und -bewilligungen in Grundbuch- und Schiffsregisterbüchern.....  | 120 441 | 346   | 8—9   |
| 6. Wechselproteste, welche in das Register des Amtsgerichts eingetragen sind.....  | 3 752   | 3 215 | 10—11 |

##### b) Verfügungen von Todeswegen (Testamente und Erbverträge), und zwar:

- |  |        |  |    |
|--|--------|--|----|
| 1. vor dem Gericht errichtete.....                                       | 16 298 |  | 12 |
| 2. dem Gerichte zur amtlichen Verwahrung übergebene....                  | 30 009 |  | 13 |
| 3. an das Gericht abgelieferte.....                                      | 8 208  |  | 14 |
| 4. dem Gerichte nach Eröffnung zur weiteren Aufbewahrung überfandte..... | 2 596  |  | 15 |

#### B. Grundbuchfachen. \*)

- |  |           |  |    |
|--|-----------|--|----|
| a) Eintragungsverfügungen.....   | 1 497 277 |  | 16 |
| b) Blätter, auf denen der Erwerb des Eigentums an Grundstücken eingetragen ist.....  | 554 163   |  | 17 |
| c) Uebertragene Grundstücke.....   | 882 815   |  | 18 |
| d) Uebertragene Posten.....  | 182 973   |  | 19 |
| e) Sonstige Eintragungen in Abtheilung II und III, mit Ausschluß der Uebertragungs- und Löschungsvermerke, und zwar:<br>einmalige..... | 690 305   |  | 20 |
| gleichzeitig auf mehreren Blättern bewirkte.....   | 173 125   |  | 21 |
| f) Löschungen.....   | 609 197   |  | 22 |
| g) Blätter, auf denen Eintragungen zum Zwecke der Zurückführung auf die Steuerbücher bewirkt sind.....                                 | 475 069   |  | 23 |
| h) Auflassungen.....   | 289 236   |  | 24 |

\*) Als Grundstücke im Sinne der vorliegenden Uebersicht sind auch Rechte anzusehen, für welche ein Blatt angelegt ist.

Zahl.

Tabellen  
der  
Amtsgerichte.Nummer  
der  
Tabelle.Nummer  
der  
Spalte.Darunter  
von dem  
Gerichts-  
schreiber  
oder dem  
Gerichts-  
vollzieher  
ent-  
nommen.

VI.

## Abschnitt II. Darstellung der Geschäfte.

Tabellen  
der  
Amtsgerichte.  
Nummer  
der  
Tabell.  
Nummer  
des  
Blatts.

### C. Bahngrundbuch.

Grundbuchblätter:

- a) für Privateisenbahnen . . . . .  
b) für Kleinbahnen . . . . .

waren am Schluß des vorigen Jahres angelegt	sind im laufenden Jahre		verbleiben am Jahres- schluß
	angelegt	ge- schlossen	
83	9	9	83
66	26	9	83

VIIa.

1—4  
5—8

### D. Öffentliche Register.

1. In das Vereinsregister eingetragene Vereine
2. Ehepaare, für welche Eintragungen in das Güterrechtsregister gemacht sind . . . . .
3. In das Handelsregister Abth. A eingetragene Firmen . . . . .
4. In das Handelsregister Abth. B eingetragene
  - a) Aktiengesellschaften . . . . .
  - b) Kommanditgesellschaften auf Aktien . . . . .
  - c) Gesellschaften mit beschränkter Haftung . . . . .
  - d) Juristische Personen . . . . .
5. Eingetragene Genossenschaften . . . . .
6. Wassergenossenschaften . . . . .
7. Auf Grund des Gesetzes vom 11. Januar 1876 eingetragene Muster . . . . .
8. Seefische . . . . .
9. Binnenschiffe . . . . .
10. Personen und Firmen, welche eingetragen sind in das Firmenregister
  - a) für Waaren . . . . .
  - b) für Wertpapiere . . . . .

waren am Schluß des vorigen Jahres vorhanden	sind im laufenden Jahre		verbleiben am Jahres- schluß
	ein- getragen	gelöst	
1 342	1 048	6	2 384
15 195	16 096	21	31 270
158 907	13 192	10 342	161 757
3 757	227	136	3 848
196	10	29	177
3 353	809	172	3 990
111	46	8	149
10 291	1 231	178	11 344
52	1	—	53
57 290	14 194	13 654	57 830
2 278	137	149	2 266
13 975	1 594	1 169	14 400
31	1	1	31
245	27	58	214

VIIb.

9—12  
13—16  
1—4  
5—8  
9—12  
13—16  
17—20  
21—24  
25—28

VIIc.

1—4  
5—8  
9—12  
13—16  
17—20

## Abschnitt II Darstellung der Geschäfte.

		Zahl.	Tabellen der Amtsgerichte.	
			Nummer der Tabell.	Nummer der Spalte.
<b>E. Nachlaß- und Theilungsfachen.</b>			VIII.	
1. Nachlaßpflegschaften und sonstige Handlungen des Nachlaßgerichts, die nicht unter Nr. 2 bis 4 fallen .....		10 159		1
2. Erklärungen gegenüber dem Nachlaßgerichte .....		9 303		2
3. Verfahren behufs Ausstellung von Erbscheinen und ähnlichen Zeugnissen .....		76 283		3
4. Vermittlung von Auseinandersetzungen .....		24 073		4
darunter einem Notar überwiesene .....		1 201		5
<b>F. Familienrechtliche Angelegenheiten.</b>			IX.	
<b>a) Vormundschaften, Pflegschaften und Beistandschaften.</b>				
<b>1. Vormundschaften .....</b>				1—5
<b>2. Pflegschaften .....</b>				6—10
<b>3. Beistandschaften .....</b>				11—15
<b>b) Andere familienrechtliche Angelegenheiten.</b>				
<b>1. Angelegenheiten außerhalb einer Pflegschaft oder Beistandschaft, welche eine Fürsorge für ein unter elterlicher Gewalt stehendes Kind betreffen .....</b>				16
<b>2. Sonstige familienrechtliche Angelegenheiten .....</b>				17
<b>3. Standesamtsfachen .....</b>				18
<b>4. Zwangsverziehung und Fürsorgeverziehung.</b>				
<b>1. Für das I. Vierteljahr 1901 (Zwangsverziehungen); Zahl der Beschlüsse, durch welche:</b>				
<b>a) die Unterbringung verwahrloster Kinder für erforderlich erklärt worden ist .....</b>			372	
<b>b) ein Antrag auf Anspruch der Nothwendigkeit der Unterbringung zurückgewiesen ist .....</b>			683	

Es waren anhängig			Davon sind beendet.	Es verbleiben am Jahres- schlusse.
über- jährige.	dies- jährige.	zusammen.		
967 971	135 957	1 103 928	139 568	964 360
79 375	40 475	119 850	32 682	87 168
18 656	5 606	24 262	2 316	21 946

## Abschnitt II. Darstellung der Geschäfte.

	Zahl.	Tabellen der Amtsgerichte.	
		Nummer der Tabelle.	Nummer der Spalte.
		IX.	
c) das Recht der Zwangsziehung über das 18. Lebensjahr hinaus ausgedehnt worden ist .....	14		
II. Für die übrige Zeit (Zürforgezziehung); Zahl der Beschlüsse durch welche:			
a) die Zürforgezziehung angeordnet ist, weil:			
die Voraussetzungen des §. 1666 oder des §. 1838 B. O. B. vorliegen .....	1 558		19
der Minderjährige eine strafbare Handlung begangen hat	1 000		20
sie zur Verhütung des völligen sittlichen Verderbens nothwendig ist .....	3 128		21
b) die Zürforgezziehung abgelehnt ist .....	2 980		22
c) die vorläufige Unterbringung angeordnet ist .....	1 506		23
c) Stiftungen wurden am Jahreschlusse bearbeitet .....	1 208		24
d) Einzelheiten in Vormundschafts-, Pflégschafts- und Beistandschaftsachen.			
1. Zu den am Schlusse des Jahres noch nicht beendeten Sachen gehörten:			
a) von der Rechnungslegung befreite .....	34 163		25
b) nicht befreite, und zwar			
ohne Vermögensverwaltung .....	837 578		26
mit jährlicher Rechnungslegung .....	78 280		27
mit Rechnungslegung alle 2 bis 3 Jahre .....	95 458		28
a und b zusammen ...	1 045 479		29
2. Unter den zu 1 bezeichneten Sachen befinden sich solche, in denen:			
a) ein Gegenvormund bestellt war oder die Vormundschaft von mehreren Vormündern gemeinschaftlich geführt wird .....	115 376		30
b) ein Familienrath eingesetzt war .....	446		31
<b>G. Verwahrungen</b>			
in Gemäßheit des zweiten und dritten Abschnitts der Hinterlegungsordnung sind im laufenden Jahre zur Eintragung gelangt:			
a) nach dem Buche über die vorläufigen Verwahrungen .....	24 251		32
b) nach dem Urkundenverwahrungsbuche .....	2 530		33

## Abschnitt II. Darstellung der Geschäfte.

### B. Strafsachen.

#### a) Zahl der Sachen.

	waren anhängig:		
	überjährlge.	diesjährlge.	zusammen.
1. Strafbefehle in Forstdiebstahlsachen .....	—	—	—
2. Privatklagesachen .....	16 359	68 505	84 864
3. Anträge auf Erlaß von Strafbefehlen mit Ausschluß der zu 1. bezeichneten .....	12 258	121 814	134 072
4. Anklagesachen wegen Vergehen .....	47 943	229 330	277 273
5. Anklagesachen wegen Uebertretungen .....	17 964	182 037	200 001
6. Voruntersuchungen .....	281	2 138	2 419
7. Einzelne richterliche Anordnungen .....	—	—	—

#### b) Hauptverhandlungen.

	Zahl.	Tabellen der Amtsgerichte.	
		Nummer der Tabell.	Nummer der Sätze.
1. Sitzungen der Schöffengerichte .....	46 959	XI.	1
2. Hauptverhandlungen:			
a) vor den Schöffengerichten .....	472 464		2
b) vor den Amtsrichtern .....	55 466		3
zusammen .....	527 930		4
3. Urtheile:			
a) der Schöffengerichte .....	376 615		5
b) der Amtsgerichte .....	40 291		6
zusammen .....	416 906		7

										Zahl.	Tabellen der Amtsgerichte.				
											Nummer der Tabelle.	Nummer der Spalte.			
davon sind beendet:							bleiben unbeeidigt:			103 121	X a.	1 2—13			
in der ersten Instanz:				in der Berufungsinstanz.	in der Revisionsinstanz.	zusammen.	über-jährige.	dies-jährige.	zu-sammen.				—	X b.	14—25 1—11 12—22 23—29 30
durch Strafbefehl.	durch Zurückweisung der Privatklage.	durch Urteil.	auf andere Art.												
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			
—	3 025	20 872	36 780	6 037	606	67 320	1 366	16 178	17 544	—	—	—			
100 788	—	14 519	4 733	2 032	242	122 314	1 296	10 462	11 758	—	—	—			
—	—	193 471	9 296	22 041	1 290	226 098	11 628	39 547	51 175	—	—	—			
—	—	140 965	29 406	8 272	757	179 400	2 271	18 330	20 601	—	—	—			
—	—	—	—	—	—	2 178	7	234	241	—	—	—			
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	473 905	—	—			
Von diesen Urtheilen ergingen:											XI.				
in Forstdiebstahlsachen .....										2 758		8			
in Privatklagesachen .....										27 753		9			
nachdem ein Strafbefehl beantragt oder erlassen war, mit Ausschluß der Forstdiebstahlsachen .....										16 767		10			
darunter solche, durch welche der Einspruch ohne Beweisaufnahme verworfen ist .....										2 201		11			
wegen anderer Vergehen .....										220 577		12			
darunter in den von der Strafkammer überwiesenen Sachen .....										128 581		13			
wegen anderer Uebertretungen .....										149 051		14			
wie oben zusammen ....										416 906		15			
4. Durch die ergangenen Urtheile in erster Instanz sind Personen:															
a) verurtheilt .....										406 260		16			
darunter durch Urtheile der Schöffengerichte .....										365 635		17			
b) freigesprochen .....										115 017		18			
darunter durch Urtheile der Schöffengerichte .....										113 581		19			

## Abschnitt II. Darstellung der Geschäfte.

	Zahl.	Tabellen der Amtsgerichte.	
		Nummer der Tabelle.	Nummer der Spalte
<b>c) Einzelheiten.</b>		<b>XII.</b>	
1. Unter der Gesamtzahl der im laufenden Jahre beendeten Strafsachen — siehe oben B. a — befinden sich solche, für welche das Gericht als Rheinschiffabtrtsgericht — Elbzollgericht — zuständig war . . . . .	282		1
2. Unter den beendeten Strafsachen — siehe oben B. a — befinden sich Wiederaufnahmeverfahren . . . . . und zwar:	96		2
a) Verfahren zu Gunsten des Verurtheilten, beendet durch:			
sofortige Freisprechung . . . . .	39		3
Aufhebung des früheren Urtheils . . . . .	34		4
Aufrechterhaltung des früheren Urtheils . . . . .	2		5
zusammen . . . . .	75		6
b) Verfahren zu Ungunsten des Angeklagten, beendet durch:			
Aufhebung des früheren Urtheils . . . . .	11		7
Aufrechterhaltung des früheren Urtheils . . . . .	10		8
zusammen . . . . .	21		9
 <b>C. Rechtshülfesachen.</b> 			
1. Ersuchen an das Amtsgericht . . . . .	486 770		10
2. Ersuchen an die Gerichtsschreiberei . . . . .	69 599		11

# Hauptübersicht

der

Geschäfte bei den Preussischen Landgerichten und den  
Staatsanwaltschaften bei denselben

für

das Jahr 1901.

## Bemerkungen.

1. Von den Sachen der streitigen Gerichtsbarkeit sind nur diejenigen aufgenommen, auf welche die Vorschriften der Deutschen Prozeßordnungen und des Forstdiebstahlsgesetzes vom 15. April 1878 Anwendung finden.
2. Als »anhängig« gelten die Sachen, sobald sie in die Aktenregister eingetragen sind. Es sind als »unbeendigt« gezählt: Sachen erster Instanz, bis die Akten weggelegt; Sachen höherer Instanz, bis die Akten an das Untergericht abgegeben worden sind. Für Strafsachen erster Instanz ist unter der Beendigung durch Urtheil die Beendigung durch **rechtskräftig** gewordene Entscheidung zu verstehen.



## Abschnitt I. Justizorganisation.

Zahl der Beamten.	Zahl.	Tabellen der Landgerichte.	
		Nummer der Tabellr.	Nummer der Spalte.
<b>1. Bei den Landgerichten:</b>			
Präsidenten .....	93		2
Direktoren .....	260		3
Richter .....	1 082		4
Rechnungsrevisoren .....	93		5
Gerichtsschreiber und etatsmäßige Gerichtsschreibergehülfen .....	731		6/7
diätarische Gerichtsschreibergehülfen .....	123		8
Kanzlisten und Kanzleidiätare .....	373		9
Gerichtsdienner und Kastellane .....	502		10
ständige Hülfsgerichtsdienner .....	45		11
<b>2. Bei den Staatsanwaltschaften.*)</b>			
Erste Staatsanwälte .....	93		12
Abteilungsvorsteher (Erste Staatsanwälte) bei dem Landgericht I in Berlin .....	5		12
Staatsanwälte .....	309		12
ständige Hülfсарbeiter .....	65		13
Secretäre und etatsmäßige Assistenten .....	524		14/15
diätarische Assistenten .....	98		16
Kanzlisten und Kanzleidiätare .....	162		17
Gerichtsdienner .....	78		18
ständige Hülfsgerichtsdienner .....	25		19

\*) Die ausschließlich im Gefängnisdienste beschäftigten Beamten sind nicht mit aufgeführt.

## Abschnitt II. Darstellung der Geschäfte.

	Zahl.	Tabellen der Landgerichte.	
		Nummer der Tabelle.	Nummer der Spalte.
<b>A. Civilsachen.</b>			
<b>a. Zahl der Sachen.</b>		<b>II.</b>	
Es sind in dem laufenden Jahre anhängig geworden:			
<b>I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten in erster Instanz:</b>			
aa) vor den Civilkammern:			
1. Gewöhnliche Prozesse .....	104 548		1
2. Urkundenprozesse .....	17 044		2
darunter Wechselprozesse .....	16 223		3
3. Arreste und einstweilige Verfügungen .....	9 409		4
4. Anträge außerhalb eines bei dem Gericht anhängigen Rechtsstreits	18 480		5
5. Prozesse in Ehesachen .....	8 832		6
und zwar wegen:			
a) Scheidung der Ehe .....	7 296		7
darunter wegen Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft ..	27		8
b) Nichtigkeit der Ehe .....	78		9
c) Anfechtung der Ehe .....	74		10
d) Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens der Ehe .....	3		11
e) Herstellung des ehelichen Lebens .....	1 381		12
6. Prozesse wegen Feststellung des Rechtsverhältnisses zwischen Eltern und Kindern .....	154		13
7. Prozesse in Entmündigungssachen .....	95		14
und zwar wegen:			
a) Anfechtung des Entmündigungsbefchlusses .....	60		15
b) Wiederaufhebung der Entmündigung .....	35		16
bb) vor den Kammern für Handelsachen:			
1. Gewöhnliche Prozesse .....	31 040		17
2. Urkundenprozesse .....	41 345		18
darunter Wechselprozesse .....	41 211		19
3. Arreste und einstweilige Verfügungen .....	1 222		20
4. Anträge außerhalb eines bei dem Gericht anhängigen Rechtsstreits	68		21
<b>II. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten in der Berufungsinstanz:</b>			
1. Gewöhnliche Prozesse .....	35 407		22
2. Urkundenprozesse .....	236		23
darunter Wechselprozesse .....	216		24
3. Anträge außerhalb eines bei dem Gericht anhängigen Rechtsstreits	3 334		25

## Abschnitt II. Darstellung der Geschäfte.

	Zahl.	Tabellen der Landgerichte.	
		Nummer der Tabelle.	Nummer der Spalte.
<b>b. Mündliche Verhandlungen.</b>		<b>II.</b>	
<b>I. Zahl der mündlichen Verhandlungen in erster Instanz:</b>			
1. vor den Zivilkammern .....	198 292		26
darunter kontradiktorische Verhandlungen .....	123 951		27
2. vor den Kammern für Handelsfachen .....	78 983		28
darunter kontradiktorische Verhandlungen .....	29 379		29
<b>II. Zahl der mündlichen Verhandlungen in der Berufungsinstanz</b>	57 681		30
darunter kontradiktorische Verhandlungen .....	49 488		31
<b>III. Zahl der mündlichen Verhandlungen in der Beschwerdeinstanz</b>	157		32

### IV. Ergebnisse der mündlichen Ver- handlungen erster Instanz vor den Zivilkammern

	Einzeltitel auf Verständlich- keit, An- erkennung und zur Entscheidung eines bedingten Urteils.	Andere End- urtheile.	Zwischen- urtheile.	Ver- gleiche.	Beweis- beschlüsse.	Aner- kennungen eines verbe- stehenden Ver- fahrens.	Ander- weite Er- gebnisse.	Summe.	
<b>für</b>									<b>III a.</b>
a) gewöhnliche Prozesse	41 769	31 434	463	4 166	55 766	534	30 247	164 379	1—8
b) Urkunden- und Wechselprozesse . . .	12 941	1 085	4	62	1 073	10	1 028	16 203	9—16
c) Arreste und einst- weilige Verfügungen	209	923	—	82	63	1	303	1 581	17—24
d) Ehe und Entmündi- gungsfachen sowie Prozesse wegen Fest- stellung des Rechts- verhältnisses zwischen Eltern und Kindern	371	6 961	21	20	9 303	41	3 637	20 354	25—32
a bis d zusammen . . .	55 290	40 403	488	4 330	66 205	586	35 215	202 517	33—40

## Abschnitt II. Darstellung der Geschäfte.

										Tabellen der Landgerichte.	
										Zahl.	Nummer der Zeile.
	Entsurtheile auf Verständlich- keits, An- erkennung und zur Erledigung eines bedingten Urtheils.	Urtheile auf Ver- werfung der Berufung als un- zulässig.	Andere End- urtheile.	Zwischen- urtheile.	Ver- gleich.	Gewiss- beurtheil.	Anord- nungen eines vorber- reitenden Ver- fahrens.	Ander- weite Er- gebnisse.	Summe.		
<b>V. Ergebnisse der mündlichen Verhandlungen vor den Kammern für Handelsfachen</b>										III b.	
für											
a) gewöhnliche Prozesse .....	13 925	—	6 224	131	1 148	10 236	24	8 130	39 818	1—8	
b) Urkunden- und Wechselprozesse ..	32 818	—	2 637	9	325	2 730	—	2 575	41 094	9—16	
c) Arreste und einstweilige Verfügungen .....	22	—	121	2	10	10	—	39	204	17—24	
a bis c zusammen	46 765	—	8 982	142	1 483	12 976	24	10 744	81 116	25—32	
<b>VI. Ergebnisse der mündlichen Verhandlungen in der Berufungsinstanz</b>										III c.	
für											
a) gewöhnliche Prozesse .....	5 608	179	25 961	64	1 123	17 275	15	7 568	57 793	1—9	
b) Urkunden- und Wechselprozesse ..	43	1	126	—	2	59	—	42	273	10—18	
a und b zusammen	5 651	180	26 087	64	1 125	17 334	15	7 610	58 066	19—27	

## Abschnitt II. Darstellung der Geschäfte.

	waren anhängig:		
	über- jährige.	die- jährige.	zusammen.
<b>e. Einzelheiten.</b>			
<b>A. Ehesachen.</b>			
<b>I. Klagen wegen:</b>			
1. Scheidung der Ehe .....	6 938	7 296	14 234
darunter wegen Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft .....	8	27	35
2. Richtigkeit der Ehe .....	49	78	127
3. Aufsechtung der Ehe .....	68	74	142
4. Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens der Ehe .....	—	3	3
5. Herstellung des ehelichen Lebens .....	1 066	1 381	2 447
<b>Summe ....</b>	<b>8 121</b>	<b>8 832</b>	<b>16 953</b>
<b>II. In den beendeten Ehesachen lauten rechtskräftig gewordene Urtheile auf:</b>			
1. Scheidung der Ehe .....	—	—	—
darunter auf Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft .....	—	—	—
2. Richtigkeit der Ehe:			
a) auf Grund einer Richtigkeitsklage .....	—	—	—
b) auf Grund einer Aufsechtungsklage .....	—	—	—
3. Feststellung des Nichtbestehens der Ehe .....	—	—	—
<b>B. Klagen auf Feststellung des Rechtsverhältnisses zwischen Eltern und Kindern .....</b>	<b>65</b>	<b>154</b>	<b>219</b>
<b>C. Entmündigungssachen.</b>			
<b>I. Klagen auf:</b>			
1. Aufsechtung des Entmündigungsbeschlusses .....	45	60	105
2. Wiederaufhebung der Entmündigung .....	41	35	76
<b>Summe ....</b>	<b>86</b>	<b>95</b>	<b>181</b>
<b>II. In den beendeten Entmündigungssachen lauten rechtskräftig gewordene Urtheile auf:</b>			
1. Aufhebung des Entmündigungsbeschlusses .....	—	—	—
2. Wiederaufhebung der Entmündigung .....	—	—	—

								Zahl.	Tabellen der Landgerichte.		
									Nummer der Tabelle.	Nummer der Spalte.	
davon sind beendet:					bleiben unbeanbet:						
in erster Instanz		in der	in der	zusammen.	über- jährige.	dieß- jährige.	zusammen.				IV a.
durch Urtheil.	ohne Urtheil.	Berufungs- instanz.	Revisions- instanz.								
5 176	1 394	436	61	7 067	1 827	5 340	7 167	—	1—11		
13	4	—	—	17	1	17	18	—	12—22		
66	6	2	1	75	14	38	52	—	23—33		
34	10	10	1	55	26	61	87	—	34—44		
2	—	—	—	2	—	1	1	—	1—11		
966	261	42	2	1 271	273	903	1 176	—	12—22		
6 244	1 671	490	65	8 470	2 140	6 343	8 483	—	23—33		
—	—	—	—	—	—	—	—	4 582	34		
—	—	—	—	—	—	—	—	13	35		
—	—	—	—	—	—	—	—	66	36		
—	—	—	—	—	—	—	—	28	37		
—	—	—	—	—	—	—	—	1	38		
82	13	2	1	98	14	107	121	—	IV c. 1—11		
30	9	4	1	44	17	44	61	—	12—22		
19	10	4	1	34	14	28	42	—	23—33		
49	19	8	2	78	31	72	103	—	34—44		
—	—	—	—	—	—	—	—	7	45		
—	—	—	—	—	—	—	—	9	46		

## Abschnitt II. Darstellung der Geschäfte.

	Zahl.	Tabellen der Landgerichte.																							
		Nummer der Tabelle.	Nummer der Spalte.																						
<b>D. Unter den in der Berufungsinstanz anhängig gewordenen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten befinden sich Sachen, welche in erster Instanz verhandelt wurden:</b>		IV c.																							
1. vor den Elbzollgerichten.....	—		47																						
2. vor den Gewerbegerichten .....	297		48																						
<b>E. Dauer der Prozesse:</b>																									
a) in erster Instanz:																									
aa) Zahl der im Geschäftsjahr anhängig gewordenen:		IV d.																							
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th colspan="5" style="text-align: center;">in welchen der Zeitraum zwischen der Einreichung der Klageschrift oder der Ladung *) zur Terminbestimmung und dem ersten Verhandlungstermine betrug:</th> </tr> <tr> <th style="text-align: center;">weniger als eine Woche.</th> <th style="text-align: center;">eine Woche bis (auschl.) einen Monat.</th> <th style="text-align: center;">einen Monat bis (auschl.) zwei Monate.</th> <th style="text-align: center;">zwei bis (auschl.) drei Monate.</th> <th style="text-align: center;">drei Monate und mehr.</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Wechselprozesse ....</td> <td style="text-align: center;">13 012</td> <td style="text-align: center;">44 246</td> <td style="text-align: center;">103</td> <td style="text-align: center;">35</td> <td style="text-align: center;">22</td> </tr> <tr> <td>sonstigen Prozesse..</td> <td style="text-align: center;">810</td> <td style="text-align: center;">85 862</td> <td style="text-align: center;">40 569</td> <td style="text-align: center;">15 009</td> <td style="text-align: center;">3 008</td> </tr> </tbody> </table>			in welchen der Zeitraum zwischen der Einreichung der Klageschrift oder der Ladung *) zur Terminbestimmung und dem ersten Verhandlungstermine betrug:					weniger als eine Woche.	eine Woche bis (auschl.) einen Monat.	einen Monat bis (auschl.) zwei Monate.	zwei bis (auschl.) drei Monate.	drei Monate und mehr.	Wechselprozesse ....	13 012	44 246	103	35	22	sonstigen Prozesse..	810	85 862	40 569	15 009	3 008
in welchen der Zeitraum zwischen der Einreichung der Klageschrift oder der Ladung *) zur Terminbestimmung und dem ersten Verhandlungstermine betrug:																									
weniger als eine Woche.	eine Woche bis (auschl.) einen Monat.	einen Monat bis (auschl.) zwei Monate.	zwei bis (auschl.) drei Monate.	drei Monate und mehr.																					
Wechselprozesse ....	13 012	44 246	103	35	22																				
sonstigen Prozesse..	810	85 862	40 569	15 009	3 008																				
			1—5																						
			6—10																						
bb) Von allen durch kontraktorisches, die Sache erledigendes Endurtheil für die Instanz beendeten Prozessen hatten seit Einreichung der Klageschrift oder der Ladung zur Terminbestimmung bis zur Verkündung jenes Urtheils gedauert:																									
weniger als drei Monate .....	12 959		11																						
drei bis (auschl.) sechs Monate .....	12 746		12																						
sechs Monate bis (auschl.) ein Jahr.....	12 749		13																						
ein Jahr bis (auschl.) zwei Jahre .....	6 142		14																						
zwei Jahre und mehr .....	1 834		15																						

\*) In den Fällen des §. 505 Abs. 2, §. 506 Abs. 2 der Civilprozeßordnung.

## Abschnitt II. Darstellung der Geschäfte.

	Zahl.	Tabellen der Landgerichte.	
		Nummer der Tabelle.	Nummer der Spalte.
b) in der Berufungsinstanz:		IV d.	
aa) Zahl der in dem Geschäftsjahr in der Berufungsinstanz anhängig gewordenen Prozesse, in welchen der Zeitraum zwischen der Einreichung der Berufungsschrift zur Terminbestimmung und dem ersten Verhandlungstermine betrug:			
weniger als eine Woche .....	162		16
eine Woche bis (auschl.) einen Monat .....	12 635		17
einen Monat bis (auschl.) zwei Monate .....	13 034		18
zwei bis (auschl.) drei Monate .....	6 210		19
drei Monate und mehr .....	3 592		20
bb) Von allen durch kontradiktorisches, die Sache erlebendes Endurtheil für die Instanz beendeten Prozessen hatten seit der Einreichung der Berufungsschrift zur Terminbestimmung bis zur Verkündung jenes Urtheils gedauert:			
weniger als drei Monate .....	10 519		21
drei bis (auschl.) sechs Monate .....	7 981		22
sechs Monate bis (auschl.) ein Jahr .....	5 801		23
ein Jahr bis (auschl.) zwei Jahre .....	1 520		24
zwei Jahre und mehr .....	337		25
d. Thätigkeit der Staatsanwaltschaft in Ehe- und Entmündigungssachen.		V.	
1. Nichtigkeitsklagen in Ehesachen (§. 632 C. P. O.) .....	60		1
2. Anträge bei Amtsgerichten:			
auf Entmündigung (§. 646 C. P. O.) .....	2 708		2
auf Wiederaufhebung der Entmündigung (§. 675 C. P. O.) ..	43		3
3. Klagen in Entmündigungssachen wegen Geisteskrankheit oder Geisteschwäche:			
auf Anfechtung des Entmündigungsbefchlusses:			
erhoben von der Staatsanwaltschaft (§. 664 Abs. 2 C. P. O.)	4		4
erhoben gegen die Staatsanwaltschaft (§. 666 Abs. 1 C. P. O.)	36		5



## Abschnitt II. Darstellung der Geschäfte.

	Zahl.	Tabellen der Landgerichte.	
		Nummer der Tabelle.	Nummer der Spalte.
auf Wiederaufhebung der Entmündigung:		V.	
erhoben von der Staatsanwaltschaft (§. 679 Abs. 2 E. P. O.)	—		6
erhoben gegen die Staatsanwaltschaft (§. 679 Abs. 4 E. P. O. und §. 666 Abs. 1 E. P. O.)	14		7
4. Klagen in Entmündigungssachen wegen Verschwendung oder Trunksucht:			
erhoben gegen die Staatsanwaltschaft:			
auf Anfechtung des Entmündigungsbeschlusses (§. 684 Abs. 3 E. P. O.)	2		8
auf Wiederaufhebung der Entmündigung (§. 686 Abs. 3 E. P. O.)	—		9
<b>e. Beschwerden in Zivilsachen.</b>			
I. Zahl der im laufenden Jahre anhängig gewordenen Be- schwerden.			
Gesamtzahl	25 788		10
darunter bei der Kammer für Handelsachen	293		11
Die Gesamtzahl vertheilt sich auf folgende Rechtsangelegenheiten:			
1. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten	14 082		12
2. Konkursverfahren	534		13
3. Vormundschaften, Pflegschaften, Beistandschaften	2 477		14
4. Grundbuchsachen	2 552		15
5. Öffentliche Register	789		16
6. Verlassenschaften, Erbscheine und ähnliche Zeugnisse	724		17
7. Kosten- und Stempelsachen	2 042		18
8. Andere Angelegenheiten	2 588		19

## Abschnitt II. Darstellung der Geschäfte.

Zahl.	Tabellen der Panbgerichte.	
	Nummer der Tabelle.	Nummer der Seite
II. Ergebnisse bezüglich der im laufenden Jahre erledigten Beschwerden.	V.	
1. Beschwerden in Civilsachen waren anhängig:		
überjährige .....	954	20
diesjährige .....	25 788	21
zusammen . . . . .	26 742	22
Davon sind erledigt:		
durch Entscheidung .....	22 860	23
ohne Entscheidung .....	2 644	24
zusammen . . . . .	25 504	25
bleiben unerledigt . . . . .	1 238	26
2. Von den durch Entscheidung erledigten Beschwerden sind für begründet erachtet .....	9 516	27
Diese vertheilen sich auf folgende Rechtsangelegenheiten:		
a) bürgerliche Rechtsstreitigkeiten .....	5 019	28
b) Konkursverfahren .....	173	29
c) Vormundschaften, Pflegschaften, Beistandschaften . . . . .	814	30
d) Grundbuchsachen .....	1 169	31
e) Öffentliche Register .....	328	32
f) Verlassenschaften, Erbscheine und ähnliche Zeugnisse . . . . .	274	33
g) Kosten- und Stempelsachen .....	916	34
h) Andere Angelegenheiten .....	823	35

## Abschnitt II. Darstellung der Geschäfte.

B. Strafsachen.	waren anhängig:		
	über- jährige.	dieß- jährige.	zu- sam- men.
<b>a. Zahl der Sachen.</b>			
I. Geschäfte, welche dem Hauptverfahren vorangehen.			
1. Von der Staatsanwaltschaft ohne weiteres Verfahren:			
a) zurückgewiesene Anträge und Anzeigen.....	—	—	—
b) an die zuständige Behörde abgegebene Anträge und Anzeigen:	—	—	—
2. Vorverfahren .....	68 920	509 222	578 142
darunter Voruntersuchungen .....	2 637	14 489	17 126
II. Hauptverfahren in erster Instanz:			
1. vor den Schwurgerichten.....	368	3 033	3 401
2. vor den Strafkammern:			
wegen Verbrechen .....	3 376	27 297	30 673
wegen Vergehen .....	6 385	34 896	41 281
III. Berufungen:			
bei den Strafkammern der Landgerichte:			
1. Privatklagesachen .....	1 149	8 430	9 579
2. Andere Sachen.....	6 720	44 046	50 766
IV. Beschwerden:			
1. über Richter und Gerichte.....	—	—	—
— Zuständigkeit der Strafkammer. —			
2. über Amtsanwälte .....	—	—	—
— Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft. —			
V. Andere Geschäfte der Staatsanwaltschaft:			
1. Rechtshülfesachen .....	4 550	45 038	49 588
2. Berichte in Gnadensachen .....	—	—	—
3. Strafsachen bei den Amtsgerichten nach der Strafprozeßliste .....	10 234	49 953	60 187
darunter Anträge auf Erlass von Strafbefehlen .....	183	5 287	5 470

										Tabellen der Landgerichte.			
										Sabl.	Nummer der Tabelle.	Nummer der Spalte.	
davon sind beendet:					bleiben unbeendet:								
in der ersten Instanz		in der Berufungs- Instanz			in der Revi- sions- In- stanz.	zu- sam- men.	über- jäh- rige.	dieß- jäh- rige.	zu- sam- men.		VI a.		
durch Urtheil.	ohne Urtheil.	durch Ur- theil auf sofortige Ber- merfung der Be- rufung.	durch an- dereß Urtheil.	ohne Urtheil.								über- jäh- rige.	dieß- jäh- rige.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	86 890	1			
—	—	—	—	—	—	—	—	—	44 004	2			
—	—	—	—	—	—	506 356	6 988	64 798	71 786	—	3 — 9		
—	—	—	—	—	—	14 419	228	2 479	2 707	—	10 — 16		
2 839	29	—	—	—	121	2 989	102	310	412	—	17 — 26		
25 540	495	—	—	—	904	26 939	614	3 120	3 734	—	27 — 36		
31 454	731	—	—	—	1 890	34 075	1 157	6 049	7 206	—	37 — 46		
											VIb.		
—	—	395	4 427	3 362	—	8 184	40	1 355	1 395	—	1 — 10		
—	—	3 501	31 778	8 124	—	43 403	157	7 206	7 363	—	11 — 20		
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10 187	21		
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 232	22		
											VIc.		
—	—	—	—	—	—	44 755	443	4 390	4 833	—	1 — 7		
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2 469	8		
—	—	—	—	—	—	50 079	1 886	8 222	10 108	—	9 — 15		
—	—	—	—	—	—	5 187	19	264	283	—	16 — 22		

## Abschnitt II. Darstellung der Geschäfte.

	Zahl.	Tabellen der Landgerichte.	
		Nummer der Tabelle	Nummer der Seite.
<b>b. Hauptverhandlungen.</b>			
<b>I. Vor den Schwurgerichten:</b>			
VIc.			
1. Hauptverhandlungen .....	3 177		23
2. Urtheile .....	2 991		24
3. Es sind nach diesen Urtheilen Personen:			
a) verurtheilt .....	2 917		25
b) freigesprochen .....	1 068		26
4. Zahl der Beschlüsse aus §. 317 St.P.O. ....	—		27
<b>II. Vor den Strafkammern in erster Instanz:</b>			
1. Hauptverhandlungen .....	70 526		28
2. Urtheile .....	61 933		29
3. Es sind nach diesen Urtheilen in erster Instanz Personen:			
a) verurtheilt .....	74 113		30
b) freigesprochen .....	15 725		31
4. Von den Urtheilen ergingen in Sachen, in denen das Hauptverfahren eröffnet worden ist:			
wegen Verbrechen .....	27 154		32
wegen Vergehen .....	34 779		33
<b>III. Vor den Strafkammern in der Berufungsinstanz:</b>			
1. Hauptverhandlungen .....	51 816		34
2. Urtheile .....	40 681		35
3. Von diesen Urtheilen ergingen nach der Verhandlung:			
vor fünf Richtern .....	24 012		36
vor drei Richtern .....	16 669		37
4. Die nach der Verhandlung vor drei Richtern ergangenen Urtheile vertheilen sich auf folgende Sachen:			
a) Privatklagesachen .....	4 903		38
b) Elbzollgerichtliche Sachen .....	1		39
c) Andere Sachen .....	11 765		40
5. Von den ergangenen Urtheilen lauten:			
auf Aufhebung des ersten Urtheils .....	16 293		41
auf Verwerfung der Berufung .....	24 388		42

## Abschnitt II. Darstellung der Geschäfte.

	Zahl.	Tabellen der Landgerichte.	
		Nummer der Tabelle.	Nummer der Spalte.
<b>c. Einzelheiten.</b>		VII	
1. Vorverfahren sind beendet zusammen .....	506 356		1
und zwar:			
durch Einstellung des Verfahrens seitens der Staatsanwaltschaft durch Beschluß der Strafkammer:	198 621		2
auf Nichteröffnung des Hauptverfahrens .....	4 869		3
auf Eröffnung des Hauptverfahrens:			
vor einem Schöffengericht auf Grund des §. 75 G. V. G.	138 668		4
vor einem Schöffengericht auf Grund des §. 207 St. P. O.	81		5
vor einem Schwurgericht oder einer Strafkammer. ....	64 177		6
auf andere Art .....	99 940		7
2. Einzelheiten aus dem beendeten Verfahren:			
a) Anträge auf Eröffnung der Voruntersuchung sind gestellt:			
vom Angeschuldigten .....	275		8
davon sind abgelehnt. ....	235		9
von der Staatsanwaltschaft .....	14 297		10
davon sind abgelehnt. ....	5		11
b) Beschlüsse der Strafkammer auf Eröffnung der Voruntersuchung:			
auf Antrag .....	41		12
von Amtswegen .....	87		13
c) Voruntersuchungen sind geführt:			
von dem Untersuchungsrichter .....	12 332		14
von den Amtsgerichten. ....	2 087		15
3. Am Jahreschluß anhängige Strafsachen, in denen ein Beschluß auf vorläufige Einstellung des Verfahrens ergangen war .....	1 503		16
4. Unter den beendeten Strafsachen befanden sich Wiederaufnahme- verfahren und zwar:			
a) Verfahren zu Gunsten des Verurteilten beendet durch:			
sofortige Freisprechung .....	59		17
Aufhebung des früheren Urtheils .....	116		18
Aufrechterhaltung des früheren Urtheils .....	13		19
b) Verfahren zu Ungunsten des Angeklagten beendet durch:			
Aufhebung des früheren Urtheils .....	9		20
Aufrechterhaltung des früheren Urtheils .....	21		21



# Hauptübersicht

der

Geschäfte bei den Preussischen **Oberlandesgerichten**  
und den Staatsanwaltschaften bei denselben

für

das Jahr 1901.

---

## Bemerkungen.

1. Von den Sachen der streitigen Gerichtsbarkeit sind nur diejenigen aufgenommen, auf welche die Vorschriften der Deutschen Prozeßordnungen und des Forstdiebstahlsgesetzes vom 15. April 1878 Anwendung finden. Die Sachen, welche bei dem mit dem Kammergerichte verbundenen Geheimen Justizrath anhängig waren, sind nicht aufgenommen.
2. Als »anhängig« gelten die Sachen, sobald sie in die Aktenregister eingetragen sind. Sie sind als »unbeendigt« gezählt, bis die Akten weggelegt oder, bei Sachen in höherer Instanz, an das Untergericht abgegeben worden sind.



## Abschnitt I. Justizorganisation.

Zahl.

## Zahl der Beamten.

## I. Zahl der etatsmäßig gewährten Stellen.

## 1. Bei den Oberlandesgerichten.

Präsidenten .....	13
Senatspräsidenten .....	47
Oberlandesgerichtsräthe .....	283
Rechnungsrevisoren .....	13
Justizhauptkassenrendanten .....	13
Gerichtsschreiber .....	289
Diätarische Gerichtsschreibergehülfen .....	37
Kanzlisten .....	71
Kanzleidiätare .....	22
Gerichtsdienere und Kastellane .....	93
Ständige Hülfögerichtsdienere .....	1

## 2. Bei den Staatsanwaltschaften.

Oberstaatsanwälte .....	13
Erste Staatsanwälte .....	7
Staatsanwälte .....	14
Sekretäre .....	31
Diätarische Assistenten .....	3
Kanzlisten .....	15
Gerichtsdienere und Kastellane .....	13

## II. Zahl der Referendare bei den Oberlandesgerichten und im Bezirke derselben

5 193

## Abschnitt II. Darstellung der Geschäfte.

Zahl.

### A. Civilsachen.

#### I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten in der Berufungsinstanz.

##### a. Zahl der Sachen.

Es sind im laufenden Jahre anhängig geworden:

1. Gewöhnliche Prozesse .....	17 573
2. Urkundenprozesse .....	304
darunter Wechselprozesse .....	265
3. Ehe- und Entmündigungssachen sowie Prozesse wegen Feststellung des Rechtsverhältnisses zwischen Eltern und Kindern .....	860
<b>Summe ....</b>	<b>18 737</b>
4. Anträge außerhalb eines bei dem Gericht anhängigen Rechtsstreits .....	2 358

##### b. Mündliche Verhandlungen.

1. Gesamtzahl der mündlichen Verhandlungen .....	29 013
darunter kontradiktorische Verhandlungen .....	23 319
2. Ergebnisse für nachstehende Rechtsangelegenheiten:	

	Endurtheile auf Verhältniß, Kontradiktorisch und zur Erledigung eines bedingten Endurtheils.	Urtheile auf Vermerkung der Verurteilung als unzulässig.	Andere Endurtheile.	Zwischenurtheile.	Ver- gleiche.	Beweis- beschlüsse.	Anord- nungen eines vorbe- tretenden Ver- sachers.	Ander- weite Er- gebnisse.	Summe.	
a) Gewöhnliche Prozesse	3 591	44	11 402	304	457	8 658	59	3 192	27 707	—
b) Urkunden- und Wechselprozesse . . .	77	—	152	2	1	94	—	35	361	—
c) Arreste und einstweilige Verfügungen	10	—	73	1	2	1	—	12	99	—
d) Ehe- und Entmündigungssachen sowie Prozesse wegen Feststellung des Rechtsverhältnisses zwischen Eltern und Kindern	170	6	611	15	8	692	—	138	1 640	—
a bis d zusammen . .	3 848	50	12 238	322	468	9 445	59	3 377	29 807	—

## Abschnitt II. Darstellung der Geschäfte.

Zahl.

### c. Einzelheiten.

1. Unter der Gesamtzahl der im laufenden Jahre anhängig gewordenen Berufungssachen befinden sich solche, welche in erster Instanz von Rhein-schiffahrtsgerichten abgeurtheilt sind .....	9
2. Dauer der Prozesse:	
a) Zahl der in dem Geschäftsjahr in der Berufungsinstanz anhängig gewordenen Prozesse, in welchen der Zeitraum zwischen der Einreichung der Berufungsschrift zur Terminbestimmung und dem ersten Verhandlungstermine betrug:	
weniger als eine Woche .....	3
eine Woche bis (ausschl.) einen Monat .....	2 507
einen Monat bis (ausschl.) zwei Monate .....	4 634
zwei bis (ausschl.) drei Monate .....	5 108
drei Monate und mehr .....	6 483
b) Von allen durch kontrabiktorisches, die Sache erledigendes Endurtheil für die Instanz beendeten Prozessen hatten seit der Einreichung der Berufungsschrift zur Terminbestimmung bis zur Verkündung jenes Urtheils gedauert:	
weniger als drei Monate .....	2 115
drei bis (ausschl.) sechs Monate .....	2 955
sechs Monate bis (ausschl.) ein Jahr .....	3 790
ein Jahr bis (ausschl.) zwei Jahre .....	2 154
zwei Jahre und mehr .....	760

### II. Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit erster Instanz.

Es waren anhängig im laufenden Jahre:

1. Verheiratheten .....	273
2. Fideikommissachen .....	1 139
3. Stiftungssachen .....	164
4. Vormundschafts-, Pflegschafts- und Beistandschaftssachen .....	26

## Abschnitt II. Darstellung der Geschäfte.

### III. Beschwerden.

#### a. Zahl der im laufenden Jahre anhängig gewordenen Beschwerden.

	Zahl.
Gesamtzahl .....	6 677
darunter Beschwerden über Entscheidungen der Amtsgerichte .....	478

Die Gesamtzahl vertheilt sich auf folgende Rechtsangelegenheiten:

I. Angelegenheiten, in denen das Amtsgericht in erster Instanz entschieden hat.	
1. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten .....	1 338
2. Konkursverfahren .....	52
3. Vormundschaften, Pflegschaften und Beistandschaften .....	49
4. Grundbuchsachen .....	37
5. Öffentliche Register .....	21
6. Verlassenschaften, Erbscheine und ähnliche Zeugnisse .....	24
7. Kosten- und Stempelsachen .....	72
8. Andere Angelegenheiten .....	163
II. Angelegenheiten, in denen das Landgericht in erster Instanz entschieden hat.	
1. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten .....	4 529
2. Andere Angelegenheiten .....	392

#### b. Weitere Beschwerden in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und in Kostensachen.

##### 1. Es sind im laufenden Jahre anhängig geworden:

Gesamtzahl .....	1 300
Diese Zahl vertheilt sich auf folgende Rechtsangelegenheiten:	
1. Vormundschaften, Pflegschaften und Beistandschaften .....	520
2. Grundbuchsachen .....	306
3. Öffentliche Register .....	115
4. Verlassenschaften, Erbscheine und ähnliche Zeugnisse .....	115
5. Kosten- und Stempelsachen .....	214
6. Andere Angelegenheiten .....	30

## Abschnitt II. Darstellung der Geschäfte.

	Zahl.
<b>II. Einzelheiten bezüglich der im laufenden Jahre erledigten weiteren Beschwerden.</b>	
1. Die Zahl der anhängigen Beschwerden betrug:	
a) aus den Vorjahren .....	49
b) aus dem laufenden Jahre .....	1 300
zusammen....	1 349
Davon sind erledigt .....	
unerledigt geblieben .....	1 229
	120
2. Erledigt sind:	
a) durch Abgabe an das Reichsgericht .....	—
b) durch Ueberweisung an ein Oberlandesgericht .....	23
c) durch Entscheidung .....	1 177
d) ohne Entscheidung .....	29
wie vorstehend zusammen....	1 229
3. Von den durch Entscheidung erledigten Beschwerden sind:	
a) für begründet erklärt .....	406
b) für unbegründet erklärt .....	771
zusammen....	1 177

## Abschnitt II. Darstellung der Geschäfte.

Zahl

### B. Strafsachen.

#### a. Zahl der Sachen.

	waren anhängig:			davon sind er-	bleiben unerledigt:			
	über-jährige.	hier-jährige	zu-sammen.	ledigt:	über-jährige.	hier-jährige.	zu-sammen.	
I. Revisionen gegen Urtheile in erster Instanz .....	1	18	19	18	—	1	1	—
II. Revisionen gegen Urtheile in der Berufungsinstanz, betreffend:								
1. Privatklagesachen .....	59	736	795	757	—	38	38	—
2. andere Vergehen und Uebertretungen ...	220	2 744	2 964	2 704	1	259	260	—
III. Beschwerden in Strafsachen, in erster Instanz gehörend:								
1. vor das Amtsgericht oder Schöffengericht	15	975	990	962	—	28	28	—
2. vor die Strafkammer .....	97	2 923	3 020	2 930	3	87	90	—
3. vor das Schwurgericht .....	9	284	293	284	1	8	9	—
IV. Berufungen in Rheinschiffahrtssachen .....	3	7	10	9	—	1	1	—
V. Besondere Geschäfte der Staatsanwaltschaft.								
1. Anträge, welche ohne weiteres Verfahren								
a) zurückgewiesen sind .....	—	—	—	—	—	—	—	553
b) an die zuständige Behörde abgegeben sind .....	—	—	—	—	—	—	—	2 786
2. Berichte, betreffend vorläufige Entlassungen	—	—	—	—	—	—	—	419
3. Beschwerden über Staatsanwälte und Amtsanwälte .....	—	—	—	—	—	—	—	8 350

#### b. Hauptverhandlungen.

##### I. Revisionen gegen Urtheile erster Instanz.

1. Hauptverhandlungen .....	17
2. Urtheile .....	17
darunter:	
auf Aufhebung des ersten Urtheils .....	5
auf Verwerfung der Revision .....	12

## Abschnitt II.

### Darstellung der Geschäfte.

	Zahl.
<b>II. Revisionen gegen Urtheile der Berufungsinstanz.</b>	
1. Hauptverhandlungen .....	2 997
2. Urtheile .....	2 987
darunter:	
auf Aufhebung des Berufungsurtheils .....	584
auf Verwerfung der Revision .....	2 383
<b>III. Berufungen in Rheinschiffahrtssachen.</b>	
1. Hauptverhandlungen .....	7
2. Urtheile .....	7
darunter:	
auf Aufhebung des ersten Urtheils .....	4
auf Verwerfung der Berufung .....	3
<b>e. Einzelbeiten.</b>	
<b>I. Beschwerden.</b>	
1. Von der Gesamtzahl der erledigten Beschwerden waren gerichtet gegen den Beschluß der Strafkammer über die eine Verhaftung betreffende Beschwerde (§. 352 St. P. O.) .....	456
2. Von der Gesamtzahl der durch Entscheidung erledigten Beschwerden sind:	
a) für begründet erklärt .....	597
b) für unbegründet erklärt .....	3 423
<b>II. Anträge auf Erhebung der öffentlichen Klage (§. 170 St. P. O.).</b>	
Entscheidungen, durch welche der Antrag:	
a) für begründet erachtet worden ist .....	10
b) für nicht begründet erachtet worden ist .....	298

# Zusammenstellung

der

wichtigsten Geschäfte bei den Preussischen und Waldeckischen  
Justizbehörden

für

**die Jahre 1899 bis 1901.**

(Vergl. hinsichtlich der Jahre 1881 bis 1891 Just.-Minist.-Bl. von 1892 S. 253 bis 261, hinsichtlich der Jahre 1892 bis 1894 Just.-Minist.-Bl. von 1895 S. 213 bis 217, hinsichtlich der Jahre 1895 bis 1897 Just.-Minist.-Bl. von 1898 S. 171 bis 175) und hinsichtlich des Jahres 1898 Just.-Minist.-Bl. von 1899 S. 195.)

---



Darstellung der Geschäfte.	Zahl in den Jahren			Bemerkungen.
	1899.	1900.	1901.	
<b>I. Amtsgerichte.</b>				
<b>A. Civilsachen.</b>				
<b>I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten.</b>				
a) Zahl der anhängig gewordenen Sachen, und zwar:				
1. Mahnsachen .....	1 250 073	1 240 575	1 363 024	
2. Gewöhnliche Prozesse .....	1 024 849	1 026 014	1 142 830	
3. Urkundenprozesse .....	129 411	137 345	163 657	
4. Aufgebotsverfahren .....	10 420	12 916	11 205	
5. Arreste und einstweilige Verfügungen .....	29 158	26 976	28 409	
6. Zwangsversteigerungen von Gegenständen des unbeweglichen Vermögens .....	15 940	17 733	20 121	
7. Zwangsverwaltungen .....	4 072	4 293	4 761	
b) Mündliche Verhandlungen .....	1 382 430	1 421 012	1 555 101	
darunter kontraktatorische Verhandlungen .....	638 723	654 751	696 328	
II. Konkursverfahren sind eröffnet worden .....	3 452	3 811	4 853	
<b>III. Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit.</b>				
1) Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit (Beurkundungen und Bestätigungen) und zwar:				
a) in Grundbuchsachen (Geltungsgebiet der Grundbuchordnung vom 5. Mai 1872*) .....	623 435 <sup>*)</sup>	—	—	*) einschliesslich der Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit im Geltungsgebiete des Kleinsteuere Rechts nach dem Gesetz vom 12. April 1888 (G.-S. S. 52), und zwar: a) 450 559 Auflassungsverkündigungen, Eintragungsanträge und Eintragungsbewilligungen, b) 172 876 andere Handlungen.
b) in anderen Angelegenheiten ..	215 076 <sup>†)</sup>	—	—	
Geriichtliche Urkunden unter Lebenden und vor dem Gerichte errichtete Verfügungen von Todeswegen	—	386 725 <sup>**)</sup>	374 022	†) und zwar: 65 263 Erbbescheinigungen, 48 636 an- und entnommene letztwillige Verfügungen, 435 freiwillige Versteigerungen unbeweglicher Gegenstände, 100 550 andere Handlungen. Beyen der Bestätigungen siehe 2c und wegen der Erbbescheinigungen 4b. *) Die verjährte Zahl von 510 750 vermindert sich um 130 025 durch Eintragungs- und Löschanträge, weil diese, wie sich nachträglich ergeben hat, doppelt gezählt worden sind.

Darstellung der Geschäfte.	Zahl in den Jahren			Bemerkungen.
	1899.	1900.	1901.	
2. Grundbuchsachen:				
<i>Einschreibungsverfügungen in Grundbuchsachen nach der Grundbuchordnung vom 5. Mai 1872</i> .....	1 411 038	—	—	
a) Eintragungsverfügungen .	—	1 383 775	1 497 277	
b) Eintragungen und Löschungen in Abtheilung II und III einschließlich der Uebertragungen .....	1 633 919	1 588 990	1 655 600	
c) Auflassungen .....	vergl. 1 a	284 904	289 236	
3. Neueintragungen und Löschungen in öffentlichen Registern .....	59 255*)	76 394	74 536	*) Die Eintragungen und Löschungen im Verzeichnisse über diese Eintragungen im Verzeichnisse sind hier nicht berücksichtigt.
4. Nachlaß- und Theilungssachen:				
<i>Anhängige Auseinandersetzungen und Erbtheilungen</i> .....	31 115	—	—	
a) Nachlaßpflegschaften und sonstige Handlungen des Nachlaßgerichts, Vermittelung von Auseinandersetzungen .....	—	34 645	34 232	
b) Erklärungen gegenüber dem Nachlaßgerichte, Verfahren behufs Ausstellung von Erbscheinen und ähnlichen Zugriffen .....	vergl. 1 b	77 528	85 586	
5. Anhängige Vormundschaften und Pflsenschaften .....	1 508 324	—	—	
Anhängige Vormundschaften, Pflsenschaften und Beistandschaften ...	—	1 619 003	1 248 040	
a) von der Rechnungslegung befreit und ohne Vermögensverwaltung .....	1 133 346	872 961	871 741	
b) mit Rechnungslegung ...	173 845	171 478	173 738	
6. Sonstige familienrechtliche Angelegenheiten .....	—	74 169	81 209	

Darstellung der Geschäfte.	Zahl in den Jahren			Bemerkungen.
	1899.	1900.	1901.	
7. Beschlüsse auf Fürsorgetziehung und auf Ablehnung der Fürsorgetziehung .....	4 213	4 126	9 735	
<b>B. Strafsachen.</b>				
1. a) Strafbefehle in Forstdiebstahlsachen .....	77 357	83 279	103 121	
b) Anträge auf Erlass von Strafbefehlen — in anderen Sachen	120 445	120 654	134 072	
2. Anhängige Privatklagesachen ...	80 632	79 204	84 864	
3. Anhängige Anklagesachen wegen Vergehen .....	261 193	262 654	277 273	
4. Anhängige Anklagesachen wegen Uebertretungen .....	182 368	177 638	200 001	
5. Anhängige Voruntersuchungen ..	2 630	2 527	2 419	
6. Einzelne richterliche Anordnungen	419 835	434 833	473 905	
7. Hauptverhandlungen .....	489 914	484 550	527 930	
8. Urtheile .....	391 322	384 290	416 906	
<b>C. Ersuchen um Rechtsbülfe an das Amtsgericht .....</b>	438 180	449 118	486 770	
<b>II. Landgerichte und Staatsanwaltschaften bei denselben.</b>				
<b>A. Civilsachen.</b>				
a) Zahl der anhängig gewordenen Sachen, und zwar:				
<b>I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten in erster Instanz.</b>				
aa) vor den Civilkammern:				
1. Gewöhnliche Prozesse .....	83 672	93 328	104 548	
2. Urkundenprozesse .....	12 846	16 073	17 044	
3. Arreste und einstweilige Verfügungen .....	8 860	8 442	9 409	
4. Prozesse in Ehesachen .....	8 719	8 135	8 832	

Darstellung der Geschäfte.	Zahl in den Jahren			Bemerkungen.
	1899.	1900.	1901.	
bb) vor den Kammern für Handels- sachen:				
1. Gewöhnliche Prozesse .....	23 605	25 407	31 040	
2. Urkundenprozesse .....	26 909	32 581	41 345	
3. Arreste und einstweilige Ver- fügungen .....	1 096	999	1 222	
<b>II. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten in der Berufungsinanz.</b>				
1. Gewöhnliche Prozesse .....	32 762	33 008	35 407	
2. Urkundenprozesse .....	214	244	236	
b) <b>Mündliche Verhandlungen.</b>				
<b>I. Zahl der mündlichen Verhand- lungen in erster Instanz.</b>				
1. vor den Zivilkammern .....	161 448	179 936	198 292	
darunter kontrabitorische Ver- handlungen .....	99 201	111 277	123 951	
2. vor den Kammern für Handels- sachen .....	55 953	63 017	78 983	
darunter kontrabitorische Verhandlungen .....	21 258	23 997	29 379	
<b>II. Zahl der mündlichen Verhand- lungen in der Berufungsinanz</b>				
darunter kontrabitorische Verhandlungen .....	56 206	56 462	57 681	
47 053	48 081	49 488		
c. <b>End- und Zwischenurtheile.</b>				
<b>I. In erster Instanz.</b>				
1. vor den Zivilkammern .....	35 293	36 944	40 891	
2. vor den Kammern für Handels- sachen .....	6 628	7 522	9 124	
<b>II. In der Berufungsinanz.</b> .....	25 235	25 571	26 151	
d. <b>Gesammtzahl der anhängig gewordenen Beschwerden in Civilsachen .....</b>	19 718	22 510	25 788	

Darstellung der Geschäfte.	Zahl in den Jahren			Bemerkungen.
	1899.	1900.	1901.	
<b>B. Straffachen.</b>				
a) Zahl der Sachen.				
I. Vorverfahren waren anhängig ..	505 135	529 742	578 142	
darunter Voruntersuchungen ..	15 196	15 493	17 126	
II. Hauptverfahren:				
1. vor den Schwurgerichten waren anhängig .....	3 392	3 244	3 401	
2. vor den Strafkammern in erster Instanz waren anhängig ....	65 818	67 040	71 954	
3. vor den Strafkammern in der Berufungsinstanz waren anhängig .....	57 870	56 593	60 345	
b) Hauptverhandlungen.				
I. Vor den Schwurgerichten ...	3 181	3 016	3 177	
II. vor den Strafkammern in erster Instanz .....	64 542	65 472	70 526	
III. vor den Strafkammern in der Berufungsinstanz .....	51 933	50 431	51 816	
c) Von dem Untersuchungsrichter geführte Voruntersuchungen .....	10 547	10 685	12 332	
<b>III. Oberlandesgerichte und Staatsanwaltschaften bei denselben.</b>				
<b>A. Civilsachen.</b>				
I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten in der Berufungsinstanz.				
a) Zahl der anhängig gewordenen Sachen und zwar:				
1. Gewöhnliche Prozesse .....	13 982	15 524	17 573	
2. Urkundenprozesse .....	209	281	304	

Darstellung der Geschäfte.	Zahl in den Jahren			Bemerkungen.
	1899.	1900.	1901.	
3. <i>Ehe- und Entmündigungssachen</i>	858	—	—	
Ehe- und Entmündigungssachen, sowie Prozesse wegen Feststel- lung des Rechtsverhältnisses zwischen Eltern und Kindern..	—	857	860	
b) mündliche Verhandlungen .....	24 886	26 331	29 040	
darunter kontradictorische Ver- handlungen .....	20 167	21 551	23 319	
<b>II. Beschwerden.</b>				
a) Gesamtzahl der anhängig ge- wordenen Beschwerden .....	6 004	5 773	6 677	
b) Gesamtzahl der anhängig ge- wordenen weiteren Beschwerden in Angelegenheiten der nichtstreitigen Berichtbarkeit und in Kosten- sachen*) .....	665	893	1 300	*) Zur ausschließlichen Zuständigkeit des Kam- mergerichts gehörig.
<b>B. Strafsachen.</b>				
a) Zahl der anhängig ge- wesenen Sachen.				
1. Revisionen gegen Urtheile in erster Instanz**)..	19	16	19	**) Zur ausschließlichen Zuständigkeit des Kam- mergerichts gehörig.
2. Revisionen gegen Urtheile in der Berufungsinstanz .....	3 932	3 584	3 759	
3. Beschwerden in Strafsachen ..	3 962	3 990	4 303	
b) Hauptverhandlungen und zwar:				
1. Revisionen gegen Urtheile in erster Instanz**)..	10	9	17	
2. Revisionen gegen Urtheile in der Berufungsinstanz .....	3 238	2 917	2 997	



Nr. 56.

## Vorschriften

für

die beeidigten Auktionatoren in Ostfriesland und Harlingerland, sowie im  
Regierungsbezirk Osnabrück.

Zur Ausführung des Artikels 126 des Preussischen Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit vom 21. September 1899 (Gesetz-Samml. S. 249) wird bestimmt:

### I. Allgemeine Dienstvorschriften.

1. Als beeidigter Auktionator kann angestellt werden, wer die in Ziff. 2 bis 6 bezeichnete Prüfung, die Gerichtsschreiberprüfung oder die Prüfung für mittlere Provinzialbeamte abgelegt hat.

Von der Prüfung kann abgesehen werden bei Personen, die auf Grund der Versteigerungsordnung für Ostfriesland und Harlingerland vom 16. Dezember 1834 oder der Versteigerungsordnung für den Landdrosteibezirk Osnabrück vom 14. Juli 1838 vor dem 1. Januar 1900 als Auktionatoren angestellt gewesen sind.

2. Die Prüfung ist von den in Ostfriesland und Harlingerland anzustellenden Auktionatoren vor der Kommission für die Gerichtsschreibergehülfenprüfung bei dem Landgericht in Aurich, von den im Regierungsbezirk Osnabrück anzustellenden vor der Kommission für die Gerichtsschreibergehülfenprüfung bei dem Landgericht in Osnabrück abzulegen.

Das Gesuch um Zulassung zur Prüfung ist an den Landgerichtspräsidenten zu richten; dem Gesuche sind der Geburtschein, eine kurze selbstverfaßte und selbstgeschriebene Darstellung des Lebenslaufs sowie der Ausweis über die erlangte Schulbildung beizufügen.

Ueber die Zulassung entscheidet der Landgerichtspräsident.

Für die Prüfung ist eine Gebühr von 12 Mark zu entrichten.

3. Auf die Prüfung finden die Vorschriften des §. 23 Abs. 2 bis 4 der Gerichtsschreiberordnung vom 17. Dezember 1899 (Just.-Minist.-Bl. S. 849) Anwendung.

Die Prüfung ist eine schriftliche und eine mündliche. Sie ist darauf zu richten, ob der Anwärter die Kenntnisse und die praktische Gewandtheit besitzt, die für das Amt eines beeidigten Auktionators erforderlich sind. Die schriftliche Prüfung geht der mündlichen voraus. Die Aufgaben zur schriftlichen Bearbeitung sind vorzugsweise dem Gebiete der von einem beeidigten Auktionator aufzunehmenden Urkunden zu entnehmen, unter Berücksichtigung der einschlagenden Gebühren- und Stempelvorschriften.

4. Die Prüfung findet am Sitze des Landgerichts statt. Die schriftliche Bearbeitung der gestellten Aufgaben erfolgt unter Aufsicht eines Beamten.
5. Die schriftlichen Arbeiten sind durch die Mitglieder der Kommission, vor welchen die mündliche Prüfung abgelegt werden soll, zu beurtheilen.

Erachten beide Mitglieder die Arbeiten für miflungen, so gilt die Prüfung als nicht bestanden.

6. Die mündliche Prüfung ist nicht öffentlich. Zu einem Prüfungstermine können mehrere Anwärter zugelassen werden.

Die Entscheidung darüber, ob die Prüfung bestanden ist, erfolgt nach dem Gesamtergebnisse der schriftlichen und der mündlichen Prüfung. Erachten beide Mitglieder der Prüfungskommission



das Ergebniß der Prüfung als ausreichend, so gilt die Prüfung als bestanden. Wird die Prüfung nicht bestanden, so hat die Prüfungskommission zugleich die Frist zu bestimmen, vor deren Ablauf die Prüfung nicht wiederholt werden darf.

Der Gang der mündlichen Prüfung im Allgemeinen sowie das Gesamtergebniß der Prüfung ist zu den Akten zu vermerken.

7. Wer die Prüfung bestanden hat, erhält hierüber von dem Landgerichtspräsidenten ein Zeugniß.
8. Die Anstellung erfolgt auf Lebenszeit durch den Regierungspräsidenten im Einverständniß mit dem Landgerichtspräsidenten.
9. Der Auktionator hat, sofern er nicht schon bei seiner Anstellung Preussischer Staatsbeamter ist, vor der Aufsichtsbehörde (Ziff. 14) oder einem von ihr beauftragten Beamten den Diensteid zu leisten.
10. Dem beidigten Auktionator wird bei seiner Anstellung ein Amtssiß angewiesen.

Die örtliche Zuständigkeit der beidigten Auktionatoren in Ostfriesland und Harlingerland erstreckt sich auf das ganze Gebiet von Ostfriesland und Harlingerland, die der beidigten Auktionatoren in dem Regierungsbezirk Osnabrück auf den ganzen Regierungsbezirk.

Den beidigten Auktionatoren in Ostfriesland und Harlingerland wird bei ihrer Anstellung zugleich ein engerer Geschäftsbezirk angewiesen, innerhalb dessen sie bei der Versteigerung oder öffentlichen Verpachtung von unbeweglichen Sachen die Haftung für die Versteigerungsgelder zu übernehmen haben (Ziff. 32, 59).

11. Ueber Gesuche um Aenderungen des Amtssißes oder des Geschäftsbezirktes (Ziff. 10 Abs. 3) entscheidet der Regierungspräsident im Einverständniß mit dem Landgerichtspräsidenten.
12. Vor der Anstellung hat der beidigte Auktionator eine Sicherheit zu stellen. Die Höhe sowie die Art der Sicherheitsleistung wird von dem Regierungspräsidenten bestimmt.

Ist die gestellte Sicherheit in ihrem Bestand oder in ihrem Werthe verringert, so kann eine Ergänzung verlangt werden.

Auf die Sicherheitsleistung findet die Vorschrift des §. 10 des Gesetzes, betreffend die Kautionen der Staatsbeamten, vom 25. März 1873 (Gesetz-Samml. S. 125) Anwendung. Ist die Kaution durch Verpfändung von Inhaberpapieren zu leisten, so kommen auch die Vorschriften des §. 5 Abs. 2 und der §§. 6, 11, 12 des genannten Gesetzes zur Anwendung.

13. Die beidigten Auktionatoren führen ein Dienstsigel. Das Sigel zeigt den Preussischen Adler mit der Umschrift »Königlich Preussischer Auktionator für Ostfriesland und Harlingerland« oder »Königlich Preussischer Auktionator für den Regierungsbezirk Osnabrück«.
14. Die Aufsicht über die beidigten Auktionatoren führt die Ortspolizeibehörde. Der Regierungspräsident kann die Aufsicht auf eine andere ihm unterstellte Behörde übertragen; die Uebertragung ist widerrüflich.
15. Die Vorschriften des ersten, zweiten und dritten Abschnittes des Gesetzes, betreffend die Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten u. s. w., vom 21. Juli 1852 (Gesetz-Samml. S. 465) sowie die dazu ergangenen abändernden und ergänzenden Vorschriften finden auf die beidigten Auktionatoren mit der Maßgabe Anwendung, daß auf Verlegung in ein anderes Amt im Disziplinarverfahren nicht erkannt werden kann. Ist die Disziplinarbehörde der Ansicht, daß der Auktionator in seinem bisherigen Amte nicht belassen werden kann, jedoch nicht unwürdig ist, an einem anderen Orte wieder angestellt zu werden, so ist auf Verlust des Amtes zu erkennen.

Ein beidigter Auktionator, der durch Blindheit, Taubheit oder ein sonstiges körperliches Gebrechen oder wegen Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte zu der Erfüllung seiner Amtspflichten dauernd unfähig ist, ist in den Ruhestand zu versetzen. Auf das Verfahren finden die Vorschriften des §. 89, des §. 90 Abs. 1 bis 3 und des §. 92 Abs. 1 des Gesetzes vom 21. Juli 1852 entsprechende Anwendung.

16. Die beidigten Auktionatoren bedürfen zur Uebernahme eines anderen Amtes sowie zum Betrieb eines Gewerbes der Genehmigung des Regierungspräsidenten. Die Genehmigung ist widerrüflich.

17. Die beeidigten Auktionatoren dürfen Sachen, die ihnen oder ihren Angehörigen oder Angestellten gehören, nicht versteigern, insbesondere ist ihnen das Ankaufen von Sachen zum Zwecke der Versteigerung untersagt.

Angehörige im Sinne dieser Vorschrift sind die Ehefrau, auch wenn die Ehe nicht mehr besteht, und die Personen, welche mit dem beeidigten Auktionator in gerader Linie oder im zweiten Grade der Seitenlinie verwandt oder verschwägert sind.

18. Die beeidigten Auktionatoren haben sich aller Handlungen oder Unterlassungen, die auf eine Täuschung des Publikums abzielen, zu enthalten. Versteigerungsaufträge, die gegen gesetzliche oder polizeiliche Vorschriften verstoßen, oder von denen sie wissen oder den Umständen nach annehmen müssen, daß eine Täuschung oder Schädigung des Publikums beabsichtigt wird, haben sie abzulehnen. Insbesondere ist ihnen untersagt, die Fabrikbezeichnung (Firmenzeichen, Schutzmarken u. s. w.) der Sachen zu beseitigen oder unkenntlich zu machen und den Sachen zum Zwecke der Täuschung des Publikums ein verändertes Aussehen zu geben.
19. Die Abhaltung von Versteigerungen während der Stunden, wo offene Verkaufsstellen nach §§. 139e, 139f der Gewerbeordnung geschlossen sein müssen, ist verboten. Das Gleiche gilt für Sonn- und Festtage, sofern nicht nach der Polizeiverordnung über die äußere Heilighaltung der Sonn- und Festtage die Abhaltung von Versteigerungen gestattet ist.
20. Der beeidigte Auktionator ist verpflichtet, ein nach dem beigefügten Muster eingerichtetes Geschäftsbuch zu führen; das Geschäftsbuch zerfällt in drei Abschnitte:
- A. Versteigerungen unbeweglicher Sachen.
  - B. Versteigerungen und Verkäufe beweglicher Sachen.
  - C. Verpachtungen und Vermietungen.

Das Buch muß dauerhaft gebunden und mit fortlaufenden Seitenzahlen versehen sein; es ist, bevor es in Gebrauch genommen wird, von der Ortspolizeibehörde des Amtssitzes unter Verlaubigung der Seitenzahl abzustempeln.

In dem Buche dürfen weder Rasuren vorgenommen noch Eintragungen unleserlich gemacht werden; auch darf das Buch während der Aufbewahrungszeit (Siff. 21 Abs. 3) weder ganz noch theilweise vernichtet werden.

21. Die dem beeidigten Auktionator erteilten und von ihm angenommenen Aufträge sind im Laufe des Tages, an welchem sie eingegeben, an der entsprechenden Stelle des Geschäftsbuchs in der Reihenfolge des Einganges unter fortlaufenden Nummern vollständig einzutragen. Auch ist die Erledigung der Aufträge neben der ersten Eintragung in den entsprechenden Spalten im Laufe des Tages, an welchem der Auftrag erledigt wird, zu vermerken. Wird der Auftrag nachträglich abgelehnt, so ist der Grund hierfür einzutragen.

Für ordnungsmäßige Führung des Geschäftsbuchs ist der beeidigte Auktionator auch dann persönlich verantwortlich, wenn er sie einem Dritten übertragen hat. Alle Eintragungen müssen in deutscher Sprache und in deutschen oder lateinischen Schriftzeichen bewirkt werden.

Geschäftsbücher, die nicht mehr benutzt werden sollen, sind unter Angabe des Datums abzuschließen, der Ortspolizeibehörde zur Befähigung des Abschlusses vorzulegen und sodann zehn Jahre aufzubewahren. Nach dem Abschlusse dürfen Eintragungen nicht mehr gemacht werden.

Dasselbe gilt, wenn der Geschäftsbetrieb eingestellt wird.

22. Der beeidigte Auktionator hat über jeden Auftrag ein Sammelheft anzulegen und darin alle auf den Auftrag sich beziehenden Schriftstücke, einschließlich der Niederschrift über die Versteigerung, nach dem Datum des Einganges geordnet zu vereinigen. Das Sammelheft ist mit fortlaufenden Seiten- oder Blattzahlen zu versehen und äußerlich mit der laufenden Nummer des Geschäftsbuchs, mit dem Namen und Wohnort des Auftraggebers, mit einer kurzen Bezeichnung der zur Versteigerung bestimmten Gegenstände und der Angabe des Tages der Versteigerung zu versehen. Während der Versteigerung muß das Sammelheft zur Stelle sein.

Die Sammelhefte sind zehn Jahre lang nach dem Abschlusse des Kalenderjahres, in welchem die Versteigerung stattgefunden hat, vollständig aufzubewahren. Die Vorschriften der Artikel 43 Abs. 1, Artikel 44, Artikel 45 Abs. 2, Artikel 46, Artikel 47 Satz 1, 2, Artikel 48 bis 50, 52 des preussischen Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit finden entsprechende Anwendung. Weigert sich ein beidigteter Auktionator, eine Anfertigung oder Abschrift zu erteilen oder die Einsicht der Urschrift zu gestatten, so entscheidet auf Antrag des Beteiligten die Aufsichtsbehörde.

23. Die Versteigerung ist in ortsüblicher Weise (durch Ausruf, Aufschlag, Einrüden in Zeitungen) unter Berücksichtigung ihrer größeren oder geringeren Wichtigkeit öffentlich bekannt zu machen. Die Bekanntmachung ist in dem Sammelhefte zu vermerken; war sie in öffentliche Blätter eingerückt, so ist ein Abdruck in das Sammelheft einzufügen.

Die Versteigerung ist von dem beidigteten Auktionator persönlich zu leiten. Bei der Versteigerung beweglicher Sachen in einem geschlossenen Raume sind der Name und der Wohnort (Straße und Hausnummer) des Leiters der Versteigerung, sowie die Verkaufsbedingungen während der Versteigerung in deutlich lesbare Schrift an einem leicht zugänglichen Orte zum Auszuge zu bringen. In den übrigen Fällen ist dafür zu sorgen, daß die Versteigerungsbedingungen von den Beteiligten während der Versteigerung eingesehen werden können.

Die Versteigerung beginnt mit dem lauten und deutlichen Verlesen der Versteigerungsbedingungen. Sodann ist zum Bieten aufzufordern.

Der Zuschlag darf erst erteilt werden, wenn nach dreimaligem Wiederholen des Höchstgebots ein Uebergebot nicht abgegeben wird.

Bevor der Zuschlag erfolgt oder die zur Versteigerung gestellte Sache von der Versteigerung zurückgezogen ist, darf eine andere Sache nicht zur Versteigerung gestellt werden.

Ueber den Hergang bei der Versteigerung hat der beidigte Auktionator in deutscher Sprache eine Niederschrift aufzunehmen. Die Niederschrift ist von ihm zu unterschreiben.

24. Der beidigte Auktionator und die von ihm zugezogenen Angestellten (Ankäufer, Schreiber, Protokollführer) dürfen weder für sich persönlich oder durch einen Anderen, noch als Vertreter eines Anderen bieten oder kaufen. Der beidigte Auktionator darf auch seinen Angehörigen (Siffer 17 Abs. 2) das Mitbieten nicht gestatten.
25. Der beidigte Auktionator hat sich bei der Versteigerung jedes unlauteren Geschäftsbetreibens, insbesondere des trügerischen Anpreisens der zu versteigerten Sachen, der Verleitung zum Ueberbieten durch Aufstellung von Personen, die nur zum Schein mitbieten, zu enthalten. Weiß er oder muß er den Umständen nach annehmen, daß Verabredungen getroffen sind, auf Grund deren Andere vom Mitbieten oder Weiterbieten abgehalten oder Sachen (durch vorgeschobene Personen) angefeigert werden sollen, um unter den Teilnehmern sodann zu gemeinsamen Vortheile veräußert zu werden, so hat er die an solchen Verabredungen Beteiligten, nöthigenfalls mit polizeilicher Hülfe, zu entfernen. Er kann die Versteigerung auch abbrechen.
26. Die Versteigerungen dürfen in Wirtschaftshäusern nur dann stattfinden, wenn ein anderer geeigneter Raum nicht vorhanden ist. Der beidigte Auktionator hat darauf zu halten, daß während der Versteigerung geistige Getränke unentgeltlich nicht verabreicht werden und daß ein Mißbrauch geistiger Getränke nicht stattfindet. Betrunkene Personen dürfen zum Bieten nicht zugelassen werden.
27. Das in den Ziff. 19, 22 bis 26 hinsichtlich der Versteigerungen Bestimmte gilt auch von den öffentlichen Verpachtungen an den Meistbietenden.
28. Bei dem Ausschreiben oder dem Tode eines beidigteten Auktionators hat die Aufsichtsbehörde die das Amt des Auktionators betreffenden Papiere (Geschäftsbücher, Sammelhefte u. s. w.) in Verwahrung zu nehmen und das Dienstiegel des Auktionators zu vernichten.
- In den Ausfertigungen, welche die Aufsichtsbehörde erteilt, soll angegeben werden, weshalb die Ausfertigung von der Aufsichtsbehörde erteilt worden ist.
29. Die Regierungspräsidenten können insbesondere über die äußere Form der beidigteten Auktionatoren, über das von ihnen zu führende Geschäftsbuch, über die Einrichtung ihrer Sammelhefte sowie über die Verwahrung fremden Geldes weitere Vorschriften erlassen.

30. Bezüglich der den beedigten Auktionatoren zustehenden Gebühren und des Erfages von Auslagen verbleibt es bis auf Weiteres bei den bisher in Geltung gewesenen Vorschriften.

### II. Freiwillige Versteigerung von unbeweglichen Sachen für Rechnung des Auftraggebers.

31. Wird der Auftrag zur Versteigerung unbeweglicher Sachen nicht schriftlich erteilt, so hat der beedigte Auktionator einen Vermerk über den Inhalt des Auftrags zu dem Sammelhefte zu bringen. Auf die Vornahme und Beurkundung der Versteigerung finden die für die notarielle Beurkundung eines Rechtsgeschäfts geltenden Vorschriften des §. 168 Satz 2 und der §§. 169 bis 181 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Mai 1898 (Reichs-Gesetzl. S. 771) sowie der Artikel 40, 41, Artikel 86 Satz 1 des Preussischen Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit vom 21. September 1899 (Gesetz-Samml. S. 249) entsprechende Anwendung.

In den Fällen, in denen der Notar einen zweiten Notar oder zwei Zeugen zuziehen hat, muß der beedigte Auktionator zwei Zeugen zuziehen.

32. Die beedigten Auktionatoren in Ostfriesland und Harlingerland sind verpflichtet, vor jeder Versteigerung dem Verkäufer gegenüber schriftlich die Haftung für die Versteigerungsgelder zu übernehmen, sofern nicht der Verkäufer sie schriftlich davon entbindet. In die Niederschrift dürfen die Bestimmungen, welche sich auf die Haftung des Auktionators beziehen, nicht aufgenommen werden. Die Uebernahme der Haftung hat, sofern nicht der Verkäufer schriftlich etwas Anderes bestimmt, in der Weise zu erfolgen, daß sich der Auktionator als Selbstschuldner verbürgt, jedoch nicht vor dem Ablaufe von sechs Wochen nach der festgesetzten Zahlungszeit belangt werden kann.

Die Verpflichtung zur Uebernahme der Haftung tritt nicht ein, wenn es sich um Grundstücke handelt, die außerhalb des engeren Geschäftsbezirkes (Ziff. 10 Abs. 3) liegen. In diesem Falle hat der beedigte Auktionator den Auftraggeber ausdrücklich hierauf hinzuweisen.

33. Die Bekanntmachung der Versteigerung muß mindestens enthalten:
- a) die allgemeine Bezeichnung der zu versteigernden Sache,
  - b) Ort und Zeit der Versteigerung,
  - c) die Angabe, daß es sich um eine freiwillige Versteigerung handelt,
  - d) den Namen und Wohnort des beedigten Auktionators.
34. Dem Auftraggeber ist der Termin, sofern er ihn nicht selbst bestimmt hat, mitzuthellen. Das Gleiche gilt von dem Ergebnisse der Versteigerung, sofern nicht der Auftraggeber im Termin anwesend war.

### III. Freiwillige Versteigerung beweglicher Sachen für Rechnung des Auftraggebers.

#### A. Allgemeine Vorschriften.

35. Der Auftrag zur Versteigerung beweglicher Sachen muß enthalten:

- a) den Namen und Wohnort des Auftraggebers,
- b) den Anlaß der Versteigerung,
- c) den Namen und Wohnort des Eigentümers,
- d) die Angabe, ob die Sachen gebraucht sind und wo sie sich befinden.

Der beedigte Auktionator hat, soweit nicht der Auftrag schriftlich erteilt wird, einen entsprechenden Vermerk zu dem Sammelhefte zu nehmen.

Der Auftraggeber soll die Versteigerungsbedingungen und die Art der Bekanntmachung bestimmen. Bleibt die Bestimmung dem beedigten Auktionator überlassen, so hat er die Versteigerungsbedingungen nach seinem Ermessen festzusetzen und die Bekanntmachung in ortsüblicher Weise zu bewirken. In diesem Falle ist in die Versteigerungsbedingungen uamentlich aufzunehmen:

1. daß die Uebergabe der zuzuschlagenden Sache gegen sofortige baare Zahlung geschehe;
2. daß der Meistbietende, wenn er nicht zu der in den Kaufbedingungen bestimmten Zeit oder in Ermangelung einer solchen Bestimmung vor dem Schlusse des Versteigerungstermins die

Uebergabe gegen baare Zahlung verlangt, seiner Rechte aus dem Zuschlage verlustig gehe und bei einer anderweiten Versteigerung der Sache zum Mitbieten nicht zugelassen werde, jedoch für den Ausfall zu haften habe.

Hat der Auftraggeber ein Mindestgebot festgesetzt, so darf der beidigte Auktionator den Auftrag nur annehmen, wenn er unwiderruflich ermächtigt wird, den Zuschlag zu ertheilen, sobald ein Uebergebot abgegeben wird.

Ist der Auftraggeber nicht selbst Eigenthümer der Sachen, so hat sich der beidigte Auktionator glaubhaft machen zu lassen, in welcher Weise der Auftraggeber von dem Eigenthümer das Verfügnngsrecht erlangt hat.

Der beidigte Auktionator hat den Auftrag auf seine Richtigkeit und Vollständigkeit zu prüfen und die Beseitigung etwaiger Unrichtigkeiten und Mängel zu veranlassen. Unvollständige und nicht zweifelsfreie Aufträge sind abzulehnen.

36. Der beidigte Auktionator hat auf Verlangen des Auftraggebers die zur Versteigerung bestimmten Sachen, erforderlichenfalls durch Sachverständige, abzuschätzen. In diesem Falle hat er, sofern nicht der Auftraggeber ein Verzeichniß der abzuschätzenden Sachen beifügt, ein solches Verzeichniß anzufertigen. Die Schätzungswerte sind in das Verzeichniß anzunehmen und, sofern nicht das Gutachten schriftlich zu den Akten gegeben wird, von dem Schätzer durch seine Unterschrift als richtig zu bestätigen. Bei Gold- und Silbersachen ist der Gold- oder Silberwerth in gleicher Weise festzustellen, soweit nicht die Sachen unter diesem Werthe zugeschlagen werden dürfen (Ziff. 44).

Die beidigten Auktionatoren dürfen Sachen, von denen sie wissen oder den Umständen nach annehmen müssen, daß die Fabrikbezeichnung besittigt oder unkenntlich gemacht oder das Aussehen zum Zwecke der Täuschung des Publicums verändert ist, nicht versteigern. Die Versteigerung von Sachen, welche zum Zwecke der Versteigerung angefertigt oder aufgekauft sind — mit Ausnahme von Vieh — ist ihnen untersagt.

37. Die Vorschrift der Ziff. 32 Abs. 1 findet auf Versteigerungen sowohl in Ostfriesland und Harlingerland als auch im Regierungsbezirk Osnabrück entsprechende Anwendung, sofern nicht der Termin zur Zahlung des Erlöses aus der Versteigerung auf Verlangen des Verkäufers mehr als drei Monate hinausgerückt wird.

38. Die Bekanntmachung der Versteigerung muß mindestens enthalten:

- a) die allgemeine Bezeichnung der zur Versteigerung bestimmten Sachen und, wenn es sich um gebrauchte Sachen handelt, die Angabe, daß die Sachen gebraucht sind,
- b) Ort und Zeit der Versteigerung,
- c) die Angabe des Ortes und der Zeit für die Besichtigung der Sachen,
- d) die Angabe, daß es sich um eine freiwillige Versteigerung handelt,
- e) den Namen und den Wohnort des beidigten Auktionators.

Dem Auftraggeber ist der Termin, sofern er ihn nicht selbst bestimmt hat, mitzutheilen.

39. Die Ortspolizeibehörde hat die Versteigerung zu untersagen, wenn
- a) die Beschaffenheit der Sachen aus gesundheits-polizeilichen Gründen zu beanstanden oder die Versteigerung offensichtlich auf eine Täuschung des Publicums abzielt,
  - b) durch die Vornahme der Versteigerung gegen gesetzliche oder polizeiliche Vorschriften verstoßen werden würde.

Die Versteigerung kann untersagt werden, wenn

- a) der Auftrag den vorgeschriebenen Förmlichkeiten nicht entspricht,
- b) gegen die Richtigkeit der nach Ziff. 35 b bis d und Ziff. 35 Abs. 5 zu machenden Angaben Bedenken bestehen,
- c) der Versteigerungsraum zur Vornahme der Versteigerung ungeeignet oder wenn eine Umgehung des in Ziff. 42 Abs. 1 ausgesprochenen Verbots zu befürchten ist.

40. Die Versteigerung darf nur beginnen oder fortgesetzt werden, wenn mindestens zwei zum Mitbieten befugte Personen anwesend sind.

41. Der beidigte Auktionator hat die Niederschrift nach dem anliegenden Muster aufzunehmen.

Die Niederschrift muß den Wortlaut der Versteigerungsbedingungen enthalten, soweit sie von den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über den Kauf abweichen. In die Versteigerungsbedingungen ist aufzunehmen, daß, wenn zwei oder mehrere Personen zugleich ein und dasselbe Gebot abgeben und die Aufforderung zur Abgabe eines höheren Gebots erfolglos bleibt, das Loos entscheidet.

Ist der Zuschlag an einen Anderen als den Meistbietenden erteilt, so ist das Gebot sowie der Name desjenigen, welcher den Zuschlag erhält, in die Niederschrift aufzunehmen. Wird der Zuschlag nicht im Termin erteilt, so ist das Gebot sowie der Name desjenigen anzugeben, welcher an sein Gebot gebunden bleibt.

Ein zurückgewiesenes Gebot ist in der Spalte »Bemerkungen« aufzunehmen. Bei Gold- und Silbersachen ist zutreffendenfalls zu beurkunden, daß des wiederholten Aufrufs ungeachtet ein genügendes Gebot nicht abgegeben worden ist.

Sind an der Versteigerung mehrere Auftraggeber beteiligt, so ist die Niederschrift demjenigen Sammelheft einzufügen, welches die niedrigste Nummer trägt. In den übrigen Sammelheften ist zu vermerken, in welches Sammelheft die Niederschrift eingefügt worden ist. Werden dem beidigten Auktionator gelegentlich einer Versteigerung von einem anderen Auftraggeber einzelne Sachen zur Mitversteigerung übergeben, so genügt die Anlegung eines Sammelhefts.

42. Andere zum Verkauf oder zu einer späteren Versteigerung bestimmte Sachen müssen, sofern die Versteigerung in einem geschlossenen Raume stattfindet, von den zu versteigernden Gegenständen getrennt aufgestellt oder gelagert und durch Ueberdeckung oder in sonst geeigneter Weise den Augen des Publikums entzogen sein oder durch eine Aufschrift als zur Versteigerung nicht bestimmt kenntlich gemacht werden. Auch dürfen neue Sachen (Ziff. 47) während der Versteigerung nicht freihändig verkauft werden.

Die zur Versteigerung bestimmten Sachen müssen mindestens zwei Stunden vor der Versteigerung zur Besichtigung zugänglich gemacht werden, sofern nicht für die Besichtigung ein besonderer Termin angesetzt war.

Neue Sachen (Ziff. 47) dürfen, sofern es sich nicht um die Versteigerung einer Konkurs- oder Nachlassmasse handelt, nicht mit anderen Sachen in einer Versteigerung versteigert werden. Bei der Versteigerung von Sachen einer Konkursmasse oder eines Nachlasses oder einer städtischen Wohnungseinrichtung dürfen Sachen, welche nicht zur Konkursmasse oder zum Nachlaß oder zu der städtischen Wohnungseinrichtung gehören, im Versteigerungsraum oder in Räumen, welche mit dem Versteigerungsraum im Zusammenhange stehen, nicht versteigert werden. Die Ortspolizeibehörde kann in Einzelfällen oder für bestimmte Arten von Versteigerungen Ausnahmen zulassen.

Die Polizeibehörde und ihre Organe können aus den zur Versteigerung bestimmten Sachen jederzeit Proben entnehmen. Hierfür ist Entschädigung in der Höhe des üblichen Kaufpreises zu gemähren.

43. Der Auftraggeber kann sich den Zuschlag vorbehalten. Hat der Auftraggeber ein Mindestgebot festgesetzt (Ziff. 35 Abs. 4), so hat der beidigte Auktionator den Zuschlag zu erteilen, wenn ein Uebergebot abgegeben wird.
44. Gold- und Silbersachen dürfen nicht unter ihrem Gold- und Silberwerthe, Werthpapiere, die einen Börsen- oder Marktpreis haben, nicht unter dem laufenden Preise (Lagekurs für den Ort des Verkaufs) zugeschlagen werden. Wird ein hienach zulässiges Gebot nicht abgegeben, so können diese Werthsachen nach Schluß der Versteigerung aus freier Hand zu einem dem zulässigen Gebot entsprechenden Preise verkauft werden. Diese Vorschriften gelten nur, soweit der Auftraggeber nicht ein Anderes bestimmt.
45. Der beidigte Auktionator darf die versteigerte Sache aus keinem Anderen als demjenigen, welchem der Zuschlag erteilt ist, oder dessen Bevollmächtigten und, sofern nicht der Kaufpreis gestundet ist, nur gegen Empfang des Kaufgeldes aushändigen.

46. Der beidigte Auktionator hat, soweit nicht der Auftraggeber ein Anderes bestimmt, den Versteigerungserlös anzunehmen, aufzubewahren und binnen acht Tagen nach Beendigung der Versteigerung unter Beifügung einer mit der Bescheinigung der Richtigkeit versehenen Abschrift der Niederschrift über die Versteigerung und der Rechnung über Gebühren und baare Auslagen dem Auftraggeber auszuhändigen. Von dem Erlöse kann er den Betrag seiner Forderung zurückbehalten. Das Gleiche findet entsprechende Anwendung, soweit hinsichtlich der zur Versteigerung gestellten Sachen ein Zuschlag nicht erteilt ist.
- Eine genaue Berechnung der Gebühren und baaren Auslagen ist in das Sammelheft (Ziff. 22) einzufügen.

### B. Besondere Vorschriften für die Versteigerung neuer Sachen.

47. Neue Sachen sind Waaren, welche in offenen Verkaufsstellen feilgeboten zu werden pflegen, sofern sie ungebraucht sind oder sofern ihr bestimmungsmäßiger Gebrauch im Verbrache besteht. Auf ihre Versteigerung finden die Vorschriften der Ziffer 35 bis 46 nur mit den nachstehenden Maßgaben Anwendung.
48. Dem Auftrage (Ziff. 35) ist ein vollständiges, mit fortlaufenden Zahlen versehenes Verzeichniß der zur Versteigerung bestimmten Sachen unter genauer Angabe der Zahl, Menge oder Gattung beizufügen. Die Ortspolizeibehörde kann die Ausnahme von Aufträgen ohne Verzeichniß gestatten.
49. Der beidigte Auktionator darf Versteigerungen nur auf Grund einer Bescheinigung (Ziff. 50) der Ortspolizeibehörde vornehmen.

Von jedem Versteigerungstermine hat der Versteigerer der Ortspolizeibehörde, in deren Bezirk die Versteigerung stattfinden soll, unter Angabe des Tages, der Stunde und des Ortes der Versteigerung, sowie unter Angabe des Ortes, wo sich die Sachen bis zum Versteigerungstermine befinden, vorher Anzeige zu erstatten. Die Ortspolizeibehörde bestimmt allgemein für ihren Bezirk die Frist, die zwischen dem Eingange der Anzeige und dem Versteigerungstermine liegen muß. Der Anzeige ist der Auftrag nebst Verzeichniß (Ziff. 48) sowie eine Abschrift des Verzeichnisses beizufügen. Wird die Versteigerung für mehrere Auftraggeber vorgenommen, so ist über die zu versteigernden Sachen ein Gesamtverzeichnis anzufertigen und mit einer Abschrift einzureichen.

Tag, Stunde und Ort der Versteigerung sind auf dem Verzeichniß anzugeben.

Bei Gegenständen, die dem Verberb ausgesetzt sind, und in sonstigen dringenden Fällen kann die Versteigerung mit Genehmigung der Ortspolizeibehörde schon vor Ablauf der Frist (Abs. 2) abgehalten werden.

50. Die Ortspolizeibehörde hat den Auftrag sowie die Urschrift des Verzeichnisses, nachdem sie die ordnungsmäßige Anmeldung der Versteigerung durch Aufdrücken des Siegels auf das Verzeichniß bescheinigt hat, dem Versteigerer mit thunlichster Beschleunigung zurückzugeben.

Das gestempelte Verzeichniß hat der Versteigerer während der Dauer der Versteigerung im Versteigerungstraum an einer leicht zugänglichen Stelle zu Jedermanns Einsicht auszuhängen. Nach Beendigung der Versteigerung ist das Verzeichniß der Niederschrift über die Versteigerung (Ziff. 40) beizufügen.

Bei Versteigerungen, die ohne Aufstellung eines Verzeichnisses der zu versteigernden Gegenstände vorgenommen werden (Ziff. 48), hat die Ortspolizeibehörde über die Anmeldung eine besondere Bescheinigung auszustellen. Die Bestimmung des Abs. 2 findet entsprechende Anwendung.

51. Die Bescheinigung (Ziff. 50 Abs. 1 bis 3) ist aus den in Ziff. 39 Abs. 1 aufgeführten Gründen zu versagen. Sie ist außerdem zu versagen, wenn die Sachen zum Zwecke der Versteigerung aufgekauft oder angefertigt sind.

Die Bescheinigung kann aus den in Ziff. 39 Abs. 2 aufgeführten Gründen versagt werden. Sie kann außerdem versagt werden, wenn es der Versteigerung an einem hinreichenden Anlasse fehlt, insbesondere, wenn die Versteigerung zu Zwecken des unlauteren Wettbewerbes vorgenommen werden soll oder eine empfindliche Schädigung der angefahrenen Gewerbetreibenden herbeiführen würde.

Die Verfassung der Bescheinigung ist unter Rückgabe der Urschrift des Auftrags mit thunlichster Beschleunigung schriftlich zu stellen.

52. Finden die Versteigerungen in einem bestimmten Versteigerungsranne in regelmäßiger Wiederkehr statt, so kann die Ortspolizeibehörde das Verfahren bei der Anzeige der Versteigerung und für die Ertheilung der Bescheinigung anders regeln.
53. Die Bekanntmachung der Versteigerung darf erst nach Eingang der polizeilichen Bescheinigung (Ziff. 50 Abs. 1 bis 3) erfolgen. Sie muß, sofern nicht die Ortspolizeibehörde im Einzelfall eine Ausnahme gestattet, auch die Angabe des Eigenthümers der Sachen und des Auftraggebers der Versteigerung enthalten.
54. Die Versteigerung hat dem Inhalte der polizeilichen Bescheinigung (Ziffer 50 Abs. 1 bis 3) entsprechend zu erfolgen.
- Vor dem Beginne der Versteigerung sind die zu versteigernden Sachen mit dem Verzeichnisse zu vergleichen. Sollten Sachen fehlen oder beschädigt sein, so ist dies unter dem Verzeichnisse zu bemerken. Die einzelnen zur Versteigerung gestellten Sachen sind thunlichst in der Reihenfolge des Verzeichnisses (Ziff. 48) auszurufen, wobei die Nummer des Verzeichnisses laut und deutlich bekannt zu geben ist.
55. Der beidigte Auktionator hat das Mindestgebot, das der Auftraggeber festgesetzt hat, vor der Auforderung zum Bieten anzugeben.
56. Die Ortspolizeibehörde kann anordnen, daß auch bei der Versteigerung anderer als der in Ziff. 47 bezeichneten Sachen nach den Vorschriften der Ziff. 48 bis 55 zu verfahren ist.

#### IV. Öffentliche Verpachtung an den Meistbietenden.

57. Wird der beidigte Auktionator mit der öffentlichen Verpachtung eines Grundstücks, einer Frucht-nutzung, eines ruhbaren Rechtes u. s. w. an den Meistbietenden beauftragt, so hat er die Festsetzung der Pachtbedingungen dem Verpächter zu überlassen. Für die Erledigung des Auftrags, insbesondere die Zeit und den Ort sowie die Bekanntmachung des Termins und das in dem Termine zu beobachtende Verfahren sind die Weisungen des Verpächters maßgebend. Bleibt die Bestimmung dem Versteigerer überlassen, so hat er nach seinem Ermessen zu verfahren, jedoch die örtlichen Ge-wohnheiten, z. B. bei der Bekanntgabe des Pachttermins, thunlichst zu berücksichtigen.
58. Die Niederschrift muß insbesondere enthalten:
- a) den Namen des Verpächters und einen Hinweis auf den Antrag;
  - b) eine genaue Bezeichnung des zu verpachtenden Gegenstandes und den Wortlaut der Pachtbedingungen, falls diese nicht der Niederschrift als Anlage beigelegt werden;
  - c) den Betrag des Meistgebots und den Namen des Meistbietenden, sowie, wenn die Pacht ein Grundstück betrifft und länger als ein Jahr dauern soll, dessen Unterschrift oder die Bemerkung, aus welchem Grunde sie fehlt;
  - d) die Bemerkung, ob der Zuschlag ertheilt oder die Entscheidung über den Zuschlag dem Verpächter vorbehalten worden ist.

bleiben nach den Pachtbedingungen außer dem Meistbietenden noch andere Bieter bis zur Entscheidung des Verpächters an ihre Gebote gebunden, so muß die Niederschrift auch die Namen dieser Bieter und den Betrag ihrer Gebote ergeben.

Am Schlusse der Versteigerung ist die Niederschrift vorzulesen.

59. Im Uebrigen finden die Vorschriften der Ziff. 31 Abs. 1 Satz 1, Ziff. 32, 33, Ziff. 41 Abs. 1, Abs. 2, Satz 1, Abs. 5 entsprechende Anwendung.

#### V. Pfandverkauf.

60. Aus einem Pfande, das in beweglichen Sachen oder in Inhaberpapieren besteht, kann sich der Pfandgläubiger ohne gerichtliches Verfahren nach den Vorschriften der §§. 1228 bis 1248 des Bürgerlichen Gesetzbuchs im Wege des Pfandverkaufs befriedigen. Für den Verkauf ist die



Anweisung des Auftraggebers maßgebend. Dieser ist dem Eigenthümer des Pfandes dafür verantwortlich, daß das Pfand unter den gesetzlichen Voraussetzungen und in den gesetzlichen Formen veräußert wird. Der beidigte Auktionator soll jedoch den Auftraggeber auf die Folgen aufmerksam machen, wenn dieser ohne die erforderliche Einwilligung des Eigenthümers und der Personen, denen sonstige Rechte an dem Pfande zustehen, oder ohne die erforderliche Anordnung des Gerichts einen Pfandverkauf unter anderen, als den gesetzlichen Formen verlangt.

Wird der Auftrag mündlich erteilt, so hat der beidigte Auktionator einen der Vorschrift in Ziffer 35 Abs. 2 entsprechenden Vermerk zu dem Sammelbuste zu bringen.

61. Der Verkauf darf nicht vor dem Ablauf eines Monats nach der Androhung (Ziffer 64) oder, wenn die Androhung als unthunlich unterblieben ist, nach dem Eintritte der Verkaufsberechtigung erfolgen. Er ist durch öffentliche Versteigerung oder, wenn das Pfand einen Markt- oder Börsenpreis hat, aus freier Hand zum laufenden Preise zu bewirken. Bei der Versteigerung oder bei dem freihändigen Verkauf ist die zu veräußernde Sache ausdrücklich als Pfand zu bezeichnen.
62. Der beidigte Auktionator hat die zum Verkaufe gestellten Sachen unter laufender Nummer, geeignetenfalls auch unter Angabe des Maßes, des Gewichts oder der Zahl, in ein Verzeichniß einzutragen. Das Verzeichniß ist dem Auftraggeber zur Anerkennung vorzulegen und von diesem zu unterschreiben. Hat der Auftraggeber ein solches Verzeichniß bereits übergeben, so hat es der Versteigerer zu prüfen und durch Namensunterschrift als richtig zu bestätigen. Nimmt der Versteigerer auf Verlangen die Pfänder bis zum Versteigerungstermin in Verwahrung, so ist die Uebernahmeverhandlung mit dem Verzeichnisse zu verbinden. Schätzungswerthe sind nur auf besonderes Verlangen in das Verzeichniß aufzunehmen; bei Gold- und Silberfachen muß das Verzeichniß den Gold- oder Silberwerth, erforderlichenfalls nach der Schätzung eines Sachverständigen, ergeben. Der Beidigung des Sachverständigen bedarf es nicht.
63. Die Versteigerung erfolgt an dem Orte, an dem das Pfand aufbewahrt wird oder, wenn dort ein angemessener Erfolg nicht zu erwarten ist, an einem geeigneten anderen Orte. Die Bekanntmachung der Versteigerung muß enthalten:
- a) die allgemeine Bezeichnung der zu versteigernden Sache;
  - b) Ort und Zeit der Versteigerung;
  - c) die Angabe, daß es sich um einen Pfandverkauf handelt;
  - d) den Namen und den Wohnort des beidigten Auktionators.
- Die Namen des Pfandgläubigers und des Verpfänders sind wegzulassen.

64. Hat der Pfandgläubiger die erforderliche Androhung unterlassen (Ziff. 61 Satz 1 Zeile 1), so ist sie durch den beidigten Auktionator zu bewirken.

Von dem Versteigerungstermine sind, wenn es thunlich ist, der Eigenthümer des Pfandes und die von dem Pfandgläubiger etwa bezeichneten dritten Personen, denen Rechte am Pfande zustehen, durch den Pfandgläubiger oder den Versteigerer besonders zu benachrichtigen; die Benachrichtigung des Eigenthümers kann mit der Androhung des Pfandverkaufs verbunden werden.

65. Vor dem Beginne der Versteigerung sind die zu versteigernden Sachen bereit zu stellen. Die Vorschrift der Ziff. 54 Abs. 2 findet Anwendung.
66. Die Versteigerungsbedingungen müssen dem §. 1238 des Bürgerlichen Gesetzbuchs entsprechen; verlangt der Pfandgläubiger die Versteigerung unter anderen Bedingungen, so soll er darauf hingewiesen werden, daß er den daraus für den Eigenthümer des Pfandes entstehenden Schaden zu vertreten hat.
67. Dem Auftraggeber und dem Eigenthümer des Pfandes ist das Mitbieten zu gestatten. Das Gebot des Eigenthümers, desgleichen, wenn das Pfand für eine fremde Schuld haftet, das Gebot des Schuldners, ist, sofern nicht der Auftraggeber ein Anderes bestimmt, zurückzuweisen, wenn nicht der gebotene Betrag sogleich baar erlegt wird. Gold- und Silberfachen dürfen nicht unter dem Gold- oder Silberwerthe zugeschlagen werden.

Wenn die Versteigerungsbedingungen nicht ein Anderes ergeben, oder der anwesende Auftraggeber nicht ein Anderes bestimmt, hat der Ersteher den zugeschlagenen Gegenstand gegen Zahlung des Kaufgeldes sogleich in Empfang zu nehmen. Unterbleibt die Zahlung bis zum Schlusse des Termins oder bis zu dem in den Versteigerungsbedingungen bestimmten Zeitpunkte, so kann die Wiederversteigerung zu Lasten des Ersteher's sofort vorgenommen werden.

Die Zahlung des Kaufgeldes unterbleibt, wenn der Zuschlag dem Pfandgläubiger ertheilt ist; der beeidigte Auktionator ist zur Herausgabe der Sachen an ihn nur verpflichtet, wenn der Betrag seiner Gebühren und Auslagen einschließlich des erforderlichen Stempels baar erlegt wird.

Die Versteigerung ist einzustellen, sobald der Erlös zur Befriedigung des Gläubigers und zur Deckung der Kosten hinreicht. Der beeidigte Auktionator hat deshalb die bereits erzielten Erlöse von Zeit zu Zeit zusammenzurechnen.

68. Der beeidigte Auktionator hat die Niederschrift nach dem anliegenden Muster B aufzunehmen. Die Niederschrift muß außerdem insbesondere enthalten:

- a) den Namen des Pfandgläubigers und des Eigenthümers der Pfänder; wenn das Pfand für eine fremde Schuld haftet, auch den Namen des Schuldners;
- b) den Betrag der Forderung und der Kosten, wegen deren der Gläubiger aus dem Pfande seine Befriedigung sucht;
- c) den Hinweis auf die gesetzlichen Versteigerungsbedingungen oder den Wortlaut der Bedingungen, insofern sie von den gesetzlichen abweichen;
- d) die Bemerkung, daß die Gegenstände als Pfand verkauft werden.

Wird dem Meistbietenden der Zuschlag nicht ertheilt, so ist das Meistgebot in der Spalte »Bemerkungen« einzutragen.

Im Uebrigen finden die Vorschriften der Ziff. 41 Abs. 4, 5 entsprechende Anwendung.

69. Der beeidigte Auktionator hat die Niederschrift über die Versteigerung im Ganzen oder in ihren wesentlichen Theilen vorzulegen. Von den Bietern brauchen nur diejenigen, welche den Zuschlag erhalten, und in dem Falle, daß der Zuschlag im Termine nicht ertheilt ist, diejenigen, welche an ihr Gebot gebunden bleiben, in oder unter der Niederschrift zu unterzeichnen oder ihr Handzeichen beizufügen. Entfernt sich ein Betheiliger, bevor er unterschrieben oder ein Handzeichen gemacht hat, oder kann ein Betheiliger nicht schreiben und auch kein Handzeichen beifügen oder wird die Unterzeichnung verweigert, so ist der Grund anzugeben, aus welchem die Unterzeichnung unterblieben ist.

70. Ein freihändiger Verkauf findet statt:

- a) bei Werthpapieren, Waaren und anderen Pfändern, die einen Börsen- oder Marktpreis haben;
- b) bei Gold- und Silbersachen, deren Versteigerung fruchtlos versucht worden ist;
- c) bei Sachen anderer Art auf Anordnung des Amtsgerichts.

Der Verkauf der zu a bezeichneten Sachen ist zum laufenden Preise und unter Bezeichnung der Sache als Pfand vorzunehmen. Gold- und Silbersachen dürfen nicht unter dem abgeschätzten Gold- oder Silberwerthe verkauft werden; der beeidigte Auktionator hat jedoch auf die Erzielung eines möglichst hohen Preises Bedacht zu nehmen.

Die über den Verkauf aufzunehmende Niederschrift muß insbesondere enthalten:

- a) den Grund des freihändigen Verkaufs;
- b) die genaue Bezeichnung der verkauften Sachen mit der Angabe des abgeschätzten Gold- oder Silberwerthes oder des laufenden Preises;
- c) die mit dem Käufer getroffenen Abreden und den Nachweis der Preiszahlung.

Beim Kaufe von Werthpapieren ist der Schlußschein (§. 9 des Reichsstempelgesetzes, Reichs-Gesetzbl. 1900 S. 275) dem Gläubiger auszubändigen. Der laufende Preis (Tagesturs für den Ort des Verkaufs) ist durch den Kurszettel oder durch die Bescheinigung eines Kaufmanns, der Bankier- oder Geldwechslergeschäfte betreibt, festzustellen.

Der Pfandgläubiger kann solche Pfänder, die einen Börsen- oder Marktpreis haben, statt durch freihändigen Verkauf auch durch Versteigerung veräußern lassen, sofern es sich nicht um die im §. 1295 B. G. B. bezeichneten indossablen Papiere handelt.

71. Der beidigte Auktionator hat dem nicht anwesenden Auftraggeber das Ergebniß des Pfandverkaufs unverzüglich mitzutheilen.

Der Erlöb der Versteigerung oder des freihändigen Verkaufs ist nach Abzug der Gebühren und Auslagen des Versteigerers gleichfalls unverzüglich an den Auftraggeber abzuführen. Dies gilt auch dann, wenn der Erlöb den Betrag der Forderung und der Kosten übersteigt, es sei denn, daß der Gläubiger den beidigten Auktionator beauftragt hat, den verbleibenden Ueberschuß an den Eigenthümer des Pfandes abzuführen oder für diesen zu hinterlegen. Die gesetzlich vorgeschriebene Benachrichtigung des Eigenthümers von dem Pfandverkauf und seinem Ergebniß ist dem Pfandgläubiger zu überlassen. Es wird sich indeß empfehlen, daß der Versteigerer den Pfandgläubiger in geeigneten Fällen ausdrücklich hierauf hinweist.

72. Ist der Pfandgläubiger ein gewerbsmäßiger Pfandleiher, so sind die zum Theile abweichenden Vorschriften der §§. 9 bis 16 des Gesetzes über das Pfandleihgewerbe vom 17. März 1881 in der Fassung des Ausführungsgesetzes zum B. G. B. Artikel 41 zu beachten.
73. Die Vorschriften über den Pfandverkauf finden nach gesetzlicher Vorschrift auch Anwendung auf eine Versteigerung, die zwecks Auseinandersetzung unter den Theilnehmern an einer Gemeinschaft oder unter Miterben vorgenommen wird, oder die der Besitzer einer beweglichen Sache veranlaßt, um sich wegen seiner Verwendungen aus der Sache zu befriedigen (§§. 753, 2042, 1003 B. G. B.).
74. Die Befriedigung des Gläubigers kraft eines kaufmännischen Zurückbehaltungsrechts, darf zwar ebenfalls im Wege des Pfandverkaufs erfolgen, sie ist aber erst zulässig, nachdem der Gläubiger einen vollstreckbaren Titel für sein Recht auf Befriedigung aus den zurückbehaltenen Gegenständen erlangt hat (§. 371 S. G. B.).
75. Bei einem Pfandverkauf, der auf Grund eines kaufmännischen Zurückbehaltungsrechts oder auf Grund eines Pfandrechts der im §. 368 des Handelsgesetzbuchs bezeichneten Art vorgenommen wird, verfährt sich die nach der Androhung des Verkaufs zu beobachtende Frist auf eine Woche. Bei einem Pfandverkauf im Auftrage eines Frachtführers oder Verfrachters, sind die Androhung und die Benachrichtigungen an den Empfänger des Gutes und nur, wenn dieser die Annahme des Gutes verweigert oder wenn er nicht zu ermitteln ist, an den Absender zu richten (§§. 440, 623 S. G. B.). Der Kommissionär kann auch dann in Ansehung des Kommissionärguts zum Pfandverkauf schreiten, wenn er dessen Eigenthümer ist; der Pfandverkauf geschieht alldann für Rechnung des Kommittenten.

## VI. Sonstige Versteigerungen, die kraft gesetzlicher Ermächtigung für Rechnung eines anderen erfolgen.

76. Grundet der Auftraggeber seine gesetzliche Ermächtigung zur Versteigerung auf andere als die im Abschnitt V bezeichneten Vorschriften, läßt er insbesondere Sachen versteigern, weil sie dem Verberb ausgesetzt sind (§§. 966, 1219 B. G. B.; §§. 379, 388, 391, 437 S. G. B.; Binnenschiffahrtsgesetz §. 52 Abs. 2), weil er sich durch Hinterlegung des Erlöses von einer Schuld befreien will (§. 383 B. G. B.), weil er als Pfandgläubiger durch eine zu besorgende Werthminderung des Pfandes seine Sicherheit für gefährdet erachtet (§§. 1219, 1220 B. G. B.), weil er auf Grund einer einstweiligen Verfügung (§. 489 B. G. B.) oder gemäß §§. 373, 376 des Handelsgesetzbuchs zum Selbsthülfeverkauf schreitet, so finden die Vorschriften über den Pfandverkauf seine Anwendung. Das Gleiche gilt für die Versteigerung gefundener und abgelieferter Sachen durch Behörden und Verkehrsankalten (§. 979 B. G. B.).

77. Wird der Auftrag mündlich erteilt, so hat der Versteigerer einen der Vorschrift der Ziff. 35 Abs. 2 entsprechenden Vermerk zu dem Sammelhefte zu bringen. Die nach den gesetzlichen Vorschriften etwa erforderliche Androhung des Verkaufs, ingleichen die im Falle des §. 966 des Bürgerlichen Gesetzbuchs erforderliche Anzeige bei der Polizeibehörde bleibt dem Auftraggeber überlassen.

Die zum Verkaufe gestellten Sachen sind in ein der Vorschrift der Ziff. 62 entsprechendes Verzeichniß einzutragen. Die Versteigerungsbedingungen, die Zeit und den Ort der Versteigerung sowie die Art der Bekanntmachung hat der Auftraggeber zu bestimmen. Der beidigte Auktionator hat den Auftraggeber üdthigenfalls darauf hinzuweisen, daß der Gegner den Verkauf als für seine Rechnung geschehen, nicht anzuerkennen brauche, wenn er zu ungewöhnlichen oder den Umständen des Falles nicht angemessenen Bedingungen, z. B. unter Anschluß der Gewährleistung, vorgenommen worden ist. Bleibt die Bestimmung dem beidigten Auktionator überlassen, so erfolgt die Versteigerung ohne besondere Bedingungen nach den für den Kauf geltenden Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs und die Bekanntmachung, wenn sie erforderlich oder ohne Gefährdung des Versteigerungszwecks ausführbar ist, in der üblichen und der Wichtigkeit der Gegenstände entsprechenden Art.

Von dem Versteigerungstermine sind der Auftraggeber und nach dessen nähere Bestimmung die Personen, für deren Rechnung der Verkauf erfolgt, zu benachrichtigen. Bei Gold- und Silbersachen findet die Vorschrift des §. 1240 des Bürgerlichen Gesetzbuchs keine Anwendung. Die Versteigerung ist so lange fortzusetzen, bis alle zum Verkaufe stehenden Sachen ausgetoten sind, wenn nicht der Auftraggeber den früheren Schluß verlangt.

Die Niederschrift muß den gesetzlichen Grund der Versteigerung angeben. Die Vorschriften der Ziff. 41, Ziff. 68 Abs. 1, Ziff. 69 Satz 1 finden entsprechende Anwendung. Die Bemerkung, daß die Sache als Pfand ausgetoten werde, ist nur aufzunehmen, wenn der Fall des §. 1219 des Bürgerlichen Gesetzbuchs vorliegt. Der Erlös ist nach Abzug der Gebühren und Auslagen des beidigten Auktionators an den Auftraggeber abzuführen oder auf sein Verlangen für die von ihm bestimmten Personen zu hinterlegen.

Wird der beidigte Auktionator in den vorbezeichneten Fällen beauftragt, Sachen, die einen Börsen- oder Marktpreis haben, aus freier Hand zu veräußern, so ist der Verkauf, wenn der Auftraggeber nicht ein Anderes bestimmt hat, nach der Vorschrift der Ziff. 70 vorzunehmen.

78. Nach den Vorschriften der Ziff. 77 ist auch die Veräußerung einer Aktie oder eines Anteilrechts im Auftrag einer Aktiengesellschaft in den Fällen der §§. 290, 220 des Handelsgesetzbuchs zu bewirken. Dagegen geschieht die Veräußerung eines Bergveranttheils im Auftrage der Gewerkschaft im Falle des §. 131 des Preussischen Berggesetzes ausschließlich im Wege der Zwangsvollstreckung.

#### VII. Schlußbestimmung.

79. Diese Vorschriften treten am 1. Oktober 1902 in Kraft. Zugleich wird die Verordnung vom 13. Dezember 1899 (Just.-Minist.-Bl. S. 779) aufgehoben.

Berlin, den 19. Juli 1902.

Der Justizminister.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

In Vertretung:

In Vertretung:

Rüngelel.

V o h m a n n.

Muster A.

## Geschäfts

Pau- fende Num- mer.	Tag des Auftrags.	Des Auftraggebers a) Vor- und Zu- name. b) Stand. c) Wohnort und Straße.	Bezeichnung der zu versteigernden Gegenstände.	Die polizeiliche Bescheinigung ist		Der Ver- steigerungster- min ist bekannt gemacht. 2)	Tag und Stunde der abgehaltenen Ver- steigerung.	Verkäufe a) Betrag. b) Tag der Zahlung.
				nachgesucht am	ertheilt am <sup>1)</sup>			
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.

<sup>1)</sup> Ist zur Vornahme der Versteigerung eine polizeiliche Bescheinigung nicht erforderlich, so sind die Spalten 5, 6  
<sup>2)</sup> Bei Zeitungen: Angabe des Datums und der Nummer.

b u c h.

Gesamter- erlös aus der Ver- steigerung	Betrag der Kosten		Summe der Spalten 11, 12.	Tag der Fälligkeit des Erlöses aus der Versteigerung.	Der Erlös aus der Versteigerung ist abgeliefert		Bemerkungen.
	a) Gebühren.	b) Bare Auslagen.			am	an	
	M.	M.			M.	M.	
10.	11.	12.	13.	14.	15.	16.	17.

nicht auszufüllen. In den Fällen der Abschnitte V, VI ist in Spalte 17 der Grund der Versteigerung einzutragen.

Muster B.

## Niederschrift über eine Versteigerung.

Verhandelt  
den                      19In Folge Auftrags des  
in                      Strafe Nr.                      vom                      19  
hat heute die Versteigerung nachstehender Gegenstände in dem Versteigerungsraume

stattgefunden.

Die Versteigerung begann um                      Uhr                      mittags. Zunächst wurde bekannt gemacht, daß die Versteigerung unter folgenden Bedingungen stattfinden werde:

1. Wenn zwei oder mehrere Personen zugleich ein und dasselbe Gebot abgeben und die Aufforderung zur Abgabe eines höheren Gebots erfolglos bleibt, so entscheidet das Loos;<sup>1)</sup>

2.

3.

Die nachstehend verzeichneten Gegenstände wurden alsdann in der Reihenfolge der Eintragung einzeln zur Versteigerung gestellt, wobei [die betreffende Nummer des Verzeichnisses laut und deutlich bekannt gemacht und]<sup>2)</sup> jeder zur Versteigerung gestellte Gegenstand vorgezeigt wurde.

Das Ergebnis der Versteigerung war Folgendes:

Kaufende Nummer der versteigerten Sache.	Kurze Bezeichnung der Sache. Nummer des Verzeichnisses. <sup>3)</sup>	Abgeschätzter Werth M.	Name und Wohnung des Bieters, dem der Zuschlag erteilt ist. <sup>4)</sup>	Gebot, für welches der Zuschlag erteilt ist M. Pf.	Nummer des Sammelheftes (Ziff. 22), in dem sich der Versteigerungsauftrag befindet, und sonstige Bemerkungen.
1.	2.	3.	4.	5.	6.

Die Versteigerung wurde um                      Uhr                      mittags beendet.  
Dies bescheinigt pflichtmäßig

(Siegel.)

Königlicher Auktionator.

1) Weist beim Pfandverkauf im Falle der Ziff. 64 Satz 1 fort.

2) Nur einzutragen, wenn ein Verzeichnis aufgestellt ist.

3) Wenn ein Verzeichnis aufgestellt ist.

4) Sofern die Angabe des Namens vom Bieter nicht verweigert wird.

# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

## Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Herausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Besen der Justiz-Offizianten-Witwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Freitag, den 15. August 1902.

Nr. 31.

### Amtlicher Theil.

#### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Berleihungen bei den Justizbehörden.

Oberlandesgerichte.

Der Amtsgerichtsrath Dr. Gallenkamp in Potsdam ist zum Oberlandesgerichtsrath in Posen ernannt.

Landgerichte und Amtsgerichte.

Zu Landgerichtsdirektoren sind ernannt:

die Landgerichtsräthe  
Lepa aus Elstft in Pnd,  
Mensching aus Hannover in Konig.

Der Staatsanwaltschaftsrath Otto Schmidt in Guben ist zum Landgerichtsrath in Raumburg a. S. ernannt.

Berufen sind:

der Landrichter Hartwich in Ostrowo an das Landgericht in Remel,  
der Amtsgerichtsrath Kausch in Osterode Obfr. nach Reichenbach i. Schl.,  
der Amtsrichter Hentrich in Dingelstedt nach Langensalza.

Zu Amtsrichtern sind ernannt:

die Gerichtsassessoren  
Beder in Frankfurt a. M.,  
Vohmeyer in Zroen,  
Kofoti in Oppeln,  
Mannhardt in Eddelaf,  
Schneider in Peistretscham,  
Arnold Meyer in Schildberg,  
Specht in Sohrau O. Schl.,  
Stegmann in Schmiegel.

Den Amtsgerichtsräthen Köhl in Cuedlinburg und Oröfel in Delitzsch ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ertheilt.

Zu Handelsrichtern sind ernannt:

der Fabrikant Franz Heinrich Thorbode in Cassel bei dem Landgerichte daselbst,  
der Mineralbrunnenbesitzer Karl Meyer in Coblentz bei dem Landgerichte daselbst,  
der Kaufmann August Marlin in Elberfeld bei dem Landgerichte daselbst,  
der Dr. jur. Jacob Haslachner in Uedenborf bei dem Landgerichte in Essen,  
die Kaufleute Ernst Schmid, Ernst Engel, Richard Vogel, Wilhelm Priem,  
sämmlich in Magdeburg bei dem Landgerichte daselbst;

wiederernannt:

die Kaufleute Heinrich Paas in Essen und Martin Schneider in Gelsenkirchen sowie der Bankdirektor Heinrich Willers in Essen  
bei dem Landgerichte in Essen.

Zu stellvertretenden Handelsrichtern sind ernannt:

der Kaufmann Ernst Wagner in Cassel bei dem Landgerichte daselbst,  
der Bankdirektor Julius Broustin in Coblentz bei dem Landgerichte daselbst,  
der Bankier Hugo Neßler in Frankfurt a. M. bei dem Landgerichte daselbst,



der Kommerzienrath Karl Lehnering und der Jährlich-  
besitzer Kaspar Verninghaus in Duisburg  
bei dem Landgerichte daselbst,  
der Jährlichbesitzer Dr. Hans Goldschmidt in Essen bei  
dem Landgerichte daselbst,  
die Kaufleute Gustav Heydenreich, Max Kabe, Eduard  
Wänisch und Wilhelm Viemann,  
sämmlich in Magdeburg bei dem Landgerichte daselbst;

wiedernannt:

der Synkaldendirektor Wilhelm Olse,  
der Bankier Fritz Girshland,  
der Bankdirektor Wilhelm Rehn,  
sämmlich in Essen,  
der Bergwerkdirektor Wilhelm Erdmann in Pulms  
bei dem Landgerichte in Essen.

Dem Jährlichbesitzer Otto Lüben in Berlin ist die nachgesuchte  
Entlassung aus dem Amte als stellvertretender Handelsrichter  
ertheilt.

Dem bisherigen Handelsrichter, Geheimen Kommerzienrath  
Robert Hegelstaut in Aachen ist der Königlich-kronen-  
Orden II. Klasse und dem Handelsrichter, Jährlichbesitzer Karl  
Reßler in Aachen der Charakter als Kommerzienrath verliehen.

Den Handelsrichtern

Kaufmann Rudolf Eppenstein in Breslau,  
Kommerzienrath Moriz Seligmann,  
Kaufleuten Otto Meurer, Franz Raefen, Johann Josef  
Kreuzer, August Wilhelm Dierrieth und Karl Georg  
Wendt,

sämmlich in Edln,  
Jährlichbesitzer Emil Möhlau und Kaufmann August  
Towinkel in Düsseldorf,  
Fabrikanten Ernst Mittelstein-Scheid in Barmen,  
Kaufmann Karl Rehmacher in Dortmund,  
Rentner Adolf Hollmann in Essen,  
Kaufmann Adolf Martin Ernst Rosenow in Stettin,  
sowie dem Stellvertretenden Handelsrichter, Kaufmann Eduard  
Dörken in Grevelberg  
ist der Rothe Adler-Orden IV. Klasse verliehen.

Staatsanwaltschaft.

Dem Ersten Staatsanwalt, Geheimen Justizrath Crusius in  
Schwerin ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension  
ertheilt.

Der Berichtsassessor Hoop ist zum Staatsanwalt in Ratibor  
ernannt.

Rechtsanwälte und Notare.

Den Notaren, Justizräthen Kemmer in Rheinberg ist der Charakter  
als Geheimen Justizrath, Tolti in Reidenburg bei seinem  
Aufscheiden aus dem Amte als Notar der Rothe Adler-  
Orden IV. Klasse verliehen.

Der Rechtsanwalt und Notar Geißler in Breslau ist gestorben.  
Der Notar Schilbhaus in Weholt ist aus dem Amte als  
Notar entlassen.

Der Charakter als Justizrath ist verliehen:

im Kammergerichtsbezirke:

den Rechtsanwältin und Notaren Dr. Braude in Straus-  
berg, Julius Max Fuchs, Zimendorfer, Dr. Voewen-  
feld, Kaste, Cromer, Kaufmännig und Seeler in  
Berlin, Rub in Rathenow, Dr. Friebländer in  
Potsdam, Elorffer in Frieberg R. M., den Rechts-

anwälten Hugo Sachs, Reinberger, Dr. Pach-  
mann, Jacob Vincas, Engel, Krubt, Dr. Eugen  
Fuchs, Erhard, Lazarus, Benedict und  
Dr. Heinrich Cohn in Berlin;

im Oberlandesgerichtsbezirke Breslau:

den Rechtsanwältin und Notaren Dr. Prader und  
Beer in Breslau, Cohn in Oppeln, Rogner in  
Reichenbach i. Schl., Dr. Nicolaus in Rünigerberg,  
Reyer in Virguly, Schulz in Bunzlau, den Rechts-  
anwälten Dr. Breslau, Dr. Remper, Silber-  
feld und Hein in Breslau, Luft in Proßschütz,  
Böhm in Ratibor;

im Oberlandesgerichtsbezirke Cassel:

den Rechtsanwältin und Notaren Grebe in Schmalkalden  
und Schmuck in Cassel;

im Oberlandesgerichtsbezirke Celle:

den Rechtsanwältin und Notaren Dr. Roscher und  
Dr. Reichert in Hannover, Matthaei in Hildes-  
heim, dem Rechtsanwalt Dr. Meyer in Celle;

im Oberlandesgerichtsbezirke Edln:

den Rechtsanwältin Oslender und Ribbeldorf in  
Aachen, Päßler in Bonn, dem Notar Kramer in  
Euskirchen;

im Oberlandesgerichtsbezirke Frankfurt a. M.:

den Rechtsanwältin und Notaren Kahl in Limburg a. d. R.  
und Dr. Zimmermann in Homburg v. d. S., dem  
Rechtsanwalt Dr. Alberti in Wiesbaden;

im Oberlandesgerichtsbezirke Hamm:

den Rechtsanwältin und Notaren Eruse in Münster,  
Vey in Drenthausen, Stehling in Minden, Diekmamp  
in Bochum, Stanborn und Greve in Gelsenkirchen,  
Brinkman in Vorken, Marfers in Recklinghausen,  
Everlen in Paderborn, dem Rechtsanwalt Winkel-  
mann in Hamm;

im Oberlandesgerichtsbezirke Kiel:

dem Rechtsanwalt und Notar Dr. Warburg in Altona;

im Oberlandesgerichtsbezirke Königsberg i. Pr.:

den Rechtsanwältin und Notaren Valentin in Nemel  
und Obuch in Königsberg i. Pr.;

im Oberlandesgerichtsbezirke Marienwerber:

den Rechtsanwältin und Notaren Kronschin in Thorn,  
Obuch in Stranden, Hoffmann in Calsm;

im Oberlandesgerichtsbezirke Raumburg a. S.:

den Rechtsanwältin und Notaren Sad und Roters in  
Rühlhausen i. Rh., Staube in Strödal, Dr. Feine-  
mann und Dr. Humbert in Magdeburg, Kelsch und  
Wesford in Erfurt, Dr. Ruffer in Halle a. S., den  
Rechtsanwältin Dr. Fubewig in Erfurt, Kemery  
und Sagermann in Raumburg a. S., Erste in  
Eisleben;

im Oberlandesgerichtsbezirke Posen:

den Rechtsanwältin und Notaren Honig in Gnesen,  
Lorwy in Egin, dem Rechtsanwalt Cohn in Bromberg;

im Oberlandesgerichtsbezirke Stettin:

den Rechtsanwältin und Notaren Starck, Dr. Mann  
und Wehrmann in Stettin, Hilbebrand in Hütow,  
Seondrop in Stargard i. P., Paud in Pasewalk,  
Siedermann in Orziszwalde.

In der Liste der Rechtsanwälte sind gelöscht:

der Rechtsanwalt, Justizrath **Stöcker** bei dem Amtsgericht in Krossen,  
der Rechtsanwalt **Stratmann** bei dem Amtsgericht in Popenburg.

In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen:

die Rechtsanwälte

**Wengel** aus Sletlin bei dem Landgericht I in Berlin,  
**Stratmann** aus Popenburg bei dem Landgericht in Münstcr;

die Gerichtsassessoren

**Zaffe** bei dem Amtsgericht in Rixdorf,  
**Adolf Heymann** bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in Piesnig,

**Dr. Ganratz** bei dem Amtsgericht in Nybnitz,  
**Dr. Valder** bei dem Amtsgericht in Steinau a. O.,  
**Dr. Rakatenus** bei dem Amtsgericht in Ratingen,  
**Dr. Reibel** bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in Saarbrücken,

**Böder** bei dem Amtsgericht in Buer,  
**Booff** bei dem Amtsgericht in Salzwehel,  
**Dobbertstein** bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in Bromberg,

der frühere Bürgermeister **Heygster** bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in Nemet.

**Gerichtsassessoren.**

Aus dem Justizdienste sind geschieden:

die Gerichtsassessoren

**Weller** in Folge seiner Uebernahme in das Auswärtige Amt,  
**Dräger** in Folge seiner Uebernahme in die allgemeine Staatsverwaltung,  
**Reh** in Folge seiner Uebernahme in die landwirtschaftliche Verwaltung.

Den Gerichtsassessoren **Le Wiseur** und **Friedrich Schmidt** ist bebufs Uebertritts zur Kommunalverwaltung und dem Gerichtsassessor **Wosniga** die nachgesuchte Entlassung aus dem Justizdienste ertheilt.

**Mittlere Beamte.**

Dem Gerichtsassessorenbeamten, Rechnungsrath **Schröder** in Piesnig ist der Rothe Adler-Orden IV. Klasse, dem Gerichtsschreiber, Sekretär **Essenberger** in Breslau der Charakter als Konzeiltrath verliehen.

In den einseitigen Ruhestand versetzte Beamte.  
Der Amtsgerichtsrath **Erdmann** in Hannover ist gestorben.

**Verichtigung:** In der Anlage zu der Allgemeinen Verfügung vom 7. Mai 1902 (Just.-Minist.-Bl. S. 105) ist unter III B 1 an Stelle des Buchstabens h) »alle übrigen Eintragungsverfügungen« zu setzen:

*b) solche, welche ausschliesslich die Bezeichnung der Grundstücke im Grundbuche nach dem Inhalte der Steuerbücher betreffen.*

### **Allerhöchste Erlasse, Ministerial-Verfügungen und Entscheidungen der obersten Gerichtshöfe.**

Rum. 57.

**Allgemeine Verfügung vom 14. Juli 1902, — wegen Abänderung der Allgemeinen Verfügung vom 6. September 1900 über die Ablieferung der Akten an die Staatsarchiv (Just.-Minist.-Bl. S. 577).**

Die Nummer 4 der Allgemeinen Verfügung vom 6. September 1900 (Just.-Minist.-Bl. S. 577) wird dahin abgeändert, daß ältere Bücher rechtsgeschichtlichen Inhalts, welche für die Gerichtsbibliotheken nicht mehr von Werth sind, fernerhin nicht an das Staatsarchiv, sondern an die Bibliothek derjenigen Universität abzuliefern sind, von welcher aus die Kommission für die erste juristische Prüfung besetzt wird, zu deren Bezirke das Gericht gehört.

Im Uebrigen bleiben die Vorschriften jener Allgemeinen Verfügung auch bezüglich der Bücher in Kraft.  
Berlin, den 14. Juli 1902.

Der Justizminister.  
Schönstedt.

Num. 58.

**Beschluß des Kammergerichts vom 26. Mai 1902.**

Die als Zinsenzuschläge zu zahlenden Amortisationsbeiträge sind keine Nebenleistungen im Sinne der §§. 1115, 1178 B. G. B.

In der Grundbuchsache von R., Band XIII Blatt 486

hat der erste Evidenzrat des Königlichen Kammergerichts in der Sitzung vom 26. Mai 1902 auf die von der Preussischen Central-Bodenkredit-Aktiengesellschaft zu Berlin eingelegte weitere Beschwerde

beschlossen:

Unter Aufhebung des Beschlusses der ersten Evidenzkammer des königlichen Landgerichts zu E. vom 2. April 1902 und des Beschlusses des königlichen Amtsgerichts zu E. vom 6. März 1902 wird die Sache zur anderweiten Erörterung und Entscheidung nach Maßgabe der folgenden Gründe an das vorgenannte Amtsgericht zurückerwiesen.

Eine Gebühr und Auslagen für das bisherige Verfahren kommen nicht in Ansatz.

**G r ü n d e.**

Für die Preussische Central-Bodenkredit-Aktiengesellschaft zu Berlin ist auf Blatt 486 Band 13 des Grundbuchs von R. unter Nr. 2 der dritten Abtheilung eine Amortisationshypothek von 7 000 Mark (mit  $4\frac{3}{4}$  Prozent Jahreszahlungen, nämlich  $4\frac{1}{4}$  Prozent Zinsen und  $\frac{1}{2}$  Prozent Kapitalabtrag) eingetragen. Für dieselbe Gläubigerin ist auf dem gleichen Blatt unter Nr. 16 der dritten Abtheilung eine fernere Hypothek von 10 000 Mark eingetragen. Der Grundstückseigentümer, Kaufmann V. E. in R., hat in der öffentlich beglaubigten Urkunde vom 14. Januar 1902 der letzteren Post von 10 000 Mark den Vorrang vor allen im Wege regelmäßiger Amortisation oder durch außerordentliche Rückzahlungen getilgten oder noch zu tilgenden Theilen der ersteren Post von 7 000 Mark eingeräumt und die Eintragung der Vorrangseinräumung in das Grundbuch beantragt. Das Amtsgericht in E. hat dem Antrage nur bezüglich der außerordentlichen Rückzahlungen entsprochen, ihn aber im Uebrigen abgelehnt, weil die Entsehung der Eigentümerhypothek für die regelmäßigen, als Nebenleistungen anzusehenden Tilgungsbeiträge gemäß §. 1178 B. G. B. ausgeschlossen sei. Das Landgericht in E. hat die wegen dieser Ablehnung erhobene Beschwerde aus dem gleichen Grunde zurückgewiesen. In der weiteren Beschwerde ist die Anwendbarkeit des §. 1178 B. G. B. auf die als Zuschlag zu den Zinsen zum Zwecke allmählicher Tilgung des Kapitals zu entrichtenden Beträge bestritten.

Die weitere Beschwerde erschien begründet.

Die Entscheidung in der Sache hängt, wie die Vorinstanzen richtig erkannt haben, davon ab, ob die als Zuschläge zu den Zinsen jährlich zu zahlenden Amortisationsbeiträge Nebenleistungen im Sinne der §§. 1115, 1158, 1159, 1178 B. G. B. sind. Denn als Nebenleistungen wären diese Amortisationsbeiträge der Eigentümerhypothek entzogen (§. 1178 B. G. B.); sie würden insofern vom Gesetz anders behandelt, wie die außerordentlichen Abschlagszahlungen auf das Kapital, in Ansehung deren die Hypothek, wenn sie sich in Höhe des gezahlten Betrags mit dem Eigentum in einer Person vereinigt, nicht erlischt, sondern auf den Eigentümer übergeht (vergl. §. 1176 B. G. B.). Würde für die als Zinsenzuschläge zu zahlenden Amortisationsbeiträge die Entsehung der Eigentümerhypothek ausgeschlossen, dann wäre die beantragte Eintragung der Vorrangseinräumung für die Post von 10 000 Mark vor den im Wege regelmäßiger Amortisation getilgten oder zu tilgenden Theilen der ersten Post von 7 000 Mark mit Recht abgelehnt, weil für die getilgten Theile die Hypothek mit der Zahlung erlöschen sein würde, also für eine Vorrangseinräumung insoweit nicht mehr in Betracht kommen könnte. Das Kammergericht hat allerdings, wie auch das Landgericht bemerkt, in einem früheren, in Johow und Rings Jahrbuch für Entscheidungen des Kammergerichts nicht abgedruckten Beschlusse vom 2. Dezember 1901 (I. J. 1047/01) die als Zinsenzuschläge zu zahlenden Amortisationsbeiträge für Nebenleistungen erklärt und auch aus-

gesprochen, daß sie als solche der Eigenthümerhypothek entzogen seien; bei erneuter Prüfung der Frage hat die Ansicht jedoch nicht aufrecht erhalten werden können.

Was das B. O. B. unter Nebenleistungen versteht, das ist im Gesetze nirgends unmittelbar ausgesprochen. Eine Nebenleistung steht aber sprachlich im Gegensatz zur Hauptleistung, d. h. zur gänglichen oder auch nur theilweisen Zahlung der Hauptschuld. Demnach kann schon um deswillen nicht wohl als Nebenleistung bezeichnet werden, was, wenn auch in regelmäßigen, vereinbarten Abschlagszahlungen, auf die Hauptschuld gezahlt wird, also einen Theil der Hauptleistung darstellt. Der rechtliche Charakter der Leistung wird auch durch die rein äußerliche Angliederung an die Zinsen nicht geändert. Der Anspruch auf Nebenleistungen ist ausdrücklich in einen solchen Gegensatz zum Hauptanspruch gebracht im §. 12 Ziffer 2 und 3 des Reichsgesetzes über die Zwangsversteigerung vom 24. März 1897. Aus dem erwähnten sprachlichen Gegensatz ergibt sich der Begriff der Nebenleistungen, wie ihn auch Pland, B. O. B. Anm. 4a, Abs. 3 zu §. 1115 — Sachenrecht Seite 459 — aufstellt, daß sie neben dem Kapitale zu entrichten sind, so daß durch sie die Forderung des Gläubigers und die Belastung des Grundstücks erweitert wird. Hiernach sind auch die regelmäßigen Amortisationsbeiträge keine Nebenleistungen, »da sie nicht neben dem Kapital der Hypothekenforderung zu entrichten, sondern diese selbst allmählich zu tilgen bestimmt sind« (Pland a. a. D.).

Die Entstehungsgeschichte des §. 1115 Abs. 2 B. O. B. in seiner gegenwärtigen Fassung spricht nicht für die gegentheilige Ansicht (die z. B. von Oberneck, Reichsgrundbuchrecht S. 492 unter d und von Turnau-Hörster, Liegenschaftsrecht, Bb. I S. 554, 720 u. a. vertreten wird), sondern gerade dafür, daß man bei der Wahl der Bezeichnung Nebenleistungen nicht an Zahlungen irgend welcher Art auf das Kapital, also auch nicht an die regelmäßigen Amortisationsbeiträge gedacht hat. Der erste Entwurf zum B. O. B. (§. 1066 und Motive Bb. III S. 650) hatte sich auf den Standpunkt gestellt, daß sich die Hypothek in der Fassung für Kapital, gesetzliche Zinsen und Kosten erschöpfe. Ein praktischer Bedürfnis der Haftung für Erweiterungen der Hypothek sei schwerlich erweisbar. Jahreszahlungen würden entweder auf das Kapital oder auf die Zinsen geleistet und für sie haste daher die Hypothek ohne Weiteres. Wenn Jahreszahlungen eine besondere Forderung zum Gegenstande haben, so könne auch eine besondere Hypothek dafür bestellt werden.

In den Beratungen der Kommission für die zweite Lesung des B. O. B. wurden zu §. 1064 des ersten Entwurfs (§. 1115 des Gesetzes) zwei Anträge gestellt, aus deren einem der Abs. 2 des §. 1115 B. O. B. geworden ist. Diese Anträge bezweckten zu ermöglichen, daß die für Darlehne von Kreditanstalten, deren Satzungen von der zuständigen Landesbehörde öffentlich bekannt gemacht sind, bestellten Hypotheken durch Vereinbarung der Beteiligten auf die nach den Satzungen außer den Zinsen zu entrichtenden Nebenleistungen erstreckt werden könnten und daß bezüglich dieser Nebenleistungen bei der Eintragung nur auf die Satzungen Bezug genommen zu werden brauche. Es wurde dabei unter anderem betont, daß, nach den Satzungen dieser Kreditanstalten, die Darlehensschuldner neben Zinsen und Kosten noch mannigfache andere Nebenleistungen zu entrichten hätten. Da es sich bei einigen derselben um Forderungen handele, deren Entstehung und Betrag nicht von vornherein feststehe, so müsse für diese eine besondere Sicherungshypothek bestellt werden.

Das sollte vermieden werden. Als solche Nebenleistungen waren erwähnt, Zinsen für rückständig gebliebene von der Anstalt vorgeschossene Hypothekenzinsen, Vertragsstrafen bei unpünktlicher Zinszahlung. Erwägt man, daß es sich in der zweiten Kommission also um die Zulassung einer vertragmäßigen Erweiterung der Haftung der Hypotheken auf gewisse Leistungen handelte, so ergibt sich, daß Zahlungen zum Zwecke der Abtragung des Kapitals nicht unter diese Leistungen gerechnet werden konnten, da jene Zahlungen, wie auch die oben mitgetheilten Motive zum §. 1066 des ersten Entwurfs annehmen, schon durch die Haftung der Hypothek für die Hauptschuld, von der sie eine vereinbarte Theilzahlung darstellen, gesichert sind. Bei ihnen hätte daher auch überhaupt nicht von einer besonderen Sicherungshypothek, die man durch die Erweiterung der Haftung unnötig machen wollte, die Rede sein können. Die mehrerwähnten Leistungen werden in den Verhandlungen der zweiten Kommission auch stets nur neben den Zinsen als andere Nebenleistungen erwähnt, dagegen ist der technische Ausdruck des

früheren Rechtes (§. 30 E. O.) Jahreszahlungen, der auch die Amortisationsquoten umfaßt, vermieden worden. Unter dem Ausdrucke »Zinsen und andere Nebenleistungen« konnten nach dem Ausgeführten demnach die Amortisationsquoten nicht mitbegriffen werden.

Endlich lassen auch die Beispiele, die man für die Nebenleistungen, in dem Sinne der zweiten Kommission, in den Verhandlungen angeführt hat, erkennen, daß man dabei immer nur an Leistungen neben, d. h. noch außer der Hauptschuld, nicht aber an Leistungen auf die Hauptschuld, gedacht hat.

Aus Bestimmungen des Hypothekendarlehensgesetzes vom 13. Juli 1899 (Reichs-Gesetzbl. S. 375) und seiner Begründung ist aber klar erkennbar, daß man in diesem Gesetze davon ausgegangen ist, daß die durch Amortisationsbeiträge getheilten Hypothekentheile zu Eigenthümerhypotheken werden, daß die Amortisationsbeiträge also nicht als Nebenleistungen gelten sollen, für welche nach §. 1178 B. O. B. die Eigenthümerhypothek ausgeschlossen ist. Allerdings sind die Vorschriften des Hypothekendarlehensgesetzes und der Inhalt seiner Begründung keine authentische Interpretation des B. O. B., es bildet aber immerhin ein wichtiges Anlegungsmittel, da es als Reichsgesetz von demselben Gesetzgeber herrührt, wie das B. O. B. und insofern einen Rückschluß auf die Absichten des Gesetzgebers im B. O. B. gestattet. Nach §. 6 Abs. 2 des Hypothekendarlehensgesetzes muß die Pfandbriefdeckung, soweit Hypotheken an landwirthschaftlichen Grundstücken dazu verwendet werden, mindestens zur Hälfte aus Amortisationshypotheken bestehen. Die Amortisationshypothek wird in der Begründung (Drucksachen des Reichstags 1898/1900 2. Bt. S. 937) dahin gekennzeichnet, daß sie zur allmählichen Befreiung des Grundstücks von der Belastung führe. Es ist also offenbar an Hypotheken gedacht, die durch regelmäßige Abträge, insbesondere durch Zinsenzuschläge amortisirt werden. Der §. 21 Abs. 2 a. a. O. verbietet den Hypothekendarlehenbanken, sich im Voraus von der Verpflichtung zu befreien, in Ansehung des amortisirten Betrags die ihr behufs Berichtigung des Grundbuchs, der Löschung der Hypothek oder der Herstellung eines Theilhypothekenbriefs nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechtes obliegenden Handlungen vorzunehmen. In der Begründung (S. 944 der oben erwähnten Reichstagsdrucksachen) ist insbesondere auf die §§. 1144, 1145 B. O. B. ausdrücklich hingewiesen. Dasselbst ist gesagt, daß der Eigenthümer gegen Befriedigung des Gläubigers die Aushändigung des Hypothekenbriefs und der sonstigen Urkunden verlangen kann, die zur Berichtigung des Grundbuchs oder zur Löschung der Hypothek erforderlich sind, und ferner, daß der Eigenthümer, der den Gläubiger nur theilweise befriedigt, die Aushändigung des Hypothekenbriefs zwar nicht verlangen kann, daß der Gläubiger aber verpflichtet ist, die theilweise Befriedigung auf dem Briefe zu vermerken und den Brief zum Zwecke der Berichtigung des Grundbuchs oder der Löschung dem Grundbuchamt oder zum Zwecke der Herstellung eines Theilhypothekenbriefs für den Eigenthümer der zuständigen Behörde oder einem zuständigen Notare vorzulegen. Es ergibt sich aus der Vergleichung des §. 21 des Hypothekendarlehensgesetzes mit den angezogenen Bestimmungen des B. O. B., daß die Hypothekendarlehensbank als Gläubigerin grundbüchlich verpflichtet ist, soweit erforderlich, dazu mitzuwirken, daß die Umschreibung des durch die Amortisationsbeiträge getheilten Hypothekentheils auf den Eigenthümer beziehungsweise den Schuldner erfolgen kann. In der Begründung (S. 944 a. a. O.) ist das ganz präzis zum Ausdruck gebracht und die Stelle zeigt unzweideutig den Standpunkt des Entwurfes über die Frage, ob die durch Zinsenzuschläge getheilten Hypothekentheile zu Eigenthümerhypotheken geworden sind. Es heißt daselbst:

»Das Recht des Schuldners, über den amortisirten Theil der Hypothek zu verfügen, ergibt sich schon aus den Vorschriften des B. O. B., nach welchen die Hypothek in Höhe des getheilten Betrags auf den Eigenthümer des Grundstücks oder den persönlichen Schuldner mit der Pfandgabe übergeht, daß der Uebergang nicht zum Nachtheile der dem Gläubiger verbleibenden Hypothek geltend gemacht werden kann, der Resthypothek also der Vorrang gebührt. Der Uebergang ist nicht davon abhängig, daß er in das Grundbuch eingetragen wird; der Gläubiger ist aber verpflichtet, zur Umschreibung des getheilten Betrags auf den Namen des Eigenthümers oder Schuldners oder zur Löschung des Betrags, gegebenen Falles auch zur Herstellung eines Theilhypothekenbriefs mitzuwirken.«

Allerdings finden sich im B. G. B. und im Reichszwangsversteigerungsgesetz auch Vorschriften, welche den Aufchein erwecken, als seien die als Zuschläge zu den Zinsen erscheinenden Amortisationsbeiträge doch Nebenleistungen. Es sind dies im B. G. B. die §§. 197, 902 und im Reichszwangsversteigerungsgesetz die §§. 10 Ziffer 4 und 12, Ziffer 2 und 3.

Der §. 902 Abs. 1 B. G. B., welcher den Grundsatz der Unverjährbarkeit der Ansprüche aus eingetragenen Rechten aufstellt, nimmt zugleich die Ansprüche auf Rückstände wiederkehrender Leistungen davon aus. Unter die wiederkehrenden Leistungen fallen auch die vereinbarten regelmäßigen Amortisationsbeiträge.

Nach §. 197 B. G. B. verjähren die Ansprüche auf Rückstände von Zinsen, mit Einschluß der als Zuschlag zu den Zinsen zum Zwecke allmählicher Tilgung des Kapitals zu entrichtenden Beträge, in vier Jahren. Die Gleichstellung der Amortisationsbeiträge mit den Zinsen in Aufhebung der Verjährung ist jedoch nur eine Ausnahmegvorschrift, der eine weitergehende Bedeutung nicht beigemessen werden darf, durch die namentlich die wirtschaftlichen und rechtlichen Unterschiede zwischen den Zinsen und den Zinsenzuschlägen nicht haben berührt werden sollen. Das ergeben die Verhandlungen über den §. 157 des 1. Entwurfs (jetzt §. 197 B. G. B.) in der 2. Kommission (Prot. I. S. 212 bis 215). Man war jedoch der Meinung, daß von den anzuerkennenden Unterschieden zwischen Zinsen und Amortisationsbeiträgen für die Verjährungsfrage abzusehen sei, wenn die Zinszahlungen als Zinsenzuschläge den Zinszahlungen in der Weise »assimiliert« seien, daß nach der Auffassung des Verkehrs und insbesondere auch nach der Auffassung der Beteiligten die Unterschiede völlig verschwinden.

Von den aus dem Reichszwangsversteigerungsgesetz hierher gehörenden Vorschriften bestimmt §. 10 Ziffer 4, daß bei der Verteilung des Erlöses in der 4. Klasse zur Befriedigung kommen:

»Die Ansprüche aus Rechten an dem Grundstücke, soweit sie nicht in Folge der Beschlagnahme dem Gläubiger gegenüber unwirksam sind, die Ansprüche auf wiederkehrende Leistungen jedoch mit Einschluß derjenigen, welche als Zuschlag zu den Zinsen behufs allmählicher Kapitalstilgung zu entrichten sind, nur wegen der laufenden und der aus den letzten zwei Jahren rückständigen Beträge.«

Ferner schreibt §. 12 Ziffer 2 vor, daß unter Ansprüchen aus einem und demselben Rechte an zweiter Stelle rangiren:

»Die Ansprüche auf wiederkehrende Leistungen und andere Nebenleistungen.«

Nimmt man diese letzte Vorschrift wörtlich, dann würde man darin den bestimmten Anspruch finden müssen, daß auch die Amortisationsbeiträge, die unzweifelhaft zu den wiederkehrenden Leistungen gehören, Nebenleistungen sind, und man würde damit einen unlösbaren Widerspruch zu den oben erörterten Vorschriften des Hypothekendarlehengesetzes festzustellen haben.

Es handelt sich bei der Bestimmung des §. 12 Ziffer 2 in Ansehung des Zusatzes »und andere Nebenleistungen« aber offensichtlich um einen ungenauen Ausdruck. Es geht das schon darans hervor, daß, ganz abgesehen von den Amortisationsbeiträgen, noch verschiedene wiederkehrende Leistungen — so z. B. die Leistungen aus einer Reallast oder die Renten aus einer Rentenschuld — vorkommen können, die unzweifelhaft nicht Nebenleistungen sind. Die Worte »und andere Nebenleistungen« waren im Entwurfe des Gesetzes nicht vorhanden und erst bei der Kommissionsberatung eingefügt. Es ist dabei offenbar nicht die Absicht gewesen, mit den Worten den rechtlichen Charakter »der wiederkehrenden Leistungen« zu bestimmen, sondern man hat nur in Uebereinstimmung mit der Fassung, welche der §. 1115 B. G. B. enthalten hatte, den unter den wiederkehrenden Leistungen enthaltenen Nebenleistungen die »anderen Nebenleistungen« hinzuzufügen wollen und sich dabei nur in der Fassung der Vorschrift vergriffen (vergl. auch Jädel, das Reichsgesetz über die Zwangsversteigerung u. S. 59 letzter Absatz). Folgt man diesen Ausführungen, dann kommt der oben mitgetheilten Bestimmung in §. 10 Ziffer 4 des Zwangsversteigerungsgesetzes, welche die Ansprüche auf Amortisationsbeiträge in gewissen Fällen den Zinsen gleichstellt, keine weitergehende Bedeutung zu, als der Vorschrift der §§. 197, 902 B. G. B., die oben dargelegt worden ist. Der rechtliche Charakter der Amortisationsbeiträge als Rückzahlungsbedingungen für die Hauptschuld wird dadurch in keiner Weise berührt, wie das auch Richter und Schäfer, die

Gesetzgebung, betreffend die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen, S. 189 mit Recht hervorheben. Sie führen aus: »Zu den wiederkehrenden Leistungen im Sinne dieser Bestimmung (§. 10 Ziffer 4) rechnet das Gesetz nicht nur Zinsen und andere neben dem Kapitale zu entrichtende Nebenleistungen, sondern auch die rechtlich unter den Begriff der Kapitalkrückzahlung fallenden, aber nach Umfang und Fälligkeit wirtschaftlich die äußere Form eines Zinszuschlags annehmenden Amortisationsbeiträge. Soweit diese Beiträge nicht mehr rückständig, sondern von dem Eigentümer bezahlt sind, ist der dadurch berichtete Kapitaltheil als Grundschuld auf den Eigentümer, ebenso wie in jedem anderen Falle einer Kapitalabtragung, übergegangen.«

Kann es sonach einem begründeten Zweifel nicht unterliegen, daß die regelmäßigen als Zinszuschläge vereinbarten Amortisationsbeiträge Nebenleistungen im Sinne der §§. 1115, 1178 B. G. B. nicht sind, dann ist für die so getilgten Theile des Kapitals auch die Eigentümerhypothek nicht ausgeschlossen. Der Antrag der Central-Vorkredit-Aktiengesellschaft ist deshalb zu Unrecht abgelehnt worden. Die Beschlüsse des Landgerichts und des Amtsgerichts sind daher aufgehoben und die Sache ist an das Amtsgericht zur anderweitigen Entscheidung auf den Antrag zurückverwiesen worden.

Die Kostenentscheidung ergibt sich aus den §§. 7 2, 9 3 Pr. G. R. G.

I. 5794. S. 125.

---

## Nichtamtlicher Theil.

---

Auf das im Jahre 1897/98 in dritter Ausgabe erschienene Werk:

»Die Wohnplätze des Deutschen Reiches.« Auf Grund der amtlichen Materialien bearbeitet und herausgegeben von Oskar Brundow, Leutnant a. D.

— auf welches bereits mehrfach im Justiz-Ministerial-Blatte (zuletzt 1889 S. 210, 1890 S. 334) hingewiesen worden — hat der Verfasser, jetzt in Schlachtensee wohnhaft, eine Subskription eröffnet. Das Werk zerfällt in zwei Abtheilungen. Abtheilung I (2 Großquartbände — 1 170 Seiten —) behandelt Preußen, Abtheilung II (2 Großquartbände — 1 000 Seiten —) das Deutsche Reich außer Preußen.

Der Subskriptionspreis ist für jede Abtheilung von 25 bzw. 20 *M.* auf 8 *M.* und für beide Abtheilungen zusammen von 45 *M.* auf 15 *M.* herabgesetzt worden. Heizabhlungen sind gestattet.

Nach Schluß der Subskription sowie im Buchhandel bleiben die früheren Preise bestehen.

Bestellungen sind nur direkt an den Herausgeber zu richten.

I. 5726. O. 163 B. 2.

# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

## Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Herausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Besen der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Freitag, den 29. August 1902.

Nr. 32.

### Amtlicher Theil.

#### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Berleihungen bei den Justizbehörden.

##### Oberlandesgerichte.

Dem Oberlandesgerichtspräsidenten, Wirklichen Geheimen Oberjustizrath Dr. Hamm in Eöln ist die Genehmigung zur Annahme und Anlegung des von Seiner Königlichcn Hoheit dem Großherzog von Oldenburg ihm verliehenen Ehren-Großkomthurkreuzes des oldenburgischen Haus- und Verdienst-Ordens des Herzogs Peter Friedrich Ludwig ertheilt.

Zu Senatpräsidenten sind ernannt:

der Kammergerichtsrath Eichhorn, bei dem Kammergerichte, der Oberlandesgerichtsrath Noxtramer in Eöln bei dem Oberlandesgerichte daselbst.

Der Rechnungstrevisor, Rechnungsrath Wolfram in Bonn ist zum Rentanien der Justizhauptideasse in Eöln ernannt.

##### Landgerichte und Amtsgerichte.

Dem Landgerichtspräsidenten, Geheimen Oberjustizrath Cormann und dem Landgerichtsdirektor Ruer in Saarbrücken ist die Genehmigung zur Annahme und Anlegung der von Seiner Königlichcn Hoheit dem Großherzog von Oldenburg ihnen verliehenen Ordensauszeichnungen, und zwar erstercm des Ehren-Großkomthurkreuzes, letzterem des Ehren-Ritterkreuzes erster Klasse des oldenburgischen Haus- und Verdienst-Ordens des Herzogs Peter Friedrich Ludwig ertheilt.

Dem Landgerichtspräsidenten, Geheimen Oberjustizrath Häding in Coblenz, dem Landgerichtsdirektor, Geheimen Justizrath Thöne in Halle a. S. und dem Amtsgerichtsrath Schulz in Teich ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ertheilt.

Zu Landgerichtspräsidenten sind ernannt:

der Senatpräsident Dr. Rädcl vom Oberlandesgericht in Eöln bei dem Landgerichte daselbst, der Landgerichtsdirektor Wolff in Düsseldorf bei dem Landgericht in Coblenz.

Dem Amtsgerichtsrath Baumbach in Berlin ist bei seinem Uebertritt in den Ruhestand der Rofthe Adler-Orden IV. Klasse verliehen.

Der Landgerichtsrath Julius Friedrich Hoffmann in Nordhausen und der Amtsrichter Steingraber in Rosenberg D. Schl. sind gestorben.

Verstelt sind:

der Landgerichtsrath Henßen in Hanau nach Bonn, der Amtsgerichtsrath Oppermann vom Amtsgericht I in Berlin und der Landrichter Dr. Rosenberg in Stettin an das Landgericht I in Berlin, der Amtsgerichtsrath Ulrich in Insterburg, die Amtsrichter Wolff in Arnswalde und Dr. Kobel in Wittstock an das Amtsgericht I in Berlin, der Amtsrichter Hoppe in Marienwerder als Landrichter nach Graudenz, der Amtsrichter Streckcr in Ööttingen als Landrichter an das Landgericht daselbst.

Der Staatsanwaltschaftsrath Reder in Danzig ist zum Landgerichtsrath in Königsberg i. Pr. ernannt.

Zu Amtsrichtern sind ernannt:

die Gerichtsassessoren  
Dr. Rünker in Cochem,  
Richard Hilgers in Wittmann,



Hagemeyer in Bülow,  
Kaphengst in Tudewid,  
Egger Seiffert in Dorstehen,  
Seeliger in Hattenberg C. Schl.

**Zu Handelsrichtern sind  
ernannt:**

der Weinhändler Franz Rummel in Hannover  
bei dem Landgerichte daselbst,  
der Kaufmann Albert Vordet und  
der Kaufmann Heinrich Ziegler in Bochum,  
der Kaufmann Gustav Ballauff in Witten,  
der Direktor Carl Victor in Wattencheid  
bei dem Landgericht in Bochum,  
der Kaufmann Dr. Martin Jaffe und  
der Bankier Martin Kesser in Posen  
bei dem Landgerichte daselbst;

**wiederernannt:**

der Kaufmann Walter Meyer und  
der Fabrikant August Werner in Hannover  
bei dem Landgerichte daselbst,  
der Kaufmann Carl Wexler und  
der Kommerzienrath August Erdens in Wachen  
bei dem Landgerichte daselbst,  
der Generalsekretär Dr. jur. Wilhelm Baare in Bochum  
bei dem Landgerichte daselbst,  
der Kaufmann Scheyte in Königsberg i. Pr.  
bei dem Landgerichte daselbst.

**Zu Stellvertretenden Handelsrichtern sind  
ernannt:**

der Kaufmann Heinrich Lautersbach in Breslau  
bei dem Landgerichte daselbst,  
der Direktor August Kobold,  
der Kaufmann Oskar Winkler,  
der Bankier Hans Narjes und  
der Kaufmann Otto Schwemann in Hannover  
bei dem Landgerichte daselbst,  
der Kaufmann Wilhelm Vrenken und  
der Kaufmann Dierich Gräner in Bochum,  
der Fabrikbesitzer Rudolf Kuhn in Bruch bei Bochum,  
der Fabrikbesitzer Fritz Baum in Gerne,  
der Kaufmann Josef Sasse in Reddinghausen,  
der Fabrikbesitzer August Reinshagen in Berner,  
der Generaldirektor Gustav Schumann in Witten  
bei dem Landgericht in Bochum,  
der Fabrikbesitzer Max Kuhl in Posen  
bei dem Landgerichte daselbst;

**wiederernannt:**

der Speditur Friedrich Gaffky und  
der Kaufmann Albert Ramble in Hannover  
bei dem Landgerichte daselbst,  
der Kommerzienrath Leo Vossen in Wachen  
bei dem Landgerichte daselbst,  
der Kaufmann Liebenow in Königsberg i. Pr.  
bei dem Landgerichte daselbst.

**Staatsanwaltschaft.**

Dem Oberstaatsanwalt Rabe in Eöln und dem Ersten Staats-  
anwalt Hedelsberg in Saarbrücken ist die Genehmigung  
zur Annahme und Anlegung der von Seiner Königlichen  
Hoheit dem Großherzog von Oldenburg ihnen verliehenen

Ordensauszeichnungen, und zwar ersterem des Ehren-Komthur-  
kreuzes, letzterem des Ehren-Kitterkreuzes erster Klasse des  
oldenburgischen Haus- und Verdienst-Ordens des Herzogs  
Peter Friedrich Ludwig erteilt.

Der Gerichtsassessor Dr. Ohse ist zum Staatsanwalt in  
Stendal,

der Gefängnisinspektor, Hauptmann a. D. Freiber von  
Malgahn vom Strafgefängnis in Pilsener zum Gefängnis-  
direktor bei dem Centralgefängnis in Oskow  
ernannt.

**Rechtsanwälte und Notare.**

Dem Vorsitzenden des Vorstandes der Anwaltskammer, Rechts-  
anwalt, Justizrath Windthorst in Hamm ist der Charakter  
als Geheimrer Justizrath verliehen.

Der Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Horn in Elbing und  
der Rechtsanwalt Dr. Clausen in Kiel sind gestorben.

Dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Herzog in Duedlin-  
burg ist der Rothe Adler-Orden IV. Klasse verliehen.

Dem Notar Graf in Cochem ist der Amtssitz in Eöln-Ehren-  
feld mit der Verpflichtung angewiesen, in dem Vororte  
Eöln-Ehrenfeld zu wohnen und seine Geschäftsräume zu  
halten.

In der Liste der Rechtsanwälte sind gelöscht:  
die Rechtsanwälte, Justizräthe

Stöcker in Krossen bei dem Landgericht in Cassel,  
Josef Hofmann bei dem Landgericht in Reiningen.

In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen:

der Rechtsanwalt Dr. Bischofswerder aus Birnbaum bei  
dem Amtsgericht in Charlottenburg;

**die Gerichtsassessoren**

Gräfe bei dem Landgericht I in Berlin,  
Dr. Gutsfeld bei dem Landgericht II in Berlin,  
Hessenberg bei dem Landgericht in Frankfurt a. M.,  
Süth bei dem Landgericht in Wiesbaden,  
Otto bei dem Amtsgericht in Brauk,  
Lasse bei dem Amtsgericht in Schwelm mit dem Wohn-  
sitz in Overberg,  
Poed bei dem Amtsgericht in Szegberg,  
Gerth bei dem Amtsgericht in Sangerhausen,  
der frühere Gerichtsassessor Dr. Waldschmidt bei dem  
Kammergerichte.

**Gerichtsassessoren.**

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt:

die Referendare

Steinbrecher im Bezirke des Oberlandesgerichts zu  
Breslau,  
Dr. Heiliger und Kleber im Bezirke des Oberlandes-  
gerichts zu Eöln.

Dem Gerichtsassessor Dr. Gray ist die nachgesuchte Entlassung  
aus dem Justizdienst erteilt.

Der Gerichtsassessor Dr. Schönberg ist gestorben.

**Mittlere Beamte.**

Dem Rechnungscorvisor, Rechnungsrath Appellkamp in Arnsherg ist der Rothe Adler-Orden IV. Klasse, dem bisherigen Amtsanwalt, Gerichtsvollzieher a. D. Dohmeyer in Waldrode bei seinem Ausscheiden aus der Thätigkeit als Amtsanwalt der Königl. Kronen-Orden IV. Klasse verliehen.

**Unterbeamte.**

Dem Gerichtsdienier und Kassenan Eggers in Weiden ist bei seinem Uebertritt in den Ruhestand das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

In den einstufigen Ruhestand versetzte Beamte. Der Senatspräsident, Geheim Oberjustizrath Ruppender in Breslau ist gestorben.

Seine Majestät der König haben aus Anlaß der diesjährigen Herbstmanöver des III. Armee-Korps den nachbenannten Justizbeamten Orden, Ehrenzeichen und Titel zu verleihen geruht:

**den Rotzen Adler-Orden IV. Klasse:**

dem Landgerichtsrath Gandert in Belgig, dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Höber in Hünfestein, dem Landgerichtsrath von der Lage in Frankfurt a. D., dem Ersten Staatsanwalt Raumann in Frankfurt a. D.,

dem Landgerichtsrath Rademacher in Potsdam, dem Ersten Staatsanwalt Rigel in Vandsberg a. W., dem Amtsgerichtsrath Schneider in Brandenburg a. N., dem Amtsgerichtsrath Seibel in Guben;

den königlichen Kronen-Orden IV. Klasse: dem Oberinspexer Denzner bei dem Strafgefängnis in Pöthenje;

**das Allgemeine Ehrenzeichen:**

dem Gerichtsdienier Fischer in Potsdam, dem Gerichtsdienier Frängel in Neu-Ruppin, dem Gerichtsdienier Keller in Frankfurt a. D., dem Gefangenberaufseher Kleinpaul bei dem Strafgefängnis in Pöthenje, dem Gerichtsdienier Mittag in Pübbenau, dem Gerichtsdienier Roffe in Sorau, dem Gerichtsdienier Schumann in Neu-Ruppin;

den Charakter als Rechnungsrath: dem Gerichtskassenrentanten Brechert in Potsdam, dem Gerichtskassenrentanten Schulze in Gharottenburg;

**den Charakter als Kanzleirath:**

dem Obersekretär Hertel in Guben, dem Obersekretär Kaphengst in Eberswalde, dem Obersekretär Kluge in Spanbau, dem Ersten Gerichtsschreiber, Sekretär Müller in Kyritz, dem Ersten Gerichtsschreiber, Sekretär Spedien in Peiß.

Bei dem Strafgefängnis in Pöthenje ist eine Inspektorstelle zu besetzen.

## Allerhöchste Erlasse, Ministerial-Verfügungen und Entscheidungen der obersten Gerichtshöfe.

Num. 59.

**Allgemeine Verfügung vom 11. August 1902, — betreffend die Zulassung des gesetzlichen Vertreters eines Angeklagten in der Hauptverhandlung als Beistand.**

In dem Strafverfahren gegen jugendliche Angeklagte wird von den gesetzlichen Vertretern die Verfügung, gemäß §. 149 Abs. 2 der Strafprozeßordnung (in der Fassung des Artikels 35 II des Einführungsgesetzes zum B. G. B.) in der Hauptverhandlung als Beistand aufzutreten, nicht in dem Umfang ausgeübt, wie dies im Interesse der Angeklagten und des Strafverfahrens liegt. Diese Erscheinung wird in vielen Fällen darauf zurückzuführen sein, daß die gesetzlichen Vertreter ihre prozessrechtliche Befugnisse nicht kennen, oder daß der Angeklagte vor ihnen die Einleitung des Strafverfahrens geheim gehalten hat. Dies veranlaßt mich, Folgendes zu bestimmen:

Sind die Person und der Wohnort des gesetzlichen Vertreters eines Angeklagten, welcher zur Zeit der ihm zur Last gelegten That das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hatte, aus den Akten ersichtlich oder sind sie ohne Zeitverlust festzustellen, so ist zugleich mit der Ladung des Angeklagten zur Hauptverhandlung von der die Ladung bewirkenden Behörde eine Mitteilung von dem Termin an den gesetzlichen Vertreter zu richten. Die Mitteilung ist mit dem Vermerk »Eigenhändig« zu versehen. Einer Zustellung bedarf es nicht.

Zu der Mittheilung sind die Formulare St. P. 31, 182, 210 zu benutzen.

Im Ermittlungsverfahren ist von den Beamten der Staatsanwaltschaft auf die Feststellung des gesetzlichen Vertreters des jugendlichen Beschuldigten Bedacht zu nehmen.

Die Polizeibehörden sind von dem Herrn Minister des Innern angewiesen worden, bei der verantwortlichen Vernehmung der einer Straftthat beschuldigten jugendlichen Personen des erwähnten Alters den Namen und Aufenthalt des ehelichen Vaters oder, wenn dieser die elterliche Gewalt auszuüben verhindert ist, denjenigen der Mutter und gegebenenfalls denjenigen des Vormundes festzustellen und im Protokolle zu vermerken.

Champéry, den 11. August 1902.

Der Justizminister.  
Schönstedt.

I. 6206. Crim. 84 Bb. 5.

### Num. 60.

**Allgemeine Verfügung vom 21. August 1902 über den Erlaß neuer Vorschriften für die Bekleidung und Lagerung der Gefangenen in den Gefängnissen der Justizverwaltung.**

Allgemeine Verfügung vom 17. Oktober 1887 (Just.-Minist.-Bl. S. 281).

Unter Aufhebung des durch die Allgemeine Verfügung vom 17. Oktober 1887 (Just.-Minist.-Bl. S. 281) eingeführten Reglements über die Bekleidung und Lagerung der Gefangenen in den Gefängnissen der Justizverwaltung vom 1. September 1887 ist von mir unter dem 30. Juni d. Jb. eine neue Ordnung für die Bekleidung und Lagerung der Gefangenen in den Gefängnissen der Justizverwaltung\*)

erlassen worden.

Die erforderliche Anzahl von Exemplaren wird den Gefängnisverwaltungen durch die Oberstaatsanwälte zugehen.

Berlin, den 21. August 1902.

Der Justizminister.  
Im Auftrage:  
Lucas.

I. 6751. Crim. 107 Bb. 4.

\*) Die amtliche Ausgabe kann auch von R. von Decker's Verlag, G. Schend, Berlin SW., Jerusalemstr. 56, zum Preise von 40 Pfennigen käuflich bezogen werden.

### Num. 61.

**Allgemeine Verfügung vom 25. August 1902, — betreffend Bildung einer Prüfungskommission für die erste juristische Prüfung bei dem Oberlandesgericht in Hamm.**

Allgemeine Verfügung vom 3. November 1890 §. 1 (Just.-Minist.-Bl. S. 277).

Auf Grund des §. 14 des Gesetzes vom 6. Mai 1869 über die juristischen Prüfungen und die Vorbereitung zum höheren Justizdienste sowie in Gemäßheit des §. 2 des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes vom 27. Januar 1877 und des §. 1 des Preussischen Ausführungsgesetzes vom 24. April 1878 zum Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze bestimme ich:

Bei dem Oberlandesgericht in Hamm wird für dessen Bezirk eine Prüfungskommission für die erste juristische Prüfung gebildet, welche am 1. Januar 1903 ins Leben tritt. Von diesem Zeitpunkt ab scheidet der Bezirk des Oberlandesgerichts Hamm aus dem Bezirke der Prüfungskommission in Cassel aus.

Berlin, den 25. August 1902.

Der Justizminister.  
Schönstedt.

I. 6412. O. 107 Bb. 5.

Nun. 62.

**Allgemeine Verfügung vom 26. August 1902, — betreffend die Errichtung weiterer Kammern für Handelsfachen in Danzig, Halle a. S., Breslau und Köln sowie die Erhöhung der Anzahl der Handelsrichter und der stellvertretenden Handelsrichter bei der Kammer für Handelsfachen in Gleiwitz.**

Allgemeine Verfügung vom 26. Juli 1879 (Just.-Minist.-Bl. S. 210).

Bekanntmachung vom 30. Dezember 1891 (Just.-Minist.-Bl. 1892 S. 3).

Allgemeine Verfügung vom 13. Juni 1892 (Just.-Minist.-Bl. S. 195).

Allgemeine Verfügung vom 18. Juli 1892 (Just.-Minist.-Bl. S. 273).

Allgemeine Verfügung vom 9. Juli 1898 (Just.-Minist.-Bl. S. 198).

Allgemeine Verfügung vom 12. Oktober 1898 (Just.-Minist.-Bl. S. 255).

Allgemeine Verfügung vom 27. November 1900 (Just.-Minist.-Bl. S. 641).

Auf Grund des §. 100 des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes bestimmt der Justizminister folgendes:

## §. 1.

Vom 1. Januar 1903 ab werden errichtet:

1. in der Stadt Danzig bei dem Landgerichte daselbst für dessen Bezirk eine zweite Kammer für Handelsfachen;
2. in der Stadt Halle a. S. bei dem Landgerichte daselbst für dessen Bezirk eine zweite Kammer für Handelsfachen;
3. in der Stadt Breslau bei dem Landgerichte daselbst für dessen Bezirk eine vierte Kammer für Handelsfachen;
4. in der Stadt Köln bei dem Landgerichte daselbst für dessen Bezirk eine vierte Kammer für Handelsfachen.

## §. 2.

Die Anzahl der zu ernennenden Handelsrichter und stellvertretenden Handelsrichter wird vom 1. Januar 1903 ab für die Kammern für Handelsfachen bei den Landgerichten zu Danzig und Halle auf je sechs und bei den Landgerichten zu Breslau und Köln auf je sechzehn erhöht.

## §. 3.

Die Ernennung der Vorsitzenden der Kammern für Handelsfachen und die Einberufung der stellvertretenden Handelsrichter erfolgt nach Maßgabe der Bestimmungen in den §§. 4, 5 der Allgemeinen Verfügung vom 26. Juli 1879 (Just.-Minist.-Bl. S. 210).

## §. 4.

Vom 1. Januar 1903 ab wird bei der Kammer für Handelsfachen in Gleiwitz die Zahl der Handelsrichter und der stellvertretenden Handelsrichter auf je vier erhöht.

Berlin, den 26. August 1902.

Der Justizminister.  
Schönstedt.

Num. 63.

**Allgemeine Verfügung vom 27. August 1902, — betreffend eine Ergänzung der Geschäftsanweisung für die Gerichtsvollzieher vom 1. Dezember 1899 (Just.-Minist.-Bl. S. 629).**

I. Der §. 18 Abs. 4 der Geschäftsanweisung für die Gerichtsvollzieher vom 1. Dezember 1899 erhält hinter Alinea e) folgenden Zusatz:

f) Zustellungen von Willenserklärungen, bei denen eine Urkunde vorzulegen ist (§. 40 Abs. 2).

II. In dem §. 40 der angeführten Geschäftsanweisung erhält der bisher einzige Absatz die Nr. 1 und wird folgender Abs. 2 hinzugefügt:

2. In den Fällen, in denen bei der Zustellung einer schriftlichen Willenserklärung (Abs. 1) dem Empfänger eine Urkunde vorzulegen ist (z. B. in den Fällen der §§. 111, 174, 410, 1160, 1831 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) hat der Gerichtsvollzieher auf Verlangen des Auftraggebers auch die Vorlegung zu bewirken. Die Zustellung durch die Post ist in diesen Fällen ausgeschlossen. Die Vorlegung hat, wenn der Empfänger nicht angetroffen wird, an diejenige Person zu erfolgen, an welche gemäß §§. 27 und 30 d. Anw. die Zustellung bewirkt wird. In der Zustellungsurkunde ist zu bezeugen, an welche Person die Vorlegung bewirkt ist oder aus welchen Gründen sie unterblieben ist; in letzterem Falle ist ausdrücklich zu beurtunden, ob der Gerichtsvollzieher zur Vorlegung im Stande und bereit gewesen ist. Eine Zustellung der vorzulegenden Urkunde erfolgt nur, wenn der Auftraggeber dies ausdrücklich verlangt.

Berlin, den 27. August 1902.

Der Justizminister.  
Schönstedt.

I. 4811. G. 84 Bd. 20.

---

## Nichtamtlicher Theil.

In R. v. Deekers Verlag, G. Schend, königlicher Hofbuchhändler zu Berlin, ist erschienen:

Allgemeine Darstellung der Gerichtsverfassung in Preußen. Bearbeitet im Justizministerium.  
Erster Theil des Jahrbuchs der Preussischen Gerichtsverfassung (25. Jahrgang) — 1902 —.

Der Preis beträgt 2 M. für das kartonirte Exemplar des Werkes.

# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

## Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Herausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Besten der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Freitag, den 12. September 1902.

Nr. 33.

### Amtlicher Theil.

#### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Verleihungen bei den Justizbehörden.

##### Oberlandesgerichte.

Der Oberlandesgerichtsrath Spener in Marienwerder ist nach Köln versetzt.

Der Landgerichtsrath Wiener vom Landgericht I in Berlin ist zum Kammergerichtsrath ernannt.

Zu Oberlandesgerichtsräthen sind ernannt:

die Landgerichtsräthe:

Dorn in Frankfurt a. M. daselbst,  
Roth aus Raumburg a. S. und Schwarz aus Hensburg  
in Marienwerder.

##### Landgerichte und Amtsgerichte.

Dem Landgerichtsdirektor, Geheimen Justizrath Wittke in Tilsit ist der königliche Kronen-Orden II. Klasse verliehen.

Versetzt sind:

der Amtsgerichtsrath Wännenberg in Ottmachau nach  
Förde,

der Amtsrichter Buchs in Lötzen nach Carthaus.

Dem Landgerichtsrath Zeppenfeld in Hildesheim und dem  
Amtsgerichtsrath Massalin in Sommer ist die nachgesuchte  
Dienstentlastung mit Pension ertheilt.

Dem Amtsrichter Hergt in Liebenwerda ist behufs Uebertritts  
zur allgemeinen Staatsverwaltung die nachgesuchte Entlassung  
aus dem Justizdienst ertheilt.

Der Amtsrichter Scheda in Jnowrazlan ist in Folge seiner  
Ernennung zum Postrath aus dem Justizdienste geschieden.

Zu Amtsrichtern sind ernannt:

die Richterschaften

Heinrich Müller in Viersen,  
Dale in Möncheberg,

von Drigalski in Finsterwalde,

Ridler in Quebinburg,

Giesen in Stolberg bei Magden,

Dr. Glaman in Schwerin a. W.,

Ulrich Müller in Demnan,

Hennede in Johannisburg,

Leßner in Juroschin.

Zu Handelsrichtern sind

ernannt:

der Kaufmann Jakob Meyer,

der Bankier Berthold Kronz und

der Kaufmann Oscar Berlin in Berlin,

bei dem Landgericht I in Berlin,

wiedernannt:

der Rentier Paul Wartenberger,

der Kaufmann Hermann Jacoby,

der Bankier Rudolf Rosenaar,

der Kaufmann Robert Hirsch,

der Kaufmann Otto von der Heyden und

der Bankier Louis Rothschild, sämmtlich in Berlin

bei dem Landgericht I in Berlin.

Zu stellvertretenden Handelsrichtern sind ernannt:

der Kaufmann Robert Säuberlich,

der Bankier Hans Schlesinger und

der Kaufmann Eugen Vallentin in Berlin

bei dem Landgericht I in Berlin,

der Kaufmann Wilhelm Buchs,

der Fabrikbesitzer Otto Gruson,

der Kaufmann Max Pommer und

der Kaufmann Richard Ernst Frije in Magdeburg

bei dem Landgerichte daselbst.

## Staatsanwaltschaft.

Der Staatsanwaltschaftsrath Greffrath in Cassel ist aus das Oberlandesgericht in Raumburg a. S. versetzt.

Zu Staatsanwälten sind ernannt:  
die Gerichtsassessoren

Dr. Leopold Meyer in Hagen,  
Matthias in Ostrowo.

## Rechtsanwälte und Notare.

Der Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Dr. Eugen Apolant in Berlin, die Rechtsanwältin und Notare Matoni in Neumieb und Volgt in Kalle a. S. sowie der Rechtsanwalt Zimmermann in Siegen sind gestorben.

Der Notar, Justizrath Wiegand in Langenschwalbach hat sein Amt niedergelegt.

Dem Notar Prad in Melsungen ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Amte ertheilt.

Zu Notaren sind ernannt:

die Rechtsanwältin

Holzer in Ehrenbreitstein,  
Kaben in Tonbern,  
Diegner in Elbing,  
Pagels in Posenwall.

In der Liste der Rechtsanwältin sind gelöscht:

die Rechtsanwältin

Justizrath Wiegand bei dem Amtsgericht in Langenschwalbach,  
Jost Meyer bei dem Landgericht in Paderborn,  
Prad bei dem Amtsgericht in Melsungen,  
Straßmann bei dem Amtsgericht in Papenburg,  
Siltten bei dem Amtsgericht in Bätow.

In die Liste der Rechtsanwältin sind eingetragen:

der Rechtsanwalt Prad aus Melsungen bei dem Landgericht in Frankfurt a. M.,

die Gerichtsassessoren

von Hülßen bei dem Kammergerichte,  
Thormann bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in Limburg,  
Dr. Cremer bei dem Amtsgericht in Dären,  
Fecht bei dem Amtsgericht in Bromberg,  
der frühere Gerichtsassessor Breidenbach bei dem Landgericht in Essen.

## Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt:

die Referendare

Strauß im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Raumburg a. S.,  
Dr. Macdonald im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Zettin.

## Mittlere Beamte.

Beim Uebertritt in den Ruhestand ist dem Gerichtsschreiber, Kanzleirath Giller in Trebnitz der Rothe Adler-Orden IV. Klasse, dem Gerichtsschreiber, Sekretär Jähr in Klöben der Charakter als Kanzleirath verliehen und dem Gerichtsschreibergehilfen, Assistenten Groß in Schmerin a. W. der Titel als Kanzleisekretär beigelegt.

## Kanzleibeamte.

Den Kanzleigehülfen Meyer in Berlin und Jendrzjewski in Groß-Strehlitz ist aus Anlaß ihres Aufstiebens aus dem Kanzleibeamte das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

In den einstelligen Ruhestand versetzte Beamte. Dem Landgerichtspräsidenten, Geheimen Oberjustizrath Werner in Pissa ist der Rothe Adler-Orden II. Klasse mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe verliehen.

Seine Majestät der König haben aus Anlaß Allerhöchster Anwesenheit in der Provinz Posen den nachbenannten Justizbeamten Orden, Ehrenzeichen und Titel zu verleihen geruht: den Rothen Adler-Orden III. Klasse mit der Schleife: dem Landgerichtspräsidenten Dr. Bischoff in Schneidmühl, dem Landgerichtspräsidenten Chuchal in Meseritz, dem Landgerichtsdirektor, Geheimen Justizrath Bernoth in Gnesen, dem Landgerichtspräsidenten Lindenberg in Gnesen, dem Senatspräsidenten bei dem Oberlandesgerichte Dr. Meißner in Posen, dem Landgerichtsdirektor, Geheimen Justizrath Schatz in Bromberg, dem Oberlandesgerichtsrath, Geheimen Justizrath Ulrich in Posen;

den Rothen Adler-Orden IV. Klasse:

dem Landgerichtsdirektor Fromme in Ostrowo, dem Oberlandesgerichtsrath Graef in Posen, dem Oberlandesgerichtsrath Kasan in Posen, dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Krause in Kalck, dem Amtsgerichtsrath Lehmann in Rawitsch, dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Dr. Lewinski in Posen, dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Meyer in Ostrowo, dem Gerichtsschreiber, Sekretär Raumann in Posen, dem Landgerichtsrath Peltajohn in Bromberg, dem Landgerichtsdirektor Schafer in Ostrowo, dem Landgerichtsrath Seeliger in Posen, dem Oberlandesgerichtsrath Dr. Simon in Posen, dem ersten Staatsanwalt Stamer in Posen, dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Thiel in Frome a. Dr., dem Landgerichtsrath Vollmer in Bromberg, dem Amtsgerichtsrath Waldmann in Rawitsch, dem Amtsgerichtsrath Weisleder in Posen;

den Königlichen Kronen-Orden II. Klasse: dem Oberstaatsanwalt Uebe in Posen;

das Allgemeine Ehrenzeichen:

dem Gerichtsdienner Einlich in Posen, dem Gerichtsdienner Buchholz in Wollstein, dem Gefangenenaufseher Broedlich in Koschin, dem Gerichtsdienner Hahnfeld in Jilsehn, dem Gerichtsdienner Kayser in Schmerin a. W., dem Gerichtsdienner Kleemann in Ostrowo, dem Gerichtsdienner Terrog (Terrod) in Schrimm;

den Charakter als Geheimen Justizrath: dem Oberlandesgerichtsrath Häbner in Posen;

den Charakter als Rechnungsrath: dem Gerichtsschreiber bei dem Oberlandesgerichte, Buchhalter Ekle in Posen, dem Rechnungsdirektor Rigdorf in Gnesen.

## Nichtamtlicher Theil.

## Den Preussischen Beamtenverein betreffend.

Der in Hannover im Jahre 1876 gegründete Preussische Beamtenverein hat über die Ergebnisse seines fünf und zwanzigsten Geschäftsjahres dem Justizministerium durch Einreichung des Geschäftsberichts für das Jahr 1901 Mittheilung gemacht. Aus dem Berichte wird auf Wunsch der Direktion des Vereins die nachstehend abgedruckte Gewinn- und Verlustrechnung nebst der Bilanz zur Kenntniß der Justizbeamten gebracht.

I. 5071.

## Fünf und zwanzigstes Rechnungsjahr.

## Rechnungsabluß am 31. Dezember 1901.

## I. Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1901.

Einnahme.				Ausgabe.			
	Mark.	Fl.	Mark.	Fl.		Mark.	Fl.
1. Ueberträge aus dem Vorjahre:					1. Verteilung des Ueberflusses aus dem Jahre 1900:		
a) Ueberfluß aus 1900, zu verteilen in 1901 .....	—	—	1 885 778	75	a) zum Sicherheitsfonds .....	565 733	63
b) Prämien-Reserven:					b) zum Kriegesreferendums .....	56 573	36
1. für Lebensversicherungen ..	32 820	121 83			c) zu Dividenden an die Mitglieder der Lebensversicherungs-Abtheilung .....	1 263 471	76
2. für Sterbefallversicherungen ..	794	535 30					1 885 778 75
3. für Rentenversicherungen ..	3 974	359 44			2. Schäden aus dem Vorjahre:		
4. für Kapitalversicherungen ..	11 696	998 84			Sterbefälle der Lebensversicherung:		
5. für Kapitalien aus Lebensversicherungs-Dividenden ..	1 690	647 17	50 976	662 58	a) gezahlt .....	146 092	
c) Prämienüberträge .....	—	—	—	—	b) jurüdge stellt .....	3 000	149 092
d) Schäden-Reserve:					Sterbefälle der Sterbekasse:		
für Sterbefälle der Lebensversicherung .....	149 092				gezahlt .....	—	1 000
für Sterbefälle der Sterbekasse .....	1 000				Unerhobene Guthaben fällig gewordener Kapitalversicherungen:		
für unerhobene Guthaben aus fällig gewordenen Kapitalversicherungen .....	7 200				gezahlt .....	—	7 200
für unerhobene Guthaben fällig gewordener Kapitalansammlungen aus Lebensversicherungs-Dividenden .....	2 627	95	159 919	95	fällig gewordene Kapitalansammlungen aus Lebensversicherungs-Dividenden:		
c) Dividenden zur Auszahlung an die Mitglieder der Lebensversicherung-Abtheilung:					a) gezahlt .....	2 459	09
1. Ende 1900 nicht abgehobene Lebensversicherungs-Dividenden .....	189 596	64			b) jurüdge stellt .....	168	86
2. aus dem Ueberflusse vom 1900 sind den Lebensversicherern als Dividende überwiesen .....	1 263 471	76			3. Schäden im Rechnungsjahr:		
					a) bei Todesfallversicherungen:		
Seite .....	1 453 068	40	53 022	361 28	1. durch Sterbefälle in der Lebensversicherungs-Abtheilung:		
					a) gezahlt .....	1 271 512	76
					β) jurüdge stellt .....	130 371	95
					2. durch Ablauf der Versicherungszeit:		
					gezahlt .....	—	451 700
					Seite .....	—	3 899 283 41



## Einnahme.

## Ausgabe.

	Mark.	Fl.	Mark.	Fl.		Mark.	Fl.	Mark.	Fl.
Uebertrag ...	1 453 068	40	53 022 361	28	Uebertrag ...	—	—	3 899 283	41
3. aus dem Dividenden-Ergänzungsfonds sind zur Ergänzung von Dividenden an die Lebensversicherter für das Jahr 1900 entnommen .....	147 848	45			3. durch Sterbefälle in der Vermögensgegenstandversicherung-Abteilung:				
f) Sonstige Reserven:			1 600 916	85	a) gezahlt .....	61 161	15		
1. Sicherheitsfonds:	4 582 600	07			β) zurückgestellt .....	125	—	61 286	15
Zuweisung aus dem Ueber-	565 733	63	5 148 333	70	b) für Kapitalien auf den	—	—	—	—
schusse von 1900 .....	797 093	67			Erlebensfall .....	—	—	—	—
2. Kriegsfonds:	56 573	36	853 667	03	c) Renten:				
Zuweisung aus dem Ueber-	203 707	38			a) gezahlt .....	313 697	—	313 697	—
schusse von 1900 .....	7 475	89	211 183	18	β) zurückgestellt .....	—	—	—	—
3. Beamten-Pensionsfonds ...	—	—	434 922	21	d) sonstige fällig gewordene				
Zuwachs im Jahre 1901 ..	126 352	58			Versicherungen:				
4. Dividenden-Ergänzungsfonds	3 786	35	130 138	93	1. Kapitalversicherung:				
5. Stationsfonds .....	—	—	6 871	44	a) gezahlt .....	1 179 000	—	1 179 000	—
Zuwachs im Jahre 1901 ..	—	—	29 307	10	β) zurückgestellt .....	—	—	—	—
6. Sicherheitsfonds für Verluste	—	—	5 311	25	2. Kapitalansammlungen aus				
an Policen-Darlehen .....	—	—	389	88	Lebensversicherungs-Divi-				
7. Leichterfonds .....	1 415	16	113	03	dividenden:				
Zuwachs im Jahre 1901 ..	56	61			a) gezahlt .....	61 701	78	63 107	04
8. Fonds für Kurverluste ...	—	—			β) zurückgestellt .....	1 405	26		
9. Nicht erbobene Rückkauf-	—	—			4. Ausgaben für vorzeitig aufgestrich-				
werte aus Lebensversiche-	—	—			Versicherungen:				
rungen .....	—	—			a) zurückgekauft Lebensversiche-				
10. Nicht erbobene Guthaben ver-	—	—			rungen:				
zeitig aufgehobener Kapital-	—	—			a) gezahlt für die Vorjahre				
versicherungen .....	—	—			78,27 M.,				
11. Nicht erbobene Guthaben auf-	—	—			für 1901 84 698,36 „ =	84 776	63		
gehobener Kapitalansammlun-	—	—			β) zurückgestellt für die Vor-				
gen aus Lebensversicherungs-	—	—			jahre ... 5 232,08 M.,				
Dividenden .....	—	—			für 1901 923,19 „ =	6 156	47	90 933	10
2. Prämien-Einnahme:					b) aufgehobener Kapitalversiche-				
a) für Kapitalversicherungen auf	6 391 578	90			rungen:				
den Todesfall .....	—	—			a) gezahlt für die Vorjahre				
b) für Kapitalversicherungen auf	159 367	16			— M.,				
den Erlebensfall .....	542 187	74			für 1901 222 466,67 „ =	222 466	67		
c) für Sterbeklassenversicherungen.	1 079 866	10			β) zurückgestellt für die Vor-				
d) für Rentenversicherungen ...	—	—			jahre ... 389,88 M.,				
e) für Kapitalversicherungen ...	—	—			für 1901 1 452,01 „ =	1 841	89	224 308	56
f) zur Kapitalansammlung ver-	279 368	68	8 452 368	58	c) aufgehobene Kapitalansammlun-				
wandte Lebensversicherungs-	—	—			gen aus Lebensversicherungs-				
Dividenden .....	—	—			Dividenden:				
Seite ....	—	—	69 897 356	23	a) gezahlt für die Vorjahre				
					— M.,				
					für 1901 72 959,78 „ =	72 959	78		
					β) zurückgestellt für die Vor-				
					jahre ... 113,08 M.,				
					für 1901 .. 4,00 „ =	117	03	73 076	81
					d) aufgehobene Rentenversiche-				
					rungen:				
					a) gezahlt für 1901 .....	15 083	59		
					β) zurückgestellt für 1901 ..	—	—	15 083	59
					Seite ....	—	—	5 919 775	66

## Einnahme.

## Ausgabe.

Einnahme.				Ausgabe.			
	Mark.	Fl.			Mark.	Fl.	
Uebertrag ....	—		69 897 356 23	Uebertrag ....	—		5 919 775 66
3. Zinsen und Mietherträge:				5. Lebensversicherungs-Dividenden an die Versicherten:			
a) Zinsen:				a) gezahlt für 1900 .....	1 210 051 28		
auf Hypotheken-Darlehen ...	2 185 140	—		gezahlt für die Vorjahre .....	166 792 20		
auf Rautions- und Policen-Darlehen .....	223 886 98			b) zurückgestellt für 1900 .....	201 268 93		
auf Effekten .....	69 451 10			zurückgestellt für die Vorjahre ..	22 804 44		1 600 916 85
auf Bankguthaben, sowie Aufgeld und Verzugszinsen ...	27 236 91			6. Rückversicherungs-Prämien ...	—		—
b) Miethertrag aus der Wohnung im Geschäftshause Raschplatz 13. ....	—		2 515 714 99	7. Agensur-Prämionen .....	—		—
1. Kursgewinn aus verkauften Effekten: Kursgewinn der eigenen Effekten	—		1 200	8. Verwaltungskosten einschließlich der Steuern .....	—		171 688 75
5. Vergütung der Rückversicherer ..	—		58 776	9. Abschreibungen:			
6. Sonstige Einnahmen .....	—		9 721 45	1 o/o auf Grundstück Raschplatz Nr. 13 von 269 993,06 M. =	2 699 93		
				auf Utenfilien von 3 217,82 „ =	3 216 82		5 916 75
				10. Kursverluste auf verkaufte Effekten und Valuten .....	—		—
				11. Prämienüberträge .....	—		—
				12. Prämien-Reserven Ende 1901:			
				a) für Lebensversicherungen .....	36 845 464 21		
				b) für Sterbefasserversicherungen ..	876 968 07		
				c) für Rentensicherungen .....	4 359 518 05		
				d) für Kapitalversicherungen .....	11 773 364 78		
				e) für Kapitalien aus Lebensversicherungs-Dividenden .....	1 894 727 26		55 750 042 37
				13. Sonstige Reserven:			
				1. Sicherheitsfonds .....	5 148 333 70		
				2. Kriegsreferensfonds .....	853 667 03		
				3. Beamten-Pensionsfonds .....	211 183 18		
				4. Dividenden-Ergänzungsfonds ..	287 073 76		
				5. Rautionsfonds .....	130 138 93		
				6. Sicherheitsfonds für Verluste an Policen-Darlehen .....	6 871 44		
				7. Leichterfonds .....	1 471 77		
				8. Fonds für Kursverluste .....	29 307 10		6 668 046 91
				14. Sonstige Ausgaben:			
				Dem Dividenden-Ergänzungsfonds entnommen .....	—		147 848 45
				15. Ueberschuß .....	—		2 218 532 93
			72 482 768 67				72 482 768 67

## II. Bilanz vom 31. Dezember 1901.

Aktiva.

Passiva.

	Mark.	fl.	Mark.	fl.		Mark.	fl.	Mark.	fl.
1. Wechsel der Aktionäre oder Garanten	—	—	—	—	1. Aktien- oder Garantie-Kapital. (Siehe die unter 2 und 3 speziell aufgeführten Reserve- fonds.)	—	—	—	—
2. Grundbesitz:					2. Kapital-Reservefonds:				
Erschäftshaus in Hannover, Kasch- platz 13.....	269 993 06				Sicherheitsfonds .....	—		5 148 333 70	
Ab 1 % Abschreibung .....	2 699 93				3. Spezial-Reserven:				
(Mietvertrag 1901 = 1 200 Mark.)			267 293 13		a) Kriegsrückreservefonds .....	853 667 03			
3. Hypotheken .....	—		57 478 196 72		b) Beamten-Pensionsfonds .....	211 183 18			
4. Darlehen auf Wertpapiere ...	—		3 000		c) Dividenden-Ergänzungsfonds ..	287 073 76			
5. Wertpapiere:					d) Kautionsfonds .....	130 138 93			
a) Staatspapiere:					e) Sicherheitsfonds für Verluste an Politen-Darlehen .....	6 871 44			
1 100 000 Mark 3 1/2 % konv. Preuß. konf. Staatsanleihe, Kurswert am 31./12. 1901 1 109 900,00 M.					f) Leichterfonds .....	1 471 77			
551 500 Mark 3 1/2 % Deutsche Reichs- anleihe, Kurs- wert am 31. 12. 1901 b <sub>2</sub> .					g) Fonds für Kursverluste .....	29 307 10		1 519 713 21	
Ankaufspreis 555 788,50	1 665 688 50				4. Schäden-Reserven:				
b) Pfandbriefe .....	—				a) für angemeldete Sterbefälle der Lebensversicherung .....	133 371 95			
c) Kommunalpapiere .....	—				b) für angemeldete Sterbefälle der Begräbnisgeldversicherung ...	125			
d) Sonstige Wertpapiere:					c) für unerhobene Guthaben fällig gewordener Kapitalansamm- lungen aus Lebensversiche- rungs-Dividenden .....	1 574 12		135 071 07	
400 000 Mark 4 % Hann. Landesreitanstalt-Obli- gationen, Ankaufspreis ...	404 896 50		2 070 585		5. Prämienüberträge .....	—		—	
6. Darlehen auf Politen:					6. Prämien-Reserven:				
a) Politen-Darlehen innerhalb des Rückkaufwerts .....	3 397 013 95				a) für Lebensversicherungen .....	36 845 464 21			
b) Politen-Darlehen unter Stellung von Bürgen .....	519 709 30		3 916 723 25		b) für Sterbefassenversicherungen ..	876 968 07			
7. Kautions-Darlehen an Beamte:					c) für Leibrentenversicherungen ...	4 359 518 05			
a) Kautions-Darlehen unter Ver- pfändung von Lebensversiche- rungs-Politen .....	388 270 24				d) für Kapitalversicherungen ...	11 773 364 78			
b) Kautions-Darlehen ohne Ver- pfändung von Lebensversiche- rungs-Politen .....	319 114 23		707 384 47		e) für Kapitalien aus Lebensver- sicherungs-Dividenden .....	1 894 727 26		55 750 042 37	
Seite ....	—		64 443 182 57		7. Gewinn-Reserven der Versicherten.	—		—	
					8. Guthaben anderer Versicherungs- anstalten beim Wittler .....	—		—	
					9. Garantkautionen .....	—		—	
					Seite ....	—		82 553 160 35	

Aktiva.

Passiva.

	Mark.	fl.	Mark.	fl.		Mark.	fl.	Mark.	fl.
Uebertrag . . . . .	—	—	64 443 182	57	Uebertrag . . . . .	—	—	62 553 160	35
8. Reichsbankmäßige Wechsel . . . . .	—	—	—	—	10. Sonstige Passiva:				
9. Guthaben bei Bankhäusern:					a) vor dem Fälligkeitstermine geleistete Zahlungen:				
a) Guthaben bei der Reichsbank . . . . .	135 220	30			1. Lebensversicherung-Prämien 16 901,31 M.				
b) Bankier-Guthaben, gedeckt durch Faustpfand an Wertpapieren . . . . .	244 864	10			2. Sterbekassen-Prämien . . . . . 492,17 »				
			380 084	40	3. Leibrentenversicherung-Prämien . . . . . 45 680,28 »				
10. Guthaben bei anderen Versicherungs-Gesellschaften . . . . .	—	—	—	—	4. Kapitalversicherung-Beiträge . . . . . 13 867,85 »				
11. Rückständige Sinsen:					5. Verschiedene Kasseanteile . . . . . 154 740,31 »	231 680	92		
Am 31. Dezember 1901 noch nicht fällige, auf das Jahr 1901 fallende Sinsen . . . . .	—	—	549 409	10	b) Lombarddarlehen bei der Reichsbank . . . . .	370 000	—		
12. Ausfände bei Agenten . . . . .	—	—	—	—	c) Nicht abgehobene zur Zahlung stehende Beträge:				
13. Verkaufte Prämien . . . . .	—	—	—	—	1. Lebensversicherung-Dividenden für 1900 . . . . .	201 268	93		
14. Bare Kasse am 31./12. 1901 . . . . .	—	—	231 259	81	2. Desgleichen für die Vorjahre . . . . .	22 804	44		
15. Inventar . . . . .	3 217	82			3. Rückkaufswerte aus Lebensversicherungen . . . . .	6 156	47		
Ab Abschreibung . . . . .	3 216	82		1	4. Guthaben aus Kapitalversicherungen . . . . .	1 841	89		
16. Sonstige Aktiva:					5. Guthaben vorzeitig aufgeldeter Kapitalansammlungen aus Lebensversicherungs-Dividenden . . . . .	117	03		
Laufende Verschäfte . . . . .	—	—	1 626	08	11. Ueberfuß . . . . .	—	—	833 869	68
			65 605 562	96				2 218 532	93
								65 605 562	96

Sannover, den 12. Juni 1902.

Die Direktion des Preussischen Beamtenvereins.



# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

## Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Herausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Besten der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Freitag, den 19. September 1902.

Nr. 34.

### Amtlicher Theil.

#### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Berleihungen bei den Justizbehörden.

##### Oberlandesgerichte.

Dem Oberlandesgerichtsrath, Geheimen Justizrath Hammers in Köln ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ertheilt.

##### Landgerichte und Amtsgerichte.

Der Landgerichtsdirektor Henke in Trier ist zum Landgerichtspräsidenten in Osnabrück ernannt.

Der Amtsgerichtsrath Kötter in Leobsdorf ist gestorben.

Zu Landgerichtsräthen sind ernannt:

die Landrichter Voß in Ronig, Habeband in Remel, Wollermann in Bartenstein, Schreiber und Schloßermann in Berlin, Wollseiffen und Dr. Heinrich Clements in Köln, Eidenbusch in Hagen, Dr. Stüttig in Breslau, Ulke in Oslag, Schmerbauch in Stargard i. Pom., Dr. Heyer in Elcke und Dr. Haarmann in Aurich.

Zu Amtsgerichtsräthen sind ernannt:

die Amtsrichter Kreisemann in Bochum, Kerßen in Burchardi in Halle a. S., von Reined in Hochheim, Burchardi, Dr. Heilbron, Biesel und Dr. Steppner in Berlin, Zeitbad in Paradow, Buchs in Nülheim a. Rh., Hugo Schmitz in M. Gladbach, Runze in Marklissa, Zedewer in Charlottenburg, Frese in Raasbpe, Meißner in Langensalsa, Claus in Jüllichau, Deseu in Spanbau, Dr. Wellentamp in Osterholz, von Dassel in Hagen i. H., Franzen in Heinsberg, Dr. Hollenius in Wiesbaden, Baerts in Köln und von Mittelstaedt in Sachsenburg.

##### Verstet sind:

die Amtsgerichtsräthe:

Schulz in Ragnit als Landgerichtsrath nach Tistit, Dr. Schotten in Frankfurt a. M. als Landgerichtsrath an das Landgericht baselbb,

der Landrichter Pflücker in Posen nach Frankfurt a. M.,

die Amtsrichter:

Schulze in Ostrowo als Landrichter an das Landgericht baselbb,

Dr. Zebdies in Spangenberg als Landrichter nach Hanau, Dr. Schmidt in Silgenburg nach Osterode (Ohr.).

Die Amtsrichterstelle in Nordstrand (Just.-Minist.-Bl. 1899 S. 249) ist auf das Amtsgericht in Husum übertragen.

##### Staatsanwaltschaft.

Der Erste Staatsanwalt Werndt in Aurich ist nach Schweidnitz versetzt.

Die Staatsanwälte Dr. Vierich in Neumied und Bölow in Magdeburg sind zu Staatsanwaltschaftsräthen ernannt.

##### Rechtsanwälte und Notare.

Dem Notar, Justizrath Philipp in Altona ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Amte ertheilt.

Der Rechtsanwalt und Notar Schmeichler in Senzburg ist gestorben.

Dem Rechtsanwalt Dr. Sondheimer in Selnhäusen ist die Genehmigung zur Annahme und Anlegung des von Seiner Durchlaucht dem Fürsten Heinrich XIV Reuß jüngerer Linie als Regierungsverweser für Seine Durchlaucht den Fürsten Heinrich XXIV Reuß älterer Linie ihm verliehenen fürstlich Reußischen (älterer Linie) Ehrenkreuzes dritter Klasse ertheilt.

Der Rechtsanwalt Rüdke in Parchwitz ist zum Notar ernannt.

Der Rechtsanwalt, Justizrath Dr. Martinus ist in der Liste der Rechtsanwälte bei dem Landgericht in Erfurt gelöscht.

In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen:  
die Gerichtsassessoren

Secht bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in Bromberg,  
Dr. Tomaszewicz bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in Gnesen,  
Dr. Kollenschner bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in Posen,  
Emil Meyer bei dem Amtsgericht in Dahme,  
Baetke bei dem Amtsgericht in Ahrensburg.

Gerichtsassessoren.

Die Gerichtsassessoren Dr. Vindenu und Lenzhen sind in Folge ihrer Uebernahme in die allgemeine Staatsverwaltung aus dem Justizdienste geschieden.

Dem Gerichtsassessor Arthur Pelzer ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Justizdienste ertheilt.

Mittlere Beamte.

Dem Gerichtskassierenbanden Scheffler in Ortelshurg ist der Charakter als Rechnungsrath verliehen.

Dem Gerichtsschreiber, Sekretär Wind in Schleswig ist die Genehmigung zur Annahme und Anlegung des von Seiner Majestät dem Könige von Dänemark ihm verliehenen Ritterkreuzes des Danebrog-Ordens ertheilt.

## Allerhöchste Erlasse, Ministerial-Vergügungen und Entscheidungen der obersten Gerichtshöfe.

Num. 64.

Allgemeine Verfügung vom 11. September 1902, — betreffend die strafrechtliche Verfolgung von Verbrechen oder Vergehen, die von Deutschen in den Niederlanden oder von Niederländern in Deutschland begangen sind.

Allgemeine Verfügung vom 2. November 1897 (Just.-Minist.-Bl. S. 278).

Allgemeine Verfügung vom 25. Februar 1902 (Just.-Minist.-Bl. S. 48).

Die Bestimmungen der Allgemeinen Verfügung vom 2. November 1897, betreffend die strafrechtliche Verfolgung von Deutschen wegen der von ihnen in der Schweiz begangenen Verbrechen oder Vergehen und von Schweizern wegen der von ihnen in Deutschland begangenen Verbrechen oder Vergehen (Just.-Minist.-Bl. S. 278), finden in den Fällen, in denen Verbrechen oder Vergehen von Deutschen in den Niederlanden oder von Niederländern in Deutschland begangen sind, entsprechende Anwendung.

Berlin, den 11. September 1902.

Der Justizminister.

Schönstedt.

I. 6727. Konventionen 4 Bd. 5.

Num. 65.

Allgemeine Verfügung vom 12. September 1902, — betreffend den Fortfall des  
Aversionierungsvermerkes auf Zustellungsurkunden.

§. 2 Abs. 4 der Bestimmungen des Staatsministeriums vom 7. Februar 1894, den Justizbehörden mitgetheilt durch Allgemeine Verfügung vom 4. März 1894 (Just.-Minist.-Bl. S. 58).

Nach einer in Nr. 26 des diesjährigen Amtsblatts des Reichspostamts auf S. 115 abgedruckten Verfügung vom 27. Mai d. J. ist bei Briefen mit Zustellungsurkunde der Vermerk »frei laut Aversum Nr. ...« auf der Aufschriftseite der Zustellungsurkunde nicht mehr erforderlich.

Berlin, den 12. September 1902.

Der Justizminister.

Schönstedt.

I. 7162. P. 80 Bd. 12.

# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

## Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Herausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Besten der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Freitag, den 26. September 1902.

Nr. 35.

### Amtlicher Theil.

#### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Verleihungen bei den Justizbehörden.

Landgerichte und Amtsgerichte.

Der Landgerichtsdirektor Ahlemann in Cassel ist gestorben.

Verstet sind:

die Amtsrichter:

Kaufmann in Pichtenau i. W. nach Delbe,  
Echhausz in Medebach als Landrichter nach Arnöberg.

Der Landrichter Schmidt in Gnesen ist zur Rechtsanwaltschaft zugelassen und zugleich zum Notar ernannt.

Dem Amtsrichter Deußen in Dauernow ist desfalls Uebertritts zur allgemeinen Staatsverwaltung die nachgesuchte Entlassung aus dem Justizdienst erteilt.

Der Gerichtsassessor Riemeyer ist zum Amtsrichter in Soegel ernannt.

Dem Handelsrichter, Kaufmann Gustav Dehmann in Hannover und dem stellvertretenden Handelsrichter, Geheimen Kommerzienrath Heinrich Gerlach in Hammel ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Amte erteilt.

Rechtsanwälte und Notare.

Dem Notar, Justizrath Philipp in Altona ist bei seinem Ausscheiden aus dem Amte der Rottze Adler-Orden IV. Klasse verliehen,

Dem Notar, Justizrath Gaebel in Schneidemühl ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Amte erteilt.

Der Rechtsanwalt Lewinsky in Danzig ist zum Notar ernannt.

In der Liste der Rechtsanwälte sind gelöst:

die Rechtsanwälte

Dr. Regeley bei dem Kammergerichte,  
Brandt bei dem Landgericht in Magdeburg,  
Graß bei dem Amtsgericht in Cöchem.

In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen:

die Rechtsanwälte

Josef Meyer aus Paderborn bei dem Amtsgericht in Werl,  
Siliten aus Bütow bei dem Amtsgericht in Schlochan,

die Gerichtsassessoren

Dr. Wnjakowski bei dem Landgericht in Breslau,  
Mielczewicz bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in Thorn.

Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt:

die Referendare

Seller, Heßler im Bezirke des Kammergerichts,  
Brand, Heße, Dr. Murray im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Celle,  
Trautmann, D'heil, Schilling im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Eln,  
Dr. Woll im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Hamm,  
Dr. Voewenthal im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Raumburg a. S.,  
Engelmann im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Posen.In den einstweiligen Ruhestand versetzte Beamte.  
Dem Amtsgerichtsrath, Geheimen Justizrath Saage in Danzig ist der Rottze Adler-Orden III. Klasse mit der Schleife verliehen.

Der Amtsgerichtsrath Franke in Neuhaldensleben ist gestorben.



## Allerhöchste Erlasse, Ministerial-Verfügungen und Entscheidungen der obersten Gerichtshöfe.

Num. 66.

### Beschluß des Kammergerichts vom 9. Juli 1902.

Die Ernennung von Liquidatoren für einen der Eintragung bedürftigen Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit durch das Amtsgericht gemäß §. 47 Abs. 1 des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen ist Handelsfache; über Beschwerden entscheidet die Kammer für Handelsfachen.

In der Sache des königlichen Amtsgerichts in B., betreffend die Ernennung von Liquidatoren für die »Gegenseitige Lebens-, Invaliditäts- und Unfall-Versicherungs-Gesellschaft Prometheus« in B. hat der erste Civilsenat des königlichen Kammergerichts in der Sitzung vom 7. Juli 1902 auf die von dem Dr. G. A. S. in B. und dem B. S. ebenda eingelegte weitere Beschwerde beschlossen:

Die weitere Beschwerde gegen den Beschluß der ... Civilkammer des königlichen Landgerichts in B. vom 25. April 1902 wird zurückgewiesen.

Unter Aufhebung der Beschlässe der ... Kammer für Handelsfachen desselben Landgerichts vom 3. und 24. April 1902, insoweit diese sich auf die Zuständigkeit der Kammer für Handelsfachen als Beschwerdeinstanz beziehen, wird die Zuständigkeit der Kammer für Handelsfachen des königlichen Landgerichts in B. für die Verhandlung und Entscheidung der Beschwerde des Dr. G. A. S. und des B. S. gegen den Beschluß des königlichen Amtsgerichts in B. vom 23. Februar 1902 bestimmt.

Gebühren und Auslagen kommen für das bisherige von der weiteren Beschwerde betroffene Verfahren nicht zum Ansatz.

### Gründe:

Im Jahre 1871 wurde die »Gegenseitige Lebens-, Invaliditäts- und Unfall-Versicherungs-Gesellschaft Prometheus« mit dem Sitze in B. begründet. Der Bezirksausschuß in B. erkannte am 14. November 1899 auf Klage des dortigen Polizeipräsidenten gegen diese Gesellschaft dahin, daß die ihr ertheilte Genehmigung zum Betrieb einer Versicherungsanstalt zurückzunehmen sei. Das Oberverwaltungsgericht in B. wies die hiergegen von der Gesellschaft eingelegte Berufung am 3. November 1900 zurück. Der Verwaltungsrath der Gesellschaft vertritt gegenwärtig die Auffassung, daß die Gesellschaft sich zur Zeit des Inkrafttretens des Reichsgesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 12. Mai 1901 (Reichs-Gesetzbl. S. 139), am 1. Januar 1902, trotz der gedachten Konfessionsentziehung nicht in Liquidation befunden habe, daß aber nunmehr zu Folge §. 67 Abs. 3 des danach auf die Gesellschaft anwendbaren angeführten Reichsgesetzes die Auflösung bezw. Liquidation der Gesellschaft wegen der Konfessionsentziehung eingetreten sei. Er beantragte bei dem königlichen Amtsgericht in B. unter der Angabe, daß von den zwei als Liquidatoren nach dem Gesetze berufenen Vorstandsmitgliedern, dem Major z. D. Frh. S. z. P. und dem Postdirector und Hauptmann a. D. B. v. F., der letztere schwer erkrankt und zur Führung der Geschäfte nicht fähig sei, den genannten Frh. S. z. P. und den Rechtsanwalt B. v. G. zu Liquidatoren der Gesellschaft zu ernennen.

Das Amtsgericht gab diesem Antrage durch Beschluß vom 23. Februar 1902 statt, indem es sich hierbei auf §. 47 Priv. Verf. Ges. stützte. Dieser Beschluß wurde von dem Dr. G. A. S. und dem B. S. in B. sowie dem A. v. in S. als Versicherten, von A. v. auch als angeblichem Vertreter des »Gesamttvereins der Prometheus-Versicherten«, mittelst Beschwerden unter der Ausföhrung angegriffen, daß das Amtsgericht zur Bestellung von Liquidatoren nicht befugt gewesen sei. Die ... Civilkammer des königlichen Landgerichts in B., an welche die Beschwerden gelangten, gab sie an die ... Kammer

für Handelsfachen desselben Gerichts ab. Diese weigerte sich durch Beschluß vom 3. April 1902 die Bearbeitung der Beschwerden zu übernehmen, weil die Kammer für Handelsfachen auf Grund des §. 30 R. F. G. B. nur für Beschwerden in Handelsfachen im Sinne des 7. Abschnitts dieses Gesetzes zuständig sei, die Angelegenheiten der Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, die nicht Kaufleute seien, aber nicht zu den Handelsfachen gehörten. Gegenüber einer Anregung der ... Civilkammer lehnte die ... Kammer für Handelsfachen unter Wiederholung ihrer Auffassung durch Beschluß vom 24. April 1902 auch eine Verweisung der Sachen an die Civilkammer gemäß §. 107 des Gerichtsverfassungsgesetzes ab, indem es diese Bestimmung als nur in Sachen der streitigen Gerichtsbarkeit anwendbar erachtete. Die ... Civilkammer erklärte sich nunmehr in einem den Beteiligten zugestellten Beschlusse vom 25. April 1902 für unzuständig zur Entscheidung auf die Beschwerden, weil hier die Zuständigkeit der Kammer für Handelsfachen begründet sei.

Die Beschwerdeführer G. A. S. und B. S. haben vor Ablauf von zwei Wochen seit Zustellung des Beschlusses vom 25. April 1902 in formgerechter Weise gegen diesen Beschluß, eventuell aber gegen den Beschluß der ... Kammer für Handelsfachen, weitere Beschwerde erhoben.

Auf diese weitere Beschwerde mußte die Zuständigkeit der Kammer für Handelsfachen zur Erledigung der Beschwerde ausgesprochen werden.

Das Amtsgericht hat die Ernennung der Liquidatoren auf Grund des §. 47 Abs. 1 Priv. Verf. Ges. vorgenommen, der die Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit betrifft, soweit dies in Betracht kommt, bestimmt:

»Auf Antrag des Aufsichtsraths oder einer in der Sitzung zu bestimmenden Minderheit von Mitgliedern kann aus wichtigen Gründen die Ernennung von Liquidatoren durch das Gericht erfolgen, in dessen Bezirke der Verein seinen Sitz hat. Die Abberufung von Liquidatoren kann durch das Gericht unter denselben Voraussetzungen wie die Bestellung stattfinden. Die Vorschriften der §§. 145, 146 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit finden entsprechende Anwendung.«

Nach §. 16 Priv. Verf. Ges. finden auf die Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit die in Betreff der Kaufleute im ersten und dritten Buche des Handelsgesetzbuchs gegebenen Vorschriften, mit Ausnahme der §§. 1 bis 7, Anwendung, soweit das Gesetz vom 12. Mai 1901 nicht ein Anderes bestimmt. Schon danach ist klar, daß die Angelegenheiten der gedachten Versicherungsvereine Handelsfachen sind. Diese Vereine unterstehen grundsätzlich dem Handelsrechte, dessen zweites Buch »Handelsgesellschaften und stille Gesellschaft« offenbar nur deshalb auf sie nicht erstreckt ist, weil insoweit das Gesetz vom 12. Mai 1901 selbst eine erschöpfende Regelung ihrer Beziehungen enthält. Aus der Erstreckung des dritten Buches H. G. B. auf die Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit folgt namentlich, daß ihre Geschäfte Handelsgeschäfte sind (§. 343 H. G. B.). Damit ist die Annahme unvereinbar, daß die Angelegenheiten dieser Vereine nicht Handelsfachen sein sollen. Die Vorschrift, wonach die §§. 1 bis 7 H. G. B. auf die in Rede stehenden Vereine unanwendbar sind, ist nicht geeignet, die Auffassung der ... Kammer für Handelsfachen zu stützen. Diese Paragraphen bestimmen im Wesentlichen darüber, wer als Kaufmann anzusehen ist. Die Ausnahme der Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit von den §§. 1 bis 7 H. G. B. stellt nur klar, daß diese Vereine nicht schlechthin als Kaufleute angesehen werden dürfen, wenn sie auch den für solche geltenden Bestimmungen unterliegen. Dies hat namentlich Bedeutung für die Behandlung der Vereine in gewerbe- und steuerrechtlicher Beziehung. Die Begründung zum Priv. Verf. Ges. weist dementsprechend darauf hin, wie die Ausdehnung der Bestimmungen des H. G. B. auf die Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit trotz des Umstandes angezeigt sei, »daß dem reinen Gegenseitigkeitsvereine nicht der Charakter gewerblicher Unternehmungen innewohnt und daß sie deshalb namentlich in Bezug auf die steuerliche Behandlung mit den Kaufleuten und Handelsgesellschaften nicht auf eine Stufe gestellt werden können« (Anl. B. 1 zu den Sten. Ber. des Reichstags 1900/1902 S. 184). Die Begründung folgert denn auch a. a. D. aus der mit dem jetzigen §. 16 Priv. Verf. Ges. übereinstimmenden Vorschrift des Entwurfs die Zuständigkeit der Kammern für Handelsfachen bei Rechtsstreitigkeiten, in denen ein Anspruch gegen Gegenseitigkeitsvereine aus beiderseitigen Handelsgeschäften — §. 101 Nr. 1 G. V. G. — oder aus den in §. 101 Nr. 3b, c G. V. G. bezeichneten Rechtsverhältnissen geltend gemacht wird.

Zu dem nämlichen Ergebnisse, daß hier eine Handelsache in Rede steht, führt aber auch die Vorschrift gerade des §. 47 Abs. 1 Priv. Verf. Ges. in Verbindung mit den in ihr zitierten Bestimmungen.

Der §. 47 Abs. 1 Priv. Verf. Ges. bestimmt die entsprechende Anwendung der §§. 145, 146 R. F. G. O. Der §. 145 Abs. 1 R. F. G. O. verordnet die Zuständigkeit der Amtsgerichte u. A. für die nach §. 295 Abs. 2, 3 S. G. B. von dem Gerichte zu erledigenden Angelegenheiten. Hier ist über die Ernennung und Abberufung von Liquidatoren einer Aktiengesellschaft auf Antrag des Aufsichtsraths oder von Aktionären mit  $\frac{1}{20}$  des Grundkapitals durch das Gericht des Gesellschaftsitzes Bestimmung getroffen. Diesen Vorschriften sind diejenigen im §. 47 Abs. 1 Priv. Verf. Ges. über die richterliche Ernennung und Abberufung von Liquidatoren offensichtlich und nach Ausweis der Begründung (a. a. D. S. 193) nachgebildet. Der §. 145 Abs. 2 R. F. G. O. ergibt, daß dem Amtsgerichte, dem die Ernennung und Abberufung von Liquidatoren obliegt, diese Amtstätigkeit in seiner Eigenschaft als Handelsregistergericht zugewiesen ist. Denn danach ist in Fällen, in denen die Führung des Handelsregisters für mehrere Amtsgerichtsbezirke einem Amtsgericht übertragen worden, dieses Amtsgericht auch für die gedachten Geschäfte zuständig. Da das Handelsregisterwesen unzweifelhaft zu den Handelsachen im Sinne des R. F. G. O. gehört, so muß auch die Ernennung und Abberufung von Liquidatoren gemäß §. 145 Abs. 1 R. F. G. O. als Handelsache aufgefaßt werden. Demgemäß befindet sich der §. 145 in dem 7. Abschnitte des R. F. G. O., der die Ueberschrift »Handelsachen« trägt. Auch die Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit sind nach §. 30 Priv. Verf. Ges. in das Handelsregister einzutragen, und zwar in Preußen gemäß der Justizministerialverfügung vom 20. Juni 1902 (Just. Minist. Bl. S. 133) in die Abtheilung B desselben. Danach ist auch bei den Verhältnissen dieser Vereine das Amtsgericht als Handelsregistergericht betheilig, und aus der im §. 47 Abs. 1 Priv. Verf. Ges. verordneten Anwendung des §. 145 R. F. G. O. folgt nach den vorstehenden Ausführungen, daß das Amtsgericht auch die Ernennung und Abberufung von Liquidatoren der Gegenseitigkeitsvereine als Handelsregistergericht vorzunehmen hat. Danach ergibt sich wiederum, daß diese Ernennung oder Abberufung eine Handelsache im Sinne des R. F. G. O. ist. Ueber Beschwerden in Handelsachen, die zum Bereiche der freiwilligen Gerichtsbarkeit gehören, hat aber nach §. 30 R. F. G. O., wenn bei einem Landgerichte eine Kammer für Handelsachen gebildet ist, diese an Stelle der Zivilkammer zu entscheiden.

Demgemäß war die ... Zivilkammer des Landgerichts in B., bei dem Kammern für Handelsachen bestehen, nicht berufen, auf die Beschwerde des G. A. S. und des B. S. gegen den Beschluß des Amtsgerichts vom 23. Februar 1902 sachlich zu befinden. Seine materielle Entscheidung hätte auf weitere Beschwerde von befugter Seite aufgehoben werden müssen (Entsch. des Reichsger. in Civils. Bd. 48 S. 27, Jahrbuch für Entsch. des Kammerger. Bd. 20 S. A. 123). Die Zivilkammer hat also ihre Zuständigkeit mit Recht verneint, und die weitere Beschwerde gegen ihren Beschluß war als unbegründet zurückzuweisen.

Daraus ergibt sich zugleich, daß die eventuelle weitere Beschwerde gegen die Entscheidungen der ... Kammer für Handelsachen des genannten Landgerichts begründet ist, in denen diese ihre Zuständigkeit verneint hat. Daß diese Entscheidungen den Beschwerdeführern zugestellt wären, ist nicht ersichtlich. Selbst wenn dies geschehen und wenn von den Beschwerdeführern die für eine sofortige weitere Beschwerde gegebene Frist versäumt sein sollte, wäre dies unerheblich. Denn die Kammer für Handelsachen war rechtlich nicht in der Lage, durch ihre Beschlüsse eine Zuständigkeit der nach öffentlich-rechtlichen Normen unzuständigen Zivilkammer zu begründen. Danach rechtfertigt sich die Aufhebung der Beschlüsse der ... Kammer für Handelsachen und der Ausspruch, daß diese für die Erledigung der Beschwerde zuständig sei.

Da die Beschwerdeführer mit ihrer eventuellen weiteren Beschwerde durchgedrungen sind, erschien es unter Berücksichtigung der Umstände des Falles angezeigt, von der Erhebung von Gebühren und Auslagen für das von dem Rechtsmittel betroffene Verfahren abzusehen (§§. 7, 9 des Preussischen Gerichtskostengesetzes).

# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

## Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Verausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Besten der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Freitag, den 3. Oktober 1902.

Nr. 36.

### Amtlicher Theil.

#### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Verleihungen bei den Justizbehörden.

##### Landgerichte und Amtsgerichte.

Dem Landgerichtspräsidenten, Geheimen Oberjustizrath Pleuß in Hannover ist der Stern zum königlichen Kronen-Orden II. Klasse,

dem Landgerichtspräsidenten, Geheimen Oberjustizrath Brandt in Brieg der königliche Kronen-Orden II. Klasse mit dem Stern,

dem Amtsgerichtsrath Jordan in Berlin der Rothe Adler-Orden III. Klasse mit der Schleife verliehen.

Beim Uebertritt in den Ruhestand ist verliehen:

dem Amtsgerichtsrath, Geheimen Justizrath Frieside in Berlin, den Amtsgerichtsräthen Schneider in Ratibor, Dähren in Mühl und Rühl in Queblinsburg der Rothe Adler-Orden III. Klasse mit der Schleife,

dem Landgerichtsrath Meyer in Oels, den Amtsgerichtsräthen Grebin in Berlin und Schulz in Zeig, dem Hypothekensammler, Justizrath Schommer aus Nachen, jetzt in Pies a. Rh.,

der Rothe Adler-Orden IV. Klasse.

Der in den Ruhestand versetzte Amtsgerichtsrath Massalien in Samter (S. 33) ist gestorben.

Dem Amtsgerichtsrath Dr. Dicks vom Amtsgericht I in Berlin ist behufs Uebernahme einer Professur die nachgesuchte Entlassung aus dem Justizdienst erteilt.

Just.-Minist.-Bl. 1902.

##### Versetzt sind:

###### die Amtsrichter

Schor in Frankenberg als Landrichter nach Nordhausen, Dr. von Holtz in Iphoe nach Zeig.

##### Zu Handelrichtern sind

###### ernannt:

der Kaufmann Arthur Otto Stengel und der Kaufmann Alfred Moeser in Breslau bei dem Landgerichte daselbst, der Kaufmann Johann Julius Brandis Treffel in Stettin bei dem Landgerichte daselbst;

###### wiebereannt:

der Kaufmann August Belger und der Kaufmann Rudolf Eppenstein in Breslau bei dem Landgerichte daselbst, der Kaufmann und Konsul Hermann Günther, der Kaufmann Paul Wilhelm Hempfenmacher und der Direktor des Pommerschen Industrie-Vereins auf Aktien Wilhelm Friedrich Emil Loh Jahn in Stettin bei dem Landgerichte daselbst.

##### Zu stellvertretenden Handelrichtern sind

###### ernannt:

der Kaufmann Heinrich Westen in Bochum bei dem Landgerichte daselbst, der Konsul Martin August Theodor Piesfeld und der Konsul Johannes Heinrich Ludwig Lehmann in Stettin bei dem Landgerichte daselbst;

wiederernannt:

der Fabrikdirektor Viktor Zwilling in Breslau bei dem Landgerichte daselbst,  
der Generaldirektor Karl Hermann Käsemacher,  
der Kaufmann Hermann Ferdinand Franz Müller und  
der Kaufmann Wilhelm Ludwig Emil Schröder in Stettin  
bei dem Landgerichte daselbst.

#### Staatsanwaltschaft.

Dem Ersten Staatsanwalt, Geheimen Justizrath Crusius in  
Schwidnau ist bei seinem Uebertritt in den Ruhestand der  
Roths Adler-Orden III. Klasse mit der Schleife verliehen.  
Dem Ersten Staatsanwalt Zylfaff in Thorn ist die Genehmigung  
zur Annahme und Anlegung des von Seiner Majestät  
dem Kaiser von Rußland ihm verliehenen St. Stanislaus-  
Ordens zweiter Klasse ertheilt.

#### Rechtsanwälte und Notare.

Dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Alois Theob. Feld-  
haus in Mährisch a. d. Kuhr ist der Roths Adler-Orden  
III. Klasse mit der Schleife verliehen.

Dem Notar Schaefer in Oemünde ist der Amtssitz in Cochem,  
dem Notar Ditgens in Wittweil der Amtssitz in Oemünde  
angewiesen.

Der Rechtsanwalt Ehomse in Berlin ist gestorben.

Der Rechtsanwalt Haack ist in der Liste der Rechtsanwälte  
bei dem Amtsgericht in Schlochau gelöscht.

In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen:

der Rechtsanwalt Kühnemann in Duisburg bei dem Amts-  
gerichte daselbst,

die Gerichtsassessoren

Dr. Martin Isaac und Fabian bei dem Landgericht I  
in Berlin,

Schaefer bei dem Landgericht in Breslau,  
Schon bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in Bonn,  
Weit bei dem Amtsgerichte II in Berlin mit dem Wohnsitz  
in Pichtenberg,

Jonas bei dem Amtsgericht in Eberswalde,  
Niels Schmidt bei dem Amtsgericht in Lofflund,  
von Zaleski bei dem Amtsgericht in Soldau.

#### Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt:  
die Referendare

Dr. Sanerlandt, Doege, Adolf Müller, Dr. Köpfe,  
Arnold im Bezirke des Kammergerichts,

Dr. Herz, Knop im Bezirke des Oberlandesgerichts zu  
Breslau,

Feldmann, Köhl im Bezirke des Oberlandesgerichts zu  
Cassel,

Dr. Engelke im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Celle,  
Dr. Weyl, Dr. Obenbahl im Bezirke des Oberlandes-  
gerichts zu Eßln,

Siepe im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Frankfurt a. M.,  
Soltermann, Ernst Lange im Bezirke des Oberlandes-  
gerichts zu Hamm,

Rintelen im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Kiel,

Dr. Jacobi im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Königs-  
berg i. Pr.,

Dr. Renner, Bertram im Bezirke des Oberlandes-  
gerichts zu Raumburg a. S.

Die Gerichtsassessoren Laenen und Franz Raumann sind in  
Folge ihrer Uebernahme in die Verwaltung der indirecten  
Steuern aus dem Justizdienste geschieden

Den Gerichtsassessoren Hans Meyer, Dr. Freiherr von Rich-  
thofen und Kuhn ist die nachträgliche Entlassung aus dem  
Justizdienste ertheilt.

#### Mittlere Beamte.

Dem Ersten Gerichtsschreiber, Kanzleirath Bräuning in Pader-  
born, den Gerichtsschreibern, Kanzleiräthen Weerts in  
Aurich, Vähns in Freiburg a. E., Sander in Bodenem  
und Graße in Halle a. S. ist der Roths Adler-Orden  
IV. Klasse verliehen.

Beim Uebertritt in den Ruhestand ist

den Obersekretären, Kanzleiräthen Drabner in Berlin,  
Felix in Brüg, von Jadowski in Jadowraslaw, dem  
Gerichtsschreiber, Kanzleirath Krüper in Danabrad  
der Roths Adler-Orden IV. Klasse,

den Gerichtsschreibern, Sekretären Vogel in Fultschin,  
Langen in Groß-Strehlig, Kopp in Barmen und  
Feder in Rastau

der Charakter als Kanzleirath,

den Gerichtsvollziehern Kirchner in Frankenstein und  
Zipporich in Weissenfels

der Königliche Kronen-Orden IV. Klasse,  
dem Gerichtsvollzieher Schmidt in Spremberg

das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens,  
den Gerichtsvollziehern Huth in Berlin, Bartel in

Vorrtum und Bähn in Pinneberg  
das Allgemeine Ehrenzeichen,

verliehen, ferner

den Gerichtsschreibergehülften, Assistenten Grubitsch, Häbner  
und Rodtrock in Berlin

der Titel als Kanzleisekretär

beigelegt.

#### Kanzleibeamte.

Dem Kanzlisten, Kanzleipfleger Rudloff in Raumburg a. S.  
ist der Titel als Kanzleisekretär beigelegt.

Beim Uebertritt in den Ruhestand ist

dem Kanzlisten bei dem Oberlandesgerichte, Kanzleisekretär  
Leichmann in Breslau

der Königliche Kronen-Orden IV. Klasse,

dem Kanzleigehülften Müller in Ludau

das Allgemeine Ehrenzeichen

verliehen,

den Kanzlisten Tjarks in Aurich und Ullid in Halle a. S.  
der Titel als Kanzleisekretär

beigelegt.

## Untergebente.

Dem Gerichtsdienere **Saßmannshausen** bei dem Kammergericht ist das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens verliehen.

Beim Uebertritt in den Ruhestand ist verliehen:

den Gerichtsdienern **Vinke** in Jänsterwalde, **Hausmann** in Friedeberg a. O., **Scheunemann** in Warburg und **Vormann** in Verden, dem Kastellan **Brand** in Braunsberg

das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens,

dem Hausvater **Vange** bei dem Untersuchungsgefängniß in Breslau, den Gerichtsdienern **Martin** und **Ning** in Berlin, **Vork** in Nielsenzig, **Goerlich** in Neuthen O. Schl., **Himmel** in Halbau, **Arndt** in Dittweiler, **Martin** in Ratibor, **Prager** in Kalleba, **Niege** in Gnesen, **Arndt** in Neufettin, dem Gefangenauffeher **Knoblauch** in Pilsen

das Allgemeine Ehrenzeichen.

In den einseitigen Ruhestand versetzte Beamte.

Bei dem Uebertritt in den gänzlichen Ruhestand ist verliehen: dem Senatspräsidenten bei dem Oberlandesgerichte, **Geheimen Justizrath Vohmann** aus Posen, jezt in Berlin, der Charakter als Wirklicher **Geheimer Oberjustizrath** mit dem Range der Räte erster Klasse,

den Landgerichtsräthen **Schmale** in Arnberg und **Wassig** aus Breslau, jezt in Ratibor, den Amtsgerichtsräthen **Rehder** in Preeß und **Stubenrauch** in Woldenberg der Charakter als **Geheimer Justizrath**,

dem Landgerichtspräsidenten, **Geheimen Oberjustizrath Angern** in Berlin

der Stern zum **Roten Adler-Orden II. Klasse** mit **Eichenlaub** und **Schwertern** am Ringe,

dem Landgerichtspräsidenten, **Geheimen Oberjustizrath Ebmeier** in Erfurt

der **Königlichen Kronen-Orden II. Klasse** mit dem Stern, dem Senatspräsidenten bei dem Oberlandesgerichte **Saurland** in Eßln, den Oberlandesgerichtsräthen, **Geheimen Justizrathen von Zälow** in Kiel und von **Kloke** in Raumburg

der **Rothe Adler-Orden II. Klasse** mit **Eichenlaub**,

dem Amtsgerichtsrath, **Geheimen Justizrath Frize** in Stettin

der **Königliche Kronen-Orden II. Klasse**,

dem Oberlandesgerichtsrath, **Geheimen Justizrath Brohm** in Breslau, den Landgerichtsdirektoren, **Geheimen Justizrathen Branden** in Altona, **Jensch** in Bromberg und **Vollmar** in Danzig, den Landgerichtsräthen **Thomas** aus Hanau, jezt in Bonn, **Schimmelpfeng** in Erfurt, **Koester** in Bonn, **Friemel** in König, **Vieher** in Vartenstein, **Brüll** in Ostrowo, **Schulg** aus Thorn, jezt in Posen, und **Hedner** in Frankfurt a. M., den Amtsgerichtsräthen **Arndts** aus Warburg, jezt in Paderborn, **Wojtowski** aus Schrimm, jezt in Wobrowitz bei Schildberg, **Kellerhoff** in Warburg, **Wiel** in Jiesar, **Ziegert** in Cammin und **Mileng** in Stettin der **Rothe Adler-Orden III. Klasse** mit der **Schleife**,

dem Landgerichtsrath **Blome** aus Guben, jezt in Tempelhof, den Amtsgerichtsräthen **Haase** aus Tönning, jezt in Lübeck und **Adamczyk** aus Kreuzburg, jezt in Ziegenhals,

der **Rothe Adler-Orden IV. Klasse**.

**Allerhöchste Erlasse, Ministerial-Befugungen und Entscheidungen  
der obersten Gerichtshöfe.**

Num. 67.

Nachweisung der Zahl der bei den Justizbehörden in den Jahren 1890 bis 1902  
beschäftigten Referendare.

Nr.	Ober- Landesgerichts- Bezirk.	Es waren vorhanden:												
		am	am	am	am	am	am	am	am	am	am	am	am	
		<u>1. Aug.</u> 1902	<u>1. Aug.</u> 1901	<u>1. Aug.</u> 1900	<u>1. Aug.</u> 1899	<u>1. Aug.</u> 1898	<u>1. Aug.</u> 1897	<u>1. Juli</u> 1896	<u>1. Juli</u> 1895	<u>1. Juli</u> 1894	<u>1. Juli</u> 1893	<u>1. Juli</u> 1892	<u>1. Juli</u> 1891	<u>1. Juli</u> 1890
1.	Kammergericht . . . . .	890	890	849	810	804	771	742	711	685	646	624	620	602
2.	Breslau . . . . .	616	562	531	467	424	395	384	377	338	311	306	306	296
3.	Cassel . . . . .	192	176	165	154	149	128	122	117	110	110	107	98	99
4.	Celle . . . . .	506	438	379	333	319	293	265	247	235	239	223	224	230
5.	Edin . . . . .	735	694	645	606	575	554	503	476	470	429	432	403	411
6.	Frankfurt a. M. . . . .	234	237	208	194	194	187	169	163	154	151	146	156	163
7.	Hamm . . . . .	586	524	471	443	415	368	317	283	282	262	242	245	231
8.	Kiel . . . . .	159	146	147	148	138	134	123	105	95	87	74	74	77
9.	Königsberg . . . . .	266	254	241	238	219	202	200	182	188	189	195	205	197
10.	Marienwerder . . . . .	171	156	133	138	138	136	123	113	128	118	107	105	105
11.	Raumburg *) . . . . .	494	440	411	400	370	314	289	292	291	285	308	317	334
12.	Dosen . . . . .	206	212	203	193	162	139	122	105	104	93	84	84	91
13.	Stettin . . . . .	264	225	219	190	155	146	147	144	150	140	125	123	139
	Summe . . . . .	5 319	4 954	4 602	4 314	4 062	3 767	3 506	3 315	3 230	3 060	2 973	2 960	2 975
	*) Darunter													
	a) aus dem Herzog- thum Anhalt	7	3	3	7	6	4	5	4	—	—	1	1	1
	b) aus dem Fürsten- thume Schwarz- burg-Son- derbshausen .	4	2	2	5	5	3	4	4	5	—	3	1	—

# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

## Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Herausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Besten der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Freitag, den 10. Oktober 1902.

Nr. 37.

### Amtlicher Theil.

#### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Verleihungen bei den Justizbehörden.

##### Landgerichte und Amtsgerichte

Die Amtsgerichtsräthe Wollenhaupt in Benschen und Zimmermann in Schlüchtern sind gestorben.

Veriegt sind:

der Landgerichtsrath Stelzer in Lüneburg als Amtsgerichtsrath nach Göttingen,

die Amtsgerichtsräthe

Höpner in Rendsburg nach Garbing,

Dr. Hanau in Altenkirchen als Landgerichtsrath nach Hannover,

die Amtsrichter

Dr. Colm in Hensburg als Landrichter an das Landgericht daselbst,

Wubrich in Hesse als Landrichter an das Landgericht I in Berlin,

Schippang in Garbing nach Rendsburg.

Staatsanwaltschaft.

Veriegt sind:

der Staatsanwaltschaftsrath von Jbell in Hanau an das Landgericht in Cassel,

die Staatsanwälte

Ploch in Osnese nach Danzig,

Dr. Ledemann in Prenzlaw nach Esen.

Rechtsanwälte und Notare.

Dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Elsner in Leebshüh ist der Rothe Adler-Orden IV. Klasse verliehen.

Die Rechtsanwälte und Notare, Justizrath Miernicki in Jnoworaw, Segall in Königs-Wusterhausen und Winterberg in Oberhausen sind gestorben.

Just.-Minist.-Bl. 1902.

Dem Notar, Justizrath Hugo Warba in Lhohn ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Amte erteilt.

Der Notar Haak in Schlochau hat sein Amt niedergelegt.

Zu Notaren sind ernannt:

der bisherige Landrichter Schmidt aus Osnese in Alt-Landsberg;

die Rechtsanwälte

Obersky in Breslau,

Heberling in Pocholt.

In der Liste der Rechtsanwälte sind gelöscht:

die Rechtsanwälte

Lau bei dem Landgericht I in Berlin,

Dr. Schrömgens bei dem Landgericht in Eöln,

Warkow bei dem Amtsgericht in Charlottenburg.

In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen:

der bisherige Landrichter Schmidt in Osnese bei dem Amtsgericht in Alt-Landsberg;

die Rechtsanwälte

Warkow aus Charlottenburg und Dr. Meißner aus Frankfurt a. M. bei dem Kammergerichte,

Lau vom Landgericht I in Berlin bei dem Amtsgericht in Charlottenburg;

die Gerichtsassessoren

Dr. Ruffbaum bei dem Kammergerichte,

Pantl Marcus bei dem Landgericht I in Berlin,

Dr. Heppel bei dem Landgericht in Dortmund,

Rieber bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in Düsseldorf,

Pello bei dem Amtsgericht in Cochem,

Dr. Engelbrecht bei dem Amtsgericht in Winzig.



## Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt:  
die Referendare

Dr. Hermann Schulz im Bezirke des Kammergerichts,  
Pistorf, Dr. Grotfendf, Dr. Wielshowsky im  
Bezirke des Oberlandesgerichts zu Breslau,  
Brunner im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Cassel,  
Dr. Föddler, Kurtz im Bezirke des Oberlandesgerichts  
zu Gelle,  
Reißner, Dr. Milde, Dr. Friederici im Bezirke des  
Oberlandesgerichts zu Eöln,  
Dr. Kay im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Frank-  
furt a. M.,  
Biermann, Staudacher, Junb, Zurmühl im Be-  
zirke des Oberlandesgerichts zu Hamm,  
Dr. Ehlers im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Kiel,  
Kirkenhagen im Bezirke des Oberlandesgerichts zu  
Raumburg a. S.

Der Gerichtsassessor Friedrich ist in Folge seiner Ueberrahme  
in die allgemeine Staatsverwaltung aus dem Justizdienste  
geschieden.

Den Gerichtsassessoren Dr. Jostf, Dr. Alfred Welger und  
Steinbach ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Justiz-  
dienste ertheilt.

## Mittlere Beamte.

Dem Obersekretär bei der Oberstaatsanwaltschaft, Kanzleirath  
Friedrich in Posen ist der königliche Kronen-Orden  
III. Klasse verliehen.

## Unterbeamte.

Dem Gerichtsdienner Rimnicht in Berlin ist das Kreuz des  
Allgemeinen Ehrenzeichens verliehen.

In den einstweiligen Ruhestand versetzte Beamte.  
Dem Oberlandesgerichtsrath, Geheimen Justizrath Meyer in  
Breslau ist der königliche Kronen-Orden II. Klasse,  
dem Landgerichtsrath Rauch in Pignitz der Rothe Adler  
Orden III. Klasse mit der Schleife  
verliehen.

### Allerhöchste Erlasse, Ministerial-Befugungen und Entscheidungen der obersten Gerichtshöfe.

Num. 68.

Allgemeine Verfügung vom 30. September 1902 —, betreffend die Erwirkung von Aus-  
lieferungen auf Grund schwurgerichtlicher Urtheile.

Uebersicht im Just.-Minist.-Bl für 1889 S. 8 ff. Ziffer 12.

Den Verurtheilten, welche die Auslieferung einer im Inlande schwurgerichtlich verurtheilten Person  
betreffen, ist außer einer gerichtlichen Ausfertigung oder beglaubigten Abschrift des ergangenen Urtheils  
eine beglaubigte Abschrift des Spruches der Geschworenen und, wenn sich der Thatbestand weder aus den  
Gründen des Urtheils noch aus dem beigefügten Spruche mit genügender Deutlichkeit ergibt, auch eine  
kurze Darstellung des Thatbestandes beizufügen.

Berlin, den 30. September 1902.

Der Justizminister.  
Schönstedt.

1. 7070. Requisitionen 1 Bd. 12.

Num. 69.

Allgemeine Verfügung vom 1. Oktober 1902 wegen Abänderung der Allgemeinen Ver-  
fügung vom 28. November 1899 über das Verfahren bei Entmündigungen wegen Geistes-  
krankheit oder wegen Geisteschwäche (Just.-Minist.-Bl. S. 388).

Der §. 14 Nr. 2 der Allgemeinen Verfügung vom 28. November 1899 (Just.-Minist.-Bl. S. 388)  
erhält folgende Fassung:

2. Als Sachverständiger ist gemäß §. 653 Abs. 2 in Verbindung mit §. 404 Abs. 2 der Civil-  
prozessordnung regelmäßig der Gerichtsarzt (§. 9 des Gesetzes, betreffend die Dienststellung  
des Kreisarztes u., vom 16. September 1899 — Gesetz.-Samml. S. 172 —), als der für  
medizinische Angelegenheiten öffentlich bestellte Sachverständige, erforderlichenfalls sein Assistent  
(§. 5 des angeführten Gesetzes), zuzuziehen. Andere Personen sollen nach dem angeführten  
§. 404 Abs. 2 als Sachverständige nur dann gewählt werden, wenn besondere Umstände es  
erfordern.

Berlin, den 1. Oktober 1902.

Der Justizminister.  
Schönstedt.

1. 7537. W. 7. Bd. 6.

# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

## Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Herausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Besten der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Freitag, den 17. Oktober 1902.

Nr. 38.

### Amtlicher Theil.

#### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Verleihungen bei den Justizbehörden.

##### Landgerichte und Amtsgerichte.

Dem Landgerichtspräsidenten, Geheimen Oberjustizrath Dorenborn in Elbing ist der Rothe Adler-Orden II. Klasse mit Eichenlaub verliehen.

Der Amtsgerichtsrath Roelingh in Eresfeld ist zum Landgerichtsdirektor in Düsseldorf ernannt.

Den Landgerichtsräthen Saffrian in Frankfurt a. O. und Tollrich in Königsberg i. Pr. ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension erteilt.

Der Amtsgerichtsrath Spreenberg in Esmailau und der Amtsrichter Hahn in Radebohr sind gestorben.

Zu Amtsrichtern sind ernannt:

##### die Berichtsassessoren

Feldmann in Mülln,  
Lang in Dingelstädt,  
Herwig in Arnswalde,  
Rademacher in Gerne,  
Stubbach in Prettin,  
Otto Wagner in Bischoffstein,  
Dr. Dreiß in Beuthen O. Schl.

Jahrb. Minst. v. Bl. 1902.

##### Rechtsanwälte und Notare.

Der Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Adel und der Rechtsanwalt Wandermann in Berlin sind gestorben.

Dem Notar, Justizrath Braune in Königsberg N. W. ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Amte erteilt und zugleich der Rothe Adler-Orden IV. Klasse verliehen.

Der Notar Wollner in Berlin hat sein Amt niedergelegt.

Zu Notaren sind ernannt:

##### die Rechtsanwälte

Dr. Friedrich Berg, Dr. Adolph Seyger, Dr. Helff, Dr. Kalkmann, Paske und Plotke in Frankfurt a. M., Warba in Lhorn.

In der Liste der Rechtsanwälte sind gelöscht:

##### die Rechtsanwälte

Justizrath Braune bei dem Amtsgericht in Königsberg N. W.,  
Wollner und Georg Sternberg bei dem Landgericht I in Berlin,  
Dr. Herzer bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in Düsseldorf,  
Bartelt bei dem Amtsgericht in Eberswalde,  
Wagenknecht bei dem Amtsgericht in Alt-Landsberg.

In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen:

die Rechtsanwälte

Dr. Schrömbgens vom Landgericht in Eöln bei dem  
Oberlandesgerichte daselbst,  
Wagenknecht aus Alt-Landsberg bei dem Amtsgericht  
in Möncheberg,

der frühere Rechtsanwalt Dr. Sarrazin bei dem Land-  
gericht I in Berlin,

der Notar Mengelkoch in Erkelenz bei dem Amtsgerichte  
daselbst,

die Gerichtsassessoren

Dr. Paulwig Hamburger bei dem Landgerichte II in  
Berlin,  
Schön bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in  
Stettin,  
Hilcher bei dem Amtsgericht in Melsungen,  
Schweigehofer bei dem Amtsgericht in Pröfals.

Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt:

die Referendare

Dr. Vetsch im Bezirke des Kammergerichts,  
Dr. Eberhard Schwarz, Dr. Bohn, Erich Zimmer-  
mann, Gerike im Bezirke des Oberlandesgerichts zu  
Breslau,  
Lautsch im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Celle,  
Rheinborn, Dr. von Schmidt, Wierusz-Kowalski,  
Dr. Coning, Schäffer im Bezirke des Oberlandes-  
gerichts zu Eöln,  
Dieterich im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Frank-  
furt a. M.,  
Riewöhner im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Hamm,  
Voyde im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Posen.

Der Rechtsanwalt Bartelt aus Eberwalde ist als Gerichts-  
assessor in den Justizdienst wieder aufgenommen.

In den einflussreichen Ruhestand versetzte Beamte.  
Der Landgerichtsrath Goerig in Danzig ist gestorben.  
Dem Landgerichtsrath Kiesel in Potsdam ist der Rothe  
Adler-Orden III. Klasse mit der Schleife verliehen.

## Höchste Erlasse, Ministerial-Verfügungen und Entscheidungen der obersten Gerichtshöfe.

Num. 70.

Urtheil des Reichsgerichts vom 4. Juli 1902.

Der Erwerber eines zusammenhängenden Areals von mindestens 300 Morgen erwirbt sofort das  
Recht der eigenen Ausübung der Jagd trotz eines laufenden, das Areal mitumfassenden Jagd-  
pachtvertrags.

§. 3 lit. a des Jagdpolizeigesetzes vom 7. März 1850.

In Sachen des Gutsbesizers Theodor D. zu B., Klägers und Revisionsklägers,  
wider

den Fabrikanten Gustav D. zu D., Beklagten und Revisionsbeklagten,

hat das Reichsgericht, II. Civilsenat, auf die mündliche Verhandlung vom 24. Juni 1902  
für Recht erkannt:

die gegen das Urtheil des zweiten Civilsenats des königlich Preussischen Oberlandesgerichts  
zu E. vom 30. November 1901 eingelegte Revision wird zurückgewiesen.

Die Kosten der Revisionsinstanz werden dem Kläger und Revisionskläger auferlegt.

Von Rechts Wegen.

F a t t e s t a n d.

Kläger ist Anpächter des Jagdbezirkes E. seit dem Jahre 1898. Die Pachtzeit läuft bis zum  
1. August 1904. Der Beklagte hat in dieser Gemeinde Grundeigenthum, das er im Laufe des Jahres  
1900 durch Ankauf derartig ausgedehnt hat, daß dasselbe die Größe von 300 zusammenhängenden

Morgen übersteigt. Der Beklagte beansprucht die ausschließliche Berechtigung zur Jagdausübung auf seinem Eigenthume. Gegen diesen Anspruch richtet sich die Klage, indem sie ausführt, der Pachtvertrag, den die Gemeinde namens der Grundeigentümer, also auch des Rechtsvorgängers des Beklagten, abgeschlossen habe, werde durch den Eigenthumswerb des Beklagten nicht berührt.

Der Antrag der Klage geht dahin, den Beklagten zu verurtheilen, anzuerkennen, daß er nicht berechtigt ist, auf seinem in der Gemeinde L. erworbenen, dafelbst gelegenen Grundeigenthume die Jagd vor Ablauf des von dem Kläger mit dem Gemeindevorstand abgeschlossenen Pachtvertrags bis 1. August 1904 auszuüben resp. sein Grundeigenthum aus dem dem Kläger verpachteten Gemeindejagdbezirk auszuschießen.

Demgegenüber führt der Beklagte, welcher Abweisung der Klage beantragt hat, aus, er sei nach §. 2 des Jagdpolizeigesetzes vom 7. März 1850 berechtigt, ohne Rücksicht auf das Pachtrecht des Klägers, auf seinem 300 Morgen übersteigenden Grundbesitze die Jagd auszuüben und aus dem Jagdbezirk der Gemeinde auszuscheiden. Demgemäß hat derselbe Widerklage erhoben mit dem Antrage: »Königliches Landgericht wolle feststellen, daß der Beklagte berechtigt ist, auf seinem in der Gemeinde L. erworbenen und dafelbst belegenen, zusammenhängenden Grundeigenthume von mehr als 300 Morgen die Jagd auszuüben, wolle dem Kläger unterzagen, die Jagd auf diesem zusammenhängenden Grundstück auszuüben.« Der Kläger hat die Abweisung der Widerklage beantragt.

Das königliche Landgericht zu D. hat durch Urtheil vom 23. Januar 1901 die Klage abgewiesen und auf die Widerklage den Kläger verurtheilt, die Ausübung der Jagd auf dem dem Beklagten gehörigen, in der Gemeinde L. gelegenen Grundeigenthume zu unterlassen, indem es in rechtlicher Hinsicht den Aufstellungen und Ausführungen des Beklagten beitrete.

Der Kläger hat Berufung eingelegt. Vor der mündlichen Verhandlung wurde auf Antrag des Klägers durch einstweilige Verfügung des Oberlandesgerichts zu E. vom 8. Juni 1901 beiden Parteien die Ausübung der Jagd auf dem streitigen Grund und Boden bis zur Entscheidung in der Berufungsinstanz untersagt.

Demnächst wurde durch Versäumnisurtheil des Oberlandesgerichts vom 4. Juli 1901 die Berufung zurückgewiesen und auf Einspruch des Klägers durch weiteres Urtheil vom 30. November 1901 diese Entscheidung aufrecht erhalten. In den Gründen dieses Urtheils wird in Uebereinstimmung mit dem Landgericht ausgeführt, es sei in thatsächlicher Hinsicht anzunehmen, daß der Beklagte im Jahre 1900 seinen, in dem dem Kläger im Jahre 1898 bis 1. August 1904 verpachteten Jagdbezirk gelegenen, Grundbesitz so durch Ankauf vermehrt habe, daß derselbe nunmehr über 300 Morgen zusammenhängend besitze; die viel bestrittene Frage, ob in einem Falle dieser Art dem Eigenthümer auf Grund des §. 2a des Jagdpolizeigesetzes vom 7. März 1850 das Jagdrecht auf seinem Grundeigenthum auch einem bestehenden Pachtvertrage gegenüber zustehe, und insoweit das Jagdpachtrecht des Anpächters untergehe, sei, wie näher unter Bezugnahme auf Rechtsprechung und Rechtslehre dargelegt wird, mit dem Landgericht im bestehenden Sinne zu Gunsten des Beklagten zu entscheiden.

Der Kläger hat Revision eingelegt und beantragt, das angefochtene Urtheil aufzuheben und nach seinem Antrag in der Berufungsinstanz zu erkennen, während der Beklagte beantragt hat, die Revision mangels Vorhandenseins der Revisionssumme als unzulässig eventuell als unbegründet zurückzuweisen.

### Entscheidungsgründe.

Die Revision ist zunächst für zulässig zu erachten, da nach den vorgelegten Gutachten für die in Betracht kommende Pachtzeit der Werth des streitigen Jagdrechts als den Betrag von 1500 Mark übersteigend angenommen werden muß.

Dagegen erscheint dieselbe zur Sache nicht begründet.

Der Kläger hat im Jahre 1898 den Jagdbezirk L. auf die Dauer von sechs Jahren bis zum 1. August 1904 von der genannten Gemeinde angepachtet. Der Beklagte hat seinen in diesem Jagdbezirk belegenen Grundbesitz im Jahre 1900 derartig vergrößert, daß er von da ab über 300 Morgen

zusammenhängendes Areal besitzt, und nimmt von dem Augenblicke der Vergrößerung an auf Grund des §. 3 lit. a des Jagdpolizeigesetzes vom 7. März 1850 das Jagdrecht auf diesem seinem Eigenthum in Anspruch, während der Kläger aufstellt, daß er auf Grund des Jagdpachtvertrags mit der Gemeinde bis zu dem Ende der Pachtzeit auch auf dem dem Beklagten zugehörigen Areal allein zur Ausübung der Jagd berechtigt sei.

Danach hängt die Entscheidung über die Revision davon ab, ob mit dem Oberlandesgericht anzunehmen ist, daß der Erwerber eines zusammenhängenden Areals von mindestens 300 Morgen auf Grund des §. 3 lit. a cit. das Recht, auf diesem die eigene Jagd auszuüben, sofort trotz eines laufenden, das Areal mitumfassenden Jagdpachtvertrags unter Ausschluß des Pächters der Jagd erwirbt, oder ob der Letztere auf Grund des Pachtvertrags berechtigt bleibt, bis zum Ende der Pachtzeit die Jagd auch auf dem bis auf 300 zusammenhängende Morgen gebrachten Areal desselben Grundbesizers auszuüben.

Der Senat tritt in dieser, in der Rechtsprechung und Litteratur vielfach umstrittenen Frage der ersten, namentlich auch vom Preussischen Obergerichtspräsidenten in ständiger Rechtsprechung vertretenen Ansicht bei.

Das Jagdgesetz vom 31. Oktober 1848 stellte nach Beseitigung jedes Jagdrechts auf fremdem Grund und Boden durch den §. 1, im §. 3 Abs. 1 den allgemeinen Grundsatz auf, daß die Jagd jedem Grundbesizer auf seinem Grund und Boden zustehe, indem es gleichzeitig auch für die Zukunft die Trennung des Jagdrechts vom Grund und Boden als dingliches Recht ausdrücklich ausschloß. Dieser grundsätzliche Standpunkt ist in dem Jagdpolizeigesetze vom 7. März 1850 nicht verlassen worden. Auch dieses Gesetz geht zunächst im §. 1 grundsätzlich von dem Jagdrecht des Eigenthümers aus, unterwirft aber die Ausübung desselben wesentlich im polizeilichen Interesse, sodann auch im Interesse der Erhaltung der Jagd einer Reihe von einschränkenden Bestimmungen. Die wesentlichste dieser Einschränkungen ergibt sich aus §. 3 lit. a, wonach der Grundbesizer zur eigenen Ausübung seines Jagdrechts nur befugt ist auf solchen Besizungen, welche einen zusammenhängenden Flächenraum von wenigstens 300 Morgen bilden.

Damit ist einerseits die eigene Ausübung der Jagd auf kleineren Besizungen als 300 Morgen beseitigt, andererseits aber auch das eigene Jagdausübungsrecht auf Flächen von über 300 Morgen einer Beschränkung nicht unterworfen, vielmehr als solches unbeschränkt anerkannt. Daraus wird aber mit Recht gefolgert, daß das eigene Jagdausübungsrecht in jedem Augenblicke zur Entstehung gelangt, wenn ein Grundbesizer ein zusammenhängendes Terrain in der angegebenen Größe erwirbt.

Es kann sich daher nur fragen, ob diese an sich aus dem Gesetze selbst sich ergebende Folgerung ausnahmsweise dann nicht eintritt, wenn die Jagd auf dem zu einem Gesamtareal von über 300 Morgen vereinigten Grund und Boden vor dieser Vereinigung gleichzeitig mit der Jagd in dem übrigen bezüglichlichen Jagdbezirke verpachtet worden und dieser Pachtvertrag noch nicht abgelassen ist. Diese Annahme, wonach in einem solchen Falle das Recht der eigenen Jagdausübung erst mit dem Ablaufe der betreffenden Jagdpachtzeit zur Entstehung gelangen würde, kann gegründet werden auf das sich ergebende Vertragsrecht oder auf einen etwaigen Willen des Gesetzgebers, daß in dem gegebenen Kollisionsfalle dem Rechte des Jagdpächters vor dem des Eigenthümers der Vorrang zuzustehen solle.

Was das Vertragsverhältniß anlangt, so besteht darüber zur Zeit im Wesentlichen kein Streit mehr, daß das Jagdpachtrecht nach Preussischem Rechte und zwar auch im Gebiete des gemeinen Rechts, um welches es sich im vorliegenden Falle handelt, kein dingliches Recht ist, und daß auf diesen Gesichtspunkt das absolute Recht des Jagdpächters bezüglich des ganzen ihm verpachteten Terrains bis zum Ende der Pachtzeit jedenfalls nicht gegründet werden kann. Das Jagdpachtrecht ist vielmehr wesentlich obligatorischer Natur (wenn auch insoweit mit quasi dinglichem Charakter, als es dem Jagdpächter das Recht auf den Eigenthümerwerb an dem Wilde durch Okkupation giebt, vergl. Reichsgerichtsentscheidungen in Civilsachen Bd. 41 S. 349). Dieses obligatorische Rechtsverhältniß besteht aber nicht zwischen dem Jagdpächter und den einzelnen Eigenthümern der den Jagdbezirk bildenden Grundstücke. Die Eigenthümer der gemäß §. 4 des Jagdpolizeigesetzes zu einem gemeinsamen Jagdbezirke vereinigten Grundstücke bilden bezüglich dieses Verhältnisses eine gesetzliche Zwangsgenossenschaft des öffentlichen Rechts. Die der Gemeindebehörde nach §. 9 l. c. zustehende und obliegende Vertretung dieser Zwangsgenossenschaft ist

gleichfalls öffentlich rechtlicher Natur. Danach können auf dieses Verhältniß die civilrechtlichen Grundsätze über das Verhältniß zwischen Pachtgeber und Bevollmächtigtem sowie zwischen dem Pachtgeber und Dritten keine Anwendung finden (Entscheidungen des Reichsgerichts in Civilsachen Bd. 38 S. 256). Daraus folgt, daß, wenn kraft dieses öffentlich rechtlichen gesellschaftlichen Vertretungsrechts die Zwangsgenossenschaft der Grundeigentümer als solche allerdings an die von der Gemeindebehörde gemäß §. 10 lit. c l. c. abgeschlossenen Jagdpachtverträge gebunden ist, doch keinesfalls die einzelnen Grundbesitzer die rechtliche Stellung der Gegenkontrahenten in Verhältnisse zu dem Anpächter der Jagd haben, und daß sie für die dem Jagdpächter durch den Pachtvertrag übertragenen Rechte privatrechtlich nicht haftbar sind. Danach steht dem Anpächter des Verlangten auf Ausübung der Jagd auf seinem, über 300 Morgen großen Eigentum, unter Anschluß des Klägers, schon vor Ablauf der Pachtzeit, irgend eine Verpflichtung desselben, den Jagdpachtvertrag der Gemeinde auch seinerseits zu erfüllen, nicht entgegen.

Es bleibt weiter zu erörtern, ob es nicht im Willen des Gesetzgebers gelegen hat, indem er der Gemeindebehörde durch den §. 10 l. c. das Recht gab, die Jagd auf den gemeinschaftlichen Jagdbezirken für eine Mindestzeit von 3 Jahren und eine Höchstzeit von 12 Jahren zu verpachten, in diesem Falle eine für die Dauer der Pachtzeit unabänderliche Regelung der Jagdberechtigungsverhältnisse eintreten zu lassen, so daß das Jagdpachtrecht durch etwaige Veränderungen in den Verhältnissen des Grundeigentums unter keinen Umständen berührt werden sollte. Indessen auch das ist zu verneinen. Gegen eine solche Annahme sprechen zunächst, wie auch das Oberlandesgericht zutreffend hervorhebt, wesentlich die Bestimmungen in §. 3 lit. b und c, wonach der Grundbesitzer das Recht der eigenen Jagdausübung auch auf allen dauernd und vollständig eingefriedigten Grundstücken sowie auf zur Fischerei eingerichteten Teichen und solchen Inseln, welche ein Besitztum bilden, hat. Unbedenklich hat der Eigenthümer das Recht, solche Einrichtungen auch während des Laufes der Pachtzeit zu treffen, und ebenso unbedenklich ist es, daß damit das Jagdrecht des Anpächters auf dem eingefriedigten Terrain bezw. den Inseln aufhört. Wenn aber das Gesetz in dieser Hinsicht das Recht des Jagdpächters nicht als ein absolut unantastbares geschaffen hat, so ist nicht wohl anzunehmen, daß dieses anders bezüglich des eigenen Jagdrechts auf dem 300 Morgen überliegenden Grund und Boden gehalten werden sollte. Greifbare Anhaltspunkte bietet das Gesetz hierfür nicht. Der Gesichtspunkt, daß dadurch erheblich unsichere Verhältnisse für den Jagdpächter und auch für die Genossenschaft während der Pachtzeit ermöglicht würden, hätte de lege ferenda zu einem anderen Standpunkte führen können, für die Auslegung des gegebenen Gesetzes kann er nicht von entscheidender Bedeutung sein. Wenn darauf hingewiesen worden ist, daß die Möglichkeit einer langen Jagdpachtzeit von 12 Jahren dafür spreche, daß während dieser Dauer sichere und ruhige Verhältnisse in Sinne des Gesetzes gelegen haben müßten, so ist darauf zu erwidern, daß die zulässige Zeitdauer von 3 bis 12 Jahren wesentlich durch andere Verhältnisse, insbesondere das Interesse der Jagdgenossenschaft und die Rücksicht auf Erhaltung guter Jagdverhältnisse bestimmt worden ist. Uebrigens ist das Argument auch für die hier vertretene Ansicht dahin zu verwerten, daß es nicht wohl in der Absicht des Gesetzgebers gelegen haben kann, die Möglichkeit des Erwerbes des eigenen Jagdausübungsrechts des Eigentümers auf eine so lange Zeit wie 12 Jahre anzuschließen.

Die Entscheidung des Oberlandesgerichts ist danach rechtlich begründet. Bezüglich der Kosten der Revisionsinstanz war §. 97 Abs. 1 der Civilprozessordnung zur Anwendung zu bringen.

Das Urtheil ist in der öffentlichen Sitzung vom 4. Juli 1902 verkündet.

Justizministerium I. 6195. F. 49 Bd. 12.

**Berichtigung:** Bei Num. 66 S. 238 ist in der Ueberschrift bei dem Datum des Beschlusses **7. Juli 1902** statt **9. Juli 1902** zu setzen.

# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

## Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Herausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Besten der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Freitag, den 24. Oktober 1902.

Nr. 39.

### Amtlicher Theil.

#### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Berleihungen bei den Justizbehörden.

##### Oberlandesgerichte.

Der Oberlandesgerichtsrath Schaffeld in Frankfurt a. M. scheidet in Folge seiner Ernennung zum Reichsgerichtsrath aus dem preussischen Justizdienste.

Der Amtsgerichtsrath Menge in Verum ist zum Kammergerichtsrath,  
der Landgerichtsrath Riehm in Köln zum Oberlandesgerichtsrath daselbst,

der Gerichtsschreiber bei dem Oberlandesgerichte, Sekretär Reiser in Stettin zum Rechnungsdirektor bei dem Oberlandesgericht in Celle ernannt.

##### Landgerichte und Amtsgerichte.

Dem Landgerichtsdirektor, Geheimen Justizrath Eyweiler in Eöln und dem Landgerichtsrath Schilling in Torgau ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ertheilt.

##### Verstelt sind:

der Landgerichtsdirektor Fromme in Ostrowo nach Halle a. S.,  
der Amtsgerichtsrath Uthemann in Lippehne an das Amtsgericht I in Berlin,

##### die Landrichter

Kotheln in Stargard i. Pom. nach Silbesheim,  
Palleske in Slogau nach Stettin,

Jur.-Minist.-Bl. 1902.

##### die Amtsdichter

Dr. Krulenberg in Schleiungen als Landrichter nach Raumburg a. S.,  
Opitz in Friedewald nach Frankfurt a. M.,  
Voewe in Wronke als Landrichter nach Posen,

Reinersch in Wreschen als Landrichter nach Gnesen.

Der Landgerichtsrath Thomsen in Kiel ist zum Landgerichtsdirektor in Trier ernannt.

Der Amtsgerichtsrath Dr. Vorn in Herzfeld ist gestorben.

##### Zu Amtsdichtern sind ernannt:

##### die Richtkassatoren

Dr. Wölffel in Delitzsch,  
Siferius in Potsdam,  
Bräggemann in Wittstod,  
Dr. Homann in Bergen a. R.,  
Zeibe in Insterburg,  
Kreyher in Lötzbau,  
Karl Schröder in Ottmachau,  
Richard Wolff in Rosenberg D. Schl.

##### Staatsanwaltschaft.

Der Staatsanwaltschaftsrath von Benzon in Verden ist zum Ersten Staatsanwalt in Aurich,  
der Richtkassator Dr. Hirschfeld zum Staatsanwalt in Guben ernannt.

Der Staatsanwalt Alberts in Elberfeld ist in Folge seiner Ernennung zum Notar aus dem Amte geschieden.

## Rechtsanwälte und Notare.

Dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Dr. Gaendly in Berlin ist die Genehmigung zur Annahme und Anlegung des von Seiner Majestät dem Könige von Italien ihm verliehenen Ritterkreuzes des Italienischen St. Mauritius- und Lazarusordens ertheilt.

Die Verfügung, durch welche dem Notar Ditgens in Ottweiler der Amtshöfe in Gemünd angewiesen worden, ist zurückgenommen.

## Zu Notaren sind ernannt:

der Staatsanwalt Alberts aus Elberfeld in Gemünd, der Rechtsanwalt Wandlow in Millich.

## In der Liste der Rechtsanwälte sind gelöscht:

## die Rechtsanwälte

Dr. Gustav Friedemann bei dem Landgericht I in Berlin, Leo Lewin bei dem Amtsgericht in Söllub.

## In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen:

## die Rechtsanwälte

Brandt aus Magdeburg bei dem Landgericht I in Berlin, Dr. Gustav Friedemann vom Landgericht I bei dem Landgerichte II in Berlin,

## die Gerichtsassessoren

Dr. Zehle bei dem Landgericht I in Berlin, Heuser bei dem Amtsgericht in Rülheim a. Rh.,

der frühere Gerichtsassessor Dr. Seelig bei dem Landgericht I in Berlin.

## Gerichtsassessoren.

## Zu Gerichtsassessoren sind ernannt:

## die Referendare

Dr. Wurzel, Heublaß, Paasch, Mey, Kefner im Bezirke des Kammergerichts, Dr. Gärtnner, Dr. Thilo im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Breslau, Harry Schmidt im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Cassel, Dr. Vogt im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Frankfurt a. M., Windwald, Dr. Erythropel, Dr. Jblow, Koloff im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Raumburg a. S., Michael Lange im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Posen, Rag Lehmann, von Rastow im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Stettin.

## Unterbeamte.

Dem Gerichtsdienier Blank in Graubenz ist das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens verliehen.

Die Niederlassung eines zweiten Rechtsanwalts in Dannenberg (Oberlandesgerichtsbezirk Celle) ist als erwünscht bezeichnet.

### Allerhöchste Erlasse, Ministerial-Verfügungen und Entscheidungen der obersten Gerichtshöfe.

Num. 71.

#### Beschluß des Kammergerichts vom 11. Juli 1902.

Die von einem Notar zum Zwecke der Eröffnung an das Nachlaßgericht abgelieferten offenen Erbverträge sind nach der Eröffnung nicht dem Notar zurückzugeben, sondern verbleiben bei dem Nachlaßgerichte.

In Sachen, betreffend die weitere Behandlung des zuletzt bei dem Notar H. in K. offen vermahrt gewesen, von dem Amtsgericht in G. eröffneten Ehe- und Erbvertrags des Gastwirts und Bürgermeisters a. D. U. und des Fräulein M. E. vom 25. Juni 1855,

hat der erste Civilsenat des königlichen Kammergerichts in der Sitzung vom 11. Juli 1902 beschlossen:

Die von dem Notar H. in K. gegen den Beschluß der I. Civilkammer des Landgerichts zu E. vom 19. April 1902 eingelegte weitere Beschwerde wird zurückgewiesen, die Kosten fallen dem Beschwerdeführer zur Last.



## G r ü n d e :

Der Notar S. in K. hat den von dem Gastwirth E. und dessen damaliger Braut Fräulein M. E. am 25. Juni 1855 vor dem Notar D. errichteten, von ihm, dem Notar S., bei den Akten offen verwahrten Ehe- und Erbvertrag dem Amtsgericht in G. auf dessen Ersuchen zwecks Eröffnung in Urschrift mit der Bitte um Rückgabe nach gemachtem Gebrauch überreicht.

Das Amtsgericht in G. hat nach der Eröffnung des bezeichneten Erbvertrags die Rückgabe durch Beschluß vom 27. März 1902 unter Hinweis auf die Entscheidung des Reichsgerichts vom 1. April 1901 (J. W. S. 324 ff.) abgelehnt, weil der fragliche Vertrag gemäß §. 2300 B. G. B. in »entsprechender« Anwendung des §. 2259 l. c. an das Nachlassgericht »abzuliefern« und, da hierunter eine »dauernde Ueberlieferung« zu verstehen, bei den Gerichtsakten einfach zu verwahren sei.

Gegen diesen Beschluß hat der Notar S. Beschwerde eingelegt mit der Begründung, daß bei richtiger »entsprechender« Anwendung des §. 2259 unter »Ablieferung« bei den offenen Erbverträgen nicht eine dauernde Uebergabe verstanden werden könne, anderenfalls die im §. 2300 für offene Erbverträge vorgesehene Ausschließung des §. 2273 Satz 3 in Wirklichkeit keine Ausschließung sei.

Das Landgericht in E. hat durch Beschluß vom 19. April 1902 die Beschwerde zurückgewiesen, indem es ausführte: daß die nach §. 2259 an das Nachlassgericht abzuliefernden Testamente dort dauernd zu verbleiben hätten, sei allgemein anerkannt. Die bezüglich der Erbverträge getroffenen besonderen Vorschriften bildeten kein Hinderniß, eine gleiche dauernde Verwahrung bei den Erbverträgen eintreten zu lassen. Damit gelange auch nicht der für die offenen Erbverträge ausgeschlossene Satz 3 des §. 2273 zur Anwendung, denn eine »bessere« amtliche Verwahrung sehe nicht in Frage.

Hiergegen richtet sich die weitere Beschwerde, in der geltend gemacht wird: Da es sich um einen gegenseitigen offenen Erbvertrag unter Ehegatten handele, so hätten nicht die allgemeinen Vorschriften der §§. 2259 bis 2263 B. G. B., sondern nur die besondere Vorschrift des §. 2273 Satz 1, betreffend die Eröffnung gemeinschaftlicher Testamente, entsprechende Anwendung zu finden. Enthalte hiernach das B. G. B. über den Verbleib verkündeter offener Erbverträge überhaupt keine Bestimmung, so hätten die allgemeinen Grundsätze über die Aufbewahrung amtlicher Urkunden Anwendung zu finden. Das werde auch bestätigt durch die Entstehungsgeschichte des §. 2300, der mit dem §. 2277 aus dem §. 1945 des ersten Entwurfs hervorgegangen sei. Hierfür spreche endlich auch, daß nach §. 2300 der §. 2264, betreffend die Einsichtnahme bzw. die Abschrifttheilung von geöffneten Testamenten, bezüglich aller Erbverträge unanwendbar sei. Diese Ausschließung des §. 2264 finde nur darin ihre Erklärung, daß nach Absicht des Gesetzgebers die Zugänglichkeit der Erbvertragsurkunde für die Interessenten nicht durch besondere Vorschriften des Reichsrechts, sondern nach den allgemeinen Bestimmungen über die Verwahrung öffentlicher Urkunden habe geregelt werden sollen.

Der weiteren Beschwerde war der Erfolg zu versagen.

Die zu mannigfachen Zweifeln Anlaß bietende Frage, ob die in den §§. 2259 ff. B. G. B. über Eröffnung von Testamenten getroffenen Bestimmungen gemäß §. 2300 l. c. entsprechende Anwendung finden auch auf die offenen, nicht in besonderer amtlicher Verwahrung befindlichen Erbverträge, ist vom Kammergerichte durch Beschluß vom 9. Juli 1900 (Jahrbuch Bd. 20 A S. 151) verneint, vom Reichsgerichte durch Beschluß vom 1. April 1901 (J. W. S. 324/326)\* bejaht worden.

Das Reichsgericht hat dabei die gegenwärtig unmittelbar zur Entscheidung stehende Frage, ob das Nachlassgericht die ihm zwecks Eröffnung abzuliefernde Urschrift des Erbvertrags dauernd behalten muß oder nach Eröffnung an den Notar zurückgeben darf, in seiner bezeichneten Entscheidung allerdings ausdrücklich offen gelassen. Allein der durch den reichsgerichtlichen Beschluß entschiedene Streitpunkt ist für die gegenwärtig zu entscheidende Frage insofern präjudiziell, als von einem dauernden Verbleibe der — zwecks Eröffnung abzuliefernden — offenen Erbverträge bei dem Nachlassgerichte selbstverständlich dann nicht die Rede sein kann, wenn eine solche Ablieferung der bezeichneten Erbverträge überhaupt nicht stattzufinden hätte.

\*) Just. -Minist. -Bl. 1901 S. 121.

Das Kammergericht ist jedoch nunmehr der Auffassung des Reichsgerichts, welches seine Entscheidung unter Würdigung des gegenbezüglichen Kammergerichtlichen Beschlusses vom 9. Juli 1900 getroffen hat, beigetreten. Von dem Standpunkte des reichsgerichtlichen Beschlusses aus ist die Frage, ob der zwecks Eröffnung abzuliefernde offene Erbvertrag vom Nachlassgerichte dauernd zu behalten oder nach Eröffnung an den Notar zurückzugeben ist, im Sinne der ersteren Alternative zu beantworten.

Erltrakt sich nämlich, wie das Reichsgericht a. a. O. ausführt, die im §. 2259 Abs. 2 B. G. B. festgesetzte Ablieferungspflicht des Notars gemäß der allgemeinen Fassung des §. 2259 auf alle Testamente, die er überhaupt in seiner amtlichen Eigenschaft verwahrt, und ist in zulässiger analoger Anwendung des §. 2259 Abs. 2 auch anzunehmen, daß der Notar alle von ihm verwahrten Erbverträge, gleichviel ob er dieselben offen bei den Akten verwahrt oder in besonderer amtlicher Verwahrung hält, an das Nachlassgericht abzuliefern hat, so ist auch die weitere Annahme begründet, daß die bei dem Notar verwahrt gewesenen Erbverträge, und zwar auch wenn sie wie hier mit einem Ehevertrage verbunden sind, bei dem Nachlassgerichte dauernd zu verbleiben haben.

Wenn nämlich der §. 2259 B. G. B. bezüglich der nicht in den Händen des Gerichts befindlichen Testamente die Pflicht zur »Ablieferung« nach dem Tode des Erblassers festsetzt, so ist darunter nach dem allgemeinen Sprachgebrauch und auch nach der Ausdrucksweise des B. G. B. (Pland Anm. 2 Abs. 3 zu §. 2300) nicht die Pflicht der Herausgabe oder Vorlage zum vorübergehenden Gebrauche, sondern die Pflicht der endgültigen Ueberlassung zum dauernden Besitze zu verstehen; eine Pflicht, deren Auferlegung mit Pland Anm. 2 Abs. 2 zu §. 2300 daraus zu erklären ist, daß der Gesetzgeber beabsichtigt hat, alle Urkunden über leibwillige Verfügungen möglichst bei dem Nachlassgerichte, welches der Urschrift des Vertrags u. A. zur Ertheilung des Erbscheins bedarf (§§. 2355, 2356 B. G. B.; Pland Anm. 1 c zu §. 2356), zu vereinigen. Warum diese im §. 2259 bezüglich der Testamente festgesetzte Ablieferungspflicht bei der, nach den obigen Ausführungen bezüglich aller — auch der offenen — Erbverträge gebotenen analogen Anwendung des §. 2259 bei den Erbverträgen bezw. den Ehe- und Erbverträgen einen anderen Inhalt haben sollte, ist nicht ersichtlich.

Damit entfallen auch alle die Ausführungen, welche der Beschwerdeführer aus dem Gesichtspunkte macht, daß das B. G. B. über den Verbleib verkündeter offener Erbverträge überhaupt keine Bestimmung enthalte.

Richtig ist an sich, daß nach §. 2300 B. G. B. der §. 2264, in welchem die Kenntnisaufnahme von eröffneten Testamenten durch Einsichtnahme und Abschriftertheilung geregelt wird, auf Erbverträge nicht analog anwendbar ist. Daraus folgt jedoch nicht, wie der Beschwerdeführer meint, daß die allgemeinen Bestimmungen über die Verwahrung öffentlicher Urkunden Platz greifen, sondern nur, daß bei Erbverträgen bezüglich der Einsichtnahme und Abschriftertheilung die Vorschriften des §. 34 R. J. O. G. bezw. des Art. 50 Pr. J. O. G. zur Anwendung kommen.

Die weitere Beschwerde war daher zurückzuweisen.

Die Entscheidung über die Kosten beruht auf §. 109 Ziffer 3 Pr. O. R. O.

# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

## Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Herausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Besten der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Freitag, den 31. Oktober 1902.

Nr. 40.

### Amtlicher Theil.

#### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Verleihungen bei den Justizbehörden.

##### Oberlandesgerichte.

##### Rechtsanwälte und Notare.

Dem Rechnungsrvisor bei dem Oberlandesgerichte, Rechnungsrath Hilschendrücker in Gelle ist bei seinem Uebertritt in den Ruhestand der Königliche Kronen-Orden III. Klasse verliehen.

Dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Gaebel in Schneidemühl ist der Charakter als Geheimrath verliehen.

##### Landgerichte und Amtsgerichte.

Der Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Weyland in Bochum ist gestorben.

Der Rechtsanwalt, Justizrath Schröder in Erfurt ist zum Notar ernannt.

Dem Landgerichtspräsidenten, Geheimen Oberjustizrath Koppen in Hanau ist der Königliche Kronen-Orden II. Klasse mit dem Stern verliehen.

Der Rechtsanwalt und Notar Dr. Lührs in Rienburg hat sein Amt als Notar niedergelegt und ist in der Liste der Rechtsanwälte bei dem Amtsgericht in Rienburg gelöscht.

Der Landgerichtsdirektor, Geheimrath Justizrath Otto in Olag ist gestorben.

In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen:  
der Rechtsanwalt Dr. Aberer aus Düsseldorf bei dem Landgericht in Köln,

##### die Gerichtsassessoren

Semprich bei dem Oberlandesgerichte in Marienwerder,  
Bührer bei dem Landgericht in Köln,

Dem Landgerichtsrath, Professor Dr. Weidem in Greifswald und dem Amtsgerichtsrath Jaensch in Schweidnitz ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ertheilt.

Schwabe bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in Elberfeld sowie bei der Kammer für Handelsachen in Warmen, Ridel bei dem Amtsgericht in Remscheid.

Der Fabrikant Karl Reyscher in Bielefeld ist zum Handelsrichter bei dem Landgerichte daselbst ernannt.

## Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt:

## die Referendare

Veltner, Vonnig, Kluge im Bezirke des Kammergerichts,  
 Dr. Strahler, Dr. Daesler im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Breslau,  
 König, Erzhropel, Robert Müller im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Celle,  
 Doetsch, Kunz, Hoffmüller, Dr. Lehning im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Köln,  
 Lämmer, Seidenfucker im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Hamm,  
 Raefner, Dr. Ewoldt, Stahl im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Kiel,  
 Tomnid, Dr. Arnheim im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Stettin.

Aus dem Justizdienste sind geschieden:

## die Gerichtsassessoren

Gerkmeyer in Folge seiner Uebernahme in den Dienst des Rundschriftigen Amtes,  
 Selbach in Folge seiner Wahl zum besoldeten Beigeordneten der Stadt Esen,  
 Wesemann in Folge seiner Wahl zum besoldeten Beigeordneten der Stadt Münster i. W.

Den Gerichtsassessoren Dr. Fritz Meyer und Dr. Siemsen ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Justizdienst ertheilt.

## Mittlere Beamte.

Dem Gerichtsvollzieher Walbrach in Steinbach-Hallenberg ist bei seinem Uebertritt in den Ruhestand das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

## Kanzleibeamte.

Den Kanzleigehülfen Vando in Berlin und Schwan in Eberstadt ist aus Anlaß ihres Uebertritts in den Ruhestand das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

## Unterbeamte.

Beim Uebertritt in den Ruhestand ist verliehen:

dem Gerichtsbücherführer Beyer in M. Glabach das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens,  
 dem Kastellan Hollekamp in Münster i. W., den Gerichtsbüchereigenen Himpel in Schweidnitz, Albrecht in Lieritz und Schlag in Kosla das Allgemeine Ehrenzeichen.

In den einstweiligen Ruhestand versetzte Beamte.

Dem Landgerichtsrath Messerschmidt in Bromberg ist bei seinem Uebertritt in den gänglichen Ruhestand der Rote Adler-Orden III. Klasse mit der Schleife verliehen.

Seine Majestät der Kaiser und König haben für die drei Jahre von 1. Oktober 1902 bis zum 30. September 1905 zu Mitgliedern des Gerichtshofs, welcher nach §. 6 des Gesetzes vom 13. Februar 1854 in Fällen von Konflikten zu entscheiden hat:

den Generalleutnant und Feldzeugmeister von Fetter,  
 den Generalleutnant und Inspekteur der Verkehrstruppen Werneburg und  
 den Generalmajor und Kommandeur der 4. Garde-Infanterie-Brigade von der Lancken,

sowie außerdem

den Generalmajor und Kommandeur der 3. Garde-Infanterie-Brigade Freiherrn von und zu Egloffstein

zum Vertreter abwesender Mitglieder des genannten Gerichtshofs zu ernennen geruht.

# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

## Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Herausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Besten der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Freitag, den 7. November 1902.

Nr. 41.

### Ämtlicher Theil.

#### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Verleihungen bei den Justizbehörden.

##### Landgerichte und Amtsgerichte

Dem Landgerichtspräsidenten, Geheimen Oberjustizrath Wacco in Paderborn und dem Amtsgerichtsrath Fillehne in Magdeburg ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ertheilt.

Der Oberlandesgerichtsrath Renzing in Hamm ist zum Landgerichtspräsidenten in Paderborn ernannt.

Berufen sind:

der Landgerichtsdirektor Dr. Meyer in Magdeburg nach Cassel,

die Amtsrichter

Schneiderreit in Königsberg N. O. nach Zossen,  
Bergmann in Bräusow nach Königsberg N. O.,  
Holtkreter in Westerland nach Jhepe,  
Bartels in Ved nach Hlensburg.

Dem Amtsgerichtsrath, Geheimen Justizrath von Heyling in Danzig ist der Rother Adler-Orden III. Klasse mit der Schleife verliehen.

Dem Landgerichtsrath Dr. Jacobsen in Erfurt ist die Genehmigung zur Annahme und Anlegung des von Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen ihm verliehenen fürstlich Schwarzburgischen Ehrenkreuzes dritter Klasse ertheilt.

Der Landgerichtsrath Dr. Engelhardt in Naumburg a. S. und der Amtsgerichtsrath Brandenburg in Verfenbrüd sind gestorben.

Jan. - Minst. - Bl. 1902.

Der Amtsrichter Schulte-Pippert in Vorbed ist in Folge seiner Zulassung zur Rechtsanwaltschaft aus dem Amte geschieden.

Der Gerichtsassessor Lohmeyer ist unter Zurücknahme seiner Ernennung zum Amtsrichter in Zeven (S. 213) zum Amtsrichter in Verum ernannt.

(Ueber die Stelle in Zeven ist anderweit verfügt).

##### Rechtsanwälte und Notare.

Aus Anlaß der Ausgabe ihrer Berufsbüchlein ist verliehen:

dem Rechtsanwalt bei dem Kammergerichte, Justizrath Dr. Fischer in Berlin der Charakter als Geheimen Justizrath,  
dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Dr. Martinus in Erfurt der Rother Adler-Orden IV. Klasse.

Der Rechtsanwalt, Justizrath Adolf Meyer in Altona ist gestorben.

Der Rechtsanwalt Ernst Gaebel in Schneidemühl ist zum Notar ernannt.

In der Liste der Rechtsanwälte sind gelistet:

die Rechtsanwälte  
Justizrath Fischer bei dem Kammergerichte,  
Sugo Caro und Richard Meyer bei dem Landgericht I in Berlin.

In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen:

die Rechtsanwälte

Hugo Caro vom Landgericht I in Berlin bei dem Kammergericht,

Richard Meyer vom Landgericht I in Berlin bei dem Landgerichte II in Berlin,

die Gerichtsassessoren

Hans Bergmann bei dem Landgericht I in Berlin,

Dr. Zais bei dem Landgericht in Wiesbaden,

Dr. Weyl bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in Elberfeld.

#### Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt:

die Referendare

Sodtke, Hell, Kurt Rosenberg, Brune, Dr. Raumann, Dr. Georg Simonsohn im Bezirke des Kammergerichts,

Dr. Anselm Schmidt, Felsler, Beer, Maul im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Breslau,

Sonnenstein im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Hamm,

Froemann, Felsner, Sieveling im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Kiel,

Dr. phil. Raschowski im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Marienwerder,

Born im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Raumburg a. S.,

Felix Schulz im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Posen.

Der Gerichtsassessor Osterroht ist in Folge seiner Uebernahme in die allgemeine Staatsverwaltung aus dem Justizdienste geschieden.

#### Mittlere Beamte.

Dem Rechnungsdirektor, Rechnungsrath Stach in Danzig und dem Obersekretär bei dem Oberlandesgerichte, Kanzleirath Obst in Breslau ist der königliche Kronen-Orden III. Klasse,

dem Gerichtsschreiber, Kanzleirath Voewenthal in Magdeburg der Rothe Adler-Orden IV. Klasse verliehen.

Den Gerichtsschreibern, Sekretären Mende in Odern und Borries in Wetzl ist bei ihrem Uebertritt in den Ruhestand der Charakter als Kanzleirath,

dem Kreisgerichtsdirektor a. D. Gerlach in Neppen bei seinem Ausscheiden aus dem Amte als Amtsanwalt der königliche Kronen-Orden IV. Klasse verliehen.

In den einstufigen Ruhestand versetzte Beamte.

Der Amtsgerichtsrath Engelhard in Rendsburg ist gestorben

Bei dem Gerichtsfängnis in Raumburg a. S. ist eine Inspektorstelle zu besetzen.

**Allerhöchste Erlasse, Ministerial-Verfügungen und Entscheidungen  
der obersten Gerichtshöfe.**

Num. 72.

**Allgemeine Verfügung vom 4. November 1902, — betreffend die Ausführung der in den §§. 38 und 39 des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich enthaltenen Vorschriften über die Stellung unter Polizeiaufsicht.**

Allgemeine Verfügung vom 23. Juli 1900 (Just.-Minist.-Bl. S. 525).

a.

**Verfügung des Justizministers.**

Der Herr Minister des Innern hat zu der durch die Allgemeine Verfügung vom 23. Juli 1900 (Just.-Minist.-Bl. S. 525) mitgetheilten Instruktion zur Ausführung der §§. 38 und 39 des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich, betreffend die Stellung unter Polizeiaufsicht, den nachstehenden Nachtrag vom 18. Juli d. J. erlassen, welcher den Justizbehörden hierdurch zur Kenntniß gebracht wird.

Berlin, den 4. November 1902.

Der Justizminister.  
Schönstedt.

I. 7696 a. Crim. 46.

b.

**Nachtrag zu der Instruktion des Herrn Ministers des Innern vom 30. Juni 1900.**

Ist gleichzeitig auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht und auf Ueberweisung an die Landespolizeibehörde erkannt, und wird von dieser — was in den Fällen des §. 181 a. des Strafgesetzbuchs (R. O. vom 25. Juni 1900) die Regel sein wird — eine korrektionelle Nachhaft festgesetzt, so ist die Beschlußfassung über die Stellung unter Polizeiaufsicht, sofern die Vollstreckung der korrektionellen Nachhaft im unmittelbaren Anschluß an die Strafhaft, wenn auch unter einstweiliger polizeilicher Inhafthaltung (R.-Erl. v. 27. April 1857, R.-Bl. f. d. i. V. S. 93) sicher gestellt ist, einstweilen bis kurz vor Beendigung der Nachhaft auszusetzen. Daß von der Gefängnißverwaltung nach Maßgabe des §. 4 der Instruktion vom 30. Juni 1900 auszustellende Führungszeugniß nebst Gutachten ist in diesem Falle der die Nachhaft festsetzenden Landespolizeibehörde einzureichen, welche ihrerseits unter Beachtung der in der Instruktion vorgesehenen Fristen die Abgabe eines Berichts über die Führung des zu entlassenden Detinenden von der Anstaltsleitung zu erfordern und sodann mit dem Zeugniß und dem Gutachten der Gefängnißverwaltung an die Landespolizeibehörde des in analoger Anwendung der Vorschriften im §. 3 der Instruktion zu ermittelnden Entlassungsortes behufs Beschlußnahme über die Stellung unter Polizeiaufsicht abzugeben hat.

Berlin, den 18. Juli 1902.

Der Minister des Innern.  
In Vertretung:  
v. Bischoffshausen.

# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

## Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Herausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Besten der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Freitag, den 14. November 1902.

Nr. 42.

### Amtlicher Theil.

#### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Verleihungen bei den Justizbehörden.

##### Landgerichte und Amtsgerichte.

Der Amtsgerichtsrath Seifert in Pritzwalk ist gestorben.

##### Berufen sind:

der Landgerichtsrath Witte in Tilsit nach Königsberg i. Pr.,  
der Amtsgerichtsrath Gehne in Frankfurt a. O. als Land-  
gerichtsrath an das Landgericht daselbst,

##### die Amtsrichter

Lindemann in Tostlund nach Husum,  
Dr. Rolenaar in Rheindt nach Crefeld,  
Engelhardt in Wengrowitz als Landrichter nach Ratibor.

##### Zu Landgerichtsräthen sind ernannt:

die Landrichter Haase in Kiel, Langerhans, Köhl und  
Fähndrich in Berlin, Plagemann in Danzig und  
Wiel in Cassel.

##### Zu Amtsgerichtsbedienen sind ernannt:

die Amtsrichter Häbner in Sagan, Lamby in Wilhelms-  
haven, Vogel in Dr.-Holland, Griehl in Allenstein,  
Reinde in Mansfeld, Dr. Krifsteller in Berlin,  
Lange in Crefeld, Schäfer in Schönlanke, Dr. Runk  
in Forst, Buchholz in Bitterfeld, Peilens in Sameln  
und Buchs in Birkensopf.

Der Gerichtsassessor Pleuß ist zum Landrichter in Lüneburg  
ernannt.

##### Zu Amtsrichtern sind ernannt:

##### die Gerichtsassessoren

Dr. Paul Hirschberg in Ragnit,  
Dr. Otto Freytag in Spangenberg,  
Dr. Grecher in Jaurowatzlaw,  
Hertrumpf in Bauerwitz,  
Kurt Schulze in Ostrowo,  
Dr. Karl Walter in Silgenburg.

##### Rechtsanwälte und Notare.

Der Rechtsanwalt, Justizrath Mayer in Bonn ist ge-  
storben.

##### Zu Notaren sind ernannt:

##### die Rechtsanwälte

Schlicht in Sögel und  
Artzt in Goldap.

##### Zu die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen:

der Kriegsgerichtsrath a. D. Skopnik bei dem Amtsgericht  
in Königs-Wusterhausen,  
der Rechtsanwalt Leo Lewin aus Gollub bei dem Amts-  
gericht in Deutsch-Eylan,



die **Gerichtsassessoren**

Mehr bei dem Landgerichte II in Berlin,  
Frucht bei dem Amtsgericht in Wienburg,  
Dr. Seinemann bei dem Amtsgericht in Mayen.

**Gerichtsassessoren.**

Zu **Gerichtsassessoren** sind ernannt:

die **Referendare**

Johannes Pehmann im Bezirke des Kammergerichts,  
Eysamer, Zeidler im Bezirke des Oberlandesgerichts  
zu Celle,

Dr. Rüdhoven, Dyckhoff, Scheffers im Bezirke  
des Oberlandesgerichts zu Cöln,  
Dr. Schipperer, Otto Meyer im Bezirke des Ober-  
landesgerichts zu Frankfurt a. M.,  
Dr. Haase, Rüper im Bezirke des Oberlandesgerichts  
zu Hamm,  
Dr. Arnade im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Kiel,  
Franz, Dr. Buhe im Bezirke des Oberlandesgerichts zu  
Naumburg a. S.

Der **Gerichtsassessor** Ernst Müller ist in Folge seiner Ueber-  
nahme in die Militärverwaltung aus dem Justizdienste ge-  
schieden.

### **Allerhöchste Erlasse, Ministerial-Verfügungen und Entscheidungen der obersten Gerichtshöfe.**

Num. 73.

**Allgemeine Verfügung vom 8. November 1902, — betreffend Abänderung der Nr. 36 der  
Etatévorschriften vom 31. März 1900 (Just.-Minist.-Bl. S. 301).**

Die Nr. 36 der Etatévorschriften erhält als Abs. 2 folgenden Zusatz:

Bei der Anstellung von Unterbeamten ist von der Ausfertigung einer Bestallung abzusehen; diesen  
Beamten ist nur eine Benachrichtigung über die erfolgte Anstellung in Form einer stempelfreien Ver-  
fügung zuzustellen.

Berlin, den 8. November 1902.

Der Justizminister.  
Schönstedt.

I. 8751. Steuerfachen 55 Bd. 3.

# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

## Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Herausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Besen der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Freitag, den 21. November 1902.

Nr. 43.

### Amtlicher Theil.

#### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Verleihungen bei den Justizbehörden.

Landgerichte und Amtsgerichte.

Versetzt sind:

der Amtsgerichtsrath Dr. Schemann in Reutichen nach  
Hertsfeld,  
der Amtsrichter Dr. Öhring in Norburg nach Friedewald.

Zu Amtsrichtern sind ernannt:

die Gerichtsassessoren  
Zander in Schleusingen,  
Räse in Samter.

Rechtsanwälte und Notare.

Dem Notar Kloy in Striegau ist die nachgesuchte Entlassung  
aus dem Amte ertheilt und zugleich der Charakter als Justiz-  
rath verliehen.

In der Liste der Rechtsanwälte sind gelöscht:

die Rechtsanwälte  
Lohn bei dem Landgericht in Danzig,  
Lugo Sohn bei dem Amtsgericht in Guttstadt.

In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen:

die Gerichtsassessoren  
Dr. Ehlers bei dem Oberlandesgericht in Kiel,  
Dr. Adolf Kay bei dem Landgericht in Frankfurt a. M.,  
Dr. Ledtner bei dem Amtsgericht in Westmünde.

Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt:  
die Referendare

Dr. Hamberg, Rosbund, Dr. Brühl, Ludwig  
Schulz, Thielmann, Eugen Müller im Bezirke  
des Kammergerichts,  
Dr. Julius Kaufmann im Bezirke des Oberlandesgerichts  
zu Cassel,  
Dolzealef im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Celle,  
Rehren, Ramps, Herzing, Dr. Traumann, Albert  
Müller im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Köln,  
Abt, Ulrich Krüger im Bezirke des Oberlandesgerichts  
zu Frankfurt a. M.,  
Thiele im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Raum-  
burg a. S.,  
Dr. Horn im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Stettin.

Der Gerichtsassessor Zulauf ist zum Kriegsgerichtsrath ernannt.  
Der Gerichtsassessor Dr. Ernst Scholz ist in Folge seiner  
Wahl zum befohlenen Beigeordneten der Stadt Wiesbaden  
aus dem Justizdienste geschieden.

Dem Gerichtsassessor Dr. Walter Jund ist die nachgesuchte  
Entlassung aus dem Justizdienst ertheilt.

Mittlere Beamte.

Dem Obersekretär, Kanzleirath Wiesel in Neu-Ruppin ist  
der Rothe Adler-Orden IV. Klasse verliehen.

Die Niederlassung eines Rechtsanwalts in Christburg ist als erwünscht bezeichnet.

**Allerhöchste Erlasse, Ministerial-Befugungen und Entscheidungen  
der obersten Gerichtshöfe.**

Nr. 74.

**Allgemeine Verfügung vom 15. November 1902 über die Zahlung der Postsendungen in  
Staatsdienstanlegenheiten.**

Allgemeine Verfügung vom 4. März 1894 (Zust.-Minist.-Bl. S. 58).

**I.**

Wegen der Neubemessung der Portobauschumme für die Postsendungen in Staatsdienstanlegenheiten sind mit der Reichspostverwaltung folgende Vereinbarungen getroffen worden:

1. In der Zeit vom 1. Januar bis einschließlich 31. Dezember 1903 findet eine Portozahlung in der Weise statt, daß alle unter dem Aversionierungsvermerk abgehenden Postsendungen vom Absender mit Zählmarken besetzt und diese von den Postanstalten durch den Aufgabestempel entwertet werden. Die Sendungen sind auch während des Zähljahrs in der bisherigen Weise mit dem Aversionierungsstempel und dem Dienststempel x. zu versehen. Gelangen Sendungen zur Aufgabe, welche versehenlich unzureichend oder überhaupt nicht mit Zählmarken frankirt worden sind, so wird die Postanstalt mit der absendenden Behörde unmittelbar ins Benehmen treten, sofern dies ohne Verzögerung für die Sendung möglich ist. Anderenfalls erfolgt die nachträgliche Einziehung der Marken. In ähnlicher Weise wird bereits jetzt bei portopflichtigen Sendungen verfahren. Ueber unbestellbare Briefe mit Zustellungsurkunde sind seitens der Postverwaltung betreffs des den Staatsbehörden zu erstattenden Portos besondere Listen zu führen, auf Grund deren der Erstattungsbetrag von der durch den tatsächlichen Markenverbrauch ermittelten Summe abgezogen wird. Den auf Dienstreisen oder Urlaub befindlichen Beamten sind im Falle des Bedürfnisses kleine Bestände an Marken für ihren dienstlichen Verkehr mitzugeben oder es sind die nachgeordneten Behörden anzuweisen, ihnen unterwegs gegen gehörigen Ausweis aus ihren Beständen Marken abzulassen.
2. Es gelangen Marken zu 2, 3, 5, 10, 20, 25, 40 und 50 Pf. zur Ausgabe, deren Form und Farbe sich an die gewöhnlichen Postwertzeichen anschließt und welche eine die Aversionierung kennzeichnende Inschrift erhalten.
3. Die Zählmarken werden von der Reichsdruckerei hergestellt und auf Bestellung an die Centralbehörden, die Provinzialbehörden und solche Lokalbehörden, welche einen erheblichen Markenbedarf haben, unentgeltlich abgegeben. Eine Mitwirkung der Postanstalten bei Ausgabe der Marken findet nicht statt.
4. In das Aversionierungsverfahren werden einbezogen alle staatlichen Behörden und einzeln stehenden Beamten, einschließlich der auf Reisen oder Urlaub befindlichen, dagegen Privatpersonen nur, insoweit ihnen schon jetzt die Benutzung des Aversionierungsvermerks zugestanden ist.

Zur Beseitigung von Zweifeln ist ausdrücklich vereinbart, daß hierzu gehören:

- a) die Hülfgerichtsbeamten in Berlin für die mit dem Stempel der Gerichtskasse I versehenen, an diese gerichteten Postanweisungen,
- b) die Handelsrichter für die durch ihre richterliche Thätigkeit veranlaßten Sendungen,
- c) die Mitglieder der Kommissionen für die erste juristische Prüfung in Ansehung der durch die Prüfungsthätigkeit veranlaßten Sendungen.

5. Neu eingeschlossen werden vom 1. Januar 1903 ab:

- a) die statistische Abtheilung der Centralgenossenschaftskasse,
- b) die Dienstsendungen der Genbarmen, soweit sie bisher noch nicht in das Abkommen eingegriffen waren,
- c) alle Sendungen der Centralbehörden innerhalb Berlins, welche nicht durch den Alkenwagen befördert werden können,
- d) diejenigen von staatlichen Behörden verwalteten selbständigen Fonds und Stiftungen, deren Sendungen von den eigentlichen Staatsdienstsendungen auszuondern Schwierigkeiten verursacht, sofern die Fonds z. B. der Postverwaltung namhaft gemacht werden.

## II.

Zur Ausführung dieser Vereinbarungen wird Folgendes bemerkt:

- A. Eine Benützung der Post in weiterem Umfang als bisher darf unbeschadet der vortehend unter I 5a bis d bezeichneten, vom 1. Januar 1903 ab in das Uebersum neu eingeschlossenen Sendungen nicht in Anspruch genommen werden. Es dürfen insbesondere nicht solche Sendungen der unter I 5d erwähnten selbständigen Fonds und Stiftungen frankirt werden, für welche das Porto nach den bestehenden Bestimmungen von den Empfangsberechtigten zu tragen ist. Die Bestimmung unter Nr. IV zu §. 1 der Allgemeinen Verfügung vom 4. März 1894 (Just.-Minist.-Bl. S. 58) wird aufgehoben. Zur sorgfältigsten Beachtung wird verwiesen auf §. 7 der vom königlichen Staatsministerium über die geschäftliche Behandlung der Postsendungen in Staatsdienstsangelegenheiten erlassenen Bestimmungen vom 7. Februar 1894 (Just.-Minist.-Bl. S. 58), wonach die königlichen Behörden in ihrem Geschäftsverkehr auf thunlichste Beschränkung der Porto-Ausgaben Bedacht zu nehmen und insbesondere dafür zu sorgen haben, daß bei gleichzeitiger Absendung mehrerer Briefe an eine Adresse diese in ein gemeinschaftliches Kouvert verschlossen, und daß Pakete ohne Werthsdeklaration, deren Gewicht mehr als 10 Kilogramm beträgt, da, wo Eisenbahnverbindungen bestehen, soweit es ohne unvernünftigmäßige Verzögerung ihrer Beförderung oder einen sonstigen Nachtheil geschehen kann, als Frachtgut mit der Eisenbahn versandt werden.
- B. Auf Grund der nach Maßgabe der Rundverfügung vom 29. August d. J. — I. 6885 — stattgehabten Ermittlungen ist der ungefähre Bedarf an Zählmarken der verschiedenen Sorten zunächst für das erste Vierteljahr von den Vorstandsbeamten der Oberlandesgerichte und der Landgerichte sowie von dem Präsidenten des Amtsgerichts I in Berlin und zwar für den eigenen Bedarf und den Bedarf der in der genannten Rundverfügung erwähnten nachgeordneten Behörden durch eine Bestellung bei der Reichsdruckerei hiersebst S.W. 68 — Oranienstraße 91 — alsbald anzufordern. Nach Empfang der Zählmarken ist ihre Vertheilung und Abgabe an die einzelnen Amtsstellen und Beamten so zeitig zu bewirken, daß sämtliche Beteiligte Ende Dezember d. J. im Besitze der erforderlichen Marktenmengen sind.

Die späteren Bestellungen bei der Reichsdruckerei haben nach eintretendem Bedarfe, zur Vermeidung unnötigen Schreibwerks jedoch möglichst in nicht geringeren als Vierteljahresraten zu erfolgen.

Es ist dafür zu sorgen, daß nirgends eine Störung des Zahlgeschäfts etwa durch zeitweiligen Mangel an Marken eintritt.

- C. Ueber die Verwendung der Porto-Zählmarken sind von sämtlichen Staatsbehörden und einzeln stehenden Beamten Portobücher nach dem beiliegenden Muster A anzulegen und fortzuführen. Diese sind nach Ablauf eines jeden Monats abzuschließen und mit der Bescheinigung zu versehen, daß die nachgewiesenen Zählmarken wirklich verwendet worden sind und die Sendungen ausschließlich Staatsdienstsangelegenheiten betroffen haben. Die Vorstände der Justizbehörden haben Anordnungen zu

treffen, um eine ausreichende Kontrolle der Verwendung der Zählmarken und der Eintragungen in das Portobuch sicherzustellen.

Der Nachweis bezüglich des den Staatsbehörden für unbestellbare Briefe mit Zustellungs-urkunde zu erhaltenden Portos ist nicht durch die Portobücher, sondern ausschließlich von den Post-anstalten zu führen. Der Gesamtbetrag dieses Portos wird von der Postverwaltung ermittelt und nach Ablauf des Zähljahrs dem Herrn Finanzminister seitens des Reichspostamts mitgeteilt werden.

- D. Die am Schlusse des Jahres 1903 unverwendet gebliebenen Zählmarken sind von den nachgeordneten Behörden und Beamten mit einem Nachweis über die aufgewendeten Porto-Zählmarken und -Beträge an diejenigen Behörden, von welchen sie die Zählmarken empfangen haben, zurückzuliefern. Die am 31. Dezember 1903 verbliebenen Markenbestände sind bei den Oberlandesgerichten, den Landgerichten und dem Amtsgericht I in Berlin sorgfältig aufzubewahren.

Die Rechnungsrevisoren der Landgerichte und des Amtsgerichts I in Berlin haben den Markenverbrauch für ihren Bezirk nach Anleitung des beiliegenden Formulars B zusammenzustellen und bis Ende Januar 1904 dem Rechnungsrevisor des Oberlandesgerichts mitzutheilen, welcher eine Zusammenstellung des Markenverbrauchs für den Oberlandesgerichtsbezirk bis zum 10. Februar 1904 an die Geheime Kalkulatur des Justizministeriums einzusenden hat.

- E. Den Oberlandesgerichtspräsidenten und Oberstaatsanwälten bleibt überlassen, weitere zur sorgfältigen Durchführung des Zählgeschäfts notwendige Anordnungen zu treffen und die (nach Ziffer 15d) in das Aversum neu eingeschlossenen selbständigen Fonds und Stiftungen (vergl. §§. 3 und 4 des Gesetzes vom 11. Mai 1898 (Gesetz-Samml. S. 77) und die dem Etat der Justizverwaltung als Beilagen B und C beigefügten Nachweisungen I und II) den betheiligten Justizbehörden näher zu bezeichnen. Die Sendungen der Provinzialwaisenfonds und der sonstigen unter Kap. 80 Tit. 3a des Etats bezeichneten besonderen Staatsfonds fallen als Staatsdienstsendungen schon jetzt unter das Aversum.

- F. Dem Reichspostamt soll von hier aus

- a) ein Verzeichniß derjenigen Justizbehörden mitgeteilt werden, von welchen am 1. Januar 1903 die Ortssendungen regelmäßig den Postanstalten zugeführt werden,
- b) in jedem Falle unverzüglich Anzeige erstattet werden, sofern eine Justizbehörde erst nach dem 1. Januar 1903 dazu übergeht, die Post im Ortsverkehr zu benutzen.

Zu diesem Zwecke ist mir zum 10. Dezember d. J. von den Oberlandesgerichtspräsidenten und den Oberstaatsanwälten ein Verzeichniß derjenigen Justizbehörden ihres Bezirkes einzureichen, bei welchen am 1. Januar 1903 alle Ortssendungen oder nur gewisse Arten von solchen, die besonders aufzuführen sind, nicht durch Gerichtsdiener, sondern durch die Post bestellt werden.

Sobald für eine Justizbehörde Anordnungen erlassen werden, welche eine Aenderung des am 1. Januar 1903 bestehenden Zustandes herbeiführen, ist mir dies durch Vermittelung des Oberlandesgerichtspräsidenten und des Oberstaatsanwalts unverzüglich anzuzeigen und mitzutheilen, auf wieviel Sendungen und auf welchen Portobetrag die Mehr- oder Minderleistung der Post jährlich zu veranschlagen ist. Diese Bestimmung gilt auch über den 31. Dezember 1903 hinaus.

Berlin, den 15. November 1902.

Der Justizminister.

Schönstedt.

## Portobuch

De..... (Bezeichnung der Staatsbehörde, des einzelnen Beamten) in .....

über die in der Zeit vom 1. Januar bis einschließlich 31. Dezember 1903 für die Postsendungen in Staatsdienstangelegenheiten aufgewendeten Porto-Zählmarken und Beträge.

---

### Bemerkungen.

1. Die Portobücher sind nach Ablauf eines jeden Monats abzuschließen und mit der Bescheinigung zu versehen,  
 »daß die nachgewiesenen Zählmarken wirklich verwendet worden sind und die Sendungen ausschließlich Staatsdienstangelegenheiten betroffen haben.«
2. Nach Ablauf des Zähljahrs am 31. Dezember 1903 sind die Portobücher am Schlusse mit einer Berechnung nach folgendem Muster zu versehen:

	Zählmarken (Stückzahl) zu							
	2 Pf.	3 Pf.	5 Pf.	10 Pf.	20 Pf.	25 Pf.	40 Pf.	50 Pf.
Deliefert erhalten .....								
Verwendet sind .....								
Mithin Bestand am 31. Dezember 1903.....								

1.	2.	3.	4.								5.	
Datum.	Stückzahl der Sendungen zu		Verwendet sind Porto-Zahlmarken (Stückzahl) zu								Portobetrag	
	2 bis 10 Pf.	sonstigen Sendungen.	2 Pf.	3 Pf.	5 Pf.	10 Pf.	20 Pf.	25 Pf.	40 Pf.	50 Pf.		
1/1	11	7	2	3	2	4	2	2	.	3	3	03
2/1	8	5	.	.	3	5	2	1	1	1	2	20
r.												

## Zusammenstellung

der

von den umseitig bezeichneten Staatsbehörden und einzelnen Beamten in der Zeit vom 1. Januar bis einschließlich 31. Dezember 1903 für die Postsendungen in Staatsdienstangelegenheiten aufgewendeten Porto-Zählmarken und Beträge.





1. Vfd. Nr.	2. Bezeichnung der Behörden bzw. Beamten.	3. Verwendet sind Porto-Zählmarken (Stückzahl) zu								4. Porto- betrag		5. Bemerkungen.
		2 Pf.	3 Pf.	5 Pf.	10 Pf.	20 Pf.	25 Pf.	40 Pf.	50 Pf.	„	„	
	Zusammen . . . .											
	Deliefert worden sind . . . .											
	Mithin Bestand am 31. De- zember 1903 . . . . .											

# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

## Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Herausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Besten der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Freitag, den 28. November 1902.

Nr. 44.

### Amtlicher Theil.

#### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Verleihungen bei den Justizbehörden.

##### Landgerichte und Amtsgerichte.

Dem Landgerichtsrath Seydel in Hirschberg ist der königliche Kronen-Orden III. Klasse verliehen.

Dem Amtsgerichtsrath Hed in Weissenberg i. Pom. ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ertheilt.

##### Versetzt sind:

der Amtsgerichtsrath Baerts in Köln als Landgerichtsrath an das Landgericht daselbst,  
der Landrichter Reser in Lüneburg nach Torquay,  
der Landrichter Schormer in Neumünster als Landrichter nach Kiel.

Dem Landrichter Bodsch in Weutßen O. Schl. ist behufs Uebertritts in die Verwaltung der direkten Steuern die nachgesuchte Entlassung aus dem Justizdienst ertheilt.

Die bei dem Amtsgericht in Onken erledigte Richterstelle (E. 139) ist auf das Amtsgericht in Senftenberg übertragen.

##### Zu Amtsrichtern sind ernannt:

###### die Berichtsassessoren

Hengsberger in Schlüchtern,  
Krochmann in Zeven,  
Delze in Bentzenau,  
Bispink in Pichtenau,  
Gadebusch in Rippshorn,  
Drohe in Medebach.

##### Zu Handelsrichtern sind

###### ernannt:

der Fabrikbesizer Dr. phil. Heinrich Byl in Berlin bei dem Landgericht I in Berlin,  
der Kaufmann Adolf Unruh und der Kaufmann Fritz Wieler in Danzig bei dem Landgerichte daselbst;

###### wiedervernannt:

der Handelsschuldirektor August Dastroy und der Direktor Michael Pulvermacher in Cassel, der Kommerzienrath Peter Wegmann in Rothenditmold bei dem Landgericht in Cassel,  
der Bankier Otto Hand und der Kaufmann Paul Rosenthal in Frankfurt a. M. bei dem Landgerichte daselbst.

##### Zu Stellvertretenden Handelsrichtern sind

###### ernannt:

der Fabrikbesizer Max Loewenstein in Berlin bei dem Landgericht I in Berlin,  
der Kaufmann Gustav Schroeder in Cassel bei dem Landgerichte daselbst,  
der Kaufmann Hermann Wolff in Elberfeld bei dem Landgerichte daselbst,  
der Kaufmann Eduard Lepp und der Kaufmann Eugen Pasig in Danzig bei dem Landgerichte daselbst,

der Kaufmann Georg Jaffe und der Kaufmann Julius Weidemann in Posen bei dem Landgerichte daselbst; wiederernannt:

der Direktor Zacharias Hochschild in Frankfurt a. M. bei dem Landgerichte daselbst.

#### Staatsanwaltschaft.

Zu Staatsanwälten sind ernannt:

der Amtsrichter Fischer aus Treuenen in Gesehn,  
die Gerichtsassessoren  
Sohmann in Verden,  
Waltmar Müller in Prenzlau,  
Dr. Robert Kamelow in Hanau.

#### Rechtsanwälte und Notare.

Dem Rechtsanwalt, Justizrath Holl in Düsseldorf ist der Charakter als Geheimen Justizrath verliehen.

Der Rechtsanwalt und Notar Dr. Fülle in Schneidemühl und der Rechtsanwalt Naaser in Jena sind gestorben.

Zu Notaren sind ernannt:

die Rechtsanwälte  
Justizrath Lehr in Posen,  
Frucht in Rensburg,  
Ljzban in Sennsburg,  
Dr. Lembser in Halle a. S.

Der Notar, Justizrath Salomon Neumann in Berlin ist von der Verpflichtung, seinen Amtssitz in dem Stadttheile Louisenstadt diesseits des Kanals innerhalb der Stadtbezirke 125, 126, 131 bis 134 in Berlin zu behalten, entbunden.

In der Liste der Rechtsanwälte sind gelöscht:

die Rechtsanwälte  
Dr. Franz Reinhardt bei dem Landgerichte II in Berlin,  
Rog bei dem Amtsgericht in Striegau,  
Naepde bei dem Amtsgericht in Kolmar i. P.,  
Dr. Döhning bei dem Amtsgericht in Ratel.

In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen:

der bisherige Amtsrichter Schulte-Pippern aus Vorbed bei dem Amtsgericht in Oberhausen,

die Gerichtsassessoren  
Meherowich bei dem Oberlandesgericht in Königsberg i. Pr.,  
Dr. Bohm bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in Breslau,  
Schulte bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in Effen,  
Dr. Kuchowski bei dem Amtsgericht in Nicolai,  
Wegner bei dem Amtsgericht in Neusettin.

#### Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt:

die Referendare

Münzel, Friedrich Haase im Bezirke des Kammergerichts,  
Immanuel Kühn, Gerstenberg im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Breslau,  
Dr. Kores im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Cassel,  
Sagemann, Kreipe im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Celle,  
Dr. Ernst Meier, Dr. Läden, Haub, Wintgen im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Hamm,  
Erichsen im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Kiel,  
Drews im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Königsberg i. Pr.,  
Dr. Ernst Krüger, Dr. Henrici im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Marienwerder,  
Schäpe, Sachs, Dr. Favreau, Dr. Otto Müller im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Rammberg a. S.,  
Dr. Seyda, Haafengier im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Posen,  
Dr. Steinweg im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Stettin.

Der Gerichtsassessor Leibold ist in Folge seiner Uebernahme in die Verwaltung der indirekten Steuern aus dem Justizdienste geschieden.

Die nachgesuchte Entlassung aus dem Justizdienst ist ertheilt: den Gerichtsassessoren

Dr. Schädling beaufh. Uebertritts zur Gemeindeverwaltung,  
Höpfer und Dr. Strud.

#### Mittlere Beamte.

Dem Gerichtsschreiber, Sekretär Zeischmann in Berlin ist der Charakter als Kanzleirath verliehen.

In den einstweiligen Ruhestand versetzte Beamte.

Beim gänzlichen Uebertritt in den Ruhestand ist verließen:  
dem Landgerichtsrath Wagner in Breslau der Charakter als Geheimen Justizrath,  
dem Amtsgerichtsrathen Messerschmidt aus Prenzlau, jetzt in Eberswalde, Schneider aus Oslau, jetzt in Breslau,  
Stiff und Köhler, jetzt in Wiesbaden, der Rothe Adler-Orden III. Klasse mit der Schleife.

Bei dem Gefängnis in Olav ist eine Inspektorstelle zu besetzen.

Die Errichtung einer Notarstelle in Vichtenberg bei Berlin ist in Aussicht genommen und die Niederlassung eines Rechtsanwalts in Leuchtern als erwünscht bezeichnet.

**Allerhöchste Erlasse, Ministerial-Verfügungen und Entscheidungen  
der obersten Gerichtshöfe.**

Num. 75.

**Allgemeine Verfügung vom 11. November 1902, — betreffend die Bahngrundbücher.**

Allgemeine Verfügung vom 19. September 1895 (Just.-Minist.-Bl. S. 286).

Auf Grund des §. 9 und des §. 10 Abs. 1 des Gesetzes über die Bahneinheiten (Bekanntmachung vom 8. Juli 1902, Gesetz.-Samml. S. 237) wird Folgendes angeordnet:

§. 1.

Auf die Einrichtung und die Führung der Bahngrundbücher finden die Vorschriften der Allgemeinen Verfügung vom 20. November 1899 zur Ausführung der Grundbuchordnung (Just.-Minist.-Bl. S. 349) entsprechende Anwendung, soweit nicht im Gesetz oder nachstehend ein Anderes bestimmt ist.

§. 2.

Das Bahngrundbuch wird für den ganzen Amtsgerichtsbezirk eingerichtet.

§. 3.

Für die Einrichtung der Grundbuchblätter ist das beigelegte, mit Probeeintragungen versehene Formular maßgebend. Jedes Blatt besteht aus dem Titel (§. 10 Abs. 3 des Gesetzes) und drei Abtheilungen.

§. 4.

Der Titel enthält die Aufschrift, in der das Amtsgericht zu bezeichnen ist und die Nummern des Bandes und des Blattes anzugeben sind, und sechs Abschnitte, die für die im Gesetze vorgeschriebenen Angaben über den Bestand der Bahneinheit bestimmt sind.

§. 5.

Ist bei der Eintragung eines Bahnunternehmens die Genehmigung zur Eröffnung des Betriebes noch nicht erteilt, so ist dies in dem Abschnitte II des Titels (Beschreibung des Bahnunternehmens) zu vermerken; nach Ertheilung der Genehmigung ist der Vermerk zu löschen.

In demselben Abschnitt ist anzugeben, ob das Unternehmen eine Privateisenbahn oder eine Kleinbahn ist.

§. 6.

In dem Abschnitte III des Titels (Länge der Bahnstrecken) ist unter c die Länge nur solcher Bahnstrecken oder ihrer Theile zu vermerken, die in ihrer ganzen Längenausdehnung zugleich auf eigenem und auf fremdem Grund und Boden belegen sind, z. B. wenn als Bahnkörper theils eine im fremden Eigenthume stehende Straße, theils ein neben der Straße liegendes, vom Bahneigenthümer erworbenes Gelände dient.

Liegen nur kleinere Theile der Bahnstrecke, wie z. B. Wegeüberführungen, auf fremdem Grund und Boden, während im Uebrigen die Bahnstrecke im Eigenthume des Bahnunternehmers steht, so hat die Eintragung der Streckenlänge nur unter a zu erfolgen. Ebenso ist die Streckenlänge nur unter b einzutragen, wenn bei einer auf fremdem Grund und Boden belegenen Bahnstrecke einzelne kleinere Theile im Eigenthume des Bahnunternehmers stehen.

Bei jeder Eintragung unter c ist das ungefähre Verhältniß der Flächen auf eigenem zu denen auf fremdem Grund und Boden anzugeben.

## §. 7.

Werden in dem Grundbuch über ein im Abschnitte VI des Titels verzeichnetes Grundstück (§. 11 Abs. 2 Nr. 2 des Gesetzes) Veränderungen eingetragen, welche die in das Bahngrundbuch aufzunehmenden Angaben berühren, so hat das Grundbuchamt dem das Bahngrundbuch führenden Amtsgerichte beifügig Vermerk der Veränderungen im Abschnitte VI des Titels des Bahngrundbuchs Mittheilung zu machen. Diese Mittheilung und der Vermerk der Veränderungen im Bahngrundbuch erfolgen kostenfrei.

## §. 8.

Werden mehrere selbständige Bahneinheiten auf einem Grundbuchblatt eingetragen (§. 10 Abs. 2 des Gesetzes, §. 4 der Grundbuchordnung), so erfolgen die Angaben über den Bestand der Bahneinheiten für jede von ihnen auf einem besonderen Titelformular. Die Bahneinheiten erhalten fortlaufende, unter der Aufschrift einzutragende Nummern. In der Aufschrift des Titels ist bei der ersten Bahneinheit auf die folgenden zu verweisen; bei den letzteren ist hinter der Nummer des Grundbuchblatts zu vermerken, daß es sich um eine Fortsetzung dieses Blattes handelt.

## §. 9.

Ist eine Privateisenbahn nach den Bestimmungen der für sie erteilten Genehmigung einheitlich mit einer anderen bereits bestehenden Privateisenbahn (Stammbahn) zu betreiben, so daß beide eine einzige Bahneinheit bilden (§. 2 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes), so sind die durch die Eintragung der ersteren erforderlich werdenden Angaben über den Bestand der Bahneinheit auf dem Titel der Stammbahn zu bewirken. Im Abschnitte II des Titels ist die Erweiterung des Bahnunternehmens zu vermerken.

Die Vorschrift des Abs. 1 Satz 1 findet entsprechende Anwendung, wenn eine Bahneinheit einer anderen Bahneinheit als Bestandteil zugeschrieben wird (§. 10 Abs. 2 des Gesetzes, §. 5 der Grundbuchordnung). Im Abschnitt I des Titels sind in diesem Falle die Bahneinheiten mit Buchstaben zu bezeichnen. In den folgenden Abschnitten erhalten die Angaben über den Bestand der Bahneinheiten eine Verweisung auf die Buchstaben des Abschnitts I. Die Zuschreibung als Bestandteil ist im Abschnitte II zu vermerken.

## §. 10.

Die bestehenden Bahngrundbücher sind fortzuführen. Neue Eintragungen erhalten an der dafür geeigneten Stelle des bisherigen Formulars ihren Platz.

## §. 11.

Von den Grundakten ist ein besonderer Band zur Aufnahme der im §. 11 Abs. 3 des Gesetzes bezeichneten Angaben zu bestimmen. In diesen Band sind lediglich diejenigen Schriftstücke aufzunehmen, welche den Betrag des zur Anlage und Ausrüstung der Bahn verwendeten Kapitals (Baukapitals) ergeben oder die fortlaufenden Mittheilungen über den Betrag der Betriebseinnahmen und Betriebsausgaben eines jeden Geschäftsjahrs nebst der Bescheinigung der Bahnaufsichtsbehörde (§. 13 Abs. 3 des Gesetzes) enthalten. Auf diesen Schriftstücken ist die Stelle der Grundakten zu bezeichnen, wo sich die auf die Aufnahme der fraglichen Schriftstücke in die Grundakten bezüglichen Uebersendungschriften, Verfügungen u. s. w. befinden.

Dem nach Abs. 1 anzulegenden besonderen Bande der Grundakten ist ein Inhaltsverzeichnis vorzusetzen.

Berlin, den 11. November 1902.

Der Justizminister.  
Schönkebl.

Amtsgericht: Liebstadt.

## Bahngrundbuch.

### Band I.

Blatt Nr. 1. (Fortsetzung: Bahneinheit Nr. 2.)<sup>1)</sup>  
Bahneinheit Nr. 1.

#### I. Bezeichnung der Bahn.

Die Liebstadter Lokalbahn.<sup>2)</sup>

Eingetragen am 12. Oktober 1902.  
Fischer     Reumann

#### II. Beschreibung des Bahnunternehmens.

Laut Genehmigungsurkunde des Regierungspräsidenten zu R. vom 10. September 1894 ist die Genehmigung für eine dem Personen- und Güterverkehr dienende vollspurige Kleinbahn mit Dampfbetrieb von Liebstadt nach Reudorf mit Abzweigung nach Buchhain auf die Dauer von 50 Jahren seit dem Tage der Betriebseröffnung erteilt.

<sup>1)</sup> Bei der Probeeintragung ist der Fall des §. 8 der Verfügung unterstellt. Bei der folgenden Bahneinheit würde die Eintragung lauten:

Bb. I Bl. Nr. 1. (Fortsetzung.)  
Bahneinheit Nr. 2.

<sup>2)</sup> Wird eine zweite Bahneinheit als Bestandtheil gemäß §. 9 Abs. 2 der Verfügung zugeschieden, so ist hier der Buchstabe a beizufügen, so daß die Eintragung lautet:

- a) Die Liebstadter Lokalbahn.
- b) Die Lokalbahn Buchhain-Reudorf.  
Bestandtheil von a.

## III. Länge der Bahnstrecken.

a) auf eigenem Grund und Boden.

10 Kilometer.

Eingetragen am 20. Juni 1903.<sup>3)</sup>

Fischer Reumann

b) auf fremdem Grund und Boden.

20 Kilometer.<sup>4)</sup>

10 Kilometer.

Eingetragen am 20. Juni 1903.<sup>3)</sup>

Fischer Reumann

c) auf eigenem und fremdem Grund und Boden.

4 Kilometer, wovon etwa  $\frac{1}{3}$  auf eigenem,  $\frac{2}{3}$  auf fremdem Grund und Boden.

<sup>3)</sup> Bei der Probeeintragung ist angenommen, daß bei Eintragung der Bahneinheit 20 Kilometer der Bahnstrecke auf fremdem Grund und Boden lagen und daß nachträglich das Eigenthum an der Hälfte dieser Strecke erworben worden ist, während 4 Kilometer der Bahnstrecke von vornherein zugleich auf eigenem und fremdem Grund und Boden lagen.

<sup>4)</sup> Die punktirte Linie bedeutet einen rothen Strich.

## IV. Zur Bahneinheit gehörige Fonds.

Nr.	Bezeichnung der Fonds.	Veränderungen und Löschungen.	
		zu Nr.	
1.	2.	3.	4.
1.	Der in §. 12 des Statuts der Liebstädter Vokal- bahn-Aktiengesellschaft vom 1. August 1894 bezeichnete Erneuerungsfonds.		



## V. Bestimmungen über das Antheilverhältniß an Gegenständen,

Nr.	Bezeichnung des Gegenstandes.	Betheiligte Bahnen.	Bestimmungen über das Antheilverhältniß.	Veränderungen und Eöschungen.	
				zu Nr.	
1.	2.	3.	4.	5.	6.
1.	Der Bahnhof zu Buchhain in dem Umfange, wie er aus dem Band I Blatt 20 der Grundakten befindlichen Plane ersichtlich ist.	Die Liebstadter Lokalbahn. Die Lokalbahn Buchhain-Kirchdorf.	Jede Bahn ist zur Hälfte betheiligt.		

welche mehreren Bahnunternehmungen gewidmet sind.

Nr.	Bezeichnung des Gegenstandes.	Betheiligte Bahnen.	Bestimmungen über das Antheilverhältniß.	Veränderungen und Löschungen.	
				zu Nr.	
1.	2.	3.	4.	5.	6.

## VI. Verzeichniß der zur Bahneinheit gehörigen Grundstücke, deren

Nr.	Nähere Bezeichnung des Grundstücks.	Gemarkung.	Bezeichnung nach dem Kataster.	
			Kartenblatt oder Flur.	Parzelle.
1.	2.	3.	4.	
1.	Ein als Arbeiterwohnung benutztes Haus.	Brühl.	5	300/10

Widmung für das Bahnunternehmen nicht äußerlich erkennbar ist.

Amtsgericht.	Bezeichnung nach dem Grundbuch oder sonstigen gerichtlichen Buche.	Eintragungsvermerk.	Abschreibungen.
5.	6.	7.	8.
Buchhain.	Brühl Band II Blatt Nr. 101.	Eingetragen am 20. Juni 1903. Fischer Neumann	

## Erste Abtheilung.

Eigenthümer.	Laufende Nummer der Bahneinheiten.	Grund des Erwerbes. Verzicht.	Erwerbspreis. Werth. Feuerversicherungssumme.
1.	2.	3.	4.
Die Viehstädter Lokalbahn-Aktiengesellschaft.	1.	Auf Grund der Genehmigungsurkunde des Regierungspräsidenten zu N. vom 10. September 1894 und seines Ersuchens vom 10. Oktober 1902 eingetragen am 12. Oktober 1902. Fischer Neumann	

## Zweite Abtheilung.

Laufende Nummer der Eintragung.	Laufende Nummer der belasteten Bahneinheiten.	Lasten und Beschränkungen.	Veränderungen.			Löschungen.	
			Zur laufenden Nummer der Eintragung.	Eintragung.	Löschung.	Zur laufenden Nummer der Eintragung.	
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.
1	1	Die Zwangsversteigerung ist angeordnet am 5. April 1904. Eingetragen am 9. April 1904. Fischer Neumann				1	Gelöscht am 30. Mai 1904. Fischer Neumann

\*) Die punktirte Linie bedeutet einen rothen Strich.

Tausende Nummer der Eintragung.	Tausende Nummer der belasteten Bahn- einheiten.	Betrag		Hypotheken, Grundschulden, Rentenschulden.	Zur laufenden Nummer der Eintragung.	Betrag	
		Mark	Pf.			Mark	Pf.
1.	2.	3.		4.	5.	6.	
1	1	500 000		<p>Zünfhunderttausend Mark Grundschuldb, mit sechs vom Hundert jährlich seit dem 1. Oktober 1902 verzinslich und drei Monate nach Kündigung zahlbar, für die Deutsche National-Credit-Bank in B. eingetragen am 12. Oktober 1902.</p> <p style="text-align: center;">Fischer            Reumann</p>			

## Abtheilung.

Veränderungen.		Löschungen.		
Eintragung.	Löschung.	Zur laufenden Nummer der Eintragung.	Betrag	
			Mark	Pf.
7.	8.	9.	10.	11.



# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

## Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Herausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Besten der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Freitag, den 5. Dezember 1902.

Nr. 45.

### Amtlicher Theil.

#### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Verleihungen bei den Justizbehörden.

##### Landgerichte und Amtsgerichte.

Dem Landgerichtspräsidenten a. D., Geheimen Oberjustizrath von Krüger in Berlin ist der Charakter als Wirklicher Geheimer Oberjustizrath mit dem Range der Räte erster Klasse verliehen.

Der Landgerichtspräsident Rischelsky in Stendal und der Amtsgerichtsrath Rausch in Reichensack i. Schl. sind gestorben.

Dem Landgerichtsrath Wohlfahrt in Briesg, dem Amtsgerichtsrath Offenberg in Warenborf und dem Amtsrichter Busse in Woldenberg ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ertheilt.

Dem Amtsgerichtsrath Broesfel in Delitzsch ist bei seinem Uebertritt in den Ruhestand der Rothe Adler-Orden IV. Klasse verliehen.

##### Berufen sind:

der Landgerichtsrath Hever in Hannover nach Raumburg a. S., der Amtsgerichtsrath Schmid in Oldesloe nach Westerland, die Amtsrichter

Schubert in Viebau nach Schweidnitz, Reichhelm in Dramburg als Landrichter nach Oresthald, von Rieni in Reumark als Landrichter nach Stargard i. Pom.

Dem Amtsrichter Henneke in Johannsburg ist die Genehmigung zur Annahme und Anlegung des von Seiner Durchlaucht dem Fürsten zu Schaumburg-Lippe ihm verliehenen Ehrenkreuzes vierter Klasse des Fürstlich Schaumburg-Lippeschen Hausordens ertheilt.

##### Rechtsanwälte und Notare.

Dem Rechtsanwalt und Notar, Geheimen Justizrath Kortum in Raumburg a. S. ist die Genehmigung zur Annahme und Anlegung der von Seiner Hoheit dem Herzog von Anhalt ihm verliehenen Ritterinsignien erster Klasse des Herzoglich Anhaltischen Hausordens Albrechts des Bären ertheilt.

In der Liste der Rechtsanwälte sind gelistet:

##### die Rechtsanwälte

Geheimer Justizrath Dr. Humfer bei dem Landgericht in Frankfurt a. M.,  
Dr. Aberer und Sammersbach bei dem Landgericht in Eßln.

In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen:

##### die Rechtsanwälte

Geheimer Justizrath Dr. Humfer vom Landgericht in Frankfurt a. M. bei dem Oberlandesgerichte daselbst, Dr. Aberer vom Landgericht in Eßln bei dem Oberlandesgerichte daselbst, Dr. Reinhardt aus Berlin bei dem Amtsgericht in Debitzfelde,  
Dr. Döhrring aus Kassel bei dem Amtsgericht in Bütow;

##### die Richterschaften

Dr. Leo Stern bei dem Landgericht I in Berlin, Lufe bei dem Landgerichte II in Berlin, Holtzermann bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in Essen,  
Dr. Stergemans bei dem Amtsgericht in Höcht, Staudacher bei dem Amtsgericht in Halle i. W.

## Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt:  
die Referendare

Heudtlaj im Bezirke des Kammergerichts,  
Friedrich Sommer, Brodhoff, von Liehanski im  
Bezirke des Oberlandesgerichts zu Breslau,  
Littmann im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Cassel,  
Wättner im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Celle,  
Freiberg, Dr. Kallfelz, Heinrich Lehmann im Be-  
zirke des Oberlandesgerichts zu Eßn,  
Rumpf im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Frank-  
furt a. M.,  
Dr. Cremer, Otto Schulz, Dr. Wentrup im Bezirke  
des Oberlandesgerichts zu Hamm,  
Dr. Siehm im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Kiel,  
Grimm, Emil Jacoby im Bezirke des Oberlandes-  
gerichts zu Marienwerder,  
Leitsmann im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Stettin.

Dem Gerichtsassessor Dr. Velian ist die nachgeluchte Ent-  
lassung aus dem Justizdienst ertheilt.

## Mittlere Beamte.

Dem Amtsanwalt, Bürgermeister a. D. Dr. Offig in Strehlen  
ist bei seinem Ausscheiden aus dem Amte als Amtsanwalt  
der Rothe Adler-Orden IV. Klasse verliehen.

Beim Uebertritt in den Ruhestand ist  
dem Gerichtsschreiber, Kanzleirath Knape in Königs-  
berg i. Pr. der Rothe Adler-Orden IV. Klasse,  
den Gerichtsschreibern, Sekretär Ebeling und Franz  
Dobray in Berlin, Schurpfier in Insterburg und  
Wegel in Neuhaldensleben der Charakter als Kanzleirath  
verliehen,  
dem Gerichtsschreibergehülfen, Assistenten Egner in Sanger-  
hausen der Titel als Kanzleisekretär beigelegt.

## Kanzleibeamte.

Dem Kanzleisekretär, Kanzleisekretär Klein in Eßn ist der  
Königliche Kronen-Orden IV. Klasse verliehen.

In den einwilligen Ruhestand versetzte Beamte.  
Dem Amtsgerichtsrath Hake in Danzig ist bei seinem gänzlichen  
Uebertritt in den Ruhestand der Rothe Adler III. Klasse  
mit der Schleife verliehen.

### Allehöchste Erlasse, Ministerial-Verfügungen und Entscheidungen der obersten Gerichtshöfe.

#### Num. 76.

Allgemeine Verfügung vom 22. November 1902, — betreffend die Erneuerung von Steckbriefen  
in dem öffentlichen Anzeiger der Regierungs-Amtsblätter.

Um die Forderung auf Steckbrieflich verfolgte Personen zu erleichtern und wirksamer zu gestalten,  
erachte ich im Einvernehmen mit dem Herrn Minister des Innern für nothwendig, daß

1. bei Steckbriefserneuerungen in dem öffentlichen Anzeiger der Regierungs-Amtsblätter der volle  
Wortlaut des Steckbriefs — geeigneten Falles mit den erforderlich gewordenen Aenderungen  
oder Zusätzen — veröffentlicht wird, wenn der Steckbrief nicht im laufenden oder im voran-  
gegangenen Jahre veröffentlicht ist, und
2. in den letztgedachten Fällen bei der Erneuerung angegeben wird, in welcher Nummer und in  
welchem Jahrgange des öffentlichen Anzeigers die ursprüngliche Veröffentlichung stattgefunden hat.  
Hiernach ist bei diesen Steckbriefserneuerungen fortan zu verfahren.

Der Herr Minister des Innern wird die betheiligten Verwaltungsbehörden mit entsprechender  
Weisung versehen.

Berlin, den 22. November 1902.

Der Justizminister.  
Schönstedt.

1. 7943. Crim. 64 B. 3.

Num. 77.

## Allgemeine Vorschriften über die Behandlung von Gefangenen und vorzuführenden Personen auf dem Transporte.

Berlin, den 4. Dezember 1902.

Strafgefangene und in Korrekionshaft befindliche Gefangene dürfen auf einem Transporte nur gefesselt werden, wenn es wegen besonderer Gefährlichkeit ihrer Person, namentlich zur Sicherung Anderer, oder wegen der Gefahr einer Selbstentleibung oder wegen Fluchtgefahr unerlässlich erscheint. Fluchtgefahr wird bei männlichen zu Zuchthaus verurteilten Personen regelmäßig vorausgesetzt. Gefangene, die sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden, sollen in der Regel mit anderen Gefangenen nicht zusammen gefesselt werden. Ist dieses nicht zu umgehen, so dürfen sie mit Gefangenen, welche die bürgerlichen Ehrenrechte nicht besitzen, nicht zusammen gefesselt werden. Bei Anordnung der Zusammenfesselung ist auf die Persönlichkeit, die Lebensstellung und die Straftaten der Gefangenen, soweit irgend thunlich, Rücksicht zu nehmen.

Die Entscheidung über die Fesselung und die Art ihrer Ausführung wird vom Vorstande der Anstalt, von welcher der Transport ausgeht, nach sorgfältiger Prüfung im einzelnen Falle getroffen. Der den Transport ausführende Beamte darf während des Transports ohne Anweisung die Fesselung nur vornehmen, wenn unvorhergesehene Umstände eintreten, welche die Anwendung der Maßregel aus den in Absatz 1 angegebenen Gründen unerlässlich erscheinen lassen.

Die vorstehenden Grundsätze finden auf Untersuchungsgefangene insoweit Anwendung, als nicht im einzelnen Falle der Richter über die Fesselung Bestimmung getroffen hat. Von der in Ermangelung einer solchen Bestimmung durch den Vorsteher des Gefängnisses angeordneten Fesselung ist dem Richter alsbald Mitteilung zu machen.

Den Untersuchungsgefangenen sind gleichzustellen diejenigen Personen, welche auf Grund der Gesetze, insbesondere der Prozeßordnungen, zwangsweise vorgeführt werden; soweit die Vorführung nicht von einem Richter angeordnet ist, steht die Entscheidung der die Vorführung anordnenden Behörde zu.

Auf Personen, die von der Polizei auf Grund eines Haftbefehls verhaftet oder vorläufig festgenommen sind, oder die sich in polizeilicher Schutzhaft befinden, finden die in Absatz 1 ausgesprochenen Grundsätze Anwendung. Die Entscheidung über die Fesselung und die Art ihrer Ausführung wird von der Polizeibehörde, und, solange die Verhafteten dieser noch nicht haben vorgeführt werden können, von dem Polizeibeamten, dessen Verfügung sie unterstehen, getroffen. Dieser hat die etwa vorgenommene Fesselung unter Angabe der Gründe sofort nach der Vorführung zu melden.

Bei den nicht mit Zuchthaus oder mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bestraften Personen hat die Transportbehörde die Frage, ob sie gefondert oder im Sammeltransporte zu transportieren sind, mit Rücksicht auf ihre Persönlichkeit, ihre Lebensstellung und die Art der Straftat sorgfältig zu prüfen und etwa in dieser Beziehung geäußerte Wünsche nicht ohne Weiteres abzulehnen.

Der Justizminister.

Schönstedt.

Der Minister des Innern.

Freiherr von Hammerstein.

Die vorstehend abgedruckten, zwischen den beteiligten Verwaltungen vereinbarten Allgemeinen Vorschriften über die Behandlung von Gefangenen und vorzuführenden Personen auf dem Transporte werden den Justizbehörden zur Kenntnisnahme und sorgfältigen Beachtung mitgeteilt.

Berlin, den 4. Dezember 1902.

Der Justizminister.

Schönstedt.

I. 9386. Kriminalkosten 16 Bd. 12.

# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

## Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Herausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Besten der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Freitag, den 12. Dezember 1902.

Nr. 46.

### Amtlicher Theil.

#### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Verleihungen bei den Justizbehörden.

##### Oberlandesgerichte.

Den Kammergerichtsräthen von Wolf und Kabe, den Oberlandesgerichtsräthen Gröhner in Breslau, Boffe und Dr. Colberg in Raumburg a. S. und Im Walde in Hamm ist der Charakter als Geheimere Justizrath verliehen.

Der Amtsgerichtsrath Keiner in Wiesbaden ist zum Oberlandesgerichtsrath in Frankfurt a. M. ernannt.

##### Landgerichte und Amtsgerichte.

Den Landgerichtsdirektoren Humbert und Hoppe in Berlin, Janske in Breslau, Muntau in Allenstein und Pellinghoff in Bochum sowie dem aussichtsführenden Amtsrichter, Amtsgerichtsrath Riesenstahl in Bonn ist der Charakter als Geheimere Justizrath,

dem Landgerichtsrath Sattig in Glogau der Königlich Kronen-Orden III. Klasse verliehen.

##### Verstelt sind:

die Landgerichtsdirektoren Kalau vom Hofe in Magdeburg nach Olsh, Rotering in Reuthen D. Schl. nach Magdeburg, Kiel in Elberfeld nach Eöln, der Amtsrichter Heller in Bottrop als Vandrichter nach Posen.

Jur.-Minist.-Bl. 1902.

Der Landgerichtsrath Knitter in Posen ist zum Landgerichtsdirektor in Ostrowo ernannt.

Dem Landgerichtsrath Krede vom Landgericht I in Berlin ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ertheilt.

Der Amtsgerichtsrath Simon in Brelitz und der Vandrichter Blome in Verden sind gestorben.

Der Vandrichter Dr. Struckmann in Königswinter scheidet in Folge seiner Ernennung zum Regierungsrath und ständigen Hilfsarbeiter im Reichs-Justizamt aus dem preussischen Justizdienste.

##### Staatsanwaltschaft.

Den Ersten Staatsanwälten Hader in Halle a. S., von Hagen in Bielefeld, von Heusinger in Aachen und Wippermann in Erfurt ist der Charakter als Geheimere Justizrath verliehen.

Der Staatsanwalt Dolle in Memel scheidet in Folge seiner Ernennung zum Regierungsrath in der allgemeinen Staatsverwaltung aus dem Justizdienste.

##### Rechtsanwälte und Notare.

Dem Notar, Justizrath Goede in Eöln ist der Charakter als Geheimere Justizrath verliehen.

Zu Notaren sind ernannt:

die Rechtsanwälte Mittelviehhaus in Bochum, Goebel in Culmbach.

In der Liste der Rechtsanwälte sind gelistet:

die Rechtsanwälte

Örntner bei dem Landgericht in Osnabrück,  
Orgler bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in  
Bonn,  
Granier bei dem Amtsgericht I in Berlin,  
Dr. Walder bei dem Amtsgericht in Steinau a. O.

In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen:

der Rechtsanwalt Gammersbach vom Landgericht in Ebn  
bei dem Oberlandesgerichte daselbst,

die Gerichtsassessoren

Dr. Heinrich Müller bei dem Amtsgericht und dem  
Landgericht in Düsseldorf,  
Erich Zimmermann bei dem Amtsgericht in Reichenbach  
i. Schl.,

die früheren Gerichtsassessoren Dr. Casper und Hans  
Reyer bei dem Landgericht I in Berlin.

**Gerichtsassessoren.**

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt:

die Referendare

Schramm im Bezirke des Kammergerichts,  
Zachle, Dr. Menzel im Bezirke des Oberlandesgerichts  
zu Breslau,  
Wiegand im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Cassel,

Stumpf im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Celle,  
Krawinkel im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Köln,  
Dr. August Schulz, Lüdtke, Dr. Conzen im Bezirke  
des Oberlandesgerichts zu Hamm,  
Dr. Rosenrath im Bezirke des Oberlandesgerichts zu  
Königsberg i. Pr.,  
Kogalsky, Raufcher im Bezirke des Oberlandes-  
gerichts zu Marienwerder,  
Richard Hoffmann im Bezirke des Oberlandesgerichts  
zu Naumburg a. S.,  
Volz, Dr. Galland im Bezirke des Oberlandesgerichts  
zu Posen,  
Suszynski, Dr. Giese, Kuhl im Bezirke des Ober-  
landesgerichts zu Stettin.

Der Gerichtsassessor Freiherr von Fürstenberg ist in Folge  
seiner Uebernahme in den Dienst des Auswärtigen Amtes  
aus dem Justizdienste geschieden.

Dem Gerichtsassessor Dr. Seyda ist die nachgesuchte Entlassung  
aus dem Justizdienste ertheilt.

**Mittlere Beamte.**

Dem Gerichtsschreibergehälfen, Assistenten Behrens in Norden  
ist der Titel als Kanzleisekretär beigelegt.

In den einseitigen Ruhestand versetzte Beamte.  
Der Landgerichtsrath, Geheimen Justizrath Ehlerz in Berlin  
ist gestorben.

## Allerhöchste Erlasse, Ministerial-Verfügungen und Entscheidungen der obersten Gerichtshöfe.

Num. 78.

**Allgemeine Verfügung vom 17. November 1902, — betreffend die ausländischen Landesherren und juristischen Personen gewährten Befreiungen von der Erbschaftsteuer und der Stempelsteuer.**

Auf Grund der Vorschriften des §. 5 Abs. 2, 3 des Stempelsteuergesetzes vom 31. Juli 1895 und des Artikels I unter 3c des Gesetzes, betreffend die Erbschaftsteuer, vom 31. Juli 1895 hat der Herr Finanzminister hinsichtlich der Großherzogthümer Hessen und Baden die nachstehenden Anordnungen über die Gewährung einer Erbschaftsteuer- und Stempelfreiheit getroffen. Diese Anordnungen werden den Gerichtsbehörden und Notaren zur Kenntnissnahme und Beachtung mitgetheilt.

Berlin, den 17. November 1902.

Der Justizminister.  
Schönstedt.

1. Allgemeine Verfügung des Finanzministers vom 6. Juni 1902, betreffend die persönliche Stempelsteuerbefreiung des Großherzogs von Hessen und des Statos des hessischen Staates.

Nachdem das Großherzoglich Hessische Staatsministerium in Darmstadt auf Grund des Artikels 7 Abs. 2 des hessischen Gesetzes über den Urkundenstempel vom 12. August 1899 die Zustimmung erteilt hat, daß dem Staatsoberhaupte des Königreichs Preußen und dem Fiskus des preussischen Staates sowie den öffentlichen Anstalten und Kassen, die für Rechnung Preußens verwaltet werden oder diesen gleichgestellt sind, eintretenden Falles Befreiung von dem hessischen Landesstempel gewährt werden soll, bestimme ich auf Grund des § 5. Abs. 2 des preussischen Stempelsteuergesetzes vom 31. Juli 1895, daß Seiner königlichen Hoheit, dem Großherzog von Hessen und dem Fiskus des hessischen Staates sowie den öffentlichen Anstalten und Kassen, die für Rechnung Hessens verwaltet werden oder diesen gleichgestellt sind, die Befreiung von der preussischen Stempelsteuer im gesetzlichen Umfange zusteht. In Aufhebung der beiderseitigen Staatsoberhäupter gilt die gegenseitig eingeräumte Stempelbefreiung bereits vom 1. April 1896 ab; den sonstigen Befreiungen ist Rechtswirksamkeit vom 1. Januar 1900 ab beigelegt worden.

Sie wollen die untergeordneten Ämterstellen mit entsprechender Anweisung versehen

An sämtliche Provinzialsteuerdirektoren.

2. Allgemeine Verfügung des Finanzministers vom 22. August 1902, betreffend die Erhebung der Erbschaftsteuer im Verhältnisse zum Großherzogthume Hessen.

Nach Artikel 7 Abs. 1 des am 1. Januar 1900 in Kraft getretenen Gesetzes über den Urkundenstempel für das Großherzogthum Hessen vom 12. August 1899 sind von der Zahlung des Stempels befreit:

3. öffentliche Anstalten für Wohltätigkeits- und Unterrichtszwecke;
4. genehmigte Stiftungen, welche von dem Ministerium des Innern ausdrücklich als milde anerkannt worden sind;
5. Kirchen und sonstige Religionsgemeinschaften des öffentlichen Rechtes, wenn sie die zur Befreiung der kirchlichen und religiösen Bedürfnisse erforderlichen Mittel ganz oder theilweise durch Umlagen auf ihre Mitglieder aufbringen;
6. Gemeinden oder andere Kommunalverbände in Armen-, Schul-, Kirchen- und Staatsangelegenheiten.

Im Absatz 3 des Artikels heißt es:

„In den unter Nr. 3 bis 6 bezeichneten Fällen erstreckt sich die Stempelbefreiung nur auf hessische Anstalten u. s. w. Die Befreiung kann jedoch auch nicht-hessischen Anstalten u. s. w. gewährt werden, wenn der andere Staat dem Großherzogthume gegenüber die gleiche Rücksicht übt.“

Das Großherzoglich Hessische Staatsministerium zu Darmstadt hat sich mittelst Schreibens vom 13. d. Mts. bereit erklärt, die oben unter 3 bis 6 aufgeführten Stempelbefreiungen auf preussische Anstalten u. s. w., und zwar mit rückwirkender Kraft für die Zeit vom 1. Januar 1900 ab, auszudehnen.

Dagegen bestimme ich auf Grund des §. 5 Abs. 3 des preussischen Stempelsteuergesetzes sowie des Artikels 1 unter 3c des preussischen Gesetzes über die Erbschaftsteuer vom 31. Juli 1895, daß die Stempelbefreiungen des §. 5d, e und f des preussischen Stempelsteuergesetzes und, soweit der Schenkungsstempel in Frage kommt, die Befreiungsvorschriften 2f, g und h des Tarifs zum preussischen Erbschaftsteuergesetze vom <sup>30. Mai 1873</sup> 24. Mai 1891 auch den hessischen Anstalten u. s. w., und zwar rückwirkend vom 1. Januar 1900 ab, gewährt werden.

An die Provinzialsteuerdirektoren.

### 3. Allgemeine Verfügung des Finanzministers vom 30. September 1902, betreffend die Erhebung der Erbschaftsteuer im Verhältnisse zum Großherzogthume Baden.

Das für das Großherzogthum Baden erlassene Gesetz, die Erbschafts- und Schenkungssteuer betreffend, vom 14. Juni 1899 bestimmt im §. 4:

»Von der Erbschaftsteuer sind befreit:

- .....
7. Gemeinden, Kreise und sonstige Kommunalverbände für Anfälle, die zur Verwendung für die von ihnen wahrzunehmenden öffentlichen Zwecke bestimmt sind;
  8. juristische Personen des öffentlichen Rechtes für Anfälle, die bestimmungsgemäß zu Zwecken der Wohlthätigkeit und des Unterrichts oder zur Errichtung von dem Gottesdienste gewidmeten Gebäuden und von Pfarrhäusern staatlich anerkannter Religionsgesellschaften verwendet werden sollen.
- Wenn in den Fällen Ziffer 7 und 8 der Anfall nicht sofort für die dort bezeichneten Zwecke Verwendung findet, so ist die Steuer einstweilen zu entrichten oder sicherzustellen, vorbehaltlich der Rückerstattung, sobald die Verwendung stattgefunden hat. Auf juristische Personen des öffentlichen Rechtes, deren Zweck ausschließlich auf Wohlthätigkeit oder Unterricht oder auf den Bau und die Unterhaltung von dem Gottesdienste gewidmeten Gebäuden und von Pfarrhäusern gerichtet ist, findet diese Vorschrift keine Anwendung;
9. die zur Durchführung der gesetzlichen Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung bestehenden Versicherungsverbände und Anstalten.
- .....

Dem Fiskus anderer deutscher Staaten sowie den öffentlichen Anstalten und Kassen, die für Rechnung eines solchen Staates verwaltet werden, sowie den diesen Staaten angehörenden Kommunalverbänden, juristischen Personen und Anstalten der in Ziffer 7, 8 und 9 bezeichneten Art kann durch das Ministerium der Finanzen die Steuerbefreiung für Anfälle zu den daselbst genannten Zwecken gewährt werden, wenn der betreffende Staat Baden gegenüber die gleiche Rücksicht übt.

Nach §. 48 Abs. 3 des Gesetzes finden die für die Erbschaftsteuer angeordneten Befreiungen auch auf Schenkungen sinngemäße Anwendung.

Mit der Großherzoglich Badischen Regierung habe ich mich dahin verständigt, daß vom 15. Oktober d. Js. unter Aufhebung des bis dahin zwischen Preußen und Baden bestehenden, durch die Verfügung vom 4. Dezember 1890 III. 13948 (Centralblatt für die Abgabenverwaltung 1890 Seite 216) mitgetheilten Abkommens die unter 2f, g und h der »Befreiungen« im Tarife zum preussischen Erbschaftsteuergesetze vom

24. Mai 1891

31. Juli 1895

aufgeführten Befreiungen von der Erbschaftsteuer und dem Schenkungsstempel auch den badischen Anstalten u. s. w. der dort genannten Art gewährt werden, wogegen Baden die oben unter 7 bis 9 erwähnten Steuerbefreiungen den preussischen Verbänden u. s. w. der dort genannten Art zugest. ist.

Hiernach wollen Sie das Weitere gefälligst anordnen.

An die Provinzialsteuerdirektoren und die Königl. Regierung in Sigmaringen.

Nr. 79.

## Allgemeine Verfügung vom 3. Dezember 1902, — betreffend die Außerkurssetzung der Zwanzigpfennigstücke aus Nickel.

Allgemeine Verfügung vom 14. Juli 1900 (Just.-Minist.-Bl. S. 505).

Nachdem der Bundesrath laut Bekanntmachung vom 16. Oktober d. J. (Reichs.-Gesetzbl. S. 267) die Außerkurssetzung der Zwanzigpfennigstücke aus Nickel zum 1. Januar 1903 mit Einlösung bei den Reichs- und Landesbanken bis zum 31. Dezember 1903 beschloffen hat, werden die Kassen der Justizverwaltung angewiesen, diese Münzen bis zum 31. Dezember 1903 der Reichsbank zuzuführen.

Die nicht an Bankplätzen befindlichen Gerichts- und Gefängnißkassen haben sie an die Justizhauptkasse einzusenden.

Die bis zum Ablaufe der Einlösungsfrist vereinnahmten Stücke, deren rechtzeitige Ablieferung an die Reichsbank Schwierigkeiten begegnet, können bis zum 15. Februar 1904 in gleicher Weise, wie nach Nr. III der durch die Allgemeine Verfügung vom 22. Mai 1876 (Just.-Minist.-Bl. S. 114) bekannt gemachten Bestimmungen des Bundesraths solche Reichsnickelmünzen, welche in Folge längeren Umlaufs und Abnutzung an Gewicht oder Erkennbarkeit erheblich eingebüßt haben, dem Münzmetall-Depot des Reichs zugeführt werden. Nach dem 15. Februar 1904 werden eingelöste Stücke der bezeichneten Münzform zu diesem Depot nicht mehr angenommen.

Berlin, den 3. Dezember 1902.

Der Justizminister.

Schönstedt.

I. 9156. M. 70 Bd. 9.

---

## Nichtamtlicher Theil.

In dem Verlage von Franz Bahlen, Berlin W. Mohrenstraße 13/14, erscheint als Vierteljahrschrift das Gewerbearchiv für das Deutsche Reich, herausgegeben von Regierungsrath Kurt von Rohrscheidt. Die Zeitschrift ist eine fortlaufende Sammlung der zur Gewerbeordnung ergehenden Abänderungsgesetze und Ausführungsbestimmungen, der gerichtlichen und verwaltungsgerichtlichen Entscheidungen der Reichs- und Landesobergerichte des Reichs und der Bundesstaaten, sowie der wichtigsten Erlasse und Verfügungen der Centralbehörden, geordnet nach der Paragraphenfolge der Gewerbeordnung. Jahrespreis 12 M.





# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

## Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Herausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Besten der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Freitag, den 19. Dezember 1902.

Nr. 47.

### Amtlicher Theil.

#### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Verleihungen bei den Justizbehörden.

##### Justizministerium.

Dem Geheimen Registrator Stollberg ist der Charakter als Kanzleirath verliehen.

##### Oberlandesgerichte.

Der Landgerichtsrath Boerker in Stettin ist zum Oberlandesgerichtsrath in Hamm ernannt.

##### Landgerichte und Amtsgerichte.

Der Landgerichtspräsident Naemisch in Urd ist gestorben.

##### Verstet sind:

der Landgerichtsdirektor Schmutter in Slogau nach Magdeburg,

##### die Amtsrichter

Flower in Urd als Landrichter nach Tilsit,  
Theuner in Raumburg a. O. als Landrichter nach Slogau.

Der Landgerichtsrath Schneider in Stettin ist zum Landgerichtsdirektor in Neuthen O. Schl. ernannt.

##### Zu Handelsrichtern sind ernannt:

der Kaufmann Sedor Hüber in Rattowitz bei dem Landgericht in Neuthen O. Schl.,  
der Kaufmann Adolf Schwerin,  
der Bankier Richard Doversch,  
der Bankier Dr. Georg Heimann und  
der Kaufmann Jakob Polinari in Breslau bei dem Landgerichte daselbst,  
der Generaldirektor Julius Hochgesand in Jatzke und  
der Fabrikbesitzer Ludwig Neumann in Oelwitz bei dem Landgericht in Oelwitz,  
der Kaufmann Alfred Bremerich,  
der Kaufmann Josef Claasen,  
der Kaufmann Friedrich Heimann und  
der Kaufmann Bernhard Groove in Eöln bei dem Landgerichte daselbst,  
der Generaldirektor Wilhelm Erdmann in Pulme bei dem Landgericht in Essen,  
der Bankier Kurt Stedner,  
der Fabrikbesitzer Julius Dicker und  
der Kaufmann Oskar Rauschewski in Halle a. S. bei dem Landgerichte daselbst;

##### wiebereannt:

der Bankier Oskar Simon in Bonn bei dem Landgerichte daselbst.

Zu stellvertretenden Handelsrichtern sind ernannt:

der Kaufmann Hans Voller,  
 der Kaufmann Franz Reber,  
 der Kaufmann Hans Rauffmann und  
 der Kaufmann Georg Franke in Berlin  
 bei dem Landgericht I in Berlin,  
 der Fabrikbesitzer Karl Putasch in Larnowitz  
 bei dem Landgericht in Deutsch O. Schl.,  
 der Kaufmann Max Müller,  
 der Feuerversicherungsdirektor Max Schwemer,  
 der Kaufmann Georg Sachs,  
 der Kaufmann Edmont Frey,  
 der Kaufmann Heinrich Hamburger und  
 der Kaufmann Karl Leipziger in Breslau  
 bei dem Landgerichte dafelbst,  
 der Brauereidirektor Siegfried Händler in Zabrze und  
 der Fabrikbesitzer Dr. Hans Zeumer in Nicolai  
 bei dem Landgericht in Gleiwitz,  
 der Kaufmann Emil Zillmann,  
 der Kaufmann Karl Endreß,  
 der Kaufmann Karl Maffeneß,  
 der Kommerzienrath Peter Stollwerck,  
 der Kaufmann Peter Nischrath und  
 der Versicherungsdirektor Heinrich Grünwald in Köln,  
 der Fabrikant Franz Stäßlen in Köln-Deuß,  
 der Direktor Karl von der Herberg in Rülheim a. Rhein  
 bei dem Landgericht in Köln,  
 der Stadtrath und Kaufmann Hugo Eichhorn in Merseburg,  
 der Direktor Hermann Panzer in Halle a. S.  
 bei dem Landgericht in Halle a. S.

#### Staatsanwaltschaft.

Dem Staatsanwalt Blumberg in Frankfurt a. O. ist die nachgesuchte Dienstentlassung ertheilt.

#### Rechtsanwälte und Notare.

Dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Reigers in Wehl und dem Notar, Justizrath Wasen in Grevenbroich ist der Rother Adler-Orden IV Klasse verliehen.

Zu Notaren sind ernannt:

die Rechtsanwältin

Justizrath Karl Padewig, Dr. Alexander Sternberg, Stolte, Paul Schmid, Otto Stettiner und Plonker in Berlin; letzterer mit Anweisung des Amtes für im Stadtheile Gesundbrunnen innerhalb der Stadtbezirke 320 bis 326 einschließlich in Berlin, Schulte-Lippertz in Oberhausen, Bölscher in Wattencheid.

In der Liste der Rechtsanwälte sind gelöscht:

die Rechtsanwältin

Dr. Haertel bei dem gemeinschaftlichen Oberlandesgericht in Jena,  
 Dr. Prießler in Weidenich bei dem Amtsgericht in Ruhrore.

In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen:

die Rechtsanwälte

Granier vom Amtsgericht I in Berlin bei dem Landgericht I in Berlin,  
 Dr. Valder aus Steinau a. O. bei dem Landgericht in Breslau,  
 Orgler aus Bonn bei dem Amtsgericht und der Kammer für Handelsfachen in Barmen sowie bei dem Landgericht in Elberfeld,  
 Gärtner aus Osnabrück bei dem Amtsgericht in Srehausen i. N.,

die Gerichtsassessoren

Agler bei dem Landgericht I in Berlin,  
 Dr. Lehning bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in Elberfeld sowie bei der Kammer für Handelsfachen in Barmen,  
 Riewdhner bei dem Amtsgericht in Buer,

die früheren Gerichtsassessoren

Geelvinck bei dem Landgericht in Osnabrück,  
 Max Schröder bei dem Amtsgericht in Inowrazlaw.

#### Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt:

die Referendare

Dr. Urban, Dr. Röll, Dr. Jaffé, Max Schanze, Dr. Braunberian im Bezirke des Kammergerichts,  
 Dr. Traubenhälter, Theissing, Rudolf Schneider im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Breslau,  
 Kobewald, Knigge, Hemeling im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Celle,  
 Dr. Desterreich, von der Kuhlén, Dr. Schwanenberg, Dr. von Sobbe im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Köln,  
 Dr. Biermann im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Hamm,  
 Wuhl im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Kiel,  
 Pfantusch, Kriebold, Dr. Raufall im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Marienwerder.

Der Gerichtsassessor Abel ist in Folge seiner Uebernahme in die Verwaltung der indirekten Steuern aus dem Justizdienste geschieden.

Dem Gerichtsassessor Grafen Harry von Kehler ist die nachgesuchte Entlassung, aus dem Justizdienste ertheilt.

Der Gerichtsassessor Stoll ist gestorben.

In den einstweiligen Ruhestand versetzte Beamte.

Dem Oberlandesgerichtsrath, Geheimen Justizrath West in Raumburg a. S. ist die Genehmigung zur Annahme und Anlegung des von Seiner Hoheit dem Herzog von Anhalt ihm verliehenen Pensionirens für fünfzigjährige Diensttreue ertheilt.

**Allerhöchste Erlasse, Ministerial-Verfügungen und Entscheidungen  
der obersten Gerichtshöfe.**

Nr. 80.

**Allgemeine Verfügung vom 5. Dezember 1902, — betreffend die Heranziehung von Nichtbeamten als Sachverständigen zur Feststellung des Gewichts von Kerzen und Kerzenpackungen in Untersuchungen wegen Uebertretung des §. 5 Abs. 4 des Reichsgesetzes zur Befämpfung des unlauteren Wettbewerbes vom 27. Mai 1896 (Reichs-Gesetzbl. S. 145).**

Die Herren Minister des Innern und für Handel und Gewerbe haben die nachstehend abgedruckte, im Ministerialblatte der Handels- und Gewerbeverwaltung von 1902 S. 387 veröffentlichte Verfügung vom 3. November d. J. (II. b. 6810. M. f. 6.)  
(II. b. 4314. M. d. 3.) erlassen. Indem ich diese Verfügung zur Kenntniß der Justizbehörden bringe, veranlasse ich die Beamten der Staatsanwaltschaft, in den geeigneten Fällen zur Feststellung des Gewichts von Kerzen und Kerzenpackungen in Untersuchungen wegen Uebertretung des §. 5 Abs. 4 des Reichsgesetzes zur Befämpfung des unlauteren Wettbewerbes vom 27. Mai 1896 (Reichs-Gesetzbl. S. 145) Nichtbeamte als Sachverständige heranzuziehen oder dem Gericht als solche zu benennen.

Berlin, den 5. Dezember 1902.

Der Justizminister.

In Vertretung:

Künzfel.

1. 8912. W. 39 Bb. 3.

Es ist zu erwarten, daß nach dem zum 1. Januar 1903 bevorstehenden Inkrafttreten der Bekanntmachung vom 4. Dezember 1901 (Reichs-Gesetzbl. von 1901, S. 494), betreffend den Kleinhandel mit Kerzen, aus den Kreisen des verbrauchenden oder des mitbewerbenden Publikums oder auch von Amtswegen durch die Polizei häufig Beanstandungen und Denunziationen wegen Uebertretung der Vorschriften durch die Verkäufer erfolgen werden. Soweit es sich dabei um Zuwiderhandlungen formaler Natur — unvorschriftsmäßige oder unvollständige Aufschriften — handelt, wird die Feststellung des Thatbestandes keine Schwierigkeiten bereiten. Voraussetzlich wird aber meistens der wirkliche Roh- und Reingewichtswert der Packungen authentisch festzustellen sein. Hierzu dürften die polizeilichen oder gerichtlichen Behörden nicht immer im Stande sein, da bei der Enge der festgesetzten Fehlergrenzen eine Nachprüfung, welche auf einer der im Handelsverlehr üblichen, wenn auch geachteten Handelswaage vorgenommen wird, unter Umständen nicht genügend zuverlässige Ergebnisse liefern kann. Hat z. B. eine Packung, welche 500 g wiegen soll, also nach der Verordnung mindestens 490 g wiegen muß, ein tatsächliches Gewicht von 492 g, so ist es nicht ausgeschlossen, daß eine Nachwägung auf einer gewöhnlichen Handelswaage, welche noch innerhalb der im Verkehre zulässigen Grenzen richtig ist, einen Werth von 487 g ergibt. In einem solchen Falle würde der Verkäufer zu Unrecht bestraft werden, in dem entgegengesetzten Falle würde er selbst bei einer erheblichen Uebertretung der Vorschriften straffrei ausgehen können.

Sie wollen daher die Ihnen nachgeordneten, zur Mitwirkung bei der Strafverfolgung berufenen Organe der Polizei darauf hinweisen, daß es im Interesse einer zweifellosen Ermittlung des Thatbestandes liegt, zur Ausführung der Prüfungen technisch geschulte und mit den nöthigen feineren Hülfsmitteln versehene Personen heranzuziehen. Als solche würden in erster Linie die Nichtbeamten in Betracht kommen. Die überwiegende Zahl der Richter hat die Befugniß zur Wägung von Handelsgewichten und ist daher mit den erforderlichen empfindlicheren Waagen und genaueren Gewichten ausgerüstet, um die in Rede stehenden Wägungen mit der nöthigen Sicherheit vorzunehmen.

Um den Nichtbeamten für diese Thätigkeit die nöthige Weisung zu geben und eine zuverlässige und — auch hinsichtlich der Gebührenhebung — einheitliche Durchführung des Prüfungsgeschäfts sicher

zu stellen, habe ich, der Minister für Handel und Gewerbe, die beigelegte [hier nicht abgedruckte] Anleitung zur Feststellung des Roh- und Reingewichts von Packungen mit Kerzen erlassen. In soweit andere Sachverständige, etwa beidete Chemiker oder Apotheker zu den Gewichtsfeststellungen berufen werden, würde auch diesen die Anleitung nützliche Fingerzeige bieten.

Berlin, den 3. November 1902.

Der Minister des Innern.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

In Vertretung:

Im Auftrage:

von Bischoffshausen.

Vohmann.

An die Herren Regierungspräsidenten und den Herrn Polizeipräsidenten in Berlin.

Nr. 81.

Allgemeine Verfügung vom 8. Dezember 1902, — betreffend die Ausführung des §. 98 Abs. 4 des deutschen Gerichtskostengesetzes.

Allgemeine Verfügung vom 16. April 1884 (Just.-Minist.-Bl. S. 78).

Zur Ergänzung der hinsichtlich der Ausführung des §. 98 Abs. 4 des deutschen Gerichtskostengesetzes bestehenden Bestimmungen bemerke ich Folgendes:

1. Die Nichterhebung oder Rückerstattung von Gebühren in Gemäßheit des §. 98 Abs. 4 setzt voraus, daß demjenigen, welchem Gebührenfreiheit zusteht, die Kosten des Verfahrens durch gerichtliche Entscheidung auferlegt sind; sie findet nicht statt, falls die gebührenfreie Partei die Kosten übernommen hat.

2. Ist der preussische Fiskus Partei, so sind in Gemäßheit des Verwaltungsgrundsatzes, daß Zahlungen aus einer Staatskasse in die andere zu vermeiden sind, Auslagen, zu deren Tragung der Fiskus verurtheilt ist, weder von ihm, noch von der etwa nach §. 90 des deutschen Gerichtskostengesetzes zahlungspflichtig bleibenden Gegenpartei zu erfordern und, falls sie von der Gegenpartei bereits vorher erfordert, aber zur Zeit der Verurtheilung noch nicht bezahlt sind, niederzuschlagen; sind dagegen die Auslagen von der Gegenpartei zur angegebenen Zeit bereits bezahlt, so findet eine Erstattung seitens der Gerichtsstufe nicht statt. Schuldner der Schreibegebühren für Ausfertigungen und Abschriften, welche nicht von Amtswegen zu erteilen sind, ist nach §. 86 Abs. 2 des deutschen Gerichtskostengesetzes nur der Antragsteller; sie sind daher von dem Gegner des Fiskus, soweit er Antragsteller ist, auch dann zu erfordern, wenn der Fiskus in die Prozeßkosten verurtheilt ist.

3. Hat der Fiskus Prozeßkosten übernommen, so gelten die in Nr. 2 hinsichtlich der dem Fiskus auferlegten Auslagen getroffenen Bestimmungen in Ansehung der von ihm übernommenen Gebühren und Auslagen. Soweit hiernach Kosten von dem Fiskus nicht zu erfordern sind, kommt auch die im §. 88 des deutschen Gerichtskostengesetzes bestimmte Zahlungspflicht des anderen Theiles in Wegfall.

4. Auslagen gelten auch dann als gezahlt, wenn sie durch einen geleisteten Voranschuß gedeckt sind. Dabei macht es keinen Unterschied, ob der Voranschuß als Auslagenvoranschuß gezahlt ist oder ob er als Gebührenvoranschuß erfordert und, weil er den Betrag der erwachsenen Gebühren übersteigt, auf Auslagen zu verrechnen ist (Verfügung vom 18. April 1885, Müller, Preussische Justizverwaltung Bd. II S. 1107). Dagegen dürfen Gebührenvoranschüsse auf Auslagen dann nicht verrechnet werden, wenn die voranschüssweise erforderte Gebühr in vollem Umfange fällig geworden ist. Wenn also z. B. der Gegner des Fiskus 50 Mark Gebührenvoranschuß gezahlt hat und nach §. 90 des Gerichtskostengesetzes für 20 Mark Auslagen haftbar ist, so hängt die Frage, ob der volle Betrag der 50 Mark zurückzuzahlen ist oder ob inwiefern eine Kürzung stattzufinden hat, davon ab, wie hoch sich die nach dem Verlaufe des Prozesses anzufallende Gebühr stellt; beträgt sie 50 Mark, so sind 50 Mark zurückzuzahlen; beträgt sie nur 30 Mark, so sind 20 Mark auf Auslagen zu verrechnen und es wird nur der Betrag von 30 Mark zurückgezahlt. Soweit Schreibegebühren nach §. 86 Abs. 2 von dem Gegner des Fiskus zu erfordern und noch nicht gezahlt sind, sind sie von dem zurückzuerstattenden Gebührenbetrage zu kürzen.

Berlin, den 8. Dezember 1902.

Der Justizminister.

Schönstedt.

# Justiz-Ministerial-Blatt

für die

## Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege.

Herausgegeben

im

Bureau des Justiz-Ministeriums,

zum Besten der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse.

64. Jahrgang.

Sonntag, den 27. Dezember 1902.

Nr. 48.

### Ämtlicher Theil.

#### Personal-Veränderungen, Titel- und Ordens-Berleihungen bei den Justizbehörden.

##### Justizministerium.

Der Unterstaatssekretär Dr. Rünzel ist zum Wirklichen Geheimen Rath mit dem Präbital Exzellenz ernannt.

##### Oberlandesgerichte.

Dem Senatpräsidenten bei dem Oberlandesgerichte Schmidt in Raumburg a. S. ist der Charakter als Geheimen Oberjustizrath mit dem Range der Räte zweiter Klasse verliehen.

Dem Senatpräsidenten bei dem Kammergerichte, Geheimen Oberjustizrath Fettgau ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ertheilt und der königliche Kronen-Orden II. Klasse mit dem Stern verliehen.

Der Landgerichtspräsident Kunde in Allenstein ist zum Senatpräsidenten bei dem Kammergerichte ernannt.

##### Landgerichte und Amtsgerichte.

Den Landgerichtspräsidenten Heinroth in Göttingen, Weg in Dortmund und Denhard in Frankfurt a. M. ist der Charakter als Geheimen Oberjustizrath mit dem Range der Räte zweiter Klasse verliehen.

Dem Amtsgerichtsrath Schwarzer in Magdeburg und dem Amtsrichter Werné in Rosenberg W. Pr. ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension,

dem Amtsrichter Horlig in Wittenberge die Entlassung aus dem Justizdienst ertheilt.

##### Verstet sind:

###### die Amtsrichter

Gener in Lehenich nach Edln,  
Beder in Orbnungen nach Magdeburg,  
Schrömann in Breme nach Marienwerder,  
Frank in Beuthen O. Schl. als Landrichter an das  
Landgericht daselbst.

##### Zu Amtsrichtern sind ernannt:

###### die Gerichtsassessoren

Theodor Frike in Allenstein,  
Dr. Dorsl in Prignitz,  
Görke in Bräunow,  
Max Wille in Ragenbrunn,  
Kumpel in Wronke,  
Hilmer in Wreschen,  
Röder in Lößlun,  
Dr. Conradt in Czarnikau,  
Panizza in Led.

Dem Generaldirektor, Kommerzienrath Adolf Silverberg in Bebburg ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Amte als stellvertretender Handelsrichter bei dem Landgerichte in Edln ertheilt.

##### Staatsanwaltschaft.

Dem Oberstaatsanwalt Lütger in Kiel ist der Charakter als Geheimen Oberjustizrath mit dem Range der Räte zweiter Klasse verliehen.

Der Gerichtsassessor Rommer ist zum Staatsanwalt in Elberfeld ernannt.

## Rechtsanwälte und Notare.

Dem Notar, Justizrath Gäßner in Warmen ist die nach gesuchte Entlassung aus dem Amte ertheilt und zugleich der Kothe Adler-Orden III. Klasse mit der Schleife verliehen.

Dem Notar, Justizrath Saagen in Bonn ist der Kothe Adler-Orden IV. Klasse verliehen.

Der Charakter als Justizrath ist verliehen:

im Kammergerichtsbezirke:

den Rechtsanwälten und Notaren Wolffgram, Linden-berg, Ehrzelliger, Dr. Kronfeld, b' Sargues und Louis Weichner in Berlin, Kolberg in Fürstenwalde, Averdunk und Dr. Vegeler in Potsdam, den Rechtsanwälten Wittelschöfer, Pinner, Josef Dorn, Vemberg und Freudenthal in Berlin;

im Oberlandesgerichtsbezirke Breslau:

den Rechtsanwälten und Notaren Prasse in Görlitz, Fußig in Oleśnik, von Sprockhoff in Neusalz, Müde und Rosenthal in Kreuzburg O. Schl., Röhlis in Breslau, Rantner in Viegnitz, Hein in Lanban, Leopold Cohn in Neutitz O. Schl. und Pletsch in Trebnitz, den Rechtsanwälten Rodan in Görlitz, Bruno Wolff, Freilberg, Friedenthal, Dr. Karl Sternberg und Ollenborff in Breslau, Bitta in Reud-berd O. Schl.;

im Oberlandesgerichtsbezirke Cassel:

dem Rechtsanwalt und Notar Dörffler in Warburg;

im Oberlandesgerichtsbezirke Eöln:

dem Rechtsanwalt und Notar Seud in Moers, den Rechts-anwälten Dr. vom Grafen und Dr. Claasen in Eöln, Pringen in Crefeld, Fleischhauer und van Koolwyf in Cleve, Ulrich Koenig und Albrecht Koenig in Eberfeld, den Notaren Lenarz in Brühl, Doemens in Solberg, Eiler in Siegburg, Kleugels in Eöln, Peters in Bonn und Ehrzedeinski in Eberfeld;

im Oberlandesgerichtsbezirke Frankfurt a. M.:

dem Rechtsanwalt Dr. Piebmann in Frankfurt a. M.;

im Oberlandesgerichtsbezirke Hamm:

den Rechtsanwälten und Notaren Driever in Ahaud und Pämke in Sersdorf;

im Oberlandesgerichtsbezirke Kiel:

den Rechtsanwälten und Notaren Meyer in Heide, Dr. Niese in Rendsburg und Franzen in Kiel;

im Oberlandesgerichtsbezirke Königsberg i. Pr.:

den Rechtsanwälten und Notaren Dr. Seelig, Rau und Mertins in Königsberg i. Pr., Mertineit in Nehtausen, Georg Cohn in Tilsit, Koch in Koegen, Behr in Bartenstein, Troege in Rastenburg und Schmidt in Gumbinnen, der Rechtsanwalt Graß in Allenstein;

im Oberlandesgerichtsbezirke Marienwerder:

den Rechtsanwälten und Notaren Citron in Danzig und Ulrich in Marienwerder;

im Oberlandesgerichtsbezirke Raumburg a. S.:

den Rechtsanwälten und Notaren Bennwig in Halle a. S., Raehrn in Salzwedel, Dr. Fleischauer in Magde- burg, Dr. Uffel in Rorbauhen, Brande in Stendal, Dr. Fromme in Halberstadt und Schueider in Egeln;

im Oberlandesgerichtsbezirke Posen:

den Rechtsanwälten Hamburger und Ullmann in Posen;

im Oberlandesgerichtsbezirke Stettin:

den Rechtsanwälten und Notaren Timm in Kößlin, Moses in Stargard i. Pom., Panglaff in Stettin, Schoen- feldt in Schwielbein, Jacobi in Stetyn, Helmmann in Swinemünde und Jacobi in Bergen a. Rügen, den Rechtsanwälten Grümwacher und Paul Schmidt in Stettin.

In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen:

der frühere Amtsrichter Dr. Voge bei dem gemeinschaftlichen Oberlandesgericht in Jena,

der Rechtsanwalt Dr. Schumann in Sildburghausen bei dem gemeinschaftlichen Landgericht in Meiningen,

der frühere Rechtsanwalt Homberg bei dem Amtsgericht in Reddinghausen,

die Gerichtsassessoren

Dr. Heymann bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in Danzig,

Vindewald bei dem Amtsgericht in Magdeburg.

Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt:

die Referendare

Dr. Riemtschneider, Dr. Liebertzahn im Bezirke des Kammergerichts,

Heling, Hirschberg im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Breslau,

Dr. du Bois, Ewald Lehmann im Bezirke des Ober- landesgerichts zu Celle,

Peters, Dr. Franz Wrede, Matthiae, Dr. Karl Schmieß im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Eöln,

Dr. Schönberg, von Jordan im Bezirke des Ober- landesgerichts zu Frankfurt a. M.,

Polenz im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Königs- berg i. Pr.,

Johannes Neeller im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Marienwerder,

Blume im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Raumburg a. S.,

Dr. Moses im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Stettin.

Die nachgesuchte Entlassung aus dem Justizdienst ist ertheilt: den Gerichtsassessoren

Dr. Eschenburg behufs Uebertritts in den Justizdienst der freien Hansestadt Vöbed,

Dr. Feig behufs Uebertritts zur Kommunalverwaltung, Dr. Wille und

Dr. Leo.

Mittlere Beamte.

Beim Uebertritt in den Ruhestand ist verliehen:

dem Gerichtsstassenrendanten, Rechnungsrath Vedder in Bielefeld, den Gerichtsschreibern, Kanzleiräthen Petraschewitz in Tilsit und Wiegandt in Bieber

der Kothe Adler-Orden IV. Klasse;

den Gerichtsschreibern, Sekretären Reijert in Dierdorf, Bastisch in Erfurt, Stolp in Stargard i. Pom., dem

Gerichtsschreiber und Dolmetscher, Sekretär Bronskoff in Paderby und dem Sekretär Vange in Danzig

der Charakter als Kanzleirath;

dem Gerichtsoollzieher Richter in Bitterfeld  
das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens;  
dem Gerichtsoollzieher Zerbe in Ahrweiler  
das Allgemeine Ehrenzeichen.

Den Befängnißinspektoren Sommerfeld bei dem Strafgefängniß  
in Magdeburg und Hartwig bei dem Untersuchungsfängniß  
in Berlin ist der Titel als Oberinspektor beigelegt.

#### Kanzleibeamte.

Beim Uebertritt in den Ruhestand ist

dem Kanzlisten, Kanzleisekretär Pöbeder in Wiesbaden  
dem Königl.iche Kronen-Orden IV. Klasse,

den Kanzleigehülfen Zellmin in Pignitz und Abraham in  
Graubenz;

das Allgemeine Ehrenzeichen  
verliehen;

dem Kanzlisten, Kanzleinspektor Kiewewetter in Gleiwitz  
und dem Kanzlisten Wadernagel in Köln  
der Titel als Kanzleisekretär  
beigelegt.

Dem Kanzleigehülfen und Hülfsholmetzger Schebera in Falken-  
berg O. Schl. ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

#### Unterbeamte.

Beim Uebertritt in den Ruhestand ist verliehen:

dem Ersten Gerichtsdienner Müller in Neuwied, den Ge-  
richtsdienner Wegel in Osnabrück und Beckthold in  
Eitorf

das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens;

den Gerichtsdienner Hans und Zick in Berlin, Olden-  
burg in Krotoschin

das Allgemeine Ehrenzeichen.

In den einstweiligen Ruhestand versetzte Beamte.

Bei dem Uebertritt in den gänzlichen Ruhestand ist verliehen:

dem Senatpräsidenten bei dem Oberlandesgerichte, Geheimen  
Oberjustizrath Weg in Stettin

der Charakter als Wirklicher Geheimen Oberjustizrath mit  
dem Range der Räte erster Klasse;

dem Senatpräsidenten bei dem Oberlandesgerichte Graefe  
aus Frankfurt a. M., jetzt in Wiesbaden,

der Charakter als Geheimen Oberjustizrath mit dem Range  
der Räte zweiter Klasse;

den Landgerichtsräthen Lopp in Paderborn, Weidhardt  
in Aachen und Wuffe in Hannover, den Amtsgerichtsräthen

Frauns in Völsburg, Ergleden in Münster und  
Otte in Gleiwitz

der Charakter als Geheimen Justizrath;

den Landgerichtspräsidenten, Geheimen Oberjustizräthen  
Günther aus Raumburg a. S., jetzt in Friedebau, und

Petrenz aus Magdeburg, jetzt in Charlottenburg,  
der Stern zum Roten Adler-Orden II. Klasse mit  
Eichenlaub;

dem Senatpräsidenten bei dem Oberlandesgerichte, Geheimen  
Oberjustizrath Pittsch aus Posen, jetzt in Erfurt, dem

Kammergerichtsrath, Geheimen Justizrath Simon in  
Berlin, dem Landgerichtspräsidenten Geheimen Oberjusti-  
zrath Dr. von Stedehausen aus Cassel, jetzt in Blanken-  
burg a. S., dem Landgerichtspräsidenten Lindner aus  
Halberstadt, jetzt in Erfurt,

der Rote Adler-Orden II. Klasse mit Eichenlaub;

den Senatpräsidenten bei dem Oberlandesgerichte, Geheimen  
Oberjustizräthen Dr. Caspar in Königsberg i. Pr. und  
Dr. Cammerer aus Breslau, jetzt in Wiesbaden, dem

Landgerichtspräsidenten, Geheimen Oberjustizrath Schling  
in Elber

der Königl.iche Kronen-Orden II. Klasse mit dem Stern;

den Oberlandesgerichtsräthen, Geheimen Justizräthen Cons-  
bruch aus Hamm, jetzt in Bonn, und Schulz in  
Breslau, den Landgerichtsdirektoren, Geheimen Justiz-  
räthen Müller in Cassel und Bachmann in Torgau,  
dem Amtsgerichtsrath, Geheimen Justizrath von zur  
Westen in Berlin, dem Landgerichtsrath Kühnas in  
Berlin

der Königl.iche Kronen-Orden II. Klasse;

dem Oberlandesgerichtsrath, Geheimen Justizrath Schroeder  
in Breslau, den Landgerichtsdirektoren, Geheimen Justiz-  
räthen Mueller aus Urd, jetzt in Königsberg i. Pr.,

Schmig in Düsseldorf und Martini in Ufa, den

Amtsgerichtsräthen, Geheimen Justizräthen Vähr in  
Altena, Schroeder in Dortmund, Manjura aus

Breslau, jetzt in Hestenberg, und Friebe in Magdeburg,  
den Landgerichtsräthen Weiß aus Hanau, jetzt in Frei-  
burg i. B., Koppers in Münster, Oleim in Marburg,

Pippmann in Torgau, Müller in Pignitz, Hasen-  
knopf in Stettin, Kanter aus Danzig, jetzt in Joppot,

Reutwig in Hirschberg, Plehwe in Königsberg i. Pr.,  
Rißlaff in Danzig und Symanski in Osnabrück i. Pr.,

den Amtsgerichtsräthen Reinde aus Osnabrück, jetzt  
in Hannover, Vohlfelder in Embden, Ritsch aus

St. Oeardhausen, jetzt in Wiesbaden, Sanner aus  
Hanau, jetzt in Wiesbaden, Velhagen aus Herford,

jetzt in Lüneburg, Brodenhaus in Kiel, Gerhäuser  
aus Stettin, jetzt in Berlin, Rasch in Jüßeld, Gornig

aus Beuthen O. Schl., jetzt in Schöneberg, Dr. Con-  
stein in Berlin, Poppelbaum in Marburg, Kolbe in

Siegen, Vinz aus Vangenschwalbach, jetzt in Wiesbaden,  
Ebers aus Straßfurt, jetzt in Wilmsdorf, Koch aus

Berlin, jetzt in Zehlendorf, Verdion aus Wittenberg,  
jetzt in Dessau, Lades in Jphoe, Carl in Erfurt,

Jungl aus Stettin, jetzt in Berlin, Wellinger in  
Bierzen, Hente in Posen, Schaumburg in Aurich,

Krepper in Jauer, Schmula aus Kroschitz, jetzt in  
Görlitz, und Hansen in Nordbrand

der Rote Adler-Orden III. Klasse mit der Schleife;

dem Landgerichtsrath Frischmuth in Allenstein, den Amts-  
gerichtsräthen Franke in Breschlet, Bucholz in Münster,

Wrenke in Berlin, Schuchmann in Sorau R. V. und  
Kölpin aus Anklam, jetzt in Gernrode a. S.,

der Rote Adler-Orden IV. Klasse.

Die Amtsgerichtsräte Dietmann in Achim und Esbach in  
Breslau sind gestorben.



## Allerhöchste Erlasse, Ministerial-Verfügungen und Entscheidungen der obersten Gerichtshöfe.

Num. 82.

### Allgemeine Verfügung vom 18. Dezember 1902 über die Zahlung der unbestellbaren Briefe mit Zustellungsurkunde.

Allgemeine Verfügung vom 15. November 1902 (Just.-Minist.-Bl. S. 266).

Der Herr Staatssekretär des Reichspostamts hat in der an die Postbehörden gerichteten Verfügung vom 9. Dezember 1902 (Amtsblatt des Reichspostamts S. 257) zur Durchführung der im Jahre 1903 vorzunehmenden Zahlung der Postsendungen in preussischen Staatsdienstsangelegenheiten u. A. bestimmt:

#### 7. Briefe mit Zustellungsurkunde.

I. Hat bei Briefen mit Zustellungsurkunde, die mit Zählmarken frankirt sind, die Zustellung nicht stattfinden können, so hat die Postanstalt des Aufgabeorts vor der Rückgabe des Briefes an die absendende Staatsbehörde den für die Zustellung und Rücksendung der Zustellungsurkunde in Zählmarken entrichteten Theilbetrag des Frankos in eine Nachweisung B einzutragen. Außerdem hat der eintragende Beamte auf die Vorderseite des Briefes einen Vermerk in folgender Form:

»30 Pf. gutgeschrieben«

zu setzen, die laufende Nummer hinzuzufügen, unter der der Betrag in der Nachweisung B steht, und den Vermerk mit seinem Namenszuge zu unterzeichnen. Eine Erstattung des gutgeschriebenen Betrags in baar oder in Postwerthzeichen darf nicht eintreten.

Bei den Justizbehörden findet eine Aufzeichnung der gutgeschriebenen Beträge nicht statt (Nr. I 1 Satz 6 und II C Abs. 2 der Allgemeinen Verfügung vom 15. November 1902). Es ist aber in jedem Falle sorgfältig zu prüfen, ob die als unbestellbar zurückgelangenden Briefe mit Zustellungsurkunde den Vermerk über die erfolgte Gutschrift tragen. Erforderlichenfalls ist der Brief der Postanstalt zur Nachtragung des Vermerkes zurückzugeben.

Berlin, den 18. Dezember 1902.

Der Justizminister.  
Schönstedt.

I. 9739. P. 80 Bd. 12.

## Nichtamtlicher Theil.

Im Verlage von J. Guttentag in Berlin W. 35, Vögowstraße 107/8, ist erschienen:

**Preussische Bürgerliche Gesesammlung.** Sammlung der noch geltenden Landesgesetze privatrechtlichen Inhalts. Erster Band — Das Allgemeine Landrecht nebst den Einführungs-Patenten. Zweiter Band — 1773 bis 1902. — Herausgegeben von D. Fischer, Gerichtsaffessor, und Dr. J. Schroeder, Gerichtsaffessor.



